Beilage: Zusammenführung Sozialistischer Kräfte



Arbeiterkampf

Jg. 15, Nr. 259, 3. 6. 85 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E

Aus dem Inhalt

Sorge um die Zukunft der Grünen

Grüne ohne Kraft und Herrlichkeit





Das neueste Gerücht aus Wiesbaden: Otto wird Minister ... und Löwe sein Staatssekretär

Wechselbäder für die Grünen: Gestern noch, nach der NRW-Pleite, sahen sie ihre parlamentarische Existenz gefährdet. Heute, nach Börners Koalitionsangebot in Hessen, stehen sie wieder im Rampenlicht. Der grüne Ministerpräsidenten-Stellvertreter lockt. Die Koalition als neuer alternativer Hoffnungsträger? Während sich in Hessen schon seit Wochen das grüne Personenkarussel dreht und immer neue Spekulationen blühen, rückt der politische Inhalt des deals mit der SPD immer mehr in den Hintergrund: Kein Ausstieg aus der Atomenergie, nicht einmal ein Einstieg in den Ausstieg, sondern die grüne Tolerierung der Plutoniumwirtschaft.

Die innergrüne Konfrontation hat zur Herausbildung eines neuen taktischen Bündnisses geführt. Realos und Ökolibertäre betätigen sich gemeinsam als Konsensstifter. Zwar sollen auf dem Bundesparteitag in Hagen nicht, wie nach dem 12.5. heftig gefordert, die Köpfe rollen, es soll auch keine unmittelbare Entscheidung über die Koalitionsfrage geben (wozu auch — Hessen soll Weichen stellen), aber die Partei soll ein deutlich anderes Profil erhalten: Gemäßigt, verantwortungsbewußt, konstruktiv usw. Die gängigen Zauberformeln für den Weg aus der Krise lauten: Programm, Struktur und Professionalisierung. Darin sind sich fast alle Strömungen einig, wie man sich nach Wahlniederlagen immer leicht auf Formelkompromisse verständigen kann. Jede(r) weiß jedoch, daß das Austragen der inhaltlichen Differenzen damit nur aufgeschoben wird. Die Realos spekulieren auf ein Gelingen in Hessen. Doch diese Rechnung könnte ohne Holger Börner gemacht sein.

Ausführliche Dokumentation der Diskussion um die Grünen

SDI und »Krieg der Sterne«

Die Erforschung und Entwicklung von Raketenabwehrwaffen im Weltraum, die US-amerikanische „Strategische Verteidigungsinitiative" (SDI/Strategic Defense Initiative), ist in den vergangenen Monaten zum welt- und innenpolitischen Streitpunkt Nr. 1 geworden. SDI nimmt bei den neu aufgenommenen Genfer Abrüstungsverhandlungen eine Schlüsselstellung ein, in der BRD und anderen westeuropäischen Staaten wird heftig das Für und Wider einer Beteiligung an dem US-Programm erörtert und auf dem Bonner Weltwirtschaftsgipfel war die Diskussion um die Teilnahme der Verbündeten am „Krieg der Sterne" ein wichtiges Thema.

Das propagandistische Prunkstück der Angelegenheit, die USA und die ganze westliche Welt seien mit Antiraketen-Waffen (ABM/Anti Ballistic Missile) vollkommen zu schützen, ist inzwischen einer sachlicheren Betrachtung gewichen. Der vollkommene Schutz gilt als technisch kaum machbar (siehe nebenstehenden Artikel). Doch auch ein lediglich begrenzt wirksames System würde wichtige Aufgaben im militärstrategischen Konzept des Pentagon erfüllen.

Fortsetzung S. 35

Arbeitsloseninitiativen und Gewerkschaften

Über 90.000 offiziell registrierte Arbeitslose gibt es in Hamburg. Sie haben keine „Lobby" in Parteien und Gewerkschaften, die ihre Interessen wahrnimmt. In den letzten Jahren sind zunehmend autonom organisierte Arbeitsloseninitiativen von Betroffenen gegründet worden, die sich um die Durchsetzung von Einzelinteressen der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger bemühen. Zum Teil arbeiten sie als Selbsthilfe- und soziale Beratungsgruppen, zum Teil zudem mit einem weitergehenden politischen Konzept. Eine solche Gruppe stellen wir im Interview mit dem Jobber- und Erwerbslosenladen Balduinstraße vor; in einem weiteren Interview die HDW-Arbeitsloseninitiative, die nach der Betriebsbesetzung der Werft und den Entlassungen bei HDW 1983 gegründet wurde. Solche gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiativen bilden bislang die Ausnahme. Vielmehr gestaltet sich das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Arbeitslosen mehr als schwierig. Innergewerkschaftlich sind sie eine bestenfalls geduldete Randgruppe. Gegenüber den autonomen Gruppen wird scharfe Abgrenzung gewahrt. So hatte der DGB am 1. Mai in Hamburg einen brutalen Polizeiüberfall auf den Block der Erwerbslosen und Jobber maßgeblich zu verantworten. Auch diesen Konflikt wollen wir vorstellen.

Siehe Seiten 16 - 18

KRIEG IN BRÜSSEL

Die Leuchtrakete zischt durch den stillen, klaren Abendhimmel mit einer tänzerischen Anmut, die speziell für sie choreographiert zu sein scheint. Lautlos detoniert sie in einem Pulk italienischer Fans. Es entsteht Panik, es gibt Tote, allerdings Italiener. Das sind die britischen Schlachtenbummler, wie sie in den Krieg ziehen, und die Fans freuen sich schon darauf.

Full ahead for war („Volle Kraft voraus in den Krieg"), **Zur Hölle mit ihnen, auf Jungs, holt euch die Tifosis,** donnert das englische Massenblatt „The Sun"; **Großbritannien will kämpfen,** sekundiert die „Daily Mail". „*Wir werden diesen Krieg bis zum Sieg führen*", verkündet Frau Thatcher vor dem britischen Unterhaus; denn: „*Großbritannien läßt sich nicht demütigen.*"

Auch auf dem Festland begleitet Begeisterung das kriegerische Geschehen: „*Während in Deutschland die Friedensbewegung das Wort 'Krieg' zum Unwort machte, bilden englische Politiker jetzt eine eiserne Kette und sagen: 'Krieg' und wissen: das heißt auch 'Tote'* ", liest man in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung".

Pardon, das war vor zwei Jahren! Nicht in Brüssel, im Atlantik war's, die Tifosis waren „Argies" (Argentinier), die anmutige Rakete war vom Typ "Exocet", der Pulk der italienischen Fans war ein vollbesetztes argentinisches Schiff, die britischen Fußball-Fanatiker die britische Armee, der Rest der Zitate ist authentisch. Damals war man stolz auf „unsere Jungs", wenn sie gerade ein paar Dutzend Argies zur Hölle beförderten; heute duckt sich die ganze Nation vor Scham und Schande. Halbmast wird geflaggt; damals wurden Orden verteilt. Nein, den Krieg von Brüssel, von Zivilisten mit vorsintflutlichen Waffen und ganz ohne militärisches Kommando, Verteidigungsminister und Kabinettsbeschlüsse, ohne jeden materiellen und politischen Sinn und Gewinn geführt — diesen Krieg wollten sie nicht. Die gleiche „Sun", die während des Malvinen-Krieges zu den schamlosesten Einpeitschern zählte, wendet sich heute mit Grausen von jenen, die in Brüssel den von ihr gepflegten Nationalismus falsch angewandt haben: „*Nach den furchtbaren Ereignissen von Brüssel muß man sich schämen, ein Engländer zu sein.*" Die Ursache verklagt ihre Wirkung, der Ruf sein Echo, der Grund seine Folge.



Daily Mail

Last island falls, then Nott gives pledge ...

BRITAIN WILL FIGHT!

The final hours ... Mail man's own dramatic story

Die bürgerliche Welt schreit auf. Fassungslos, entsetzt, schrill, so als käme ihr die düstere Ahnung, wessen Geschöpfe da im Heysel-Stadion gewütet, welche Abgründe sich da inmitten ihrer besten aller Gemeinwesen aufgetan haben. Aber während die Journaille noch schnell die wohlfeilen Vulgärkenntnisse aus Psychologie und Soziologie zu einem Potpourri der Ursachenanalyse zusammenschwätzt — ein bißchen Jugendarbeitslosigkeit, ein Schuß Perspektivlosigkeit, die kaputten Familien und Ehen, keine Werte mehr, wo sind die Autoritäten, die aggressiven Massen, wehe, wenn sie losgelassen — faßt man die praktischen Konsequenzen hart ins Auge, und hier bewegt sich die Bourgeoisie, die bei der Frage 'Na, was meint ihr denn, wo die Ursachen für Brüssel liegen?' leicht ins Straucheln gerät, auf sicherem Boden: mehr Bullen in die Stadien, Prävention und Greiftrupps, mehr Überwachung, mehr Kontrollen, härtere Bestrafung, neue Gesetze, so wie die laschen Belgier sind wir nicht. „*Die Polizei muß aus einem Winkel herausfinden, in den Gesellschaftskritik sie getrieben hat*", faßt die FAZ die Lehren aus Brüssel zusammen. Der frühere englische Nationalspieler Bobby Charlton verlangte, man müsse die Rowdies mit der Rute züchtigen (warum nicht gleich mit islamischen Methoden?), andere schlagen die Installierung von riesigen Käfigen in den Fußballstadien vor, in denen dann die Fans unterschiedlicher Lager sich das Match aus der Knastperspektive anschauen können. Ein nicht namentlich genannter prominenter Fußballmanager schließlich schlug die Wiedereinführung der Wehrpflicht in England vor, schließlich, so mag er gedacht haben, lassen sich mit der britischen Armee sinnvollere Kriege als in Fußballstadien führen.

Kl., Gö.

Die Wende-Koalition nach der NRW-Schlappe:

Schlammschlacht und Profilsuche

„*Die größte Pleite, die ich je in Nordrhein-Westphalen erlebt habe*", nannte es der ehemalige Bundespräsident Eugen Gerstenmaier nach der ersten Krisensitzung des CDU-Vorstandes. Von einer „*schweren Wahlniederlage, über die man nicht hinwegreden dürfe*", sprach Kanzler Kohl. Norbert Blüm kam zu dem tiefsinnigen Schluß: „*Die Wende ist keine Kaffeefahrt.*" „*Die Gründe müssen in Bonn gesucht werden*", ließ sich der ewige Kanzlerkonkurrent aus Bayern vernehmen („Welt", 14.5.).

In der Tat, die Verluste der CDU um fast 7% gegenüber der letzten Landtagswahl in NRW von 1980 und fast 10% gegenüber der Bundestagswahl von 1983 auf 36,5% der abgegebenen Stimmen, die Abwendung von großen Teilen der Stammwählerschaft nach links an die SPD und nach rechts an die FDP verlangten geradezu zwingend den Ausbruch von Koalitionsstreitigkeiten. Sie gehen bis zu Forderungen aus der CSU nach Ablösung Kohls, nach Aufkündigung der Koalition der CDU/CSU mit der FDP.

Es geht um Schuldzuweisung für das miese Ergebnis und Konsequenzen für die bevorstehende nächste Landtagswahl 1986 in Niedersachsen und die Bundestagswahl 1987. Zur Debatte stehen die Ergebnisse der „Wende", das Image der CDU (CSU) als „Volkspartei" und die Politik der „Koalition der Mitte".

Drei Hauptlinien zeichneten sich zu diesen Fragen in dem nach der Wahl beginnenden catch-as-catch-can ab:

Weitermachen wie bisher als „Volkspartei" und „Koalition der Mitte" in dem Versprechen, es allen gesellschaftlichen Gruppen recht zu machen, ohne dabei den herrschenden Sozialstaatskonsens ideologisch anzuknacken, auch wenn man faktisch eine Politik zu Nutzen der „Wirtschaft" forciert. Diese Linie vertritt Kohl.

Gleich nach der Wahl erklärte das CDU-Präsidium, Hauptursache der Niederlage der CDU in NRW sei, daß die „Konsolidierungspolitik" der Bundesregierung sich „noch nicht" in Wähleranerkennung habe umsetzen lassen. Lothar Späth formulierte namens des Präsidiums: „*Schulden abbauen, mit den Steuern runterfahren, die Wirtschaft sanieren wollen und die Zukunftsinvestitionen wahrnehmen wollen — das ist eine Konsolidierung, die uns die Wähler wegnimmt.*" Kanzler Kohl wurde, was ungewohnt ist, etwas deutlicher: Er machte ebenfalls die „Opfer, die schmerzen" verantwortlich, verwies dann allerdings neben Punkten wie Rentenentwicklung, Unzufriedenheit der Bauern u. a. vor allem auf die Tatsache, daß „*Aufschwung und Abbau der Arbeitslosigkeit nicht parallel laufen.*"

Das heißt auf deutsch: Der bei Antritt der CDU/CSU/FDP-Koalition als „Wende" versprochene wirtschaftliche Aufschwung, der der Koalition immerhin die Wahlbestätigung vom 5. März '83 brachte, fand seitdem und findet weiterhin zwar für die „Wirtschaft" statt, mitnichten aber für die arbeitende — und zum Leidwesen mancher bürgerlicher Politiker ja auch wählende — Bevölkerung.

In biedermännische Demagogie versuchte Kohl die Schuld nach dem seit 82/83 bewährten Rezept auf das „Erbe der SPD" zu schieben, das so schnell nicht zu bewältigen sei, und erklärte, seine „richtige Politik" fortsetzen, allerdings in Zukunft besser „verkaufen" zu wollen.

Nach zweieinhalb Jahren „Wende"-Koalition scheint dieser Trick nun allerdings nicht mehr zu ziehen. Selbst aus der eigenen Partei bescheinigen ihm Kritiker, daß die „geerbten Arbeitslosen zu Kohls eigenen geworden" seien. So der Kieler Wahlforscher und Christdemokrat Kaltefleiter.

Die zweite Linie, in Anknüpfung an solche innerparteiliche Kritik, lautete: die CDU-geführte Regierung muß nach links auslegen, um das verlorene Vertrauen in ihre „Konsolidierungspolitik" wiederzugewinnen und der SPD das Wasser abzugraben. Diese Linie vertreten seit NRW lautstärker als vorher die CDU-Sozialausschüsse. Sie fordern über die bisherigen Maßnahmen der Investitionshilfen für die „Wirtschaft" hinaus ein Beschäftigungsprogramm zur gezielten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, außerdem einen Rentenkongress zur Klärung der Rentenentwicklung u.a.

Mit diesen Forderungen stehen die CDU-Sozialausschüßler u. a. in Konfrontation mit der FDP, die sich schon vor der Wahl in NRW, aber ausdrücklich auch hinterher durch ihren neuen Vorsitzenden Bangemann gegen Beschäftigungsprogramme und für weitere Investitionen aussprach und mehr noch, die zur „Entlastung des Arbeitsmarktes" nach der Wahl erneut die Einführung außertariflicher Bezahlung von Arbeitslosen forderte. Mit diesem sozialpolitischen Programm des klaren Unternehmerkurses will sich die FDP offensichtlich auch in Zukunft weiter nach rechts profilieren, um sich so auf Kosten der rechten CDU zu restabilisieren.



Interessanterweise haben sich eine Reihe von CSU- und auch CDU-Größen die Forderung der Sozialausschüsse nach einem Arbeitsbeschaffungsprogramm zu eigen gemacht u. a. F. J. Strauß, E. Albrecht, L. Späth. Die offizielle Koalitionslinie der Regierung, durch Stoltenberg repräsentiert, steht bisher dagegen — aus „Rücksicht auf die FDP, wie Strauß lautstark kritisiert. Fundamentalos gegen Realos in der CDU/CSU?

In der FAZ jedenfalls konnte mensch — deutlicher wie immer — schon einen Tag nach der Wahl lesen: „*Die Konsolidierung bei Staatsfinanzen und Sozialpolitik, verbunden mit Opfern, war um die Jahreswende 1982/83 in der Theorie populär; sie ist es in der Praxis nicht geblieben... Daraus ergeben sich Folgerungen. Diejenigen in der Union, die im Blick auf die Bundestagswahlen Anfang 1987 (bis dahin sind es nicht viel mehr als anderthalb Jahre) soziale Wohltaten ausstreuen wollen, von einer Wahlniederlage in einem Land zur anderen immer*

streuen wollen, von einer Wahlniederlage in einem Land zur anderen immer

noch mehr, werden an Einfluß gewinnen. Zu diesen Politikern gehören die Regierungschefs in den ‚unionsfesten' süddeutschen Bundesländern, Späth und Strauß. Auch er, der, als er Kanzlerkandidat war, für äußerste Solidarität eintrat, findet seit längerem, daß nun Schluß sein müsse mit dem Sparen, mit den unpopulären Sätzen von der Leistung, die sich wieder lohnen müsse, und so weiter. Kanzler Kohl wird dem sein Ohr zuwenden müssen; so gesehen ist Finanzminister Stoltenberg der eigentliche Verlierer des letzten Sonntags."

Wahlgeschenke und Demagogen an die Front, lautet hier also die Parole.

Die dritte Linie lautet: die gesellschaftspolitische Konfrontation verschärfen, den bisher ideologisch nicht angetasteten Sozialstaatskonsens angehen, wie es die FDP vertritt, die damit der CDU auf der rechten Seite die Wähler wegfängt. Diese Linie wurde nach der Wahl u. a. vom Handelsblatt mit Hinweis auf eine Studie der „Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer" gefordert, bei der die Bundesregierung bzgl. ihrer „Wende"-Politik schon nicht mehr mit den besten Noten wegkomme. Von der „Wirtschaft" würden Beschäftigungsprogramme auch zukünftig als total falscher Weg abgelehnt.

Im Lauf der Auseinandersetzung griffen verschiedene Unternehmerverbände in diesem Sinne in die Auseinandersetzungen ein. So forderte die „Deutsche Industrie und Handelkammer" (DIHT) Stoltenberg auf, an seinem „Konsolidierungskurs" „eisern festzuhalten". Der BDI warnte vor Beschäftigungsprogrammen als „Aktionismus im alten Stil". („FR", 24.5.).

Mit den Angriffen aus der CSU-Chefetage auf die „Führungsschwäche" Kohls, auf das „mangelnde Profil" in der „Sicherheits- und Rechtspolitik", die nicht erkennbare politische und geistige „Wende", die entscheidungslose Kompromißlerei Kohls gegenüber der FDP nahm die Auseinandersetzung — auch öffentlich — zum Teil schrille Formen an. Einige bürgerliche Kommentatoren erinnern an die Auseinandersetzungen vor dem Zerbrechen der Koalition 1966. Andere sehen die Sonthofener Konfrontation zwischen Strauß und Kohl wiederaufleben, in der Strauß Kohl als total unfähig bezeichnet hatte.

Tatsache ist allerdings, daß die Auseinandersetzungen zur Zeit dort ihre Grenzen finden, wo die Kritiker weder politische noch personelle Alternativen anzubieten haben. Darin ist sich offensichtlich das ganze konservative Lager einschließlich der Kritiker einig. Zur Verdeutlichung dafür noch einmal die FAZ direkt nach der Wahl: „*Für Kanzler Kohl, an dem die Zweifel seiner Partei wachsen, der aber nicht austauschbar ist — gegen einen offenbar ungeliebten Konsolidierer wie Stoltenberg nicht, gegen einen gealterten Strauß nicht, gegen einen allzuquicken Späth (noch) nicht —, bleibt 1987 die Chance, die Rau genutzt hat: die des Mannes, den viele einfach mögen. Aber für die Politik, die mit der ‚Wende' in Bonn eingeleitet werden sollte, sieht es schlecht aus, um so mehr, als sich die SPD die Chance nicht entgehen lassen wird, den gut trainierten und lorbeerbekränzten Sieger Rau dem ihm wesensähnlichen Kohl entgegenzustellen.*"

Vor diesem Hintergrund schrumpfen die heißen Auseinandersetzungen, vor allem auch die Kraftsprüche aus Bayern auf wahltaktische Manöver zusammen, mit denen durch „stärkeres Profil" der CDU/CSU für die kommenden Wahlen zugleich nach links (Beschäftigungsprogramme gegen Arbeitslosigkeit) wie auch nach rechts (mehr Entschlußkraft in der Rechts- und „Sicherheitspolitik", Investitionsanreize für die „Wirtschaft") die Wählereinbrüche gegenüber der SPD einerseits und der FDP andererseits aufgefangen werden sollen.

Die letzte, zweite außerordentliche, Sitzung des CDU-Präsidiums vor ein paar Tagen bestätigte die bisherige Konzeptlosigkeit dieser Auseinandersetzung. Die CDU bekräftigte ihre Absicht, ihren bisherigen Kurs der diversen Investitionsanreize u. ä. zur „Wirtschaftsbelebung" fortzusetzen, auf keinen Fall aber ein staatliches Programm gegen die Arbeitslosigkeit einleiten zu wollen, das zusätzlich Geld koste.

Strauß kritisierte von links fast wortgleich mit dem Wirtschaftsexperten und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD, Wolfgang Roth, die CDU-Beschlüsse als „wirres Sammelsurium von Maßnahmen". Er vermisse ein „übergreifendes Konzept" etc.

Festlegungen wurden nicht getroffen. Die CDU will sich die „Abstimmungsmöglichkeiten" für die Spitzengespräche zwischen Strauß und Kohl am 7. Juni und die zwischen den Vorsitzenden der drei Koalitions-Parteien

gespräche zwischen Strauß und Kohl am 7. Juni und die zwischen den Vorsitzenden der drei Koalitions-Parteien

Strauß, Kohl und Bangemann am 13. Juni nicht „erschweren".

Es ist also alles offen — außer der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung. Prognosen der diversen Wirtschaftsinstitute, u. a. des Arbeitsministeriums, gehen von einer Vermehrung der Arbeitslosenzahlen von 2,2 Millionen auf 2,3 Millionen für das Jahr 1985 bei weiter steigender Tendenz aus.

F.

»Sollen die doch sterben ... «

Eine bekannte Methode, denunziatorische oder rufmordende Behauptungen zu verbreiten, ohne sich dem Verdacht auszusetzen, man habe solcherlei Schandtaten im Sinn, ist die dementierte Anschuldigung. Das läuft so:

Die große Flut

Nt. Hört in Europa und Amerika überhaupt jemand zu, wenn von Zehntausenden von Toten in Bangladesh berichtet wird? Die Anteilnahme an diesem Unglück hält sich jedenfalls in Grenzen. Nicht einmal starke Betroffenheit über die jüngste Katastrophe ist bisher zu spüren. Ein beachtlicher Teil Asiens liegt offenbar außerhalb der Vorstellungswelt und des Interesses westlich geprägter Menschen. Gibt es dort in weiter Ferne nicht ohnehin viel zuviele Menschen? Tatsächlich drängen sich mittlerweile über 90 Millionen Bengalen in einem von unzähligen Wasseradern durchzogenen Land von der doppelten Größe Bayerns. Und die Bevölkerung wächst und wächst weiter mit großer Geschwindigkeit. Da liegen zynische Kommentare nahe, die in der Regel darauf hinauslaufen, daß es auf ein paar mehr oder weniger Menschen in einem so übervölkerten Gebiet nicht ankomme. Selbst Einheimische neigen gelegentlich zu solcher Betrachtungsweise, war doch nach der Wirbelsturmkatastrophe des Jahres 1970 im damaligen Ost-Pakistan des öfteren der fatalistische Kommentar zu hören: „Menschliches Leben ist das Billigste, was wir haben" („Life is the cheapest thing we have"). Bangladesh ist ein Land, dem wegen seiner lawinenartig zunehmenden Bevölkerungsschwierigkeiten und der damit zusammenhängenden Massenarmut vermutlich eines Tages nicht mehr zu helfen sein wird. Aber darf man ihm deshalb jetzt Beileid und humanitäre Hilfe verweigern?

Herr Müller erzählt voller Empörung seinem Nachbarn, es werde behauptet, der Meier von gegenüber sei ein ruchloser Hehler, der zudem noch mit Rauschgift handele. Solches von diesem grundehrlichen, einfachen Manne zu behaupten, sei eine unglaubliche Sauerei, fügt Müller sichtlich aufgebracht hinzu, und die oft abgedunkelten Fenster bei Meiers rechtfertigten ebensowenig eine solche Unterstellung wie der teure, neue Wagen, der seit kurzem vor ihrer Tür stehe.

Nach der gleichen unschuldigen Methode ist der nebenstehende Kommentar aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" verfaßt.

Nt. beginnt mit einer berechtigten, stark humanistisch inspirierten Fragestellung: Was kümmert den Westen das Massensterben in der 3. Welt? Einen Scheißdreck, lautet die lakonische Antwort. Woran aber liegt das? Der von Fragen gequälte Kommentator kommt zu der Vorstellungswelt des „westlichen Menschen", in der Asien keinen Platz habe. Na schön. Das ist aber noch sehr allgemein. Also weiter. **„Gibt es dort in weiter Ferne nicht ohnehin zuviel Menschen?"** Der Humanist fragt Ungeheuerliches — oder zitiert es nur aus der sumpfigen Vorstellungswelt der westlich geprägten Menschen, zu denen er sich selbst nicht zählen möchte. Oder doch? Oder fragt er nur rhetorisch, um das Ungeheuerliche der Mentalität, die sich in der Frage verbirgt, zu entlarven, gar zu geißeln?

Aber nun kommt er dem fiktiven Fragesteller entgegen. Ja, er liefert dem Phantom Argumentationshilfen, er nennt Zahlen und Größenverhältnisse, Zusammenhänge und Entwicklungen. Aus einer rhetorischen, dumpfen, vielleicht bloß gedankenlosen Frage ist eine mit guten Argumenten ausgerüstete Antwort geworden. Bei so offenkundig stichhaltigen Argumenten — liegen da nicht Kommentare nahe, so fragt unser Kommentator weiter, die meinen, es käme auf ein paar Menschen mehr oder weniger nicht an? Liegen solche Kommentare für ihn „nahe"? Oder wer schreibt so etwas? Zitiert er einen Bericht, berichtet er von einem wissenschaftlichen Kolloquium, aus einer Ministerrunde oder gar vom Weltwirtschaftsgipfel? Wo werden solche menschenverachtenden Kommentare geschrieben? Auch hier lüftet Nt. nicht das Autorengeheimnis. Aber distanziert er sich nicht wenigstens von solchen Meinungen? „Zynisch" nennt er sie doch. Andererseits liefert er den „Zynikern" wiederum starke Argumente:

Die Einheimischen selbst, schreibt er, sähen das nicht anders, und er zitiert ein geflügeltes Wort, das die willige Opferbereitschaft der Menschen in Ost-Pakistan zum Ausdruck bringen soll. Er fügt noch das englische Original hinzu, damit der Fatalismus der eh zum Untergang geweihten Menschen noch authentischer erscheint. Aber wenn die Opfer sich selbst aufgeben, kann es dann „zynisch" sein, wenn westlich geprägte Menschen sagen: 'Laßt die doch krepieren'?! Vor allen Dingen dann, wenn man, wie Nt., weiß, daß dem Land eines Tages so oder so nicht mehr geholfen werden kann? Kann man genialer die mörderischen Vorgänge in der 3. Welt rechtfertigen? Nein, nein. Damit tut man dem FAZ-Kommentator bitter unrecht? Man beachte die letzte Frage, den christlichen Aufschrei, den händeringenden Appell an das Gewissen und an die Menschlichkeit — deren Sinn und Nutzen zuvor glänzend ad absurdum geführt worden ist ...

Kl, Gö.

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 4.500

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Einem Teil der Auflage ist die „Gemeinsame Beilage" von BWK/KPD u.a. beigelegt.

8. Mai

Eine Entbarbarisierung fand nicht statt



,,*Von euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammen liegen, wenn 500 da liegen, oder wenn 1000 da liegen. Dies durchgehalten zu haben, und dabei — abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen — anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht. Dies ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte.*'' (Himmler, Rede vor SS-Führern, dokumentiert in: Walter Hofer, ,,Der Nationalsozialismus, Dokumente 1933 - 1945'', Fischer).

Vonwegen ,,PR-Debakel'', ,,Pannen und Peinlichkeiten'' — die noble Geste von Bitburg war in Ordnung, ein nettes Zeichen der Versöhung. So sehen's nachträglich 64 % der Bundesbürger (die CDU-Wahlpleite in NRW bleibt dabei ein Geheimnis des sogenannten mündigen Wahlbürgers). 16 % hielten die Geste für ,,nicht gut''. Im Hause des Henkers soll man nicht vom Strick reden, sonst hat man Ressentiments.

Bitburg, 5. Mai: Eine Passantin, die einzige, die überhaupt zu einem Kurzinterview bereit war. Wir fragen: ,,Was halten Sie von der Demonstration hier?''

Über 1000 Juden, aus 21 Ländern, sowie Mitglieder und Aktivisten der französischen Bewegung ,,SOS! Racisme!'', dem Aufruf der ,,Europäischen Union jüdischer Studenten'' folgend, sind hier versammelt. Die Passantin antwortet freundlich: ,,Nichts. Ich finde das nicht gut. Vierzig Jahre danach muß man vergessen können. Einmal muß mal Schluß sein. Das war nicht gut, was damals mit Ihnen passiert ist. Aber es muß mal Schluß werden — man muß vergessen''.

Wir fragen: ,,Was meinen Sie dazu, daß hier, auf dem Bitburger Friedhof, SSler liegen?'' Sie erregt sich, bleibt aber freundlich-bestimmt: ,,Ach was, das sind doch gar keine SSler. Da ist kein einziger SSler! Es sind 16jährige. Die mußten, sonst wären sie erschossen, erhängt worden!''

Eine letzte Frage: ,,Finden Sie das gut, daß Präsident Reagan dorhin geht?'' Sie: ,,Ich finde das großartig. Reagan ist ein großartiger Mann. Ohne die Amerikaner würde es uns viel, viel schlechter gehen, auch hier in Bitburg.''

Deutsche bestehen aus mehr als nur Bewußtsein, sie haben auch Herz und Seele, offenbarte Kohl der US-Zeitschrift ,,Time'' (6.5.). Und für alles, was so ein Herz begehrt, wurde allerlei rund um den 8. Mai geboten. Ronnie und Nancy, von (Folter-)Albrecht durch Bergen Belsen geführt, das war schon nicht ohne Pikanterie.

Bitburg.''
Deutsche bestehen aus mehr als nur Bewußtsein, sie haben auch Herz und Seele, offenbarte Kohl der US-Zeitschrift ,,Time'' (6.5.). Und für alles, was so ein Herz begehrt, wurde allerlei rund um den 8. Mai geboten. Ronnie und Nancy, von (Folter-)Albrecht durch Bergen Belsen geführt, das war schon nicht ohne Pikanterie.

Der Vortrag des 85. Psalms daselbst — Herr, wann hörst du endlich auf zu zürnen? (bißchen dalli!) — zeugte von feinem Geschmack, während draußen protestierende Juden abtransportiert wurden.

Kohl, der im Bundestag, auf Kurt Schumacher gestützt, aufklärte, auch bei der SS habe es solche und solche gegeben, machte damit wertvolle Vorschläge für lange und langweilige Winterabende. Man nehme sich die NSDAP-Hierarchie, gehe die verschiedenen Dienstabteilungen durch und recherchiere: Freiwillig! Gezwungen? Welches Alter? Von etwas was gewußt? Anständig geblieben? Unanständig geworden? Familienstruktur etc. pp. Allein die Gestapo, mit ihrer Fülle an Ober- und Unterreferaten, gibt bestimmt Stoff genug für eine ganze Saison, da ist man nicht mehr auf fade TV-Serien wie ,,Heimat'' angewiesen ...

In Führers Geburtstagswoche schlugen die Wellen besonders hoch. Da brachte die ,,Bunte'' eine Photoreportage über seine Love-Affairs: ,,*Hitler — seine Frauen nannten ihn Wölfchen*''. Kostproben: ,,*So gab sich der Diktator am liebsten: ernst und entschlossen*'', oder ,,*Hitler mochte das 'Ewigweibliche', wie er es nannte.*''

*Da titelte die ,,Quick'': ,,**Die Macht der Juden**''. ,,Vier Millionen ermordete Juden — jüdische Quellen sprechen von sechs — sowie echte und geheuchelte Schuldgefühle belasten jede Diskussion.''*

Auch eine Art des Protestes gegen die Judenvernichtung. Weil sie einen heute daran hindert, unbekümmert seine Meinung zu sagen. Ultrapünktlich, genau zum 20.4., sinnierte Joachim Fest in der ,,Frankfurter Allgemeinen Zeitung'' darüber nach, ob Stalingrad nicht vielleicht die Niederlage der freien Welt gewesen sei (siehe dazu insgesamt AK 258).

Allerlei geboten, wenn auch wenig Neues darunter!

Angefangen bei der geradezu manischen Geschichtsverlogenheit; Gutmütigere nennen es Leugnung. Immer wieder das Klagelied über die ,,Zerschlagung Deutschlands'' und die ,,Neuordnung Europas''. Hat denn Hitler die Sowjetunion überfallen oder Stalin das Reich? Die Möglichkeit der Niederlage, auch von ,,slawischen Untermenschen'' bereitet, gehört(e) eben zum Berufsrisiko eines Nazis. So wurde auch in allen diesen Tagen viel vom ,,Totalitarismus'', wenig aber vom Nationalsozialismus geredet. Die neuen Führer des Westens haben eines aus der Geschichte gelernt: Aggression nährt sich aus Beschwichtigung, und Schwäche selbst kann provozierend wirken (Reagan vor dem Europa-Parlament am 8. Mai). Also: Stärke tut not — um aller Hoffnung zu realisieren, nämlich ,,*die Spaltung Europas und dadurch die Teilung Deutschlands zu überwinden*'' (Kohl auf dem Hambacher Schloß). Daß etwa sowjetische Opfer des Nationalsozialismus nie erwähnt werden, abgesehen vom Bundespräsidenten v. Weizsäcker (aber wen repräsentiert der eigentlich mit seiner Rede?), versteht sich im Kontext dieser manischen Verlogenheit von selbst.

Damit auch jeder Depp versteht, worum es ging und geht, faßte Reagan nochmals zusammen: ,,*Ich bin Afghane, ich bin aus Vietnam in einem überfüllten Boot geflohen, ich bin aus Laos, ich bin ein Kambodschaner, Kubaner und ein Miskito-Indianer in Nicaragua.*'' Was soll's, wenn sowohl am Mord der Einen (Indochina) wie auch am Mord der Anderen (Indianer) die eigenen Truppen überaus maßgeblich beteiligt waren? Was soll's, wenn man selber in Dutzenden von Filmen den Killer gemimt hat? Alles eine Frage des rechten Glaubens.

Diese Art ungewöhnlicher Realitäts-Wahrnehmung drückt sich auch in einer weiteren Allensbacher Meinungsumfrage aus, wonach eine Mehrheit der Bundesbürger das **Jahr** 1945 als ,,Jahr des Zusammenbruchs'', hingegen den **Tag** 8. Mai 1945 als ,,Befreiungstag'' ansieht. Kapiert?

Gedächtnis, Erinnerung — dies ist nur partiell erlaubt.

Erinnert werden darf an anständige junge SSler, die ihren Dienst im guten Glauben an die Sache absolvierten. An die Mißbrauchten. Diese Worte von Herrn Mertes lassen einen direkt träumerisch werden. Wen oder was wird er

ungstag'' ansieht. Kapiert?
Gedächtnis, Erinnerung — dies ist nur partiell erlaubt.
Erinnert werden darf an anständige junge SSler, die ihren Dienst im guten Glauben an die Sache absolvierten. An die Mißbrauchten. Diese Worte von Herrn Mertes lassen einen direkt träumerisch werden. Wen oder was wird er

wohl gemeint haben mit dem ,,guten Glauben an die Sache''? Nazis? Nein. In erster Linie: ,,Deutsche''! 79 % der Bevölkerung sehen in den Bitburger Toten ,,gefallene *Deutsche*'', 4 % meinen, es handele sich um ,,gefallene *Nazis*''.

Überhaupt: Was heute wieder richtig ist, der Einsatz gegen die Sowjetunion, kann doch gestern nicht falsch gewesen sein. Das ist die Fortschreibung von Filbinger (was gestern schon richtig gewesen ist, wird heute ... noch richtiger sein oder was?). 54 % der Bundesbürger, noch eine Umfrage, wollen von der Vergangenheit ,,nichts m e h r '' wissen. Erstaunlich. Doch was gewußt?

Am 8. Mai 1945 war Auschwitz ,,kein Begriff'' — und heute, ja heute, da kann man ,,*nicht unter Strafandrohung jemanden zwingen, etwas zu glauben oder nicht*'' (Dregger). Wenn überhaupt Mitleid, dann mit sich selbst. Am Ende des 2. Weltkrieges stand eine ,,*europäische Katastrophe, die größte in der Geschichte unseres Kontinents*'', erklärte Dregger auf der Kundgebung des Bundes der Vertriebenen Ende April. (Die Rede wurde erst eine Woche später, u. a. in der ,,Frankfurter Rundschau'', veröffentlicht). ,,*Dazu gehörte: Die Unterwerfung ganz Ost-Mitteleuropas unter eine kommunistische Diktatur, deren Kader mit der Roten Armee einmarschierten; dazu gehörte die Teilung Berlins, Deutschlands und Europas in zwei antagonistische Hälften, eine Teilung, die immer noch andauert; und dazu gehört auch die Vertreibung von 14 Millionen Deutschen, von denen zwei Millionen umkamen*'' (,,Frankfurter Rundschau'' — ,,FR'', 8.5.). Wenn man schon an andere denkt, dann so ,,*Wir haben dabei der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gedacht, insbesondere der Juden, **vor allem der deutschen Juden.***'' (Hervorhebung AK). Jude bleibt Jude, aber ein ,,deutscher Jude'' ist uns immer noch etwas weniger fremd, gell? Unfaßbar, fuhr Dregger fort, sei, ,,*welche Wunden blinder Rassenhaß dem jüdischen, **damit aber auch dem deutschen Volk** geschlagen hat.*''

Wie man's macht, macht man's falsch. Auch ein Dregger analysiert manchmal Geschichte: ,,*Ohne Hitler ... hätte es die Verbrechen der Vertreibung und des Judenmordes nicht gegeben.*'' (Mensch beachte nicht nur die Gleichsetzung, sondern auch noch die Reihenfolge). Wo kam der denn bloß her? Also, Achtung bei fliegenden Untertassen am Firmament, nicht verzagen, sofort (bei Dregger) melden. Sonst fügen wir uns wieder unfaßbare Wunden zu. Man gehorcht sich da nämlich so schnell rein, und wer ahnt schon Schlimmes, wenn Kommunisten eingesperrt, Sozialdemokraten verhaftet und Synagogen demoliert werden?

Im Dreggerschen Potpourri darf das größenwahnsinnige Element nicht fehlen: ,,*Wir wollen Werner Nachmann, dem Zentralrat der Juden und den jüdischen Gemeinden in Deutschland sagen, daß wir denen die Hand entgegenstrecken, die sich mit uns versöhnen wollen.*'' (ebenda) **Wer hat hier eigentlich wem und was zu vergeben??**

Irgendjemand hat mal gesagt, Deutsche könnten Juden Auschwitz nie verzeihen. Auch wenn dem nicht so wäre: Wie und was vergeben wird, wie lange oder wie kurz sich erinnert werden ,,darf'', ist wahrlich nicht in deutscher Alleinregie zu bestimmen.

Keine Versöhnung in der Grenz- und Vertriebenenfrage, dafür aber wird Juden empfohlen, sich in fruchtbare Dialoge mit SSlern einzubringen, wie das auch sonst so überaus dialogfreundliche ZDF in seiner Bitburger Berichterstattung meinte.

oder wie kurz sich erinnert werden ,,darf'', ist wahrlich nicht in deutscher Alleinregie zu bestimmen.
Keine Versöhnung in der Grenz- und Vertriebenenfrage, dafür aber wird Juden empfohlen, sich in fruchtbare Dialoge mit SSlern einzubringen, wie das auch sonst so überaus dialogfreundliche ZDF in seiner Bitburger Berichterstattung meinte.

So weit, so normal?

Während seiner Israel-Reise vom Januar 1984, begleitet von Altnazi Ziesel, hatte Kohl freundlich-unbekümmert gesagt: Die junge deutsche Generation begreife die ,,*Geschichte Deutschlands nicht als Last, sondern als Auftrag für die Zukunft*''. Demgegenüber klang Weizsäckers Rede, wo, sagenhafte Leistung, sogar der deutsche kommunistische Widerstand gewürdigt wurde, wie Balsam. Es heißt auch, er habe seit Januar daran gearbeitet. Ob's stimmt, oder ob er, aufgrund der Ereignisse, an diesem oder jenem in extremis gefeilt hat, mag dahingestellt sein. Ansonsten war man sich in seinem Lager, samt dazugehöriger Presse, einig.

Von der vermeintlich anderen Seite gab es nicht gerade üppigen Protest. Brandt ließ Kohl in den USA nicht im Stich. Er warb und warb um Verständnis für die noble Geste. Kein Wunder, daß Geißlers Vorwurf, von wegen Anti-Amerikanismus, ihn dann besonders hart trifft. Vom Kniefall im Warschauer Ghetto zum Werbemann für die Bitburger Rehabilitierungs-Zeremonie — das könnte eine(n) geradezu melancholisch stimmen.

Von all denen, die sich in der BRD als Intellektuelle, als Träger und Vertreter alternativer Kultur begreifen, gab's weder viel zu lesen noch zu hören. Bei der soweit, so schlecht organisierten Linken, Grüne inklusive, auch bei denen, die im Protest anläßlich der grünen Nahostreise unermüdlich ihre besondere Sensibilisierung à propos Judenfrage und Antisemitismus versicherten, herrschte zu Bitburg vor allem weit und breit Apathie.

Besonders einfach machte es sich wieder mal Herr Porth in der ,,taz''. Unter dem Titel: ,,*Antisemitismus in deutschen Medien*'' schrieb er zunächst: ,,*Seit Jahren weist sich die Zugehörigkeit zum hiesigen linken Kulturbetrieb durch den patriotischen Glauben aus, deutsche Kunst werde zunehmend durch amerikanischen Kommerz bedroht. Aus der vorgeblich ästhetisch begründeten Aversion schält sich nun als politischer Kern das antisemitistische Ressentiment (...) heraus.*'' Danach zitiert Porth nacheinander die ,,Stuttgarter Nachrichten'', den ,,Stern'', den ,,Spiegel'', die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' und die ,,Quick''. Ein Vorschlag zur Verständniserleichterung. Wie wär's, wenn man statt der überholten verwirrenden Begriffe links und rechts einfach nur noch ,,kreuz'' und ,,quer'' verwenden würde?

Auch in der ,,Friedenskoordinierung Trier-Bitburg'', die unter den zwei Hauptparolen ,,Stoppt die US-Intervention in Nicaragua! Kein Star-War-Programm'' am 5. Mai nach Bitburg zur Demonstration aufrief, scheint es etwas kreuz und quer gegangen zu sein: ,,*Nahe Bitburg liegen einige Soldatenfriedhöfe, auf denen Gefallene des 2. Weltkrieges beerdigt wurden. Reagan beabsichtigt dort — zum Zeichen seiner ,Friedenswilligkeit' — einen Kranz am Grabe ehemaliger Feinde Amerikas niederzulegen. Wohl auch wegen seines Negativ-Images, das er als ,kalter Krieger' und aggressiver Verfechter seiner Politik der Stärke (auch mit militärischen Mitteln) in weiten Teilen der BRD-Öffentlichkeit genießt. Daß die Kranzniederlegung n u r ein Propagandazug des werbewirksam auftretenden Reagan sein kann, durchschaut man nur allzuleicht. Laßt uns die Politiker an den Taten messen und nicht an ihren Worten!*'' (aus dem Aufrufflugblatt, Hervorhebung AK). Denen entgeht auch nichts. Vonwegen Reagan wollte hier unsere deutschen Opfer würdigen.

n u r ein Propagandazug des werbewirksam auftretenden Reagan sein kann, durchschaut man nur allzuleicht. Laßt uns die Politiker an den Taten messen und nicht an ihren Worten!'' (aus dem Aufrufflugblatt, Hervorhebung AK). Denen entgeht auch nichts. Vonwegen Reagan wollte hier unsere deutschen Opfer würdigen.

Alles nur Bluff! Da klingt der letzte Satz schon direkt makaber — wäre mensch bösartig.

Wer sich bei wem die Anregung holte, braucht hier nicht zu interessieren — jedenfalls veröffentlichten ,,Kommune'' und ,,Aufbruch'' — die erste bekanntlich von J. Schmierer, die zweite von den ,,Nationalrevolutionären'' herausgegeben — zum Jahrestag zufällig genau denselben Auszug aus Ernst Jüngers Tagebuch: ,,*Kirchhorst, 8. Mai 1945. Der Kukuck rief zum ersten Mal in den Moorwäldern. Der Wein am Haus bricht üppig, strotzend aus den Trieben; im Laubwerk, im Ausbruch schon verrät sich die dionysische Kraft (...) Abends waren wir zum ersten Male seit sechs Jahren ohne Verdunkelung. Das ist immerhin eine bescheidene Verbesserung für uns an einem Tage, an dem Siegesfeiern in allen Hauptstädten der Verbündeten von New York bis Moskau strahlen, während der Besiegte ganz tief im Keller sitzt, mit verhülltem Gesicht ...*''

Muß man das schlimm finden, daß der greise Literat bei Schmierer zu Wort kommt? Nein, denn erstens darf der Goethe-Preisträger nach Auffassung von Joschka Fischer keinesfalls ,,zensiert'' werden. Nein, denn zweitens ist er ein prima Freund von Mitterand, der ihn gern mit Helmut zusammen besucht. (und doch: Ernst Jünger, einmal nicht als ,,Herrenmensch'' auf den Zinnen von Paris, sondern mit tiefverhülltem Gesicht im Keller — das bleibt eine anregende Vorstellung).

Zur sonst so häufig geübten tiefen Betroffenheit reichte Bitburg für den größten Teil der BRD-Linken nicht aus. Zwar kopfschüttelnd, aber reaktionslos wurde Bitburg zur letzten Torheit aus Birnes Küche verniedlicht — nach dem Motto: Wenn Stümper die Welt regieren, was kann dabei schon rauskommen? (Das Dumme ist aber: s i e regieren). Gilt auch unter Linken: ,,Kennen wir schon alles''?

Als habe es sich hier nicht um eine schamlos brutale Umwertung deutscher Geschichte gehandelt.

Woher die Abstumpfung, wo schon Humanismus und aufgeklärter Geist einem etwa bei Vergleichen ,,Vertrei-

rauskommen? (Das Dumme ist aber: s i e regieren). Gilt auch unter Linken: ,,Kennen wir schon alles''?
Als habe es sich hier nicht um eine schamlos brutale Umwertung deutscher Geschichte gehandelt.
Woher die Abstumpfung, wo schon Humanismus und aufgeklärter Geist einem etwa bei Vergleichen ,,Vertrei-

bung = Holocaust'' gebieten müßten, nicht lange hin und her zu fackeln?

Sehnsucht nach Normalität?

33 - 45: Privatangelegenheit? Man will mit den Tätern nichts, aber auch mit den Opfern nichts zu tun haben? und weshalb? Versöhnung total?

E.

Offener Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

mit sehr tiefem Schmerz nehmen wir zur Kenntnis, daß der amerikanische Präsident den deutschen Soldatenfriedhof in Bitburg, auf dem sich namentlich gekennzeichnete Gräber von etwa 50 Angehörigen der SS befinden, besuchen wird und darüber hinaus dieser Besuch von deutscher Seite nicht nur empfohlen, sondern im Nachhinein sogar ausdrücklich darum ,,gebeten'' wurde. Wir, die in Europa lebenden Angehörigen und Hinterbliebenen der jüdischen Opfer des Nazi-Regimes, empfinden diese Tatsache als ein Schlag ins Gesicht aller von der SS ermordeten KZ-Häftlinge.

Der geplante Besuch erschreckt und empört uns aus dreierlei Gründen:

1. Die Soldaten der Waffen-SS waren nicht nur — wie die deutschen und französischen Soldaten von Verdun — Beteiligte in einem sinnlosen Krieg, sie waren vielmehr seine Verbrecher. Die Kriegesverbrechen, der geplante Genozid am jüdischen Volk sowie die planmäßige Ermordung ziviler Feinde des Nationalsozialismus wären ohne sie nicht möglich gewesen.
2. Der offensichtlich angestrebte Vergleich von Nazi-Verbrechen mit KZ-Opfern versucht, die Grenze zwischen Mördern und Ermordeten zu verwischen. Ebensowenig wie Hitler, Himmler oder Eichmann politisch als Opfer ihrer selbst angesehen werden können, sowenig dürfen auch ihre Handlanger, die Angehörigen der SS, nicht ,,selbst als Opfer der Nazi-Herrschaft'' aufgewertet werden.
3. Die neo-nazistischen Agitationen, die in Europa und auch in der Bundesrepublik Deutschland neue Formen annehmen, erhalten durch diesen Staatsakt moralische Rückendeckung. Wir können keinen Zufall der Geschichte darin erblicken, daß zur gleichen Zeit, in der den gefallenen SS-Soldaten in Bitburg ihre Referenz erwiesen wird, ein ,,Kameradschaftstreffen'' dreier SS-Panzerdivisionen in Nesselwang stattfindet.

Aus diesen Gründen, Herr Bundeskanzler, protestieren wir energisch und in aller Betroffenheit gegen den für uns, unsere Vorfahren und Nachkommen so symbolträchtigen Besuch des Soldatenfriedhofs von Bitburg.

Wir empfinden tiefe Demütigung darüber, daß wir glaubten, unseren Protest rechtfertigen zu müssen.

Offener Brief an das ZDF

An die
heute-Redaktion des ZDF
6500 Mainz

Offener Brief
den 8. Mai 85

Ich empfinde Ihre Berichterstattung in der heute-Sendung vom 5. Mai um 21.00 Uhr über die internationale Demonstration von 1.400 meist jugendlichen Juden aus 21 Ländern gegen Reagans und Kohls Besuch auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg, der von der Mehrheit des amerikanischen Senats und Abgeordnetenhauses und der großen amerikanischen Presse abgelehnt wurde, als einen Skandal. Ich habe als einer der ganz wenigen nicht-jüdischen Teilnehmer und als Sohn eines von den Nazis inhaftierten leitenden Mitglieds der Bekennenden Kirche Niederschlesiens mich an dieser Demonstration, die während der Vorbeifahrt von Reagan und Kohl von Polizei umzingelt war, beteiligt.

Anstatt angemessen über diese Demonstration zu berichten, hat Ihr Reporter einen sechzehnjährigen Juden interviewt, den er sofort unterbrach und umständlich zurechtwies, als er verkürzend von einem SS-Friedhof sprach. Dabei ist doch nicht zu leugnen, daß man auf diesem Friedhof die Gräber der Angehörigen der Waffen-SS durch den Zusatz „SS-Mann" besonders hervorgehoben hat. Der gleich danach interviewte ehemalige SS-Mann, der versicherte, er habe erst nach dem Krieg etwas von KZs gehört, wurde jedoch nicht zurechtgewiesen, als er behauptete, er habe in Rußland dafür gekämpft, daß die Russen heute nicht in Bitburg stünden. Hat denn nun Hitler die Sowjetunion oder Stalin das Deutsche Reich überfallen?

Besonders peinlich und unangebracht fand ich die Bemerkung Ihres Moderators, er hoffe, es möge zwischen diesem sechzehnjährigen Juden und dem unbelehrbaren SS-Mann zu einem Dialog kommen. Während die Opfer und deren Kinder differenzieren und vergeben und möglichst vergessen sollen, dürfen sich die anderen undifferenziert erinnern oder können sich gar nicht daran erinnern, etwas gewußt zu haben.

Ließ sich denn übrigens für ein Interview kein deutscher Widerstandskämpfer finden, der für die Wiederherstellung der Demokratie gekämpft hat?

Eine derartige Verharmlosung der Judenvernichtung — für die Ihre Sendung nur ein einzelnes Beispiel ist — kann kein deutscher Demokrat unwidersprochen hinnehmen, der nicht vergessen will und gegen den offiziell banalisierten Antisemitismus in der Bundesrepublik eintritt.

Traugott König

Dieser Kritik an einer solchen Berichterstattung schließen sich an:

Dr. Silke Schilling, Prof. Dr. Goebel-Schilling, Prof. Dr. B. Scharlau, Dr. Hans J. Lotz, Karsten Garscha, Brigitte Schlieben-Lange, Mark Münzel

Ein offener Brief an die deutsche Linke

»Kläglich versagt«

Als Freund, Kenner, sogar „Insider" der deutschen Linken, habe ich mit Schrecken und Bestürzung das zaghafte, so gut wie kaum vorhandene Verhalten dieser so wichtigen politischen Bewegung in der Bundesrepublik zum Bitburg-Skandal verfolgt. Es war vor knapp drei Jahren, als an die dreihunderttausend Menschen auf den Bonner Rheinwiesen und Tausende mehr auf zwei Demos in Westberlin Präsident Reagan ihren Unmut über seine Europa-, Verteidigungs-, Lateinamerika- und Weltpolitik zu recht sehr eindrucksvoll vorführten. Aber damals ging es nicht um Juden und damit um ein Stück deutscher Geschichte, wie jetzt bei Bitburg. Und so kommt es, daß ich wochenlang naiv, doch leider vergebens auf die große deutsche Linke in dieser so wichtigen Situation wartete, daß sie mit massiver Anwesenheit, die sie sonst mit kaum allzu großer Mühe organisieren kann, die paar hauptsächlich aus dem Ausland angereisten Juden vor den Toren des Bitburger Soldatenfriedhofes solidarisch und aktiv unterstütze. Obwohl ich den Beweis schludig bleibe, bin ich einfach hauptsächlich aus dem Ausland angereisten Juden vor den Toren des Bitburger Soldatenfriedhofes solidarisch und aktiv unterstütze. Obwohl ich den Beweis schludig bleibe, bin ich einfach ganz fest davon überzeugt, daß es Grüne, SPD-Linke, Gewerkschafter, Frauen- und Friedensbewegte — also eben die deutsche Linke — in großer Zahl nach Bitburg verschlagen hätte, ginge es um ein nur annähernd ähnliches Unrecht an den Bürgern El Salvadors, Chiles, Nicaraguas, von den Palästinensern ganz zu schweigen. Durch ihre Untätigkeit hat sich die deutsche Linke, ob sie es hören will oder nicht, objektiv in das Lager der Herren Dregger, Strauß und Fritz Ullrich Fack („Frankfurter Allgemeine Zeitung") begeben. Ja, ich weiß, daß kaum jemand aus der Linken sich kruder Antisemitismus-Schemata im Kriegsstil zumindest öffentlich bedient hat. Aber wo blieb die einst so laute und wichtige Stimme der SPD in Sachen Antisemitismus? Anscheinend schienen das Einfangen von ein paar noch unentschlossenen Wählern in NRW viel wichtiger für diese einst so standhafte und moralische Partei, als eine aufrechte Konfrontierung mit Reagan, was in diesem Fall auch gleichzeitig eine Auseinandersetzung mit der wohl dunkelsten Stunde deutscher Geschichte bedeutet hätte. Die Grünen brachten als einzige Partei im Bundestag eine sehr ehrenhafte Resolution in die ansonsten so trostlose Affäre, doch wo blieb die hoffentlich immer noch existierende außerparlamentarische Linke?

Und so kommt es, daß ich als linker amerikanischer Jude mitteleuropäischer Herkunft mir hierzulande, vielleicht diesmal sogar zu Recht, wiederum die undifferenzierten Vorurteile gegenüber „den häßlichen Deutschen" anhören muß. Es ist umso mehr ironisch, daß die sonst viel demonstrationsbehäbigere amerikanische Öffentlichkeit am Sonntag des Bitburger Besuches von Präsident Reagan in fast allen großen US-Städten Demonstrationen durchgeführt hat. In New York waren es zum Beispiel 20.000, in Boston 2.500, insgesamt mehr als 200.000. Ich schreibe jetzt diesen Brief nicht aus Enttäuschung, weil mir die Passivität der deutschen Linken das Leben unter amerikanischen Juden in den nächsten Wochen erheblich erschweren wird, sondern aus Überzeugung, daß diese Passivität ein noch nicht abzusehendes Manko in der so bitter benötigten und noch immer nicht unternommenen Vergangenheitsbewältigung der Deutschen darstellt. Und wenn die Linke, wie im Fall Bitburg, kläglich versagt, dann gibt es wahrlich kaum noch Hoffnungsschimmer am sich stets verdunkelnden Horizont der deutschen Vergangenheit, und ich fürchte damit auch der Zukunft.

Andrei Markovits, Cambridge/Massach.

»Wir haben etwas gelernt.« Wir auch.

»Wir haben etwas gelernt.« Wir auch.

Johan van Minnen, Abgeordneter der niederländischen sozialdemokratischen Partei (PvdA) im Europa-Parlament bis 1984, kommentierte die Kohl-Reagan-Show in Bitburg und Bergen-Belsen in der Wochenzeitung „De Groene Amsterdammer" vom 8.5.85.

Die gigantische schwarze Limousine, quer über den Totenacker. Die kriminell aussehenden daneben laufenden Schleppenträger, Beamte der zeitgenössischen Schutzstaffel. Selten waren Fernsehbilder so enthüllend, so eindringlich wie bei der Direktübertragung Sonntag (1) aus Bergen-Belsen und Bitburg. Man mußte dafür das Gerät auf Deutschland abstimmen, und man mußte sehr präzis schalten, denn das zweite Netz hatte als Kontrastprogramm Tiroler Volksmusik. Aber für die Mühe bekam man Text und Auslegung in authentischer Weise.

Gottgeklagter noch als Bitburg war die Grabschändung in Bergen-Belsen. Kohl, wie immer irrtümlich natürlich, zur anderen Seite sehend als sie entlang der Inschriften liefen. Reagan modisch mit Anne Frank und Readers Digest (2) schauspielernd. Keiner von beiden hatte hier etwas zu suchen, hätte hier eigentlich zugelassen werden dürfen. Beide gehören nach Bitburg.

„Wir haben etwas gelernt." Wir auch. Von Kohl die Äußerung, daß *„diese so jungen SSler, wären sie nur am Leben geblieben, das neue Deutschland mit aufgebaut hätten."* Das war immerhin richtig. Von Reagan die Überzeugung, daß *„den Moskito-Indianern ein selbes Los droht wie den Juden im Nazi-Deutschland."* Ah ja. Und von den westdeutschen Reportern lernten wir (genau wie tags darauf von dem NRC Handelsblad-Korrespondenten in Bonn), daß es alles *„so würdig"* verlief, daß die Kameras uns glücklicherweise das irreführende Schauspiel vorenthielten von Kohl und Reagan, wie sie entlang des Kernstücks des Begräbnisplatzes, die SS-Gräber in der vordersten Reihe, liefen, und daß die Freunde erst wieder ins Bild gebracht wurden als sie bei dem Kranz ankamen, der nicht einmal mehr niedergelegt zu werden brauchte, weil er schon hing.

Perfekte Regie, der Bundesgenossenschaft würdig. Kein Wort über den deutschen Fanatismus, der vierzig Jahre und vier Monate zuvor diesen Ort, sogar diese Startbahnen (3) als Basis für den letzten Versuch, das Dritte Reich zu retten, gebrauchte. *„Das amerikanische Volkslied, gespielt von deutschen Soldaten und die deutsche Hymne, gespielt von einer amerikanischen Kapelle,"* sprach ein Kommentator entzückt, *„ist das nicht das wahre Symbol der Symbiose?"* Reagan und Kohl zur Besiegelung der Geschichte in Bitburg. Und die Ardennen-Offensive auf ein NATO-Manöver reduziert.

Wir danken dem Autor und der Redaktion des „Groene Amsterdammer" für die Nachdruckerlaubnis.

(1) 5.5.85
(2) Reagan hatte die Story vom „Weihnachtsfest in den Ardennen" dem Magazin „Readers Digest" entnommen
(3) Flugbasis Bitburg

Übersetzung u. Anmerkungen: Niederlande-Kommission

Leserbrief zu

»DKP gegen DDR und VVN?« (AK 258)

Unter dem Titel „DKP gegen VVN und DDR?" (AK 258, S.7) dokumentierten wir einen Artikel aus der „UZ", in dem die Münchener Manifestation „Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten!" im Vorhinein angegriffen wurde. Wir kommentierten diesen Angriff, indem wir auf den eigentlichen Ärger hinwiesen, den die DKP mit dieser Manifestation hat, der von der „UZ" aber wohlweislich verschwiegen wurde. Des weiteren bezeichneten wir — aufgrund einer falschen Auskunft des Veranstalters der Manifestation — ein in der „UZ" abgedrucktes Flugblatt zu dieser Veranstaltung als Fälschung. Hierzu ein Leserbrief und die Antwort des Autors des kritisierten Artikels.

Sindelfingen, den 13.05.1985

Werte Kolleginnen und Kollegen des „Arbeiterkampf",
sicherlich erwarte ich nicht vom „Arbeiterkampf", daß er die Positionen der DKP vertritt, schließlich ist er eine Zeitung des KB. Aber es wäre m.E. seriös, wenn im „Arbeiterkampf" die Positionen der DKP richtig wiedergegeben würden, was — wie ich als langjähriger „Arbeiterkampf"-Leser zu beurteilen vermag — nicht der Fall ist.

Den schlimmsten Bock seit langem hat K. aus Hamburg in der Ausgabe vom 6. Mai 1985 (AK 258) geschossen. In dem Artikel „DKP gegen VVN und DDR?" auf S. 7 behauptet er, die Zeitung der DKP hätte ein Flugblatt der Manifestation „Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten!" einfach gefälscht. Wörtlich heißt es in dem Artikel: „Dummerweise war es gerade die UZ-Redaktion selbst, die das Blatt gefälscht hat, indem sie so lange die Schlagzeilen auf dem Blatt hin- und hergeschoben hat, bis der ursprünglich vorhandene Block mit der Nennung der Redner/innen verschwunden war."

Die Argumentation vom „Arbeiterkampf" hat, abgesehen von der Funktion der Stimmungsmache gegen die DKP, nur einen Schönheitsfehler: Sie stimmt nicht mit den Tatsachen überein. Wie Ihr aus der beigefügten Kopie entnehmen könnt, gab es doch zwei Versionen des Flugblattes. Am 11. April 1985 habe ich die erste Version zusammen mit einem Brief der Redaktion „Kämpfende Jugend" bekommen. Das Original liegt bei mir zu Hause. Die zweite Version bekam ich auf der antifaschistischen Demonstration am 4. Mai in Frankfurt. Wenn sich jetzt die „Arbeiterkampf"-Redaktion darauf beruft, sie hätte im Büro „Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten" angerufen und dort die Auskunft bekommen, es gäbe nur eine Version des Flugblattes, dann sehe ich mich veranlaßt festzustellen: Entweder mangelt es beim KB oder bei dem „Arbeiterbund" an Seriosität, wenn solche Falschmeldungeen verbreitet werden.

Es drängt sich eine weitere Frage auf: Warum wird diese vom „Arbeiterbund" organisierte Veranstaltung als Anlaß genommen, der DKP auf's Bein zu pinkeln? Interessanter wäre doch gewesen, wie steht der KB zu der Veranstaltung und den Inhalten selbst? Davon war in dem Artikel nichts zu lesen. Man muß ja mit den Argumenten, die die DKP gegen die Veranstaltung vorbringt, nicht einverstanden sein, dann sollte der „Arbeiterkampf" das auch sagen. Ich jedenfalls werde sehr mißtrauisch, wenn der „Arbeiterbund", der in seinem Parteiprogramm von den „vom sowjetrevisionistischen Sozialimperialismus unterdrückten Völkern" spricht, auf einmal „Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten" ruft. Ich finde, das Mindeste, was man von Euch in dieser Sache verlangen kann, ist, daß Ihr diesen Leserbrief abdruckt.
Mit solidarischen Grüßen
R.P.

P.S. Kopien dieses Leserbriefes gehen zur Information an: DKP Hamburg, UZ und mir bekannte Leser des „Arbeiterkampf".

Ja, leider ...

... der Verfasser des nebenstehenden Leserbriefes, R.P. hat recht — soweit er den zu Unrecht gegen die „UZ"-Redaktion erhobenen Fälschungsvorwurf moniert. Und ich habe auch keine Lust, mich damit herauszureden, schließlich „journalistischer Sorgfaltspflicht" genügt zu haben, indem ich beim Veranstalter — dem Münchener Büro „Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten!" — nachfragte, ob es vielleicht zwei Flugblattversionen gäbe. Nein, war dessen Antwort, gibt es nicht — es gibt nur die eine, auf deren Vorseite die Redner/innen sämtlich aufgeführt werden. Bin ich also geleimt worden. Pech für mich und meine Entschuldigung an die „UZ"-Redaktion!

Indes war die „Enthüllung", die „UZ"-Redaktion habe Mißliebiges aus der Flugschrift herausgeschnippelt, nur ein Nebenaspekt des Artikels. R.P. fragt: *„Warum wird diese vom ‚Arbeiterbund' organisierte Veranstaltung zum Anlaß genommen, der DKP auf's Bein zu pinkeln?'* Umgekehrt — nicht jene Veranstaltung war „Anlaß" des Artikels, Grund war die Art und Weise politischer Kritik in der „UZ" selbst. Zu Felde zog die „UZ"-Redaktion gegen eine Veranstaltung, wie sie allemal — wenn auch nicht unter dem „offensiven" Titel „Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten!" — auch von der DKP selbst hätte ausgerichtet werden können. Kriterium der Kritik war hier für die „UZ"-Redaktion wieder mal nicht der Inhalt einer politischen Initiative, sondern — durchaus der berüchtigten These 41 entsprechend — die „Parteizugehörigkeit" der Initiatoren. Grund des AK-Artikels war weiter, daß die „UZ"-Redaktion zwar runde 100 Zeilen für ihre „Aufklärung" über die Veranstaltung verbraucht, mit keiner Zeile aber auch nur andeutet, wer die Redner/innen dieser Veranstaltung sind: fast ausnahmslos Personen aus den Kreisen, auf die die DKP bisher ein Dauerabonnement zu haben schien sowie — und das dürfte der DKP doppelt sauer aufgestoßen sein — der DDR-Staatsschauspieler Erwin Geschonneck. Wie auch hätte die „UZ"-Redaktion ihren Lesern erklären können, daß ehemalige Widerstandskämpfer und sogar ein in seinem Staat hochgeehrter DDR-Bürger Redner einer Veranstaltung sind, die von „notorische(n) Fälscher(n), Spalter(n)" von einer „antisowjetischen Gruppe" durchgeführt wird?

Nun stecke ich zwar in der Haut dessen, der sich hat leimen lassen, der zu Unrecht einen Fälschungsvorwurf erhoben hat. Eine immer noch vergleichsweise komfortable Lage gegenüber den Problemen der „UZ"-Redaktion, die sich einer Leserschaft gegenüber wähnt, der nicht mitgeteilt werden darf, daß es auch noch Antifaschisten außerhalb von DKP und Umfeld gibt, und daß der Alleinvertretungsanspruch der DKP auf DDR und UdSSR auch langsam wackelt.

K., Hamburg

Gesichter einer verlorenen Welt

Eine Ausstellung und eine Veranstaltungsreihe „Gesichter einer verlorenen Welt — Aus dem Leben des polnischen Judentums" findet im Juni/Juli in Hamburg statt.

Fotos aus dem Leben des polnischen Judentums (zusammengestellt vom YIVO-Institute for Jewish Research, New York, und Beth Hatefutsoth Museum, Tel Aviv) zeigt das Hamburgische Museum für Völkerkunde vom 11.6.—14.7.85.

Parallel zur Ausstellung wird am gleichen Ort eine *Vortragsreihe* durchgeführt. Auf dem Programm (Gestaltung: Arie Goral) stehen sowohl übergreifende Darstellungen — u.a. Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung in Polen und Osteuropa — sowie spezielle Vorträge — u.a. zur jiddischen Musik, jiddischem Theater, Chassidismus.

Dritter Bestandteil der Unternehmung ist die *Filmreihe „Das jiddische Kino"* im Hamburger „Metropolis". Gezeigt werden dreizehn Filme aus den Jahren 1925 bis 1981. Am 12.6. eröffnet Ronny Loewy die Reihe mit einem Vortrag über das jiddische Kino.

Der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (Mittelweg 10, 6000 Frankfurt 1) hat — teils zu diesen Veranstaltungen speziell, teils zum Thema Ostjudentum allgemein — einige sehr informative (und äußerst preisgünstige!) Schriften herausgegeben, die bei der angegebenen Adresse bestellt werden können (vorrätig sind sie nur bei allerbestens sortierten Buchhandlungen);
— zur Ausstellung der *Katalog „Gesichter einer verlorenen Welt"* (großes Format, 20 Text- und 50 Bildseiten, DM 9,50);
— die *Dokumentation „Beter und Rebellen — Geschichte und Kultur des osteuropäischen Judentums"* (225 S., DIN A 4-Format, Auszüge aus schwer erreichbaren Quellen, Berichte, Tabellen, Karten, Fotos für sagenhafte DM 3,-);
— die *Aufsatzsammlung „Beter und Rebellen — Aus 1000 Jahren Judentum in Polen"* (ein wahres Handbuch, 368 S., DM 14,-).

Beim Deutschen Filmmuseum (Saalgasse 19, 6000 Frankfurt 1) ist zur Filmreihe das von Ronny Loewy herausgegebene Buch *„Das jiddische Kino"* erschienen (Aufsätze, Abbildungen, Filmographie — ca. DM 15,-).

Ein Kennenlernen jener „verlorenen Welt" — sei es durch den Besuch der Veranstaltungen, sei es durch Lektüre — empfiehlt herzlich die

AG Exil

Schmude: Das Wiedervereinigungsgebot in der Präambel muß fallen, aber:

Kein Verzicht auf Wiedervereinigung, nur Erweiterung der Rahmenbedingungen

So charakterisierte Jürgen Schmude, Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und neu gewählter Präses der Synode der evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) seine so heftig umstrittenen Äußerungen zum Wiedervereinigungsgebot in der Präambel des Grundgesetzes.

Franz Josef Strauß sah in Schmudes Äußerungen gleich den „Untergang Deutschlands" heraufziehen, der außenpolitische Eisenfresser der CDU, Todenhöfer, zollte Schmude „volle Verachtung", der Hardliner CSU-Mann Graf Huyn sah einen „deutschlandpolitischen Amoklauf". Die FDP zeigte sich „erschüttert". Ja selbst in den eigenen Reihen hagelte es Protest. So warf der Berliner Bundestagsabgeordnete Löffler Schmude vor, er gefährde den „Konsens aller Deutschen". Fraktionschef Vogel, der einen Tag vor Schmudes Äußerungen vor dem Kalten-Krieg-Relikt „Kuratorium unheilbares Deutschland" mit diesem noch in der DDR weilte, wollte zwar keine „Frage- und Denkverbote", erklärte aber, daß für die SPD-Fraktion „eine Änderung des Grundgesetzes nicht zur Debatte" stehe. Den Revanchisten-Verbänden hat es offensichtlich die Sprache verschlagen: Sie wußten ja schon immer, daß die „Neue Ostpolitik" den Ausverkauf Deutschlands zum Ziel hat. Erstaunlich moderat äußerte sich der ehemalige Vertriebenen-Sprecher und heutige Minister für inner-deutsche Beziehungen Windelen. Er glaubt schlicht an eine „Unüberlegtheit" Schmudes und nicht an eine dahinterstehende Strategie, „die darauf ziele, die deutsche Frage zu verdrängen." Moderat gab sich auch die Medienlandschaft. Sie hielt die ganze Debatte schlicht für „überflüssig", da ja die für eine Änderung des Grundgesetzes notwendige Zweidrittelmehrheit eh' nicht zu erreichen sei. Lediglich die GREÜNEN begrüßten die „Denkanstöße" aus der SPD. Niemand dürfe „hinter Illusionen herhinken". Die „Denkanstöße" könnten zu einer vernünftigen (?) Deutschlandpolitik beitragen. (Alle Äußerungen entnommen aus der Tagespresse vom 21.-25.Mai 85).

Mit Recht beklagt sich Schmude darüber, daß seine Äußerungen „sehr verkürzt" wiedergegeben worden seien. Anstoß des Aufschreis war Schmudes Überlegung, die Präambel sei nicht mehr „zeitgemäß". Deren Verpflichtung aller Verfassungsorgane, den „*Wiedervereinigungsanspruch im Inneren wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten*", wie noch einmal durch das Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Juli 1973 bekräftigt wurde, berücksichtige nicht die Erfahrungen der letzten 40 Jahre und werfe die Frage auf, ob die

Bundesverfassungsgerichtes vom Juli 1973 bekräftigt wurde, berücksichtige nicht die Erfahrungen der letzten 40 Jahre und werfe die Frage auf, ob die

Auffassung der Präambel, nach der mit der Schaffung des Grundgesetzes „*auch für jene Deutschen gehandelt (worden sei), denen mitzuwirken versagt war*", auf „*unbegrenzte Zeit*" bindend sein könne?

Schmude berief sich in diesem Zusammenhang auf einen Aufsatz des SPD-Mannes Klaus Bölling im Spiegel vom 29.4.85 (über den sich übrigens kein mensch aufgeregt hat.) Bölling stellte den Inhalt der Präambel der Aussage des Artikels 6 des Grundlagenvertrages mit der DDR gegenüber, in dem beide Partner davon ausgehen, „*daß die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten sich auf sein Staatsgebiet beschränkt*" und daß sie „*die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten*" respektieren. Bölling stellt fest, daß die Präambel nicht zu den „*Kernelementen der Verfassung*" gehört und möchte sie verändert wissen, denn sie „ ...*dokumentiert jenes ‚Reichs'-Denken, von denen die meisten der Verfasser sich damals nicht zu lösen vermochten und das die DDR-Kommunisten, gar nicht so falsch, in den Köpfen von Abelein und Anhang geortet zu haben meinen...*

Offen bliebe die deutsche Frage auch nach einer Änderung der Präambel. Solche Offenheit hätte aber nicht länger den Charakter einer verdeckten politischen Kriegserklärung an die Adresse der DDR.

Gewonnen wäre für jede Bundesregierung immerhin ein beträchtliches Stück Handlungsfreiheit im eigenen Haus ...".

Eine zu eng gewordene Präambel kippen, damit den Handlungsspielraum erweitern, darum geht's. Denn nicht zur Debatte gestellt werden soll die Allparteien-Resolution vom 17.5.72:

„Die Verpflichtungen, die die BRD in den Verträgen eingegangen ist, hat sie im eigenen Namen auf sich genommen. Dabei gehen die Verträge von den heute tatsächlich bestehenden Grenzen aus, deren einseitige Änderung sie ausschließen. Die Verträge nehmen eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland nicht vorweg und schaffen keine Rechtsgrundlagen für die heute bestehenden Grenzen. Das unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung wird durch die Verträge nicht berührt. Die Politik der BRD, die eine friedliche Wiederherstellung der nationalen Einheit im europäischen Rahmen anstrebt, steht nicht im Widerspruch zu den Verträgen, die die Lösung der deutschen Frage nicht präjudizieren."

Am 8.Februar 1984 stimmte die SPD einer gemeinsamen Erklärung im Bundestag zu, die noch einmal bekräftigt:

„*Der Deutsche Bundestag bekräftigt das dem deutschen Volk zustehende Recht auf friedliche Verwirklichung seines Selbstbestimmungsrechtes.*" Und Schmude am Ende seines umstrittenen Referats:

„*Uns liegt daran, daß Reden und Handeln übereinstimmen. Eben deshalb haben wir uns im Februar 1984 ... darauf eingelassen, eine gemeinsame Stellungnahme mit der Regierungskoalition ... zu verabschieden. Uns hat dabei an einer ausdrücklichen Festschreibung der Fortgeltung unserer früheren politischen Positionen und an der ebenfalls ausdrücklichen Würdigung der Ergebnisse dieser Deutschlandpolitik gelegen.*"

Und die ist nun einmal davon bestimmt, daß die BRD sich mit den bestehenden Grenzen und Staaten n u r b i s a u f W i d e r r u f abfindet. Das ist der von keinem angezweifelte Konsens zwischen den staatstragenden Parteien der BRD.

Aber unterhalb dieses Konsenses gehen die Meinungen auseinander, wie dieser bitte in Politik umgesetzt werden soll. Dazu ein ausführlicher Auszug aus der Rede Schmudes vor dem „Kuratorium":

„*Wenn wir die Welt mit dieser (der deutschen) Frage konfrontieren, wird sie klare Antworten zuerst bei uns suchen. Bleiben wir sie schuldig, so werden andere die Antworten an unserer Stelle formulieren, und zwar nach ihren Spekulationen und Befürchtungen, auch nach ihren Interessen. Sie werden uns die vielen Teilantworten vorhalten, die in den letzten 40 Jahren in der Entwicklung vollendeter Tatsachen sowie in Verträgen und Abmachungen zu finden sind. Und nicht wenige unserer Nachbarn und Freunde kommen zu dem Schluß, daß eigentlich nichts mehr offen sei und daß wir endlich Ruhe geben sollten. Die Andreotti-Äußerung im Sommer 1984, so verfehlt sie in Form und Anlaß war, hat blitzartig erkennen lassen und bestätigt, daß viele, ja eigentlich alle westlichen Regierungen gleichermaßen am gegenwärtigen Zustand festhalten wollen. Freundliche Floskeln zu unserer Beruhigung ändern da nichts.*

Nichts wird gewonnen, wenn wir die offene deutsche Frage wie eine Wunde vorweisen, ohne deren völlige Heilung der Friede in Europa nicht gesichert werden könne. Was in dieser Form die Interessen anderer zugunsten der Deutschen mobilisieren soll, wirkt tatsächlich auf sie als Drohung ..."

Schmude problematisiert, daß eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges unter nationalstaatlicher Prämisse der Erreichung dieses Zieles im Wege stehe: Sowieso würde sie auf den erbittertsten Widerstand bei den Völkern Ost-Europas stoßen, aber auch im eigenen Bündnis sei sie nicht durchsetzbar. Also eben die „europäische Lösung der deutschen Frage", die er sich auch so vorstellen kann, wie das Verhältnis der BRD zu Österreich. Nicht mehr die nationalstaatliche Einheit soll im Vordergrund stehen, sondern der „*Erhalt der Verbundenheit der Nation*" über die staatlichen Grenzen hinweg. Eine DDR, die sich im Sinne Österreichs (also „nur" Veränderung der gesellschaftspolitischen Grundlagen, raus aus dem Warschauer Pakt, Zurückdrängung der Sowjetunion — alles „friedlich" natürlich) entwickelt, und irgendwann dann einmal, weil der Gedanke der „gemeinsamen Nation" ja immer „gepflegt" worden ist, „freiwillig" im „freien Europa" sich mit der BRD unter einem „*in welcher Form auch immer, gemeinsamen Dach* "(Bölling) zusammenleben will.

Für die Durchsetzung so einer Politik gibt es aber ein Problem: Dies ginge nur in Übereinstimmung mit der CDU/CSU. Diese aber wieder hat eine Wählerklientel, die immer auch die gesamte revanchistische/nationalistische Armada der Vertriebenen umfaßt. Und die wiederum beginnt ihre Enttäuschung darüber, daß die Kohl-Regierung ihre „Ost-Politik" nicht in ihrem Sinne zu wenden bereit ist, in der Weise zu artikulieren, daß sie schon laut darüber nachdenkt, die Gründung einer eigenen Partei ins Auge zu fassen.

Dies kann der CDU/CSU nicht recht sein, u.a. aus den Gründen, die Schmude auch genannt hat, aber eben auch aus parteipolitischem Interesse: Eine neue revanchistische Partei rechts von der CDU/CSU schöpft Stimmen aus ihrem heutigen Wählerpotential ab, und deshalb muß sie eben schon nationalistische Konzessionen machen. Daher der wilde Aufschrei.

Der postwendende Vorwurf des „Ausverkaufs" und des gleichzeitig kampagnenartig erhobenen Vorwurfs des „Antiamerikanismus" an die Adresse der SPD schafft Polarisierungen, die der SPD-Führung nicht nur recht sind. Aber es ist kaum glaubhaft, daß Schmude seinen Vorstoß gemacht hat, ohne daß die Parteispitze (Brandt/Vogel) Bescheid wußte. Nur Schmude mußte den Kopf hinhalten für einen Testballon, den die SPD-Führung insgesamt n o c h nicht starten wollte.

Spannend wäre es noch geworden, wenn die GRÜNEN die Gunst der Stunde genutzt und die Frage der Anerkennung der bestehenden Grenzen mit einer Debatte um die Inhalte der Allparteien-Resolution verbunden hätten. Das hätte tatsächlich den bundesdeutschen Konsens getroffen und die wirklichen Fronten deutlicher gemacht.

Bj./KB-Hamburg 30.5.85

Vom Realo zum Koalo

Zur Entscheidungs-Findung für ihre hessischen Parteifreunde haben die Landtags-Grünen in Wiesbaden ein Debatten-Heft mit dem Titel zusammengestellt: „Koalition — Tolerierung — Opposition, wie weiter in Hessen?" Vorzugsweise geben sie sich darin selbst das Wort. Von den 13 Beiträgen aus der Landtagsgruppe sprechen sich sieben dafür aus, die Koalition mit der SPD jetzt zu suchen; zwei sehen die Zeit dafür erst 1987 gekommen, einer vielleicht irgendwann einmal. Drei Artikel plädieren gegen Koalition.

kommen, einer vielleicht irgendwann einmal. Drei Artikel plädieren gegen Koalition.

Eines der dringlichsten Anliegen der Koalos ist es, die Frage einer Zusammenarbeit mit der SPD zu „entideologisieren", d.h. pragmatisch-sachlich zu behandeln. Von dem Ansatz, vor allem gegen das „grundsätzliche" Nein der Fundamentalisten zu polemisieren, versprechen sie sich die größte Überzeugungskraft. Wie aber sieht es aus mit den sachlichen Argumenten für eine Koalition in Hessen? Die Tolerierung scheiterte an der Genehmigungspraxis der Landesregierung für das Hanauer Atomzentrum. Dazu hören wir die folgenden Überlegungen.

Für Iris Blaul ist es „*Voraussetzung, daß sich die SPD in der Atomfrage wesentlich bewegt*". Denn es könne „*keinen Ausbau der Atomindustrie mit grüner Unterstützung geben*". Engel, Messinger und Schaeffer formulieren recht professionell: „*Zu der konsequenten und eindeutigen Haltung der Grünen in der ökologischen Grundfrage der Atompolitik gab und gibt es keine Alternative.*" Tom Koenigs: „...*ohne eine Einigung über die Atomfabriken wird es keine Einigung geben. Dies vorausgesetzt. Ansonsten...*" usw. Roland Schaeffer: „...*immer unter der Voraussetzung, daß ein gangbarer Weg im Atomkonflikt gefunden wird...*" Wie der Inhalt dieser Einigung aussehen sollte und könnte, interessiert die Autoren nicht weiter. Dieses Problemchen wurde ja auch wegdelegiert und einer rot-grünen „Expertenkommission" zu Füßen gelegt.

Roland Kern immerhin geht die Frage umgekehrt an. „*Es ist Bewegung in der SPD. Wer dies leugnet, der lügt sich in die eigene Tasche.*" Jetzt müßten die Grünen den nächsten Schritt machen: „*Wenn wir aber eine Einigung in der Atomfrage ausschlagen, nur weil wir keine Koalition eingehen wollen, dann sollten wir zur nächsten Wahl besser nicht mehr antreten.*"

Kein Spruch scheint dumm genug, um grüne Mitglieder nicht damit zu behelligen.

Neue Sachlichkeit bedeutet also: Wenn — dann. Immer vorausgesetzt, man einigt sich mit der SPD — welchen vernünftigen Grund kann es dann noch geben, eine Koalition abzulehnen? Die Substanz dieser Voraussetzung, ihre Realisierungsmöglichkeit und Wahrscheinlichkeit ist den Politjunioren keine Erörterung wert. Kurz: Über den Preis soll möglichst nicht diskutiert werden. Man hat gewiß Gründe dafür. Inzwischen ist nämlich klar, wer sich in die eigene Tasche gelogen hat, und daß es den Ausbau des Hanauer Nuklearzentrums, vielleicht sogar unter grüner „Aufsicht", wahrscheinlicher aber mit grünem Wegsehen, geben soll.

Nuklearzentrums, vielleicht sogar unter grüner „Aufsicht", wahrscheinlicher aber mit grünem Wegsehen, geben soll.

Wenn schon die Erörterung der Voraussetzungen flachfällt, könnte man sich vorstellen, daß wenigstens sachlich-pragmatisch beschrieben wird, welche Politik die Grünen mit und in einer Koalition betreiben wollen. Immerhin geht es um eine beachtliche Wende dieser Partei, von der sich die Koalos einiges erhoffen müßten. Was also würde sich mit Eintritt der Grünen in die Landesregierung ändern? An den Vorgaben und Beschlüssen nichts! Laut Koenigs „*haben wir jedoch die inhaltlichen Bestimmungen eines rotgrünen Bündnisses — dessen, was mit den Sozis möglich ist und was nicht — im wesentlichen festgeschrieben. Die Verhandlungsergebnisse sind der Ausgangspunkt sowohl von Tolerierungs- als auch von Koalitionsbündnissen.*" Schaeffer: „*Politisch ist vielmehr klar, daß die Vereinbarungen vom Juni 1984 fortdauern. Es wird also in den kommenden zwei Jahren nur insoweit möglich sein, über die Vereinbarungen hinauszugehen, als Grüne selbst in bestimmten Bereichen politische Verantwortung und damit Entscheidungsbefugnis übernehmen.*" Schaeffer stellt sich dabei u.a. vor, „*die Kontrolle über die Atomvereinbarungen selbst zu*

wortung und damit Entscheidungsbefugnis übernehmen." Schaeffer stellt sich dabei u.a. vor, „*die Kontrolle über die Atomvereinbarungen selbst zu*

übernehmen" — immer vorausgesetzt ..., aber das hatten wir schon.

Wenn die politische Grundlage die gleiche wie in der kurzen hessischen Tolerierungsphase bleibt — was macht dann die Koalition so wichtig? Für Blaul reicht es nicht aus, „*auch noch so detaillierte Vereinbarungen und Absichtserklärungen schriftlich festzuhalten und zu unterzeichnen, um diese dann vertrauensvoll an eine vermeintlich neutrale Exekutive zu übergeben.*" Auch Engel, Messinger, Schaeffer haben aus bitteren Erfahrungen gelernt: Eine Regierung, die „*quasi ‚neutral' Beschlüsse umsetzt*", gibt es nicht. Eine kleine Parlamentsfraktion sei einfach überfordert, wenn sie das Treiben des tolerierten Partners an der Regierung und den „riesigen Apparat der Landesverwaltung" kontrollieren soll. „*Gerade im Atombereich ist deutlich geworden, daß die verbal geäußerte Bereitschaft, ‚die Bedenken der Grünen ernst zu nehmen' (Verhandlungsergebnisse) eine leere Worthülse bleibt, wenn sie nicht organisatorisch und personell abgesichert wird.*" Kann es sein, daß das zitierte Verhandlungsergebnis so oder so eine leere Worthülse bleibt? Aber: Es wäre nicht das

und personell abgesichert wird." Kann es sein, daß das zitierte Verhandlungsergebnis so oder so eine leere Worthülse bleibt? Aber: Es wäre nicht das

erste Mal in der Politik, sozusagen in der Realpolitik, daß leere Worthülsen organisatorisch und personell abgesichert werden. Folgerichtig warnen Engel und Co. vor einer „*Überschätzung der praktischen Kontrollmöglichkeiten und der Handlungsfähigkeit des Parlaments gegenüber der Exekutive*".

Schaeffer meint, es seien nicht die Inhalte, sondern es sei „die Struktur des Tolerierungsbündnisses selbst", die zum (vorläufigen) Bruch geführt habe. „*Der Vertrauensvorschuß, den eine ‚tolerierende' Partei der regierenden geben muß (und das damit verbundene ständige Mißtrauen) führt nicht nur zu einer psychischen Belastung. Er widerspricht auch der von grüner Seite immer wieder betonten Distanz zur SPD.*"

Somit erfahren wir jetzt (endlich): Die Tolerierung fand nicht statt, weil die Grünen eine beschissene SPD-Regierung einer noch beschisseneren CDU-Regierung vorzogen, sondern weil sie der SPD vertrauten und die Regierung für eine faire Sachwalterin parlamentarischer Beschlüsse hielten. Diese Illusion haben die MdLs jetzt überwunden. Eine Koalition streben sie an, um wieder Distanz zur SPD zu gewinnen. Das nennt man Rückgrat!

Tom Koenigs sieht es so: Das Hauptdefizit der bisherigen Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten liege „*in der mangelhaften, halbherzigen, verfälschten oder verzögerten Umsetzung der Inhalte, nicht an den Inhalten selbst.*" Der Politiker hat nämlich auch mit einer Verwaltung zu tun. „*Hier sind wir immer auf ein offenes Ohr angewiesen.*" Hat man diese Leier schon mal vernommen, z.B. 1969ff? Die „Umsetzungsschwierigkeiten", z.B. bei der Verhinderung der Mainhausener Giftmülldeponie, kommen



Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

daher, „*daß einem Minister ein Programm aufgezwungen worden ist, das er nicht wollte ... Wie gut hätte die Mainhausen-Kommission arbeiten können, wenn sie von einem grünen Minister einberufem und gedeckt wäre.*" Oja! Und wie schnell werden ihre Ergebnisse im Papierkorb landen, wenn Börner nicht damit einverstanden sein sollte...

Personen

Jedenfalls sind wir rasch beim Kern des Umsetzungsproblems. Blaul: „*Politik ist ebenso abhängig von den Personen, die die Ziele formulieren, wie von den Personen, die diese Ziele in gesellschaftliche Praxis umsetzen sollen.*" Gewiß... — die Politik im Allgemeinen und Besonderen, die ist schon etwas Faszinierendes. Da könnte man richtig ins Philosophieren kommen. In dieser Phase des Abhebens kommen die schnöden Volksmassen selbstredend nicht mehr vor — nicht einmal als Personen, welche die Personen wählen, auf die es dann ankommt.

Auf die richtigen nämlich: „*Die Erfahrungen der Zusammenarbeit und des Bruches haben gezeigt, welche Probleme entstehen, wenn eine neue Politik von Personen verwirklicht werden soll, die eigentlich ganz andere politische Inhalte vertreten.*" (Engel und Co.) Die „neue Politik" ist mehr oder weniger unter Dach und Fach, nur bei den Machern hapert's noch etwas. Roland Weist faßt prägnant zusammen, daß sich eine Tolerierungspolitik „*Illusionen über die Einflußmöglichkeiten der Parlamentsebene macht. Oder anders: Wie groß muß eigentlich das Vertrauen von uns Grünen in etablierte Politiker sein, wenn wir glauben, eine andersfarbige Regierung/Verwaltung werde alles, was wir mühsam ausgehandelt haben, mit Freude und Engagement umsetzen.*"

Roland Kern aber schießt den Vogel ab: „*Die Umsetzung ökologischer Politik können wir nicht anderen überlassen.*" Er sagt: „***Ich sage: Selbst machen! Alles selbst machen! Auch das ist ein grünes Prinzip.***" Dieser MdL hat wenigstens nicht vergessen, was er früher mal gelernt hat: ‚Bauen wir auf die eigene Kraft' und ‚Nehmen wir unser Schicksal in die eigene Hand' usw.

Grüne Ministersessel sind, wie mensch sieht, das Gegenteil der Stellvertreter-Politik und Delegation von Macht in fremde Hände...

Wortreich polemisieren die Koalos gegen den Einwand, eine grüne Regierungsbeteiligung sei so etwas wie ein „Sündenfall", eine Abkehr von grünen Prinzipien. Das ist auch bitter nötig, denn in dem sie bindenden Landesprogramm steht recht eindeutig: „***Regierungskoalitionen mit einer der herkömmlichen Wachstumsparteien werden die Grünen Hessen nicht eingehen.***" Für Engel und Co. nehmen die Grünen mit ihrer Teilnahme an Wahlen am „parlamentarischen Machtspiel" teil. Da wäre es einfach schrullig, nicht auch „*alle politischen Möglichkeiten, die das parlamentarische System bietet*", zu nutzen. Roland Kern: „*Wer in die Parlamente geht, gelangt manchmal schneller als ihm lieb ist und er glaubt verkraften zu können in die Situation, daß jedes Verhalten — ganz gleich ob Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung — irgendetwas bewirkt. Insofern kann man sagen: wir verantworten die hessische Landespolitik mit seit 1. Dezember 1982 — ob wir dies wahrhaben wollen oder nicht.*" Dieses super-fundamentalistische Argument, das in der Zeit grüner Geburtswehen gelegentlich gegen jede Wahlbeteiligung an sich vorgebracht wurde, scheint also richtig zu sein. Kern nutzt es einfach in der umgekehrten Richtung: Wenn schon — denn schon. „*Wenn aber Verantwortung, dann wenigstens für eigenes Handeln und nicht für fremdes.*"

Schaeffer bemüht sich um eine differenzierte Darstellung dieser staatsbürgerlichen Logik. „*Weshalb sollte es z.B. ‚erlaubt' sein, Verantwortung für einzelne Beschlüsse und Gesetze zu übernehmen, nicht aber für Regierungswahl und Haushalt (so die Position der ‚punktuellen Zusammenarbeit'), weshalb soll Verantwortung für Haushalt und Regierungswahl möglich, eigenverantwortliches Regierungshandeln aber ‚verboten' sein (so die Position der ‚Tolerierer')?*" Solche Debatten würden doch bestenfalls „den innersten Zirkel der Grünen" interessieren. Klar: Weshalb ein grüner Umwelt- oder Justizminister, aber kein grüner Innenminister? Weshalb kein grüner General oder Geheimdienstchef? An die geltenden Gesetze würden sich die Grünen doch auch in solchen Ämtern halten — schon aus „Verantwortung".

Menschen mit einer linken Sozialisation dürften diese Zitate reichen, um sich ein Bild von der Qualität grüner Koalo-Argumentationen zu machen. Gehen wir falsch in der Annahme, daß die Oggersheimerisierung von Staat und Gesellschaft nun auch die Grünen erfaßt — um nicht zu sagen: voll erwischt — hat? Wie dem auch sei: Immerhin befinden sich unter den Tiefdenkern auch bewährte Vorkämpfer der Frankfurter Sponti-Szene wie Koenigs oder Messinger. Irgendwie hat man ja schon immer gewußt, daß die Parlamente die Menschen verändern.
und Gesellschaft nun auch die Grünen erfaßt — um nicht zu sagen: voll erwischt — hat? Wie dem auch sei: Immerhin befinden sich unter den Tiefdenkern auch bewährte Vorkämpfer der Frankfurter Sponti-Szene wie Koenigs oder Messinger. Irgendwie hat man ja schon immer gewußt, daß die Parlamente die Menschen verändern.
Hier aber muß man fast von einer Art Gehirnwäsche sprechen: Alles was vorher drin war, wird gelöscht und die Speicherkapazität der Köpfe strikt auf einen Grundkurs in Staatsbürgerkunde beschränkt.

Doch werden die Koalos von diesen Pflichtübungen in politischer Begründung ebensowenig wirklich umgetrieben wie die SPD von deren erbaulichen Sonntagsreden über soziale oder Sicherheitspartnerschaft. Die schlichte Wahrheit ist, daß ihnen der Arsch auf Grundeis geht. Schaeffer macht bei den grünen Abgeordneten „spürbare Existenzangst" aus (das Heft erschien bereits vor der NRW-Wahl!). Die SPD sei dabei, den Grünen „das Fell über die Ohren zu ziehen". Er sieht die Wähler schon Konsequenzen ziehen: „*Die Grünen gut finden wegen ihrer Ideen und wegen der wichtigen Anstöße, die sie gegeben haben, die SPD wählen, damit sie wenigstens einen Teil davon realisiert.*' Es drohe eine „historische Niederlage" für die libertären, pazifistischen, ökologischen und sozialistischen Strömungen in der BRD. Es wird sich also sogar der Sozialisten erinnert, wenn es darum geht, den Untergang abzuwenden. Nett, aber spät.

Marketing

Auch für Tom Koenigs steht die parlamentarische Existenzberechtigung der Grünen auf dem Spiel. Die SPD eigne sich die wichtigsten Themen der Grünen an, biege ihre Lösungsvorschläge für den eigenen Bedarf zurecht und versuche, die Urheber gemeinerweise überflüssig zu machen. Reinhold Weist befürchtet, „mittelfristig überflüssig" zu werden. Und immer und immer wieder wird in diesem Zusammenhang auf die „neue Müll-Politik" in Hessen hingewiesen. Da habe Minister Clauss die grüne Idee von der Müll-Getrenntsammlung geklaut und „inzwischen SPD-besetzt", indem er in den Medien Reklame damit macht. Hier müssen wir noch einmal Tom Koenigs das Wort erteilen, weil er den rot-grünen Koalitionstraum so unnachahmlich treffend beschreibt:

„*Ich möchte den Grünen sehen, der sich nicht geärgert hat, als ihm das bunte Blatt ins Haus geflattert ist. Das ist unsere Initiative, unser Beharren in den Verhandlungen mit der SPD, unsere Arbeit, ein bißchen verfälscht zwar, aber das wird in der Öffentlichkeit als ein Expertenproblem empfunden werden, das nicht mehr viele bewegt ... Wir Grünen werden jetzt als Nörgler dastehen, wenn wir das Gesetz kritisieren und am Schluß werden wir ihm doch zustimmen müssen, um nicht im sauren Regen zu stehen und wenn wir den Haushalt nicht freigeben, wo die Mittel dafür drinstehen, dann schon gar. Gebt's doch zu: wenn unser Müllkonzept in allen Zeitungen gestanden hätte (unten das Bild vom landauf, landab bekannten grünen Umweltminister), das Abfallgesetz eindeutig und von uns und die Details auch in unserem Sinne wären, das wäre eine tolle Sache gewesen. So hatten wir uns doch die Umsetzung und Propagierung der Vereinbarungen vorgestellt...*"

Gebt's doch zu: Als wir vor Jahr und Tag behaupteten, so oder so ähnlich könnte grüne Politik einmal aussehen, da hat man uns damit abgeschmettert, daß wir die fundamentale Dimension der Ökologie und überhaupt die Fragen der Neuzeit einfach nicht begriffen hätten. Aber das Koenigs-Zitat ist weniger deswegen so wichtig, weil es einen weiteren anschaulichen Beweis dafür liefert, daß bürgerliche Politik den Mut zur Lächerlichkeit erfordert. **Es zeigt vor allem den Zusammenhang von Reform, Sachzwang und Lüge auf.** Die Grünen können aus diesem Blickwinkel gar nicht anders, als die SPD in jeder Hinsicht nachzuahmen. Die Mogelei besteht natürlich in der versteckten, aber durch nichts gerechtfertigten Annahme, ein grüner Umweltminister könnte ein solches Abfallgesetz ohne Verwässerungen und Verfälschungen umsetzen und für seine Partei verbuchen. Tatsächlich würde er jedoch **dasselbe** Gesetz anpreisen. In der Vorfreude auf den Ministerposten und dessen glänzende Vermarktungsmöglichkeiten kann man Koalitionsvereinbarungen und Kompromisse glatt vergessen (erst recht die Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten). Was überrascht, ist gar nicht mal die Demagogie, sondern die Plumpheit derselben.

Marita Haibach faßt diese Überlegungen der Landtagsgruppe so zusammen: „***Die Frage der Inhalte rückt gegenüber der Frage, wie können wir uns am besten verkaufen, in den Hintergrund.***" Wie wahr. Wenn man nichts anderes betreibt, als alle Konfliktfelder mit der SPD systematisch auszuklammern (Startbahn West ist ja ein Begriff, der von den MdLs geradezu peinlich vermieden wird), gerät man in den
men: „***Die Frage der Inhalte rückt gegenüber der Frage, wie können wir uns am besten verkaufen, in den Hintergrund.***" Wie wahr. Wenn man nichts anderes betreibt, als alle Konfliktfelder mit der SPD systematisch auszuklammern (Startbahn West ist ja ein Begriff, der von den MdLs geradezu peinlich vermieden wird), gerät man in den
Sog des Tankers. Und fällt als Beiboot kaum mehr auf. Kein Wunder, daß es nun eilt, an Bord zu steigen und sich daselbst durch Verwaltungskünste auszuzeichnen.

Glücklicher Holger Börner! Die drei-käse-hohen Koalos werden ihm kaum Schwierigkeiten bereiten, wenn er vielleicht auch die „Kaffeekränzchen" (Haibach über die frühere Tolerierungsrunde zwischen SPD und Grünen) als lästig empfinden mag. Nicht einmal ein Zipfelchen von Macht werden sie, falls sie je an den Kabinettstisch gelangen, in den Händen halten. Nicht einmal entfernt werden sie den realpolitischen — der Begriff ist hier wirklich ernst gemeint — Einfluß gewinnen, den die Anti-AKW- oder Startbahn-Bewegung mit Moratorien immerhin zeitweise erreichten.

Darum ist auch die heißumkämpfte Trennlinie zwischen Realos und Fundis, Machtbeteiligung — ja oder nein, so entnervend, weil sie völlig an der Realität vorbeigeht. Es geht bei den Realos/Koalos nicht um einen Prozeß der „Herrschaftsaneignung", wie Chris Boppel kritisiert, sondern der Herrschaftsanerkennung. Das herrschende Politikverständnis, die herrschende Art zu regieren und regiert zu werden, die herrschende Verteilung von Macht werden anerkannt. **Der Staat ist so, wie er ist, auch der Staat dieses Teils der Grünen.** (Notwendige Ergänzung für Kurzgedächtnisse: Es handelt sich u.a. um ehemalige Linke, z.B. die Frankfurter Spontis, die sich in ihrer generellen Ablehnung des Staats schlechthin durch nichts und niemanden übertreffen ließen, und die sich vor allem in dieser Frage vom Sozialismus abgrenzten).

Deshalb ist es nur logisch, daß außerparlamentarische Protestbewegungen (von Widerstand ganz zu schweigen) in ihren Betrachtungen keinen Platz mehr einnehmen — nicht einmal als eines von mehreren Elementen grüner Politik. Kurz: Sie haben sich abgenabelt. Nahrung muß nun aus anderer Quelle kommen — aber ob die SPD so freundlich sein wird, zu helfen?

Staatsraison

Das war ja seit langem abzusehen. Spannendes Neuland aber zeichnet sich in den Ausführungen der Koalos über die „parlamentarischen Möglichkeiten" ab. Eine reine Parlamentstätigkeit, so ihre vielfältige Klage, sei wenig wirksam und der Exekutive hoffnungslos unterlegen. Man möchte meinen: eine linke Analyse. Doch es ist nicht etwa die Ablehnung eines Untersuchungsausschusses zu Hanau durch eine rüde SPDFDPCDU-Mehrheit, was die Freunde empört. Es ist nicht ein Mehr an demokratischen Kontrollmöglichkeiten, welches hier eingeklagt werden soll. Denn dafür gäbe es ja ein einfaches und altbekanntes parlamentarisches Mittel: Den Haushalt ablehnen. Eine Regierung, welche die mit einem Tolerierungspartner getroffenen Vereinbarungen aushöhlt und unterläuft, bekommt von grünen Abgeordneten selbstverständlich kein Geld bewilligt. Stattdessen kombinieren die Koalos: Weil Kontrolle nicht möglich ist, müssen wir an der (mindestens schwer kontrollierbaren) Regierung teilnehmen.

Darf man mal ganz bescheiden anfragen, ob dieses das „republikanische Element" ist, das die Grünen in die politische Landschaft einzuführen gedenken? Börner hat von den Grünen die Zustimmung zu einem „Doppelhaushalt '86/87'" gefordert. (Tatsächlich handelt es sich um die Verabschiedung von drei Haushalten sozusagen in einem Rutsch: Dem Etat '85 müssen die Grünen ja auch noch zustimmen). Reaktion der Angesprochenen: Warum nicht? Es kommt darauf an, was drinsteht.— Das scheint ein Punkt zu sein, wo der CDU/FDP-Opposition demnächst einfallen wird, daß sie einen lautstarken Aufschrei inszenieren muß. Wir wagen die Prognose: Sie wird gleich darauf wieder leiser werden. Doppelhaushalte, Dreifachhaushalte — sowas Feines könnte man ggf. auch mal brauchen.

Selbstverständlich ist es eine klar undemokratische Verfahrensweise, sich mit solchen Tricks für das Ende einer Legislaturperiode freie Hand zu verschaffen. Eher nebensächlich ist dabei, daß die Grünen natürlich die Betrogenen sind, wenn sie sich selber die Möglichkeit verbauen, der Landesregierung in den nächsten zwei Jahren noch einmal Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Dieses Verfahren würde vielmehr zur scheinheilig beklagten Entmachtung des Parlaments aktiv beitragen und könnte, wenn es ausgerechnet von Rot-Grünen eingeführt wird, noch zu unangenehmen Folgen führen. Und weil ein dezenter Hinweis ohnehin kaum verstanden wird, fragen wir
werfen. Dieses Verfahren würde vielmehr zur scheinheilig beklagten Entmachtung des Parlaments aktiv beitragen und könnte, wenn es ausgerechnet von Rot-Grünen eingeführt wird, noch zu unangenehmen Folgen führen. Und weil ein dezenter Hinweis ohnehin kaum verstanden wird, fragen wir
nochmal deutlich: Rot-Grüne Koalition öffnet den Weg zu Notstands-Praktiken?

Flugs schreitet die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols zur Ausweitung desselben fort. Spitzfindig? Nicht doch: Von den Koalos wird parlamentarische Opposition (wie gesagt: die außerparlamentarische ist sowieso abgehakt) nicht einmal mehr als wichtige demokratische Aufgabe beschrieben. Da ist beiläufig von der „*undankbaren Oppositionsrolle*" (Weist) die Rede, die für die Grünen „*in dieser Legislaturperiode kaum durchhaltbar*" sei (Haibach). Allgemeiner gesprochen kann man nach widerspenstigen Elementen aller Art — in Form und Inhalt — in den Beiträgen vergeblich suchen. Kritik, Protest, Opposition, Widerstand — all das ist still und heimlich verschwunden. Umso häufiger tauchen die Begriffe Gestaltung, Verwaltung und Verantwortung auf. **Die Koalos sind die Ja-Sager der Grünen.**

Selbstverständlich haben die Koalos nicht die Revolution „verraten", weil die Grünen sie ohnehin nie gewollt haben. Aus dem ursprünglich teils fortschrittlichen, teils reaktionären Gemisch grüner Demokratie-Vorstellungen haben sie allerdings eine Linie herauskristallisiert, die sich von den „Altparteien" nicht mehr wesentlich unterscheidet. Wahlen, Parlamente und das ganze Drumherum sind lästige Pflichtübungen; interessant ist allein die Regierung. Und das ganze nennt sich: „ideologiefrei" und „pragmatisch". Es fragt sich, ob die Profilierung auf diesem Gebiet heute besonders populär ist. Originell ist sie jedenfalls nicht.

Es vergißt sich so Manches im Verlauf von Politkarrieren. Aber auch das Stimmvieh kann vergessen, z.B. wie wichtig die Grünen sind.

de.

DOKUMENTATION

Vorschlag der SPD für eine Vereinbarung SPD-Grüne

I. Die Verhandlungskommissionen der SPD und der GRÜNEN haben im Mai 1985 den folgenden Text einer Vereinbarung für die Fortsetzung ihrer Zusammenarbeit festgestellt.

Die Vereinbarung gilt für den Rest der laufenden Legislaturperiode bis zum Herbst 1987. Sie ergänzt die Vereinbarungen zwischen den Parteien vom 4. Juni 1984, die wieder in Kraft gesetzt werden.

II. Die Parteien werden die zwischen ihnen streitig gewesenen Fragen zu den Genehmigungen für die Hanauer Nuklearbetriebe gemäß den Empfehlungen lösen, die die Arbeitsgruppe hessische Energiepolitik in ihrem Bericht vom 15. Mai 1985 gegenüber der Landesregierung ausgesprochen hat, wobei vor allem der Verhinderung der von der Bundesregierung geplanten Plutoniumwirtschaft besondere Bedeutung zukommt. Diese Empfehlungen sind Gegenstand der Vereinbarung der Parteien.

III. Um diese Empfehlungen zu verwirklichen werden insbesondere folgende Maßnahmen vereinbart:

1. Über eine Bundesratsinitiative und zugleich über die Bundestagsfraktionen beider Parteien werden Gesetzgebungsverfahren zur Änderung des Atomgesetzes eingeleitet mit den von der Arbeitsgruppe empfohlenen Änderungsinhalten. Soweit das Land Hessen seinen Einfluß zur Verschärfung damit zusammenhängender Rechtsvorschriften geltend machen kann (z.B. Stellungnahme zur Strahlenschutz-VO) wird das mit der von der Arbeitsgruppe gekennzeichneten Zielrichtung geschehen.

2. Über die Empfehlung der Arbeitsgruppe hinaus wird Hessen durch eine Normenkontrollklage vom Bundesverfassungsgericht das Atomgesetz an den Anforderungen des Grundgesetzes überprüfen lassen im Hinblick darauf, daß die Regelungen des Atomgesetzes wegen gestiegener Risiken und wegen neuer Erkenntnisse zu den Auswirkungen einer Ausweitung der Plutoniumverarbeitung und einer Verarbeitung von waffengrädigem Uran nicht mehr den verfassungsrechtlichen Erfordernissen entsprechen, und deshalb vom Gesetzgeber nachgebessert werden müsse.

2. Über die Empfehlung der Arbeitsgruppe hinaus wird Hessen durch eine Normenkontrollklage vom Bundesverfassungsgericht das Atomgesetz an den Anforderungen des Grundgesetzes überprüfen lassen im Hinblick darauf, daß die Regelungen des Atomgesetzes wegen gestiegener Risiken und wegen neuer Erkenntnisse zu den Auswirkungen einer Ausweitung der Plutoniumverarbeitung und einer Verarbeitung von waffengrädigem Uran nicht mehr den verfassungsrechtlichen Erfordernissen entsprechen, und deshalb vom Gesetzgeber nachgebessert werden müsse.

3. Weisungen des Bundesinnenministers in atomrechtlichen Genehmigungsverfahren, die ohne Rücksicht auf die verfassungsgerichtliche Überprüfung ergehen sollten, werden im Rahmen eines Bund-Länder-Streits über die Verfassungsmäßigkeit der Weisung ebenfalls dem Bundesverfassungsgericht zur Überprüfung unterbreitet.

4. Die Anordnungen von Sofortvollzügen für atomrechtliche Genehmigungen werden von der zuständigen Landesbehörde nicht angestrebt.

5. Für eine zu erwartende Umstrukturierung der Arbeitsplätze in Hanauer Nuklearbetrieben wird das Land Hessen im Rahmen der Technologieförderung Vorbereitungen treffen und haushaltsmäßig absichern.

6. Der von der Arbeitsgruppe empfohlene Beirat wird bei dem Hessischen Minister für Wirtschaft und Technik mit den von der Arbeitsgruppe beschriebenen Kompetenzen errichtet.

IV. Der Haushalt 1985 wird vor der parlamentarischen Sommerpause verabschiedet zusammen mit dem Energieförderungsgesetz und dem Förderstufenabschlußgesetz. Die 2. Lesung wird am 11.-13. Juni 1985 im Hessischen Landtag erfolgen.

Die Haushaltsmittel für den Bau der Justizvollzugsanstalt Schlüchtern werden gesperrt, weil an dem bisher vorgesehenen Standort keine Justizvollzugsanstalt errichtet wird.

Die Haushaltsmittel für den Bau der Justizvollzugsanstalt Weiterstadt werden für die Errichtung nach dem beabsichtigten Reformkonzept freigegeben.

Zum Abbau der im Justizvollzug anfallenden Überstunden werden im Haushalt 1986 und den weiteren Haushaltsplänen Stellen für einen stufenweisen Abbau bereitgestellt, um Reformen im Justizvollzug zu erleichtern.

VI. Die Parteien werden grundsätzliche Probleme ihrer Zusammenarbeit in einem Koordinierungsausschuß behandeln, der aus Mitgliedern der Verhandlungskommissionen besteht.

Für laufende Angelegenheiten und den Informationsaustausch finden Besprechungen auf der Ebene der Fraktionsarbeitskreise oder Fraktionssprecher statt, an denen der jeweils zuständige Minister oder von ihm benannte Vertreter beteiligt sind. Hierzu sollen regelmäßige Besprechungstermine vereinbart werden.

Bevor der Koordinierungsausschuß sich mit laufenden Angelegenheiten befaßt, wird durch Vermittlung der Staatskanzlei eine Klärung versucht.

Thesen zum Reform-Wettlauf SPD/GRÜNE und zur Situation der grünen Partei

1. Die Politik der ,Wende' ist in die Krise geraten. Gravierende Wählerverluste der CDU konnten nur zum geringen Teil von der FDP aufgefangen werden. Zuletzt gewann die CDU im März 1983, eine Woche nach der Bundestagswahl, in einem Bundesland (Schleswig-Holstein) hinzu. Der stetige CDU-Abstieg in Bremen und Hessen 1983 sowie in Baden-Württemberg 1984, hat im Saarland und NRW 1985 für die Partei dramatische Formen angenommen. Waren die Anfangsverluste noch im Rahmen dessen, was vergleichsweise zu anderen Wahlperioden ,üblich' für eine Regierungspartei ist, ist diese Verlustentwicklung zur Mitte der Legislaturperiode doppelt so hoch, wie bei Regierungsparteien in entsprechenden Vergleichszeiträumen.

Die wesentlichen Gründe dafür dürften in der Nichteinlösung des ,,Aufschwung''-Versprechens von 1983 liegen. Stattdessen steigen die Zahlen der Arbeitslosen, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, weiter an, steigen die Belastungen für Teile der Bevölkerung, ohne daß für sie die versprochene Wende zum Besseren sichtbar wird. Zudem zeichnet sich die Bundesregierung, die ihrer Anhängerschaft eine starke politische Führung versprochen hatte, durch vielerlei Halbheiten und Unentschlossenheit im politischen Kurs aus (,,Pannen-Kabinett''), wodurch der Vertrauensvorschuß der letzten Bundestagswahl abgebaut wird. So wenig stabil dieser Trend derzeit noch ist, so wenig lassen aber die CDU und die Regierungskoalition über die internen Differenzen (in der Innen- und Außenpolitik, bei der ,Bekämpfung' der Arbeitslosigkeit) hinweg eine personelle und politisch-strategische Stabilisierung erkennen, die gerade für die ,,Wähler der Mitte'' bedeutungsvoll ist.

2. Demgegenüber hat sich die SPD nicht nur wieder gefangen sondern legt hinzu. Sie wird nicht nur für ,,Wähler der Mitte'' wieder wählbar, sondern auch — was fast noch erstaunlicher ist — für das Protestpotential der letzten Jahre, das eher die Grünen als Alternative betrachtete. Entgegen allen Unkenrufen, die die SPD für Jahre abschreiben wollten oder wie Teile der Grünen sogar als ,absterbende' Partei betrachteten, hat sie sich erstaunlich schnell als alternative Oppositionspartei zur derzeitigen Regierung entwickelt. Auch dieser Trend ist nicht stabilisiert, wenngleich Brandts Äußerung vom 12.5., die SPD könne im Bund wieder Mehrheitspartei werden (er hat nicht Regierungspartei gesagt) den Versuch der Sozialdemokraten ausdrückt, ihn rasch zu festigen. Damit könnte auch eine Abkehr von Wehner's Langzeitprognose 1983 (12-15 Jahre in der Opposition) verbunden sein.

Glotz' ,,neue Reformstrategie'' scheint zu greifen. Die SPD erweist sich als erstaunlich flexibel und kalkuliert bereits über ihre ,Vorfeldorganisationen' Gewerkschaften die außerparlamentarische Begleitmusik (Ankündigung von Großdemonstrationen im Herbst gegen Arbeitslosigkeit und So-

Glotz' ,,neue Reformstrategie'' scheint zu greifen. Die SPD erweist sich als erstaunlich flexibel und kalkuliert bereits über ihre ,Vorfeldorganisationen' Gewerkschaften die außerparlamentarische Begleitmusik (Ankündigung von Großdemonstrationen im Herbst gegen Arbeitslosigkeit und So-

zialabbau) zum Angriff auf den schwächsten Punkt der derzeitigen Bundesregierung.

Die Gründe dafür dürften zum einen in der oben beschriebenen Schwäche der CDU liegen. Zum anderen in der programmatischen Erneuerung der SPD in der Opposition. Gegenüber den ,,Wählern der Mitte'' scheint die SPD in der Friedens- und Außenpolitik eher für Stabilität zu bürgen, zumal sie es versteht, ihre begrenzte Konfrontation gegenüber den abenteuerlichen Aufrüstungsplänen der USA als Vertretung nationaler deutscher Interessen zu verkaufen. Wenn gleich der CDU-Vorwurf des ,,Antiamerikanismus'' (neuerdings auch wieder des ,,Russenknechts'' Brandt) ihr Schwierigkeiten bereiten könnte. In der Umweltpolitik erscheint die Oppositionspartei kompetenter. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik macht sie Boden gegenüber der Regierungskoalition gut auf der Basis von deren Schwäche und konkreter (beschäftigungspolitischer) Vorschläge.

Gegenüber dem zumeist ihrer eigenen Anhängerschaft entstammenden Protestpotential verblaßt der schlechte Ruf der Schmidt-SPD schneller als man es glauben kann. In der Friedenspolitik ist diese Partei im Bewußtsein vieler Bestandteil der Friedensbewegung, nicht mehr die Partei des ,,NATO-Nachrüstungsbeschlusses'', sondern Gegnerin des SDI-Programms. In der Umweltpolitik hat sie sich programmatisch als lernfähig erwiesen, greift grüne Forderungen auf und verarbeitet sie programmatisch zu ,realisierbaren' Konzepten. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik baut sie den ihr konzedierten Kompetenzvorsprung gegenüber den Grünen durch die scheinbar gelungene Synthese von Arbeit und Umwelt aus. In der Politik gegenüber der 3. Welt sammelt sie Pluspunkte mit ihrer Haltung gegenüber Nicaragua.

Das alles, ohne daß es einen **realen** Wandel der SPD-Politik gegeben hat (wie in den von ihr regierten Bundesländern zu ersehen), sondern in erster Linie einen **Image-Wandel**. Offensichtlich reicht die Befreiung vom Regierungsdruck in Bonn, wo man sich mit seinen zahlreichen Vorschlägen zur Regierungspolitik nicht zu beweisen braucht, neues Vertrauen zu gewinnen, als habe es die Schmidt-Regierung nie gegeben.

Dabei offenbaren sich auch schwere Fehler grüner (dazu später) und linker Politik der letzten Jahre gegenüber der SPD. Die vorbehaltlose Türöffnerfunktion (bei zentralen Aktionen und der Minimierung der Inhalte) der DKP gegenüber der Sozialdemokratie in der Friedensbewegung beschleunigt diesen Integrationsprozeß ebenso, wie die Anbiederung von 3. Welt-Gruppen (Brandt-Auftritt auf der zentralen Nicaragua-Demonstration). Eine **solche** linke Strategie des ,,Gemeinsam gegen rechts'' muß beim geringen Stand gesellschaftlicher Polarisierung in der BRD zu lasten des Aufbaus einer autonomen politischen Kraft links von der Sozialdemokratie gehen, **fördert die Reintegration des Protestpotentials in die Sozialdemokratie, ohne daß diese nennenswerte politische Veränderungen vorzunehmen braucht.**

Die sozialdemokratische Strategie gegenüber den Grünen scheint auf Integration mit dem Ziel ihrer Destabilisierung und Spaltung ausgerichtet, wobei als Taktik auch längere Zusammenarbeitszeiträume wie in Hessen kalkuliert werden. Die Aufgabe, die Grünen *,,überflüssig zu machen''* (Rau), teilen Sozialdemokraten aller Lager. Börners Koalitionsangebot als *,,Zwickmühle für die Grünen''* (Rappe) könnte ebenso ihrer *,,Ausschaltung''* (Rappe) dienen, wie Lafontaines Setzen auf Sieg. Schröder in Niedersachsen hält sich beides offen: erste Priorität ist die (unwahrscheinliche) SPD-Mehrheit. Nachgeordnet bleibt das Angebot an die Grünen, eine Koalition einzugehen. Aber: *,,Wir werden die Bedingungen stellen''* (Schröder).

3. Der Abschwung der Grünen muß im wesentlichen im Spannungsverhältnis zur Sozialdemokratie erklärt werden. Der für stabil gehaltene ,,Wandel der Wertvorstellungen'' der Grünen-Anhänger, die aus Meinungsumfragen abgeleitete ,,langfristig ,gesicherte' Existenz der Grünen als machtpolitisch expandierende Kraft'' (Ebermann/Trampert) scheint nicht nur gestoppt, sondern nachhaltige Reduzierung scheint möglich. Die grünen Stimmengewinne der letzten Jahre könnten

der Wertvorstellungen'' der Grünen-Anhänger, die aus Meinungsumfragen abgeleitete ,,langfristig ,gesicherte' Existenz der Grünen als machtpolitisch expandierende Kraft'' (Ebermann/Trampert) scheint nicht nur gestoppt, sondern nachhaltige Reduzierung scheint möglich. Die grünen Stimmengewinne der letzten Jahre könnten

sich zu einem großen Teil als Stimmungsgewinne erweisen. Ist das so, dann ist angesichts eines erkennbaren Stimmungsumschwungs für die SPD die bisherige grüne Existenz tief davon betroffen, da ihre Stimmengewinne überwiegend aus sozialdemokratischen Verlusten resultierten.

Dazu einige Anmerkungen:

— Grüne Stimmengewinne speisten sich aus der zunehmenden Unfähigkeit der Sozialdemokratie an der Regierung zur Integration des in den siebziger Jahren entstandenen Protestpotentials der sogenannten ,neuen sozialen Bewegungen'.

Große außerparlamentarische Bewegungen, angefangen bei der Anti-AKW-Bewegung bis hin zur Friedensbewegung verliehen den Grünen als Protestpartei den nötigen Stimmenschub. Die zunehmenden Umweltprobleme und -skandale wurden von den Grünen am ehesten aufgenommen.

Der Abschwung der Bewegungen beraubt die Grünen eines Teils ihrer Grundlagen. Er ist auf der anderen Seite mitverschuldet, da die grüne Partei und ihr Aktivistenpotential einseitig und extensiv auf die Parlamentsstrategie setzten. Heute zeigt sich, daß sie die positiven Grundstimmungen für die Grünen offenbar nicht in ausreichender Weise zu einer politischen Alternative hat festigen können.

Trotz real nur geringer politischer Polarisierung zwischen konservativer und sozialdemokratischer Politik ist ein großer Teil grüner Wähler — wie an verschiedenen Umfragen der letzten Jahre deutlich wurde, mit zunehmender Tendenz an politischer Stabilität interessiert, statt Instabilität als Chance für Veränderung zu begreifen (noch 1982 konnte Jo Leinen mit der Drohung, die BRD ,,unregierbar'' zumachen, Sympathiepunkte sammeln). Von dieser Seite hat der Druck auf die Grünen, die SPD an die Regierung zu bringen und Koalitionen einzugehen, stetig zugenommen. Dieser Regierungsbeteiligungsdruck, orientiert sich offensichtlich zunehmend weniger an grundlegend anderen Inhalten der Politik, wie im Saarland und in NRW sichtbar geworden ist: Lafontaines Wahlerfolg auf Kosten der Grünen konnte vielleicht noch mit Übernahme grüner Inhalte erklärt werden. Am Beispiel des rechten Sozialdemokraten Rau haut diese Interpretation nicht mehr hin. Wer grüne Fehler in NRW, Skandale, Halbheiten und diverse Unfähigkeiten für das Ergebnis der Landtagswahlen verantwortlich macht, greift zu kurz. Erstens ist das überhaupt nichts Neues bei den Grünen und auch nicht NRW-typisch, sondern war bislang eher die grüne Regel. Und zweitens wäre damit das Nichtwählen der Grünen erklärt, aber nicht, daß ehemals grüne Anhänger in nennenswerter Zahl wieder zur SPD überlaufen, angelockt von deren Imagepflege, aber ohne die Voraussetzung grundlegender Veränderung ihrer Politik.

Dieses Wählerverhalten zeigt, wie dünn substantiell die Decke für oppositionelle Politik in der BRD ist.

Eine Einschränkung: Auch der beschriebene Stimmungswandel soll nicht als stabil bezeichnet werden. Neue gesellschaftliche Konflikte, politische oder Umweltskandale können durchaus schnell für Wandel sorgen. Aber: Grüne Spekulationen auf solche Entwicklungen politischer Konjunktur (und die grüne Politik hat in der Vergangenheit vielfach davon gelebt) wären eine dürftige ,Strategie' und würden zudem die notwendigen Veränderungen, die in der Euphorie um immer mehr Wahlprozente versäumt wurden, behindern.

4. Es gilt in der derzeitigen Situation auch grüne Fehler zu reflektieren. Dabei folgt aus dem vorhergesagten, daß diese nicht ursächlich (zumindest nicht wesentlich) für Stimmenverluste bei Wahlen angesehen werden. Das bequemste wäre es allerdings, daraus den Schluß zu ziehen, es habe alles nur ,objektive' Gründe. Schließlich haben sich die Grünen die Aufgabe gestellt, aus dem politischen Protest- und Aufbruchpotential der siebziger Jahre eine ganz neue Kraft zu formen. Rainer Trampert erklärt dies nach der NRW-Wahl nach wie vor: *,,Die Grünen bleiben die politische Antwort auf neuzeitliche Krisen''*. Wer reflektiert, daß das grüne Konzept u.a. auf dem Selbstlauf von kapitalistischer und vor allem ökologischer Krisenentwicklung, Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien mit der Krise fertig zu werden und grüner Ab-

Trampert erklärt dies nach der NRW-Wahl nach wie vor: *,,Die Grünen bleiben die politische Antwort auf neuzeitliche Krisen''*. Wer reflektiert, daß das grüne Konzept u.a. auf dem Selbstlauf von kapitalistischer und vor allem ökologischer Krisenentwicklung, Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien mit der Krise fertig zu werden und grüner Ab-

sahne aus dieser Unfähigkeit bestand, muß Zweifel an dieser Aussage anmelden.

Das Beispiel Ökologie: Sie war in allen Varianten vom Natur-Mystizismus, dem neuen Mensch-Tier-Verhältnis, dem real-politisch Machbaren bis hin zur Theorie eines Ökosozialismus konstitutiv für die Grünen. Gerade hier scheint es aber die stärksten Stimmungseinbrüche zu geben. Standen bei zurückliegenden Wahlen Umweltfragen immer obenan in der Hitliste der Bürgersorgen und galten die Grünen als zunehmend kompetenter, zum Teil sogar als die kompetenteste Partei in Ökofragen, so bahnt sich ein Stimmungswandel an: In NRW hat die SPD den Grünen diesen Kompetenzrang abgelaufen. Offensichtlich gelingt es den bürgerlichen Parteien, die Modewelle der Ökologie zu vereinnahmen und zu vermarkten. Die SPD-Offensive Umweltschutz und Arbeitsplätze, gemeinsam mit den Gewerkschaften vorbereitet, beginnt zu greifen. Sie verläuft parallel zu Diskussionen im Lager der Kapitalisten, ob nicht über Verstärkung der Umweltpolitik ein neues Wirtschaftswachstum möglich ist. Die Differenzen zur Sozialdemokratie sind die alten: letztere begründen ihre Forderungen nach qualitativem Wachstum mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit, das Kapital wittert einen neuen profitablen Industriezweig mit starken Exportchancen. Die einen setzen auf ihre traditionelle keynesianische Politik staatlicher Beschäftigungsprogramme, die anderen basteln an Konzepten einer industriellen Umweltschutzoffensive nach den Prinzipien des Marktes ohne Gängelung durch Abgaben, Gesetze und bürokratische Auflagen.

All das vollzieht sich, ohne daß die gravierenden Probleme der Umweltzerstörung, des Wahlsterbens, der Verseuchung von Luft, Boden und Wasser nennenswert verändert sind, ohne daß in der Kernenergiepolitik bislang ein AKW abgeschaltet wurde. Grüne Realpolitik wie in Hessen aber, die in Vereinbarungen mit der SPD den Eindruck veränderter Kernenergiepolitik erweckt, befördert geradezu diesen Trend, ohne reale Veränderungen.

Damit droht den Grünen ihr lebenswichtiges Modethema verloren zu gehen, und es zeigt sich, wie wenig Substanz das grüne Schwimmen auf der Ökowelle hat. Notwendig wäre in dieser Situation die Entmystifizierung der Ökologiefrage und die Hinwendung der Grünen zu einem radikalen, antikapitalistischen Umweltschutz.

Lange haben die Grünen aller Strömungen die außerparlamentarische Arbeit als fünftes Rad am grünen Wagen, als notwendigen Wahlschub behandelt. Ohne Reflektion der Folgen wurden tausende Aktivisten außerparlamentarisch abgezogen, fachhuberten in Parlamenten aller Art, Ausschüssen und Gremien, Untergremien und Unter-Untergremien, wurden klug und klüger in allen möglichen Fachfragen und verwechselten dies mit Politik. Der außerparlamentarische Bezug verkam zum Vehikel der Kosten-Nutzen-Rechnung dieser Tätigkeit für die parlamentarische Arbeit.



Wo ist sie geblieben, die Aufbruchstimmung der Gründerzeit?

Derzeit ist das Lamento über *,,fehlende nicht-parlamentarische Strukturen''* (Fischer) der Grünen groß. *,,Die Partei muß gegenüber den Parlamentsvertretungen gestärkt werden''*, sagt Schily, und wenn der das sagt, ist Vorsicht geboten. Die Vermutung liegt nahe, daß die Kopplung von mehr Parteiarbeit, mehr Mitgliederwerbung, mehr hauptamtlicher Professionalisierung mit der ,,Klärung der Bündnisfrage'' Richtung SPD auch hierbei in erster Linie eine Sozialdemokratisierung der Parteistrukturen meint. Die Grünen sind nicht mehr außerparlamentarisch, sie brauchen eine außerparlamentarische Handlungsebene, ist das Credo. Realistisch genug sind die Realos ja, daß sie wissen, daß auf dem Wachstum kein Ausruhen mehr möglich ist. Doch lockt da nicht vielmehr der Dialektiker Glotz: *,,Das Wechselverhältnis, daß nämlich Parteien nicht nur der Ausdruck von Bewegungen sind, sondern auch die formierende Kraft für Bewegungen''* (in der ,,taz'')? Der Schluß zu Schily ist kurz: seine Maxime von der vollen Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols, die Reglementierung ,ausgeflippter' Minderheiten, all dies charakterisiert, welche inhaltliche Verbindung zur außerparlamentarischen Handlungsebene gedacht ist. Nicht daß Glotz Bewegungen politisch formen möchte, ist das Problem, sondern wie und wofür. In Bezug auf die Realos dito.

5. Vieles spricht dafür, daß es bei den Grünen eine Mitte-Rechts-Verschiebung zugunsten von Realos und Ökolibertären, damit zugunsten eines systemintegrierten Flügels geben wird; daß den Grünen jetzt die realpolitische Erfahrungsphase bevorsteht. Wählerbasis und große Teile der Parteibasis gleichermaßen drängen in diese Richtung. Wahlerfolge sind grünes Lebenselixier, zumindest aber 5,x Prozent. Der Weg der realpolitischen Anpassung ist zweifellos der einfachere und leichtere gegenüber Tramperts Mahnung, die Inhalte nicht um jeden Preis zugunsten er Wahlerfolge zu verscherbeln und sich damit vertraut zu machen, *,,daß die Summe unserer Politik auch mal bei fünf Prozent oder darunter liegen kann''*. Möglicherweise irrt er, möglicherweise würden die Grünen gerade daran zerbrechen. Auf jeden Fall ist der realpolitische Weg keine Gewähr für den Erhalt grüner Wählerstimmen. Kann doch die Realität grünen Mitre gierens schneller als Realogedacht die Überflüssigkeit der Grünen gegenüber einer erneuerten SPD demonstrieren, und es darf bezweifelt werden, daß die Grünen auch diese Erfahrung, wie auch viele vorher schon, überstehen könnten.

6. Die Linken in den Grünen tun sich in der aktuellen Situation deshalb so schwer, weil das, was sie aus Einsicht in Veränderungen vorschlagen möchten, gegen den bisherigen ,spontanen' Trend grünen Selbstlaufs und gegen die überwiegende Grundhaltung in der Partei laufen müßte und weil sie diese Entwicklung in ihrer überwiegenden Zahl lange genug selbst mitgemacht oder auch wie Ebermann-Trampert in ihrem Buch ,,Die Zukunft der Grünen'' sogar theoretisch gefaßt haben. (Es lohnt, das Kapitel *,,Die Zukunft der Grünen''*, die Abschnitte *,,Die SPD hat ihre Glaubwürdigkeit als Opposition verloren''* und *,,Die Stärke der Grünen''*, vor gut einem halben Jahr geschrieben, noch einmal nachzulesen.) Ihrer innergrünen ,,Wachstumstheorie'' ist innerhalb von drei Monaten bei zwei Wahlen der Boden entzogen worden. Vielleicht stärkt diese Erfahrung ja das Bemühen um das Nachdenken gemeinsamer Politik der Linken in den Grünen.

Worauf könnte man orientieren? Die Grünen müssen als Oppositionskraft links sein oder sie werden überflüssig sein. Bei der **Neubestimmung von Inhalten**, wie sie jetzt allerorten gefordert wird, heißt dies vor allem, daß die Abgrenzungslinien zur Sozial-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

demokratie neu gezogen werden müssen; heißt es zu erkennen, daß die SPD-Politik Felder der Grünen programmatisch besetzt hat; daß bisherige grüne Positionen reformerischer Orientierung nicht ausreichen, dem sozialdemokratischen Integrationsdruck zu widerstehen. Gibt es überhaupt eine grüne Friedenspolitik und Wirtschafts- und Sozialpolitik links von der SPD? In der Ökologiefrage muß Position für einen radikalen antikapitalistischen Umweltschutz bezogen und die Naturmystik überwunden werden. In der Frage der **Parlamentsbeteiligung** muß eindeutig die Rolle der **Oppositionspartei** verfochten werden und überhaupt erst bei den Grünen für einen konsequenten Reformismus in den Parlamenten gekämpft werden. Wer gestalten will über den Weg der Regierungsbeteiligung, hat offensichtlich noch nicht einmal begriffen, daß es in dieser Republik für die Mehrheit der Bevölkerung gar keine ernsthaft realisierte parlamentarische Interessensvertretung gibt und daß dieses deutlich zu machen, eigentliche grüne Aufgabe in den Parlamenten sein müßte. Die **Regierungsbeteiligung** überspringt diese Erfahrung, sie liefert grüne Oppositionspolitik gegen die derzeitige sozial- und christdemokratische Regiererei der Mitverantwortung für eine solche Politik aus. Sie wird daher nur geeignet sein können, die entstandene politische Opposition in der BRD zu zerstören. Sie ist daher aufgrund der politischen Kräfteverhältnisse auch als taktisches Zugeständnis (‚wir tun mal so als ob') abzulehnen, da sie mit der notwendigen Vermittlung einer linken Opposition inhaltlich unvereinbar ist.

Andererseits zwingt der Kampf um die Menschen, die zwischen SPD und Grünen stehen, zu einer aufklärerischen Taktik, die geeignet ist, ihre Erfahrungen mit SPD und Grünen zu machen, um sich entscheiden zu können. Nach wie vor scheint die **Tolerierungspolitik** das beste Mittel, Erfahrungs- und Lernprozesse zu beeinflussen. Bedingungen hierfür ist, daß sie sich inhaltlich an der Schnittstelle zwischen linksgrüner Zielsetzung und sozialdemokratischer Reformpolitik bewegt und die Bruchlinien unterhalb der Ebene für eine Regierungsbeteiligung definiert; das heißt auch mit der Wahrscheinlichkeit solchen Bruchs nicht hinterm Berg hält.

Grüne Parlamentsarbeit muß ihrer Konstruktivität des überall Mitmischens und alles Bessermachens beraubt werden. Sie muß auf das Notwendige für die Opposition rationalisiert werden. Erst über die Einigung hierüber kann die Frage der **außerparlamentarischen Arbeit** anders angegangen werden, als durch das übliche Spruchblasenablassen innerhalb der Grünen. Die Konsequenz muß sein, finanzielle Mittel umzuverteilen, personelle Veränderungen in Richtung außerparlamentarischer Tätigkeit vorzunehmen, in der grünen Anhängerschaft einen Diskussionsprozeß einzuleiten, damit die Parlamentsfixierung außerparlamentarischer Tätigkeit vorzunehmen, in der grünen Anhängerschaft einen Diskussionsprozeß einzuleiten, damit die Parlamentsfixierung aufgegeben wird und ernsthaft auf praktische Tätigkeit in der Massenarbeit und außerparlamentarischer Aktion zu orientieren. Wer nur sagt, Mitgliederwerbung, ohne das derzeitige parlamentarische Übergewicht der bisherigen aktiven Mitgliedschaft anzugreifen, läßt diesen Teil grüner Fehlentwicklung unangetastet: Schließlich: **Die Parteiarbeit** muß weitgehend aus der personellen und fachlichen Abhängigkeit der Parlamentsfraktionen befreit werden. Innerhalb der Grünen müssen die engen (Handlungs)Grenzen parlamentarischer Tätigkeit deutlicher werden und dem Spannungsfeld parlamentarisch/außerparlamentarisch Rechnung getragen werden. So lange das nicht passiert, führt objektiv die Parlamentstätigkeit aufgrund ihrer Beschränkungen die Partei nach rechts (auch wenn die Menschen in den Parlamenten sich subjektiv viel Mühe geben) und entradikalisiert sie.

Umgekehrt müßte eine neue Debatte um das bislang wenig praktizierte und in Aufweichung befindliche **imperative Mandat** für die Abgeordneten der Grünen geführt werden, um Selbstherrlichkeiten von Parlamentariern/innen im Namen der Partei zu begrenzen.

Jeder weiß, daß dies so kaum durchzusetzen sein wird, zumal niemand ernstlich die Zusammenarbeit verschiedener Strömungen innerhalb der Grünen infragestellen kann. Nötig wäre aber eine **Verständigung der Linken** bei den Grünen, für diese Ziele innerhalb der Partei verstärkt die Auseinandersetzung aufzunehmen.

Ob damit grüne Wählerstimmen gehalten werden können, sei ebenso dahingestellt wie die Beantwortung der Frage, ob das alles mit den Grünen überhaupt geht.

hr.

Hanau: Los Alamos in Hessen

Beim publicity-trächtigen grünen Gerangel um die Herstellung alternativer Koalitionswilligkeit und -fähigkeit gerät immer mehr aus dem Blickfeld, daß in der hessischen Landespolitik tatsächlich folgenschwere und weitreichende Weichenstellungen anstehen. Mit den laufenden Genehmigungsverfahren zur Erweiterung des Hanauer Atomzentrums ist der Atomstaat einschließlich einer westdeutschen Atombombenproduktion auf die Tagesordnung gesetzt. Die Wiesbadener Koalitionsdebatte ist zunächst einmal bestens geeignet, die Aufmerksamkeit von den Anstrengungen der SPD, für Hanau einen typisch sozialdemokratischen „Kompromiß" unter Dach und Fach zu bringen, abzulenken.

Wie die folgende Chronik zeigt, sind die Aussichten, den Weg zur deutschen Atomwaffenproduktion zu blockieren, schlechter als vor einem halben Jahr. Das Veto der Grünen scheint unter der Hand löcherig geworden zu sein.

— Am 7.10.1984 forderte eine Landesmitgliederversammlung der Hessen-Grünen in Mainhausen in bemerkenswerter Einmütigkeit: Der hessische Wirtschaftsminister Steger solle der Uranfabrik NUKEM die beantragte Erweiterung versagen und die Plutoniumfabrik ALKEM stillegen. Begründet wurde dies insbesondee mit dem Umgang beider Firmen mit waffentauglichem Material.

— Am 19.11.84 erfolgte konsequenterweise der Bruch in Wiesbaden. Nachdem Steger die erste Teilerrichtungs-Genehmigung für NUKEM II erteilt und die Genehmigung von ALKEM grundsätzlich in Aussicht gestellt hatte, kündigten die Landtags-Grünen die Tolerierung der SPD-Regierung auf.

— Am 1.12.84 beschloß die Landesversammlung der Grünen in Lich (Oberhessen), die Zustimmung zu einer Wiederaufnahme der parlamentarischen Zusammenarbeit und insbesondere zum Haushalt 85 von folgenden Foderungen abhängig zu machen: **Für NUKEM II dürfe die Landesregierung keinen Sofortvollzug anordnen** (damit bekommt eine Klage Hanauer AKW-Gegner aufschiebende Wirkung). **Für die seit 10 Jahren ohne gesetzliche Grundlage betriebene ALKEM müsse die Landesregierung die Genehmigung versagen „und damit den Weiterbetrieb beenden". Ebenso solle den Genehmigungs-Anträgen der Reaktor-Brennelemente-Union (RBU) und der Hochtemperatur-Brennelemente-Gesellschaft (HOBEG) nicht entsprochen werden.** Mit dem im Wirtschaftministerium offenkundig gewordenen Hochtemperatur-Brennelemente-Gesellschaft (HOBEG) nicht entsprochen werden. Mit dem im Wirtschaftministerium offenkundig gewordenen Atomfilz begründeten die Grünen außerdem ihre Forderung nach *„Umsetzung der Vereinbarung im Rahmen der Tolerierung durch entsprechende personelle und organisatorische Maßnahmen insbesondere im Umweltbereich im Einvernehmen mit den Grünen".*

— Zwei Monate später: Es kommt, wie es kommen mußte. Ohne Not stimmt die Landtagsgruppe einem von der SPD vorgelegten Teilhaushalt zu, der es der Landesregierung ermöglicht, letztlich über 90 % des Gesamtvolumens zu verfügen. Es erübrigt sich festzustellen, daß die Basis der Grünen von diesem Abstimmungsverhalten vollkommen überrascht wurde, es dafür aber auch kaum zur Kenntnis nahm. Praktizierte Basisdemokratie.

— In einem zeitlichen und wohl auch inhaltlichen Zusammenhang zu diesem grünen Geschenk steht die Einberufung einer rot-grünen Expertenkommission mit der Aufgabe, einen Kompromiß im Hanua-Konflikt zu finden. Für den sog. „Doppelvierer", der seine Arbeit unter strikter Diskretion aufnimmt benennt die SPD Klaus Traube, Reinhard Überhorst, Rudolf Steinberg (Professor für öffentliches Recht) und Horst Hochgreve (DGB-Hessen); die Grünen schicken Lothar Hahn und Michael Sailer vom Darmstädter Öko-Institut, Prof. Roßnagel (FHS Darmstadt) und den Würzburger Rechtsanwalt Wolfgang Baumann, der Kläger gegen die WAA Schwandorf vertritt. Von den SPD-Experten jedenfalls weiß man, daß sie die Interessen der SPD loyal vertreten.

— Es folgten zwei Ereignisse, die von kurzsichtigen Presseorganen (FR, taz usw) zur sensationellen Wende in der hessischen Atompolitik aufgebauscht wurden. Rechtzeitig zur Kommunalwahl beschloß der SPD-Bezirksvorstand Hessen-Süd in Vorbereitung eines Sonderparteitages eine Antragsvorlage mit ökologischen Sirenenklängen. Kernsatz: *„Da der Einstieg in die Plutoniumwirtschaft schon aus finanziellen Gründen, aber auch wegen der Gefahren für den Frieden* (unkontrollierte Kernwaffenverbreitung) *und die freiheitliche Ordnung der Gesellschaft* (atomarer Überwachungsstaat) *strikt abzulehnen ist, darf es auch eine Genehmigung für ALKEM nicht geben."* Gemeint war damit tatsächlich eine Produktionseinstellung: *„Das ändert nichts daran, daß bei ALKEM Arbeitsplätze verlorengehen."* (dokumentiert in FR, 19.3.85). Zu NUKEM hieß es: *„Die Anordnung des Sofortvollzugs ist abzulehnen. Es bleibt die sozialdemokratische Position, daß die Verarbeitung atomwaffenfähigen Materials durch NUKEM nicht erfolgen darf."* (Mit dieser markigen Feststellung war allerdings lediglich gemeint, daß der Anreicherungsgrad des verarbeiteten Urans perspektivisch beschränkt werden sollte). Bei der RBU sei es jedoch „atomrechtlich nicht möglich", die beantragte Ausbaugenehmigung zu verweigern. FR und FAZ notierten ein „Entgegenkommen" der SPD, und die taz (2.3.85) sah die *„Vorbedingungen der Grünen zur Verabschiedung des Etats 85 ... nahezu erfüllt."*

— Leider, aber nicht zufällig erst nach der Kommunalwahl wurde bekannt, daß die Staatsanwaltschaft Hanau seit dem 22.2.85 umfangreiche Ermittlungen zunächst gegen ALKEM, dann auch gegen NUKEM und RBU aufgenommen hatte. **Diese Ermittlungen kulminierten in Hausdurchsuchungen und Beschlagnahme-Aktionen im Wirtschaftsministerium selbst. Nachdem definitiv feststand, daß in der zuständigen Atomabteilung Akten im Dutzend verschwunden waren, während bei den vorgefundenen Unterlagen niemand mit Sicherheit bestätigen kann, ob es sich um Originale oder Fälschungen handelt, ließen die Staatsanwälte vor den Untersuchungsräumen, die ihnen im Hause Steeger zugeteilt wurden, erst einmal neue Sicherheitsschlösser anbringen.** Zustände wie unter Karry, meinte Bild-Frankfurt (18.3.85): *„Schon als Karry noch Minister war, wurden aus dem Wirtschaftsministerium, Abteilung Atomwirtschaft, echte Akten geklaut. Seinen Nachfolgern Hoffie, Reitz und Steger blieb das auch nicht erspart. Im Wirtschaftsministerium ‚geht ein irrer Aktenklau um', wissen die Mitarbeiter."* Es wäre interessant zu erfahren, ob die Sonderkommission zur Aufklärung des Karry-Mordes diese Spur bei Aktenklau um', wissen die Mitarbeiter." Es wäre interessant zu erfahren, ob die Sonderkommission zur Aufklärung des Karry-Mordes diese Spur bei ihren Nachforschungen hinreichend berücksichtigt hat. Der Atomstaat ist keine Fiktion.

— Ende April überraschte der sonst so zugeknöpfte Wirtschaftsminister die Öffentlichkeit mit der freimütigen Information, die ALKEM habe für die Dauer von zwei Tagen 12 Kilo mehr als die erlaubten 460 kg Plutonium zur Verarbeitung zur Verfügung gehabt. Ein ALKEM-Buchhalter habe versucht, diese Überschreitung durch Umdatierung in der Buchhaltung zu vertuschen. Es habe sich *„lediglich um ein buchungstechnisches Problem"*, das *„keine Bedeutung für die Sicherheit gehabt habe"*, gehandelt (FAZ, 25.4.85). Halt nur eine der in Hessen alltäglichen Fälschungen? Da stimmt doch was nicht: Seit Jahr und Tag überschreitet die ALKEM die zulässige Lagermenge an Plutonium nicht um einige Kilogramm, sondern mehrere Tonnen! Genau aus diesem Grund ließ die Bundesregierung bereits Anfang der achtziger Jahre einen auf über 10 t ausgelegten Geheimbunker errichten. Im Herbst 1981 vermutete die Frankfurter Rundschau dort schon mehr als zwei Tonnen Plutonium.

Es stellt sich dringend die Frage, ob der sogenannte „Buchungsfehler" nicht umgekehrt das Verschwinden einer Menge von Kernsprengstoff kaschieren soll, mit der sich bspw. zwei Bomben herstellen ließen. Es würde lückenlos in das Bild der gar nicht mal außergewöhnlichen Atomstaats-Praktiken passen, wenn hier mit einer scheinheiligen Selbstkritik die Flucht nach vorn angetreten worden ist, um das Bekanntwerden bspw. eines Deals mit Südafrika, Paraguay, Bayern oder anderen Diktaturen zu verhindern.

— Wenig beachtet wurde die Tatsache, daß die Forderung der grünen Landtagsgruppe nach einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß mit den Stimmen aller übrigen Landtagsparteien kaltlächelnd abgebürstet wurde. Dies hätte ein Warnsignal sein müssen. Denn gleichzeitig war der Skandal um Hanau am Überborden. Am 7.5. sah sich Steger genötigt, für die RBU eine spektakuläre Produktionseinschränkung zu verfügen. Diese bezog sich auf den von AKW-Gegnern seit langem vermuteten Umgang mit hochangereichertem Spaltmaterial auch in dieser Firma. Eine Genehmigung besitzt die RBU jedoch nur für die Fertigung der herkömmlichen Brennelemente für Leichtwasser-Reaktoren. Zimmermann schäumte, machte jedoch von seiner Bundeskompetenz bemerkenswerterweise keinen Gebrauch — offenbar weil Steger wirkungsvoll damit drohen konnte, daß u.U. weitere interessante Informationen an die Öffentlichkeit geraten könnten. Als Steger etwa, von der CDU im Innenausschuß des Bundestages ins Kreuzverhör genommen, der Kragen platzte, und er entnervt die Einsicht in eine **„umfangreiche Dokumentation"** zum Hanauer Skandalbetrieb anbot, fiel ihm sogar sein „linker" Parteifreund Freimut Duve ins Wort. So genau sollte man es wiederum auch nicht wissen. ...

— Nach der NRW-Wahl, was taktische Umsicht beweist, rückte der „Doppelvierer" aus rot-grünen Experten mit dem Ergebnis seiner Beratungen heraus. Wichtigste Aussage: Der ALKEM-Antrag, die Lagerkapazität an Plutonium von 460 kg auf 6,7 t aufzustocken, sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt *„nicht entscheidungsreif"*. In dieser Frage empfehlen die Experten, einen möglichen Konflikt mit Zimmermann wagemutig bis vor das Bundesverfassungsgericht zu tragen. (DGB-Umweltexperte Hochgreve ging das zu weit: Er plädierte als einziger für die „Aufrechterhaltung der Option Wiederaufarbeitung"). Zu NUKEM, RBU und HOBEG gebe es jedoch keine rechtlichen Möglichkeiten für einen Ausstieg. Allerdings solle Steger keinen Sofortvollzug für NUKEM II anordnen. Während die Grünen in den Komissions-Vorschlägen *„einen Ansatz* (sehen), *um zu einer befriedigenden Lösung zu kommen"* (taz, 17.5.), lohnt es sich bei solchen Anlässen immer, die kritischen Formulierungen dreimal zu lesen, zumal wenn man es mit der SPD zu tun hat. **Den Genehmigungsantrag der ALKEM abzulehnen, wie von den Grünen in Lich und zunächst auch vom Vorstand** mit der SPD zu tun hat. Den Genehmigungsantrag der ALKEM abzulehnen, wie von den Grünen in Lich und zunächst auch vom Vorstand **der SPD Hessen-Süd gefordert, hätte zur Folge, ALKEM dichtzumachen. Denn die Firma verfügt, wie gesagt, nicht über eine gültige Betriebsgenehmigung. Mit der Ablehnung ihrer Erweiterungsvorhaben, die sie im Vorgriff freilich schon verwirklicht hat, fällt daher der ganze Laden. Etwas ganz anderes ist es, den ALKEM-Antrag für derzeit nicht entscheidungsreif zu erklären. Dies bedeutet ein unbefristetes Prüfungsverfahren, während die Produktion weiter läuft wie bisher. Mindestens. Dieser, wie jede(r) zugeben muß, gar nicht mal so kleine Unterschied ist im Bewußtsein der öffentlichen Debatte noch nicht einmal durchgedrungen. Mit Sicherheit haben ihn die Landtagsgrünen und ihre kundigen Mitarbeiter nicht übersehen, sondern schlicht verschwiegen.** Hält man in Wiesbaden die Mitglieder der Grünen schon für so beschränkt, daß sie diesen Sachverhalt nicht kapieren? Als Kuriosum, welches für ehrliche AKW-Gegner mit Kenntnissen der südhessischen Szene allerdings nicht unbedingt überraschend kommt, merken wir an, daß von den Grünen selbst benannte Experten diese Kehrtwendung vollzogen, ohne sie überhaupt kenntlich zu machen. Beachte: Ein Öko-Institut muß nicht unbedingt grün sein.

— Nur einen Tag später strichen die üdhessischen Sozialdemokraten in bewährter Manier die Segel: *„Leitantrag zu ALKEM deutlich entschärft"* (FR, 18.5.). Ihr wendiges Umfallen läßt sogar die Freidemokraten noch vor Neid erblassen. Unter hochtrabenden Phrasen — kein Einstieg in Wiederaufarbeitung und Plutoniumwirtschaft — beschloß der südhessische Bezirksparteitag eine klägliche Substanz: Bei ALKEM *„müsse die Landesregierung nun die aufgetretenen ‚Zweifelsfragen' sorgfältig prüfen und abwägen."* (FR, 20.5.). Börner-Berater Leo Giani wurde deutlich: Die Stillegung von ALKEM könne *„derzeit nicht das Thema"* sein (taz, 20.5.). Die Grünen nörgelten ein wenig, meinten aber doch, daß dieser Beschluß Grundlage für konkrete Verhandlungen sein könne, falls er von der hessischen SPD insgesamt mitgetragen werde.

— Während IG-Chemie-Boß und SPD-Rechtsaußen Hermann Rappe in Hanau auf einer Belegschaftsversammlung, Seite an Seite mit der Geschäftsleitung der Atomfirmen, primitive Stimmungen gegen Grüne, Aussteiger und Chaoten anheizt, wird es bei den Grünen immer leiser. In die nun wieder aufgenommenen Verhandlungen mit der SPD gingen sie mit der Hoffnung (!), eine „tragfähige Formulierung" für ihre Mitgliederversammlung am 8. Juni zu erhalten, *„aus der hervorgehen soll, daß die Landesregierung gewillt ist, die von den Atomexperten erarbeiteten Vorschläge in die Tat umzusetzen."* (FR, 23.5.). Butterweich wird also nur noch eine Absichtserklärung zur Umsetzung von Empfehlungen gefordert, die mit den Beschlüssen von Mainhausen und Lich nichts mehr zu tun haben:

— keine Beendigung des Weiterbetriebs von ALKEM
— keine Zurückweisung der Anträge von RBU und HOBEG
— nur in der Frage des Sofortvollzugs für NUKEM II erfüllt die Expertenempfehlung die Licher Bedingungen.

Der ganze Prozeß erinnert nicht nur an altbekannte Juso-Verhaltensmuster; er gleicht ihnen bis aufs Haar. Von der Realo-Mehrheit der Landtagsgruppe — jederzeit bereit, die eigene Großmutter für eine untere Beamtenkarriere einzutauschen — war anderes seit längerem nicht zu erwarten. Erstaunlich ist, daß derart unsittliche Manöver bisher kaum auf Protest bei den grünen Mitgliedern gestoßen sind. Hier hat die heißgeführte Koalitionsdebatte mindestens zur Folge gehabt, daß der Blick für die wesentlichen Vorgänge in Hessen vernebelt wurde.

Wen wundert es da, daß ein Steger mittlerweile seine Absicht erklärt, die Teilstillegung der RBU alsbald rückgängig zu machen. Die Firma war bereit, „Fehler" zuzugeben und ihre Genehmigungsanträge zu „vervollständigen". Damit ist der Wirtschaftsminister zufrieden. Der Vorgang bleibt *„rätselhaft"*, wie die FAZ (10.5.) schrieb, um den Nachweis bemüht, daß es sich bei der RBU nicht um eine *„Waffenfabrik"* handele. Trotzdem: *„Sollte freilich mehr dahinter stecken, dann könnte der Minister im Recht sein."* (ebenda) In dunklen Andeutungen erging sich auch die FR (18.5.): Zimmermanns Versuche, Steger zurückzupfeifen, seien *„nicht nur in rechtlicher Hinsicht bedenklich. Es nährt die weitverbreitete Skepsis an der friedlichen (!) Nutzung der Kernener-* rückzupfeifen, seien „nicht nur in rechtlicher Hinsicht bedenklich. Es nährt die weitverbreitete Skepsis an der friedlichen (!) Nutzung der Kernener- *gie."* Und ein paar Tage später: *„Sollte das Produktionsverbot aber ernsthaftere, beim RBU-Management liegende Gründe haben, dann wäre Steger gehalten, für unzweideutige Klarheit zu sorgen."* (FR, 22.5.)

Grüne Funktionäre scheinen über solche Fingerzeige glatt hinwegzulesen. Sie täten gut daran, etwas hellhöriger zu reagieren.

Wie der Spiegel (v. 27.5.) zu berichten weiß, soll Steger die Entlassung von Alexander Warrikoff betreiben, der in Personalunion ALKEM und RBU leitet. Geradezu albern ist dabei die Spiegel-Spekulation, es gehe um die schlappe Rache Stegers an einem früheren Konkurrenten (Warrikoff ist CDU-MdB). Gewöhnlich gut unterrichtete Kreise lassen dagegen verlauten, daß sehr viel mehr auf dem Spiel steht. Der Atom-Manager soll offen dafür eingetreten sein, gewisse Weichenstellungen in Hanau sobald als möglich vorzunehmen, und nicht erst, wenn der Atomwaffen-Sperrvertrag ausläuft, da dann das Auge der Weltöffentlichkeit auf die BRD gerichtet sei. Die SPD fürchtet offenbar, daß die Mauer des Schweigens um den geheimnisvollen Plutoniumbunker in Hanau zu Bruch gehen könnte. Grüne Abgeordnete dürften ihr allerdings kaum schlaflose Nächte bereiten. Deren Dahindämmern wird ja nur noch unterbrochen, wenn sie die Aussicht auf eine Drehung des Personalkarussels kitzelt. So verdienstvoll es war, die hessische Tolerierung an der Frage des Hanauer Atomzentrums platzen zu lassen — so sehr gewinnt man heute den Eindruck, daß der Mainhausener Beschluß zumindest einem Teil der Landtags-Grünen von Anfang an nur Unbehagen bereitet hat.

KB/Gruppe Frankfurt

Landtagswahlen in NRW:

Rosa Höhenflüge und grüne Tiefstürze

Das Ergebnis der Landtagswahlen in NRW dürfte alle in Erstaunen versetzen, die sich 3 1/2 Jahre nach der Wende auf eine ungebrochene Sympathie für Kohl & Co. bei gleichzeitigem Aufschwung für die Grünen eingestellt haben.

Der einst so abgewrackte Tanker SPD kommt voll in Fahrt und die Grünen, die sich anschickten, der SPD wesentliche Teile ihres Wählerpotentials abspenstig zu machen, befinden sich — zumindest im Augenblick — in rasanter Talfahrt.

Die Landtagswahl in NRW ist sicher keine vorgezogene Bundestagswahl, doch offenbart sie einen Trend weg von der Wenderegierung, der zumindest signalisiert, daß große Teile des Wahlvolkes begriffen haben, daß es mit dem versprochenen Aufschwung nicht weit her ist. Vor allem die Spitzenergebnisse der SPD von über 60% in den Ruhrgebietsstädten (in denen die CDU in der Bundestagswahl '83 größere Stimmengewinne erzielen konnte) sind darauf zurückzuführen, daß der Normalmalocher merkt, daß er statt Aufschwung weniger in der Tasche hat als zuvor.

Mit einer stramm geschlossenen Gewerkschaftsriege hinter sich hat es die SPD in NRW geschafft, alle ihre Flügel unter der nur mäßig profilierten, aber sehr integrativ wirkenden Person Johannes Rau zu sammeln. Dieser hat dann im Wahlkampf als volksnaher, hart für Land und Leute arbeitender Landesvater posiert, der es trotzdem schafft, Frau und Kind nicht zu vernachlässigen. Der auf dem SPD-Kongress „Arbeit und Umwelt" (dem die Landespresse weitschweifige Berichterstattung widmete) modellhaft demonstrierte Schulterschluß der personifizierten Symbole für Umweltschutz und (Lohn-)Arbeit, eben zwischen Lafontaine und dem IGBE-Boss Schmidt, ließ in den Umfragen zur Umweltkompetenz die SPD um einige Prozentpunkte die Grünen überflügeln. Im Grunde wurde der Wahlkampf der SPD auf zwei Schienen geführt: NRW muß ein Einstieg in den Ausstieg aus der Wende werden und Landesvater Rau steht für Kontinuität, Solidarität, Volksnähe und Integration aller Themen, die dem Normalbürger am Herzen liegen. Sein Konkurrent von der CDU hingegen bewegte sich plump und bieder im Schatten seines Ziehvaters Kohl, der dem Wahlvolk nahezu ebenso häufig vom Wahlplakat entgegengrinste wie NRW-Spitzenkandidat Worms selbst. Außerdem fehlte der CDU jede reale Abgrenzung; die Pläne der SPD, mit Hilfe der neuen Technologien NRW wieder attraktiv fürs Kapital zu machen, dabei ebenso auf Atomenergie zu setzen wie auf die neuen Medien, decken sich weitestgehend mit entsprechenden Projekten der CDU. Die SPD aber steht — wenn auch durch Tatsachen nicht gerechtfertigt — im Ruf, für „soziale Abfederug" zu sorgen. Daß die CDU hier stets hinter der SPD hergaloppierte, zeigt sich daran, daß sie ihren Wahlslogan vom „Aufschwung nur mit uns" in den Slogan „Aufschwung für alle" veränderte, der als SPD-Slogan schon seit Wochen auf der Stellwand prangte.

Trotzdem ist erstaunlich, daß es im krisengebeutelten NRW der SPD gelang, vot allem im Ruhrgebiet, Wahlergebnisse von über 60% zu erzielen, obwoh ihr zu Recht von den Grünen vorgeworfen wird, absolut nichts gegen den drastischen Sozialabbau und die z.T. verheerenden ökologischen Mißstände getan zu haben, sondern sich durch Unbeweglichkeit und Vetternwirtschaft auf den schon seit Jahrzehnten von ihnen besetzten Sesseln auszu-
worfen wird, absolut nichts gegen den drastischen Sozialabbau und die z.T. verheerenden ökologischen Mißstände getan zu haben, sondern sich durch Unbeweglichkeit und Vetternwirtschaft auf den schon seit Jahrzehnten von ihnen besetzten Sesseln auszu-
zeichnen. Von daher war dieses Wahlergebnis wohl wirklich ein Widerstand gegen die Wende, die Wahl eines „kleineren Übels", eine Haltung also, die die SPD schon so viele Legislaturperioden vom Bund bis zur Kommune rettete.

Der Grüne Abwärtstrend

Die Grünen glänzten durch schlappen Wahlkampf. Wenn man überhaupt von einer Präsenz der Grünen im Wahlkampf sprechen kann, dann nur dort, wo sie personell stärker ausgerüstet sind (vor allem in Ostwestfalen). Überall halbierten sich ihre Wahlergebnisse gegenüber den Kommunalwahlen (damals im Landesdurchschnitt 9%), und die 5%-Hürde übersprangen sie nur dort, wo sie eh herausragende Ergebnisse erzielt hatten: Bielefeld, Münster, Köln, Bochum, Dortmund. Ansonsten blieben die Ergebnisse sowohl prozentual als auch absolut meist unterhalb der Ergebnisse der Bundestagswahl '83.

Grüne Wahlergebnisse in NRW

	Stimmen	%
Landtagswahl 1980	291.144	3,0
Bundestagswahl 1983	580.869	5,2
Europawahl 1984	597.151	8,0
Kommunalwahl 1984	666.126	8,2
Landtagswahl 1985	431.464	4,6

Der Interpretation der Niederlage oder der Suche nach den Sündenböcken sind keine Grenzen gesteckt: Trampert schiebt die Schuld dem personalisierten Wahlkampf der SPD (Rau und Familie à la Ronnie und Nancy) in die Schuhe, der Landesvorstand NRW den Ökosozialisten der Landesliste und diese wiederum dem Landesvorstand und der Landesgeschäftsstelle und alle dem unseligen „Kindersex"-Beschluß, Otto Schily den Ökosozialisten im allgemeinen und dem Bundesvorstand (BUVO) im besonderen und und und ...

Wer als der Schuldige schließlich ausfindig gemacht werden kann ist eine Machtfrage und wird sich — zumindest in NRW — in den nächsten Monaten (wenn nicht Wochen) klären. Unbestreitbar ist sicherlich, daß die bürgerlichen Kräfte einigen Auftrieb bekommen und die Brüche entlang der Strömungen sich noch vertiefen werden (die schon vor der Wahl lancierten Spaltungsdrohungen lassen wir hier mal beiseite). Eines aber ist sicher: hinter dem Wust von Anschuldigungen kommt nur sehr verhalten zur Sprache, daß während der letzten Monate durch eine Vielzahl von Linienschwenks, Skandälchen und Reibereien aller Art die Grünen in NRW der Öffentlichkeit das Bild einer konturlosen Masse boten, die mal vor der SPD auf dem Bauche kriechend, mal sich radikal gebärdend auf der Erfüllung ihrer Schlüsselforderungen beharrte, als einzige Kontinuität ihrer Politik ein langsames, aber stetes Abrücken von ursprünglich beschlossenen Positionen zeigte.

Mit den Erfolgen der Kommunalwahlen im Rücken kehrten die Grünen um die Jahreswende zur Vorbereitung des Landtagswahlkampfes den harten Heinrich heraus. Flügelübergreifend war Konsens, nur um den Preis eines
beschlossenen Positionen zeigte.
Mit den Erfolgen der Kommunalwahlen im Rücken kehrten die Grünen um die Jahreswende zur Vorbereitung des Landtagswahlkampfes den harten Heinrich heraus. Flügelübergreifend war Konsens, nur um den Preis eines
„Einstiegs in eine andere Entwicklungslogik" sollte Rau auf die Stimmen der Grünen bei seiner Kür zum Ministerpräsidenten rechnen können. Das teuerste Einstiegsbillet (formuliert von E. Stratmann): Sofortige Stillegung aller AKWs, Kontrolle der Chemieindustrie, kein Privatrundfunk und 30%ige Anhebung der Sozialhilfe setzte sich durch als Vorbedingung für **Verhandlungen** zur Wahl des Ministerpräsidenten durch die Grünen. Die von Trampert/Bahro vorgegebene Linie — keine Tolerierung der maroden SPD — schien in NRW Siege zu feiern.

Aber nicht lange. Das niederschmetternde Ergebnis der Landtagswahl im Saarland führte ebenso schnell zur Aufweichung der harten Linie. Selbst den Ökosozialisten wurde flau im Bauch. Die Erfüllung der Schlüsselforderungen sollte nun nicht mehr Voraussetzung der Verhandlungen einer Wahl des Ministerpräsidenten sein, die Grünen signalisierten volle Verhandlungsbereitschaft nach dem Motto: erst mal reden, dann weitersehen. Völlig unklar blieb hingegen, ob die Erfüllung der Schlüsselforderungen der landespolitischen Erklärung nun Meßlatte der Ministerpräsidentenwahl bleiben sollte oder nicht. Damit wähnte man sich in der Position, die erfolgreiche Linie Lafontaines im Saarland umzudrehen und die SPD zum Offenbarungseid zwingen zu können: wie haltet ihr's mit unseren Schlüsselforderungen, die letztlich nur Konsequenz von Forderungen sind, die die SPD selbst auf Parteitagen verabschiedet hat (Resolution vom 16.3.85). Letzteres als Wink an die linke SPD, früh genug Rau Dampf zu machen. Von den bürgerlichen Kräften in Landesvorstand und Landesgeschäftsstelle wurde dieser Schwenk begriffen als Politik
selbst auf Parteitagen verabschiedet hat (Resolution vom 16.3.85). Letzteres als Wink an die linke SPD, früh genug Rau Dampf zu machen. Von den bürgerlichen Kräften in Landesvorstand und Landesgeschäftsstelle wurde dieser Schwenk begriffen als Politik



der voraussetzungslosen Tolerierungsbereitschaft der Grünen. Wahrscheinlich begriff der potentielle Grünwähler dies genauso. Die bürgerliche Presse machte daraus — in großer Aufmachung — späte Anbiedei an die SPD — und nicht zu Unrecht. Die Ökosozialisten in NRW — vor allem die auf der Landesliste — dementierten eilig die devoten Töne und verhängten — hinter dem vordergründigen Bild friedlicher Geschlossenheit für Presse und Wahlvolk — Maulsperre über Landesvorstand und Landesgeschäftsstelle. Die tief verletzten Realos stellten sich trotzig: Wahlkampfmaterial wurde nicht ausgeliefert, Veranstaltungstermine mit Landtagskandidaten wurden



Wahlplakat der Grünen

verschlampt, hundsmiserable Werbespots und Plakate entworfen. Die Ökosozialisten — vor allem Reinhard Krämer und Marie-Luise Schmidt aus Bielefeld — sahen sich schließlich gezwungen, in der Landesgeschäftsstelle die Funktion des Dauerkontrolleurs zu übernehmen, da die genannten Pannen und Schlampereien nur zu gut als gezielte Wahlkampfsabotage ausgelegt werden konnten (in einem Zirkular vom 15.5. berichtet der Landesvorstand davon, Reinhard Krämer habe mit einer Kalaschnikow im Anschlag die Telefongespräche kontrolliert.)

Dies und der Streit um den sogenannten „Kindersex"-Beschluß führte dazu, daß vor allem in den März- und Aprilwochen ein Skandalbericht in der Presse den anderen jagte. Kaum ein normales Mitglied, geschweige denn die potentiellen Wähler wußten, was Sache ist. Eine Wahlkampflinie war überhaupt nicht mehr zu sehen, und je mehr sich die Anbiederei an die SPD, das Beteuern, zu Verhandlungen bereit zu sein, ins Karikaturistische steigerte (siehe nebenstehende Zeitungsanzeige: „Enttäuscht von den Grünen Hoffnungsträgern"?), desto unglaubwürdiger wurden die Grünen. Im Grunde war es dann auch nichts anderes mehr als nackte Wählerverarschung, wenn Anfang Mai überall Kreisblättchen der Grünen verkündeten: „Grüne übernehmen Verantwortung" (gerade eben das, was Presse und bürgerliche Parteien seit Jahren forderten — na endlich) und ganz verschämt hinten dran hängten, daß eine Übernahme von Verantwortung von nichts weniger als der Erfüllung der Schlüsselforderungen abhängen würde, die die SPD im übrigen schon vor Monaten als unerfüllbar bezeichnet hatte und von denen jeder etwas informierte Wähler weiß, daß sie mit der SPD in NRW nie und nimmer durchsetzbar sind. Als R. Krämer dann noch wenige Tage vor der Wahl offen bekannte, man müsse sich eben mit einem Ministerpräsidenten Worms und einer CDU-Regierung abfinden, wenn
was informierte Wähler weiß, daß sie mit der SPD in NRW nie und nimmer durchsetzbar sind. Als R. Krämer dann noch wenige Tage vor der Wahl offen bekannte, man müsse sich eben mit einem Ministerpräsidenten Worms und einer CDU-Regierung abfinden, wenn
Rau nicht bereit wäre, die Schlüsselforderungen umzusetzen („NW", 10.5.85) — was ja auch wörtlich aus der landespolitischen Erklärung hervorging, nur kaum jemand mehr auszusprechen wagte — mußte jedem Wähler, der weniger an einem „Einstieg in eine andere Entwicklungslogik", sondern vielmehr an einem Kurs gegen die Bonner Wende interessiert war, klar sein, daß er Rau zu wählen hat, wenn er auf Nummer sicher gehen will.

Die Ursachen liegen ebenso in der Grünen Parteistruktur

Die Wahlkampfstrategie, möglichst frühzeitig klare Tolerierungsforderungen auf den Tisch zu knallen, um Presse und SPD zur Auseinandersetzung zu zwingen, schlug völlig fehl. Die Presse berichtete viel lieber über grüne Skandale und Randale, mixte ihre Berichterstattung noch mit ein paar Oldies vom Rollback in die Steinzeit bei Umsetzung grüner Vorstellungen, anstatt auf Inhalte des Landesprogramms oder die Schlüsselforderungen einzugehen („BT", 9.5.85), auch der SPD war keine inhaltliche Stellungnahme zu entlocken.

Über die Stammwähler der Grünen hinaus Leute von der Stichhaltigkeit und der (sehr wohl begründeten) harten Formulierung der Schlüsselforderungen zu überzeugen, dazu hätte es einer Wahlkampfmobilisierung bedurft, die die weitgehend verparlamentarisierten Kreis- und Ortsverbände einfach überforderte. Im Grunde stellte die landespolitische Erklärung ja die schwierige Aufgabe, dem noch halb in der SPD stehenden potentiellen Grünwähler zu vermitteln, daß mit der derzeitigen SPD eine mehr als nur kosmetische Veränderung unmöglich ist und die Grünen mehr sind als der ökologische Flügel der SPD, also auch als Opposition eine wesentliche Rolle spielen könnten. Mit der von ihnen durchgepowerten landespolitischen Erklärung versuchte der ökosozialistische Flügel den NRW-Grünen die Identität einer „radikalen Systemopposition" (das alte MOZ-Stichwort) einzuimpfen.

Wie man/frau weiß, wächst die Identität der Grünen in Hessen in eine bürgerliche hinüber. Das zu vermeiden und im größten Bundesland den Erfolg des Modells „radikale Systemopposition" zu demonstrieren ist an den Strukturen der Partei und dem nur geringen Durchstehvermögen der führenden ökosozialistischen Repräsentanten gescheitert.

Die mittlerweile stark verparlamentarisierte, mitgliederschwache Partei ist außerstande, Inhalte unters Wahlvolk zu bringen, die gemeinhin von den Ökosozialisten als ‚grüne Identität' unterstellt werden in Form „radikaler Systemopposition"; also selbst formierend zu wirken, den Bruch mit der SPD voranzutreiben oder meinetwegen wirkliche Hegemonie zu erlangen: über ein Wählerpotential von mehr als 5%. Das grüne Wirtschaftsprogramm, speziell aufs Rhein-/Ruhrgebiet ausgerichtet, wurde in der Öffentlichkeit kaum thematisiert und fand sich schließlich in arg verkrümmter Form in einem 120-seitigen Kurzprogramm wieder, dessen Leserkreis kaum die Mitgliederzahl der Partei erreicht haben dürfte. Versuchen die Grünen mehr zu sein als sie können, fallen sie auf die Plautze, weil die Wähler wegbleiben.

Das Dilemma in NRW ergibt sich ganz einfach aus dem Irrtum, die Grünen könnten mit der bestehenden Parteistruktur die 5%-Hürde spielend überschreiten, die Erfolge der Kommunalwahl bruchlos fortsetzen, ohne in
Wähler wegbleiben.
Das Dilemma in NRW ergibt sich ganz einfach aus dem Irrtum, die Grünen könnten mit der bestehenden Parteistruktur die 5%-Hürde spielend überschreiten, die Erfolge der Kommunalwahl bruchlos fortsetzen, ohne in
eine neue Qualität der politischen und ideologischen Auseinandersetzung einzusteigen. Das heißt: noch immer zu glauben, man könne die SPD via bürgerliche Presse dazu zwingen, mit ihnen in eine Debatte über die Schlüsselforderungen einzusteigen. Oder auch: nicht zu begreifen, daß der Gegner nicht eine marode Leiche, sondern ein seit Jahrzehnten gut funktionierender Bestandteil des bürgerlichen Staatsapparates ist. Und als solcher ist die SPD nach wie vor fähig, politische Diskurse zu produzieren, die bei den Addressaten greifen, ohne die politische Grundstruktur zu verändern. Die ganze Kanalarbeiterriege um Rau & Co. hat es in Kürze geschafft, im Wählerbewußtsein (wie die Umfragen der letzten Zeit zumindest im Trend zeigen) sogar für die grüne Domäne „Umweltschutz" als kompetenter angesehen zu werden als die Grünen selbst, obwohl sie mehr als flotte Sprüche nicht anzubieten hatte.

Die spontane Haltung: die Widersprüche arbeiten für uns, ist charakteristisch für den Großteil der grünen Partei.

Dabei ist nicht zu bestreiten, daß der zurückgezogene Programmteil „Sexualität und Herrschaft" (der so genannte Kindersex-Beschluß), die Schily — Vollmer/Nickels-Debatte um das Verhältnis der Grünen zur RAF (s.a. AK 257) und die wochenlang andauernden Strömungskämpfe in allen Parteigremien nicht auch Wähler abschreckten. Nur: solche Querschläger sind dem an interne Raufereien gewöhnten Grünwähler längst bekannt, und bisher hat er darauf nicht mit Sympathieentzug reagiert.

A.K., Witten

Die Wahlauswertung bei den GRÜNEN
Einer schiebt's dem andern zu ...

Das allgemeine Köpferollen bei den NRW-Grünen fand auf der Landeshauptausschußsitzung am 19. Mai nicht statt. Die linken Grünen sparen bislang mit veröffentlichten Wahleinschätzungen. Sie scheiterten aber auch mit dem Antrag, der nächsten Landesdelegiertenversammlung im Juni die Neubesetzung des Landesvorstands und der Landesgeschäftsstelle zu empfehlen. Dieser wurde mit 15 gegen 17 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Umso emsiger sind die Geschäftsstelle und der Landesvorstand — ausschließlich mit „Realo"-orientierten Leuten besetzt — mit Schuldzuweisungen bemüht. Die Geschäftsführer Martin Pannen und Thomas Hoof weisen in einem Papier vom 15.5. entschieden jede Schuld oder Mitschuld am Wahlergebnis zurück: „*Unerträglich ist der Versuch, die Schuld am Wahlergebnis bei den Hauptamtlichen aufzuhängen*". Sie wissen, wo die Schuldigen sitzen: „*die politischen Gremien — und zwar vor allem LHA und LDK*", die Bielefelder und die Ökosozialisten, „*einige Gruppierungen in der Partei*". Als Gründe für die grünen Einbrüche analysieren die beiden:

— Die Aufgabe „*des ureigensten Terrains, der Umweltpolitik*" durch die Grünen,

— Den „‚*Kindersex-Beschluß' von Lüdenscheid*", Beleg dafür, daß „*Teile der Partei in's Ghetto verliebt*" sind,

— Das „*Avantgarde-Gefühl*", „*den Grünen ein linkes Image zu verpassen*",

— Das Image einer „*katastrophenverliebten Kassandra, eine ‚Gift-Skandal-Enthüllungs-Partei'* ",

— Die „*innerparteiliche Unkultur*", „*eine Partei, die einmal das Prinzip der ‚Sanftheit'* (im Umgang mit Natur und Menschen) *proklamierte, zeigt sich nur noch verbiestert, verbittert, kleinkariert und aggressiv wie ein kaputtgezüchterter Schäferhund*".

— Die „*Basis- und Gremienborniertheit*, die Vielzahl der Gremien aus Gründen von „*Mißtrauen und Machtpolitik*", die zu einer *Aktivisten-Diktatur*" verkommen,

— Der „*negative Personalkult*", „*die Unbarmherzigkeit* (gegen sich selbst), *mit der viele Kandidaten ... ihre eigene ‚Durchschnittlichkeit' herausstellten*".

Gebraucht werde „*eine drastische Verbesserung der innerparteilichen politischen Kultur — oder weniger hochtrabend: der Umgangsformen*".

Der sechsköpfige Landesvorstand stimmt im wesentlichen der innerparteilichen Bewertung zu. Schuld sind für ihn die „Ökosozialisten", die den Landeshauptausschuß beherrschen, Vorstand und Geschäftsstelle an die Kette legten, die Landtagswahlkommission boykottierten und durch Abstinenz im Vorstand gegen diesen eine „*Verhinderungsstrategie*" fuhren. Den Landtagskandidaten, überwiegend als links eingeschätzt, wird „*Wahlkampfbehinderung*" vorgeworfen (vor allem den Bielefeldern).

Politischer liest sich im Papier des Landesvorstands die Einschätzung der Faktoren, die zum schlechten Wahlergebnis führten (die wir nachstehend abdrucken). Die Konsequenzen sind ähnlich wie die im „Realo"-Antrag für Hagen angegeben.

Die Hauptfaktoren für unser schlechtes Wahlergebnis

1. Bei der Entwicklung der Umfrageergebnisse ist deutlich zu sehen, daß die Kampagnen zu Sexualität und Terrorismus uns schwer geschadet haben. Diese Kampagnen sind selbst verschuldet; vor allem bei der Verabschiedung des Programms zu „Sexualität und Herrschaft" in Lüdenscheid wurde bei Teilen der Partei ein bemerkenswertes Maß an unpolitischer Identifikation mit Minderheiten deutlich, ohne daß deren Anliegen einer näheren Überprüfung unterzogen wurde. Noch beim Landeshauptausschuß im März haben Kreisverbände wie Bielefeld, Gütersloh und Mönchengladbach keinen Anlaß gesehen, den Lüdenscheider Beschluß zu revidieren!

2. Bei der Konzeption einzelner Wahlkampfmedien setzte sich zeitweise eine Politik-Orientierung durch, die auf jeden Fall Stimmen von Konservativen vermeiden wollte: Lieber sechs Prozent linke Stimmen mit einer Orientierung auf gesellschaftliche Minderheiten und auf das Ghetto der Szene als mit zwölf Prozent ins bundesbürgerliche Lager einbrechen! Umweltpolitik wurde viel zu wenig gebracht, ja fast den anderen Lager einbrechen! Umweltpolitik wurde viel zu wenig gebracht, ja fast den anderen preisgegeben, unsere Demokratievorstellungen (Bürgerentscheid ...) wurden fast unterschlagen. Bildungs- und Medienpolitik, mit denen die verfehlte Politik der etablierten Parteien, die gesellschaftliche Absicherung ihrer Modernisierungspolitik, kritisiert werden konnten, wurden kaum angesprochen. Dies trug zu einem wesentlichen Verlust in konservativ orientierten Regionen bei.

3. Die permanente Orientierung auf die vier Schlüsselforderungen beschnitt die Partei in ihrer gesamten Programmaussage und erschwerte es merklich, den Unterschied unserer Politik zur SPD deutlich zu machen. Der LHA hatte im März noch in einem Beschluß betont, daß die vier Schlüsselforderugen der Landespolitischen Erklärung für die SPD gerade deshalb zumutbar seien, weil sie weitgehend SPD-Parteitagsbeschlüssen entsprächen. Gleichzeitig — so der LHA — seien die Forderungen Kernpunkte grüner Identität! Dies ist nur ein Beispiel, wie weit die Sozialdemokratisierung in manchen Köpfen fortgeschritten ist.

4. Diese SPD-Fixierung kommt auch in jener mangelnden Grünen Identität zum Ausdruck, die für alles Schlechte dieser Welt die SPD verantwortlich zu machen sucht. Abgesehen davon, daß es töricht ist, die SPD für die Altlasten im Ruhrgebiet oder für die hohe Arbeitslosigkeit allein verantwortlich zu machen — man wollte mit dieser Politik auch noch SPD-Wechselwähler zu den Grünen holen! Unsere hohen Verluste auch im Ruhrgebiet belegen, daß die Argumente der SPD, die Kohl verantwortlich machte, mehr Realitätsgehalt hatten.

5. Wenn die Grünen NRW in diesem Wahlkampf ein Image hatten, dann eines mit negativem Vorzeichen: verbissen, unsolidarisch, humorlos; verhindern, abschalten, stoppen. Wenn der Mangel an eigenen Perspektiven nur dazu führt, einen Giftmüllskandal nach dem anderen aufdecken zu wollen, wenn die Partei förmlich nach Dioxin lechzt, stimmt etwas nicht mehr. Denn wir wollen ja wohl eine andere, bessere Republik erreichen, und unsere politische Funktion nicht auf die einer politischen Gewerbeaufsicht begrenzen.

6. Trotz unseres 500seitigen Programms wurde im Wahlkampf weder ein gesellschafts- noch ein wirtschaftspolitisches Profil der Partei erkennbar. Insbesondere die Wirtschaftspolitik weist im Industrieland NRW keinerlei Veränderungsstrategie auf. Das Programm ist weitgehend bestimmt vom Festklopfen der alten Ökosozialistischen Glaubensbekenntnisse, mit denen noch nie eine konkrete und überzeugende Wirtschaftspolitik betrieben werden konnte. Radikale Sprüche nach Innen (Zitat: „Strukturelle Brüche"), defensive Beteuerungen der Arbeitsplatzerhaltung nach Außen hin tragen nicht zu GRÜNER Glaubwürdigkeit bei. Über die Ungereimtheiten und die strategische Untauglichkeit unseres Wirtschaftsprogramms hat die taz ja hinlänglich berichtet.

7. Es wurde nicht gemeinsam an einem Strang gegen den politischen Gegner gezogen, stattdessen herrschte teilweise der Geist von Entsolidarisierung und eine Kalaschnikov-Mentalität (vergleiche den entsprechenden Artikel im Bielefelder Stadtblatt, für den Michael Borg verantwortlich ist/siehe Anhang). Diese Grundstimmung einer auseinanderbrechenden Fraktion, nicht Partei, führte zur Neutralisierung einzelner Personen, zur Resignation, zur Behinderung des Geschäftsbetriebs, zu Kontra-Produktivität in der Geschäftsstelle, und nicht zuletzt zu Unkosten.

8. Es rächt sich mittlerweile, daß die Partei nach wie vor bei personellen Entscheidungen mehr auf das unterwürfige Herunterbeten von Parteitagsbeschlüssen achtet, als auf die Glaubwürdigkeit von Personen. Die Zusammensetzung der Landesliste, die Vorstellung von Kandidaten, das Fehlen sehr vieler erfahrener Leute unserer Landespartei sind Tatsachen, die man/frau nicht ignorieren kann. Die Fraktion besitzt keine ausgewiesenen Ökologie- und Bildungsfachleute, stattdessen aber eine unausgewogene regionale und Strömungsverteilung. Dies hat sich beispielsweise bei der Fernseh-Diskussion zum Thema Umwelt für die GRÜNEN gerächt. Im Ergebnis hat die SPD den Eindruck höherer Umweltkompetenz vermitteln können.

9. Aufgrund der politischen Festlegung großer Teile der Landespresse waren unsere inhaltlichen grünen Forderungen in der heißen Wahlkampfphase nicht mehr über die Landespresse rüber zu bringen. Mit eigenen Medien wäre dies zwar möglich gewesen, aber dazu war zu wenig Schwung und Aktivität an vielen Orten vorhanden, auch fehlte der Druck von Bewegungen.

Unsere politischen Gegner hatten es leicht, nach außen hin das Bild von Zerstrittenheit und Uneinigkeit der GRÜNEN zu vermitteln. Diesem Bild haben einige GRÜNE Vorschub geleistet. Aufgrund eines Hintergrundgesprächs der Kandidaten wurden beispielsweise Äußerungen von Reinhard Krämer landesweit verbreitet, die den Eindruck tiefster innerer Zerstrittenheit in der Landespartei vermittelten. Der Artikel des Stadtblatts in Bielefeld mit den Denunziationen vom Landesvorstand und Landesgeschäftsstelle ist ein weiteres Beispiel. Einzelne Mitglieder von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion hatten nichts besseres zu tun, als in unserer heißen Wahlkampfphase sich öffentlich anzufeinden.

Wie geht's weiter?

Der Landesvorstand hat nicht die Verantwortung für das Wahlergebnis zu tragen und lehnt es deshalb ab, als Sündenbock abgestempelt zu werden.

Nach diesem Wahlergebnis und angesichts der parteiinternen Auseinandersetzungen steht jedoch die Partei am Scheideweg, manche sprechen schon von drohenden Abspaltungen. Wenn die jetzige Politik der Partei sich fortsetzt, werden die GRÜNEN bei den Bundestagswahlen 1987 kaum eine Chance haben, erneut in den Bundestag einzuziehen. **Die Partei ist von Flügelkämpfen gelähmt, für eine konstruktive Aufnahme und Verarbeitung neuer Ideen viel weniger empfänglich als für Dogmen zur Verteidigung der eigenen Strömungsbastion — gerade in NRW!** Die Debatte um die Perspektiven der GRÜNEN muß jetzt aber neu geführt werden:

— Das **Selbstverständnis** der GRÜNEN muß neu diskutiert werden, der Grundkonsens grüner Politik muß neu bestimmt werden. Der rote Faden muß aus unserem Programm herausgearbeitet werden, unsere gesellschaftspolitischen Vorstellungen einer anderen Republik müssen ebenso entwickelt werden wie Strategien des Umbaus. Die GRÜNEN müssen wieder Hoffnungsträger gesellschaftlicher Veränderung werden.

— Wir müssen dringend unser Selbstverständnis **parlamentarischer Arbeit** klären: Die alten Begriffe Standbein/Spielbein stimmen nicht mehr, weil die Parlamentarisierung weit fortgeschritten ist.

Der Stellenwert und die Ziele parlamentarischer Arbeit sind außerdem umstritten: Der Anspruch ist außer-, die Wirklichkeit innerparlamentarisch. Die Selbstbegrenzung auf das Sprachrohr der Bewegungen in den Parlamenten trägt weder der Schwäche und Spaltung der Bewegungen Rechnung, noch ist sie geeignet, uns in die Parlamente zu tragen! Oder ist unser historischer Auftrag erfüllt, wenn die SPD 10 Mio. DM Staatsknete für Alternativbetriebe bereitstellt?!

— Die GRÜNEN müssen sich den überfälligen **Strukturfragen** der Partei stellen, und zwar auf allen Ebenen. Es ist nicht die Frage, wer den machtpolitischen Zugriff auf die LGS hat, sondern Professionalisierung und innerparteiliche Demokratie, informelle Zirkel und Aufgaben der Parteigremien, LDK und Urabstimmung, schmale Mitgliederbasis und Wahlverein sind zu diskutieren.

Euer Landesvorstand
Michael Happe
Ingrid Maas
Jörg Penner
Hartmut Regenstein
Klaus Stawitzki
Michael Wildt

Beckmann: NRW-Ergebnis eine bittere Enttäuschung

Ich möchte mich in meiner Stellungnahme stärker auf den Akzent „Blick nach innen" richten. Das Wahlergebnis von NRW ist eine bittere Enttäuschung und ein Rückschlag für die bis zur Saarlandwahl anhaltende Aufwärtsentwicklung der GRÜNEN. Gleichwohl ist das Ergebnis keine Absage an die Notwendigkeit einer grünen Partei und auch kein Indiz dafür, daß etwa zunehmend die Bevölkerung die grüne Präsenz in den Parlamenten für überflüssig hält. Das haben die Wahlergebnisse der Vergangenheit sehr deutlich bewiesen.

Wir befinden uns zur Zeit in einem Stimmungstief. In NRW haben wir es nicht geschafft, die Kernprobleme der politischen Auseinandersersetzung in den Vordergrund zu rücken und unsere eigenen Alternativen deutlich und überzeugend zu vertreten. Ganz offensichtlich haben die relativ hohen Wahlergebnisse der Vergangenheit — sowohl auf Landes- und auf Komunalebene, als auch auf Bundes- und Europa-Ebene — einen sehr hohen Vertrauensvorschuß vonseiten der Wähler und Wählerinnen signalisiert, den wir z. T. durch Auseinandersetzungen auf Nebenschauplätzen verspielt haben und den wir zurückgewinnen müssen.

DIE GRÜNEN behalten nach meiner Auffassung das kritischste Wählerpotential aller Parteien. Das hat sich bei dieser Wahl gegen uns gerichtet. Darin liegt aber auch eine Chance, in der Notwendigkeit in der Erweiterung dieses Potentials. Ich halte angesichts dieser Ergebnisse eine erweiterte Kursbestimmung der GRÜNEN für notwendig, d.h. eine Kursbestimmung , die der Entscheidung der Wähler Rechnung trägt. Mit einem solchen Ergebnissen erweitert sich notwendigerweise der Basisbegriff, d.h. die Notwendigkeit, nicht allein auf innerparteiliche Entscheidungen und Entscheidungsprozesse zu setzen, sondern den Blick stärker nach außen zu richten und ganz offensichtlich vorhandene Ansprüche vonseiten der Sympathisanten und Wähler der GRÜNEN innerhalb der GRÜNEN und mit den GRÜNEN umzusetzen.

Der Ansatz der GRÜNEN war von der gesamten Geschichte her ideologie- und parteiübergreifend. Ich habe den Eindruck, daß die Diskussion sowohl programatisch als auch vor allen Dingen in Bezug auf das Verhältnis zu anderen Parteien in der Diskussion in unnötiger Weise ideologisiert worden ist und daß wir hier zu einer stärker sachorientierten Diskussion zurückkommen müssen.

Es bedarf meiner Ansicht nach einer strukturellen, methodischen und vor allen Dingen auch kulturellen Erweiterung des aktiven Potentials der GRÜNEN durch eine gezielte Mitgliederwerbung. Wir müssen die Programmdiskussion insbesondere im Hinblick auf die Bundestagswahl 1987 intensivieren, und wir müssen die Organisationskraft der GRÜNEN auf den verschiedenen Ebenen enorm verstärken. Es ist nicht auszuschließen, daß die schleichende Stagnation der GRÜNEN insbesondere kulturell gesehen mit einer tendenziellen Ghettoisierung zu tun hat, d. h. die nicht ausreichende Bereitschaft, sich auf neue gesellschaftliche Gruppen als aktive Mitglieder innerhalb der GRÜNEN einzustellen.



Lukas Beckmann

Objektiv gesehen hat das Wahlergebnis von NRW innerhalb der GRÜNEN einer Diskussion über die Zusammenarbeit mit anderen Parteien neuen Raum eröffnet. Dies gilt sowohl für die Landtagswahl Anfang nächsten Jahres in Niedersachsen als auch für die Bundestagswahl 1987. Die Diskussion über die inhaltlichen Grundbedingungen einer Tolerierung oder eine Koalition mit anderen Parteien muß auf Bundesebene innerhalb der GRÜNEN sehr offensiv geführt werden, und wir müssen dabei den Versuch machen, bestehende ideologische Barrieren innerhalb dieser Diskussion zu überwinden.

Ich glaube, daß der oft befürchtete Zusammenhang zwischen einer verbindlichen Form der Zusammenarbeit mit anderen Parteien auf parlamentarischer Ebene und dem gleichzeitigen Verlust des außerparlamentarischen Charakters nicht notwendigerweise zwingend ist, wenn es gelingt, mit Unterstützung der GRÜNEN die eigenen Ziele konkret umzusetzen.

Es ist von einzelnen Mitgliedern des Bundesvorstandes als auch anderen Mitgliedern der GRÜNEN die Forderung nach einem Rücktritt des Bundesvorstandes laut geworden. Ich halte eine solche Forderung für falsch, halte sie zum jetzigen Zeitpunkt auch für absurd, und ich glaube, daß wir diese vor uns liegende Diskussion nur durch eine strömungsübergreifende Solidarität konstruktiv werden führen können.

13.5.85

Norbert Kostede, Margareta Wolff, Mitglieder im Bundesvorstand:

Mandatsbestätigung durch die nächste Bundesversammlung

Eine Konsequenz des Ausgangs der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen für den Bundesvorstand der GRÜNEN:

Der Bundesvorstand, insbesondere die „fundamentalistisch" orientierte Mehrheit seiner Mitglieder, trägt eine Mitverantwortung am desolaten Ausgang der Landtagswahl in NRW.

Fundamentalistische Politik ist unfähig, eine konkrete Reformperspektive gegen Umweltzerstörung, Aufrüstung, Arbeitslosigkeit und soziale Armut in Westdeutschland zu entwickeln. Sie verstellt den schwierigen Weg zu parlamentarischen Bündnissen, die solche Reformen umsetzen könnten. Sie prägt das Erscheinungsbild der GRÜNEN PARTEI in einer Weise, daß immer größere Bevölkerungsschichten, die in den vergangenen Wahlen für die GRÜNEN gestimmt haben, sich nun enttäuscht von unserer Partei abwenden.

Spätestens die heutige Wahl in Nordrhein-Westfalen bestätigt uns allen, daß sich die GRÜNEN in einer selbstgeschaffenen Krisensituation befinden, die nach Revision und Neubestimmung grüner Politik verlangt.

In dieser Krisensituation fordern wir den Bundesvorstand auf, sein politisches Mandat durch die nächste Bundesversammlung bestätigen zu lassen. In einer Krisensituation wie der unsrigen darf man nicht auf den „regulären" Weg von Vorstandswahlen verweisen, sondern muß sich zu seiner Mitverantwortung bekennen und sich erneut dem Basisvotum zu stellen.

Unser Vorschlag von einer Mandatsbestätigung ist weder von einer „Kopfab"-Mentalität getragen noch wollen wir von weiteren Konsequenzen aus dem Wahlergebnis und der aktuellen Misere der GRÜNEN ablenken. (Pro-



Norbert Kostede

grammarbeit, Besinnung auf den Grundkonsens grüner Politik usw.) Auch wollen wir — trotz teils tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten — die persönliche Integrität der jetzigen Vorstandsmitglieder nicht in Abrede stellen. Aber es ist in unseren Augen nicht mit der Verantwortung eines Vorstandsmandats zu vereinbaren, die Welle der wechselseitigen Schuldzuweisungen zu untertauchen und sich danach der gewohnten Tagesordnung zu widmen.

Unabhängig von der Entscheidung des Bundesvorstands über unseren Antrag (Mandatsbestätigung durch die nächste Bundesversamlung) werden wir persönlich diese Konsequenz ziehen und uns und unsere politischen Überzeugungen zur Wahl stellen. Es wäre mehr als unglaubwürdig, einen solchen Antrag zu stellen, ohne notfalls allein für eine Mandatsbestätigung einzutreten.

12.5.85

Rainer Trampert in der »Bonner Runde«

Hopen: Auch DIE GRÜNEN gehören zu den Verlierern. Es geht nicht mehr automatisch aufwärts... Woran liegt das ihrer Meinung nach? Haben sich DIE GRÜNEN als zu wenig koalitionsfähig erwiesen?

Trampert: Ich glaube, daß die Koalitionsfrage überhaupt keine Rolle spielt. DIE GRÜNEN haben in Nordrhein-Westfalen der SPD täglich die Zusammenarbeit angeboten, haben dazu Inhalte, um die verhandelt werden sollte, genannt. Johannes Rau hat alle diese Forderungen als übergeschnappt bezeichnet. Wer uns da empfiehlt, nun regiert mal schön, der ist m. E. fern von Gut und Böse. Die Gründe liegen m. E. woanders. Das neue ,,Wir-Gefühl'' der SPD macht uns zu schaffen. Daß Atomkraftgegner wie Atomkraftbefürworter sich in der SPD umarmen und meinten, sie würden für dieselbe Sache stehen, macht uns zu schaffen. Ich glaube, daß eine große Entpolitisierung bei der SPD-Linken eingesetzt hat, die zum Teil — und ihr Umfeld — zu unserem Wählerpotential gehört hat... Dieses Wahlergebnis ist eigentlich eine Ermunterung an die Herschenden, so weiterzumachen. Das sollte sich jeder überlegen... Ich denke, es wäre makaber, wenn auf dem Rücken dieses Wahlergebnisses in den GRÜNEN die Positionskämpfe beginnen würden. Wir müssen uns auch vertraut machen damit, daß die Summe unserer Politik auch mal bei fünf Prozent oder darunter liegen kann...

Hopen: ...Herr Schily (verlangt beispielsweise) eine Reform der Struktur, hat sehr vieles auszusetzen am Wahlkampf der GRÜNEN. Rechnen Sie damit, daß sich diese Auseinandersetzung fortsetzt?

Trampert: Ich kann sie nicht ausschließen. Ich sage dies ganz offen. Ich glaube schon, daß ein Teil, der sich Politik nur ab fünf Prozent vorstellen kann, jetzt in den Startlöchern sitzt. Ich kann nur alle auffordern, das nicht zu tun



Rainer Trampert

und etwas geduldiger über die Neuentwicklung der Sozialdemokratie und welche Gegenoffensive wir dem entgegenstellen können, wie wir mehr unsere Überzeugungen bei den Menschen anbieten können, sich darüber Gedanken zu machen, weil es uns offensichtlich nicht gelungen ist, gegen einen Stimmungswahlkampf anzukommen mit unseren Inhalten, den ich als Kopie von Rony und Nancy aus den USA bezeichnen würde. Zwischen der SPD und der CDU hat m. E. nicht eine qualifizierte unterschiedliche Politik entschieden, sondern wer die bessere Stimmungskanone war.

Otto Schily: Harten Kurs vorgegeben

,,Ich halte es für notwendig, daß es so etwas gibt bei den GRÜNEN wie eine Strukturreform an Haupt und Gliedern. Wir müssen auch ganz offen sagen, manche Verantwortlichen in der Partei haben die Zügel schleifen lassen. Es ist nicht gegeben eine intensive Mitgliederwerbung ... Die programmatische Diskussion ist nicht genügend organisiert worden. Und auch von den Verantwortlichen, auch — das muß man ganz deutlich sagen — beim Bundesvorstand ist die Integrationsfähigkeit weniger entwickelt als eine Polarisierungsgabe'' (gegenüber dpa, 12.5.85).

Frage: ***,,Wollen Sie den Rücktritt des Bundesvorstandes?''***

Schily: *,,So kraß würde ich es nicht sagen. Aber sie sollten ihre Position überdenken''* (Interview in ,,Express', 14.5.85).

Schily: *,,Der Bundesvorstand muß professionalisiert werden. Als Feiertagsarbeit ist das nicht möglich. Außerdem müssen wir das Rotationsprinzip abschaffen, das hemmt uns. Und Koalitionsfragen dürfen nicht tabu sein.*

Wenn Ihre Forderungen nicht erfüllt werden ...

Dann könnte es sein, daß ich mich eine ganze Zeit lang aus der aktiven Politik zurückziehen und nachdenken werde.

Schließen Sie definitiv aus, daß Sie je zur SPD wechseln?

(Schily lacht) Man soll ja nie nie sagen. Aber ich habe die Grünen mitgegründet und nicht die Absicht, Positionen zu verlassen, für die ich gekämpft habe, also für mehr Ökologie und Demokratie. Da ist die SPD zu verkrustet.

Aber könnte Ihr Nachdenken nicht auch darin enden, daß Sie zumindest die Grünen verlassen?

Möglich ist alles, wahrscheinlich ist es nicht.

Sie sind als grüner Justizminister in Hessen im Gespräch.

Ein Traumjob ist das nicht. Aber das müssen die Grünen in Hessen entscheiden. Wenn, dann sage ich nicht nein'' (Interview in AZ, 14.5.85).

In einem taz-Interview (14.5.85) sieht Schily in dem NRW-Wahlergebnis ,,*eine Schicksalsstunde für die Grünen angebrochen''*. ,,*In dramatischen Situationen müssen möglicherweise auch dramatische Entschlüsse gefaßt werden''*, sagt er auf die Frage nach seiner Wegrotation aus dem Bundestag und zitiert ,,*eine große Anzahl von Menschen''*, die an ihn appelliert hätten zu bleiben. Personen würden auch ,,*eine gewisse Kontinuität der politischen Linie vermitteln können. Das heißt, ein Abrücken meinerseits von der Rotation ist nicht mehr außerhalb meiner Überlegungen.''*

Trampert:

Die GRÜNEN bleiben die politische Antwort auf die Krisen

Zunächst möchte ich ein kurzes Wort zur politischen Gesamtsituation nach dieser Wahl sagen. Das Wahlergebnis hat auch gezeigt, daß der Kurs der Bundesregierung, der Bevölkerung immer mehr Opfer aufzubürden und die Mittel freizusetzen für die Industrie und für eine millitärische Gigantomanie, einen Dämpfer bekommen hat und nicht mitgemacht wird. Insofern signalisiert das Ergebnis eine von uns gewünschte Krise der Bundespolitik, und wir freuen uns besonders, daß die gesamte Reagansche Soldatenehrung dem auch nicht mehr abhelfen konnte.

Der Bundesregierung wird offensichtlich die Legitimation abgesprochen, so zu handeln. Wie tief dieser Vertrauensbruch tatsächlich ist, läßt sich heute nicht abschätzen, weil andererseits nicht daran vorbeidiskutiert werden kann, daß die CDU im Saarland und in NRW wohl ihre farblosesten Kandidaten aufbot, die sie aufzubieten hat.

Wir freuen uns nicht darüber, daß diese Legitimationskrise allein der Sozialdemokratie zugute gekommen ist. Die SPD hat unseres Erachtens von einer allgemeinen Entpolitisierung profitiert, die in der SPD-Linken und ihrem Umfeld ganz besonders einsetzte. So wurde kaum noch wahrgenommen, daß Johannes Rau all unsere Forderungen mit ständigem Zynismus begleitete, ob das nun unsere Forderung nach Kontrolle der Chemie war oder eine Verbesserung der Hilfe für die Armen im Land, oder ob das unsere Forderung war, eine konzernunabhängige Mediensteuerung mitzumachen. In NRW gewann nach Lafontaine jetzt die Kanalarbeiterpolitik der SPD.

DIE GRÜNEN waren in NRW sehr fleißig, haben mit ihrem ökologischen Umbauprogramm u. a. eine gute Alternative angeboten, die m. E. durch das neue ,,Wir-Gefühl'' der Sozialdemokratie verschüttet wurde. Wir haben also auf der einen Seite durch diesen Entpolitisierungsprozeß an Linken verloren in dieser Wahl. Wir haben andererseits Wähler verloren, die nicht diesem Spektrum angehören, sondern von den GRÜNEN eine hohe Moral, hohe Werte fordern. Solche Wählerschichten wurden wohl auch durch die RAF-Kampagne gegen DIE GRÜNEN oder durch das drumherum des Päderasten-Beschlusses von uns vergrault. Es wurde verschüttet, daß DIE GRÜNEN — denke ich — am meisten für den Schutz der Kinder vor jeder Art von Erwachsenen-Brutalität dieser Gesellschaft eintreten. Dieser Teil ist auf eigene Mängel zurückzuführen.

Ich glaube nicht, daß die Koalitionsfrage eine Rolle gespielt hat. Zu früh hatte Johannes Rau entschieden, mit den GRÜNEN jegliche Form der Zusammenarbeit schroff abzulehnen. Es hätte auch eine lächerliche Variante sein können, daraufhin ständig das Bündnis neu zu erbetteln. Man muß sich diesen Fakten stellen.

Wir sollten angesichts der 4,6% in den GRÜNEN nicht verrückt spielen. 4,6% sind kein Grund, jetzt in Panik auszubrechen. DIE GRÜNEN sind nicht weg, DIE GRÜNEN bleiben auch weiterhin die politische Antwort auf neuzeitliche Krisen. Die Anbindung der anderen Parteien einschließlich der SPD an Industrie, an NATO, an Weltwirtschaft wird auch offenlegen, daß mit einer ,,Wir-sind-wieder-wer''-Stimmung allein Veränderungen noch nicht eintreten werden.

In den GRÜNEN werden wir den Wunsch nach programmatischer Schwerpunktsetzung, gerade auch im Hinblick auf 1987, Rechnung tragen und diesen Prozeß organisieren. Wir werden aber auch eine gewisse Lethargie, die auf einen Wahlautomatismus hofft, aufbrechen müssen und zu einem stärkeren Engagement unserer täglichen Überzeugungsarbeit, in der besseren Einbeziehung neuer Mitglieder und Menschen, die mit uns symphatisieren, kommen müssen, und wir werden wieder zu einer besseren Mobilisierung kommen müssen. Diese Antworten müssen wir geduldig ausloten in den GRÜNEN und besonders darauf achten, daß für eine Partei, die keine besonders lange Tradition hat, jede Zerreißprobe besonders schwer wiegen kann.

13.5.85

»Zum Überlebenskonzept der GRÜNEN«

von Helga Boldt, Thea Bock, Hannegret Hönes, Marianne Hürten, Christa Nickels und Antje Vollmer

Die sechs grünen Frauen fordern in ihrem Papier hauptsächlich eine Strukturreform. Im Abschnitt I, ,, *Die Lage ist zwar ernst ...''* konstatieren sie einen ,,*weitgehend inhaltsleeren Schlagabtausch zwischen den ,Realpolitikern' und den Fundamentalisten' ''*, sprechen von ,,*einer ärgerlichen und eitlen persönlichen Profilierung einzelner ,Zuchtmeister' der Partei, von umfangreichen Schuldzuweisungen zur eigenen Entlastung, von aufgeblasenen Scheinanalysen bis hin zu einem politinen Entlastung, von aufgeblasenen Scheinanalysen bis hin zu einem politischen Kannibalismus (,an Haupt und Gliedern'), der unbedingt Köpfe rollen sehen will.''*

,,*Zermürbende Flügelkämpfe''* seien fehl am Platze, wir ,,*brauchen jeden einzelnen für einen Neuaufbau der nen Partei''*. Für den Fall, daß die Drohung, einzelne aus dem Bundesvorstand abzuwählen (nach der ,,*Domino-Theorie'')* wahrgemacht werden soll und damit die ,,*Demontage und Selbstzerstörung der Grünen''* eingeleitet werde, kündigen sie für den Bundesparteitag in Hagen an: ,,*Wir Frauen sind jederzeit in der Lage, die Führung der Partei zu übernehmen (inkl. der Finanzen!), und zwar mit Frauen aller politischen Flügel und aus allen Landesverbänden.''*

Unter Bezug auf Schily's Äußerungen (der nicht namentlich genannt wird), er könne sich bei Nicht-Realisierung seiner Vorstellungen eine Abwendung von den Grünen vorstellen, betonen die sechs Frauen, ,,*wir Frauen jedenfalls können auf die GRÜNEN nicht verzichten. Für uns besteht keine andere Partei, die den Frauen solche Chancen und Einflußmöglichkeiten (nicht nur auf die Listenplätze, sondern auch auf Kopf und Mund und Herz der gesamten Partei) ermöglicht wie die GRÜNEN. Es hat bei uns 150 Jahre der Entwicklung des Parlamentarismus gebraucht, bis wir diese Stellung erreichen konnten''*. und: ,,*Es hat 40 Jahre Nachkriegsentwicklung gebraucht, mit immerwährendem Anrennen gegen die 5 %-Hürde, bis der Zusammenschluß vieler oppositioneller Bewegungen endlich so stark und überzeugend wurde, daß sie inner- und außerparlamentarisch überhaupt ein Gewicht und eine Stimme bekamen. Es wäre ein politisches Verbrechen, dies leichtfertig zu riskieren''*. Eine ,,*ähnlich starke Bewegung''* könnte vielleicht erst wieder in einem halben Jahrhundert entstehen.

Drei Dinge werden vorgeschlagen: Die ,,*Abwahl des Bundesvorstandes''* sei nur ein ,,*aus taktischen Gründen dazu gemachtes''* Problem, deshalb soll in Hagen nur zwei Stunden über seine Arbeit debattiert werden und er zur nächsten regulären Bundesversammlung einen Rechenschaftsbericht erstellen.

Die ,,*Frage Koalition, Tolerierung oder reine Oppositionsrolle''* soll zunächst abgewartet werden, bis klar ist,



Grüner Frauenrat

wie eine Rau-SPD sich ,,*auf die Mehrheitsrolle vorbereitet''* und ,,*welche inhaltlichen Schwerpunkte''* die GRÜNEN sich für 1987 setzen.

Als unmittelbar zu lösende Aufgaben formulieren sie vier Anträge für Hagen:

1. Die Bezahlung der Sprecher/innen der GRÜNEN in Bund und Land. Ehrenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit sei im Verhältnis zu den gut ausgestatteten Fraktionen nicht mehr tragbar. Dadurch soll die Vorstandsarbeit gestärkt werden (,,*das basisdemokratische Element bei den GRÜNEN''*). Sprecher/innen seien jederzeit von der Parteibasis kontrollierbar und auch abwählbar. Sie sollen ,,*ein politisches Wächteramt ausüben''*. Sie sollen ,,*die politische Hausarbeit der Partei''* machen können und sie sollen *ihre Verantwortung für das Ganze wahrnehmen''*.

2. Hauptamtliche Bundes- bzw. Landesgeschäftsführer/innen sowie Pressesprecher/innen sollen auf den zuständigen Bundes- und Landesdelegiertenkonferenzen gewählt werden, da sich diese Positionen faktisch zu ,,*,heimlichen' politischen Sprecherfunktionen ausgeweitet''* hätten und deshalb demokratisch gewählt werden müßten.

3. Einrichtung einer Wahlkampfkommission aus sechs Mitgliedern (geschlechterparitätisch zusammengesetzt), je zwei Vertretern aus Bundesvorstand, Bundestagsfraktion und Bundeshauptausschuß. Je einen sollen die Gremien selber bestimmen, die anderen sollen von der Bundesdelegiertenkonferenz gewählt werden. Die Kommission soll bis zum Frühjahr 1986 die

Fortsetzung nächste Seite

»Für einen neuen Grünen Konsens«

Antrag Joschka Fischer, Jo Müller, Otto Schily, Thomas Schmid, Helmut Wiesenthal und fünfzig weitere Unterzeichner

Fortsetzung von vorheriger Seite



Thea Bock

,,politische Gesamtsituation zur Vorbereitung einer möglichen oder unmöglichen Bündnisaussage'' für den Wahlkampf überprüfen; Wahlkampfschwerpunkte festsetzen; das Saarbrückener Programm der GRÜNEN überarbeiten und konkretisieren (Schwerpunkt Entgiftungsprogramm oder ökologisches Umbauprogramm); die *,,Politik unserer politischen Gegner und unsere zentralen Angriffspunkte''* kennzeichnen.



Christa Nickels

4. Eine wie unter drttens zusammengesetzte sechsköpfige Kommission, die die Parteierfahrungen mit der Rotation, der Parität, der Diäten-Regelung und den offenen Listen überprüfen soll und Verbesserungs- bzw. Veränderungsvorschläge für alle Ebenen (,,bis hin zu evtl. grünen Ministern'') erarbeiten soll.

Als Begründung hierfür wird. u.a. genannt:

,,All diese Regelungen waren aber auf ,untere Machtetagen' zugeschnitten. So schwierige Fragen wie ,Tolerierung', ,Koalitionen' oder gar ,Ministerposten' hatten wir damals nicht im Blick. Wir haben zwar unsere Programmatik und unsere grünen Inhalte ständig auf den Prüfstand gestellt und daran weitergearbeitet, aber die Bearbeitung unseres 2. politischen Standbeins, eines anderen Umgangs mit der politischen Macht und einer neuen politischen Kultur haben wir sträflich vernachlässigt.

Diese Vernachlässigung der gründlichen Überprüfung des Zusammenhangs unserer politischen Formen mit unseren politischen Zielen rächt sich inzwischen, indem nun fast alle unsere Neuansätze angezweifelt werden.

— Die Rotation gilt als schwerer politischer Fehler,

— die Diätenregelung als vielfältig durchlöchert,

— die Parität als aus Kompetenzgründen nicht durchführbar,

— der Ansatz einer neuen politischen Kultur als überholt, verlogen und unerträglich pastoral-moralistisch,

— die offene Liste als bequeme Karriereleiter.''

Das Bündnis aus ,,Realos'' und ,,Ökolibertären'' sowie weiteren Grünen (offensichtlich keine ,,Ökosozialisten'') will mit dem nachstehenden Antrag *,,die notwendigen Konsequenzen aus den strukturellen Schwächen der GRÜNEN''* ziehen. *,,Gleichzeitig soll hier ein neuer innerparteilicher Konsens zwischen den verschiedenen Strömungen der Partei versucht werden, um auf dieser Grundlage nicht nur innerparteiliche Reformen einzuleiten, sondern endlich auch die selbstzerstörerische Polarisierung unter uns Grünen zu überwinden.''*

Das vorgelegte Papier *,,Für einen neuen Grünen Konsens''* teilt sich in einen drei Punkte umfassenden Antragsteil und eine davon abgetrennte Begründung. Der Antrag lautet:

Antrag

Die Bundesdelegiertenversammlung in Hagen möge beschließen:

I.
Die Bundesdelegiertenversammlung fordert den Bundesvorstand auf, seiner zukünftigen Arbeit folgende Schwerpunkte zugrunde zu legen

a) Förderung, Koordinierung und Organisierung der programmatischen Diskussion;

b) Integration der verschiedenen dezentralen Entscheidungen von grünen Kreis- und Landesverbänden, Integration der verschiedenen Strömungen in der Partei und Entwicklung der außerparlamentarischen Interventionsfähigkeit;

c) Erweiterung und Stärkung der grünen Mitgliederbasis.

Die Versammlung fordert den Bundesvorstand auf, über die Umsetzung dieses Beschlusses auf der nächsten BDK Bericht zu erstatten.

II.
Die Bundesdelegiertenversammlung richtet eine Programmkommission ein, die sich aus 22 Mitgliedern zusammensetzt. Die zehn Landesverbände der GRÜNEN und die AL Berlin benennen je eine Vertreterin und einen Vertreter, die von der BDK bestätigt werden. Die Kommission ist allein der BDK verantwortlich und wird der Bundesversammlung im Frühjahr 1986 den Entwurf für eine Wahlplattform zur Bundestagswahl 1987 vorlegen.

III.
Zur Vorbereitung einer Strukturreform der Partei richtet die Bundesdelegiertenversammlung eine Strukturkommission ein. Sie setzt sich aus drei Frauen und drei Männern zusammen, welche die BDK aus ihrer Mitte wählt. Weiterhin

III.
Zur Vorbereitung einer Strukturreform der Partei richtet die Bundesdelegiertenversammlung eine Strukturkommission ein. Sie setzt sich aus drei Frauen und drei Männern zusammen, welche die BDK aus ihrer Mitte wählt. Weiterhin

werden je ein Mitglied des BuVo, des BHA, der Bundestagsfraktion und der Bundesgeschäftsführer an der Arbeit der Strukturkommission teilnehmen. Diese Kommission soll bis zur nächsten BDK im Herbst 1985 einen Bericht mit konkreten Reformvorschlägen zu folgenden Bereichen vorlegen:

— Teilprofessionalisierung des Bundesvorstandes

— Zusammenwirken verschiedener Parteigremien (insbesondere BHA)

— Erfahrungen mit und Vorschläge zur Rotation

— Erfahrungen und Vorschläge zu den Bundesarbeitsgemeinschaften

— Erfahrungen mit der Trennung von Amt und Mandat

— Überprüfung der Finanzkompetenzen in der Partei

— Möglichkeiten der Stärkung plebiszitärer Elemente in der Partei und Darstellung der bisher gemachten Erfahrungen.

Das Mandat dieser Kommission erlischt mit der Abgabe ihres Berichtes auf der nächsten BDK.

Begründung

In der achtseitigen Antragsbegründung heißt es in I. u.a., daß die Grünen sich *,,bundesweit in einer Krise''* befinden. Die NRW-Wahl sei die *,,Schlüsselwahl''* gewesen, so daß die Grünen zwei Jahre vor der nächsten Bundestagswahl sich *,,an einem Scheideweg zwischen dem weiteren Niedergang oder der Fortentwicklung der Partei als einer eigenständigen Kraft (befinden). Dies zwingt uns zu einer* ***nüchternen Selbstkritik****, zu einer* ***vorurteilslosen Analyse*** *und zu den daraus abzuleitenden* ***konsequenten Maßnahmen****, die wir gemeinsam zu beschließen und zu verwirklichen haben.''*

In II. wird darauf hingewiesen, daß es grüne Zerwürfnisse auch früher schon gegeben habe, ohne daß diese sich negativ bei Wahlen bemerkbar gemacht hätten. Mittlerweile sei aus drei Gründen *,,eine grundsätzliche veränderte Ausgangsposition''* eingetreten:

1. *,,die ,neo-konservative Wende' ''* beginne zu wirken (Stichworte: Armut, Jugendarbeitslosigkeit, Großtechnologien, weitere Ausbeutung von Natur und dritter Welt, Raketenstationierung, SDI). *,,Die Zeiten, wo die SPD-Regierung unter Helmut Schmidt nicht nur der politische Hauptgegner für uns war, sondern den Grünen auch zunehmend Wähler zugetrieben hat, sind vorbei.''*



Joschka Fischer

,,2. Stattdessen haben wir es nunmehr mit einer Sozialdemokratie zu tun, welche große Anstrengungen unternimmt, sich in der Opposition programmatisch und personell zu erneuern. Die SPD ist für uns nunmehr **die konkurrierende Oppositionspartei** geworden, konkurrierend um Inhalte, Hoffnungen und Wähler. Die Sozialdemokratie hat begriffen, daß sie nur dann vorankommen kann, wenn sie dem industriekonservativen Regierungsblock **und zugleich** der Opposition der GRÜNEN etwas entgegenzusetzen hat. Ihr Programm, das die verschiedenen Exponenten der Partei verschieden gewichtet auslegen, lautet schlicht und einfach: Arbeitsplätze **und** Umweltschutz. Die SPD möchte damit die in den Augen der Wähler verlorene Kompetenz in Fragen der Wirtschaftspolitik zurückgewinnen und zugleich zeigen, daß sie — anders als DIE GRÜNEN — die Partei sei, die eine Antwort auf die große ökologische Frage habe.

Umweltschutz. Die SPD möchte damit die in den Augen der Wähler verlorene Kompetenz in Fragen der Wirtschaftspolitik zurückgewinnen und zugleich zeigen, daß sie — anders als DIE GRÜNEN — die Partei sei, die eine Antwort auf die große ökologische Frage habe.

Es reicht heute nicht mehr aus, die Halbherzigkeit, Inkonsequenz und Kosmetik dieses sozialdemokratischen Programms zu kritisieren; solange wir unsere eigenen Terrains räumen und nicht entschieden an der Umsetzung unserer Programmatik arbeiten, hat es die erfahrene Volkspartei SPD vergleichsweise leicht, uns den Rang als Oppositionspartei abzulaufen. Zwei Faktoren aus Nordrhein-Westfalen sind hier besonders alarmierend: Wir verlieren zunehmend Jungwähler an die SPD und die SPD gilt heute in Nordrhein-Westfalen in ökologischen Fragen für kompetenter als DIE GRÜNEN. Diese Konkurrenz wird in den kommenden Monaten mehr denn je auf DIE GRÜNEN zukommen, und wir werden dabei unseren Wählern deutlich zu machen haben, daß wir dieser Konkurrenz inhaltlich, organisatorisch und personell gewachsen sind.''

3. *,,Stagnation und Niedergang''* der außerparlamentarischen, sozialen Bewegungen *,,macht sich innerhalb der Partei auf fatale Weise bemerkbar''*, *,,weitreichende Maßnahmen''* seien gefordert.

In III. heißt es u.a.

,, ... Es ist nach den Wahlen in NRW wohl offensichtlich, daß sich zunehmende Teile unserer Wählerschaft von den GRÜNEN abwenden, weil sie bestimmte Entscheidungen der Partei nicht mehr nachvollziehen können und wollen. Gegen die Interessen und Überzeugungen unserer Wähler, unserer eigentlichen Basis, werden wir auf Dauer keine Politik machen können! Anstatt hier in Wählerbeschimpfung zu verfallen oder absurderweise linken Sozialdemokraten vorzuwerfen, daß sie ihre eigene Partei gewählt haben, gilt es vielmehr in selbstkritischer Einsicht, die breiter werdende Kluft zwischen den Wünschen und Interessen unserer Wähler und einem sich davon entfernenden politischen Kurs der Partei zu überwinden.

Es zeigt sich nun, da die Zeiten für uns härter geworden sind, daß der **Verlust der innerparteilichen Konsensfähigkeit** für DIE GRÜNEN besonders ernste Folgen hat. Der Flügelstreit in der Partei, so wichtig er als innerparteilicher Entwicklungsfaktor bleiben wird, darf die Partei als Ganzes und unsere Politische Kultur nicht zugrunde richten; Vereinbarungen unter GRÜNEN dürfen nicht vor den Gerichten oder im Wortbruch enden; die unverzichtbaren Elemente unserer innerparteilichen Demokratie, wie Minderheitenschutz und Konsensprinzip, dürfen nicht zum Unterlaufen von Mehrheitsbeschlüssen mißbraucht werden; und die obersten Gremien der Partei haben diese vor allem politisch, personell und regional zu integrieren und nicht zu polarisieren. Bundesvorstand und BHA haben die dezentral getroffenen Entscheidungen zu respektieren und zu unterstützen, dem gesamten Spektrum der GRÜNEN unter Berücksichtigung der Mehrheitsverhältnisse Ausdruck zu verschaffen, die inhaltliche und programmatische Diskussion zu organisieren und zu fördern und die Partei außerparlamentarisch aktionsfähig zu machen. Ein linienpolizeiliches Selbstmißverständnis des Bundesvorstandes und des BHA wird lediglich zur weiteren Polarisierung der Partei beitragen. Die anhaltende Ideologisierung der Frage einer möglichen parlamentarischen Zusammenarbeit mit anderen Parteien droht unsere eigene Partei in zwei unversöhnliche Lager zu zerreißen. Diese selbstzerstörerische Entwicklung innerhalb unserer Partei gilt es nunmehr zu beenden, um zu einem Neuanfang zu kommen. Denn nur wenn wir GRÜNEN unsere innerparteiliche Konsensfähigkeit (mit allen notwendigen Kontroversen) zu den Schlüsselfragen unserer Politik wiedererlangen, werden wir nach außen aktions- und veränderungsfähig bleiben.

In IV. wird eine Ungleichzeitigkeit und qualitative Unterschiedlichkeit der Entwicklung grüner Fraktionen im Verhältnis zur Parteiorganisation auf allen Ebenen festgestellt. Die Programmarbeit soll mittelfristig die Wahlplattform für 1987 und langfristig auf die Fortschreibung des grünen Grundsatzprogramms orientieren. Schwerpunkt in der Begründung ist allerdings die kurzfristige Programmarbeit, die *,,bereits in diesem Herbst mit der Veranstaltung themenbezogener Fachkongresse, Tagungen und Foren beginnen''* soll. Als inhaltliche Schwerpunkte werden benannt: *,,unser Ansatz eines ,ökologischen Umbaus der Wirtschaft', unser ,Entgiftungsprogramm', alternative Ansätze in der So-*

beit, die ,,bereits in diesem Herbst mit der Veranstaltung themenbezogener Fachkongresse, Tagungen und Foren beginnen'' soll. Als inhaltliche Schwerpunkte werden benannt: ,,unser Ansatz eines ,ökologischen Umbaus der Wirtschaft', unser ,Entgiftungsprogramm', alternative Ansätze in der So-

zialpolitik und zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit sowie die Auseinandersetzung mit der verstärkten Hochrüstungspolitik und dem ,SDI-Programm' der USA''.

Mit einem Frauenkongreß im Herbst soll der *,,Auftakt von kontinuierlichen öffentlichen Diskussionen um die Frauenfrage''* geschaffen sein. Ernsthafte Gremienparität soll bei den Grünen ebenso gewährleistet sein, wie *,,gönnerhaftes''* Beäugen der Mitarbeit von Frauen bekämpft werden soll. *,,Auf dem Weg zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft können wir nicht umhin, die Geschlechterfrage hier und heute anzugehen.''*

Die *,,programmatische Öffnung''* der grünen Partei gegenüber *,,großen Teilen der kritischen Intelligenz''* sollte durch *,,ein inhaltliches und organisatorisches Angebot zur Zusammenarbeit''* erfolgen, statt sie nach dem NRW-Debakel *,,als ,unpolitisch' zu beschimpfen''*.



Otto Schily

Das angestrebte Bundestagswahlprogramm soll *,,nicht erneut in den Fehler verfallen, eine bloße Summierung verschiedenster ökologischer, sozialer und politischer Mißstände''* darzustellen, zu *,,deren Behebung die Deklaration des jeweiligen Gegenteils''* vorgeschlagen werde. Bisherige grüne Programm-und-Ideen-Vielfalt soll *,,zu einem reformerischen Gesamtkonzept''* verbunden werden, *,,das auch die Perspektive der Durchsetzung deutlich macht. Hierbei muß auch zur Frage einer möglichen Zusammenarbeit mit anderen Parteien Stellung genommen und klargemacht werden, daß für die GRÜNEN alle Formen parlamentarischer Zusammenarbeit möglich sind, sofern diese die Durchsetzung unserer zentralen Inhalte zu garantieren vermögen''*. Die Fortschreibung des Saarbrückener Bundesprogramms der Grünen soll nach 1987 beraten werden.

Im Abschnitt V. des Papiers werden Andeutungen zur Strukturreform der Partei gemacht. *,,Basisdemokratie ... ist heute eher Anspruch als Wirklichkeit.''* Etwas kurios wirkt die Aussage, daß die Partei-*,,Strukturen ... immer verkrusteter wurden. Das hat auch damit zu tun, daß wir Partei geworden sind, ohne es sein zu wollen''* — um dann zu fordern, daß in den (verkrusteten?) Strukturen *,,wir uns jetzt dafür entscheiden, den Schritt, den wir real längst schon vollzogen haben, nun auch bewußt für uns nachzuvollziehen.''* *,,Eine Reform der Parteiorganisation''* soll 1. das *,,verhängnisvolle Ungleichgewicht zwischen außerparlamentarischer und parlamentarischer Arbeit und Parlamentsarbeit zu Lasten der Parteivorstände''* durch *,,Professionalisierung''* der Bundessprecher/innen, *,,politische Wahl des Bundesgeschäftsführers und in Perspektive des Aufbaus von Fachreferentenstellen ... beim Bundesvorstand''* beheben. 2. Soll der Bundeshauptausschuß *,,neue Aufgaben und Funktionen''* wahrnehmen, indem er inhaltlich und personell zwischen den verschiedenen grünen Partei- und Parlamentsebenen für *,,Abstimmung und Zusammenarbeit''* sorgt. Was 3. heißt, daß *,,die jetzt praktizierte Unvereinbarkeit von Amt und Mandat zu überprüfen''* sei. 4. Soll in der Frage der Rotation *,,eine ehrliche Diskussion, eine Überprüfung der gemachten Erfahrungen und gegebenenfalls entsprechende Reformvorschläge''* stattfinden. Und 5. soll mit *,,Mitglieder-*

barkeit von Amt und Mandat zu überprüfen'' sei. 4. Soll in der Frage der Rotation ,,eine ehrliche Diskussion, eine Überprüfung der gemachten Erfahrungen und gegebenenfalls entsprechende Reformvorschläge'' stattfinden. Und 5. soll mit ,,Mitglieder-

Urabstimmungen'' gemachte Erfahrungen ausgewertert werden, wieweit deren *,,konsensstiftende Kraft''* weiterzuentwickeln sei.

Im Schlußabschnitt VI. heißt es:

,,Es wird gegenwärtig politisch nichts ausreichen, wenn die Bundesdelegiertenversammlung allein die Einrichtung von Kommissionen zur Strukturreform und Programmdiskussion beschließt. DIE GRÜNEN müssen die gemeinsame Kraft zu einem **politischen Aufbruchsignal** finden. Noch haben wir Zeit, um nach außen deutlich zu machen, daß DIE GRÜNEN für einen grundlegenden politischen Kurswechsel in der Bundesrepublik unentbehrlich und die einzigen Garanten sind. Eine programmatisch klare, demokratisch reorganisierte und zu politischem Handeln entschlossene Partei DIE GRÜNEN wird eine ernstzunehmende Herausforderung für den herrschenden Industriekonservatismus darstellen — und wird es zugleich der SPD unmöglich machen, DIE GRÜNEN mit einem ökologisch aufgeputzten Industrieprogramm an die Wand zu drücken. DIE GRÜNEN verkörpern für viele Menschen eine ökologische, soziale und friedenspolitische Hoffnung und eine historisch einmalige Chance. Wird diese mutwillig und flügelblind von uns selbst vertan, so wird es zwar DIE GRÜNEN nicht mehr geben, die Probleme aber werden bleiben — atomare Bedrohung, fortschreitende Umweltzerstörung, Armut, Massenarbeitslosigkeit und Ausbeutung der Dritten Welt. Wir GRÜNEN müssen selbstbewußt unseren Anspruch einlösen, eine Partei jenseits der alten Parteien und ihrer Entwicklungslogik zu sein. Und wir müssen deutlich machen, daß wir auf dieser Grundlage willens und fähig dazu sind, die notwendigen Veränderungen in dieser Republik durchzusetzen.''

Christian Schmidt

Die Zukunft der Grün-Alternativen nach dem Debakel ihres Wahlvereins

I. Der 12. Mai und Alte Hüte

Wenn einer Partei innerhalb weniger Monate die Hälfte der Wählerschaft abhanden kommt, was in NRW zwischen Kommunal- und Landtagswahlen passiert ist, dann erfordert das — wie man so sagt — eine schonungslose Aufdeckung der Ursachen und tiefgreifende Konsequenzen.

Das Dumme ist nur: Weil wir nicht wissen, welche Wähler wohin gelaufen sind und warum, wissen wir auch nicht, wem wir auf welchem Wege wohin folgen müssen.

Schön einfach wäre es, wenn möglichst viele wegen jenem unseligen Beschluß und hausgemachter Pannen zuhause geblieben bzw. ins sozialdemokratische Volksbildungsheim zurückgekehrt wären. Dann könnten wir frohen Mutes darauf hoffen, daß sie uns diese Verfehlungen nicht länger nachtragen werden, als das die anderen Parteigänger wg. Flick getan haben. Doch das ist zu schön, um wahr zu sein. In Wirklichkeit wissen wir nur, daß NRW keine einfache Panne war. Und alle diejenigen, die jetzt genau wissen, wo es langgeht, irren oder lügen.

Was die ersten Tage nach der Wahl von grüner Prominenz an angeblichen Analysen und aufgemotzten Richtungsempfehlungen auf dem Markt der Eitelkeiten geworfen wurde, reizt bestenfalls zum Kalauer: Alles neu macht der (12.) Mai.

Alte und ganz alte Hüte wurden da als dernier cri dargeboten. Otto schwärmte — wen wundert's — vom Minister-Cut der neuen Saison, Petra überraschte mit der Prognose, die Rotation sei passé, Joschka verblüffte mit der Kreation: entweder meine Linie oder die Grünen bleiben nackt. Fundamentalos sahen originellerweise ihre Absage an die Verparlamentarisierung vom Modevolk bestätigt, Ölis forderten die Ausweitung des Modemarktes auf sich selbst, also das bürgerliche Lager. Am besten hat mir Stratmann gefallen mit seinem raffinierten Zweiteiler: Meine Zwangsjacke war der SPD zu eng, also müssen jetzt Landesvorstand und Otto die Hose wechseln. Nicht schlecht auch Michael Merkel und Roland Vogt, von denen der eine über zu wenig sympathische Hoffnungsträger und der andere über zuviel Dummschwätzer klagte. Wir sehen an alledem, der erste Weg zur Besserung wurde konsequent gemieden.

Aber es geht auch nicht vorrangig um Selbsterkenntnis grüner Funktionäre. Schlechte Landesverbände und gute Fraktionsapparate, Richtungsstreit und Rotation, großartige Bekenntnisse und kleinkariertes Handeln; das alles war ja schon längst Teil grüner Realität, als wir noch von Erfolg zu Erfolg stolperten. Zweifellos eine doppelte Misere: Wir selbst sind uns treu geblieben, die Wähler sind es nicht.

II. Wahlanalytisches

Wenn wir Erklärungen finden wollen für die rätselhafte Wählerwanderung,

II. Wahlanalytisches

Wenn wir Erklärungen finden wollen für die rätselhafte Wählerwanderung,

müssen wir uns in zweiter Linie damit befassen, was wir bisher falsch gemacht haben und zukünftig korrigieren müssen.

In erster Linie müssen wir versuchen, uns in unser Wählerpotential hineinzudenken. Dabei ist es von Vorteil, daß wir es relativ leicht orten können. Alle Wahlergebnisse und -analysen zeigen, daß unser Wählerpotential vor allem im Jungwählerbereich bis 35 zu finden ist, sodann tendenziell stärker unter Leuten mit hohem Ausbildungsstand, örtlich verstärkt im großstädtischen Bereich.

Auch von den Lebensformen und politischen Ansichten her gesehen ist unser Wählerreservoir überschaubar und signifikant anders als jenes der anderen Parteien. Untersuchungen zeigten, daß nur unser Potential mehrheitlich für NATO-Austritt und Neutralismus ist, antikapitalistisch oder auch industriekritisch eingestellt ist, Regelverletzungen a la Hausbesetzungen befürwortet, für Abschaffung des § 218 eintritt, gegen Personenerfassung und Ausländerabschiebung Stellung bezieht usw.

Das heißt natürlich nicht, daß es so etwas wie den grünen Einheitswähler gibt, den ideellen Gesamtfreak. Denn natürlich werden wir auch gewählt von Leuten über 35, mit traditionellen Familien- und Moralvorstellungen, mit Herz für Natur und Land sowie Angst vor Randale und Russen. Sie als Wähler abzustoßen, wäre falsch. Noch falscher wäre es, die Politik der Partei auf diese „Randwähler" hin zu orientieren.

Wenn es also richtig ist, daß wir eine relativ „faßliche" Wählerbasis haben, so ist es umso überraschender, daß wir, bezogen auf NRW, innerhalb von zwei Jahren zunächst von gut 5% auf etwa 8% hochflogen, um in noch kürzerer Zeit auf 4,6% abzustürzen.

Die einfache, aber wichtige Erkenntnis ist also zunächst, daß die Bindung des Wählerpotentials an die Grünen beängstigend schwach ist.

Ob es ein Pendeln zwischen grüner und SPD-Stimmabgabe oder zwischen Wählern und Nichtwählern ist, ist zunächst unwichtig. (Ich vermute ersteres)

Wichtig ist es zu sehen, daß die Verkoppelung von parlamentarischen und außerparlamentarischen Anliegen nicht klappt. „Üblicherweise" wird diese Verkopplung hergestellt durch soziale Umfeldorganisationen der jeweiligen Parteien und durch die (Massen-) Parteien selbst.

Da haben die einen „ihre" Gewerkschaften, Betriebsorganisationen, Genossenschaften und Wohlfahrtsverbände; die anderen „ihre" Kanzeln sowie verschiedene Industrie-, Handwerks- und Bauernverbände.

Da haben die einen „ihre" Gewerkschaften, Betriebsorganisationen, Genossenschaften und Wohlfahrtsverbände; die anderen „ihre" Kanzeln sowie verschiedene Industrie-, Handwerks- und Bauernverbände.

Grün-alternative „Vorfeldorganisationen" gibt es „irgendwie" auch, nur sind sie — z.T. Gott sei Dank — sehr viel weniger partei- und parlamentsfixiert.

Vereinfacht spricht man/frau von Ökopax-Bewegung, also von den Massenbewegungen gegen NATO-Rüstung und AKWs; hinzukommen aber gleichgewichtig Frauenbewegung, 3.Welt-Gruppen, Stadtteil- und Sozialinis, Kulturgruppen, oppositionelle Gewerkschafter und Listen, Alternativbetriebler und die WG-Szene (kein Anspruch auf Vollständigkeit!). In diesem Kuddelmuddel von politischen Gruppen und soziokulturellem Umfeld vermute ich nun folgende, für die Frage grüner Partei- und Parlamentspolitik relevante Einstellungen: Es gibt bei aller möglichen Radikalität in spezifischen Politikfeldern (z.B. Tierschutz, Sexualstrafrecht, frauenspezifische Fragen, Atomstop usw.) keine umfassende und handlungsorientierte Systemopposition; weder ideologisch noch lebenspraktisch. Möglicherweise würden viele der radikalen Kritik der bestehenden Verhältnisse a la Ebermann/Trampert theoretisch zustimmen; allen offenkundig leben sie nicht danach. Sie werden die chemische und atomare Verseuchung als Realität anerkennen, auch den Tatbestand, daß Hunger in der 3.Welt Resultat der Ausbeutung durch „uns" sind, daß die Produktion raffinierter Bedürfnisse abzulehnen ist usw. Doch dieselben Leute überlegen sehr genau, ob sie wochenends Datschasonnenschein genießen oder zur Demo, Ini, respektive VV latschen. Sie überlegen überhaupt nicht, ob sie dem raffinierten Bedürfnis nach Stereoanalge, Video, Pkw oder Griechenlandurlaub erliegen und wissen offensichtlich zu schätzen, daß mensch trotz Boehringer, Arbeitslosigkeit, nicht gestoppten AKWs und dislozierten Cruise Missiles ganz gut leben kann. Jedenfalls leben sie nicht so, als stünden alle vor der großen Katastrophe.

Darum haben die beiden apokalyptischen Traber aus Hamburg in etlichen Analysenteilen zwar recht, übersehen aber, daß es für ihre Basis durchaus nicht um Alles oder Nichts geht, daß die real existierenden Katastrophen in der 3.Welt hier nur geringen Handlungsdruck erzeugen, daß die drohende ökologische Katastrophe so sicher nicht ist und die Furcht der Basis vor Super-GAU und Super-Giften möglicherweise weniger handlungsrelevant ist als z.B. die Angst ihrer Eltern vor den Russen.

Daraus schließe ich, daß wir auf Dauer nicht anders Politik machen können als an dem orientiert, was die Basis vorlebt, uns Politiker/innen eingeschlossen. Aufschlußreich dafür, wie

ist als z.B. die Angst ihrer Eltern vor den Russen.

Daraus schließe ich, daß wir auf Dauer nicht anders Politik machen können als an dem orientiert, was die Basis vorlebt, uns Politiker/innen eingeschlossen. Aufschlußreich dafür, wie

pragmatisch die Basis an politische Aktivitäten herangeht, ist die Verlaufsform von Kampagnen.

Als es um die Revision des § 218 ging, erhielt die Frauenbewegung mit dieser Kampagne Massencharakter; danach ging es zurück in die Zirkel und Einzelinis. Als die Chance lockte, bestimmte AKW-Projekte (Wyhl, Brokdorf usw.) zu stoppen, folgten Hunderttausende den Demo-Aufrufen, während andere Projekte, z.B. Krümmel, fast protestlos über die Bühne gingen.

Als es ein Minimum an Hoffnung gab, die Statioierung von Mittelstreckenraketen zu verhindern, entstand eine millionenfache Friedensbewegung, die schnell wieder abflaute und sich in ihre (partei) politischen Bestandteile auflöste, als die Hoffnung dahin war.

Vielleicht ist es zu weit gegriffen zu sagen, es habe auch die Kampagne „Grün-Alternative in die Parlamente" gegeben mit entsprechender Flut und Ebbe. Sicher aber scheint mir die mittelbare Beeinflussung unserer Wahlergebnisse von Kampagnen-Auf-und-Ab. Krisenphänomene wie die relativ geringe Mobilisierungsfähigkeit in Dragahn und Wackersdorf, der Zerfall des BBU sind mehr als ein Komplott von Sozi-„verrätern", sondern auch Indiz für gesunkene parlamentarische Erfolgschancen der Grünen.

Daß Rau die Inbetriebnahme des Schnellen Brüters und des THTR ohne jeden innerparteilichen Widerstand ins Wahlprogramm schreiben konnte und kein Schrei der Empörung durch die Reihen der AKW-Gegner ging, daß nicht der Funke einer Gegenkampagne zu sehen war, daß im Gegenteil zahlreiche Freunde mit dem „Nein danke"-Aufkleber jene Partei auch noch gewählt haben, illustriert die Problemlage am besten. Das ist der richtige Kern des Wortes von Trampert über die „Entpolitisierung der Linken". Wer darüber hinweggeht, wird unfähig sein, wirklich Konsequenzen zu ziehen, oder er wird die falschen Schlüsse propagieren, z.B. in Richtung auf eine Anpassung der Grünen an diesen „unpolitischen" Trend. Letzteres geschieht, gewollt oder nicht, bei all jenen, die jetzt darauf drängen, daß die Partei alternative Zöpfe abschneidet und sich den Allparteien-Schlips umbindet. Nicht einmal das wahltaktische Kalkül würde dabei aufgehen; warum eine kleine SPD wählen, wo es doch die alte, mächtige, clevere und große SPD gibt.

Halten wir fest: Die Grünen feierten parlamentarische Erfolge, weil und solange es um konkrete Anliegen ging und geht, die von anderen Parteien nicht vertreten wurden oder allein umgesetzt werden konnten. Teilweise sind diese Anliegen in den Hintergrund getreten (Mittelstreckenraketen, AKWs), teilweise ist der Eindruck entstanden: Die SPD bringt es nicht, aber die Grünen bringen es auch nicht; also spar ich mir den Urnengang oder wähle erneut das große kleinere Übel.

Präziser gesagt: Die Grünen als Hoffnungsträger im parlamentarischen Raum bedeuteten die Hoffnung, daß bestimmte Forderungen: Ausstieg aus **bestimmten** Atomprojekten, Einstieg in **bestimmte** ökonomische Alternativen, Rücknahme **bestimmter** Sozialkürzungen und Aufbau einiger neuer demokratischer Freiräume, paarlamentarisch mehrheitsfähig werden könnten. Das war und bleibt (!) der Kern des Hoffnungsschimmers „Grün-rotes-Bündniss". Die Tolerierungsangebote waren das technische Instrument, dieser Hoffnung Nahrung zu geben, und sie programmatisch zu lenken.

Das ist von sozialdemokratischer Seite systematisch destruiert, zerschlagen worden. Das begann mit Dohnanyi's „letztem Angebot" an die GAL, „sozialdemokratische Politik mitzutragen" — den Streitpunkt Hessen klammere ich mal aus —; setzte sich fort mit den Brutaleinlassungen Lafontaines (Koalition oder gar nichts) sowie Raus („Die Grünen sind übergeschnappt") und zeichnet sich jetzt schon für Niedersachsen ab, wo Schröder nun den Sprung von 36% auf die absolute Mehrheit propagiert, also vor allem die parlamentarische Eliminierung der Grünen anstrebt.

Es gab nach meinem Eindruck bei den Wahlen seit 1982 fast immer das Schwanken zwischen großen und kleinen Hoffnungen. Die große Hoffnung war, über die Wahl der Grünen und qua Tolerierungspolitik strukturelle Veränderungen (Raketen, AKWs, Al-

Es gab nach meinem Eindruck bei den Wahlen seit 1982 fast immer das Schwanken zwischen großen und kleinen Hoffnungen. Die große Hoffnung war, über die Wahl der Grünen und qua Tolerierungspolitik strukturelle Veränderungen (Raketen, AKWs, Al-

ternativökonomien) durchzusetzen. Schien dies utopisch, so blieb die kleine Hoffnung, mit der schlimmen SPD Schlimmeres zu verhindern. So pragmatisch sind nun mal viele „Links"-Wähler.
(...)

III. Konsequenzen

Beginnen wir mit dem Wichtigsten, der inhaltlichen Bindung an die Grüne Partei.

Wenn die oben gemachte „Personenbeschreibung" unseres Wählerpotentials richtig ist, dann müßte als inhaltliches Fundament grüner Politik die soziale Realität bestimmter Ausstiegsformen aus der vorherrschenden Art zu denken, zu leben und zu arbeiten definiert werden: Ausstieg aus der bürgerlichen Familie, Ausstieg aus einem repressiven Erziehungswesen, Ausstieg in die Alternativökonomie, Ausstieg aus bestimmten Konsummodellen, Ausstieg aus der Landwirtschaftsindustrie, Ausstieg aus der Sozialpartnerschaft, Ausstieg aus technologischer Gigantomanie, Ausstieg aus positiver Fixierung auf Staat (die einen) und Revolution (die anderen).

Ich will nicht näher untersuchen, welche Qualität diese „Teilausstiege" besitzen, sondern nur fragen, was handlungsrelevant für grüne Partei- und Parlamentspolitik ist oder sein könnte. Antworten auf diese Frage zu finden, muß Gegenstand der vielseitig beschworenen Programmarbeit sein. Ich kann hier nur auf einige Leerstellen hinweisen:

Ein ungewöhnlich hoher Anteil unserer sozialen Basis und des Wählerpotentials arbeitet im Ausbildungssektor. (...) Ist es nicht zugleich so, daß es in diesen Bereichen massive „Ausstiegswünsche" in Richtung auf Entschulung, selbstbestimmtes Lernen, Umwälzung der Lehrinhalte gibt? (...) Ganz ähnlich verhält es sich im Bereich der Sozialarbeit — massive Ausstiegswünsche auch hier — mit dem Stichwort: Kritik der Schul- und Apparatemedizin, Entheimung, Selbsthilfe und Emanzipation.

Drittes Feld: der sog. Alternativsektor. In welchem Wahlkampf hat, außer der pauschalen Staatskneteforderung, dieser Bereich eine Rolle spielt? (...) Wo ist die Partei je als Katalysator dafür aufgetreten, daß Ökolandbau, Alternativläden und grün-alternative Konsumentenbasis zur Gründung von von Erzeuger-Verbrauchergenossenschaften zusammenkommen?

Und wie ist es mit den anderen Ausstiegsvisionen? Endet der Ausstieg aus patriarchalischen Strukturen bei den einzigen politisch-parlamentarischen Strukturen bei den einzigen politisch-parlamentarischen Konkretionen „218 und Gleichstellungsstellen"? Endet der Ausstieg aus der Industriegesellschaft beim alternativen Fahrradladen und dem halben Dutzend Arbeitskreisen „Alternative Fertigung", für die jeweils vor Wahlen Staatsknete und Aufträge gefordert werden?

Ich glaube, in diesen Bereichen ist sehr viel mehr Programmarbeit vonnöten als in jenen Fragen, die uns als zentral für das Wohl der Republik verkauft werden, wie Rotation und Regierungsbeteiligung, Verantwortung und Kompromiß.

Neben der Bindung unserer Programmarbeit an die diffusen, aber real existierenden Ausstiegsbewegungen muß als zweite Bindungsaufgabe die Akzentuierung konkreter Einzelforderungen — unterhalb der Systemgrenze — im Blick bleiben. (...) Nehmen wir auch hier die Realität zur Kenntnis: Wenn wir im Sindelfinger Programm ökosoziale Zukunftsinvestitionen fordern, ist das keine Meldung wert, wenn die SPD ihr Programm „Arbeit und Umwelt" vorstellt, rauscht's im Blätterwald; dasselbe beim Nürnberger Friedenskongreß, der Lidice-Reise usw.

Bei diesem Phänomen wird es bleiben. In diesem „technischen Wettbewerb" müssen wir unterliegen, mögen Otto, Joschka u.a. auch noch so medienwirksam sein. Was dann bleibt, ist der möglicherweise erfolglose Versuch zu vermitteln, daß die SPD eben nicht die Ziele der Ökopax-Bewegung okkupiert hat, sondern nur so tut; (...)

Es ist richtig: Wir stehen damit in diesem zentralen Politikfeld „Arbeit und Umwelt" in Konkurrenz zu Sozialdemokraten und ihrer Basis. Andererseits könnte es sein, daß wir über dieses Thema die Schubkraft als gesellschaftspolitischer und parlamentarischer Hoffnungsträger erhalten, die wir 1983 teilweise wegen der Mittelstreckenraketen besaßen, deren Mangel auf wirtschaftspolitischem Gebiet aber die Rechtsparteien damals so eindeutig siegen ließ.
Was ich konkret meine:

Die IG Metall fordert in einem Strukturprogramm Küste die Abkehr von altbekannter Ansiedlungs- und Erschließungspolitik (Grundstoffindustrien plus Autobahn). (...) Es ist,

deutig siegen ließ.
Was ich konkret meine:

Die IG Metall fordert in einem Strukturprogramm Küste die Abkehr von altbekannter Ansiedlungs- und Erschließungspolitik (Grundstoffindustrien plus Autobahn). (...) Es ist,

wenn auch exakter beziffert und auf Arbeitsplatzeffekte durchkalkuliert, so ziemlich dasselbe, was in unserem Sindelfinger Programm an ökosozialen Sofortmaßnahmen gefordert wurde. Unser Eingriff in diese Debatte muß neu derart sein, daß wir die notwendige Verbindung dieser Investitionsprogramme mit Ausstiegsperspektiven in dreierlei Hinsicht herausarbeiten.
Erstens Ausstieg aus einer auf Kapitalwachstum orientierten Energiepolitik.
(...)
Zweitens: Ausstieg aus der keynsianischen Politik der indirekten Investitionslenkung; (...)
Drittens: Ausstieg aus einer parlamentarisch-staatlich fixierten Politik. Schubkraft werden derartige ökologische Umbau- oder Investitionsprogramme nämlich nur dann erhalten, wenn sich relevante soziale Gruppen direkt für dieses Projekt engagieren; also Belegschaften, die auf Produktionsumstellung drängen oder angesichts von Massenentlassungen drängen müssen, Volkswirte, die regionale Bedarfsanalysen erstellen, Arbeitslosen-Inis, die einen Weg jenseits von ABM und sozialpsychologischer Aufrüstung suchen; Bauplaner, Handwerker, Architekten und Mietergruppen, die sich als alternative Sanierungsträger betätigen wollen; Leute aus der Alternativszene und der Netzwerke, die aus ihren ökonomischen Mini-Nischen rauswollen; Mitarbeiter naturwissenschaftlich-technischer oder ökonomisch-finanzwissenschaftlicher Hochschulinstitute, die den Aufbau eines solchen sozialökologischen Wirtschaftssektors beraten und fördern möchten. Ich weiß, daß die Realisierung einer solchen Umbauperspektive

Fortsetzung nächste Seite

Programmarbeit der GRÜNEN zur Bundestagswahl 1987

Antragsteller: Bundesvorstand u.a.

Das im Jahre 1980 in Saarbrücken verabschiedete Bundesprogramm und die verschiedenen Dokumente zu Frieden, Wirtschaft und anderen politschen Bereichen haben in den vergangenen Jahren den programmatischen Grundgehalt grüner Politik in der BRD zum Ausdruck gebracht.

Mit der Herausbildung einer Fraktion im Bundestag, der Konstituierung von Bundesarbeitsgruppen für vielfältige politische Bereiche und der Erarbeitung von Positionen über Publikationen und Kongresse, mit dem Ziel, langfristige Politik mit kurz- und mittelfristigen Aussagen zu verknüpfen, ist der programmatische Fundus der GRÜNEN quantitativ angewachsen und steht teilweise unvermittelt zwischen den verschiedenen Arbeitsstrukturen und politischen Zielsetzungen nebeneinander.

Die rasante Entwicklung der ökologischen und sozialen Krise der Gesellschaft, die rasante Modernisierung industrieller Produktionsweisen und Kommunikationsstrukturen, die friedliche bis kriegerische Lösung globaler Widersprüche der späten achziger Jahre, erfordert einen ganzheitlichen Ansatz für eine politische Standortbestimmung, der diesen Entwicklungen Rechnung trägt.

Deshalb, aber auch angesichts der Notwendigkeit einer klaren inhaltlichen Offensive für die Bundestagswahl 1987 muß die Überarbeitung unserer programmatischen Aussagen Schwerpunkt der kommenden Zeit sein.

Der Bundesvorstand u.a. schlagen der BV (Bundesversammlung) vor, die Programmarbeit zur BTW 1987 folgendermaßen zu organisieren:

1. Die BAGs werden aufgefordert, das vielfältige Material aus Bundesprogramm, Länderprogrammen, Kongressen, Fraktionsarbeitskreisen aus Bund und Ländern zu sichten und bis spätestens Jahresende 1985 einen Programmvorschlag für ihren politischen Bereich zu entwickeln, der prägnant die politischen Perspektiven grüner Politik im Themenschwerpunkt skizziert. Darüberhinaus sollen umfangreiche Ausarbeitungen für ein Begleitheft zusammengestellt werden, das Grundlage für kontroverse und klärende Debatten auf zeitlich aufeinander folgenden Kongressen sein soll und für die Weiterarbeit verwendet werden kann.
2. Die GRÜNEN richten eine 14-köpfige Programmkommission ein, die aus jeweils einem gewählten Vertreter eines Landesverbandes und bei jeweils 4.000 Mitgliedern einem weiteren Vertreter besteht.

Die Konstituierung der Programmkommission ist für den Spätherbst 1985 vorgesehen.

Ihre Aufgabe ist es, die Vorarbeiten der BAGs zu begleiten und zu organisieren, den Zeitplan der verschiedenen Kongresse aufeinander abzustimmen, und letztendlich die Vorlage von Programmteilen und des Gesamtprogramms für die Verabschiedung auf Bundesversammlungen vorzulegen.

Die BVs werden das überarbeitete Bundesprogramm auf einer BV Ende Mai 1986 und Ende Sept. 1986 beschließen.

Eine weitere BV Anfang Dezember 1986 soll ein geraffites Wahlmanifest für die BT-Wahl 1987 beschließen, das inhaltliche Schwerpunkte mit strategischen Optionen für die Arbeit in der nächsten Legislaturperiode verbindet.

Fortsetzung von vorheriger Seite

uns heute utopisch fern erscheint; freilich ist sie zur anderen Seite mindestens genauso weit entfernt von grundlegenden Systemtransformationen, sei es in Bezug auf die Zentren des formalen Kapitalverwertungsprozesses (Großbetriebe und Konzerne), sei es im Hinblick auf die stoffliche Seite der Produktion (Großchemie, Investitionsgüter). Aber in dieser Mittellage scheint es mir ein realpolitisches Projekt zu sein, das geeignet ist, fundamentale Ausstiege, die Lebenselement grüner Politik sind, konkret anzugehen. (...)

Die von mir befürworteten Handlungsfelder, auf die wir uns hauptsächlich konzentrieren sollten, habe ich benannt. (...) Selbstverständlich sind andere Arbeitsfelder nicht aufzugeben, sondern, wo immer möglich, auszuweiten. Freilich bedeutet diese Schwerpunktsetzung eine gewisse Prioritätenverlagerung, weg von „reaktiven" Arbeitsfeldern (Frieden, Demokratie und Recht, ökologische single purpose movements) hin zu „alltagsbezogenen" Arbeitsfeldern (Berufswelt, Wohnbereich).

Erst mit und nach einer derartigen Prioritätensetzung erhalten organisationstechnische Verbesserungen praktischen Sinn. Erst dann könnte es vertretbar sein, bestimmte Parteifunktionen zu professionalisieren, seien es Vorständler oder „Referenten" für bestimmte Arbeitsfelder. (...)

Beginnen wir also damit, auf dem Juni-Parteitag über Arbeitsschwerpunkte und Zuständigkeiten des BuVo zu reden, um dann ggf. im Winter über organistorisch-technische Veränderungen zu entscheiden.

Vergleichbares gilt für die anderen Parteiebenen und Gremien.

Organisatorische Konsequenzen für die Fraktion selbst: Arbeiten wir weniger für den Dt. Bundestag und mehr im Dienste sozialer Bewegungen, damit auch als Teil der Partei. (...)

Da siegt eine total rechte Rau-SPD, die mit den Grünen vorn und hinten nichts zu tun haben wollte, die jeden Freiraum für grüne Politik von Trampert bis Schily ließ, und Joschka „löst" das Problem, indem er das nordrhein-westfälische Null-Thema „Regierungsbeteiligung" zur Kardinalfrage erhebt.

Aber auch jenseits der Frage korrekter Wahlauswertung: Wer hat Joschka, Otto und den anderen eigentlich eingeflüstert, daß unter Durchsetzungsas-
ter Wahlauswertung: Wer hat Joschka, Otto und den anderen eigentlich eingeflüstert, daß unter Durchsetzungsas-
pekten Tolerierung nichts, Regierungsbeteiligung aber alles ist? Für Hessen macht Euch jedenfalls keine Illusionen: Wer mit Tolerierung wenig erreicht hat, wird die mageren Ergebnisse nicht durch Regierungsbeteiligung aufbessern können, schon gar nicht nach der NRW-Wahl.

Wer es ernst meint mit Konsensfindung, größerer programmatischer Klarheit und Handlungsorientierung, muß dafür **konkrete** Vorschläge machen. Ich hab das versucht. Was dann bezüglich der Frage Regierungsbeteiligung an notwendigen Konsequenzen verbleibt, ist die Aufgabe, nicht noch einmal in die Lafontaine'sche Falle zu tappen, daß diese formale Frage die inhaltlichen Fragen in den Hintergrund drängt. Also: Wenn die SPD grüne Minister fordert, kriegt sie sie, wobei wir fest darauf bauen können, daß derartige Ultimaten der SPD spätestens am Tag nach der Wahl zu den Akten gelegt werden. Wie wir im Fall der Fälle Regierungspolitik, die wir übrigens immer in ihrer Gesamtheit mitzuverantworten haben, optimal beeinflussen, ist nur zweitrangig gebunden an die Frage: Wer wird verantwortlicher Minister? Vorrangig ist es, dafür zu sorgen, daß die von uns tolerierte Regierungspolitk neue Handlungsperspektiven für die Basis eröffnet; also für Kommunen , die ein anderes Energieversorgungs- oder Müllentsorgungskonzept realisieren wollen. Sozial- und Bildungsarbeiter, die statt Weisung und Verordnung von oben Freiräume für emanzipative Arbeit von unten erwarten, die sozialen Gruppen und Initiativen, die jenseits der heutigen Kungeleien zwischen Unternehmern, Kammern und staatlichen Bürokratien das skizzierte Umbauprogramm auf kommunaler oder regionaler Ebene realisieren könnten.

Ich gebe zu, das ist in gewisser Weise das Gegenteil von Regierungsbeteiligung. Es sind Vorschläge zur „Gesellschaftsbeteiligung" an einer von Grünen mitverantworteten Regierungspolitik.

Eine Strukturschwäche ist: Über derartige Vorschläge zur Verkoppelung von Parlaments- und Basisarbeit, von Kurz- oder Mittelfristigem, von Kritik am staatlichen Handlungsmonopol und Nutzung seiner demokratischen Verfassung, um „mehr Basisdemokratie" zu wagen; darüber wird nicht debattiert. (...)

Bonn, 21.Mai 1985

Grüne Bundesversammlung vor großen Problemen

Zur Vorbereitung der Delegiertenversammlung in Hagen

Ursprünglich sollte sie die Fortsetzungsversammlung der regulären letzten Bundesversammlung in Hamburg vom Dezember 1984 sein und die offengebliebenen programmatischen Punkte (Schwerpunkte Tierschutz, Medienpolitik) behandeln. Dies wird mittlerweile deutlich von der Diskussion um die Konsequenzen aus der NRW-Wahl überlagert.

Erwartungsgemäß nutzten die bisherige grüne Mitte, die Realos und der rechte Flügel, die Ökolibertären, das Wahlergebnis zur Abrechnung mit den Parteilinken und den Fundamentalisten. Die ökolibertären Realos im Bundesvorstand, Norbert Kostede und Margareta Wolff, forderten noch am Wahlabend in einer vorbereiteten Erklärung die Neuwahl des Bundesvorstands in Hagen. Otto Schily orientierte auf personelle Veränderungen im „linienpolizeilichen"-Bundesvorstand („Reform an Haupt und Gliedern"), Strukturreform und programmatische Diskussion (beides ist in diesem AK dokumentiert). Die neue grüne Koalition von Realos und Ökolibertären zielte in den ersten Tagen nach der Wahl vor allem uf zweierlei: 1. Die Parteilinken und Fundamentalisten sind schuld an der Wahlniederlage (siehe auch die klare Schuldzuweisung in der Auswertung des NRW-Landesvorstands), weil sie sich konstruktiver Politik verweigern und 2. müsse jetzt endlich die Koalitionsfrage entideologisiert werden, zugunsten einer prinzipiellen Bereitschaft, Koalitionen einzugehen.

Beide Zielsetzungen tauchen interessanterweise in den Anträgen für Hagen nicht mehr direkt auf. Allerdings war zunächst mal eines erreicht: Die Parteilinken waren in der Defensive. Schon am Wahlabend hatte Rainer Trampert in der „Bonner Runde" an die Parteibasis appelliert, nicht „*auf dem Rücken dieses Wahlergebnisses in den Grünen die Positionskämpfe*" zu beginnen und in seiner Stellungnahme vor einer „*Zerreißprobe*" gewarnt. Bei den Grünen breitete sich ein Spaltungs- und Selbstzerfleischungssyndrom aus. Die beste Basis für die Herausbildung
den Grünen breitete sich ein Spaltungs- und Selbstzerfleischungssyndrom aus. Die beste Basis für die Herausbildung
einer „*neuen grünen Mitte*" (Lukas Beckmann), deren Kern das Bündnis Realos/Ökolibertäre zu werden hofft. Und der Sturm in die Mitte ist groß. Als erstes meldeten sich sechs prominente grüne Frauen zu Wort, die meisten eher fundamentalistisch orientiert. Ihr Antrag „*Zum Überlebenskonzept der grünen Partei*" scheint in mehrerlei Hinsicht beschwichtigend gemeint zu sein und dürfte gerade deswegen den Realos so wenig Sorgen bereiten. Mit viel schlechtem Pathos vorgetragen, drohen die sechs mit einem „*flügelübergreifenden*" Frauen-Bundesvorstand, um die Partei zu retten, wenn versucht wird, „*scheibchenweise*" Köpfe rollen zu lassen. Zur Lösung der grünen Krise schlagen sie professionalisierte Parteisprecher/innen vor, die Wahl der hauptamtlichen Geschäftsführer, die Einrichtung einer Wahlkommission für 1987, die neben der Vorbereitung des Wahlkampfs das grüne Bundesprogramm überarbeiten soll und Abgrenzungen zu den anderen Parteien erarbeiten soll sowie die Einrichtung einer Strukturkommission. Zum eigentlichen grünen Streitpunkt heißt es in dem Papier: „*Zum jetzigen Zeitpunkt eine Entscheidung über die Frage Koalition, Tolerierung oder reine Oppositionsrolle als Stoßrichtung für die nächsten Bundestagswahlen" fällen zu wollen, sei nicht angebracht. Dazu gehöre die Einschätzung der weiteren Entwicklung der SPD sowie die Festlegung der eigenen inhaltlichen Schwerpunkte als Grundlage.*

Nicht einmal 14 Tage nach der NRW-Wahl legten Realos und Ökolibertäre ihren Antrag „Für einen neuen grünen Konsens" vor, den auch die Köpfe-müssen-rollen-Protagonisten Schily, Kostede, Wolff und Thomas Schmid unterzeichneten. Nur: Sie fordern weder Köpfe, noch Koalition. Stattdessen verlangt das Papier nur integrative (statt wie bislang polarisierende) Arbeit des Bundesvorstands, die Einrichtung einer Programmkommission zur Erarbeitung einer Bundestagswahlplattform sowie eine Strukturkommission zur Neuerarbeitung grüner Strukturen. Punkt. Anders als das Frauenpapioer argumentiert das neue grüne Bündnis inhaltlich mit veränderten politischen Konstellationen und Fehlern der Grünen („*nüchterne Selbstkritik*" sei gefordert), die zur Überprüfung bisheriger Inhalte, programmatischer Erarbeitungen und interner Korrekturen zwingen würden. Und wie steht's mit der Koalitionsfrage? „*Die anhaltende Ideologisierung der Frage einer möglichen parlamentarischen Zusammenarbeit mit anderen Parteien droht unsere eigene Partei in zwei unversöhnliche Lager zu zerreißen. Diese selbstzerstörerische Entwicklung*" gelte es zu stoppen. Gefordert seien „*Neuanfang*" und „*innerparteiliche Konsensfähigkeit*". Trügerisch freundlich, was da so nett integrativ formuliert wurde. Denn parallel zu dieser Antragspassage wird vom gleichen Lager putzmunter und völlig 'unideologisch' daran gearbeitet, die Koalition in Hessen zu realisieren und damit den politischen Streit zu den eigenen Gunsten zu entscheiden, was ja eigentlich das Gegenteil von Konsens ist (welch lockerer Umgang mit dem Thema gepflegt wird, belegt eine unfreiwillig komische Protokollaussage der Gruppe „Grüner Sonntag" vom 28.4.: „*Realos sind nicht grundsätzlich für Koalitionen, d. h. sie tabuisieren die Opposition nicht so, wie das die Fundis mit der Koalition tun*"). Ob das in Hagen gemerkt wird oder das politische Harmonisierungsbedürfnis obsiegt? Auf jeden Fall: Von Details abgesehen lassen sich die Anträge der Frauen und der Realökolibs mit Sicherheit zusammenführen.

Etwas später hat auch der Bundesvorstand einen Antrag vorgelegt (alle drei Anträge sind in diesem AK dokumentiert), der ebenfalls auf Programmarbeit und Einrichtung einer Programmkommission für die Bundestagswahl hinausläuft.

Da kann in Hagen ja eigentlich nichts mehr schiefgehen ... wenn da nicht die Linken wären. Doch bei ihnen herrscht ebenso wie bei den Fundis weitgehend Funkstille. Außer Tramperts Stellungnahme meldete sich Christian Schmidt zu Wort (beides in diesem AK abgedruckt). Auch bei ihm ist der Trend zur Mitte unverkennbar. Den fehlenden (radikalen) außerparlamentarischen Schub für die Grünen versucht er durch ein Ausstiegskonzept zu ersetzen, das völlig unterschiedliche Interessen grüner Mittelstandsbasis per Konzept eine gesellschaftliche Veränderungs-Radikalität unterschiebt, die erstmal nur konstruiert, aber kaum beweisbare Realität ist. Von daher wird seine „*Prioritätenverlagerung weg von ,reaktiven' Arbeitsfeldern*" (die großen Bewegungen ‚gegen') hin zu „*‚alltagsbezogenen' Arbeitsfeldern (Berufswelt, Wohnbereich)*" wohl kaum erreichen, daß die Grünen sich nun in die praktische betriebliche oder Wohngebietsarbeit begeben werden, sondern eher den Trend verstärken, daß grüne Fachleute in den konzeptionellen Wettstreit mit sozialdemokratischen Fachleuten treten, wer das jeweils bessere Alternativkonzept anzubieten hat. Ein Trend, er heute schon in der parlamentsorientierten grünen Arbeit angelegt ist. Im politischen Streit um die Koalitionsfrage empfiehlt er einen Weg der vermeintlich taktischen Öffnung für Regierungsbeteiligung, im Vertrauen darauf, daß ein Angebot der Grünen, Minister zu stellen, nach der Wahl von der SPD ad acta gelegt werden wird. Hessen widerlegt diese Idee, bevor sie erprobt werden konnte, in Niedersachsen dürfte sich ähnliches stellen.

Ludwig Vollmer, grüner Bundestagsabgeordneter (ehemals ISP) fordert für die grüne „Mitte" weder Realo noch Fundamentalo, sondern den grünen „*Zentralo*". Das Potential für diese Zentralos sieht er in der „*großen Fachkompetenz, die sich versammelt (und) es nicht verstanden (hat), sich ein politisches Gewicht zu geben, um aus der Rolle des Spielballs der Strategen herauszukommen*" (Beitrag für die nächste „Kommune").

Die Uneinigkeit und Ratlosigkeit bei den linken Grünen und denFundis ist groß. Derzeit ist völlig ungewiß, ob aus dieser Richtung ein Antrag für Hagen formuliert wird und wenn ja, mit welcher Stoßrichtung. Auf jeden Fall könnte eine Zuspitzung in Hagen auf die Frage der Regierungsbeteiligung ja oder nein den Trend auch linker Grüner in die „neue Mitte" verstärken.

Niemandem dürfte diese Rechtsverschiebung bei den Grünen lieber sein, als den Realos/Ökolibs. Sie reden von notwendiger inhaltlicher Arbeit (wie derzeit jeder bei den Grünen) und meinen ganz offensichtlich die Aufweichung bisheriger grüner Inhalte in Richtung Koalitionsfähigkeit, wie am Beispiel der Hanauer Plutoniumswirtschaft in Hessen offensichtlich. Sie beklagen die „*fehlende Handlungsfähigkeit der Partei im außerparlamentarischen Bereich*" (Fischer im „Pflasterstrand") und fordern in einem Antrag „*weitreichende Maßnahmen*", obwohl gerade dieser Parteiflügel bislang allein auf „*Parlamentarisierung, Bündnisfähigkeit und Kompromiß*" (Fischer) gesetzt hat. Sie werden offensichtlich gerade nicht auf Polarisierung in personellen und der Koalitionsfrage setzen, wohlwissend, daß getragen von schlechten Wahlergebnissen ihre Position im Aufwind ist und nichts der Partei momentan mehr schadet, als Abspaltungen. Dabei profitieren auch die Ökolibertären von dieser Situation. Sie wollen eine Öffnung der Grünen zu den Konservativen, die Grünen als „*Volkspartei*" (Thomas Schmid), sprechen jetzt von „*Reformpolitik in fundamentaler Absicht*" und fordern „*ein Regierungsprogramm für die vielbeschworene andere Republik*" (Thomas Schmid, „Über den Wiederaufstieg der Grünen", 16.5.). Im Bündnis mit den Realos, für die Heinz Suhr mittlerweile auch die Grünen als „*alternative Volkspartei*" fordert („Spiegel", 6.5.), hoffen sie, aus ihrer Isolation treten zu können.

So könnte es über den Weg der „neuen Mitte" in Hagen eine starke Rechtsverschiebung in den Grünen geben.

hr.

Friedensliste, KPD und MLPD in NRW

Da hat der Autor im ARBEITERKAMPF 257 in seinem Artikel über die Friedensliste und ihren Anspruch, **die** Friedensbewegung und die „Friedenssehnsucht der Menschen" im Lande zu vertreten, aber ganz schön danebengelegen. Sie dürfte „*schwerlich über 2 % kommen*", schrieb er gönnerhaft. 0,7 %/61.745 Stimmen sind es geworden. Dieses Ergebnis ist eine Verschlechterung gegenüber der Europawahl (95.000 Stimmen/1,3 %). „*Es gelang nicht hinreichend, (...) die ganze Breite der Friedensbewegung darzustellen*", meint ihr Sprecher Uwe Knickrehm in einem UZ-Interview am 17.5. Vielleicht etwas mehr publicrelations, bitte schön? Umgekehrt seine Sichtweise des Ergebnisses der Grünen: Sie sind „*wegen mangelnder Verankerung in den Bewegungen nicht ins Parlament gekommen*" (ebenda). Nun, glücklich kann die DKP mit dem Ergebnis der FL nicht sein. Zwar hat diese mehr Stimmen bekommen, als die DKP (Landtagswahl 1980: 30.519/0,3 %; Bundestagswahl 1983: 21.276/0,2 %), aber: In den DKP-Hochburgen, in denen sie mit Ergebnissen über 5 % in die Kommunal-Parlamente eingezogen ist, zeigte sich, daß die Friedensliste gegenüber der bisherigen Schwerpunktarbeit der DKP keinen nennenswerten Fortschritt gebracht hat.

Landtagswahl	1980 DKP Stimmen %	1985 Friedensliste Stimmen %
Ahlen	399 / 1,4	424 / 1,4
Bottrop	1.105 / 1,5	1.131 / 1,6
Gevelsberg	242 / 1,2	184 / 0,9
Gladbeck	668 / 1,3	644 / 1,3
Hattingen	333 / 0,9	370 / 1,0
Wülfrath	214 / 1,8	252 / 2,1

Was also hat's gebracht, gemessen an dem großsprecherischen Versuch, sich als die Friedensbewegung darzustellen außer der nicht neuen Erkenntnis, daß derzeit solcherart plumpe Wahlbündnisversuche sich auf der Wahlebene nicht auszahlen. Ob's der DKP genutzt hat, sei dahingestellt.

Da hat es die MLPD leichter. 3.368 Stimmen, in der offiziellen Wertung 0,0 %, in Wahrheit zwischen 0,02869 % schlechtestes Ergebnis im Wahlkreis 67 und 0,26698 % bestes Ergebnis in Wahlkreis 1, Gelsenkirchen-West (so die Berechnungen der ROTEN FAHNE der MLPD vom 25.5.) sind zwar nicht viel. Aber man ist zufrieden, wollte man doch die Partei bekannt machen, den „Masseneinfluß" steigern, hat in allen 67 Wahlkreisen kandidiert, 439.000 DM aus 34.000 Einzelspenden für den Wahlkampf gesammelt, in sechs Wochen 97 Veranstaltungen mit 8.000 Besuchern durchgeführt, 3 Millionen Zeitungen verteilt („*Wir haben ein neues Kapitel der Breitenarbeit aufgeschlagen*"), erstmals „*Landagitation gemacht, mehrere hundert Klein- und Mittelbauern besucht*" („*einzelne haben uns gewählt*"). — (alle Angaben und Zitate aus ROTE FAHNE, 25.5.). Die MLPD ist, so ihr Vorsitzender Stefan Engel, „*zu einem politisch unübersehbaren Faktor*" geworden, „*ohne in sektiererische Abenteuerlichkeit zu fallen.*"

Der Mensch spricht von einem Aufwand, der für 3.368 Wählerstimmen betrieben wurde. Irgendwie erinnert das Ganze stark an die Hochzeiten des KBW ...

Kein Mensch weiß, welcher Teufel die krisengeschüttelte KPD geritten hat, in 8 der 67 NRW-Wahlkreise zu kandidieren, um im Landesdurchschnitt mit 432 Stimmen und 0.0 % abzuschneiden. Ein Stück von (Galgen?) Humor schimmert aus der Bewertung im ROTEN MORGEN durch, wenn es da heißt: „*In den acht Wahlkreisen, wo beide (Anm.: MLPD und KPD) aufeinandertrafen, blieb jeweils die KPD vorne. Ein ‚Sieg im Kellerderby', der den Genossen der MLPD insofern Stoff zum Nachdenken geben sollte, sie die These aufrecht erhalten können, daß ausgerechnet sie (nachdem es alle anderen nicht geschafft haben) mit einem Durchbruchkampf, mit massivster Mobilisierung der ganzen Partei Erfolg haben können.*" Fazit: „*sich ausgesprochen ernsthaft Gedanken einer gemeinsamen Wahlkandidatur der Revolutionäre zu machen*" (17.5.).



DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG

5300 Bonn
Bundeshaus
Fernruf 16-7583
Telex 885589 gruen d

Grüner Alltag in Bonn

Geschichten aus dem alltäglichen Leben des Parlamentarismus

Bitburg — 8. Mai — Weltwirtschaftsgipfel

Zur Erklärung der Staats- und Regierungschefs anläßlich des 40. Jahrestages nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erklärt der Fraktionssprecher der GRÜNEN; Christian Schmidt:

,,Diese 'Politische Erklärung' ist ein Gipfel an Verlogenheit.

Es ist verlogen, wenn die Regierungschefs angesichts des gerade von den USA eingeleiteten Wirtschaftskriegs gegen Nicaragua davon sprechen, sie seien ,,bestrebt, mit den Entwicklungsländern zusammenzuarbeiten'' und ,,echte Nichtgebundenheit'' zu achten.

Es ist verlogen, wenn die Regierungschefs von einem ,,möglichst niedrigen Streitkräfteniveau'', von Verringerung der Atomwaffen, Begrenzung der konventionellen Waffen und Verbot der chemischen Waffen reden, gleichzeitig aber die MBFR-Verhandlungen seit über 10 Jahren von den NATO-Staaten blockiert werden, Mitteleuropa weiter mit amerikanischen Atomwaffen hochgerüstet wird, die konventionellen Rüstungsbeschränkungen gegen die Bundesrepublik in der WEU gerade aufgehoben wurden und die NATO die Schaffung eines chemiewaffenfreien Europas abgelehnt hat.

Es ist verlogen und zynisch, von einem ,,Lernen aus der Geschichte'' zu reden, wenn Kohl und Reagan die ,,Versöhnung'' vor den Gräbern ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS betreiben.

Die Staats- und Regierungschefs ziehen das Gedenken an die Opfer des deutschen Faschismus in den Dreck, wenn sie ihren aggressiven außenwirtschaftlichen und militärpolitischen Strategien mit dem Datum des 8. Mai eine höhere Weihe geben wollen.

Die abgegriffenen Textbausteine aus dem Propagandacomputer des Bundeskanzleramts können nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieser Weltwirtschaftsgipfel dem inhumanen Verteilungskurs der Reichtäumer keine neue Richtung gibt.'' (3.5.).

Eine Initiative zur politischen Anerkennung und materiellen Entschädigung aller Nazi-Opfer haben die grünen Abgeordneten Norbert Mann und Henning Schierholz angekündigt:

,,Anläßlich des 8. Mai und des 50. Jahrestages der Verabschiedung der Nürnberger Rassegesetze in diesem Jahr fordern die GRÜNEN eine Gesetzesinitiative, die eine Wiedergutmachung für alle durch das NS-Regime verfolgten Menschen beinhaltet. Das Bundesentschädigungsgesetz ist kein Gesetz, das alle Opfer dieser Zeit entschädigt. Es schließt von vornherein große Gruppen aus, wie z.B. die Homosexuellen, die Zwangssterilisierten, Insassen von Heil- und Pflegeanstalten, Sinti und Roma und zum großen Teil auch Kommunisten. Angehörige dieser Gruppen sind zum Teil heute noch Verfolgungen und Diskriminierungen ausgesetzt.'' (7.5.)

Große Anfrage zur Finanzierung der Apartheid in Südafrika und Namibia durch bundesdeutsche Banken

,,Als ihren Beitrag zum diesjährigen bundesweiten Bankenaktionstag aller Apartheids-Gegner am 10. Mai 1985 mit dem Motto: ,,Kein Geld für Apartheid!'' betrachten die GRÜNEN im Bundestag ihre Große Anfrage zu bundesdeutschen Bankgeschäften mit Südafrika und Namibia. Insbesondere fragen die GRÜNEN nach Höhe und Ausmaß von Anleihen und Großkrediten bundesdeutscher Banken nach Südafrika und Namibia, das durch Südafrika völkerrechtswidrig besetzt ist. Es wird danach gefragt, wie die Bundesregierung das verstärkte Engagement der bundesdeutschen Banken sieht, die gerade jetzt — wo doch nordamerikanische Banken keine Anleihen mehr geben — in die Bresche springen. Nach der unveröffentlichten Studie des Weltkirchenrats sollen allein 1984 bundesdeutsche Banken 1,6 Milliarden DM Anleihen und Großkredite nach Südafrika vergeben haben! Anleihen und Kredite wurden auch an Schlüsselunternehmen des militärisch-strategischen Bereichs Südafrikas gegeben. Wie ist das möglich, wenn die UNO die Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet hat? Nach Auffassung der GRÜNEN im Bundestag werden durch bundesdeutsche Bankgeschäfte nicht nur das unmenschliche Apartheidsregime maßgeblich unterstützt, sondern auch der blutige Krieg in Namibia.'' (9.5.).

SPD droht der Friedensbewegung die Wiederholung ihrer Nachrüstungspolitik an

Zu dem von der SPD am Vorabend des 8. Mai veranstalteten ,,Nürnberger Friedensgesprächs'' erklärt Fraktionssprecher Christian Schmidt:

,,Wenn Willi Brandt unter Hinweis auf die SPD-Politik der 70er Jahre eine ,,nächste Phase der Friedenspolitik'' ankündigt, so muß dies bei der Friedensbewegung selbst Betroffenheit auslösen. Denn während der ersten Phase sozialdemokratischer ,,Friedenspolitik'' stiegen die Rüstungsausgaben von (1972) 24 Mrd. DM auf (1982) 46 Mrd. DM (Quelle: Statistisches Jahrbuch 1984).

Diese Phase sozialdemokratischer ,,Friedenspolitik'' endete bekanntlich mit der Aufstellung der neuen atomaren Mittelstreckenraketen. Die SPD sollte deshalb aufhören, der Friedens- und Ökologiebewegung die Wiederholung ihrer Aufrüstungspolitik anzudrohen.'' (8.5.).

Grüne als militärischer Spannungsfall?

,,Einer Meldung der dänischen Zeitung ,,Land og Folk'' vom 27.2.1985 war zu entnehmen, daß im diesjährigen NATO-Manöver ,,Wintex'' eine der Übungslagen für eine militärische Aktion von NATO-Truppen die Annahme gewesen sei, die GRÜNEN hätten einen überwältigenden Wahlsieg in der Bundesrepublik Deutschland errungen.

In einer schriftlichen Anfrage an die Bundesregierung will der Sprecher der GRÜNEN IM BUNDESTAG, Christian Schmidt, wissen, wie die Bundesregierung diese Meldung beurteilt.

Die GRÜNEN IM BUNDESTAG sehen der Beantwortung dieser Frage mit Interesse entgegen.'' (7.5.).

Kritik am Verfassungsschutzbericht

Zu dem von Bundesinnenminister Zimmermann Anfang Mai vorgelegten Verfassungsschutzbericht 1984 erklärt MdB Norbert Mann:

,,Offensichtlich haben sich die Verfassungsschutzberichte endgültig zum Instrument politischer Diffamierung Andersdenkender entwickelt. Die Wenderegierung versucht, unter dem Anschein staatlicher Autorität gegen oppositionelle Meinungen Stimmung zu machen und beispielsweise Atomkraftgegner, Angehörige der Friedensbewegung und sogar Kritiker, die sich lediglich gegen den maschinenlesbaren Personalausweis wenden, als Verfassungsfeinde abzustempeln. Dadurch wird der Verfassungsschutzbericht 1984 zu nichts anderem als einem Dokument scheinheiliger Inquisition.

Offenbar bemüht sich die Bundesregierung, neue außerparlamentarische Gruppen, wie etwa die Initiativen gegen die Verkabelung oder gegen Computererfassungs- und Überwachungstechniken, frühzeitig in die Nähe von Verfassungsfeinden zu rücken. Die Bundesregierung muß jedoch endlich lernen, daß nicht jede von der CDU/CSU-Politik abweichende politische Meinung verfassungswidrig ist.'' (9.5.).

Otto Schily: Boenisch entlassen!

Zwietracht sucht Otto Schily ins Regierungslager zu tragen. In einem Brief fordert er Kanzler Kohl auf, seinen Regierungssprecher Boenisch zu entlassen (noch ein Beispiel für die in dem Beitrag ,,Herr Bundeskanzler, Sie haben versagt ...'' kritisierte grüne Öffentlichkeitsarbeit). Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
heute wird in der Zeitschrift ,,Der Spiegel'' (Ausgabe vom 29.4.85, Nr. 18, S. 19) berichtet, der Sprecher der Bundesregierung, Peter Boenisch, habe geäußert, es sei ,,ja das letzte, daß man noch vierzig Jahre nach Kriegsende durch KZ's laufen muß'' ... In der vergangenen Woche ließ Herr Boenisch ferner vor der Presse in drohendem Ton verlauten, eine Absage des Bitburg-Besuchs würde die deutsch-amerikanischen Beziehungen belasten.

Herr Boenisch beweist mit seinen Erklärungen, daß er das Amt des Regierungssprechers immer noch mit seiner Tätigkeit als ,,Bild''-Chefredakteur verwechselt. Die Öffentlichkeit hat sich leider an den ,,Meinungsmulm'' (Heinrich Böll) von Herrn Boenisch, den er auch als Regierungssprecher verbreitet, gewöhnen müssen. Aber in der für das Ansehen der Bundesrepublik wichtigsten Frage, welche Forderungen wir aus dem Vermächtnis von Auschwitz ziehen, übersteigen die eingangs zitierten Erklärungen von Herrn Boenisch das Maß des Erträglichen.

Ich fordere Sie daher auf, Herrn Boenisch sofort als Regierungssprecher abzuberufen. Andernfalls muß davon ausgegangen werden, daß sich die Bundesregierung mit den Äußerungen des Regierungssprechers identifiziert.'' (29.4.).

»Herr Bundeskanzler, Sie haben versagt ...«

Anmerkungen zur Kritik grüner Oppositionspolitik

(Der folgende Text kursiert in der Bundestagsfraktion der GRÜNEN in Bonn)

Anmerkungen zur Kritik grüner Oppositionspolitik

(Der folgende Text kursiert in der Bundestagsfraktion der Grünen in Bonn).

Liebe Freundinnen und Freunde,
die Fraktion hat ja schon des öfteren über ihre Presse- und Öffentlichkeitsarbeit diskutiert. In der Hauptsache ging es dabei um technische und organisatorische Probleme. Wir sollten die notwendig gewordene Debatte um die Neubesetzung der Pressestelle am 21. Mai dazu benutzen, auch mal die **Inhalte** unserer Presseerklärungen zu beleuchten.

Uns ist in der Vergangenheit verschiedentlich aufgefallen, daß in den Kritiken und Stellungnahmen zur Regierungspolitik Argumentationsmuster verwendet werden, die in der veröffentlichten Meinung Usus sind, allerdings weder den Kern der Sache treffen, noch geeignet sind, grüne Kriterien für politische Alternativen sichtbar zu machen.

Zur Verdeutlichung wollen wir einige Beispiele vorstellen, wobei wir aus Gründen der Versachlichung und weil es sich um ein flügelübergreifendes Problem handelt, auf Autorenangaben verzichten wollen.

1. Von Pseudo-Kanzlern und mißlungenem Wenden

Die Methode, den politischen Gegner mit seinen eigenen Maßstäben zu konfrontieren, damit er sich vor ihnen blamiere, ist eine der gängigsten Varianten oppositioneller Kritik. Da, wer sie anwendet, sich nicht der Mühe unterziehen muß, die Absichten und Ziele der Regierung selber zu überprüfen, sondern sich darauf beschränken kann, ihre Nichterfüllung zu monieren, ist sie sehr bequem.

Und sie ist gefährlich, denn sie setzt eine Gemeinsamkeit zwischen Kritiker und Kritisierten in den Zielen voraus, was bekanntlich zwischen uns und Regierung kaum je der Fall ist. Manch grüner Abgeordnete, der wortreich Klage führt über den Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Wort und Tat auf Seiten der Regierung, übersieht schlicht, daß diese Diskrepanz, so sie überhaupt besteht, das einzig Erfreuliche an der Sache ist.

Der absurdeste Vorwurf an die Regierung ist innerhalb dieses Argumentationsmusters: ''Sie haben die geistig-moralische Wende versprochen, und was ist davon geblieben?!''

Spätestens seit Bitburg und dem 8. Mai 85 sollte das kein Argument mehr sein. Ebenso muß überlegt werden, was wir anrichten, wenn in einer Presseerklärung folgende Passage aus der Regierungserklärung **positiv** zitiert wird:

''Notwendig ist eine Mobilisierung der geistig moralischen Kraft unseres Volkes. Geistig-politische Führung erfordert dabei mehr als Appelle und Reden: auch das ganz persönliche Beispiel.''

Mit dem Verweis, Kohl habe weder das Volk mobilisiert, noch dessen Führung übernommen, wird dann zum wiederholten Male sein Rücktritt gefordert.

Diese Kritik teilt die heiße Sehnsucht des Kanzlers nach einem Volk, das mit feuchten Augen zu seinen Führern aufschaut und daraus moralische Kraft schöpft, sich deren Absichten in blindem Vertrauen zu unterwerfen.

Diese Kritik akzeptiert die reaktionäre Ideologie, daß das Volk nichts dringender braucht als tatkräftige Männer an seiner Spitze, die ihm sagen, wo es langgeht, und schimpft Kohl eine ''Pseudo-Kanzler'', weil er angeblich nicht die persönlichen Voraussetzungen mitbringt, sie **Wirklichkeit** werden zu lassen. Und wenn wir in Pressemitteilungen Kohl als ''Pseudo-Kanzler'' bezeichnen, liegen wir nolens volens auf derselben Linie.

Wir machen uns zum Anwalt einer ''ordentlichen'' Regierungspolitik und sorgen uns um die Pleiten und Pannen, beklagen z.B. anläßlich einer Staatssekretärs-Äußerung, Ostpreußen gehöre zu Deutschland, die ''Instinktlosigkeit, mit der die soeben mühsam gekittete außenpolitische Fassade der Bundesregierung wiederum durch einen Koalitionsvertreter leichterhand eingerissen wird.''

Anstatt den Skandal der ostpolitischen Wende — siehe Schlesiertreffen usw. — zu verurteilen, wird damit eher das Gegenteil gefordert, die saubere Fassade vor dieser schmutzigen Politik zu wahren. Was haben wir eigentlich für Sorgen?

Inzwischen fordern wir Kohl alle fünf Minuten auf, doch endlich mal zu ''regieren'', statt die Probleme auszusitzen. Was könnte denn Schlimmeres passieren, als wenn der auf uns hören würde?

Eine falsche Kritik richtet zuweilen mehr Unheil an als keine. Und eine Kritik, die die Ziele der Wenderegierung gegen einen angeblichen ''Dilettantismus'' ihrer Vollstrecker verteidigt, ist falsch.

Im folgenden wollen wir in Kurzform noch einige weitere Beispiele für die von uns für problematisch erachtete Form der Kritik aufführen:

— Solidarität mit Nicaragua praktizieren wir nicht, weil es uns um das Selbstbestimmungsrecht dieses Volkes geht, sondern um zu verhindern, daß ''das **Regime** in Nicaragua ... in den Einflußbereich der Sowjetunion'' gezwungen wird.

Wir kritisieren nicht Sozialabbau **und** Arbeitslosigkeit, sondern sind der Auffassung, daß ''auch eine regierungsverursachte Verschlechterung der sozialen Situation nicht zum Abbau der Arbeitslosigkeit führen'' wird.

— Wir sind nicht radikal gegen ''Antikommunismus'' und ''Staatsdienerverständnis'', sondern nur, insofern beides ''unangemessen und fast pathologisch'' auftritt und auch nur, soweit als es ''nicht zur Einschränkung von demokratischen Rechten'' führt.

— Wir verurteilen die Teilnahme der BRD am SDI-Programm nicht, weil damit für die USA der Atomkrieg gewinnbar gemacht werden soll, sondern unter dem Aspekt des ''Ausverkaufs deutscher und europäischer Interessen'' und werfen dem Bundeskanzler in diesem Zusammenhang ''Unterwürfigkeit und Mangel an schöpferischer Phantasie'' vor.

— Wenn der Bundesverteidigungsminister 1.500 Offiziere früh-pensionieren lassen will, geben wir unsere Auffassung kund, daß ''dieser Beschluß weder der Sicherheit noch dem sozialen Frieden dient'', statt den Zweck dieser Frühpensionierung, die Kampfkraft der Truppe zu erhöhen, zu kritisieren.

— Angesichts des Streites, ob ein deutsches oder ein amerikanisches Luftabwehrsystem von der Bundeswehr angeschaft werden soll, sagen wir nicht, daß wir die Waffen ablehnen, egal aus welchem Land sie kommen, sondern sehen ''den eigentlichen Skandal'' im folgenden: ''Da werden über Jahre hin 127 Mio. DM an Steuergeldern ausgegeben, (...), um dann von einem devoten Minister endgültig abgeschrieben zu werden.''

2. Der Kanzler — ein schlechter Grüner

Eine andere Technik arbeitet damit, der Regierung Ziele zu unterstellen, die diese gar nicht hat, um sie anschließend zu zeihen, versagt zu haben. Für diese Form der Entlarvung, mit der sich in nullkommanix zahllose Meldungen verfassen lassen, zahlen wir allerdings einen hohen politischen Preis. Mit dem absurden Vorwurf, daß der Kanzler sich dem grünen Bundesprogramm verweigert, berauben wir uns der Möglichkeit, das anzugreifen, was er wirklich will.

So wird der Bundesregierung zu Unrecht unterstellt, sie wolle ökologische Reformen , wenn ihr Entwurf zu einer Schadstoffverordnung wie folgt kritisiert wird:

''Mit der Zustimmung zum vorliegenden Entwurf hat die Bundesregierung eine große Chance endgültig vertan, resulut auf die Flut von Chemieskandalen und -unglücken zu reagieren.''

Die Rede von der vertanenen Chance, lebt von dem unerschütterlichen Optimismus, daß die Regierung doch ''eigentlich'' auch nichts anderes will als wir. Sie weigert sich zur Kenntnis zu nehmen, daß das, was sie will, zum Ausdruck kommt in dem, was sie tut, und verharmlost sie damit.

Dasselbe passiert, wenn in der Kontroverse mit der CDU über die Technikfolgenabschätzung, deren schädlichen psychosozialen und anderen Auswirkungen die Kritik so auf den Punkt gebracht wird:

''Damit zeigt die CDU, daß sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat: es geht heute darum...'' eine gesellschaftliche Debatte über die Folgen der Computerisierung zu organisieren.''

Darum geht es uns. Die Regierung aber will schlicht und ergreifend die Mikroelektronik **durchsetzen**. Sie hat die ''Zeichen der Zeit'' erkannt, nur handelt es sich um andere, als wir gerne hätten, und die sollten wir kritisieren, statt an das bessere Gewissen zu appellieren.

Die Liste der Belege ließe sich sicher noch fortsetzen. Wir wollten auf einen unserer Meinung nach problematischen Umgeng mit unserer Oppositionsrolle hinweisen und freuen uns auf eine gute Diskusion.

Christian Schmidt/Günther Kolodziej
Bonn, 15. Mai 1985

1. Mai in Hamburg
Der DGB flippt aus



„Störungen" der DGB- bzw. SPD-Redner auf Maikundgebungen und opposiotionelle Demonstrationen im Anschluß an die offizielle DGB-Kundgebung haben in Hamburg schon eine Tradition von über zehn Jahren. Neu ist allerdings, daß der DGB-Demonstrationszug eine halbe Stunde nach Abmarsch von 200 Bullen überfallen wird, weil diese einen den DGB-Oberen nicht genehmen Lautsprecherwagen aus dem Zug holen wollen. Bei dieser Polizeiaktion wurden mindestens 20 Demonstranten durch Knüppeleinsatz und Chemical Mace verletzt. Kinder und Behinderte wurden extrem gefährdet. Die politische Verantwortung trägt die DBG-Führung, da sie in Vorgesprächen mit der Polizei klargestellt hatte, daß sie keinen Lautsprecherwagen der Jobber- und Erwerbslosenintiativen dulden wird.

Unter den aktiven Gewerkschaftern hat die unheilige Allianz von DGB und Polizei zu einer breiten
DGB und Polizei zu einer breiten
Solidarisierung mit den Jobber- und Erwerbsloseninitiativen geführt.

Das hindert die DGB-Führer nicht, in schrillen Tönen die Auseinandersetzung zu verschärfen, indem sie in einer Erklärung die GAL für die Störaktionen verantwortlich macht und ihr vorwirft, daß „schlimme Schicksal der Arbeitslosen" zu mißbrauchen.

Verhandlungen über einen Erwerbslosenblock mit der DGB-Führung

Ende März hatte die Koordination der Hamburger Erwerbsloseninitiativen dem Hamburger DGB-Vorstand brieflich mitgeteilt, daß alle in der Koordination vertretenen Initiativen zusammen mit den ausländischen Kollegen in einem großen Block gleich hinter der IGM demonstrieren wollen. Die DGB-Führung wurde außerdem aufgefordert, einen von den erwerbslosen bestimmten Redner auf der Abschlußkundgebung reden zu lassen. Zur organisatorischen Abstimmung schlug die Koordination, der 15 unabhängige, gewerkschaftliche und kirchliche Initiativen angehören, ein gemeinsames Gespräch vor.

Hintergrund für diese Gesprächsaufforderung waren zum einen die Erfahrungen der Maidemonstrationen 1983 und 1984, wo DGB-Ordner und Polizei zu verhindern versuchten, daß sich ein „sozialrevolutionärer Block" zwischen den Einzelgewerkschaften einreiht. Zum anderen war es den Erwerbsloseninitiativen wichtig, nicht vereinzelt im Demozug zu laufen, sondern möglichst geschlossen zu demonstrieren, weil mensch sonst „politisch untergegangen" wäre. (Dokumentation der Jobber- und Erwerbsloseninitiativen)

Außerdem wolle mensch sich nicht *„wie Sozialfälle an das Ende der Demonstration abschieben lassen"*. Zu dem geforderten Redner heißt es in der Dokumentation: *„Obwohl uns aufgrund der Politik der DGB-Führung klar war, daß sie hieran kein Interesse haben kann, haben wir dennoch versucht, auf der Abschlußkundgebung reden zu können. Denn wenn diese Forderung nicht erfüllt werden würde, würde durch eine Ablehnung die Haltung der DGB-Führung gegenüber jeder Selbstorganisation von Erwerbslosen deutlich werden."*

Am 29.3. und 4.4. kam es dann zu zwei Gesprächen, an denen von DGB-Seite Günther Rabe (Kreissekretär), Bodo Apenburg (IGM-Ortsverwaltung), Udo Lindhorst (DGB-Jugendreferent) und ein Vertreter aus der DGB-Arbeitslosenberatungsstelle teilnahmen. Ergebnis: Ein eigener Redner für die Mai-Kundgebungen wurde abgelehnt, da die Redner für die Mai-Kundgebungen jeweils schon kurz nach dem 1. Mai für das nächste Jahr bestimmt würden. Zu dem geforderten Block meinten die DGB-Führer, dieser könnte h i n t e r den Einzelgewerkschaften am Ende des Zuges marschieren. Im übrigen wurde vorgeschlagen, daß Erwerbslose, Ausländer und Jobber in den Einzelgewerkschaften demonstrieren sollen.

Trotz dieser ablehnenden Haltung der DGB-Führung werteten die Jobber- und Erwerbsloseninitiativen es als Erfolg, daß der DBG sich überhaupt zu zwei Gesprächen herabgelassen hat. *„Dies zeigt ihre inhaltliche Schwäche an den von uns benannten Problemen."*

Ablauf der Demo und des Überfalls

In der Dokumentation wird weiter berichtet, daß *„nach den Gesprächen mit dem DGB ... unterschiedliche Einschätzungen zu unterschiedlichem weiteren Vorgehen der verschiedenen Initiativen innerhalb der Koordination"* führte. So demonstrierten dann am 1. Mai der „Hamburger Erwerbslosenblock" zusammen mit dem „HDW- und Metallerarbeitslosenzentrum" innerhalb des IGM-Blocks. Dahinter hatte sich der „Internationale Block von Erwerbslosen und Jobbern" zusammen mit ausländischen Organisationen hinter einen eigenen Lautsprecherwagen eingereiht. Dahinter wiederum demonstrierte ein bunter Block von Gruppen (GAL, KB, Autonome etc.), die gemeinsam einen Aufruf gegen den Weltwirtschaftsgipfel herausgegeben hatten, sowie ein Frauenblock. Das gesamte oppositionelle Spektrum umfaßte ungefähr 3 - 4.000 Leute.

Doch zurück zum Beginn der Demo: Eine halbe Stunde nach Beginn der Demonstration, die ca. eineinhalb Kilometer zurückgelegt hatte, kommt aus einem Hinterhof der Lautsprecherwagen es Internationalen Blocks und reiht sich vor diesem in die Demo ein. Das Abhören des Polizeifunks ergibt, daß die Bullen diesen mit Hubschrauber und Zivilen fieberhaft gesucht, aber nicht gefunden hatten.

Kurze Zeit nachdem sich der Lautsprecherwagen eingereiht hat, greifen 200 Bullen den Lautsprecherwagen und die ihn umgebenden Demonstrant/inn/en mit Knüppeln und Chemical Mace an. Das ganze spielt sich auf einer großen Kreuzung ab. Die Bullen versuchen, den „Internationalen Block" und die sich schnell solidarisierende Menschenmenge auf der rechten Fahrbahnseite festzusetzen, damit der DGB-Zug auf der linken Seite vorbeiziehen kann. *„Während die Knüppeleien ständig weitergehen, versuchen einzelne DGB-Ordner, den Demonstrationszug an uns vorbeizulotsen."* (Doku.) Der Überfall scheitert letzlich an der Solidarisierung der von hinten nachdrängenden Demonstranten, die um den Lautsprecherwagen herum Ketten bilden.

Kurze Zeit nach dem Bullenüberfall *„weichen ÖTVler von der offiziellen Demonstrationsroute ab und biegen in die Bachstraße ein; sie wollen uns auf einen Umweg überholen."* Mangels Masse scheitert jedoch auch dieser Spaltungsversuch.

Vor dem Kundgebungsplatz stehen wiederum Hundertschaften behelmter Polizei. Da nicht klar ist, ob die Bullen auch hier wieder gegen „Störer" vorgehen wollen, biegen die Oppositionellen kurzentschlossen von der kurzen Endroute ab und erreichen so ungehindert den Kundgebungsplatz. Dort kann sich der Hauptredner Ernst Breit nur mittels einer mächtigen Lautsprecheranlage gegen das ohrenbetäubende Konzert von ca. 100 Preßlufthörnern durchsetzen. In der „Tageschau" war die Störung der zentralen DGB-Mai-Kundgebung unüberhörbar.

Politisch verantwortlich: die DGB-Führung!

Die DGB-Führung dementierte zunächst, daß sie „die Polizei zum Einschreiten aufgefordert" habe. Eine direkte Aufforderung brauchte die Polizei jedoch gar nicht mehr, da schon lange vor dem 1. Mai zwischen DGB und Polizeiführung alles abgesprochen war. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei in Hamburg: *„Nach meiner Kenntnis hat es vor dem 1. Mai zwischen DGB und der Polizei Absprachen gegeben. Die verliefen wohl dahingehend, daß ein Lautsprecherwagen — falls er eingeschleust werden sollte — entfernt werden müßte."* (Hamburger Rundschau, 9.5.) Die Polizeipressestelle bestätigte diesen Sachverhalt gegenüber der „tageszeitung" (9.5.). Solche Gespräche zwischen dem DGB und der Polizei „im Vorfeld" gäbe es jedes Jahr, genauso sei die Polizeieinsatzzentrale „vor Ort" jedes Jahr unten in der Gaststätte des Gewerkschaftshauses, der DGB würde Telefonleitungen zur Verfügung stellen. Aus den Polizeifunkprotokollen, die inzwischen veröffentlicht wurden, geht zudem hervor, daß die zentrale Telefonnummer der Polizei im Gewerkschaftshaus, die Kontakttelefonnummer des „Vereins zur Betreuung der Arbeitslosen im DGB" war.

Trotz einer breiteren Solidarisierungswelle in aktiven Gewerkschaftskreisen, (Leserbriefe und Resolutionen in der taz, kontrovers geführte Vorstandssitzungen bei einigen Einzelgewerkschaften — so bei der HBV, GEW und GHK), flippte der DGB nun völlig aus und behauptet in einer Erklärung des Kreisvorstandes vom 21. Mai *„eine Gruppe, die sich ‚Koordination Hamburger Erwerbslosen-Initiativen' nennt, war in den Gesprächen vor dem 1. Mai 1985 nicht bereit, zu einer solidarischen Aktion zu kommen."* Der alternative Block habe einen klar antigewerkschaftlichen Charakter gehabt. Das „Ziel der Initiatoren" sei u.a. gewesen: *„Nutzung der strategischen Möglichkeit des Blockierens des Demonstrationszuges durch Abriegelung des LKW's und Angriff auf DGB-Ordner, Öffentlichkeitsarbeit gegen den DGB durch verfälschende Meldungen über Ursachen und Abläufe der Vorgänge.*
Der DGB stellt fest:
a) die GAL hat die Störaktionen initiiert und organisiert. Sie hat sich damit erneut gegen die Gewerkschaften gestellt. Damit lenkt sie von ihrer eigenen Unfähigkeit ab, die Arbeitslosen wirksam zu vertreten." Und als hervorragende Ordnungskraft:
„b) Die GAL wird offensichtlich weiterhin von politischen Kräften beeinflußt, die Provokationen, Unruhe und Unsicherheit als gezieltes politisches Mittel einsetzen...

... Das Verwerfliche an den Strategien der Störungsinitiatoren ist, daß sie das Leid und schlimme Schicksal von Arbeitslosen mißbrauchen. Alles das deutet darauf hin, daß die GAL und andere von ihr beeinflußte Gruppen es auf die Spaltung der arbeitenden von den arbeitslosen Gewerkschaftern angelegt haben. Sie wollen erreichen, daß die arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder sich der Schutzfunktion ihrer Gewerkschaften entziehen und situationsbedingt gegen sie eingesetzt werden können. Viele arbeitslose Gewerkschafter hatten bereits vor dem 1. Mai diese grundsätzlichen Gefahren erkannt. Sie haben daher solidarisch mit ihren Kolleginnen und Kollegen im Gewerkschaftsblock demonstriert."

Der Versuch des DGB's die GAL als Drahtzieher der Störungen anzuklagen entbehrt jeder realen Grundlage. Hintergrund dieses dreisten Manövers ist offensichtlich der Versuch der rechten Hamburger SPD-Mafia, mit Rückenwind aus dem Saarland und Nordrhein-Westfalen, die GAL im traditionellen SPD-Wählerspektrum zu isolieren. Außerdem ist der Hinweis auf die gewissen politischen Kräfte, die die GAL beeinflussen, ein Versuch, der GAL Bündnisse mit Autonomen und anderen links von ihr stehenden politischen Gruppen zu erschweren.

In der ersten Presseerklärung der GAL wird der Löffel voll an die DGB-Führung zurückgegeben. Es heißt dort u.a.: *„Die GAL war es, die Initiativen zum Aussperrungsverbot, zur 35-Stunden-Woche und zum Landesberufsbildungsgesetz ins Parlament einbrachte, DGB-Positionen also, die aber von SPD und CDU samt und sonders abgelehnt wurden."* (Übrigens auch abgelehnt von den DGB Vorstandsmitgliedern Saalfeld, Rumpel und Schnelle) In einer Erklärung des GAL-Landesvorstandes schließlich wird der DGB aufgefordert, Gespräche zu führen, um politische Gemeinsamkeiten und Differenzen zu klären.



Breite Solidarisierung

Am 29. Mai lud dann die Fachgruppe Betrieb & Gewerkschaft der GAL zu einer mit 120 Leuten besuchten Diskussionsveranstaltung zum Thema „Wem gehört der 1. Mai?" ein. Die Diskussion, an der sich vor allem Mitglieder der Jobber- und Erwerbsloseninitiativen, sowie Gewerkschaftsfunktionäre und -mitglieder beteiligten, wurde sehr solidarisch geführt. Bezeichnend war der Ausspruch eines gestandenen Gewerkschafters: Werde er arbeitslos, würde er sich wohl auch eher einer Jobber- und Erwerbslosengruppe anschließen, als auf die Unterstützung seiner Gewerkschaft zu hoffen.

Kopfschütteln gab es nur bei einem DKPler, der die Erwerbslosen davor warnte „immer nur die Gewerkschaften anzugreifen", um dann im Brustton der Empörung zu fragen: *„Wo wart ihr denn auf der letzten Rotstiftdemonstration?"* Genauso unsolidarisch hatte sich schon ein Horst Boje in der „UZ" vom 10.5. geäußert. *„Sowohl der im Vorfeld des 1. Mai erlassene Aufruf, nach der DGB-Kundgebung eine Gegenkundgebung zu veranstalten, als auch das Verhalten einiger DGB-Verantwortlicher während der Demonstration waren nicht geeignet, der Zielsetzung des 1. Mai als einen Kampftag der Arbeiterklasse zu dienen. Nicht Spaltung sondern Einheit gegen rechts ist gefordert."*

Die Versammlung verabschiedete eine Resolution, in der sie den DBG aufforderte:

„Keine Absprachen bei Demonstrationen zwischen DGB und Polizei
— Keine Polizeieinsatzzentrale im Gewerkschaftshaus
— daß Erwerbslose dort im Demonstrationszug mitlaufen, wo sie es für richtig halten und wo sie deutlich und unübersehbar ihre Forderungen tragen können.
— Einrichtung einer Personengruppe Arbeitslose im DGB."

Eingeladen zur Veranstaltung waren übrigens auch Vertreter der DGB-Führung sowie Vertreter der Polizeigewerkschaft. Erstere schickten einen Brief, in dem es hieß: „*„Wir bedanken uns für Ihre Einladung ... und müssen Ihnen leider mitteilen, daß aus terminlichen Gründen eine Teilnahme nicht möglich ist."*

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

»Selber organisieren und über die Lösung individueller Probleme politische Kraft entwickeln«

Interview mit drei Leuten vom Erwerbslosen- und Jobberladen Balduinstraße(HH-St. Pauli)

AK: Ihr habt in der letzten Zeit erheblichen Zulauf bekommen. Ein starker Block in der 1. Mai-Demo, ein mit 3.000 Leuten gut besuchtes Fest, die Gründung von drei neuen Jobberinitiativen in anderen Stadtteilen. Wie ist es zu diesem Aufschwung gekommen?

R.: Ich glaub ganz einfach, daß es daran liegt, daß wir seit dreieinhalb Jahren eine kontinuierliche Arbeit auf den Ämtern machen. D.h. auf den Sozial- und Arbeitsämtern und in den Stadtteilen. Und daß wir das auch so machen, daß die Leute davon profitieren. So erstellen wir z.B. Flugblätter, durch die die Leute in die Lage versetzt werden, den Paragraphendschungel zu durchblicken und dadurch halt auch an mehr Einkommen ranzukommen. Solch eine Arbeit schafft über die Zeit von dreieinhalb Jahren eine Vertrauensbasis. Das führt dann wiederum dazu, daß die Leute auch anfangen sich mit den politischen Inhalten auseinanderzusetzen.

C.: Wichtig ist auch, daß wir über den Laden offen sind. Die Leute können reinkommen und sich informieren.

AK: Wieviel Leute nehmen im Schnitt an euren Sitzungen teil, welche Arbeitsgruppen habt ihr?

C.: Die Initiative gibt es seit Mitte 82. Als wir den Laden im April 83 gegründet haben, waren ca. 30-40 Leute in der Initiative. Inzwischen sind wir hier im Laden 70 und mit den anderen Initiativen wohl so um die 100. Der zentrale Punkt, an dem alle zusammen kommen, ist das Freitagsplenum. Dort wird besprochen wie wir in unserer weiteren Arbeit vorgehen. Da nehmen regelmäßig 20 bis 25 Leute dran teil. Die eigentliche Diskussion, was konkret gemacht werden soll, findet in den sogenannten Untergruppen statt. Die haben sich teilweise dann gegründet, wenn Leute Lust hatten etwas zusammen zu machen, was natürlich auch mit der Situation zusammenhängt, in der der Einzelne steckt. Es gibt eine Sozialhilfegruppe, eine Arbeitslosengruppe, eine Jobbergruppe, eine Gruppe von Erwerbsunfähigen und Behinderten und eine Umschülergruppe. Darüberhinaus gibt es dann noch Gruppen, die sich zu einem ganz bestimmten Thema gebildet haben. Da gibt es die AG Ausländerpolitik, die Internationalismusgruppe, eine Zwangsarbeitsgruppe, eine Gruppe, die sich mit sozialer Kontrolle beschäftigt. Und es gibt unregelmäßig bei uns Gruppen, die sich treffen, um gemeinsam Texte zu lesen, also Schulungen zu machen. Jeden Dienstag machen wir

Internationalismusgruppe, eine Zwangsarbeitsgruppe, eine Gruppe, die sich mit sozialer Kontrolle beschäftigt. Und es gibt unregelmäßig bei uns Gruppen, die sich treffen, um gemeinsam Texte zu lesen, also Schulungen zu machen. Jeden Dienstag machen wir

morgens um 10 ein Erwerbslosenfrühstück, für das wir seit Jahren auf den Ämtern werben, so daß jetzt regelmäßig zwanzig bis dreißig Leute herkommen. Da kommen dann auch Leute, die nicht unbedingt zum politischen Spektrum gehören, die aber nichtsdestotrotz ganz genau wissen, daß sie sich wehren wollen und teilweise auch eigene Ideen und Tricks haben, wie sie sich hier durchschlagen. Dienstagabends haben wir einen offenen Abend, wo wir mehr was mit Leuten zusammen machen, die arbeiten.

Schließlich haben wir noch regelmäßige „Sonntagsessen", wo wir zusammen kochen und dann Sachen diskutieren, die inhaltlich mal ein bißchen langfristiger zu klären sind. So haben wir z.B. über mehrere Sonntage die „Geschichte des westdeutschen Widerstands" seit den 60er Jahren aufgearbeitet.

AK: Gibt es konkrete Erfolge in der Arbeit?

R.: Was ich für einen total guten Ansatzpunkt gehalten habe, sind diese Kleidergeldkampagnen. Da haben wir 20.000 Flugblätter auf den Sozialämtern verteilt. Wir wissen, daß daraufhin unheimlich viele Leute Kleidergeldanträge gestellt haben, die es vorher nicht gemacht haben. Bzw. daß verstärkt Widersprüche eingelegt wurden, wenn Anträge abgelehnt worden waren. Das Sozialamt Wohlwillstraße hat von höherer Stelle schon einen Rüffel gekriegt, daß sie von vornherein mehr Sachen bewilligen sollen, damit nicht so viele Widersprüche kommen, weil sonst die ganze Bürokratie blockiert wird.

Zu einer anderen Aktion: Zweimal haben wir das Arbeitsamt besetzt. Einmal ging es darum, daß wir ein Informationsbrett für Arbeitslose im Arbeitsamt installiert haben wollten, was unter fadenscheinigen Begründungen verweigert wurde.

Bei Aktionen auf den Ämtern hat es sich gezeigt, daß die Bullen bisher relativ zurückhaltend sind, da es für sie dort brisant ist, gegen uns Erwerbslose vorzugehen. Bei politischen Manifestationen wurden wir dagegen von den Bullen bisher jedes Mal angegriffen.

C.: Da wir wissen, daß der Staat versucht, jeden Widerstand im Keim zu ersticken, ist es für uns wichtig, daß die Aktionen so angelegt werden, daß für die Leute, die mitmachen, nach Möglichkeit Erfolge rauskommen. D.h. wir machen Besetzungen meistens dann, wenn wir konkret was erreichen wollen, was eigentlich auch im Bereich des Möglichen ist. Dabei versuchen wir, möglichen Repressionen aus dem Weg zu gehen.

AK: In eurem 1. Mai-Flugblatt schreibt ihr, daß sich heute ca. 20 Millionen Menschen in unsicheren Einkommensverhältnissen befinden. Historisch bezieht ihr euch auf die „Wobblies", eine US-amerikanische Organisation von An- und Ungelernten Arbeitern zu Anfang dieses Jahrhunderts. Seid ihr der Meinung, daß von denjenigen Menschen, die heute in „unsicheren Einkommensverhältnissen" leben, heute und in Zukunft die wesentliche Kraft zur Gesellschaftsveränderung kommen wird? Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Industriearbeiterschaft?

R.: Damals in den USA gab es eine ähnliche Situation wie heute bei uns. Es gab eine industrielle Revolution, es gab eine riesige Anzahl von Wanderarbeitern, die von einem Großprojekt zum nächsten gezogen sind. Und es waren sehr viele Nationalitäten in den Wobblies organisiert. Das waren zum Großteil Einwanderer, die von den offiziellen Gewerkschaften nicht vertreten worden sind. Das gleiche galt für die Frauen, die in die offiziellen Gewerkschaften auch nicht reinkamen.

In der BRD sehen wir heute eine ähnliche Entwicklung. D.h. eine industrielle Revolution, Einführung der neuen Technologien, Umstellung der Massenproduktion auf Klitschenwirtschaft, welche mit der Chiptechnologie verbunden wird — damit das Ganze auch funktionieren kann — eine hohe Mobilität der Klasse, d.h. eine große Anzahl von Erwerbslosen, die ständig umgeschichtet werden, die in immer neue Jobs reingezwungen werden, eine wachsende Dequalifizierung und ein

verbunden wird — damit das Ganze auch funktionieren kann — eine hohe Mobilität der Klasse, d.h. eine große Anzahl von Erwerbslosen, die ständig umgeschichtet werden, die in immer neue Jobs reingezwungen werden, eine wachsende Dequalifizierung und ein

ziemlich hoher Ausländeranteil, die unter miesesten Bedingungen malochen müssen.

C.: Wir sind der Meinung, daß sich die Schicht der Leute mit unsicherem Einkommen in dieser Gesellschaft als neue Schicht innerhalb der Arbeiterklasse verstärkt herausbildet, und daß wir uns zum Großteil in dieser neuen Schicht befinden. Außerdem gibt es heute niemanden, der sich auf diese Schicht politisch bezieht.

R.: Wir müssen selbst aktiv werden, weil wir sonst darauf warten müssen, bis die „garantierte Arbeiterschaft", die ja auch immer kleiner wird, irgendwie in Aktion tritt. Wir versuchen, den heute existierenden Mechanismus des Ausspielens des einen Teils der Arbeiterklasse gegen den anderen zu durchbrechen. Wir wollen mit unserem Kampf auch ein Beispiel geben. Ein Beispiel für die Arbeiter, die noch einen festen Tarifvertrag haben und einen halbwegs garantierten Lohn. Daß die etwas Pfeffer untern Arsch kriegen. Daß die sehen: die unter uns ducken sich nicht weg, sondern die kämpfen und das ist ein Beispiel für uns, auch zu kämpfen.

C.: Die Haltung zu den „garantiert Beschäftigten" ist im Laden nicht einheitlich. Das wird sich wohl auch darüber ergeben, daß wir versuchen mit Leuten, die sich auch wehren wollen, etwas zusammen zu machen. Was den DGB angeht, so bin ich persönlich der Meinung, daß dieser versucht, auf den fahrenden Zug der neuen Technologien aufzuspringen, um die höherverdienende Kernarbeiterschicht, die mit einer relativ hohen Akzeptanz dieser neuen Technik gegenüber ausgestattet sein muß, zu vertreten. Die Aktivitäten der IG Metall in Richtung Ingenieurskonferenzen oder die Entwicklung der Mediengewerkschaft deuten ebenfalls in diese Richtung. Wir finden es ja richtig, wenn sich die neu herausbildende Kernarbeiterschicht stärker für ihre Interessen einsetzt. Aber wir sehen eben auch die Gefahr, daß das auf Kosten des steigenden Teils der Ausgegrenzten passieren wird.

Ich bin aber auch nicht der Meinung, daß wir es hier mit einem Staat zu tun haben, dem die Arbeit ausgeht. Solange hier Menschen leben, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, gibt es auch Kapitalisten, die zu den miesesten Löhnen auspressen.

AK: Nun eine Frage zu eurem Arbeitsbegriff. Dem DGB werft ihr vor, daß er behauptet, es sei eine Freude zu arbeiten. In der „Schwarzen Katze" schreibt ihr: *„Solange eine Kritik an der Arbeit nicht eine grundsätzliche Kritik ist ... wird sich eine Auseinandersetzung um die Arbeit, als eine Ursache der Zerstörung der Natur nicht führen lassen."* Auf der anderen Seite bezieht ihr euch positiv auf Marx, wenn ihr sagt, daß im Arbeitsprozeß ständig neue Erfindungen gemacht werden, die uns die Arbeit erleichtern könnten. Könnt ihr diese Aussagen etwas erläutern?

C.: Zuerst einmal müßte mensch sagen, daß die „Schwarze Katze" nicht eine Zeitung des Ladens ist, sondern ein Diskussionsforum, in dem verschiedene Leute ihre Stellungnahmen publizieren können. Deshalb können wir diese Äußerungen allerhöchstens kommentieren.

J.: Tatsache ist, daß die Geschichte der Arbeiterbewegung ein Kampf g e g e n die Arbeit ist. Das macht sich u.a. fest am Kampf um Arbeitszeitverkürzungen, am Kampf um Sozialleistungen etc. Und der 1. Mai ist traditionell der internationale Kampftag der Arbeiterklassse und kein „Tag der Arbeit", wo wir die Arbeit feiern sollen.

R.: Für mich gibt es keinen positiven Arbeitsbegriff. Es gibt ihn in dieser Gesellschaft nicht und auch der Arbeitsbegriff, der im realen Sozialismus vorherrscht, unterscheidet sich nicht wesentlich von dem hier gebräuchlichen.

C.: Es gibt auch in den Gesellschaften, die ich mir vorstelle, keinen positiven Arbeitsbegriff. Was nicht heißt, daß eine Gesellschaft ohne Arbeit möglich wäre.

Grundlage des oben zitierten Arti-

C.: Es gibt auch in den Gesellschaften, die ich mir vorstelle, keinen positiven Arbeitsbegriff. Was nicht heißt, daß eine Gesellschaft ohne Arbeit möglich wäre.

Grundlage des oben zitierten Arti-

kels war die These, daß wir meinen, daß der Begriff Arbeit auch von den Kapitalisten als Waffe eingesetzt wird. Daß der Begriff Arbeit unheimlich unscharf ist. Wir wollen erreichen, wenn wir von Arbeit sprechen, da auch genauer mit umzugehen. Dazu muß ich allerdings sagen, daß die Einschätzungen darüber, was Arbeit ist, im Laden auch unheimlich auseinandergehen. D.h. es gibt Leute, die sagen, daß Arbeit an sich erst einmal wichtig ist, während andere der Meinung sind, daß Arbeit eine Sache ist, die mensch sich vom Halse zu schaffen versucht. Meine persönliche Meinung ist, daß Arbeit, wenn sie nach Produktivitäts-Gesichtspunkten ausgerichtet ist, einfach zerstörerisch wirken muß.

R.: Es ist sicherlich ein Manko, daß wir den Arbeitsbegriff nicht positiv wenden können. An dem Punkt müssen wir einfach weiter diskutieren.

AK: Wie steht ihr zum Kampf konsequenter Gewerkschafter für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen?

J.: Wer gegen Entlassungen kämpft, kämpft in erster Linie auch um den Erhalt der eigenen Existenz, da wir als Lohnabhängige gezwungen sind, unsere Arbeitskraft zu verkaufen. So haben wir z.B. die HDWler in ihrem Kampf gegen Massenentlassungen unterstützt. Auf der anderen Seite haben wir uns konsequent gegen die Annahme des Asbestschiffes ausgesprochen. Es geht uns also nicht um Arbeit um jeden Preis, sondern daß wir alle, ob wir Arbeit haben oder nicht, ein Recht auf menschenwürdige Existenz haben.

AK: Was sind die Gründe dafür, daß ihr dieses Jahr im Gegensatz zu den letzten beiden Jahren über die organisatorische Abstimmung eures Blocks im DGB-Zug Gespräche mit der DGB-Führung durchgeführt habt?

C.: Für uns war von Anfang an klar, daß wir einen eigenen Block machen wollten. Außerdem waren wir nicht an einer Auseinandersetzung interessiert, sondern für uns war es wichtig, mit möglichst vielen Leuten zusammen eine kraftvolle Demo zu machen und unsere Inhalte rüberzubringen. Uns war klar, wenn wir wieder so wie letztes Jahr als Block versuchen würden, in die Demo reinzukommen, wäre es zu noch massiveren Auseinandersetzungen gekommen, wie letztes Jahr schon.

Außerdem wollten wir dem DGB die formalistische Krücke aus der Hand schlagen, daß er uns im Nachinein vorwirft, wir hätten keinerlei organisatorische Absprachen versucht.

gen gekommen, wie letztes Jahr schon.

Außerdem wollten wir dem DGB die formalistische Krücke aus der Hand schlagen, daß er uns im Nachinein vorwirft, wir hätten keinerlei organisatorische Absprachen versucht.

AK: Wie seht ihr Verlauf und Ergebnisse der Zentralen Arbeitskonferenz der Arbeitsloseninitiativen?

R.: Meine ganz persönliche Meinung ist, daß ich glaube, daß viele von den Initiativen, die dort waren, inhaltlich erhebliche Schwierigkeiten haben. Meiner Meinung nach greift der reine Arbeitslosenansatz zu kurz.

C.: Eine Initiative, die allein darauf ausgerichtet ist, Leute, die beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet sind zu beraten — und das noch mit Sozialarbeitern — greift inhaltlich zu kurz und hat auch keine eigene Lebenskraft, weil es praktisch auf eine soziale Beratung hinausläuft. Unserer Meinung nach ist es wichtig, daß wir uns selber organisieren und über die Lösung der individuellen Probleme auch eine politische Kraft zu entwickeln.

R.: Wir waren meiner Ansicht nach eine der wenigen Initiativen, die den Ansatz hatte, daß a l l e Verarmten, egal, welcher soziologischen Schichtung sie angehören, zusammenkommen und gemeinsam für mehr Einkommen kämpfen. Viele andere Initiativen wollten da mehr so einen organisatorischen Wasserkopf aufbauen, Vernetzung und so und einmal im Jahr 'ne Aktionswoche. Wenn sich dann mal jemand entblödete, die Frage zu stellen, warum machen wir die Aktionswoche, mit welchen Inhalten und wen wollen wir ansprechen auf der Ak-

schen Wasserkopf aufbauen, Vernetzung und so und einmal im Jahr 'ne Aktionswoche. Wenn sich dann mal jemand entblödete, die Frage zu stellen, warum machen wir die Aktionswoche, mit welchen Inhalten und wen wollen wir ansprechen auf der Ak-

tionswoche, dann war Schweigen im Walde. Und das fand nicht nur ich, sondern das fanden auch viele Leute von anderen Initiativen, mit denen ich gesprochen habe, unheimlich frustrierend.

Nichtsdestotrotz unterstützen wir es natürlich, daß es solche Konferenzen von Erwerbsloseninitiativen gibt.

AK: Wir danken Euch für das Gespräch!

(Die hier vertretenen Positionen werden nicht in jedem Fall vom gesamten Erwerbslosen- und Jobberladen geteilt)



BMW Westberlin:

13 Kündigungen für linke Betriebsräte

Die drei entlassenen ehemaligen Betriebsräte bei BMW sind jetzt insgesamt dreizehnmal gekündigt worden, nachdem sie die manipulierte Betriebsratswahl vom April 1984 angefochten hatten (vergleiche AK 253). In über 30 Einzelentscheidungen aller Arbeitsgerichtsinstanzen wurden die Kündigungsgründe der BMW nicht anerkannt, dennoch ist keiner der drei wieder im Betrieb. BMW weigert sich, selbst unter Androhung von Zwangsgeldern, ersatzweise Haft für den Vorstandsvorsitzenden von Kuehnhein, den Urteilen nachzukommen.

Ex-Betriebsrat Vollmer, per Gerichtsurteil wieder in den Betrieb geklagt, wurde zunächst zwangsbeurlaubt und erhielt dann wegen anhaltender „Betriebsfriedensstörung" die 5.und 6. Kündigung. Mittlerweile hat selbst die bislang zurückhaltende Westberliner IG Metall heftig reagiert. Ihr Vorsitzender Pagels forderte am 1. Mai „Bestrafung der Verantwortlichen" von BMW und prangerte den „offenkundigen Rechtsmißbrauch" an.

Die nebenstehend abgebildete Broschüre untersucht den Fall BMW unter arbeitsrechtlichen Aspekten, zeichnet seine Geschichte nach, enthält ein BMW-Konzernporträt, stellt die Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit bei BMW vor und setzt sich kritisch mit der IGM-Politik auseinander. Gegen Vorkasse vom DM 7,00 ist sie zu beziehen bei:

Klaus Vack, An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal — PGiroA Frankfurt/M., BLZ 500 100 60 Kto.— Nr. 39 18 81 — 600, Kennwort: Gekaufte Vernunft.

»Erwerbslosenpolitik muß auch Politik der IG Metall sein«

Interview mit einem Kollegen des Hamburger »Metaller- und HDW-Arbeitslosenzentrums«

AK: Bitte erzähle uns etwas über die Entstehung des Arbeitslosenzentrums. Warum seid ihr nicht im Gewerkschaftshaus, sondern hier in Hamburg-Altona in selbstgemieteten Räumen?

Kollege: Erst einmal zu unserem Namen. Wir nennen uns HDW-und Metaller-Arbeitslosenzentrum. Wir waren ursprünglich eine reine HDW-Arbeitslosengruppe, die nach den Massenentlassungen bei HDW im September 1983 entstanden ist. Damals wurden 1.300 Kolleg/inn/en auf die Straße gesetzt (hierunter waren ca. 80 % IGM-Mitglieder). Nach der im September 1983 durchgeführten Betriebsbesetzung war bei einem Teil der Kolleg/inn/en der Wunsch da, jetzt auch als Erwerbslose so gemeinsam weiterzumachen. Wir standen damals in der Situation: Weg vom Betrieb und weg von der Gewerkschaft. Deshalb haben wir von vornherein gesagt: Wir wollen weiter in der Gruppe bleiben. Wir wollen eine gewerkschaftliche Gruppe bleiben, die weiter ein politischer Faktor in Hamburg sein sollte. Weiterhin hatten wir uns vorgenommen, noch etwas davon einzuklagen, was vor den Entlassungen an Politikersprüchen auf den Betriebsversammlungen der HDW gekommen war. Damals war ja noch so etwas wie die ,Gesellschaft für Umwelttechnik', die Schaffung von Arbeitsplätzen beim Hamburger Staat und ähnliches im Gespräch. Wir haben dann zu Anfang auch gleich Kontakt aufgenommen zu anderen Arbeitslosengruppen und zur Koordination der Arbeitslosengruppen. Das Problem bei den anderen Gruppen ist ja, daß sie überhaupt Schwierigkeiten haben, an die Arbeitslosen ranzukommen.



Bei unserer ersten Veranstaltung im Gewerkschaftshaus waren 150 Kolleg/inn/en. Das war dann jedoch mehr eine IGM-Sozialdemokraten-Veranstaltung, wo alle möglichen Behörden und Ämtervertreter saßen. Das lief dann nach dem Motto: Ihr habt ja soviel Probleme, nachdem ihr jetzt in so einer neuen Situation steht. Hier sind Fachleute, nun fragt mal.

Die IG Metall hat dann im September 1983 auch einen Gewerkschaftssekretär auf ABM-Basis eingestellt. Dieser sollte da sein für die Betreuung unserer arbeitslosen Kollegen.. wie es hieß. Mit diesem Sekretär haben wir unsere Gruppe gegründet. Das war ersteinmal nur eine Gruppe von 5-6 Leuten, die beschlossen hatten, die ganze Sache ein bißchen aktiver mitzumachen. Das erste Problem war, daß die Gefahr bestand, daß alles unheimlich auseinanderleppert, wenn Du nicht irgenwo einen Treffpunkt hast. Die IG Metall hat von Anfang an gesagt: Das läuft nicht außerhalb des Gewerkschaftshauses. Sie hat uns angeboten, daß wir uns einmal die Woche im Sitzungszimmer treffen können ,,und dann könnt ihr zweimal in Harburg ins Büro und dann könnt ihr einmal die Woche in den Takelboden. Ihr müßt denn mal Bescheid sagen, was ihr braucht.'' Das war matürlich überhaupt nicht das, was wir wollten. Wir wollten einen festen Raum, wo man sich auch nachmittags treffen kann, wo man mal ein Bier trinken und auch Aktionen und was weiß ich vorbereiten kann. Wo man sich einfach mal austauschen kann über Probleme bei der Arbeitssuche und ähnlicher Dinge. Wir haben im Gewerkschaftshaus erstmal ein wöchentliches Treffen erwerbsloser IG Metaller eingeführt, was auch in der Metall-Zeitung ein paarmal angekündigt wurde. Da haben wir eine Zeitlang ganz interessante Treffen gemacht. Damals hatten besonders die ausländischen Kollegen große Probleme. Die hatten damals alle große Angst, was jetzt passiert mit ihrer Aufenthaltsgenehmigung. Kollegen, die 10, 12 Jahre auf der HDW gearbeitet haben, haben einfach ihre Aufenthaltsgenehmigung nicht gehabt. Die brauchten sie ja bislang nicht. Nachdem sie arbeitslos waren, sind ihre Anträge vom Ausländeramt nicht mehr angenommen worden. Da ist vom Betriebsrat und der IG Metall unheimlich viel verschlafen worden in dem Sinne, daß da nicht jeder bei den Hammelbeinen gezogen worden ist: hast Du Deine Papiere in Ordnung, solange Du noch in Lohn und Brot stehst?

Wer kam noch zu Euren Treffen außer den entlassenen HDWlern?

Im wesentlichen waren es HDWler, aber es kamen ein paar dazu von Blohm & Voss und MAN. Bloß, es ist natürlich so: Du kannst da nicht jeden Dienstag ein Treffen machen und dann diskutierst Du da irgendwas. Nach spätestens einem Vierteljahr ist das nicht mehr interessant. Dazu noch in dieser unpersönlichen Atmosphäre da im Gewerkschaftshaus ... Unser Arbeitslosensekretär hat sich übrigens während dieser ganzen Zeit dort auch sehr rar gemacht. Er hat an diesen Treffen also eigentlich nicht teilgenommen. Er hat es vorgezogen, so Beratungstätigkeit zu machen. Also am Telefon zu sitzen und waren, bis jemand klopft: ,,Ich hab 'ne Frage''. Das ist wirklich d a s Verständnis von Betreuungstätigkeit und das war eigentlich auch d a s ,

Verständnis von Betreuungstätigkeit und das war eigentlich auch d a s ,
was alle von Anfang an an der IG Metall-Erwerbslosenpolitik gestört hat.

Als die Sachen zur 35-Stunden-Woche gelaufen sind, wo es wirklich darauf angekommen wäre, die Erwerbslosen mit einzubeziehen in den Kampf, kam von der IGM nicht viel. Wir sind da auf den IGM-Demonstrationen mit unserem Transparent aufgetreten ,,Arbeitslose für Überstundenstopp, sonst wird das ganze Ding zum Flop — Arbeitslose für die 35-Stunden-Woche''. Damit wollten wir auch deutlich machen, daß mit Einführung der 35-Stunden-Woche die Arbeitsplätze auch nicht auf einmal da sind. Daß wir in den Betrieben auch Forderungen haben müssen wie: Abbau von Überstunden, Aktivitäten gegen die sogenannten Arbeitnehmerüberlassungsfirmen etc. Speziell zu letzterem Punkt tun sich Betriebsräte und Gewerkschaften sehr, sehr schwer.

Wir sind zu diesen Themen jedoch aktiv geworden, indem wir vor den Betrieben Flugblätter verteilt haben mit der Intention, im Kampf um die 35-Stunden-Woche erstmal keine Überstunden zu machen. Wir sind auch zu Betrieben gefahren, die von Entlassungen bedroht sind. So waren wir mal bei der AEG-Schiffbau. Bei Jungheinrich haben wir mal 'ne kleine Aktion gemacht, wo wir auch mit den Kollegen diskutiert haben, die Angst hatten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

Bei der HDW haben wir mehrmals Aktionen zusammen mit dem Betriebsrat und Vertrauensleutekörper vor dem Tor gemacht. Mit einem Transparent: ,,Überstunden auf der HDW tun den Arbeitslosen weh'' haben wir auch versucht, moralisch Druck zu erzeugen. Wir waren auch eingeladen auf Betriebsversammlungen und Vertrauensleutesitzungen bei HDW.

Teilweise kommen die Kollegen zu den wöchentlichen Treffen auch mit ihren Frauen. Die Frauen haben im Herbst auch schon mal eine kleine Aktion gemacht. Sie haben gemeinsam ein Flugblatt geschrieben und es gemeinsam bei HDW verteilt. Und zwar in Form eines Offenen Briefes an den Vorstand: Gegen Überstunden für Neueinstellungen.

Wie seid Ihr in den Gremien der IGM vertreten?

Als im Frühjahr 84 Wahlen zur Vertreterversammlung waren, gab es das Zugeständnis, acht Vertreter von den Erwerbslosen wählen zu lassen. Allerdings muß man sagen, daß diese Zahl bei damals fast 3.000 erwerbslosen IG Metallern nicht satzungsgemäß ist. Satzungsgemäß kommt auf 200 IG Metaller ein Vertreter. Zum zweiten ist das ganze so eine geduldete Geschichte. Also, wir sind nicht in den Ortsstatuten abgesegnet. Die Rentner sind z.B. abgesegnet.

Als Ihr dann die Räume hier bezogen habt, wie sah da die Reaktion der IG Metall aus?

Uns wurde direkt und indirekt vorgeworfen: Ihr grenzt Euch ab von der IG Metall. Ihr macht was eigenes.

Übrigens ein eingetragener Verein waren wir schon im Dezember 83 und zwar immer mit der Perspektive, damit auch an Staatsknete ranzukommen. Wenn die da vom Bezirk einen Fond für Arbeistloseninitiativen haben, kommt ihnen da so eine HDW-Initiative gerade recht. Vor dem Jobberladen in der Balduinstraße haben sie da eher Angst. Dann kommen sie zu uns und fragen: Wollt Ihr nicht das Geld beantragen ...

Als wir dann die Eröffnungsfeier hier im Zentrum hatten, kam von den Kollegen die Kritik, daß sich absolut kein ,,offizieller IG Metaller'' hat blicken lassen. Das Fernsehen und der Betriebsrat waren vertreten, aber nicht die IGM-Ortsverwaltung. Selbst unser Arbeitslosensekretär fehlte.

Unsere Forderungen, die wir damals an die IG Metall stellten, waren erstmal Unterstützung bei der Miete für unseren Raum und zweitens forderten wir, daß die IG Metall mal versuchen müßte, alle Erwerbslosen IG Metaller anzusprechen. Da reicht kein Spruch in der ,,Metall''-Zeitung, da müssen alle direkt angeschrieben werden.

Wir hatten dann ein Gespräch mit der Ortsverwaltung, wo als Ergebnis u.a. rauskam, daß wir monatlich 200 DM als Mietzuschuß bekamen. Das war aber erst, nachdem wir den Raum schon fünf Monate hatten.

war aber erst, nachdem wir den Raum schon fünf Monate hatten.

Wir konnten schließlich auch durchsetzen, daß alle Erwerbslosen IG Metaller zur Eröffnungsveranstaltung angeschrieben wurden. allerdings waren wir nicht glücklich über die Form des Einladungsschreibens und zweitens haben sie uns kurz vorher das Programm umgeschmissen, indem sie einen von der Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales eingeladen haben. Das war zwar ein ganz dufter Mensch, aber der sollte dann praktisch vertreten, wie der Hamburger Senat Arbeitsplätze schafft. Der hat dann Arbeitslosenzahlen vorgelesen und die schwierige Situation beschworen.

Es waren auch viele von uns enttäuscht, daß nur 80 Kolleg/inn/en gekommen sind. Meiner Meinung nach zeigt das einfach, wie schnell der Kontakt abbricht, wenn es nicht mehr den Rahmen von Vertrauensleuten, Betriebsräten usw. gibt.

Als wir 14 Tage später hier mit 40 Kolleg/inn/en Mitgliederversammlung hatten, äußerte Bodo Apenburg von der Ortsverwaltung, daß die Ortsverwaltung gerne Mitglied werden würde in unserer Initiative. In den Gesprächen mit der Ortsverwaltung forderten wir auch, daß bei der IG Metall ein ständig arbeitender Arbeitskreis eingerichtet wird, der möglichst auch eine Vertretung in der Ortsverwaltung hat, damit die Erwerbslosenfragen diskutiert und eingebracht werden können. Damit es auch möglich ist, daß die Gewerkschaft zu Fragen der Erwerbslosen Stellung bezieht und auch Forderungen aufstellt. Z.B. Null-Tarif für Hamburgs Verkehrsmittel für Erwerbslose.

Was macht Ihr sonst noch so in Eurem Zentrum?

Wir haben hier eine Dunkelkammer, und jeden Freitag kommen Kollegen und machen eine Photogruppe. Von der Photogruppe ist auch unser HDW-Kalender gemacht worden. Wir haben eine Ausstellung gemacht hier in der Bücherei in der Thadenstraße. Und Anfang Juni zeigen wir da ein paar Filme. Einmal ,Moderne Zeiten' und dann einen Film über die Entstehung unserer Arbeitsloseninitiative. Montags treffen sich Kollegen zum gemeinsamen Tischtennisspielen. Ansonsten steht der Raum auch so offen für gewerkschaftliche Gruppen, die sich hier mal treffen wollen.

Jetzt würde ich gerne wissen, wie Ihr Euch verhalten habt, als in der Hamburger Arbeitslosenkoordination die Diskussion um den Erwerbslosenblock am 1. Mai losging. Was war da Eure Position zu einem eigenständigen Auftreten der Erwerbslosen in der DGB-Demonstration?

Also eine einheitliche Position in unserer Gruppe gibt es nicht. Die Diskussionen, die wir geführt haben, waren sehr heftig. Es gab Positionen, die vertreten haben: Wir müssen einen großen Erwerbslosenblock bilden. Dem standen jedoch auch Meinungen, vor allem auch älterer Kollegen, gegenüber: Ne, mit denen wollen wir nicht, das sind Kommunisten.

Aber unsere Position ergibt sich im Grunde schon daraus, was ich vorhin gesagt habe: Wir wollen die Gewerkschaft verändern. Insofern war bei uns immer so im Kopf: Wir wollen im Block der IG Metall darstellen, daß Erwerbslosenpolitik auch Politik der IG Metall sein muß. Und wir können das auch praktisch so vertreten, weil wir eine IG Metall-Gruppe sind. Wir können das außerdem gemeinsam mit unseren alten Kolleg/inn/en machen, mit denen wir am 1. Mai gemeinsam die Transparente getragen haben.

Sehr viel schwieriger haben es da einfach die anderen Arbeitsloseninitiativen, die sich zwar auch in Richtung Gewerkschaft orientieren, die aber mit einer Drei-Mann/Frau-Arbeitslosengruppe irgendwie ziemlich allein dastehen.

Die Position, die sich dann letztlich bei uns durchgesetzt hat, war: Wir gehen im Block der IG Metall unter Erwerbslosenforderungen. Und es war abgesprochen, daß andere Arbeitslosengruppen sich uns anschließen würden. Speziell waren das die Gruppen aus Harburg, Wilhelmsburg, die ,,Arbeitslosen Hamburger'', die ,,Lindenallee''. Speziell auch mit der Begründung, daß wenn die in ihren Gewerkschaften gehen würden, würde man die gar nicht mehr finden.

Kann mensch sagen, daß sich die Ar-

Kann mensch sagen, daß sich die Arbeitslosengruppen an dieser Frage in der Praxis gespalten haben?

Also, da muß man ganz vorsichtig sein. Es gibt gerade in Bezug auf die Gewerkschaften, das ist auch bei den ZAK-Tagen zum Ausdruck gekommen, grundsätzlich verschiedene Richtungen. Einmal Richtungen, die sagen: mit Gewerkschaften haben wir eh nichts am Hut. Die stärkste Tendenz zur Zeit ist wohl: Wir müssen versuchen, eine eigenständige Arbeitslosenbewegung aufzubauen. Also im Grunde in Richtung eigenständiger Arbeitslosengewerkschaft. Das geht so in die Richtung, wir müssen eigenständig aktiv werden, damit wir vom DGB ernst genommen werden, damit wir dann mit dem DGB etwas gemeinsam machen können, während unser Ansatz ein anderer ist. Unser Ansatz ist in der Politik der IG Metall hier in Hamburg etwas zu verändern. Also nicht auf große Vereinigung aller Arbeitsloseninitiativen, sondern eher auf Vereinigung der Arbeiterklasse. Also der Arbeitslosen und Beschäftigten in einer Organisation. Das sind zwei grundsätzlich verschiedene Richtungen. Und aus solch grundsätzlich verschiedenen Richtungen kommen dann natürlich auch unterschiedliche Vorschläge, wie mensch am besten am 1. Mai auftritt. Ich weiß nicht, ob mensch da von einer Spaltung reden kann.

Wie sah die Reaktion der IGM auf die Auseinandersetzungen am 1. Mai aus?

Auf der letzten Vertreterversammlung hat Johannes Müllner von der Ortsverwaltung der IG Metall sich u.a. bitter beschwert über einige Erwerbslose, die da ,,Remmi-Demmi'' und ,,Krawall'' gemacht haben, und er hat sich bedankt bei denjenigen, die schön brav in den Reihen der IG Metall gegangen sind. Einer unserer Erwerbslosenvertreter hat dann gesagt, daß er das erstmal unheimlich gut findet, daß so viele Erwerbslose an der 1. Mai-Demonstration teilgenommen haben, egal wo. Und gerade die Gewerkschaften hätten sich nicht mit Ruhm bekleckert in der Erwerbslosenarbeit. Deshalb könne man auch verstehen, wenn einige Erwerbslose nicht im Gewerkschaftsblock gelaufen sind, und dann hat er so den Bogen gezogen, daß gerade die Gewerkschaften in die Erwerbslosenarbeit wesentlich mehr investieren müssen. Da hat er dann im wesentlichen die Forderungen genannt: Überstundenabbau, Kampf gegen die Auswirkungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes usw.

Wir wünschen Euch weiterhin viel Erfolg bei Eurer Arbeit und danken für's Gespräch!

Steinkühler und Janßen (IGM) zur Bedeutung von Arbeitslosenorganisationen

Die Äußerungen der Gewerkschaften zur Organisation von Arbeitslosen sind rar gesät. Zwei seien hier dokumentiert. Aus unterschiedlichem Blickwinkel kommen hier zwei Sozialdemokraten zu ganz unterschiedlichen Schlußfolgerungen.

Franz Steinkühler, 2. Vorsitzender der IGM, in einer Antwort auf den Wissenschaftler Müller-Jentsch (,,Frankfurter Rundschau'' 16.3.84):

,,Nicht nur in Baden-Württemberg, sondern insgesamt bemühen wir uns seit vier Jahren, Arbeitsloseninitiativen zu gründen. Ich bin bereit hier einzugestehen: aus anderen Motiven, als allgemein erwartet wird, nicht aus humanitären Gründen, sondern aus politischen Gründen. Und zwar deshalb, weil ich die Gefahr sehe, daß der Zeitpunkt nicht mehr weit weg ist, wo diese Arbeitsloseninitiativen bundesweit instrumentalisiert werden gegen die Gewerkschaften. Das haben wir vor '33 auch schon gehabt. Der Diskussionsstand in den Gewerkschaften ist heute noch, Arbeitsloseninitiativen selbst zu gründen. Ich würde darüber hinausgehen und sagen, daß die Strukturen der Gewerkschaften nicht geeignet sind, adäquate Aktionsplattformen für Arbeitsloseninitiativen zu bilden. Da gibt es geeignetere Organisationen. Ich würde nicht die Kirchen dafür vorschlagen, sondern die Arbeiterwohlfahrt, um ein Beispiel zu nennen. Aber ich sage deutlich: Um die Arbeitslosen-initiativen — ein böses Funktionärswort, das ich jetzt sage — politisch in

initiativen — ein böses Funktionärswort, das ich jetzt sage — politisch in
den Griff kriegen zu können, und um zu verhindern, daß sie gegen die Interessenvertretungspolitik der Arbeitsplatzinhaber eingesetzt werden können.''

Hans Janßen (IGM-Vorstand Abtlg. Tarifpolitik)/Klaus Lang (in: ,,Überwintern oder Überleben'', VSA-Verlag 1985):

,,Die technische Entwicklung droht — vor allem ohne weitere Arbeitszeitverkürzung — zu einer radikalen Polarisierung der Arbeitsverhältnisse zu führen; eine Polarisierung, die sich deshalb nicht mehr als solche darstellt, weil die ,Rationalisierungsverlierer' auch ihren Arbeitsplatz verlieren und damit in der Betriebswirklichkeit nicht mehr vorhanden sind ... Übrig bleibt dann nunmehr das andere Ende dieser Polarisierung ... die ,qualifizierten Produktionsarbeitnehmer neuen Typs' ... Es mag für Gewerkschaften verlockend sein ... sich auf die gewerkschaftliche Organisation dieses Facharbeitnehmers neuen Typs zu konzentrieren ... Dies wäre eine ,Überwinterungsstrategie' ... Diese Facharbeitergewerkschaft könnte dann unter Ausblendung der Interessen von 30 bis 50% des ,Erwerbspersonenpotentials' die Arbeitsbedingungen der restlichen Hälfte bis Zweidrittel der Arbeitnehmer gestalten ... Das gesellschaftliche ,Recht auf Arbeit', der Anspruch auf politisch-soziale Emanzipation der jeweils Schwächeren in einer Gesellschaft und die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung als Ziel blieben bei einer solchen Politik auf der Strecke. Gewerkschaften wären dann in keiner Weise ,Gegenmacht', sondern nurmehr Ordnungsfaktor, von Konservativen und Kapital gewünschte ,Betriebspolizei' ... Ein Überleben der Gewerkschaften als autonome Interessenorganisationen der abhängig Beschäftigten wird nur möglich sein, wenn tarifpolitische Mobilisierung fortgeführt und nach wie vor mit gesellschaftspolitischer Mobilisierung, die auf Mehrheiten für eine Politik grundlegender struktureller Reformen abzielt, verbunden wird. (Mobilisierung für die SPD?, Anm. d. Verf.) ... Aber die technisch-ökonomische Entwicklung produziert ... auch zunehmende Widersprüche und läßt die Zahl jener, die auf dem Müllhaufen dieser Entwicklung zu landen drohen, wachsen. Sie gilt es, gerade auch durch die Gewerkschaften, in den Betrieben und in der Gesellschaft zu organisieren als Widerstandspotential gegen die alleinige Verfügungsmacht des Kapitals und gegen die uneingeschränkte Herrschaft der Konservativen. Daher heißt ,Überleben' für die Gewerkschaften Fortsetzung einer offenen Mobilisierungspolitik ...''

Diskussion der Reproduktionstechnik
Mama, wie bin ich entstanden?

Sie schlagen den neuen Katalog auf.
Hochglanz.
Mit vielen Bildern.
Sehr ästhetisch!
Adam und Eva P. vertiefen sich in das reichhaltige Angebot modernster Reproduktionstechniken. Sie wollen sich reproduzieren, früher sagte man dazu „ein Baby bekommen".

Allerliebst sollen ja die Babys aus den neuen tragbaren Heimgebärmaschinen werden, lieferbar mit Notstromaggregat, Nährlösungen und Programm, anschließbar an den Heimcomputer. Alle Kontrolldaten über die Entwicklung des Fötus sind täglich abrufbar. Visuelle Kontrolle durch Laparoskop-Auge möglich. Individuelle Betreuung des heranwachsenden Fötus durch die Sozialeltern ist wünschenswert, etwa durch regelmäßiges Streicheln der festen Latexhaut, die das Kind umgibt und durch leise Beschallung mit sanfter Musik. Simulation mütterlicher Bewegung leistet bereits die Maschine, ebenso embryonale Beleuchtung. Allerdings ist bisher immer noch nicht gelungen, die komplizierte Stoffwechselsituation hinreichend zu imitieren, daher ist nächtliches Anschließen der Maschine an den mütterlichen Blutkreislauf notwendig.

Adam und Eva sind beeindruckt. Aber auch die In-Vitro-Fertilisation mit anschließendem Embryo-Transfer in den eigenen Körper oder den einer Mietmutter wird noch angeboten.

Schon zu Schleuderpreisen bekommt man heute Samen. Lang ist die Liste der Spender für die heterologe Insemination, gut sortiert und geordnet nach Rasse, Resistenzen und Nobelpreisen.

Oder bestellen Sie das „Baby antique", den Embryo der vorletzten Generation, frisch aus der Tiefkühltruhe! Oder finden Sie sich selbst durch Köning!
Adam und Eva können sich nicht entscheiden.
Sie versuchen es noch einmal auf die herkömmliche Weise.
Was wäre aus der Menschheit geworden?

Die neuen Wege, Babys zu machen

Louise Brown war das erste. Das erste Retortenbaby. In einer gut inszenierten Show wurde sie am 26. Juli 1978 in der mittelenglischen Stadt Oldham per Kaiserschnitt zur Welt gebracht. Ein Kamerateam filmte, Fotografen und Reporter drängten sich zuhauf im Foy-
Kaiserschnitt zur Welt gebracht. Ein Kamerateam filmte, Fotografen und Reporter drängten sich zuhauf im Foy-
er des Krankenhauses. Neun Monate zuvor hatten ihre medizinischen Väter, der Gynäkologe Patrick Steptoe und der Physiologe Robert Edwards, der wegen Verklebung der Eileiter kinderlosen 30jährigen Lesley Brown mit einer Hohlnadel — unter direkter Beobachtung durch eine biegsame Glasfaser-Optik (Laparoskop) — ein gereiftes Ei entnommen. Die Eizelle wurde in einer Glasschale mit dem Samen des Mannes befruchtet und nach zwei Tagen in die Gebärmutterschleimhaut der Mutter eingesetzt. Das Ei wurde nicht abgestoßen und die Schwangerschaft verlief vollkommen normal.

Louise Brown ist kein Retortenbaby im wörtlichen Sinne. Die Bezeichnung impliziert, daß ein Wesen ganz und gar auf künstliche Weise im Reagenzglas synthetisiert worden sei. Das ist zum Glück bis heute nicht möglich. Louise Brown ist aus natürlichen, unmanipulierten Keimzellen entstanden. Lediglich der Vorgang der Befruchtung war „künstlich", da er außerhalb des Mutterleibes stattgefunden hat. Damit war den Forschern Edwards und Steptoe nach 80 Fehlversuchen in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine künstliche Einleitung der Schwangerschaft gelungen.

Mit Genmanipulation oder Genetik hat das hier noch nichts zu tun. Die neuen Wege, Babys zu machen, werden unter den Begriff Reproduktionstechnik zusammengefaßt.

Die In-Vitro-Fertilisation

Ein eigenes Kind zu haben ist auch heute für die meisten Menschen von zentraler Bedeutung. Unfruchtbarkeit ist für viele ein Makel. Gefühle der Wertlosigkeit und Schuldzuweisungen können zu schweren Krisen in einer Partnerschaft führen. Psychische Probleme können die Folge sein.

„Zwar läßt sich durch historische und kulturvergleichende Untersuchungen zeigen, daß der Kinderwunsch ein gesellschaftlich produziertes Verlangen ist und daher nicht, wie immer wieder behauptet wird, ein ureigenes biologisches Bedürfnis beider Geschlechter darstellt. Doch diese soziale Produziertheit des Kinderwunsches schließt keineswegs aus, daß seine Nichterfüllbarkeit als eine persönliche Katastrophe empfunden werden kann." (1) Daher erscheint die medizinische Therapie der Unfruchtbarkeit legitim zu sein.

Viele Menschen leben aber auch bewußt mit ihrer Unfruchtbarkeit und stehen auf dem Standpunkt, was die „Natur" verwehrt, soll nicht „künstlich" hervorgezaubert werden.

Unter Unfruchtbarkeit oder Sterilität versteht man die Unfähigkeit der Vereinigung von Eizellen und Samenzellen. An beiden Partnern kann es liegen. Die Häufigkeit steriler Ehen (an-
Vereinigung von Eizellen und Samenzellen. An beiden Partnern kann es liegen. Die Häufigkeit steriler Ehen (an-
dere Lebensgemeinschaften werden nicht untersucht) liegt in der BRD bei 15-20%, doppelt so hoch wie vor zehn Jahren. Ursachen können neben eventuellen körperlichen „Defekten" auch Streß, Umweltgifte und Medikamente sein. Raucher sollen öfter Fruchtbarkeitsstörungen haben als Nichtraucher. Es wird auch angenommen, daß Kinderlosigkeit psychische Ursachen hat. Psychosomatiker sehen in der Kinderlosigkeit in vielen Fällen ein Signal des Körpers. Möglichkeiten psychotherapeutischer Gespräche werden kaum angeboten. Ein Beispiel aus Berlin: *„Professor Manfred Stauber konnte zwei Dritteln seiner hilfesuchenden Patientinnen ausschließlich durch eingehende Gespräche und psychotherapeutische Maßnahmen helfen — die Frauen wurden ohne medizinische Eingriffe schwanger oder fanden sich in einer Weise mit ihrer Kinderlosigkeit ab, die Professor Stauber durchaus als positiv für die Paare ansieht."* (2)

Versagt allerdings diese Therapie, wer wagt es, einem Paar ihren „gesellschaftlich produzierten Kinderwunsch" auszureden? Oft wird gerade aus unseren eigenen, durchaus fruchtbaren Reihen den Unfruchtbaren vorgeworfen, sie würden „voll auf die Familienideologie abfahren"!

Da also viele Paare unter ihrer Kinderlosigkeit leiden, wird die **In-Vitro-Fertilisation** als „Heilmethode" angesehen. Die Befruchtung einer Eizelle in einem kleinen, flachen Glas, der Petri-Schale, wird In-Vitro-Fertilisation (IVF) oder auch extrakorporale (außerhalb des Körpers stattfindende) Befruchtung genannt. Was vor sieben Jahren noch als revolutionär galt, ist heute zur Routine geworden. Es soll weltweit heute mehr als 1.000 der sogenannten Retortenbabys geben.

Die „Ei-Rekrutierung"

So nennt man es in der amerikanischen Berichterstattung, aber es wird auch vom „Ernten" der Eier gesprochen.

Da die Eizellgewinnung durch Bauchspiegelung einen nicht unerheblichen und nicht beliebig zu wiederholenden Eingriff darstellt, ist es notwendig, möglichst viele befruchtungsfähige Eizellen auf einmal zu gewinnen. Dafür werden die Frauen hormonell aufgepäppelt (Superovulation = Reifung mehrerer Eizellen). Eine Hormonbehandlung bedeutet, daß die Frau ab ihrem 2. Zyklustag täglich in die Praxis rennt, um eine Hormonspritze zu bekommen. Die Langzeitwirkungen dieser starken Hormonbehandlung sind noch nicht erforscht, trotzdem werden sie bereits am weiblichen Körper praktiziert. Sie muß täglich Temperatur messen und genau Buch führen. Kurz vor dem Eisprung muß sie jeden Tag zur Blutabnahme, damit der Östrogenspiegel (Hormon-Stand im Blut) gemessen werden kann. Täglich wird der Zervix-Schleim untersucht; dieser Schleim im Gebärmutterhals wird weicher während des Eisprungs, damit die Samenzellen leichter durchschwimmen können. Vor der Ultraschall-Untersuchung muß die Frau unheimlich viel trinken, die Blase muß prall gefüllt sein, damit sich die Eierstöcke mit den reifen Eibläschen (Follikeln) besser auf dem Bildschirm abzeichnen. Für die chirurgische Entnahme der reifen Eizellen aus den Eierstöcken wird die Frau in Vollnarkose versetzt. Bei dem Eingriff schiebt der Arzt ein Sicht- und ein Absaugrohr durch zwei Einschnitte in die Bauchhöhle.

Die Eizellen werden in einem Brutapparat kultiviert, daß heißt, sie liegen in einer Nährlösung. Der Mann gewinnt sein Sperma durch Masturbation. (Stammt der Samen vom Partner, so nennt man es homologe Insemination, stammt der Samen von einem anonymen Spender, so heißt es heterologe Insemination). Im Labor wird nun der Samen für die Begegnung mit den Eizellen präpariert. Zunächst wird die Samenprobe „gewaschen", indem sie mit einem Nährmedium gemischt wird. Anschließend werden die Samenfäden in einer Zentrifuge von der Flüssigkeit getrennt. dieser konzentrierte Samen



EMBRYO-TRANSFER

wird nun wieder mit einer frischen Nährlösung bedeckt und in einem Brutapparat für eine Stunde aufbewahrt. Kritiker der In-Vitro-Fertilisation sahen eine Gefahr im einfachen Zusammenschütten der Samen und der Eizellen, da ja dann auch schwache, langsame Samen zur Befruchtung kämen, nur weil sie zufällig in die Nähe der Eizellen gegossen worden sind. Das würde das Befruchtungsprinzip der bisherigen Menschheitsentwicklung verändern.

Bei einer in-vivo-Befruchtung, der Befruchtung im Körper der Frau, „gewinnt" nämlich die Samenzelle, die am schnellsten das saure Milieu der Vagina, den festen Schleim des Gebärmutterhalses und den weiten Weg zum Eileiter überwindet. Den Kritikern der IVF wird nun entgegengehalten, daß die Prozeduren des Samenwaschens, Zentrifugierens und Aufbewahrens diesen „Wettlauf", der unter normalen Bedingungen stattfindet, simuliere. Die aktivsten Samen schwimmen in die obersten Schichten des Nährmediums, aus denen dann die endgültige Samenprobe gewonnen wird. Bei einer, wie soll man sagen, natürlichen Befruchtung, machen sich ungefähr 300 Millionen Samenfäden eines Samenergusses auf die Suche nach der einen Eizelle. In vitro werden ca. 50.000 Samenzellen auf jede der wartenden Eizellen getropft. Eine einzige Samenzelle befruchtet eine Eizelle.

Embryo-Transfer

Embryotransfer ist die Übertragung des in der Petri-Schale entstandenen Embryos in die Gebärmutterschleimhaut der Frau. Unter Embryotransfer fällt aber auch die Methode, daß einer Frau ihr befruchteter, eingenisteter Embryo aus der Gebärmutter „ausgewaschen" und einer anderen Frau eingepflanzt wird, die ihn austrägt. Nachdem dieses Verfahren schon jahrelang an Kühen und Schafen erprobt wurde und zur Routine gehört, wird es nun auch bei Frauen angewandt. In Kalifornien ist es 1983 gelungen, zwei Frauen auf diese Weise zu schwängern.

Zurück zu unserer Petri-Schale: Das befruchtete Ei verbleibt etwa zwei bis drei Tage in einer Nährlösung und beginnt hier mit den ersten Zellteilungen. Als winziger Zellhaufen — im Stadium von höchstens 16 Zellen — in dem sich noch keinerlei Organe abzeichnen, wird der Embryo mit Hilfe eines Katheters durch die Vagina in die Gebärmutter eingeführt.

Die Frau muß dafür eine Stellung einnehmen, bei der frau nur hoffen kann, daß den Super-Befruchtern nicht die Phantasie durchgeht, diese Position sei eben die vorteilhafteste für das Einbringen des Embryos. Die Frau trägt ihr Gewicht mit den Ellenbogen, Knie bis zur Brust angezogen, Gesicht nach unten, Po in die Höhe. Wie demütigend, wenn man bedenkt, wie oft diese Prozedur wiederholt werden muß, bis endlich die ersehnte Schwangerschaft eingetreten ist. Die Frau kann sich nach dem Embryo-Transfer ausstrecken, muß aber noch vier Stunden auf dem Bauch liegen bleiben, damit ihr die Embryonen nicht gleich wieder davonschwimmen. Sind die Schleimhäute der Gebärmutter zu diesem Zeitpunkt empfängnisbereit, so kann sich der Zellklumpen dort einnisten und auf natürliche Weise zum geburtsreifen Fötus auswachsen. Dieses „Timing" ist bei der IVF bisher das größte Problem. Eine englische Forschergruppe hatte bei Versuchen an Affen herausgefunden, daß die Zellteilungen des befruchteten Eies in Nährlösung langsamer ablaufen als im Mutterleib. Zum Zeitpunkt der Übertragung war also die Gebärmutterschleimhaut auf einem fortgeschritteneren Entwicklungsstand, so daß sich kein Ei mehr einnisten konnte. An schleswig-holsteinischen Kliniken sind bisher etwa 320 von rund 385 Versuchen gescheitert, in denen Frauen zu einem Kind durch IVF verholfen werden sollte.(3)

Die Zahlen sind im allgemeinen widersprüchlich. Auf 100 IVF-Versuche sollen lediglich fünf Geburten kommen. Für ein IVF-geborenes Kind werden durchschnittlich 26 Embryonen benötigt.

Die Risiken dieser Art der Fortpflanzung bestehen darin, daß es zu Bauchhöhlenschwangerschaften kommen kann, was lebensgefährlich ist. Außerdem ist die Rate der Mehrlingsgeburten erheblich höher als im Bevölkerungsdurchschnitt. Da möchtest Du ein Kind haben und gehst mit dreien nach Hause. Die psychischen Belastungen der Frau sind enorm. Für viele erstrecken sich die Versuche über mehrere Jahre, unter Umständen mit dem Ergebnis, doch nicht schwanger geworden zu sein. Haben sie allerdings ihr Kind, dann sagen sie, sie würden die Torturen immer wieder auf sich nehmen.

Die künstliche Befruchtung

Vergleichsweise harmlos ist die künstliche Befruchtung, wobei Sperma eines Samenspenders (homologe oder heterologe Insemination) mit Hilfe einer Spritze in die Vagina der Frau plaziert wird. Die Methode der künstlichen Besamung wird seit etwa 1950 bei Menschen angewandt. Ursprünglich war sie dazu gedacht, Männern mit mangelnder Spermienbeweglichkeit zur Fortpflanzung zu verhelfen. Heute gibt es in vielen Ländern der Welt Samenban-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

ken, in denen Spermien eingefroren werden. Noch 1962 forderten Juristen in der BRD in einem Entwurf zur Strafrechtsreform die Ahndung künstlicher Besamung mit einer Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren. Heute gibt es auf der Welt inzwischen über eine Million Kinder, die durch künstliche Befruchtung gezeugt worden sind, in der BRD sind es mehr als 20.000.

Die „Weißen Götter" geben aber durchaus nicht jedem befruchtungswilligen Paar den Segen zur künstlichen Besamung. Einer dieser Götter ist Dr. Dirk Propping von der Essener „Spezialpraxis für Frauen und Kinderwunsch". Er redet Leuten den Kinderwunsch aus, die er für „unästhetisch" hält, wenn sie z.B. zu dick sind, abstehende Ohren oder eine Hakennase haben; auch „ausgeflippte Typen" haben bei ihm keine Chance. Da kann



man sich nur wundern, daß dem Propping noch keiner die Nase platt gehauen hat. Mit Samen könne jeder handeln, da sie unter das Lebensmittelrecht fallen, sagt Propping.(4)

Unfruchtbarkeit als Krankheit ?

Die In-Vitro-Fertilisation war bisher eine sehr kostspielige Angelegenheit.

In der BRD erklärte die Barmer Ersatzkasse am 17. Juli 1984, daß Kinderlosigkeit eine Krankheit sei und sie deshalb die Kosten der Behandlung, also auch die IVF, trage, allerdings nur bei verheirateten Paaren. Es gibt aus der Frauenbewegung Kritik daran, daß Unfruchtbarkeit als eine Krankheit

halb die Kosten der Behandlung, also auch die IVF, trage, allerdings nur bei verheirateten Paaren. Es gibt aus der Frauenbewegung Kritik daran, daß Unfruchtbarkeit als eine Krankheit

eingestuft wird. Es gibt sicher körperliche Ursachen, die diese Unfruchtbarkeit herbeigeführt haben können. Eine Verklebung der Eileiter, von dem eine Frau nichts spürt, muß nicht als Krankheit angesehen werden, ein entzündeter Hoden, der zu Unfruchtbarkeit führt, schon eher. Über den Begriff „Krankheit" könnten wir uns jetzt hier auch noch streiten. Gehen wir mal davon aus, daß künstliche Befruchtung und In-Vitro-Fertilisation heute in Händen der Medizin liegt. Die Ärzte und Krankenhäusesr rechnen mit Krankenkassen ab und nicht mit Familienministerien. Die könnte man ja auch zur Kasse bitten, weil sie immer um die Bevölkerungsstatistiken so besorgt sind.

Da die Krankenkassen jetzt die Kosten der Reproduktionstechniken übernehmen wollen, können mehr Menschen auf diesem Weg versuchen, ein Baby zu bekommen. Ein teures Verfahren auf eigene Rechnung können sich viele Paare nicht leisten. Eine IFV kostet zwischen 2.000 DM und 20.000 DM, je nach Häufigkeit der Versuche. Übernehmen die Kassen die Ausgaben, so trägt die sogenannte Gemeinschaft der Beitragszahler die finanzielle Last für's künstliche Babymachen. Jede, die diese Technik ablehnt, zahlt also doch dafür. Es scheint absurd zu sein, daß wir eher bereit sind, den Psychiater mitzufinanzieren, der die Depression der Paare behandelt, die sich sehnlichst, doch unerfüllt, ein Kind wünschen!

Nun ist da noch das eklatante Problem, daß die Kosten für ein Retortenbaby nur für verheiratete Paare übernommen werden sollen. Im allgemeinen ist heute anerkannt, daß all denen, die eine medizinische Behandlung benötigen, sie auch bekommen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, Religion, Lebensstil und ihren moralischen Ansichten. Per se wird davon ausgegangen, daß verheiratete Paare einem Kind ein „gutes Heim" bieten können. Der blanke Ausschluß unverheirateter Paare, alleinstehender Frauen, lesbischer Paare von der IVF seitens der Ärzteschaft, der Kassen und der „öffentlichen Meinung", ist nichts weiter als eine Diskriminierung der Nonkonformisten!

Gibt man dem Teufel den kleinen Finger ...

Die Forschungsgesellschaften stellen das Leiden unfruchtbarer Paare meistens in den Vordergrund, um die Notwendigkeiten ihrer Versuche mit Eizellen, Spermien und Embryonen zu begründen. Ein Anteil von bisher nur etwas über 1.000 Retortenbabys bei einer Erdbevölkerung von fast fünf Milliarden Menschen (das sind 0,00002%) erscheint vergleichsweise gering im Verhältnis zum Aufwand und Wettstreit, der inzwischen weltweit entbrannt ist. Die wenigen Retortenbabys zum Wohl der Unfruchtbaren scheinen das Alibi für eine lukrative Industrie zu sein, die Forschungen ermöglicht, über die in allen „Schöne-neue-Welt"-Berichten bisher wohl nur die Spitze des Eisberges zu sehen war.

Die Reproduktionstechnik, in erster Linie die In-Vitro-Fertilisation, stellt menschliche Embryonen zur Verfügung, die dem Zugriff der Gentechnik nicht mehr zu entziehen sind. Genforschung und Krebsforschung sind seit Jahrzehnten schon an menschlichen

Linie die In-Vitro-Fertilisation, stellt menschliche Embryonen zur Verfügung, die dem Zugriff der Gentechnik nicht mehr zu entziehen sind. Genforschung und Krebsforschung sind seit Jahrzehnten schon an menschlichen

Zellen erprobt, z.B. an lebenden Ei- und Samenzellen und an kultiviertem, sich weiter teilendem Tumorgewebe. Menschliche Embryonen mit ihren sich entwickelnden, „jungfräulichen" Zellen, stellen aber auf ganz andere und neue Weise einen „Forschungsgegenstand" dar. Insofern ist die Reproduktionstechnik nicht mehr von der Gentechnik und deren Folgen zu trennen.

Junge oder Mädchen?

Eine fast perfekte Geschlechtswahl vor der Zeugung ist heute schon möglich. Der Mann produziert Samenzellen, die bei Verschmelzung mit Eizellen Mädchen entstehen lassen und Samenzellen, die Jungen erzeugen. Der Mann „bestimmt" also das Geschlecht seines Kindes, bisher zufällig. Es sind nun Verfahren entwickelt worden, die die Samenzellen sortieren. Bei einer Methode wird die Geburt von Mädchen garantiert. Die Methode mit hundertprozentiger Sicherheit einen Jungen zu bekommen, ist dagegen noch nicht so ausgereift. Das sicherste Verfahren bietet die In-Vitro-Fertilisation. Die Embryonen in der Petri-Schale können vor dem Einsetzen in in die Gebärmutter auf ihr Geschlecht hin untersucht werden. Da meist mehrere Embryonen zur Verfügung stehen, „erlaubt" man sich diese Experimente. Im Achtzell-Stadium wird ein Embryo halbiert. Vier Zellen werden analysiert, vier Zellen werden mit gewünschtem Geschlecht dann eingepflanzt.(Diese Zerteilung im Frühstadium ist biologisch möglich. Es gibt auch die zufällige, natürliche Zweiteilung des Zellhäufchens, aus denen dann die eineiigen Zwillinge entstehen). Auf Wunsch der Eltern und gegen ein entsprechendes Sonderhonorar wird diese Geschlechtswahl in England, Australien und den USA praktiziert. Nach Umfragen wünschen sich ca. 70% der Eltern Söhne ...

Das Einfrieren des Embryos

Die Technik der In-Vitro-Fertilisation erzeugt mehr Embryonen als eingepflanzt werden können. Direkte Folge ist die Forschungsrichtung und deren Industrie, die sich mit dem Tiefgefrieren von Embryonen beschäftigt. Die Tiefkühl-Vertreter legitimieren ihre Methode damit, daß den Frauen dann ja nur einmal die Bauchdecke geöffnet werden müßte, genügend Eier würden entnommen, aufgetaut und eingesetzt, bis es geklappt hat. Die Embryone-Gefrierung wird in flüssigem Stickstoff bei minus 196°C vorgenommen. Bei dieser Temperatur können die Embryonen bis zu sechshundert Jahre liegenbleiben. 1982 hat ein australisches Ärzte-Team einer Frau einen aufgetauten Embryo eingepflanzt. Sie hatte in der vierundzwanzigsten Woche (6. Monat) eine Fehlgeburt, die nicht auf das Tiefgefrieren der Zellen zurückgeführt wurde. Bisher ist es wohl noch nicht „geglückt", ein Tiefkühlbaby auf die Welt zu bringen. Die Möglichkeit des Tiefgefrierens wirft ganz neue Probleme auf. Die Generationengrenzen werden verwischt. Meine Ur-Enkelin könnte immer noch meine Kinder austragen!

Ein australisches, sehr reiches Ehepaar, hatte Embryonen auf Eis legen lassen. Das Paar kam bei einem Flugzeugabsturz ums Leben und nun tat sich die Frage auf, wem gehören diese Embryos? Soll man sie vernichten? Kann man sie einer anderen Frau einpflanzen? Sind sie die rechtmäßigen Erben?

Embryo als Forschungsobjekt

Die überzähligen Embryonen der In-Vitro-Fertilisation sind die Grundlage weiterer Forschungszweige, die unüberblickbare Folgen für uns haben werden. Die Analysen der Embryonen könnten Zuchtwahl möglich machen und das „Ausmerzen" aller Arten von Erbleiden, angefangen bei der Rot-Grün-Blindheit. Embryonenbanken könnten entstehen, das Kind als Ware, ausgetragen von einer „Mietmutter".

„Der Embryo könnte aber auch als Forschungsobjekt zur **Weiterentwicklung in vitro** *oder zu Genexperimenten mißbraucht werden. Ethisch anfechtbar dürfte auch das schlichte* **Wegwerfen überzähliger Embryonen** *oder ihr scheinbar „sinnvoller" Einsatz zur Medikamentenerprobung sein. Die Gefahr der Degenerierung des Embryos zum bloßen Objekt liegt auch in seiner zielgerichteten* **Erzeugung zu Forschungszwecken."(5)**



Die In-Vitro-Fertilisation *„öffnet die Tür für* **exzessive Folgen,** *die bisher weder vom Straf- noch vom ärztlichen Standesrecht ausreichend erfaßt werden. Manipulation am Embryo, seine Verletzung und Tötung seine Geschlechtsbestimmung, Züchtung und Klonierung sowie alle weiteren ethisch ebensowenig vertretbaren Experimente gefährden grundrechtlich verbriefte Werte, deren Schutz dem Staat aufgegeben ist. Ein Schweigen des Gesetzgebers wäre also fehl am Platz."(6)*

Die Forscher arbeiten heute noch in eigener moralischer Verantwortung. Wie notwendig ein Einschreiten ist, zeigt die Aussage von Liselotte Mettler, Chefin des Kieler IVF-Teams (sie arbeitet unter Kurt Semm, Leiter der Kieler Universitäts-Frauenklinik, die führend in der IVF-Forschung mitmischt). Frau Mettler betrachtete *„ihre eigene Menschenwürde als Forscherin als gefährdet"*, wenn ihre Arbeit unterbrochen werde. Manipulationen am Embryo seien schon deswegen ethisch gerechtfertigt, weil man sich von ihnen wissenschaftliche Fortschritte wie etwa bei der Krebsforschung verspreche.(7)

Pro und Kontra in der Frauenbewegung

Wir haben im letzten ARBEITERKAMPF über den **Frauenkongreß gegen GENTECHNIK UND REPRODUKTIONSTECHNIK** berichtet.(8) In der Abschluß-Resolution des Kongresses heißt es, daß die Frauen diese Techniken nicht brauchen, nicht wollen, sie boykottieren werden und alles daransetzen, die Entwicklung zu stoppen. Das ist ein konsequenter und radikaler Standpunkt. Bei Frauen, die sich sehnlichst ein eigenes Kind wünschen, trifft dieser Standpunkt allerdings auf Unverständnis.

Selbst in der Frauenbewegung werden die Techniken sehr unterschiedlich eingeschätzt. Für eine lesbische Frau ist es nicht so einfach, ein eigenes Kind zu bekommen. Die künstliche Befruchtung scheint da ein Ausweg zu sein. Eine künstliche Befruchtung kann eine Frau mit dem Samen des Mannes auch alleine durchführen.

In Oakland in den USA gibt es eine feministische Samenbank. *„Wir wollen es allen Frauen, gleich welcher Hautfarbe, welchen Familienstandes oder welcher sozialen Stellung ermöglichen, ein eigenes Kind zu haben, sagt Barbara Raboy, die Leiterin der Samenbank.(In den USA ist künstliche Befruchtung ein teures Verfahren) Die Frauen, die die Oakland Samenbank um Hilfe bitten, kommen aus allen sozialen Schichten und aus verschiedenen ethischen Gruppen. Im Durchschnitt sind sie 35 Jahre alt, siebzig Prozent von ihnen sind ledig, etwa ein Drittel lesbisch. Sie können sich den möglichen Vater ihres Kindes mit Hilfe eines Kataloges aussuchen, in dem von der Augen- und Haarfarbe bis zu den Persönlichkeitsmerkmalen alles aufgeführt ist."(9)*

In dem Buch „Retortenmütter" schreibt Francie Hornstein: *„Künstliche Befruchtung- eine Chance für lesbische Frauen". „Beim Durchbrechen der sexistischen Verbote und Einschränkungen, die den Frauen auferlegt werden, kann die künstliche Befruchtung einen wichtigen Schritt bedeuten. Sie ermöglicht, das Leben so zu gestalten, wie es den eigenen Wünschen entspricht. Künstliche Befruchtung stellt für alleinstehende, insbesondere lesbische Frauen eine neue Wahlmöglichkeit in der Reproduktion dar — und eine, die unter unserer Kontrolle bleiben kann. Allerdings ergeben sich auch spezifische Probleme für diese ungewohnte Familienform."(10)*

In einer Buchbesprechung antwortet Brunhilde Sauer-Burghard darauf: *„Ich sehe in Francie Hornsteins Auffassung, die ebenso wie die high-technology die Grenzen der Natur nicht achtet (‚alles ist möglich, alles ist machbar'), eine weitere geschickte Zielgruppenstrategie (Lesben und Frauenbewegung) der Retortenväter, ihre von uns nicht zu kontrollierende*

technology die Grenzen der Natur nicht achtet (‚alles ist möglich, alles ist machbar'), eine weitere geschickte Zielgruppenstrategie (Lesben und Frauenbewegung) der Retortenväter, ihre von uns nicht zu kontrollierende

und grundsätzlich gegen uns gerichtete Technik durchsetzen zu können. Diese Technik, die zweifellos nicht solche Risiken wie die high-technology in sich birgt, fungiert als Dammbrecher und Flankenschutz für die frauenfeindlichen Gen- und Reproduktionstechniken.(Nach dem Motto: den armen Lesben muß doch geholfen werden, ganz ähnlich wie den armen Unfruchtbaren). Ich glaube, daß es sehr wichtig ist, dieses Recht auf ein **eigenes** *Kind als patriarchalisch zu entlarven."(11)*

Leider wird wieder die gute alte „Natur" bemüht, um ein Argument zu untermauern. Jede Frau, die z.B. Verhütungsmittel benutzt oder eine Abtreibung durchführen läßt, überschreitet „die Grenzen der Natur".

Der Ärzte-Tag in Travemünde

„Unsere medizinischen Patriarchen" haben nun gerade strenge Richtlinien festgelegt, die den Mißbrauch verhindern sollen, die mit der Methode der künstlichen Befruchtung außerhalb des Mutterleibes, der IVF, getrieben werden kann.

Auf dem Deutschen Ärzte-Tag in Travemünde (Mai 1985) war zu erfahren, daß es in den USA schon Kinder mit fünf verschiedenen Elternteilen gibt. Nach der Zeugung in vitro sind verschiedene Elternkombinationen möglich, wobei die Begriffe **Mutter** und **Vater** wohl neu überdacht werden müssen. Neue Begriffe könnten eingeführt werden, etwa genetischer Vater für Samenspender, genetische Mutter für Eispenderin, Leih- oder Mietmutter für die Frau, die das Kind gegen Honorar austrägt, Sozialvater und Sozialmutter für die Männer und Frauen, die genetisch nicht beteiligt waren, das Kind jedoch großziehen.

Der Ärztetag hat folgende Richtlinien beschlossen:
— In-Vitro-Fertilisation und Embryo-Transfer dürfen nur erfolgen, wenn die Frau unfruchtbar ist. Beides soll nur dort vorgenommen werden, wo die dazu erforderlichen personellen und fachlichen Einrichtungen gegeben sind.
— Die Methode darf nur bei Ehepartnern angewandt werden, und zwar auch nur dann, wenn die Befruchtung mit dem Ei der Mutter und dem Samen des Vaters erfolgt. Der Arzt habe nicht nur den Kinderwunsch der Partner, sondern auch das künftige Wohl des Kindes zu bedenken.
— Der Einsatz von Leihmüttern ist wegen der Gefahr, daß damit Geschäfte gemacht werden, und der möglichen Nachteile für das Kind nicht vertretbar.
— In vitro erzeugte Embryonen müssen grundsätzlich alle implantiert werden (wie das???). Sie sind vor ethisch nicht vertretbaren Experimenten zu schützen.(12)

Heiße Diskussionen gab es über das Tiefgefrieren, über das Schicksal überzähliger Embryonen, z.B. ob man damit experimentieren darf oder ob man sie sterben lassen darf, wie es bisher geschieht.

Die Katholische Kirche hat sich übrigens entschieden gegen Samenbanken, Retortenbabys und künstliche Befruchtung ausgesprochen, unter anderem deswegen, weil die künstliche Befruchtung die „Sünde der Masturbation" voraussetze!



Die Technik der künstlichen Fortpflanzung ist auf dem Markt.

Die Technik ist nicht in unseren Händen.

Die Technik wirft unübersehbare Probleme auf.

Aber die Technik ist gefragt!

Angesichts dieser Zukunftsaussichten müssen wir grundsätzlich gegen In-Vitro-Fertilisation und alle Industrien in ihrem Schlepptau sein. Jede Frau kann für sich selbst entscheiden, ob sie sich dieser modernen Technik ausliefert. Für die Chefetagen der Gen-Aktiengesellschaften, Pharmakonzerne und Laboratorien ändert das überhaupt nichts. Beraterinnen von femini-

kann für sich selbst entscheiden, ob sie sich dieser modernen Technik ausliefert. Für die Chefetagen der Gen-Aktiengesellschaften, Pharmakonzerne und Laboratorien ändert das überhaupt nichts. Beraterinnen von femini-

stischen Gesundheitszentren, Pro-Familia-Stellen, Ärztinnen und Therapeutinnen haben schließlich die Frauen mit Kinderwunsch vor sich. Was tun?

Angesichts der Gefährdung der menschlichen Lebensgrundlagen werden wir in den kommenden Jahrzehnten mit einer noch steigenden Unfruchtbarkeitsrate konfrontiert sein.

Die künstliche Befruchtung und In-Vitro-Fertilisation wird in den industrialisierten Streßgesellschaften zunehmend „gesellschaftsfähig" werden — einfach, weil sie notwendig wird! In einem Fortschrittsland muß schließlich die Bevölkerungsstatistik stimmen.

Aber eins steht fest: alle Versuche an Embryonen, und damit am menschlichen Erbgut, müssen ethisch und gesetzlich abgelehnt werden.

gu. Hamburg

Quellen:
1. Deutsche Volkszeitung/die tat, 1.2.1985
2. Brigitte 6/1985
3. Zahlen aus taz, 6.11.84
4. Stern, Juni 1984
5. Zeitschrift für Rechtspolitik, Heft 10/1984 S. 279 ff.
6. ebenda
7. Süddeutsche Zeitung, 6.9.1984
8. ARBEITERKAMPF Nr. 258, 6. Mai 1985 „Die Frauenbewegung hat ein neues Thema, Über die Auseinandersetzung um Gen- und Reproduktionstechnik"
9. Frankfurter Rundschau, 13.10.1983; Adresse der Samenbank in Oakland: The Sperm Bank of Nothern California, 2930 Mc Clure Street, Oakland, CA 94609, USA
10. RETORTENMÜTTER, Hrsg. Rita Arditti, Renate Duelli Klein u. Shelly Minden frauen-rororo-akutell, 5538
11. Rezension von Brunhilde Sauer-Burghard, in „beiträge zur feministischen Theorie und praxis" Nr. 14 „Frauen zwischen Auslese und Ausmerze", 1985. Hrsg. Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis e.V.
12. Hamburger Abendblatt, 17.5.1985

»Aktion Muttertag« ein neues Frauenbündnis?

Etwa 4.000 Frauen demonstrierten am 18. Mai in Bonn unter der Parole „Nicht Blumen — Rechte fordern wir" gegen die „frauenfeindliche Politik der Wenderegierung und gegen jede frauenfeindliche Politik, wo immer sie Frauen begegnet". Die „Aktion Muttertag", wie die Demonstration betitelt war, ist die zweite bundesweite Protestaktion gegen die schärferen Töne aus Bonn. Neben der zentralen Demonstration gab es noch eine Reihe von dezentralen Aktionen am Muttertag selbst, die von örtlichen Frauenbündnissen durchgeführt wurden.



Im Gegensatz zum neuen Jahr, wo die „Aktion Muttertag" im wesentlichen von Frauen aus der DFI, ASF und Fraueninitiative 6. Oktober initiiert worden war, waren in diesem Jahr neben denen der DKP und SPD nahestehenden Gruppen auch Grüne und autonome Frauengruppen-Projekte an der Diskusion um die Demonstration und den Aufruf beteiligt. Dies widerspiegelte sich auch auf der Abschlußkundgebung. Nachdem die Frauen in einem bunten und lauten Demonstrationszug durch die Innenstadt demonstriert waren, sprachen auf der Abschlußkundgebung über 20 Frauen, darunter Frauen der ASF, der DKP, der DFI, der Fraueninitiative 6. Oktober, der DFG-VK, des VDS, der Bundesschülervertretung, der Arbeiterwohlfahrt, der Pro Familia, der § 218 Koordination, der Grünen, der Grauen Pantherinnen, vom Frauenhaus Köln, von Frauen für den Frieden sowie eine Pfarrerin, einzelne Gewerkschafterinnen und ein arbeitsloses Mädchen. Aus dem Ausland waren eine britische Bergarbeiterfrau sowie eine Frau aus Nicaragua und Südafrika eingeladen.

In ihren Beiträgen richteten sich die Rednerinnen vor allem gegen die jüngsten Versuche der CDU, sich als frauenfreundliche Partei feiern zu lassen. Im Zentrum der Kritiken standen darum auch in erster Linie die von der CDU geplanten Änderungen beim Ehescheidungsrecht, beim Schwangerschaftsabbruch, im Ausbildungs- und Arbeitsbereich sowie die Pläne zur Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr, die Kriegspolitik, die frauenfeindliche Politik gegenüber den Frauenhäusern und die neueren Pläne bei der Gen- und Reproduktionsforschung. Kaum ein Beitrag setzte sich darüberhinaus allerdings kritisch mit der Frauenpolitik der SPD oder auch mit unterschiedlichen Positionen in den eigenen Reihen auseinander. Für die Organisatorinnen war die Demonstration allerdings ein Erfolg, da zum zweitenmal ein großes Bündnis mit Frauen aus den unterschiedlichsten Bereichen und Organisationen zustande gekommen war.

mit unterschiedlichen Positionen in den eigenen Reihen auseinander. Für die Organisatorinnen war die Demonstration allerdings ein Erfolg, da zum zweitenmal ein großes Bündnis mit Frauen aus den unterschiedlichsten Bereichen und Organisationen zustande gekommen war.

„Aktion Muttertag" 1984

Schon im letzten Jahr hatte eine bundesweite Demonstration mit fast 10.000 Teilnehmerinnen in Bonn stattgefunden. Im Rahmen der Vorbereitung hatte es damals allerdings Auseinandersetzungen um den Aufruf und die Aktion gegeben. „Nicht nur Blumen — Rechte fordern wir" war der „Aufruf zum großen Frauenprotest" 1984 betitelt. Deutlich war die sozialdemokratische Handschrift des Aufrufs: es schien fast so, als ob Sparmaßnahmen im Sozialbereich, Angriffe auf den Schwangerschaftsabbruch, Rausdrängen der Frauen aus dem Erwerbsleben u.a. erst seit dem legendären 6. März 1983 eingesetzt hätten. Die Forderungen waren entsprechend allgemein und bescheiden ausgefallen. „Wir wollen in Frieden leben: Stop und Zurücknahme neuer Atomraketen und Abrüstung in Ost und West" — „Eine eigenständige soziale Sicherung" — „Kürzungen des Rüstungshaushalts" u.a. Besonders daneben lag die Forderung nach „Erhalt der sozialen Indikation bei § 218".

213 Erstunterzeichnerinnen, hauptsächlich aus SPD- und Gewerkschaftsbereichen, aber auch einige wenige Autonome, hatten den Aufruf unterschrieben. Die praktische Durchführung und Vorbereitung der Aktion lag jedoch fest in der Hand von Frauen aus der DFI, ASF und Fraueninitiative 6. Oktober. Eine öffentliche Diskussion über Sinn und Zielsetzung der Aktion sowie über den Aufruf hatte es nicht gegeben. Auf der ersten öffentlichen Aktionsberatung für die Demonstration waren die Fakten bereits geschaffen: Ein Aufruf lag in tausendfacher Auflage fertig gedruckt vor. Als interessierte Teilnehmerinnen Kritik am Vorgehen und am Aufruf äußerten, wurde versucht, mit Betonung auf die Bedeutung dieses außerordentlichen Bündnisses jeden Zweifel wegzuwischen. Sie sahen sich damit konfrontiert, daß weniger über Inhalte als über technische Absprachen diskutiert wurde.

Kritik an dem Aufruftext richtete sich vor allem gegen die Haltung, angesichts der Wenderegierung nur noch Forderungen zu stellen, die auf die Verteidigung des Bestehenden abzielen, nach dem Motto „Es gilt jetzt, das Erreichte zu verteidigen" (aus dem Aufruf) und auf weitergehende Forderungen zu verzichten, wie z.B. bei der Forderung zum § 218. In dem Aufruf wurde „der Erhalt der sozialen Indikation bei § 218" gefordert, was noch nicht einmal an die alte sozialdemokratische Forderung nach der Fristenregelung heranreichte. Diese Forderung macht es den § 218-Gruppen, die seit Jahren gegen das Indikationsmodell als Ausdruck einer völlig unzureichenden Reform und für die ersatzlose Streichung des § 218 kämpfen, unmöglich den Aufruf mit zu unterstützen. Die Initiatorinnen, die immer wieder betonen, daß sie ja eigentlich auch für die Streichung des § 218 seien, versuchten ihre Forderung nach „Erhalt der sozialen Indikation bei § 218" damit zu rechtfertigen, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Streichung des § 218 ja nicht durchsetzbar sei und daß ein Minimalkonsens gefunden werden mußte, auf den sich viele Frauen einigen konnten. Auf wen da Rücksicht genommen wurde, angesichts solcher „eigentlichen" Mehrheiten für die Forderung nach Streichung des § 218, war nicht zu übersehen. Die „desinformierte" bzw. die „Frau aus Passau" mußte dafür herhalten, daß die SPD-Frauen sich mit ihren Forderungen durchsetzen konnten.





Ähnlich wie bei der § 218-Forderung argumentierten die Initiatorinnen auch gegenüber der Kritik, daß ausgerechnet der Muttertag zum zentralen Frauenkampftag erklärt worden war, zumal die reaktionäre Idee des Muttertags in dem Aufruf nicht mit einem Wort erwähnt wurde. Auf die Frage, warum denn nicht der 8.März als Aktionstag gewählt worden war, bekamen die Kritikerinnen zur Antwort, daß der 8. März zuviele Frauen abschrecken würde, während am Muttertag *alle* Frauen angesprochen wären.

„Von Aurich bis Passau" sollten die Frauen, ob aus Gewerkschaft, Partei, Frauenbewegung oder Kirche, sich in dem Aufruf wiederfinden und nach Bonn kommen.

Die Kritiken, die vor allem von Frauen aus den § 218-Gruppen kamen, stießen bei einem Teil der an der „Aktion Muttertag" beteiligten Frauen auf Zustimmung, und es gelang den Initiatorinnen der Aktion nicht ganz, die Frauenbewegung auf sozialdemokratische Forderungen festzulegen, die weit hinter das zurückfielen, was große Teile der Frauenbewegung bereits an Positionen erarbeitet hatten. Der Beitrag der § 218-Koordination, der sich auf der Abschlußkundgebung der Demonstration kritisch mit der Forderung „Erhalt der sozialen Indikation bei § 218" auseinandersetzte und die Notwendigkeit der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 und dem Selbstbestimmungsrecht der Frau nochmal bekräftigte, bekam in Bonn großen Beifall.Und auch eine Reihe von örtlichen und regionalen Frauenbündnissen hielt sich in ihren Mobilisierungsflugblättern und auf ihren Transparenten nicht an den Aufruftext, sondern stellten ihre eigenen Forderungen, viele z.B. nach Streichung des § 218.

„Großer Ratschlag"

Nach der für die Initiatorinnen erfolgreichen Aktion im Mai 84 luden sie zu einem bundesweiten „Frauenratschlag" für Ende Januar 85 ein, wo über die weiteren Perspektiven der Frauenbewegung und die „Aktion Muttertag" diskutiert werden sollte. Damit gaben sie erstmals die Möglichkeit der öffentlichen Debatte um Sinn und Zielsetzung eines breiten Frauenbündnisses.

Dennoch hielt sich die autonome Frauenbewegung diesem Ratschlag weitgehend fern und auch die Grünen waren mit nur wenigen Frauen vertreten. Von den 250 Teilnehmerinnen kamen die meisten aus dem Spektrum der DKP und DFI. So verlief die Diskussion im Plenum und in den 12 Arbeitsgruppen, die unter verschiedenen Themenschwerpunkten stattfanden, wenig kontrovers und wenig spannend. Eine Auseinandersetzung gab es lediglich, als Uschi Pausch Grupe (ASF) in ihrem Plenumsbeitrag das Bündnis mit CDU-Frauen propagierte. Aber auch hier blieb frau mit Kritik sehr zurückhaltend und eine eindeutige Stellungnahme, die sich gegen die Zusammenarbeit mit CDU-Frauen richtete, blieb aus.

Einen Erfolg auf diesem Ratschlag gab es in Sachen § 218. Die Arbeitsgruppe zu diesem Thema, die von Pro Familia-Mitarbeiterinnen und der § 218-Koordination vorbereitet worden war, verabschiedete ein Papier, in dem die Forderung nach Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch und das Selbstbestimmungsrecht der Frau

Einen Erfolg auf diesem Ratschlag gab es in Sachen § 218. Die Arbeitsgruppe zu diesem Thema, die von Pro Familia-Mitarbeiterinnen und der § 218-Koordination vorbereitet worden war, verabschiedete ein Papier, in dem die Forderung nach Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch und das Selbstbestimmungsrecht der Frau
gefordert wurde.

„Aktion Muttertag" 1985

Ende März 85 luden die Initiatorinnen der „Aktion Muttertag" zu einem Vorbereitungstreffen für eine weitere Aktion im Mai 85 ein. Auf diesem Treffen kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung darüber, ob der Initiatorinnenkreis, der die bisherigen Aktionen geplant und durchgeführt hatte, erweitert werden solle oder nicht. Nach der Demonstration im Mai 84 war der Initiatorinnenkreis, der bis dahin nur mit Frauen aus der DFI, ASF und FI 6. Oktober besetzt war, um neue Frauen aus DKP, Gewerkschaften, der Pro Familia, dem Verband alleinstehender Mütter und Väter und einer Pfarrerin erweitert worden. Als die „Koordination gegen den § 218" ebenfalls in das Bündnis mit aufgenommen werden wollte, lehnte Mechthild Jansen (DFI) den Antrag mit der Begründung ab, daß erst nach der nächsten Aktion im Mai 85 darüber beraten werden könne. Auf dem Treffen Ende März stand dieses Bündnis nun kurz vor dem Platzen, als die Grünen (denen in dem Bündnis immer noch ein Platz freigehalten worden war) auf der Aufnahme der „§ 218 Koordination" bestanden. Auch die Frauenhäuser, denen ein Platz in dem Bündnis angeboten worden war, machten ihre Beteiligung von der Aufnahme der § 218-Frauen abhängig. Schließlich gab sich Mechthild Jansen teilweise geschlagen und willigte darin ein, daß der Kreis für alle interessierten Frauen und Frauenprojekte geöffnet wurde, wobei sie allerdings durchsetzte daß mit Rücksicht auf Gewerkschaftsfrauen nur Einzelpersonen, keine Gruppierungen, in dem Bündnis mitarbeiten dürfen sollten. Damit waren für DFI und DKP zumindest personell die Mehrheitsverhältnisse gesichert. Viel Zeit für eine ausführliche Debatte über Sinn und Zweck einer zweiten „Muttertagsaktion 85" blieb dann allerdings nicht mehr. Dennoch zeigte der auf dem Treffen verabschiedete Aufruf einige Verbesserungen gegenüber dem Aufruftext des letzten Jahres. So wurde die Parole „Nicht nur Blumen — Rechte fordern wir". dahingehend geändert, daß er jetzt heißt: „Nicht Blumen — Rechte fordern wir".Einige kritische Worte zum Muttertag sind diesmal auch enthalten, wenn auch sehr zaghaft vorgebracht: „An diesem Tag (dem Muttertag) sollen Frauen und Mütter in diesem Land einmal im Jahr (!) geehrt werden. Das sind schöne einwickelnde Worte. Die Wirklichkeit sieht anders aus ..." Eine weitergehende Erklärung des in der Tradition reaktionären Muttertages fehlt allerdings auch hier. Der Text des Aufrufs ist aber diesmal sehr viel inhaltlicher und umfangreicher und die Forderun-

und Mütter in diesem Land einmal im Jahr (!) geehrt werden. Das sind schöne einwickelnde Worte. Die Wirklichkeit sieht anders aus ..." Eine weitergehende Erklärung des in der Tradition reaktionären Muttertages fehlt allerdings auch hier. Der Text des Aufrufs ist aber diesmal sehr viel inhaltlicher und umfangreicher und die Forderun-
gen sind konkreter und weitergehender als im letzten Jahr. Neben Forderungen, die sich gegen die Ausbeutung der Frauen im Erwerbsleben und gegen den Sozialabbau richten, finden sich z.B. auch Forderungen gegen die sexuelle Gewalt in der Ehe, Familie und der Öffentlichkeit oder gegen die Diskriminierung von Homosexuellen und Lesben. Sogar die Forderung nach Streichung des § 218 und dem Selbstbestimmungsrecht der Frau konnte sich diesmal in dem Bündnis durchsetzen.

Auf eine entsprechende „Würdigung" der Frauenpolitik der SPD mochte sich die Mehrheit der Teilnehmerinnen, die vorrangig aus dem Spektrum um die DKP und SPD kamen, allerdings nicht einlassen. Obwohl die ASF auf Bundesebene die „Aktion Muttertag" nicht unterstützt, sondern eine Beteiligung sogar generell ablehnt, wird mit Rücksicht auf einzelne Frauen aus der ASF mit Kritik an der SPD gespart.

„Schatz für die Zukunft"

In einem Rundschreiben nach der ersten „Muttertagsaktion 84" wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die „Aktion Muttertag zu einem Schatz für die Zukunft werden könnte ...". Die große Beteiligung an der Bonner Demonstration im letzten Jahr mit fast 10.000 Teilnehmerinnen und die immer noch relativ große Beteiligung an der Aktion in diesem Jahr mit fast 4.000 Frauen zeigte, daß es trotz einer relativ schwachen Frauenbewegung möglich ist, zu einer zentralen Frauenprotestaktion zu mobilisieren.

Zu begrüßen ist, wenn es gelingt, ein breites Bündnis von Frauengruppen-Projekten zu erhalten und weiter auszubauen. Dabei sollte sich frau allerdings vor einem Öffnen des Bündnisses nach rechts hüten, wie es z.T. von einigen Frauen gefordert oder zumindest nicht ausgeschlossen wurde. Es ist zwar unwahrscheinlich, daß sich CDU-Frauen an der zentralen „Aktion Muttertag" beteiligen, zumal sich die Aktion ja hauptsächlich gegen die „Wenderegierung" richtet, das Propagieren des Bündnisses mit *allen* Frauen könnte aber dennoch zu unklaren Positionen gegenüber dem Frauen- und Klassenstandpunkt und zu einer Anpassung nach rechts führen. In Bremen z.B. hatten die SPD-Frauen zur regionalen Muttertagsaktion in diesem Jahr auch die CDU-Frauen eingeladen. Sowohl Grüne als auch DKP-Frauen erhoben dagegen keinen Protest. Lediglich die Frauen der § 218-Gruppe verließen daraufhin das Bündnis. Erschreckend ist, daß der in dem verbliebenen Kreis entworfene Aufruf, der kein Wort über den § 218 verlor und

nalen Muttertagsaktion in diesem Jahr auch die CDU-Frauen eingeladen. Sowohl Grüne als auch DKP-Frauen erhoben dagegen keinen Protest. Lediglich die Frauen der § 218-Gruppe verließen daraufhin das Bündnis. Erschreckend ist, daß der in dem verbliebenen Kreis entworfene Aufruf, der kein Wort über den § 218 verlor und
nur allgemeine platte Forderungen enthielt, von immerhin 40 Frauengruppen unterschrieben wurde. Noch nicht ausgefochten ist auch der Streit um die Frage, warum statt des 8. März der Muttertag zum zentralen Frauenkampftag gemacht wurde. Mag die Begründung, daß am Muttertag mehr Frauen zu erreichen sind, im letzten Jahr angesichts der großen Beteiligung bei der Bonner Demo, noch gezogen haben, wird es nun für einige Initiatorinnen schwer sein, dieses Argument aufrechtzuerhalten, denn in diesem Jahr trafen sich in Bonn die „Aktiven".

So bleibt außerdem die Frage offen, ob es sinnvoll ist, im nächsten Jahr wieder eine ähnliche Großaktion zum Muttertag zu organisieren. Daß in diesem Jahr nur noch knapp die Hälfte der Teilnehmerinnen vom letzten Jahr in Bonn waren, macht deutlich, daß Großaktionen mit relativ unkonkreten Zielvorstellungen auf die Dauer schwer zu organisieren sein werden. Die Muttertagsaktion in diesem Jahr hatte ihre Berechtigung vielleicht noch vor dem Hintergrund des CDU-Parteitages. Daß die „Aktion Muttertag" „im nächsten Schritt für die Ablösung der Bundesregierung zu sorgen habe" (Mechthild Jansen von der DFI auf der Abschlußkundgebung) klingt in einigen Ohren vielleicht schön, läßt aber viele Fragen unbeantwortet — z.B. die, wie denn das vonstatten gehen soll, wer stattdessen „regiert" und mit welchen Zielen.

Im September findet ein Auswertungstreffen der diesjährigen „Aktion Muttertag" statt. Bleibt zu hoffen, daß dort ein wirklicher Austausch über die noch offenen Fragen zustande kommt.

Sy. in Zusammenarbeit mit anderen Genossinnen

Politische Gefangene

Neue Verfahren wegen RAF-Mitgliedschaft mit Verteidigerausschlüssen in Vorbereitung

In den letzten Wochen hat die Bundesanwaltschaft Anklagen erhoben gegen Volker Staub und Barbara Ernst vor dem Bayerischen Obersten Landesgericht in München, gegen Ingrid Jakobsmeier, Christa Eckes und Manuela Happe vor dem OLG Stuttgart und gegen Stefan Fei und Helmut Pohl vor dem OLG Düsseldorf. Allen wird Mitgliedschaft in der RAF vorgeworfen, Manuela Happe versuchter Mord bei ihrer Festnahme, Ingrid Jakobsmeier und Helmut Pohl Beteiligung an Banküberfällen in Bochum und Würzburg. Mit Beginn dieser Verfahren muß im Herbst gerechnet werden.

An den Anklagen wird deutlich, wie die Bundesanwaltschaft mit dem § 129 a StGB abräumen will.

Anklage: RAF-Mitglied ist, wer „wir" sagt

In früheren Jahren war auch nach Auffassung der Bundesanwaltschaft nur Mitglied in der RAF, wer bewaffnet in der Illegalität lebte. Heute wird dies bewußt weiter gesehen: die Mitglieder der RAF lebten nur noch „überwiegend" in der Illegalität. Zur Betätigung als Mitglied zählt mittlerweile die „Kontaktaufnahme mit Inhaftierten sowie in der Legalität lebenden Mitgliedern und Unterstützern". Bei der Anklage gegen Christa Eckes heißt es u.a., daß sie „für die RAF im agitatorischen Bereich tätig gewesen" sei. Begründung: Teilnahme an der Aktion der Angehörigen beim Spiegel zur Unterstützung des Hungerstreiks 1981. „Fortbestand der Mitgliedschaft" nach Inhaftierung wird bei den Gefangenen „belegt" mit der Teilnahme am Hungerstreik und mit dem Wörtchen „uns" oder „wir" in Briefen nach draußen. Das genügt.

Gleichzeitig ist eine weitere massive Verschärfung des Verteidigerausschlusses nach § 146 StPO (sog. Verbot der Mehrfachverteidigung — siehe dazu auch AK 254, S. 7) festzustellen. Am 19.4. hat der 2. Strafsenat des OLG Stuttgart zwei Frankfurter Verteidiger/innen ausgeschlossen. Wir haben wesentliche Teile des Beschlusses nebenstehend abgedruckt. Der Strafverteidigertag hat in West-Berlin aus Anlaß dieses Beschlusses erneut die Anschaffung des § 146 gefordert:

„.... Dieser Beschluß hat folgende Konsequenz: Der Verteidiger eines der Mitgliedschaft oder Unterstützung einer Vereinigung im Sinne der „129, 129 a StGB Beschuldigten kann nie mehr einen anderen der Mitgliedschaft oder Unterstützung derselben Organisation Beschuldigten verteidigen, es sei denn der frühere Mandant sagt sich öffentlich von der Vereinigung los. Der damit gegebenen uferlosen Ausdehnung entspricht eine ebensolche bei der Anwendung der §§ 129, 129 a StGB."

Als ob es darum ginge, die Richter von der benachbarten Konkurrenz in Stuttgart zu überflügeln, hat der erste Strafsenat des OLG München am 23.4.85 die Beschwerde einer Rechtsanwältin gegen ihre Zurückweisung als Verteidigerin von Helga Roos, die rechtskräftig verurteilt in Aichach gefangen ist, verworfen, weil die Anwältin auch die jetzt angeklagte, in Aichach in U-Haft sitzende, Christa Eckes vertritt.

Exzessive Ausdehnung der Verteidigerausschlüsse ...

Die Zielrichtung der Begründung dieses Beschlusses wird erst völlig klar im Vergleich mit der jetzt schon uferlosen Praxis des Verteidigerausschlusses:

Bisher wurde der § 146 nur angewandt, um „die Verteidigung mehrerer Beschuldigter durch einen gemeinsamen Verteidiger" für unzulässig zu erklären (so der Wortlauft des § 146), wobei der von den zuständigen Richtern bis zur Perfektion geübte Kunstgreiff darin bestand, auch bei zeitlich und örtlich völlig getrennten Tatvorgängen noch e i n e T a t von mehreren Beschuldigten konstruieren zu können. Immerhin bedurfte es bis jetzt aber noch mehrerer B e s c h u l d i g t e r also nicht rechtskräftig Verurteilter. Ein Verteidigerausschluß wie im Fall von Helga Roos und Christa Eckes kam also bisher nicht in Frage. Doch auch diese Klippe ist keine für die deutsche Justiz. Das OLG München: „Der Wortlaut des § 146 StPO steht dem gewonnenen Ergebnis nicht entgegen, zumal ihm wie die ungewöhnlich umfangreiche Literatur und Rechtsprechung zeigt, im Rahmen der Auslegung nur begrenzte Bedeutung beigemessen werden kann und es über dies lediglich um die Beurteilung der Möglichkeit analoger Anwendung geht". Damit wird dann eine „analoge Anwendung des § 146 auf den gesamten Bereich des gerichtlichen Verfahrens in Strafvollzugssachen für zulässig erachtet". Was soll damit erreicht werden?

Die rechtskräftig verurteilten Gefangenen aus der RAF haben Verteidiger/innen als Beistand im Strafvollzug, die bisher gleichzeitig Beschuldigte in Gerichtsverfahren verteidigen konnten. Damit soll jetzt Schluß sein. Entweder die wegen Mitgliedschaft oder Unterstützung der RAF Beschuldigten können nicht mehr von den ihnen bekannten Verteidigern ihrer Wahl vertreten werden, oder den in Isolationshaft sitzenden, rechtskräftig verurteilten politischen Gefangenen soll der letzte Rest von rechtlichem Schutz, den die Anwälte ihnen im Strafvollzug noch bieten können, genommen werden.

... Flankenschutz für Isolationshaft

Besonders perfid ist, wie das OLG München den Verteidigerausschluß begründet: verteidigt der Rechtsanwalt beide, sowohl die seit langem rechtskräftig Verurteilte, wie die jetzt Angeklagte, so müsse er damit rechnen, „keine zur ordnungsgemäßen Interessenwahrnehmung erforderlichen Informationen seines Mandanten zu bekommen, weil dieser in Kenntnis der gemeinsamen Verteidigung befürchten muß, sich Repressalien von Seiten anderer Mitglieder der terroristischen Vereinigung auszusetzen, wenn er sich von gemeinsamen ‚Kampfaktionen' — wie dem erst kürzlich beendeten Hungerstreik, an dem die beiden Gefangenen Roos und Eckes teilgenommen haben — ausschließen oder darüberhinaus von seiner Mitgliedschaft lossagen und etwa deshalb seine Verlegung in eine andere Anstalt betreiben will. Das gilt sowohl für die im Strafvollzug befindliche Gefangene Roos als auch für die im Untersuchungshaftvollzug befindliche Gefangene Eckes. Für die Beurteilung im Erkenntnisverfahren (gemeint ist die Gerichtsverhandlung, AK), wie für die Beurteilung im Strafvollzug ist ein etwaiger Gesinnungswandel ebenso von Bedeutung, wie im Falle gemeinsamer ‚Kampfaktionen' aus dem Vollzug heraus die Frage, in welcher Art und Weise und in welchem Umfang sich die Mitglieder daran beteiligt haben."

Die Richter Trautmann, Kley und Brendendiek vom 1. Strafsenat des OLG München, die diesen Beschluß unterschrieben haben, legen hier die Absichten offen auf den Tisch: die Hoffnung auf „etwaigen Gesinnungswandel" als Zweck der parktizierten Isolationshaft darf nicht durch den Beistand eines Verteidigers getrübt werden, der dieses Behandlungsziel nicht teilen könnte. Der § 146 ganz offen als Instrument, um das Zerbrechen politischer Gefangener besser bewerkstelligen zu können.

Die Grünen im Bundestag haben in Zusammenhang mit einem Gesetzentwurf zur Streichung der „Anti-Terror-Gesetze" auch die Streichung des Verbots der Mehrfachverteidigung verlangt. Nach der ersten Lesung des Entwurfs am 7.2.85 liegt er jetzt in den Ausschüssen. Etwas öffentlicher Wirbel auch der Grünen zur öffentlichen Unterstützung dieser Forderung könnte sicher dazu beitragen, daß in der Auseinandersetzung über den Gesetzentwurf wenigstens der immer extensiver werdenden Spruchpraxis der Obergerichte Schranken gezogen werden. Der Beschluß aus München ist bislang noch Einzelfall. Setzt sich seine Linie z.B. durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das alleine ein Rechtsmittel gegen diesen Beschluß entscheiden könnte, bundesweit durch, wäre sicher die Hälfte der politischen Gefangenen mit einem Federstrich ohne Anwalt.

kuh (BWK)

Aus dem Beschluß des OLG Stuttgart vom 19.4.85

„... Den Angeschuldigten W. und L. wird vorgeworfen, gemeinschaftlich am 3.1.1985 zwei Fensterscheiben der Volksbank Filiale in Pforzheim eingeworfen und am 6.1.1985 versucht zu haben, das Kaufhaus H. in Pforzheim in Brand zu setzen. Die Anklage geht im Hinblick insbesondere auf den Inhalt von Bekennerschreiben davon aus, daß die Angeschuldigten mit beiden Anschlägen die terroristische Vereinigung „Rote Armee Fraktion" in ihrem Kampf gegen den Staat unterstützen wollten. Die Angeschuldigten haben nach dem vorliegenden Ermittlungsergebnis ab Oktober 1984 als Besucher mehrfach an den Hauptverhandlungen gegen die mutmaßlichen „RAF"Mitglieder Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt vor dem Oberlandesgericht Stuttgart sowie an der Hauptverhandlung gegen das mutmaßliche „RAF"Mitglied Gisela Dutzi vor dem Oberlandesgericht Frankfurt teilgenommen.

Wegen der Verteidigung von Gisela Dutzi ist die Verteidigung des Angeschuldigten W. durch Rechtsanwältin V. und die Verteidigung des Angeschuldigten L. durch Rechtsanwalt B. unzulässig (§ 146 StPO). Tatidentität liegt vor. Die „Rote Armee Fraktion" besteht — trotz Inhaftierung etlicher ihrer Mitglieder — weiter. Gisela Dutzi ist dringend verdächtig, dieser terroristischen Vereinigung auch weiterhin anzugehören. Hieran ändert ihre bereits am 1.3.1983 erfolgte Inhaftierung nichts." ... „Gisela Dutzi gehört zu denjenigen, mutmaßlich der „RAF" angehörenden Personen, die sich auch nach der Inhaftierung weiterhin zur RAF ausdrücklich bekennen und demonstrativ in für ihre Anhänger bestimmten Erklärungen für diese terroristische Vereinigung werben und eintreten und zur Fortsetzung und Steigerung des Kampfes gegen Staat und Gesellschaft aufrufen."

... „Der Tatkomplex ‚Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung', der Gegenstand des laufenden Verfahrens vor dem OLG Frankfurt ist, erstreckt sich deshalb bis in die Gegenwart. Irgendeine zeitliche Beschränkung enthält die Anklageschrift auch nicht.

Den Angeschuldigten W. und L. wird demzufolge zur Last gelegt, dieselbe terroristische Vereinigung unterstützt zu haben, der — auch zu dieser Zeit — als Mitglied anzugehören Gisela Dutzi zum Vorwurf gemacht wird. In einem solchen Fall handelt es sich, trotz getrennter Verfahren, um dieselbe Tat, weshalb gemeinschaftliche Verteidigung unzulässig ist. Ein Grenzfall, der es zuließe, von der Zurückweisung der Verteidiger Rechtsanwältin V. und Rechtsanwalt B. abzusehen (vgl. BGHSt 27, 149 ff.), ist nicht gegeben. Ein solcher liegt nur vor, wenn im konkreten Fall ein Interessenwiderstreit nicht bestehen, d.h. auch eine entfernte Möglichkeit eines Interessenwiderstreits von vornherein ausgeschlossen werden (BGH a.a.O.). Davon kann hier nicht die Rede sein, zumal sich die Angeschuldigten W. und L. nach dem vorliegenden Ermittlungsergebnis vor Januar 1985 — dem Zeitraum, in dem sie die ihnen vorgeworfenen Taten begangen haben sollen — gerade auch für Gisela Dutzi und deren Ideen besonders interessierten und aus diesem Grund an deren Hauptverhandlung vor dem Oberlandesgericht Frankfurt teilgenommen haben."

Presseerklärung des „Arbeitersportverein Taiping"

In eigener Sache möchten wie auf ein Problem aufmerksam machen, dem wir uns gegenwärtig stellen müssen. Allerdings meinen wir, daß die Angelegenheit von öffentlichem Interesse ist und nicht nur uns betrifft.

Sportverein »verfassungsfeindlich« weil »basisdemokratisch«

Presseerklärung des »Arbeitersportvereins Taiping«

Unsere als Vorverein „ASV Taiping" schon seit Anfang des Jahres existierende Vereinigung betreibt gegenwärtig die Eintragung ins Vereinsregister. Wir sind eine sportliche Vereinigung, die sich vor allem mit der aktiven Ausübung des chinesischen Kampfsportes Kung Fu (Hsing I-Stil) beschäftigt. Unsere Vereinigung ist politisch ungebunden, jedoch finden sich in unseren Reihen Anhänger durchaus verschiedener politischer Bekenntnisse: Sozialdemokraten, Grüne, Trotzkisten, Autonome usw.

Um uns von den gängigen Kampfsportvereinen mit kommerzieller oder gar reaktionärer Orientierung abzuheben, beschlossen wir, unsere Satzung durch eine Präambel zu ergänzen, in der wir einerseits den gemeinsamen Grundkonsens unserer Mitglieder zu erfassen suchten, andererseits um uns positiv zu als wertvoll erachteten historischen Traditionslinien zu bekennen. Diese beiden Traditionslinien sind erstens die Arbeitersportbewegung in Deutschland vor Hitlers Machtergreifung, zweitens die Tradition der revolutionären chinesischen Geheimgesellschaften in China in ihrem Kampf gegen kaiserliche Despotie vor dem 20. Jahrhundert, denen wir die Kampftechnik des Kung Fu verdanken.

An dieser Stelle möchten wir betonen, daß Kung Fu keinesfalls nur eine Kampftechnik ist, sondern auf philosophischen Traditionen beruht, die die Achtung vor dem Leben, Hilfe für Schwache und Unterdrückte und das Streben nach einer ausgeglichenen aggressionsfreien Persönlichkeit betonen. Entsprechend formulierten wir eine Präambel, in der wir „grundsätzlich Stellung gegen alle Arten von Rassismus, gegen nationale, politische oder sexuelle Unterdrückung" nahmen (vergl. Anlage 1). Unser Verein versteht sich als „antifaschistische Vereinigung und ist den Prinzipien der Völkerverständigung und der Solidarität mit Unterdrückten und ausgebeuteten Menschen und Menschengruppen" verpflichtet.

Wegen dieser Präambel droht uns die **Illegalisierung**, und zwar wegen folgendem Satz: „Wie die alten chinesischen Geheimgesellschaften, denen wir die Kunst des Kung Fu oder des Wu Shu verdanken, bemüht sich der Verein, seine Mitglieder im Geiste der Opposition gegen totalitäre und bürokratische Machstrukturen und im Sinne basisdemokratischer Selbstbestimmung und Selbstverwaltung zu beeinflussen".

Die Basisdemokratie scheint uns offenbar zum Verhängnis zu werden. Da wir die Anerkennung der Gemeinnützigkeit beabsichtigen, legten wir die Satzung dem Finanzamt Karlsruhe vor, und zwar vor der Eintragung ins Registergericht (wir wollten dadurch die Gerichskosten sparen).

Das Finanzamt Karlsruhe antwortete uns am 7.5.85 (Anlage zwei). Uns wird in dem Schreiben mitgeteilt, daß unser Verein wegen eben zitiertem Satz in der Präambel die Gemeinnützigkeit nicht zuerkannt werden könne, weil unser Verein sich nicht innerhalb der verfassungsmäßigen Ordnung halte: „Ihr ausdrücklicher Satzungszweck ‚Beeinflussung der Mitglieder im Sinne basisdemokratischer Selbstbestimmung und Selbstverwaltung' widerspricht dem im Grundgesetz verankerten Prinzip der repräsentativen Demokratie" (Schreiben des Finanzamtes vom 7.5.85 wortwörtlich).

Gesetzt den Fall, das Amtsgericht würde sich dieser Beurteilung anschließen, müßte nach bestehender Rechtslage unser Verein nicht nur nicht als e.V. eingetragen, sondern **unverzüglich verboten** werden.

Dies würde eine unserer Ansicht nach neue juristische und politische Lage schaffen, nämlich die, daß allein der Begriff Basisdemokratie als verfassungsfeindlich eingestuft werden würde. Von daher fürchten wir unsere Illegalisierung mit allen Konsequenzen für das gesamte politische Klima in der BRD. Konsequenterweise müßte dann mindestens auch gegen die Partei der Grünen (basisdemokratisch, ökologisch, gewaltfrei) Verbotsantrag vor dem Bundesverfassungsgericht gestellt werden. Wir möchten ebenfalls darauf hinweisen, daß dann auch die traditionellen Vereine der Arbeiterbewegung, die sich wie z.B. die Naturfreunde für eine sozialistische Gesellschaft in ihrer Satzung aussprechen, unverzüglich unter das Verdikt fallen müßten. (Wir erinnern uns an die unseligen Sozialistengesetze seligen Angedenkens ...). Gleichfalls möchten wir nicht unterlassen darauf aufmerksam zu machen, daß SS-Traditionsvereine, Vertriebenenverbände mit z.T. explizt revanchistischer Orientierung und durchaus bekannte rechtsradikale Vereinigungen nach wie vor von bundesdeutschen Finanzämtern als gemeinnützig anerkannt sind und keineswegs wie wir von der Illegalisierung bedroht sind.

Wir werden trotz der Entscheidung des Finanzamtes unverzüglich unsere Eintragung als e.V. betreiben. Wenn sich das Amtsgericht Karlsruhe der Einschätzung des Finanzamtes anschließen würde, uns also konsequenterweise verbieten müßte, wäre dies unserer Meinung nach ein Skandal erster Ordnung: In Zukunft wäre der Begriff Basisdemokratie illegalisiert. Schließt sich allerdings das Amtsgericht der Argumentation des Finanzamtes nicht an, und stimmt unserer Eintragung als e.V. zu, so wäre der Bescheid des Finanzamtes amtlich widerlegt. In diesem Falle werden wir den Rechtsweg beschreiten.

Für jede der beiden Varianten bitten wir um Aufmerksamkeit der demokratischen Öffentlichkeit. Als Anlage übersenden wir Ihnen auch, unsere Antwort an das Finanzamt Karlsruhe (Anlage 3).

Wir bitten um Hilfe und Unterstützung in unserem Kampf gegen den Vormarsch obrigkeitsstaatlichen Denkens und antidemokratischer, autoritärer Tendenzen, wie er in der Entscheidung der Finanzbehörde zum Ausdruck kommt. Für Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich zur Verfügung.

Aus der Satzung ...

Der Arbeitersportverein Taiping betrachtet sich als ein Erbe zweier historischer Traditionslinien. Die erste Traditionslinie ist die der Arbeitersportbewegung in Deutschland vor der Machtergreifung des Faschismus, die zweite Traditionslinie ist die der chinesischen Geheimgesellschaften, die sich im alten Reich der Mitte gegen kaiserliche Despotie und Fremdherrschaft zur Wehr setzten. Der Verein nimmt daher den Namen „Arbeitersportverein" an und übernimmt den Namen der Taiping-Bewegung im China des 19. Jahrhunderts.

Entsprechend dieser Traditionslinien nimmt der Arbeitersportverein Taiping grundsätzlich Stellung gegen alle Arten von Rassismus, gegen nationale, politische und sexuelle Unterdrückung. Er versteht sich als antifaschistische Vereinigung und ist den Prinzipien der Völkerverständigung und der Solidarität mit unterdrückten und ausgebeuteten Menschen und Menschengruppen verpflichtet. Wie die alten chinesischen Geheimgesellschaften, denen wir die Kunst des Kung Fu oder Wu Shu verdanken, bemüht sich der Verein, seine Mitglieder im Geiste der Opposition gegen totalitäre und bürokratische Machtstrukturen und im Sinne basisdemokratischer Selbstbestimmung und Selbstverwaltung zu beeinflussen.

Kein Führerschein für Hausbesetzer!

„Die Erlaubnis zum Führen eines Kraftfahrzeuges im öffentlichen Straßenverkehr ist nur dann zu erteilen, wenn keine Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, daß der Bewerber zum Führen von Kraftfahrzeugen ungeeignet ist (...)"

„Derartige Tatsachen liegen vor, denn Sie haben wiederholt und erheblich gegen Rechtsvorschriften verstoßen. Ihre Verfehlungen zwingen zur Feststellung Ihrer derzeitigen charakterlichen Nichteignung zum Führen von Kraftfahrzeugen. (...)"

Diese Zitate stammen aus dem Widerspruchsbescheid, den Peter G. bekommen hat.

Im Zusammenhang mit Hausbesetzungen und Häuserkämpfen hat er vier Geldstrafen zwischen DM 200,- und DM 1.800,- bekommen. Nachdem er jetzt eine Umschulung zum Berufskraftfahrer angefangen hat, wird ihm die beantragte Erlaubnis für die Erlangung des dafür notwendigen Führerscheins nicht gegeben. Seine Umschulung mußte er aufgrund dieser Entscheidung abbrechen. Er will jetzt Klage vor dem Verwaltungsgericht einlegen.

ga.

Smog-Sperrbezirk

An die Bilder von menschenleeren Straßen, von Großstädten, in denen auf der Hauptstraße kein Auto fährt, erinnert mensch sich noch. Diesig war's, und der Mond schien keineswegs helle überm Ruhrgebiet. Im Januar 1985 wurde für vierzehn Tage offensichtlich, daß auch die Luftverschmutzung spürbar werden kann. So, wie Monate zuvor die deutsche Tanne ob ihrer braunen Spitzen beklagt werden mußte, scheint seit dem Januar vorstellbar, daß auch das Atemschutztuch uns so vertraut werden könnte wie die Plastikeinkaufstüte. Der ARBEITERKAMPF widmete den nordrheinwestfälischen Ereignissen zwar keine Zeile, die Ruhrgebietszeitungen, vor allem die des WAZ-Konzerns, kommentierten dafür umso häufiger rund um den Smog. Klar war den bürgerlichen Leitartiklern eines: die Alarmstufe drei, die Minister Farthmann verordnet hatte, war vernünftig. Auto stehenlassen, Türen und Fenster geschlossen halten und auf Anweisungen der zuständigen Behörden warten hießen die Gebote der Stunde. Ruhig verharren, wenig atmen — die Ruhrgebietsbevölkerung blieb brav.

Nicht so eine Videogruppe des Medienzentrums Ruhr. Die wagte sich nämlich nach draußen, um eine andere Seite des Smog-Alarms zu entdecken.

Alarm legitimiert die Normalität

Während die Autos am Straßenrand stillstanden und die Bürgerinnen und Bürger auf Behördenkommandos warteten, produzierten zahlreiche Firmen weiter, vor allem auch die großen Schwefeldioxidemittenten, die für die Smog-Entstehung wesentlich verantwortlich sind. Was den Autofahrern versagt wurde, wurde der Industrie nachgeschmissen: die Ausnahmegenehmigung.

„Smog-Sperrbezirk" heißt die halbstündige Videodokumentation, die das Ergebnis der Recherchen der Medienzentrums-Leute vor Ort ist. Das Video beginnt mit einer Toncollage von Rundfunkdurchsagen in den ersten Tagen des Alarms. Eine eigentümliche Atmosphäre: an die Stelle des Smog-Alarms — so stelle ich mir beim Hören vor — könnte der Fliegeralarm oder der Alarm nach einem Sprengstoffanschlag treten. Eine Assoziation, die von den Medienzentrumsleuten beabsichtigt ist. Ihre Hypothesen nämlich lauten:

1. Der Smogalarm rechtfertigt den Normalzustand. 2. Der Smogalarm war eine Übung für den Notstand.

Auf die erste Toncollage folgen Dokumentaraufnahmen aus den ersten Januarwochen. Passanten auf der Straße werden befragt: Was halten Sie vom Alarm? Fällt Ihnen der Smog auf?

Die Orginalton-Antworten fallen moderat aus, die Ruhrgebietler sind nicht entsetzt, sie warten ab. „Irgendwann wird das schon wieder zu Ende gehen" — darüber sind sich alle einig, ob Hausfrau oder Taxifahrer. Die Videomacher haben wenig Aufwand getrieben. Die Kamera beobachtet nüchtern, an den schlecht hörbaren Fragen und dem locker-flockigen Ton der Interviewer merkt mensch, daß er keine Produktion der ARD vor Augen hat.

Aus den wenig aufgeregten Antworten der Passanten, aus deren ungebrochener Zuversicht, daß bald das Ende des Alarms komme und alles wieder „normal" sei, schließen die Videomacher: „Der Smogalarm legitimiert den Normalzustand." Wenn der Alarm vorbei ist, hat die Luftverschmutzung noch lange kein Ende. In Regionen, wo kein Alarm greift, ist die Luft nicht immer besser als im alarmierten Pott. Nur: solange es den Alarm gibt, vertrauen die Bewohnerinnen und Bewohner der nicht alarmierten Regionen darauf, daß es bei ihnen weniger schlimm, ungefährlich ist. Mitnichten — denn die Schwefeldioxidwerte in der Luft waren in NRW teilweise bis in Gegenden wie Bielefeld hinunter kaum niedriger als in den vom Alarm betroffenen Gebieten. Und daß in Hessen bei Anwendung der nordrheinwestfälischen Vorschriften Smogalarm erforderlich gewesen wäre, pfiffen die Rundschau-Spatzen von Frankfurter Dächern.

Notstandsübung Umweltschutz

„Hier kommt niemand unkontrolliert durch. Wir sammeln auch die Ausreden, mit denen sich jemand durchmogeln will und gucken, in welchen Vierteln besonders häufig Verstöße beobachtet werden. Das werten wir alles fürs nächste Mal aus." Daß es dieses „nächste Mal" geben wird, steht für den Einsatzleiter der Polizei, der dem Videoteam Rede und Antwort stand, außer Frage. Der Polizeioffizier braucht dieses „nächste Mal" auch nicht zu fürchten, denn die polizeitechnische Seite des Großversuchs hat — daran kann kein Zweifel bestehen — hervorragend geklappt. Alles war unter Kontrolle. „Es wird dann auch ein anderes Mal klappen, wenn es zu Arbeitslosenaufständen oder sozialen Unruhen kommt", kommentiert einer der Videomenschen. Sicher nicht zu unrecht, aber dieser zweite Teil des Filmes wirft doch mehr Fragen auf, als er beantwortet.

Zwischen die Sequenzen von den menschenleeren, polizeiüberwachten Straßen im Ruhrgebiet werden Schnitte aus alten Hollywoodschinken aber auch Margarinewerbung eingestreut. Die NRW-Polizisten werden gegen Aufnahmen von Knüppeleinsätzen an der Startbahn West, gegen Aufnahmen von Fliegeralarmübungen im Faschismus geschnitten. Das alles in Schneller Abfolge — bei der Vorführung, die ich gesehen habe, wirken einige Zuschauer überzeugt: Polizeieinsatz ist Polizeieinsatz. Startbahn West, Smog-Alarm — ein Kampf. Mit filmtechnischen Mitteln, so wirkt es auf mich, werden Differenzen verschüttet Analogien gezogen, die nicht belegt werden, die allein auf der Ähnlichkeit der Bilder beruhen. Weil Uniform und Uniform ähnlich aussehen, wirken die Schnitte im ersten Moment überzeugend. Hätten Frankfurter Spontis den Film gemacht, wer weiß, ob anstelle der Polizeieinsätze an der Startbahn West nicht polnische Knüppelorgien zu sehen gewesen wären, oder Dokumentaraufnahmen vom 17. Juni 1953.

Der Grundgedanke der Medienzentrumsleute ist dabei sicher bedenkenswert: der Umweltschutz als ein Feld, auf dem die Polizei Erfahrungen sammeln und Sympathien erhalten kann. Stimmen, die einen Alarm wie den im Januar dieses Jahres kritisch auf seine Berechtigung hin untersuchen, sind selten und auf den ersten Blick ist die Lage auch schwierig. Wer wollte sagen, daß es nicht sinnvoll ist, angesichts der hohen Schadstoffwerte nicht zu Hause zu bleiben, still zu halten und auf neue Order zu warten? Im Prinzip ist es selbstverständlich, sinnvoll und richtig, das Auto stehenzulassen. Erstens überhaupt, zweitens aber vor allem, wenn die Luftbelastung ohnehin zu hoch ist. Bedenklich aber ist, wie unkritisch jede Anordnung der Behörden hingenommen wurde, wie still es in der Öffentlichkeit um die Ausnahmegenehmigungen für Werke wie z.B. Thyssen war.

„Wenn Alarm ist, setzt sich niemand vor das Thyssen-Tor und fordert, daß die wirklich aufhören, zu produzieren. Die Leute bleiben zu Hause und folgen gehorsam den behördlichen Anweisungen", zitiert das ÖKO-TEST-Magazin einen der Videomacher von einer Diskussionsveranstaltung.

Und es ist auch kein Zufall, daß das Thema „Polizei und Umweltschutz" derzeit hochgekocht wird. Obwohl es erstmal um wenig mehr als um mehr Stellen für die Polizei geht, ist die Zahl der kritischen Stimmen gering und kaum zu hören.

Eine Diskussion in diese Richtung in Gang zu setzen ist die Dokumentation „Smog-Sperrbezirk" gut geeignet. Vielleicht gerade auch deshalb, weil einige der Analogieschlüsse zu einfach geraten sind.

Fassanbass

„Smog-Sperrbezirk" zu beziehen über: Medienzentrum Ruhr, Hömannstr. 10, 43 Essen. Auf VHS und U-Matic Cassette, 30 Mark pro Tag.

Nesselwang:
Alte Nazis nicht ganz unter sich

In der öffentlichen Debatte um den 40. Jahrestag der Zerschlagung des Hitler-Faschismus versuchten auch die Alt-Nazis noch einmal einen Platz im Rampenlicht zu erhalten.

Besonders die SS-Schergen und „alten Kameraden" haben es neben den revanchistischen Ostlandrittern darauf abgesehen, die Geschichte in Ihrem Sinne zu korrigieren. Um das Treffen von ehemaligen Angehörigen der „SS-Panzerdivision" der „Leibstandarte Adolf Hitler" und der „Hitlerjugend" vom 10.12. Mai gab es eine Menge inund vor allem ausländischer Presseöffentlichkeit. Bereits eine Woche davor hatten sich die Mitglieder der Dritten Panzerdivision SS „Totenkopf" im Allgäuer Nesselwang zum „Fröhlichen Wiedersehen beim bayrischen Bier" getroffen. Schon Monate vor dem Treffen hatte der eingetragene Verein der SS-Schergen mit Einladungen und Aufklebern für das braune Ereignis geworben: „Nesselwang 1985 — Alte Kameraden unter sich".

Die Peinlichkeit der breiten Darstellung des Nazi-Treffens in der ausländischen Presse führte die SPD-Fraktion im Bundestag dazu, einen Antrag einzureichen, man solle doch wenigstens moralisch das SS-treffen verurteilen. Die Mehrheit des „hohen Hauses" lehnte den Antrag ab. Besonders provokativ hatte sich der Eigentümer des Nesselwanger Nazi-Lokals „Krone" der 63jährige Rolf Buchheister für seine braunen Gäste aufgeblasen. Als aus dem bayrischen Innenministerium eine wachsweiche Kritik am Nazi-treff laut wurde, trat Buchheister demonstrativ aus der CSU aus. Außerdem hatte der CSU-Bürgermeister Kainz, Chef der 3000-Seelen-Gemeinde angekündigt er werde persönlich die Gegendemonstranten von DGB, kirchlichen Gruppen, Falken, VVN und SPD begrüßen.

Eine „Antifaschistische Aktion München", sowie andere Antifa- und autonome Gruppen hatten bereits für den 9. Mai ein „Widerstandscamp" geplant. Die Beteiligung am Camp in der Nähe von Nesselwang war jedoch recht dünn. Dies obwohl die „Wiking-Jugend" angekündigt hatte, sie werde in ihrer Eigenschaft als „Schutzstaffel" der Alt-Nazis das Camp der Antifaschisten aufmischen. Von den Jung-Faschisten war jedoch in diesen Tagen kaum einer zu sehen. Gerüchteweise wurden die Jung-Nazis von den „Alten Kameraden" wieder nach Hause geschickt, weil diese um den „Ruf" ihres Treffens fürchteten.

Für den 11. Mai hatte der DGB zu einer Demonstration durch Nesselwang aufgerufen. Auffallend war, daß sich die bayrischen Polizeikräfte unter den Objektiven und Kamaralinsen von rund 200 in- und ausländischen Presseleuten zunächst sehr zurückhaltend verhielten. Erst nachdem in der Nacht zum Samstag einige Scheiben der „Krone" zu Bruch gegangen waren und sich im Nazilokal der herzhafte Duft von Scheiße breit machte, postierte sich die Bullizei etwas martialischer.

Um das SS-Gasthaus konzentrierten sich auch am 11. Mai die Auseinandersetzungen zwischen den Bullen und dem vorwiegend schwarz gekleideten Teil der Demonstration. Während sich der größte Teil der Demo hinter DGB-, Falken-, DKP- und SPD-Transparenten heraus aus dem Ort in Richtung Skistadion begab, versuchte der entschlossenere Teil der Demonstration zu verhindern, daß die Bullen den Platz um das Nazi-Lokal weiträumig absperrten. Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen setzte unter surrenden Fernsehkameras ein wahrer Hagel von Farbbeuteln, Eiern, Steinen und anderen Wurfgegenständen auf die Nazikneipe ein, so daß der stramme Wirt sicherlich einiges aufbieten mußte, um seinen braunen Treff wieder aufzumöbeln.

Weiche Linie und ausländische Presse hin oder her, daß war der uniformierten Einsatzleitung doch zuviel: Man besann sich auf die altbewährte Linie und postierte einen Wasserwerfer in der engen Dorfstraße und ließ die Knüppel-Garde los. Etwa eine Stunde gingen die Auseinandersetzungen in deren Verlauf Knüppel und Steine flogen und rund 71 Leute verhaftet wurden. Der DGB, der geplant hatte, die Demo an der Nazi-„Krone" vorbeizuführen, mußte im Stadion verharren um seine Getreuen nicht in die Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht zu führen.

Als sich die Demo vor dem Nazi-Lokal trotz Wasserwerfer und Bulleneinsatz immer wieder formierte, wurde ein zweiter Wasserwerfer aufgefahren, der mit CS-Gas-Beimischung spritzte. Zwischen Bullensperren durften DGB und Spezialdemokraten dann durch das Dorf ziehen.

Für den Einsatzleiter Klaus war hinterher alles klar: Die 400 Chaoten unter den 5.000 Demonstranten habe man schon vor der Demo gegen den Bonner Weltwirtschaftsgipfel gekannt. Auch für „Kronen"-Besitzer Buchheister ist klar — seine Nesselwanger Gastwirtschaft steht jederzeit wieder den „Alten Kameraden" zur Verfügung.

Rü.



Buchbesprechung
»1971: Makedonischer Grenzfall«
— ein Lehrstück über den Terrorismus

Sylvester 1971. Ein Mann und eine Frau, als Liebespaar getarnt, machen sich auf den Weg nach Griechenland. Ihr Gefährt ist ein alter, klappriger Mercedes. Sein Tank ist präpariert. Er enthält Sprengstoff, der über die jugoslawische Grenze transportiert werden soll. Zweck ist die Unterstützung des Widerstands gegen die damals noch nicht gestürzte faschistische Junta.

An der griechisch-jugoslawischen Grenze werden die beiden vom jugoslawischen Zoll geschnappt. Es folgen Verhöre, in denen die beiden erst als Kriminelle, dann als Faschisten, schließlich als „Genossen" vom jugoslawischen Geheimdienst verhört werden.

Die Jugoslawen, alte Widerstandskämpfer, die das Verhör leiten, stehen ungläubig und entsetzt vor dem sich offenbarenden Dilettantismus und Leichtsinn, mit dem die „westdeutschen Genossen" ihre Aktion in die Wege geleitet haben. Den beiden Akteuren wird klar, was für ein Schwein sie hatten, daß sie durch den Zwischenfall an der makedonischen Grenze davor bewahrt blieben, den Faschisten der Junta in die Hände zu fallen. Nach ein paar Wochen können sie in die BRD zurückkehren.

Es ist eine spannende Erzählung, die Inga Buhmann da vorlegt. Mit Rücksicht auf eventuelle politische Konsequenzen für alle Beteiligten geschehe das erst jetzt, wie sie anmerkt. Das ist zehn Jahre zu spät, aber doch nicht zu spät: Auch heute ist das Büchlein, abgesehen davon, daß es gut zu lesen ist, ein sehr anschauliches, authentisches und darum sehr nützliches Lehrstück über den naiven Idealismus zum einen und selbstmörderischen Dilettantismus zum anderen, mit dem die terroristische Szene der frühen 70er BRD-Linken zur Tat schritt.

Der mißglückte Anschlag während des letzten Hungerstreiks, bei dem Johannes Timme von seiner eigenen Bombe zerrissen wurde, die stattliche Anzahl, z.T. erheblicher, technischer und praktischer Versager in der Anschlagserie dieser Zeit, lassen erkennen, daß das Büchlein auch heute hochaktuell ist.

Wer allerdings eine Abgrenzung vom Terrorismus erwartet, dem sei abgeraten. Der „Zwiespalt", was den nun das „Eigentliche" sei, Terrorismus oder „Reformduselei" bleibt am Ende offen. Das muß jede Leserin und jeder Leser mit sich selbst abmachen.

Inga Buhmann: „1971: Makedonischer Grenzfall", Pendragon Verlag, Bielefeld 1984, 64 S., DM 10,—

F.

Inga Buhmann

1971:
Makedonischer Grenzfall



Pendragon

Onkruit-Beute — elfte Fortsetzung

Im November letzten Jahres brach Onkruit in ein Büro des niederländischen Geheimdienstes „Contra Inlichtingendienst" (CID — s. Anm. 1) in Utrecht ein und klaute — zum elften Male — säckeweise geheime Dokumente. (s. AK 253, S.9) Mit der Publikation eines Teils der Dokumente — in vier „CID-Dossiers" — hat Onkruit in den letzten Monaten in der niederländischen Öffentlichkeit für Aufregung gesorgt. Das Parlament sah sich gar zu einer Eildebatte über die Onkruit-Enthüllungen veranlaßt.

Vor dieser Debatte hatte die antimilitaristische Zeitschrift „AMOK" einen internen Geheimdienstbericht zugespielt bekommen, der die von Onkruit erbeuteten Beweise für die Bespitzelung der Friedensbewegung bestätigte und die Regierung in weitere Verlegenheit brachte. Denn: Während es in der BRD eine Selbstverständlichkeit ist, daß die „Sicherheitskräfte" die Friedensbewegung in Schach halten müssen, hat die niederländische Regierung bisher immer versichert, die Friedensbewegung würde nicht als staatsgefährdend angesehen und deshalb auch von keinem Geheimdienst bespitzelt. Wir berichten über Echo und Folgen des Onkruit-Raubzugs.

Presse-Echo

Direkt nach Bekanntwerden des Einbruchs, der in der Nacht vom 18. zum 19. November 1984 stattfand, erklärten sowohl der CID selbst als auch die Marechaussee (Militärpolizei) und das „Verteidigungsministerium", es seien keine geheimen Papiere mitgenommen worden. Bereits am 23. November wurden jedoch erste Auszüge aus mit verschiedenen Geheimhaltungs-Klassifikationen versehenen Dokumenten in der autonomen Amsterdamer Wochenzeitung „bluf!" veröffentlicht. Als diese Auszüge wenig später auch in Teilen der bürgerlichen Presse veröffentlicht wurden, wollte das Ministeri-
fentlicht wurden, wollte das Ministeri-
um deren Authentität weder bestätigen noch abstreiten. Erst nach dem Erscheinen von „Dossier CID 001", Mitte Februar, gab das Ministerium (indirekt) zu, daß die Dokumente echt sind. Man sei „sehr erstaunt" über die Publikation.

Nicht nur die linke und alternative, auch die sozialdemokratische und liberale Presse berichtete breit über die Onkruit-Enthüllungen. Während es dabei kaum Distanzierungen von Onkruit gab — die rechte Presse zog Schweigen vor — wurden CID und Ministerium heftig kritisiert. Der CID habe seine Kompetenzen überschritten und sehe Gespenster. Der Verteidigungsminister habe entweder den Geheimdienst nicht unter Kontrolle oder habe sogar bewußt gelogen mit seinen Beteuerungen, die Friedensbewegung werde nicht bespitzelt. Die Tatsache, daß es Onkruit gelungen war, unbehelligt in das CID-Büro einzubrechen, wurde von manchem Kommentator als Beleg dafür gesehen, daß der CID gleichzeitig seine „eigentlichen Aufgaben" vernachlässige.

Die „Volkskrant" (sozialdemokratisch orientiert) bot ihren Leser/inne/n ausführliche Kostproben aus den „Dossiers", unterstützte die Enthüllungen teilweise sogar mit eigenen Recherchen und veröffentlichte Diskussionsbeiträge über das Geheimdienstwesen. „Trouw" (konfessionell) rief nach der Veröffentlichung der Liste mit Namen von CID-Mitarbeiter/inne/n in „Dossier CID 002" einige dieser Mitarbeiter/innen an. Natürlich gab keine/r zu für den CID zu arbeiten. Die erste, die angerufen wurde, fragte zunächst, woher „Trouw" ihre geheime Telefonnummer habe und drohte gleich darauf: *„Hiergegen werde ich etwas unternehmen!"* Ein anderer drohte ebenfalls: *„Wenn sie diese Liste veröffentlichen, werde ich Schritte in die Wege leiten!"* Wieder ein anderer antwortete auf die Frage, ob er seine CID-Tätigkeit abstreite: *„Ich streite nichts ab, ich muß sie an den Informationsdienst des Heeres verweisen."* Und von eben diesem Informationsdienst kam die Antwort: *„Der einzige Name, den ich ihnen geben kann, steht im Staatsalmanach. Es ist der Name von Oberst De Vries, dem gegenwärtigen Leiter des CID ... Es ist natürlich nie erfreulich, wenn Namen von Geheimdienst-Mitarbeitern bekannt werden. Aber ich müßte doch erst diese Liste sehen, um beurteilen zu können, ob die Namen von Listen des CID stammen."* (2)

Reaktionen aus der Friedensbewegung

Nach Erscheinen von „Dossier CID 001" (siehe unten) forderte IKV-Sekretär Mient Jan Faber Verteidigungsminister De Ruiter in einem Brief auf, Stellung zur Bespitzelung der Friedensbewegung durch den CID zu nehmen. Faber war „unangenehm berührt" und fragte: *„Wer erteilt den Auftrag für diese CID-Aktivitäten? Und weshalb? Mit welcher Absicht? Sind Sie informiert darüber? Was geschieht mit den gewonnenen Daten?"* (3)

Die Soldatengewerkschaft VVDM hatte anfänglich äußerst naiv auf das Bekanntwerden des (vor allem gegen sie gerichteten) Infiltrationsprojektes „Fatima" reagiert: *„Wir glauben nicht, daß dies von Den Haag sanktioniert ist, sondern daß es sich um eine Eigeninitiative des CID handelt. Wir sind keine anti-militaristische Organisation, sondern ein Interessenverband, der nota bene offizieller Verhandlungspartner des Verteidigungsministeriums ist. Es wäre doch sehr eigenartig, wenn wir gleichzeitig auf diese Art von unserem Gesprächspartner im Auge behalten würden. Darüber wollen wir allerdings Aufklärung."*(4)

Die VVDM verwies — wie übrigens auch die „Volkskrant" — im Januar noch auf nicht näher benannte Personen aus dem Verteidigungsministerium, die nicht ganz unglücklich über den Onkruit-Einbruch seien, da man nun endlich Beweise für eigenmächtiges Handeln des CID habe (5). Nachdem dann Minister De Reuiter, in seiner Antwort auf die parlamentarischen Anfragen der Fraktion der Pazifistisch-Sozialistischen Partei, die Exi-
fistisch-Sozialistischen Partei, die Exi-
stenz von „Projekt Fatima" offiziell zugegeben und gutgeheißen hatte (in der VVDM seien staatsgefährdende Personen aktiv), drohte die VVDM dem Minister mit einem Prozeß. De Ruiter sagte daraufhin am 28. März während der Parlamentsdebatte zu, das „Projekt Fatima" erneut zu überprüfen. Am 9. Mai teilte er der VVDM mit, das Projekt sei beendet. Ob dies tatsächlich geschehen ist, ist allerdings mehr als fraglich.

Die parlamentarischen Anfragen waren von der PSP-Fraktion gleich nach dem Einbruch gestellt worden. Drei Monate waren sie unbeantwortet geblieben (was für niederländische Verhältnisse ungewöhnlich lang ist). Am 28. Februar legte De Ruiter endlich seine Antworten vor. Er behauptete erneut, die Friedenbewegung werde nicht bespitzelt. Allerdings machte er jetzt die Einschränkung, sie werde „als solche" nicht bespitzelt. Und das schließe nicht aus, daß bestimmte Einzelpersonen oder Gruppen aus der Friedensbewegung, gegen die der Verdacht staatsfeindlicher Aktivitäten bestünde, Objekt geheimdienstlicher Untersuchungen seien.

Am 4. März veröffentlichte die antimilitaristische Zeitschrift „AMOK" Auszüge aus einem internen Bericht des Geheimdienstes der Luftwaffe (LUID geheißen) über die Friedensbewegung, den sie anonym zugeschickt bekommen hatte. Dieser Bericht bewies nochmals, daß die Friedensbewegung — auch „als solche" — bespitzelt wird und daß der Minister gelogen hatte.

Parlamentsdebatte

Die PSP-Fraktion, die mit den Antworten des Ministers natürlich keineswegs zufrieden war, beantragte eine Eildebatte der zweiten Kammer (entspricht dem Bundestag). Diese fand am 28. März statt.

Die Fraktion von De Ruiter's Christdemokraten nahm aus Protest nicht teil an der Debatte. Der Fraktionssprecher der Rechtsliberalen (die zusammen mit den Christdemokraten die Regierung stellen) beschränkte sich in seinen Redebeiträgen auf Angriffe gegen die PSP-Fraktion, die die „kriminellen" Methoden von Onkruit gutheiße. Der Minister gab jetzt zu, daß die militärischen Geheimdienste sich aktiv für die Friedensbewegung interessieren. Allerdings würden die gesammelten Informationen allesamt aus öffentlichen Quellen stammen. Der von „AMOK" in die Öffentlichkeit gebrachte LUID-Bericht beinhalte „ausschließlich Informationen aus Zeitungen und Zeitschriften" (6). Nur im Falle begründeten Verdachts, würden nach einem entsprechenden Antrag beim Minister gezielte Untersuchungen eingeleitet, die über die Auswertung öffentlich zugänglicher Informationen hinausgehen.

Der gemeinsame Antrag von PSP und PPR (Politieke Partij Radikalen), in dem festgestellt wurde, daß das Sammeln von Informationen über die Friedensbewegung *„im Widerspruch zur Intention der zuvor von der Regierung ausgesprochenen Garantie steht, daß die Friedensbewegung kein Objekt geheimdienstlicher Untersuchungen ist"* (7), wurde von der Kommunistischen Partei und von der sozialdemokratischen Partei (PvdA) unterstützt, aber bekam erwartungsgemäß keine Mehrheit.

Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion hatte vor allem die Stümperhaftigkeit , mit der CID und LUID ihre Arbeit seiner Ansicht nach leisten, kritisiert, was Minister De Ruiter zu überdenken versprach. Ob hier eine möglicherweise bereits geplante Effektivierung der Öffentlichkeit über das Spiel mit verteilten Rollen verkauft werden soll, ist nicht klar.

Onkruit veröffentlichte in den CID-Dossiers u.a. eine Liste von rund 200 hauptberuflichen CID-Mitarbeitern unter Angabe nicht nur der (leicht änderbaren) Telefonnummer, sondern auch der kompletten Wohnanschrift — das niederländische Umzugsgewerbe soll einen nicht unerheblichen Auftragszuwachs zu verzeichnen haben.

Wie geht's weiter?

Am 29. März wurde in Utrecht das „Comité Inzage Dossiers" (CID, Komitee zur Einsicht in die Akten), in dem Teil der vom anderen CID registrierten Personen sich zusammengeschlossen hat, gegründet. Das Komitee, das von sechs Anwälten beraten wird, untersucht die Möglichkeiten juristischer Schritte und fordert u.a. vollständige Öffentlichkeit in Sachen Geheimdienste (was in der Konsequenz natürlich auf eine Auflösung der Geheimdienste hinauslaufen würde). Der Einbruch beim CID war der elfte größere, systematisch vorbereitete, Raubzug Onkruits gegen das Militär (8). Der zwölfte folgte Ende Dezember 1984 in einer Kaserne in der Nähe von Nijmegen. Wann schlägt's dreizehn?

Niederlande-Kommission

Anmerkungen und Quellen

1) Der CID ist ein Geheimdienst des niederländischen Heeres, der die Aufgabe hat, Feinde in der eigenen Bevölkerung aufzuspüren, die die Sicherheit und die Bereitschaft des Militärapparats — sowohl von innen heraus als auch von außen — gefährden (könnten). In Kriegszeiten ist der CID die Hauptinformationsquelle für die Provinzialen Militärkommandos (PMC), die dann für die „territoriale Verteidigung" (das ist die „Verteidigung" des eigenen Landes gegen Angriffe von außen und innere Unruhen) verantwortlich sind.
2) Trouw, 8.3.1985
3) Zit. n. De Volkskrant, 27.2.1985
4) Zit. n. De Volkskrant, 30.11.1984
5) Vgl. Twintig, Januar 1985, und De Volkskrant, 16.2.1985
6) Zit. n. De Volkskrant, 29.3.1985
7) Zit. n. De Volkskrant, 29.3.1985
8) Über die meisten Raubzüge berichteten wir (AK 243, 244, 245, 252, 253 und 255)

Die CID-Dossiers

Ein Teil der Beute wurde von Onkruit in einer vierteiligen Serie von „CID-Dossiers" veröffentlicht, die nicht nur über den linken Buchhandel verkauft, sondern auch einer ganzen Reihe linker und alternativer Zeitungen beigelegt wurden. (1)

Dossier CID 001 (erschien im Februar 1985) geht schwerpunktmäßig auf die inländischen Feinde, gegen die der CID das Militär abschirmen und beschützen muß, ein. „Angesehene" Friedensorganisationen wie der IKV gehören — wie aus den Dokumenten hervorgeht — ebenso dazu wie antimilitaristische Gruppierungen und linke Organisationen. Besondere Aufmerksamkeit des CID gilt natürlich der Soldatenbewegung. Auch bestimmte Teile der sozialdemokratischen Partei werden als (potentielle) Staatsfeinde im Auge behalten. Ein vom CID für den internen Gebrauch erstelltes „Handbuch Friedensbewegungen" umfaßt, wie es im Vorwort heißt, *„so weit wie möglich alle Bewegungen, die in irgendeiner Weise — sei es als Hauptziel, sei es als wichtiges Nebenziel oder auch nur aus opportunistischen Erwägungen — Friedensarbeit betreiben"*(2). In einem CID-Protokoll vom 17.12.1981 ist festgehalten, daß nach Erkenntnissen des westdeutschen Bruders MAD die Friedensbewegung in der BRD **„im Griff von Marxisten"** (3) ist. Das erste Dossier enthält auch einen kurzen Bericht über den Einbruch selbst sowie eine komplette Liste aller Mobilmachungs-Sammelpunkte („mobilisatiepunten") der Provinz Utrecht.

Dossier CID 002 (März 1985) beinhaltet Informationen über die CID-Organisation, ihre Struktur und ihre Position im Militärapparat und über das Verhältnis des CID zu anderen (niederländischen wie ausländischen) Geheimdiensten sowie Polizei-Instanzen.

Besonders ärgerlich für den CID dürfte die Veröffentlichung von Auszügen aus CID-Protokollen sein, die einen Einblick verschaffen in die — teilweise ebenso lächerlich anmutenden wie verbissen ausgetragenen — Konkurrenzkämpfe zwischen CID und u.a. Marechaussee (Militärpolizei, die gleichzeitig die Aufgaben, die der BGS in der BRD hat, mit übernimmt). Noch ärgerlicher ist allerdings wahrscheinlich der Abdruck einer Liste mit über 200 Namen von CID-Mitarbeitern. Der entstandene Schaden ist diesmal auch nicht wieder wettzumachen durch die Zuteilung neuer Telefonnummern, da Onkruit die kompletten Privatadressen gleich mitveröffentlicht hat. Dies ist für die beklaute CID-Abteilung auch noch in anderer Weise peinlich: Sie durfte den Sicherheitsvorschriften entsprechend diese Liste überhaupt nicht in ihrem Büro haben.

Dossier CID 003 (April 1985) wirft ein Licht auf Methoden und Techniken des CID. Eingegangen wird auf die Überwachung von Militärs; auf die Informationsquellen, die den CID-Schnüfflern zur „Überprüfung" von Wehrpflichtigen und Bewerbern beim Militär dienen; auf die Tarnmittel (Decknamen usw.) von CID-Agenten; auf die Art der Anwerbung von Infiltranten; auf Observations- und Abhörtechniken usw.

Der Fund von Einbruchs-Werkzeugen samt detaillierter Gebrauchsanleitungen sowie einer Sammlung hunderter verschiedener Schlüssel im Arbeitszimmer eines CID-Offiziers beweist, daß — entgegen aller offiziellen Beteuerungen — auch Einbruch zu den Methoden des CID gehört. Besonders fein ist die Liste mit „Basismethoden des Verhörs". Genannt werden u.a.: *„die freundliche Methode"*; *„die Drohungs- und Rettungsmethode (der 'nette' Frager und der 'Henker')"*; die *„Schock- und Überraschungsmethode ('Wir wissen alles!')"*. Eine anschauliche Illustration, der freiheitlich-demokratischen Grundwerte, die vom Militär verteidigt werden, ist die „Erniedrigungsmethode": *„mögliche falsche Haltung des Gefangenen gegenüber Kollegen ausspielen, körperliche und/oder geistige Abweichungen offen herabsetzen und lächerlich machen, Herkunft, Lebensverhältnisse, Rasse oder Religion ausnutzen"*. (4)

Dossier CID 004 (Mai 1985) behandelt zwei größere Infiltrations-Projekte des CID; „Projekt Erika", das gegen politische Gruppierungen der in den Niederlanden lebenden Süd-Molukker gerichtet war, und „Projekt Fatima", das gegen die Soldatenbewegung sowie gegen die Friedensbewegung gerichtet ist (oder war?). Dossier 004 beleuchtet desweiteren die Rolle des CID beim „anti-imperialistischen" Militärputsch im Februar 1980 in Surinam (ehemalige niederländische Kolonie), an dem auch die dortige niederländische Militärmission beteiligt war, sowie bei einem gescheiterten Gegenputsch-Versuch im März 1982.

Das „Projekt Fatima" wurde (wahrscheinlich 1978) aufgenommen, um die zu dieser Zeit noch recht starke und kämpferische Soldatengewerkschaft VVDM zu neutralisieren. Mit dem Aufleben der Anti-Atomwaffen-Aktivitäten innerhalb des Militärs ab 1980/81 kam das Projekt jedoch erst richtig in die Gänge. Nicht nur die VVDM wurde infiltriert. Auch in das „Komitee Soldaten gegen Atomwaffen" und in die „gelbe" Soldatengewerkschaft AVNM wurden „Fatima"-Spitzel geschleust. Möglicherweise sind weitere Gruppen, auch aus der Friedensbewegung (außerhalb des Militärs), betroffen. Einem Protokoll vom Juni 1982 zufolge umfaßte „Fatima" zu diesem Zeitpunkt elf aktive Infiltranten. 38 weitere waren *„in der Vorbereitungsphase"* (5). 86 neue Kandidaten waren bereits vorselektiert. Angesichts dieses Umfanges fragt Onkruit bissig: *„Wer führte die VVDM eigentlich in dieser Periode?"*(6).

Im Juni 1982 wurden auch vier VVDM-Aktivisten (darunter zwei Vorstandsmitglieder) unter der Beschuldigung Geheimdokumente entwendet zu haben verhaftet (7). Schon damals legten der merkwürdige Verlauf und Ausgang der Affäre den Verdacht nahe, daß dem ganzen eine Provokation von seiten des CID zugrunde lag. Dieser Verdacht verhärtet sich jetzt durch das Protokoll einer CID-Sitzung vom 10.6.1982. In diesem Protokoll ist tatsächlich der Vorschlag festgehalten, der VVDM eine Falle zu stellen durch Zuspielung als geheim eingestufter „Dokumente" über einen „Fatima"-Agenten. Eine Woche später wurden die VVDMler verhaftet ...

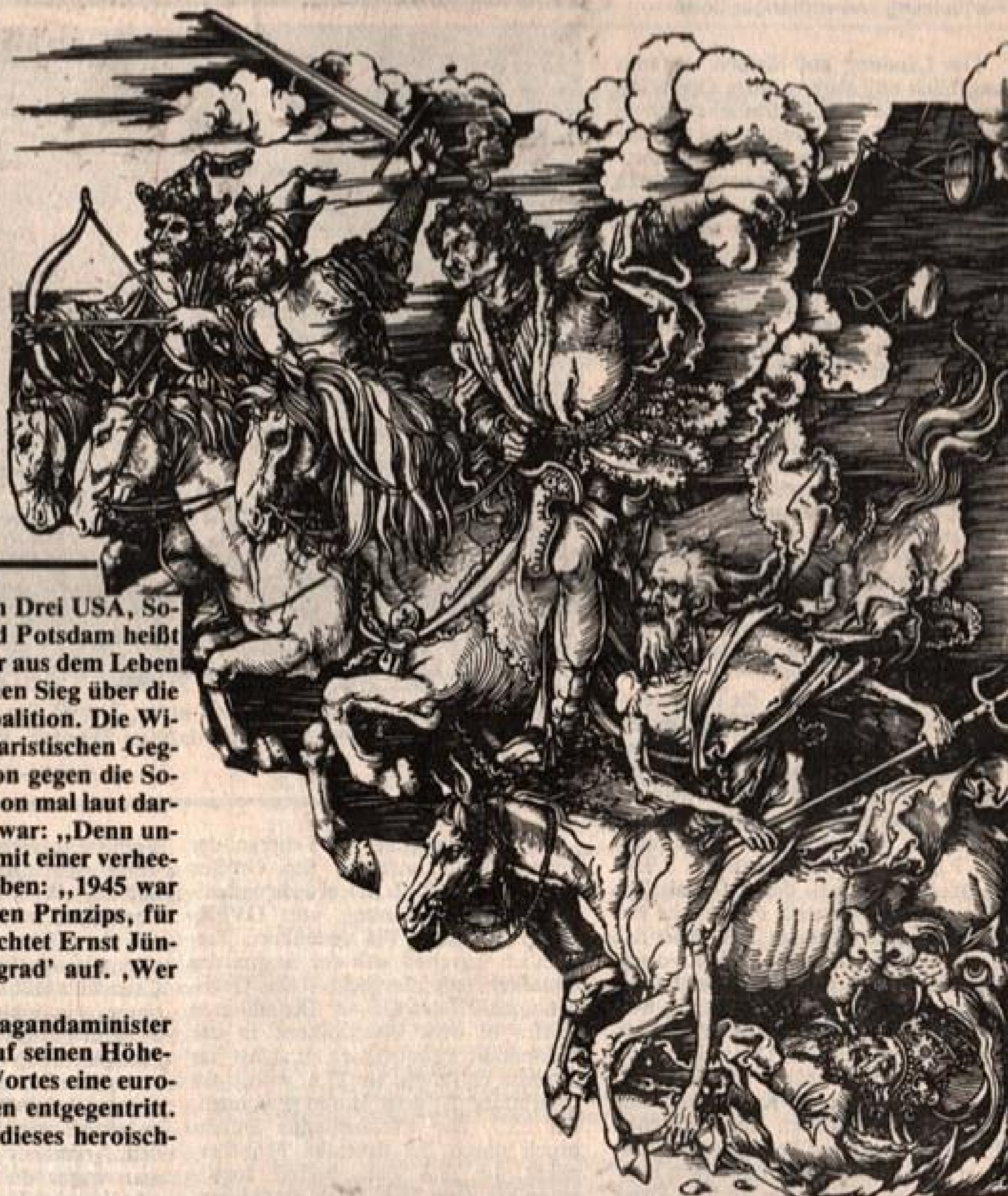
Niederlande-Kommission

Anmerkungen und Quellen

1) Die in Groningen herausgegebene, wöchentlich erscheinende „Knipselkrant", die neben Materialien (jeweils in der Originalsprache — niederländisch, englisch, deutsch; gelegentlich auch in Übersetzung) über den „bewaffneten Widerstand in Westeuropa" u.a. auch Materialien über Repression, Geheimdienste und Anti-Militarismus veröffentlicht, hat Teile der Dossiers ins Deutsche übersetzt. Die Adresse der „Knipselkrant" lautet:
Postbus 7001, 9701 JA Groningen, Niederlande.
2) Zit. n. Dossier 001, S.8
3) Zit. n. Dossier 001, S. 10
4) Zit. n. Dossier 003, S. 13
5) Zit. n. Dossier 004, S. 10
6) Dossier 004, S. 11
7) In AK 223 und AK 224 berichteten wir über die Verhaftungen.

Zwischen den Weltkriegen Teil 8

Die Anti-Hitler-Koalition als Ouvertüre zum Kalten Krieg



Viel mehr als nur ein Kriegsbündnis hatte sie sein sollen : die Anti-Hitler-Koalition der Großen Drei USA, Sowjetunion und Großbritannien. Sie sollte — wie es in den Erklärungen von Teheran, Jalta und Potsdam heißt — zugleich die Grundlagen einer stabilen Nachkriegsordnung schaffen und den Krieg für immer aus dem Leben der Nationen verbannen. Es blieb bei den guten Absichten und Vorsätzen. Mit dem militärischen Sieg über die Hauptkriegsgegner Deutschland und Japan 1945 entfiel die Geschäftsgrundlage der Antifa-Koalition. Die Widersprüche zwischen den Großen Drei traten in den Vordergrund. Aus den faschistisch-militaristischen Gegnern von Gestern wurden freiheitlich-demokratische Juniorpartner für die neue Kriegskoalition gegen die Sowjetunion. Und zum 40. Jahrestag der befreienden Kapitulation kann man in der FAZ auch schon mal laut darüber nachdenken, ob nicht die Kriegskonstellation von 1939 - 45 überhaupt ein großer Irrtum war: ,,Denn unter politischem Aspekt, gemessen an den eigenen Zielen, endete der Krieg für die Demokratien mit einer verheerenden Niederlage, fast mit einer Katastrophe.'' Und um die Frechheit auf die Spitze zu treiben: ,,1945 war zwar ein Sieg der Demokratien, zugleich aber auch die größte Niederlage jenes demokratischen Prinzips, für dessen Erhaltung und Ausdehnung sie in den Krieg eingetreten sind. Im Februar 1943, so berichtet Ernst Jünger, tauchte an den Mauern Pariser Häuser häufig mit Kreide geschrieben das Wort ,Stalingrad' auf. ,Wer weiß' fragte der Dichter sich, ,ob sie dort nicht mitbesiegt werden?' '' (1)
Ohne Fragezeichen und noch deutlicher als Jünger und die FAZ formulierte es damals Propagandaminister Goebbels: ,,Der Krieg der mechanisierten Roboter gegen Deutschland und gegen Europa ist auf seinen Höhepunkt gestiegen. Das deutsche Volk erfüllt mit seinen Achsenpartnern im wahrsten Sinne des Wortes eine europäische Mission, wenn es dieser unmittelbaren und ernsten Lebensbedrohung mit den Waffen entgegentritt. Das Ringen um Stalingrad wurde in seiner tragischen Verwicklung gerade zu einem Symbol dieses heroisch-männlichen Widerstandes gegen den Aufruhr der Steppe...Das Abendland ist in Gefahr.''(2)

Das verspätete Bündnis

Die Anti-Hitler-Koalition kam erst im Herbst 1941, zwei Jahre nach Beginn des 2.Weltkriegs, durch den Überfall auf Polen, zustande. Schon darin kommt zum Ausdruck, daß die Interessen der Großen Drei nur bedingt gleichförmig waren. Die Sowjetunion hatte aus dem Scheitern von Bündnisverhandlungen mit Großbritannien und Frankreich im Frühjahr/Sommer 1939 für sich die Konsequenz gezogen, durch einen Nichtangriffsvertrag mit Deutschland zumindest Zeit und Spielraum zu gewinnen.(3) Sie hielt sich buchstabengetreu an diesen Vertrag und wurde erst durch den deutschen Angriff am 22.Juni 1941 in den Krieg hineingezwungen.

Die USA hatten zwar seit 1940 in wachsendem Umfang die britische Kriegführung unterstützt, waren aber weder militärisch noch innenpolitisch zum direkten Kriegseintritt bereit, bevor durch den japanischen Überfall auf die amerikanische Kriegsflotte in Pearl Harbour/Hawaii eine neue Konstellation geschaffen wurde.(4)

Großbritannien stand also zunächst mit Frankreich und nach dessen Niederlage im Mai/Juni 1940 vorübergehend sogar allein der nazistischen Kriegsmaschine gegenüber. Entsprechend erleichtert reagierte die britische Führung auf den deutschen Einmarsch in die Sowjetunion und später auf die Pearl-Harbour-Operation, die Churchill sofort klarblickend als Entscheidung zum Kriegssieg der Alliierten begriff, weil sie die USA ,,durch die Hintertür'' zum direkten Kriegspartner auch in Europa machte.

Bis zum 22.Juni 1941 war die Stimmung gegenüber der Sowjetunion in Großbritannien und den USA kalt bis feindselig gewesen. Man beschuldigte sie, mit Hitler gemeinsame Sache gegen Polen gemacht zu haben, warf ihr die Annektion der baltischen Länder vor und hatte während des russisch-finnischen Kriegs (November 1939 - März 1940) sogar eine Militärintervention in Erwägung gezogen. Die USA hatten Finnland kriegsunterstützende Kredite gegeben und Boykott-Maßnahmen gegen die Sowjetunion verhängt. Gemeinsam hatte man wegen Finnland die Sowjetunion sogar als Aggressor aus dem Völkerbund ausgeschlossen — eine Maßnahme, zu der man sich nicht entschließen konnte, als Italien 1935 Äthiopen überfiel.

Dennoch verlor der britische Premier Churchill am 22.Juni 1941 keinen Moment, sofort über Rundfunk zu erklären: ,,*Wir haben nur ein einziges, unwiderrufliches Ziel : wir sind entschlossen, Hitler und jede Spur des Nazi-Regimes zu vernichten. Davon wird uns nichts abbringen — nichts. Jedermann oder jeder Staat, der gegen das Nazitum kämpft, wird unsere Unterstützung haben...Daraus ergibt sich, daß wir Rußland und dem russischen Volk jede Hilfe geben werden, die wir geben können. Wir rufen alle unsere Freunde und Verbündeten überall in der Welt auf, das Gleiche zu tun und wie wir vertrauensvoll und beständig bis zum Ende daran festzuhalten.*'' (5)

Freilich, ein Bekenntnis dieser Art lag im britischen Eigeninteresse, denn es war (wenn auch völlig unfreiwillig) erst einmal die Sowjetunion, die Großbritannien half, indem sie das Gros der deutschen Kriegsmaschine auf sich zog. Am 12.7.41 wurde zwischen Großbritannien und der Sowjetunion ein Abkommen über gegenseitigen Beistand im Krieg geschlossen, mit dem beide Staaten zugleich versprachen, sich auf keinen Separatfrieden einzulassen.

Für die USA, von denen die materielle Unterstützung der Sowjetunion in erster Linie abhing, gab Präsident Roosevelt am 24.Juni 1941 eine erste allgemeine Hilfszusage, die am 2.August durch eine Note bekräftigt und präzisiert wurde. Am 29.September traf eine amerikanisch-britische Delegation in Moskau ein, um detailliertere Verhandlungen über die sowjetischen Hilfsanforderungen zu führen. Es kam ein erstes Abkommen über Waffenlieferungen der Westmächte an die SU zustande.(6). Was die Prognosen über den deutsch-sowjetischen Kriegsverlauf angeht, unterschied sich die Einschätzung der führenden britischen und amerikanischen Kreise kaum von der der deutschen: als realistisch wurde angenommen, daß die NS-Wehrmacht nicht mehr als drei Monate brauchen würde, um die sowjetische Kampfkraft auszuschalten und den ,Rußland-Feldzug' im wesentlichen abzuschließen.(7) Aus dieser Einschätzung ergab sich, daß man den deutschen Überfall auf die Sowjetunion zunächst keineswegs als längerfristige Entlastung für die eigenen Kräfte interpretierte, sondern lediglich als befristete Atempause. Man rechnete damit, daß Deutschland nach der Ausschaltung dieses Gegners, also spätestens ab Anfang 1942, seine gesamte Kriegskraft gegen Großbritannien und die britischen Positionen in Nordafrika/Nahost konzentrieren würde. Aus dieser Sichtweise gab der deutsche Überfall zwar einen wertvollen Aufschub von ein paar Monaten, schien aber zugleich die Notwendigkeit noch dringender zu machen, sich auf die befürchtete große Offensive 1942 vorzubereiten. Letzten Endes war dafür der direkte Kriegseintritt der USA unverzichtbar. Für die Behandlung der Sowjetunion ergaben sich aus dieser pessimistischen Einschätzung zwei gegensätzliche Schlußfolgerungen : Einerseits schien rascheste und umfangreiche materielle Unterstützung geboten, um den für möglich gehaltenen schnellen Zusammenbruch der sowjetischen Verteidigung zu verhindern oder hinauszuzögern. Andererseits konnten angesichts der realen Knappheit der eigenen Kriegsmittel zu diesem Zeitpunkt Hilfslieferungen an die Sowjetunion als verlorene Zuschüsse erscheinen, falls die Rote Armee sowieso in ein paar Wochen zusammenbrechen würde. Praktisch war es schließlich so, daß Hilfslieferungen an die Sowjetunion nur zögernd und schwach in Gang kamen. Nach den ersten Kriegswochen zeigte sich, daß die Rote Armee stärker war als angenommen, so daß man sich nun mit der Hilfe erst recht nicht zu beeilen brauchte.



Churchill (l.), Roosevelt (m.), Stalin (r.) in Jalta, Februar 1945

Wo bleibt die Zweite Front ?!

Als die NS-Wehrmacht mit über 3 Millionen Mann in 152 Divisionen die Sowjetunion überfiel, waren außer den Streitkräften in den besetzten Ländern (8) nur zwei weitere deutsche Divisionen an einer umkämpften Front eingesetzt: in Libyen zur Unterstützung der italienischen Armee gegen die von Ägypten aus angreifenden britischen Kräfte. Die Sowjetunion erhob daher sofort äußerst dringlich die Forderung nach Schaffung einer ,,Zweiten Front'' zur eigenen Entlastung. Erstmals am 18.7.41 appellierte Stalin an Churchill, möglichst rasch — noch vor einer Konsolidierung der deutschen Ostfront — in Nordfrankreich oder am Polarkreis eine neue Front zu schaffen.(9) Am 4.9.41 bedrängte er Churchill erneut, ,,irgendwo auf dem Balkan oder in Frankreich'' eine zweite Front zu bilden, um 30 - 40 deutsche Divisionen von der sowjetischen Front abzuziehen.(10) Churchill antwortete, daß dies in 1941 absolut unmöglich und für 1942 ungewiß sei.(11) Stalin setzte am 15.9.41 mit der Frage nach, ob es nicht noch andere Möglichkeiten gebe. Vielleicht könnte man 25 - 35 britische Divisionen über Archangelsk im Norden oder den Iran im Süden (12) direkt an die sowjetische Front bringen.(13)

In der ersten Jahreshälfte 1942 wurde auf mehreren politischen und militärischen Konferenzen zwischen Großbritannien und den USA (ohne Konsultation der Sowjetunion) diese strategische Planung entwickelt : Bis spätestens November 1942 eine Landung britisch-amerikanischer Verbände im französischen Nordafrika (14), also im Rücken der deutsch-italienischen Divisionen in Libyen. Erst 1943 eine große Landungsoperation in Nordwestfrankreich, Termin irgendwann zwischen 1.4.43 und Spätsommer 1943. Eventuell sollte dieses Unternehmen zeitlich vorgezogen werden, nämlich bei einem plötzlichen Zusammenbruch der deutschen Streitkräfte oder bei einer drohenden Niederlage des sowjetischen Verbündeten. Als frühestmöglicher Termin für eine solche Aktion galt der September 1942. Daneben wurden weitere Projekte in Erwähnung gezogen, nämlich eine Landung in Nordnorwegen und die Besetzung eines französischen Hafens (Cherbourg oder Brest) noch in 1942. Letzteres endete in Gestalt einer total verkorksten britischen Landungsoperation bei Dieppe (19.8.42), die außer hohen Verlusten wohl nur dem propagandistischen Nachweis diente, daß die Zeit für Operationen gegen die ,,Festung Europa'' eben noch nicht reif war.(Von 6000 eingesetzten Soldaten wurde etwa die Hälfte getötet oder gefangengenommen).

Die Landung der Westalliierten in Nordafrika begann am 8.11.42. Der Zeitplan — ,,Säuberung'' Nordafrikas von deutschen und italienischen Streitkräften bis spätestens Februar 1943 — geriet in Verzug, da die deutsche Führung unerwartet (und strategisch unsinnig) beträchtliche Verstärkungen über das Mittelmeer nach Tunesien schaffte. Die nordafrikanischen Achsen-Truppen kapitulierten erst am 13.5.43. 250.000 deutsche und italienische Soldaten gingen in die Gefangenschaft — eine militärische Niederlage von der Dimension Stalingrads.

Im Januar 1943 hatten sich die britischen und amerikanischen Politiker und Militärs in Casablanca getroffen, um die nächsten strategischen Schritte zu beraten. Über das Ergebnis teilten Roosevelt und Churchill der sowjetischen Führung mit : + Abschluß der Operationen in Nordafrika bis April 1943. + Landung auf Sizilien im Juli 1943, vielleicht auch früher. + Etwa gleichzeitig Operationen gegen die italienischen Positionen in der Ägäis, vermutlich gegen die Dodekanes-Inseln. + Landung in Nordwestfrankreich im August, bei ungünstigen Umständen erst im September 1943.(15)

Stalin äußerte sich über diesen Zeitplan sehr enttäuscht : es sei für die militärische Situation der Sowjetunion extrem wichtig, die Zweite Front in Frankreich schon im Frühjahr oder Frühsommer zu eröffnen.(16) Er sollte gleich noch stärker enttäuscht werden, denn Churchill argumentierte schon im April, daß das Frankreich-Unternehmen in 1943 nicht machbar sei. Stattdessen sollte man die Landung auf Sizilien ausbauen zu einem entscheidenden Vorstoß in den ,,weichen Unterleib Europas'' : vielleicht Sardinien und Korsika, vielleicht das italienische Festland, vielleicht im östlichen Mittelmeer, vielleicht an der jugoslawischen Küste.(17) Im Mai einigten sich Churchill und Roosevelt darauf, nach Sizilien auch in Süditalien ein Landungsunternehmen anzusetzen, um Italien ganz aus dem Krieg zu werfen. Zugleich wurde die Landung in Frankreich auf 1944 verschoben.(18)

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Landung auf Sizilien, anfangs angeblich nur als begrenzte Operation geplant, um den Zeitraum zwischen dem Vorstoß nach Nordafrika und der Frankreich-Landung sinnvoll zu überbrücken, entfaltete erwartungsgemäß ihre Eigendynamik : War man schon auf der Insel, warum nicht auch einen Fuß auf das italienische Festland setzen? Und war man erst dort, warum dann nicht zügig nach Norden vorstoßen? Bei günstigem Verlauf konnte sich als nächstes der Plan aufdrängen, zum Nordende der Adria zwischen Italien und Jugoslawien vorzurücken — und von dort aus durch das auch aus modernen NATO-Kriegsspielen wohlbekannte „Ljubljana Gap" mitten hinein ins Herz Europas, nach Ungarn und Österreich. Das strategische Ziel : Vor der Roten Armee (die im Sommer 1943 noch tief im eigenen Land mit rund 70% der deutschen Streitkräfte zu kämpfen hatte) den Wettlauf nach Mitteleuropa gewinnen und im Vorbeigehen auch gleich noch den Balkan einzukassieren.

Diese Kriegsplanung, die im wesentlichen von der britischen Führung ausging, scheiterte militärisch daran, daß die Kampagne in Italien nicht wie geplant vorankam. Zwar landete man am 10.7.43 auf Sizilien, was unmittelbar den Sturz Mussolinis zur Folge hatte (25.7.). Zwar landete man am 3.9.43 erstmals auch auf dem italienischen Festland, und die neue italienische Regierung kapitulierte am 29.9. Aber das Ziel, bis November eine Linie Livorno-Ancona zu erreichen und spätestens bis Jahresende in Rom zu sein, wurde weit verfehlt, da in nicht erwartetem Tempo und Umfang deutsche Divisionen nach Italien verlegt wurden. Ein Versuch, den Vormarsch nach Rom durch eine Landung im Rücken der deutschen Front bei Anzio zu beschleunigen (Januar 1944), endete fast mit einem Fiasko. Die Verbindung der übrigen Front mit dem eingeschlossenen Brückenkopf von Anzio konnte erst Ende Mai 1944 hergestellt werden, und erst am 4.6. 44 wurde Rom befreit — ein halbes Jahr hinter dem Zeitplan. Das war aus folgendem Grund wichtig : Um 1944 das große Landungsunternehmen in Frankreich (OVERLORD) durchführen zu können, mußten gegen Ende 1943 sieben alliierte Divisionen aus Italien abgezogen werden. Hätten die Alliierten zu dieser Zeit aber schon in Norditalien gestanden, so wäre von britischer Seite höchstwahrscheinlich argumentiert worden, daß man die günstige Lage nun für den Vorstoß nach Mitteleuropa ausnutzen müsse, also diese Front nicht durch den Abzug mehrerer Divisionen schwächen dürfe. Das hätte zwangsläufig zugleich das Aus für die Frankreich-Landung bedeutet. Umgekehrt bedeutete die Tatsache, daß im Winter 1943 planmäßig sieben Divisionen für die Vorbereitung von OVERLORD aus Italien abgezogen wurden, das faktische Ende für Churchills hintergründige Mitteleuropa- und Balkan-Pläne.

Im übrigen scheiterten zwischen Sep-
pa- und Balkan-Pläne.

Im übrigen scheiterten zwischen September und November 1943 auch die britischen Pläne, sich auf den bisher von italienischen Streitkräften besetzten Hauptinseln der östlichen Ägäis festzusetzen, womöglich die immer noch widerstrebende türkische Regierung endlich zum Kriegseintritt zu bringen und so Positionen im östlichen Mittelmeer aufzubauen, die im Erfolgsfall zweifellos zu weiteren Vorstößen nach Griechenland, Bulgarien und Jugoslawien eingeladen hätten.



Massenkundgebungen, auf denen eine „Zweite Front" gefordert wurde, gab es 1942/43 in vielen amerikanischen Städten. Hier in New York am 22.7.42.

Auf der Konferenz von Teheran, der ersten Gipfelkonferenz der Großen Drei (28.11. - 2.12. 43), wurde endgültig die Durchführung von OVERLORD im Mai 1944 vereinbart. Tatsächlich verschob sich der Beginn des Unternehmens aus technischen Gründen noch auf den 6.6. 44. Die alliierten Kräfte in dem Brückenkopf in der Normandie konnten sich zunächst nur langsam entfalten; am 27.6. wurde mit Cherbourg der erste Hafen gewonnen, am 25.7. der entscheidende Durchbruch durch die deutsche Front erreicht, am 25.8. Paris befreit. Inzwischen hatte am 15.8. 44 ein flankierendes Landungsunternehmen in Südfrankreich begonnen.

Die mehrfache Verschiebung von OVERLORD, letztlich bis zu einer Kriegsphase, wo die Rote Armee weitgehend schon die eigenen Vorkriegsgrenzen erreicht hatte, forderte sowjetische Polemik selbstverständlich heraus. Die Westmächte hätten, so lautet der Vorwurf, bei minimalem Einsatz ihrer Kräfte in Ruhe zugesehen, wie an der sowjetischen Front rund 70% der deutschen Divisionen gebunden waren und von der Roten Armee unter schwersten Verlusten aufgehalten und schließlich zerschlagen wurden.(19) Man habe also westlicherseits bewußt auf die maximale Schwächung der Sowjetunion in militärischer wie auch in wirtschaftlicher Hinsicht gewartet, um dann bei Kriegsende selbst die besten Voraussetzungen zu haben. Daß dieser Vorwurf politisch berechtigt ist, läßt sich an einem Zitat Churchills zeigen, der Anfang 1942 schrieb: *„Niemand kann voraussehen, wie am Ende des Krieges das Kräfteverhältnis sein wird oder wo die siegreichen Armeen dann*

Krieges das Kräfteverhältnis sein wird

oder wo die siegreichen Armeen dann stehen werden. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß die USA und das Britische Empire — bei weitem nicht erschöpft — der militärisch und wirtschaftlich mächtigste Block sein werden, den die Welt je gesehen hat, während die Sowjetunion für den Wiederaufbau unsere Hilfe weit mehr benötigen wird als wir dann ihre brauchen werden."(20)

Die Kriegführung der USA und Großbritanniens in Europa war darauf abgestellt, größere eigene Risiken und Verluste zu vermeiden. Es ist beispielsweise eine aussagekräftige Tatsache, daß im 2.Weltkrieg die jugoslawischen Partisanenverbände mehr Tote hatten als die USA auf sämtlichen Kriegsschauplätzen. Besonders für die Politik Churchills läßt sich sehr gut dokumentieren, wie er bis zum Beginn der Landung in Frankreich eine systematische Aufsplitterung der vorhandenen Kampfkraft und der logistischen Kapazitäten über möglichst viele Schauplätze betrieb, um dann immer wieder mit dem Argument zu kommen, nun habe man wegen der Landung auf Sizilien oder irgendeiner anderen laufenden Operation für weitere 6 Monate nicht die nötige Kraft für OVERLORD. Sicher lag die Verantwortung für das Hinausschieben von OVERLORD aber nicht allein auf britischer Seite, wie es in der amerikanischen Version gern dargestellt wird: Zwar befürworteten die führenden Politiker und Militärs der USA in Worten das Festhalten an OVERLORD, aber sie hatten es mit der Schaffung der materiellen Voraussetzungen dafür — der Verlegung amerikanischer Divisionen nach Europa — überhaupt nicht eilig. Bis Anfang 1944 standen in Europa mehr britische als amerikanische Divisionen im Kampf gegen die Achsen-Mächte. Und gleichfalls noch Anfang 1944 hatten die USA im Pazifik mehr kämpfende Divisionen als in Europa — in krassem Widerspruch zu der strategischen Festlegung der Alliierten, sich zuerst auf die Niederschlagung Deutschlands zu konzentrieren und gegen Japan einstweilen nur defensiv zu agieren.(21)

Allerdings hat die Polemik gegen das Verzögern der „Zweiten Front" durch die Westmächte zumeist die Schwäche,

Verzögern der „Zweiten Front" durch die Westmächte zumeist die Schwäche,

daß von den wirklichen, materiellen Verhältnissen des 2.Weltkriegs total abstrahiert wird. Es wird so getan, als wäre eine solche Operation zu jedem beliebigen Zeitpunkt möglich gewesen und nur am schlechten Willen der Westmächte gescheitert. Dabei werden die technischen und taktischen Probleme einer so umfangreichen Lande-Operation einfach ignoriert, wie sie besonders im Beinahe-Fiasko des Brückenkopfs von Anzio sichtbar wurden. Insofern diese Polemik also nicht materialistisch und konkret argumentiert, kann sie bis heute noch recht leicht als rein tendenziös abgetan werden.



Torgau, 3. Mai 1945

Das Beispiel Griechenland

Griechenland gehörte bis zum 2.Weltkrieg zu den traditionellen Einflußgebieten des britischen. Imperialismus. Seine spezielle strategische Funktion war die einer Brücke und eines Sprungbretts zur Türkei und zum Schwarzen Meer einerseits, zum Nahen Osten und zum Suez-Kanal andererseits.

Nach dem deutschen Überfall auf Griechenland im Frühjahr 1941 wurde eine monarchistische Exilregierung in Kairo gebildet, also unter direkter britischer Kontrolle. Diese Regierung und ihr Apparat standen personell und politisch in weitgehender Kontinuität zum Vorkriegsregime von Metaxas, das diktatorisch und faschistoid gewesen war und auch einem Bündnis mit dem Deutschen Reich nicht absolut abgeneigt gewesen war. Die Kairoer Exilregierung unterhielt eine eigene Flotte und Landstreitkräfte, die unter britischem Oberbefehl im Nahen Osten, vor allem in Ägypten, stationiert waren.

In Griechenland selbst entstanden seit 1941/42 Partisanenverbände mit unterschiedlicher politischer Ausrichtung. Die bei weitem größte und einflußreichste dieser Kampforganisationen war die ELAS, militärischer Arm der Nationalen Befreiungsfront EAM. In der EAM/ELAS spielte die Kommunistische Partei eine wichtige Rolle, doch handelte es sich tatsächlich um ein sehr viel breiteres republikanisches Bündnis. Politisch die wichtigste Konkurrenz dazu war die Partisanenorganiation EDES, die mehr und mehr zum Instrument der Exilregierung wurde und der zum Teil auch der Vorwurf der Kollaboration mit den Besatzern der Achsen-Mächte gemacht wurde. In weiten Teilen Griechenlands übte die EAM/ELAS die reale politische Macht aus. Das verstärkte sich noch, als nach der italienischen Kapitulation (29.9.43) die meisten Waffen der in Griechenland stationierten italienischen Divisionen in die Hände der ELAS fielen. Anfang März 1944 gab die EAM die Gründung eines Komitees für eine Provisorische Regierung in den befreiten Gebieten bekannt und verlangte im Namen dieses Komitees eine Beteiligung an der Kairoer Exilregierung. Diese Forderung machten sich große Teile der griechischen Exilarmee und Flotte zu eigen. Nachdem am 31.3.44 eine Offiziersdelegation mit diesem Anliegen vergeblich bei Exil-Regierungschef Tsuderos vorgesprochen hatte, begann am 4.April eine allgemeine Meuterei in den griechischen Exil-Streitkräften. Die Meuterer seien „von revolutionären und kommunistischen Elementen infiziert", entschied Churchill sofort. Man solle sich um die Wirkung nach Außen keine allzu großen Sorgen machen, sondern die rebellierenden Einheiten durch britische Streitkräfte einkreisen und aushungern lassen, um sie schließlich möglichst ohne Blutvergiessen, nötigenfalls aber auch mit Waffengewalt, unter Kontrolle zu bringen. So geschah es schließlich. Tausende von griechischen Offizieren und Soldaten wurden wie Kriegsgefangene eingesperrt.

Das war allerdings nur ein vergleichsweise harmloses Vorspiel für eine viel blutigere britische Intervention in die griechischen Verhältnisse: Ende August 1944 wurde das pro-nazistische Regime Rumäniens durch einen Militärputsch beseitigt und Rumänien schied aus dem Krieg an der Seite Deutschlands aus. So war plötzlich für die Rote Armee der weitere Vormarsch auf dem Balkan offen und die deutschen Positionen in Griechenland waren in Gefahr, abgeschnitten zu werden. Seit Anfang Oktober 1944 zogen sich die deutschen Einheiten eilig aus Griechenland zurück, am 12.Oktober räumten sie Athen. Zahlenmäßig kleine, aber kampfstarke britische Verbände rückten schleunigst nach, um ein „Machtvakuum" zugunsten der republikanischen Partisanen zu verhindern und die Restauration der alten Machtverhältnisse abzusichern. Die EAM/-ELAS beherrschte zu dieser Zeit 70-80% des Landes und hatte rund 50.000 bewaffnete Militante. Zunächst schien es noch, als würde in Griechenland das gleiche Kunststück gelingen wie in Frankreich und Italien : die freiwillige Selbstentwaffnung des Widerstands im Austausch für ein paar nicht allzu handfeste politische Versprechen. Schließlich jedoch machte die EAM/ELAS das Niederlegen ihrer Waffen davon abhängig, daß zugleich nicht nur die EDES, sondern auch bestimmte, bekanntermaßen weit rechts orientierte reguläre Armeeeinheiten entwaffnet werden müßten. Das wurde abgelehnt. Stattdessen wurde die ELAS vom britischen Oberkommandierenden Scobie mit ultimativen Forderungen konfrontiert, bis zum 1.12.44 die Waffen abzugeben und sich aus Athen zurückzuziehen. Gegen dieses Vorgehen der britischen Besatzungsmacht richtete sich eine riesige Demonstration am 3.Dezember in Athen. In letzter Stunde wurde die Demonstration verboten, und die Polizei schoß in die Menge. Viele Menschen wurden getötet. Auf diese blutige Provokation antwortete die EAM/ELAS mit dem bewaffneten Aufstand in Athen und anderen Teilen des Landes.

Es bedurfte des massiven Einsatzes von britischen Elitetruppen, um bis Ende Dezember 1944 den Widerstand in Athen zu liquidieren oder aus der Stadt zu vertreiben. Auf die militärische Konfrontation folgte am 12.2.45 ein neuerlicher Versuch zu einer politischen Lösung, das Abkommen von Varkiza. Dieses Arrangement führte nahe an die Selbstaufgabe der EAM/ELAS heran. Indessen zeigte sich in den folgenden Monaten, daß jede Selbstentwaffnung und Schwächung der Linken nur zu gesteigertem Terror der Rechten führte, die sich immer hemmungsloser auch der Nazi-Kollaborateure bedienten. Gezwungenermaßen ging die EAM/ELAS 1946/47 wieder zum bewaffneten Kampf über, den sie erst im Oktober 1949 einstellte : militärisch geschlagen und außenpolitisch isoliert, nachdem von der Sowjetunion zu keinem Zeitpunkt relevante Unterstützung gekommen war und nachdem das wichtigste Hinterland der Partisanen, Jugoslawien, seine Grenzen geschlossen hatte.

In Griechenland wurde zum ersten und einzigen Mal in dieser Weise und in diesem Umfang militärische Gewalt von einer alliierten Macht gegen andere Teile der Anti-Hitler-Koalition eingesetzt. Trotzdem führte zum damaligen Zeitpunkt das britische Vorgehen noch nicht einmal zu einer politischen Kontroverse unter den Alliierten. Die Sowjetunion hatte die EAM/ELAS während des Krieges ebenso verspätet und ebenso geringfügig unterstützt wie die Partisanenstreitkräfte Titos in Jugosla-

Fortsetzung nächste Seite



Partisanen in Griechenland

Fortsetzung von vorheriger Seite

wien. Sie respektierte die Hegemonialrolle des britischen Imperialismus in Griechenland und erwartete — vergeblich —, daß die Westmächte ebenso loyal und diskret mit den sowjetischen Macht- und Sicherheitsinteressen vor allem in Polen umgehen sollten.

Das Beispiel Polen

Die Zukunft Polens war während des 2.Weltkriegs das am längsten und intensivsten umstrittene Problem zwischen den Alliierten. Großbritannien und Frankreich waren für die Verteidigung der staatlichen Unabhängigkeit und territorialen Integrität Polens in den Krieg marschiert. Jedenfalls war das der konkrete Anlaß gewesen. Polen war vor dem Krieg das wichtigste Glied eines anglo-französischen Bündnissystems in Mittel- und Südosteuropa gewesen, das gleichermaßen der Eindämmung Deutschlands und der Sowjetunion dienen sollte. Das polnische Regime war konservativ und antisowjetisch, mit erheblichen diktatorischen und sogar faschistoiden Elementen, gewesen. Die nach dem deutschen Überfall in London amtierende polnische Exilregierung stand zu Teilen in der Kontinuität dieser Vorkriegsverhältnisse. Das gegenseitige Mißtrauen zwischen der Exilregierung und der Sowjetunion war groß, und es wurde noch dadurch verstärkt, daß die Sowjetunion 1939 in Absprache mit Nazi-Deutschland große Teile im Osten Polens besetzt hatte, Gebiete nämlich, die Polen während des russischen Bürgerkriegs um 1920 durch einen Raubkrieg gewonnen hatte und deren Bevölkerung mehrheitlich nicht polnisch, sondern weißrussisch und ukrainisch war.

Trotz dieser denkbar ungünstigen Konstellation schien es nach Beginn des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion (22.6.41) so, als könnte unter dem Zwang der Ereignisse eine sowjetisch-polnische Partnerschaft entstehen. Am 30.7.41 wurde ein erstes Abkommen zwischen den beiden Regierungen geschlossen, das u.a. die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, gegenseitige Hilfe im Krieg und Amnestierung aller in der Sowjetunion gefangenen Polen vorsah. Aus den freigelassenen polnischen Kriegsgefangenen sollte in der Sowjetunion eine neue Armee gebildet werden, die an der Seite der Roten Armee und unter deren Oberbefehl kämpfen sollte. Sogar der territoriale Konfliktstoff schien aus dem Weg geräumt durch eine sowjetische Erklärung, daß die deutsch-sowjetischen Abkommen von 1939 ihre Gültigkeit verloren hätten. Ein technisches Abkommen über den Wiederaufbau der polnischen Armee (14.8.41) und eine feierliche gemeinsame Erklärung über Freundschaft und gegenseitige Hilfe (4.12.41), die auch für die Nachkriegszeit gelten sollte, schienen die neue Allianz noch zu vertiefen und zu festigen. Aber schon im Dezember 1941 brachte der

mee (14.8.41) und eine feierliche gemeinsame Erklärung über Freundschaft und gegenseitige Hilfe (4.12.41), die auch für die Nachkriegszeit gelten sollte, schienen die neue Allianz noch zu vertiefen und zu festigen. Aber schon im Dezember 1941 brachte der

polnische Regierungschef Sikorski in Moskau den Wunsch zur Sprache, polnische Einheiten aus der Sowjetunion herauszuschaffen und sie anderswo unter britischem Oberbefehl zu stationieren. Stalin protestierte, gab aber schließlich nach.(22) Im Jahr 1942 wurden rund 80.000 polnische Soldaten aus der Sowjetunion wegverlegt, vor allem in den Nahen Osten und auf die britische Insel.



Punch, 7 February 1945

Eine Nazi-Provokation wenige Wochen nach der deutschen Niederlage in Stalingrad gab den äußeren Anlaß für den völligen Bruch der Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der polnischen Exilregierung: Am 13.4.43 gaben die Nazis bekannt, sie hätten im Wald von Katyn, in der Nähe der sowjetischen Stadt Smolensk, die Leichen von 10.000 ermordeten polnischen Offizieren gefunden. Es handelte sich, wie später korrigiert wurde, um etwas mehr als 4.000 von rund 15.000 Polen, die 1939 in sowjetische Kriegsgefangenenschaft geraten waren und nach deren Schicksal sich die polnische Exilregierung 1941/42 schon intensiv und beharrlich erkundigt hatte. Nach deutscher Version waren die Polen selbstverständlich von den Russen erschossen worden, im Frühjahr 1940, hingegen nach sowjetischer Version von den Deutschen, denen sie beim raschen Vormarsch in der Sowjetunion in die Hände gefallen seien. Wie es auch sei, die Bekanntgabe der „Entdeckung" zu diesem Zeitpunkt war eine gezielte Provokation von Himmler und Goebbels (19 c), denn außer Zweifel steht nach allen vorliegenden Berichten, daß die Massengräber von Katyn nicht erst im April 1943 entdeckt worden waren. — Man rechnete mit einer harten polnischen Reaktion auf die „Entdeckung" und erwartete sich davon wiederum Rückwirkungen auf die Stimmung in Großbritannien und in den USA: Je mehr sich auf den Kriegsschauplätzen die militärische Niederlage abzeichnete, umso mehr Bedeutung

ner harten polnischen Reaktion auf die „Entdeckung" und erwartete sich davon wiederum Rückwirkungen auf die Stimmung in Großbritannien und in den USA: Je mehr sich auf den Kriegsschauplätzen die militärische Niederlage abzeichnete, umso mehr Bedeutung

gewannen Hoffnungen auf Sprengung der gegnerischen Kriegskoalition.

Die polnische Exilregierung verhielt sich erwartungsgemäß. Am 16.4.43 bat sie das Internationale Rote Kreuz um eine Untersuchung des Massakers — unglücklicherweise auch noch am selben Tag, an dem die deutsche Regierung mit dem gleichen Ansinnen beim IRK vorstellig wurde. Die sowjetische Regierung nannte das eine ungeheuerliche Provokation, die im Zusammenwirken mit den Nazi-Aggressoren erfolgt sei, und gab am 26.4.43 offiziell den Abbruch der Beziehungen zur polnischen Exilregierung bekannt. Der Eindruck drängt sich auf, daß man in Moskau gern die gebotene Gelegenheit wahrgenommen hat, sich den ewig sperrigen, in eine Nachkriegsordnung nach sowjetischen Vorstellungen sowieso nicht integrierbaren Partner vom Hals zu schaffen, um endlich sympathischere polnische Repräsentanten aufbauen zu können. Ganze zwei Tage später, am 28.4.43, meldete sich plötzlich eine Union Polnischer Patrioten zu Wort, die der Londoner Exilregierung das Mandat absprach.

Aus dem Patrioten-Verband entstand Ende 1943 ein Nationalrat und dieser wiederum bildete am 21.7.44 in der ersten befreiten polnischen Stadt, Chelm (23), das Nationale Befreiungskomitee — die Vorform einer provisorischen Regierung. Die eben befreite Stadt Lublin wurde am 25.7.44 zur provisorischen Hauptstadt Polens erklärt. Am 26.7.44 übertrug das sowjetische Oberkommando dem Befreiungskomitee die Zivilverwaltung in den befreiten Teilen Polens.

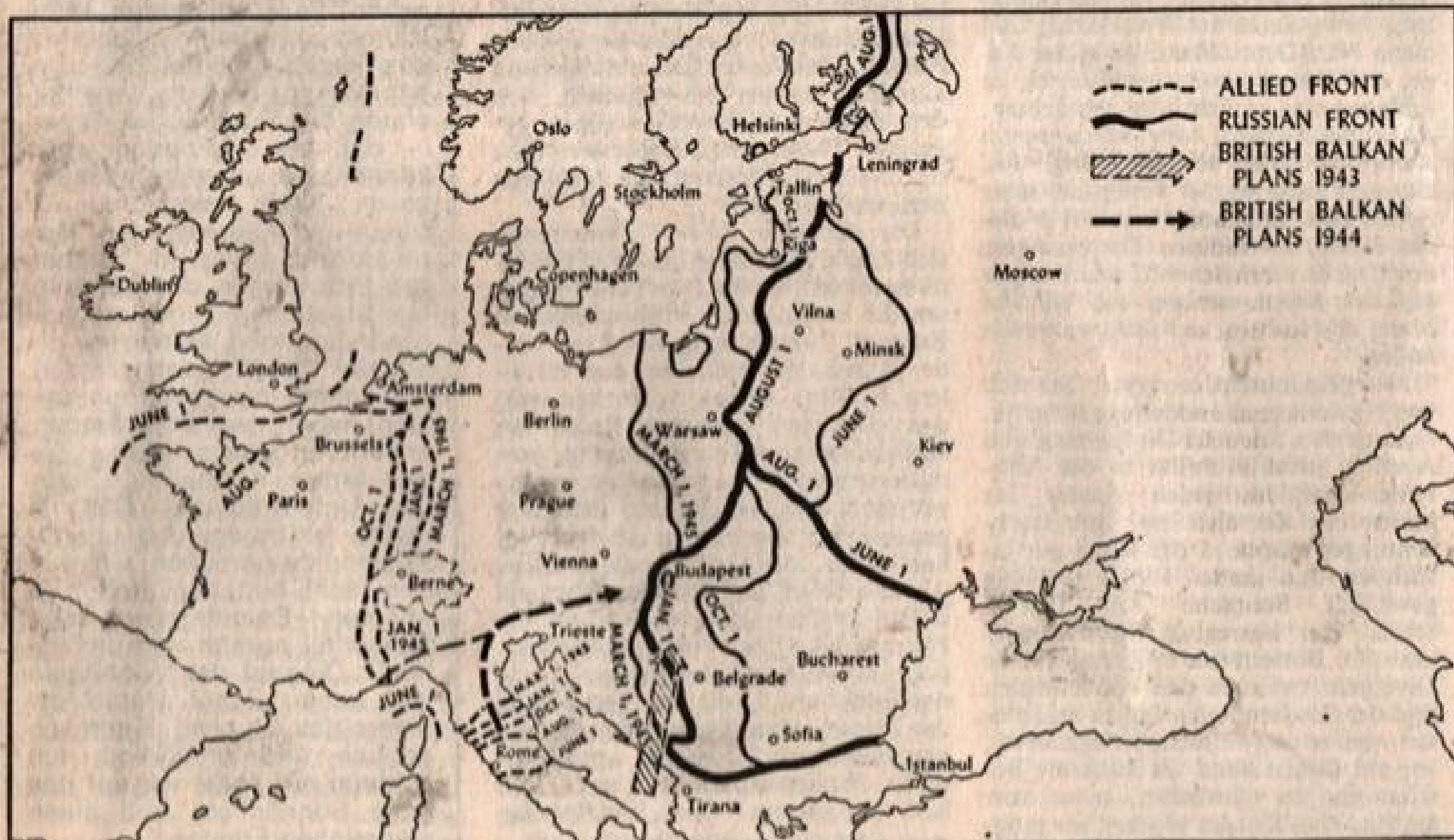
Die Londoner Exilregierung sah sich ausgespielt und setzte auf eine riskante militärische Aktion, um den Dingen doch noch eine andere Wendung zu geben: Am 1.August begann in Warschau ein von der Exilregierung bestellter und unter ihrem militärischen Kommando stehender bewaffneter Aufstand. Eine Erfolgschance bestand für dieses Unternehmen aus eigener Kraft

doch noch eine andere Wendung zu geben: Am 1.August begann in Warschau ein von der Exilregierung bestellter und unter ihrem militärischen Kommando stehender bewaffneter Aufstand. Eine Erfolgschance bestand für dieses Unternehmen aus eigener Kraft

absolut nicht, denn die Nazis hatten mehrere kampfstarke Divisionen in der

Fortsetzung nächste Seite

THE MILITARY ROAD TO THE DIVISION OF EUROPE
JUNE 1944 – MARCH 1945



John A. Lukasc, The Great Powers of Eastern Europe, New York 1953

CHRONOLOGIE 1939 - 1945

01.09.39 Deutschland erklärt Polen den Krieg
05.09.39 Die USA erklären ihre Neutralität
09.04.40 Überfall Deutschlands auf Dänemark und Norwegen, Belgien, Niederlande und Luxemburg
10.05.40 Invasion in Frankreich.
11.05.40 Das brit. Kabinett gibt den Bombenkrieg gegen Deutschland frei
22.06.40 Frankreich akzeptiert die deutschen Waffenstillstandsbedingungen
05.07.40 Frankreich bricht die diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien ab
17.08.40 Hitler erklärt die totale Blockade der britischen Insel
27.09.40 Deutschland, Italien und Japan unterzeichnen den Dreimächtepakt
10.01.41 Lend-lease-Gesetz im US-Kongreß eingebracht
06.04.41 Deutschland überfällt Jugoslawien und Griechenland
13.04.41 Die UdSSR und Japan unterzeichnen einen Nichtangriffspakt
22.06.41 Deutschland überfällt die UdSSR, Churchill erklärt die Unterstützung für die UdSSR
12.07.41 Anglo-sowjetischer Beistandspakt unterzeichnet
09.08.41 Roosevelt und Churchill eröffnen die Atlantik-Konferenz
07.12.41 Angriff Japans auf Pearl-Habour, die USA und England erklären Japan den Krieg
11.12.41 Deutschland und Italien erklären den USA den Krieg
01.01.42 Deklaration der Vereinten Nationen, unterzeichnet von 26 Staaten
20.01.42 Wannsee-Konferenz.
20.06.42 Roosevelt und Churchill beschließen Nordafrika-Invasionn.
23.08.42 Die deutsche Armee greift Stalingrad an
16.09.42 Straßenkämpfe in Stalingrad beginnen
08.11.42 Alliierte Truppen besetzen das französische Nordafrika
09.11.42 Deutschland besetzt Tunesien
22.11.42 Die sowjetischen Truppen sind bei Stalingrad vollständig von der deutschen Armee eingekreist
14.01.-
23.01.43 CASABLANCA Konferenz. Beschluß: Bedingungslose Kapitulation der Achsenmächte
27.01.43 Die in England stationierten US-Truppen greifen erstmals Deutschland an
02.02.43 Der deutsche Widerstand in Stalingrad endet
18.02.43 Goebbels verkündet im Berliner Sportpalast den "totalen Krieg". Deutschland sei die einzige Kraft, die Europa und die Welt vor dem Bolschewismus retten könne.
24.02.43 Deutsche Offensive in der Ukraine
13.03.43 Goebbels äußert sich über das "Neue Europa"
21.03.43 Ribbentrop-Plan für einen "europäischen Staatenbund".
12.05.-
25.05.43 Dritte Washington-Konferenz Roosevelt-Churchill (TRIDENT).
22.05.43 UdSSR gibt Ende der Komintern bekannt
05.07.43 Beginn der deutschen Kursk-Offensive
25.07.43 König Victor Emmanuel proklamiert den Fall Mussolinis
14.08.-
24.08.43 Erste Quebec-Konferenz (QUADRANT).
29.09.43 Marshall Badoglio und Gen. Eisenhower unterzeichnen das Kapitulationsabkommen für Italien
30.10.43 Außenministerkonferenz in Moskau. Bildung der European Advisory Commission (EAC).
06.11.43 Deutsche Truppen ziehen sich vor Kiew zurück
22.11.43 Erste Phase der Kairoer Konferenz (SEXTANT)
28.11.-
02.12.43 Teheran Konferenz (EUREKA).
29.01.44 800 US-Bomber greifen Frankfurt an
04.03.44 Erste US-Luftangriffe auf Berlin
23.04.44 Revolte in der griechischen Marine und Armeeeinheiten. Der Aufstand wird maßgeblich mit britischer Hilfe niedergeschlagen.
19.05.-
04.06.44 Die Fünfte US-Armee nimmt Rom ein
06.06.44 Alliierte Truppen landen in Frankreich.
25.07.44 Manifest des polnischen Nationalen Befreiungskomitees. Lublin wird provisor. Hauptstadt Polens.
08.09./
09.09.44 Die Vaterländische Front übernimmt die Macht in Jugoslawien.
11.09.-
16.09.44 Zweite Konferenz in Quebec
11.09.44 Amerikanische Truppen erreichen die deutsche Grenze nördlich von Trier, britische Truppen besetzen Le Havre.
16.10.44 Die russischen Truppen erreichen Ostpreußen
20.10.44 Befreiung Belgrads durch jugoslw. und sowj. Truppen.
24.11.44 Rücktritt Mikolajczyks (poln. Exilregierung). Die neugebildete Reg. Arciszewski vertritt eine harte antisowjetische Linie.
03.12.44 In Athen und anderen Teilen Griechenlands bricht nach dem Abzug der NS-Truppen und der Besetzung des Landes durch kleine briti-

von Trier, britische Truppen besetzen Le Havre.
16.10.44 Die russischen Truppen erreichen Ostpreußen
20.10.44 Befreiung Belgrads durch jugoslw. und sowj. Truppen.
24.11.44 Rücktritt Mikolajczyks (poln. Exilregierung). Die neugebildete Reg. Arciszewski vertritt eine harte antisowjetische Linie.
03.12.44 In Athen und anderen Teilen Griechenlands bricht nach dem Abzug der NS-Truppen und der Besetzung des Landes durch kleine briti-

sche Verbände der Bürgerkrieg aus.
31.12.44 Das Lubliner Komitee erklärt sich zur provisorischen Regierung Polens. Die SU erklärt trotz gegenteiliger Aufforderungen der Westmächte, daß sie die neue Reg. anerkennen wird.
04.02.-
11.02.45 Jalta Konferenz (ARGONAUT). Ohne Frankreich, da dessen Teilnahme von den USA abgelehnt wurde.
13.02.45 Sowjetische Truppen besetzen Budapest
01.03.45 Amerikanische Truppen besetzen Trier
07.03.45 Amerikanische Truppen besetzen Köln
30.03.45 Sowjetische Truppen erreichen Danzig und Österreich
12.04.45 Amerikanische Truppen überqueren die Elbe und besetzen Weimar, die Sowjets besetzen Königsberg
12.04.45 Tod Roosevelts. Unter seinem Nachfolger Truman setzt sogleich eine Verschärfung der Politik gegenüber der Sowjetunion ein.
04.45 (Monatsmitte bis -ende) Streit zwischen der SU und den Westmächten um die in Jalta vereinbarte Erweiterung/Umbildung der polnischen Regierung.
18.04.45 US-Armee in Magdeburg, US-Army überquert die Grenze der CSSR.
19.04./
20.04.45 US-Army in Leipzig.
21.04.45 Sowjet.-poln. Vertrag über "Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand". Proteste der USA und GB's.
22.04.45 Molotow kommt zu Gesprächen und zur Teilnahme an der San Francisco Konferenz in die USA. Zusammenstoß mit Truman am 23.04. vor allem wegen Polen.
25.04.45 Torgau, ein Kapitulationsangebot Himmlers erreicht die Alliierten und wird zurückgewiesen.
25.04.-
26.06.45 San Francisco Konferenz mit Delegierten von 50 Nationen. Die Charta der UNO wird diskutiert und unterzeichnet.
29.04.45 Kapitulation in Italien
02.05.45 Kapitulation Berlins.
04.05.45 Kapitulation in Holland, Dänemark, Nordwestdeutschland und Bayern.
07.05.45 Gesamtkapitulation, tritt am 09.05.45 in Kraft.
08.05.45 Truman stoppt Lend-Lease
12.05.45 Churchills IRON CURTAIN Telegramm an Truman.
20.06.45 Bildung einer Koalitionsregierung in Italien aus den wichtigsten bürgerlichen und Arbeiterparteien.
16.07.45 Explosion der ersten US-Atombombe im Versuchsgelände von Almogordo.
17.07.45
02.08.45 POTSDAMER KONFERENZ.
06.08.45 Hiroshima
14.08.45 Bedingungslose Kapitulation Japans.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Stadt und waren den Aufständischen sogar zahlenmäßig überlegen. Jedoch befand sich die Rote Armee zu diesem Zeitpunkt nur etwa 15 - 20 Kilometer von Warschau entfernt, und sie sollte mit ihrem Vormarsch dem Aufstand zum Sieg verhelfen — als dessen krönendes Ergebnis dann wohl eine antisowjetische Regierung in Warschau hätte proklamiert werden sollen. Mit diesem Kalkül hatte man der Sowjetunion auf jeden Fall zuviel zugemutet. Die Rote Armee rückte nicht weiter vor, sondern ging vor Warschau in Stellung. Begründung : Der deutsche Widerstand habe sich durch Heranführung weiterer, frischer Divisionen in und um Warschau verhärtet, während die sowjetischen Truppen nach einer vorangegangenen großen Offensive erschöpft gewesen seien. Die sowjetische Regierung verweigerte sich aber auch den Bitten Churchills und Roosevelt, bei der Versorgung der Aufständischen aus der Luft behilflich zu sein. Begründung : Der Aufstand sei ein kriminelles Abenteuer, mit dem man nichts zu tun haben wolle.(24) Erst am 9.9.44 korrigierte die sowjetische Regierung diese Weigerung, aber nun hatten es die Westmächte plötzlich mit Hinweis auf das schlechte Wetter auch nicht so eilig: Erst am 18.9.44 warfen US-Flugzeuge erstmals Nachschub über Warschau ab. Am 3.10.44 war der Aufstand niedergeschlagen.

Der sowjetische „Verrat" an den Freiheitskämpfern von Warschau ist aus dem Legenden-Schatz nicht mehr wegzudenken, und wurde übrigens schon damals in der Nazi-Presse entsprechend ausgeschlachtet.(25) So wenig es aber einerseits eine Rechtfertigung für die wochenlange Verweigerung jeder Hilfestellung für die Aufständischen gibt, so ernst sollten auf der anderen Seite ruhig die militärischen Argumente der Sowjetunion genommen werden, vor Warschau damals Halt zu machen. Daß dahinter nicht einfach die böse Absicht stand, dem Gemetzel abwartend zuzusehen, ergibt sich aus dem bezeichnenderweise kaum beachteten Umstand, daß die Rote Armee tatsächlich erst am 17.1.45 in Warschau einzog. Es gibt auch das Beispiel von Budapest, das von der Roten Armee von Weihnachten 1944 bis Mitte Februar 1945 eingeschlossen und belagert war, bevor es befreit werden konnte. Der Sturm auf eine Stadt, in der sich mehrere starke Divisionen des Feindes verschanzt hatten, war unter allen Umständen ein schweres und verlustreiches Unternehmen, und es ist nicht verwunderlich, daß die sowjetische Führung damals nicht ihre Soldaten in die Schlacht um Warschau hetzte, um der Londoner Exilregierung zu einem politischen Sieg zu verhelfen.

Nach Stalins Pfeife



Aus „Völkischer Beobachter", 9.3.45

Das praktische Ergebnis des Warschauer Aufstands war eine schwere Schwächung der antisowjetischen, mit der Exilregierung loyalen Kräfte in Polen. Was die Nachkriegsgrenzen Polens anging, hatten die Westmächte sowieso bereits während der Teheran-Konferenz (28.11. - 2.12.43) im Prinzip zugestimmt, die 1939 annektierten Gebiete im wesentlichen bei der Sowjetunion zu lassen und Polen dafür reichlich mit deutschem Gebiet zu entschädigen. Innenpolitisch wollte die Londoner Exilregierung noch im Herbst 1944 dem Lubliner Befreiungskomitee nicht mehr als ein Fünftel der Posten in einer neu zu bildenden Regierung überlassen. Die Bildung einer provisorischen Regierung in Lublin am 31.12.44 und deren Anerkennung durch die Sowjetunion setzte auch in dieser Hinsicht neue Fakten. Während der Jalta-Konferenz (4.2. - 11.2.45) mußten die Westmächte am Ende noch ganz zufrieden damit sein, daß die Aufnahme einiger Exil-Politiker in die provisorische Regierung und die baldige Durchführung freier Wahlen vereinbart werden konnten. Diese Regierungsumbildung kam am 28.6.45 zustande und wurde am 5.7.45 von den Westmächten durch diplomatische Anerkennung honoriert. Die Londoner Exilregierung stand somit total im Regen. Der frühere Exilregierungschef Mikolajcyk, jetzt Landwirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident, trat Anfang Februar 1947 zurück, nachdem seine Bauernpartei bei Wahlen im Januar auf ein Minimum von Mandaten reduziert worden war. Im Oktober 1947 verließ er Polen und ließ sich wieder in London nieder.

Die Nazis als Retter der Freien Welt

Als „**die Geburtsstunde des neuen Europa**" bezeichneten die Nazis ihren Überfall auf die Sowjetunion. „**Eine Einheitsfront aller europäischen Ordnungsstaaten**" sei entstanden, um „**Deutschland in diesem Kreuzzug gegen die Weltgeißel Bolschewismus zu folgen**".(26) Dieser Kreuzzug diene, so verkündete es die Nazi-Propaganda beharrlich und monoton, im Grunde der gesamten alten Welt, einschließlich der wohlverstandenen Interessen der USA und Großbritanniens. Nur kleine Cliquen von — selbstverständlich jüdischen oder „verjudeten" — Deutschenhassern hätten diese Staaten in den Krieg gezwungen. Da die Nazi-Führung an diese Propaganda in gewissen Grenzen selbst glaubte, speku-
den Krieg gezwungen. Da die Nazi-Führung an diese Propaganda in gewissen Grenzen selbst glaubte, speku-
lierte sie darauf, die Regierungen Roosevelts und Churchills könnten irgendwann von den Herrschenden ihrer Länder abserviert werden.

Mit der strategischen Wende des Weltkriegs (Herbst 1942 - Frühjahr 1943) verstärkte sich dieser Zug in der Propaganda und Diplomatie des NS-Staats. Die wichtigsten Punkte sind in Goebbels Sportpalast-Rede, zwei Wochen nach dem Ende in Stalingrad, zusammengefaßt : Bolschewismus bedeutet Weltrevolution. Die Sowjetunion betreibt eine Aggressionspolitik, die auf die Bolschewisierung aller Länder und Völker ausgeht. Das bedeutet eine akute Bedrohung für alle europäischen Mächte und im Grunde für alle kapitalistischen Staaten der Welt. Einzig und allein Nazi-Deutschland ist in der Lage, den Bolschewismus militärisch zu schlagen und politisch zu vernichten. *„Europas Zukunft hängt von unserem Kampf im Osten ab...Der übrige Teil Europas sollte hierfür wenigstens seine Arbeit zur Verfügung stellen. Wer diesen Kampf im übrigen Europa heute noch nicht versteht, wird uns morgen auf den Knien danken, daß wir ihn mutig und unbeirrt auf uns genommen haben."*

Mit gespanntem Interesse, das sich von Niederlage zu Niederlage steigerte, registrierten deutsche Diplomaten und Agenten jeden Konflikt in der Anti-Hitler-Koalition, jeden Ansatz für kommende Zerwürfnisse. Ihre Beobachtungen waren in der Regel gut informiert und genau. Einige (beliebig gewählte) Beispiele: Am 19.8.43 schrieb der ehemalige Reichskanzler und nun Botschafter in Ankara : Die Divergenz zwischen den Westmächten und der Sowjetunion sei nicht aufzulösen, weil es das westliche Kriegsziel sei, sowohl Deutschland als auch die Sowjetunion zu schwächen, selbst aber am Ende des Krieges so stark wie möglich dazustehen. Falls die Sowjetunion größere militärische Erfolge erringen sollte, aber auch nur dann, sei mit Operationen der Westmächte auf dem Balkan zu rechnen, um diese Region vor der Sowjetunion unter Kontrolle zu bringen.(27)

Der deutsche Gesandte in Bern übermittelte am 12.11.43 aufgrund von vertraulichen schweizer Informationen einen detaillierten und präzisen Bericht über die Streitpunkte der Moskauer Außenministerkonferenz (19.10. - 30.10.43). Abschließend heißt es da: *„Die USA-Delegation sei ohne große Hoffnungen nach Moskau gereist. Jetzt sei jeder, der sich auf Grund der Tatsachen ein Bild von dem Konferenzergebnis machen könne, überzeugt, daß der Zweite Weltkrieg von Amerikanern und Engländern allein, vielleicht sogar gegen die Sowjetunion gewonnen werden müsse. Man sei sich nun darüber klar, daß die Sowjetunion die Absicht habe, die Herrschaft über ganz Europa an sich zu reißen, und daß sie bereits erhebliche Erfolge in dieser Richtung verzeichnen könne ... Man müsse damit rechnen, daß Moskau versuchen werde, die Regierungen der Westmächte politisch in die Defensive zu drängen, um bei Kriegsende den national-kommunistischen Organisationen in jedem Lande volle Aktionsfreiheit zu sichern. Das sei jedoch genau das Gegenteil des Friedensideals, das der nordamerikanischen Regierung vorschwebe, und es sei möglich, daß die Regierung der USA genötigt sei, in nächster Zeit schwerwiegende Beschlüsse zu fassen."*(28)

Am 24.1.44 gab das Auswärtige Amt in einem ‚Runderlaß' an die deutschen Diplomaten eine umfassende Darstellung zum Stand der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Da heißt es z.B. : Die Regierung der USA habe gegenüber der Sowjetunion bisher *„eine erheblich größere Reserve an den Tag gelegt als die britische Regierung"*. Die Gründe dafür seien : 1. *„Der Durchschnittsamerikaner ist von instinktiver Abneigung gegen den Kommunismus erfüllt...Nordamerika ist nun einmal das Land des Privatbesitzes und des Kapitals und als solches kommunistischen Ideen von Grund aus abhold."* 2. *„Seit langen Jahren sind die sowjetischen Machthaber in der amerikanischen Öffentlichkeit als böswillige Schuldner...„Massenmörder, Kirchenschänder und verworfene Subjekte gebrandmarkt worden."* Diese Einstellung lasse sich so schnell nicht ändern, und besonders die Kirchen der USA *„verharren in ihrem Widerstand gegen jede Annäherung an den bolschewistischen Kriegspartner und finden dabei in breiten Massen des Volkes Verständnis und Anhang."* 3. *„Weite Kreise in den Vereinigten Staaten sind von tiefstem Mißtrauen erfüllt in bezug auf die Pläne, die die Sowjetunion nach dem Kriege in Osteuropa zu verwirklichen beabsichtigt."* In jedem Fall werde die Sowjetunion ihren Besitzstand vor dem deutschen Überfall nicht aufgeben wollen. Darüber hinaus sei damit
zu rechnen, daß sie.. in den angrenzen-
dem deutschen Überfall nicht aufgeben wollen. Darüber hinaus sei damit
zu rechnen, daß sie *„in den angrenzenden Ländern nur sowjetfreundliche, d.h. kommunistische Regierungen dulden, mit anderen Worten diese Länder sowjetisieren will."* „Einflußreiche Wirtschaftskreise" der USA befürchteten, *„daß dann Europa dem amerikanischen Geschäft verloren sein werde". „Dieser nordamerikanischen Kritik am Moskauer Verbündeten entsprachen auf sowjetischer Seite nicht minder offenherzige Äußerungen des Argwohns hinsichtlich der Aufrichtigkeit der kapitalistischen Westmächte"*. Genannt werden das Fernbleiben Stalins von der Casablanca-Konferenz (Januar 1943), der Bruch der Sowjetunion mit der polnischen Exilregierung im April 1943, *„das Herumreiten Moskaus auf dem Versprechen der Zweiten Front"*. Das Papier kam abschließend allerdings zu der NS-typischen, von den eigenen Wahnvorstellungen geprägten These, *„daß Roosevelt bereit ist, Stalin die Vorherrschaft in Europa zuzugestehen"*.(29)

Die deutsche F[illegible] klammerte sich an die Hoffnung, daß sich der Interessenkonflikt im feindlichen Lager um die kommende „Vorherrschaft in Europa" zwangsläufig zuspitzen werde, je mehr die Alliierten, und vor allem die Rote Armee, vorrücken würden. Um den ersehnten Bruch der Anti-Hitler-Koalition zu fördern, produzierte man Propaganda-Kampagnen wie die um Katyn (30) und Fälschungen wie den angeblichen „Befehl Stalins" : Am 7.8. 43 meldete die deutsche Agentur DNB, daß den Deutschen ein Befehl Stalins vom 16.2.43 „in die Hand gefallen" sei. Stalin unterscheide darin drei Etappen des Krieges. 1. die des Rückzugs, 2. die der Vertreibung des Feindes vom Territorium der Sowjetunion und 3. die der „proletarischen Weltrevolution". Laut DNB hieß es in diesem Text: *„Wir Bolsche-*

Fortsezung auf Seite 33

MED WAFFEN-SS OG



„Deutschlands europäische Mission": Kanonenfutter für den antibolschewistischen Kreuzzug wurde in vielen besetzten Ländern geworben.

Trinksprüche in Jalta

Churchill: „Es ist keine Übertreibung und kein blumiges Kompliment, wenn ich sage, daß wir Marschall Stalin's Leben als besonders kostbar für die Herzen und Hoffnungen von uns allen betrachten. In der Geschichte gab es viele Eroberer, aber wenige von ihnen waren Staatsmänner, und die meisten haben die Früchte ihres Sieges in den Problemen, die ihren Kriegen folgten weggeworfen. Ich hoffe ernsthaft, daß der Marschall den Menschen der Sowjetunion erhalten bleibt, um uns allen zu helfen voranzuschreiten in eine weniger unglückliche Zeit als die, durch die wir kürzlich gekommen sind. Ich gehe durch diese Welt mit größerem Mut und Hoffnung, wenn ich mich in einem Verhältnis von Freundschaft und Vertrauen zu diesem großen Mann befinde, dessen Ruhm sich nicht nur über Rußland sondern die ganze Welt ausgebreitet hat."

Stalin: „Ich schlage einen Toast vor, auf den Führer des Britischen Empires den mutigsten aller Premierminister der Welt, der politische Erfahrung mit militärischen Führungsqualitäten verbindet, der, als ganz Europa bereit war, sich vor Hitler zu beugen, sagte, daß Großbritannien allein gegen Deutschland stehen und kämpfen würde, sogar ohne Verbündete. Selbst als alle vorhandenen und möglichen Verbündeten sie verließen, sagte er, sie würden weiterkämpfen. Auf das Wohl dieses Mannes, wie nur einmal in einem Jahrhundert einer geboren wird, und der tapfer das Banner Großbritanniens hochhielt. Ich habe gesagt was ich fühle, was ich auf dem Herzen habe und wessen ich gewiß bin."

Churchill: „Ich muß sagen, daß ich niemals in diesem Krieg die Last der Verantwortung so schwer auf mir gespürt habe, selbst in den dunkelsten Stunden, wie jetzt während dieser Konferenz. Aber jetzt, dank der Gründe, die der Marschall vorgebracht hat, sehen wir, daß wir uns auf dem Kamm eines Hügels befinden und vor uns die Aussicht auf offenes Land haben. Laßt uns nicht die Schwierigkeiten unterschätzen. Nationen, Verbündete in Waffen wurden in der Vergangenheit auseinandergetrieben
zen. Nationen, Verbündete in Waffen wurden in der Vergangenheit auseinandergetrieben
während 5 oder 10 Jahren des Krieges. So sind Millionen Geplagte einem bösen Kreislauf gefolgt, in die Grube gestürzt, aber durch ihre Opfer haben sie sich wieder erhoben. Jetzt haben wir die Chance, die Fehler vorangegangener Generationen zu vermeiden und einen sicheren Frieden zu schließen. Völker rufen nach Frieden und Freude. Werden die Familien wieder vereint sein? Werden die Krieger heimkehren? Werden die zerstörten Wohnungen wieder aufgebaut? Werden die Geplagten ihre Heimat wiedersehen? Es ist ruhmreich, seine Heimat zu verteidigen, aber vor uns liegen größere Eroberungen. Vor uns liegt die Verwirklichung des Traums der Armen — daß sie in Frieden leben können, von unserer unbesiegbaren Kraft beschützt vor Übeln und Aggressionen. Meine Hoffnung liegt im berühmten Präsidenten der Vereinigten Staaten und in Marschall Stalin, in ihnen werden wir die Meister des Friedens finden, die, nachdem wir den Feind besiegt haben, uns leiten werden, unsere Aufgabe zu erfüllen, gegen Armut, Konfusion, Chaos und Unterdrückung. Das ist meine Hoffnung, und um für England zu sprechen, wir werden nicht hintenan stehen in unseren Bemühungen. Der Marschall sprach von der Zukunft. Dies ist das Wichtigste von allem. Sonst wären die Meere des Blutvergießens vergeblich und empörend. Ich schlage ein Toast vor auf das helle Sonnenlicht und einen siegreichen Frieden."

Aus: Churchill, Second World War, Bd. 6

Karl Heinz Roth

Vernichtung und Entwicklung

Die nazistische »Neuordnung« und Bretton Woods

(Arbeitspapier für das Bonner Tribunal gegen den Weltwirtschaftsgipfel am 3.5.85)

Im Juni 1940 hielt Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident Walther Funk eine programmatische Rede über die ,,Wirtschaftliche Neuordnung Europas''. Er hatte Aufsehenerregendes mitzuteilen. Als neue Leitwährung des gerade eroberten europäischen ,,Großraums'' werde die Reichsmark fungieren: sie werde nicht mehr vom internationalen Goldstandard reguliert werden, sondern ausschließlich am Machtpotential des NS-Staats zu messen sein. Mit ihren langfristig stabilen Wechselkursen werde sie den Aufbau eines zentralen Handelsverrechnungssystems ermöglichen (Zentralclearing), und so eine Handels- und Kreditexpansion ungeheuren Ausmaßes einleiten. Von Berlin aus werde eine gelenkte Investitionsplanung in Gang kommen. Die Territorien West-, Nord-, Südost- und Osteuropas würden in Zukunft arbeitsteilig je nach der ihnen zugeschriebenen Entwicklungsstufe dem ,,deutschen Reich ein Maximum an wirtschaftlicher Sicherheit und dem deutschen Volke ein Maximum an Güterverbrauch zur Erhöhung der Volkswohlfahrt'' garantieren.

Flankiert wurde Funks Wirtschaftsprogramm von einer Artikelserie des Reichsorganisationsleiters der ,,Deutschen Arbeitsfront'', Robert Ley. Ley betonte, die kommende europäische Neuordnung sei wesentlich ium ,,deutschen Leistungssozialismus'' begründet. Arbeitswissenschaft, Lohnordnung und eine neue Sozialpolitik wären die Voraussetzungen, um Kapitalbildung und Einkommen gleichermaßen voranzutreiben. Ley winkte dem ,,Leistungsfanatismus'' des ,,deutschen Arbeitertums'' mit vergoldeten Zaunpfählen: Volkswagen, Vierzimmerwohnung, Gesundheitswerk, vereinheitlichte Invaliden- und Altersversorgung.

Die Verbindung zwischen europäischer Wirtschafts- und deutscher Sozialpolitik stellte Hans Kehrl her, seines Zeichens Präsident der Reichswirtschaftskammer und Hauptabteilungsleiter im Reichswirtschaftsministerium, als er Anfang September 1940 vor der Industrie- und Handelskammer der Niederlausitz sprach. In Zukunft werde man dem deutschen Arbeiter ,,an Lebensbedingungen und Lohn das Beste ,, bieten und an Auswertung seiner Arbeitskraft, was technisch gegenwärtig überhaupt möglich'' sei. Eine solche Revolution von Arbeitsintensität und Einkommen könne sich aber nur im ,,europäischen Großraum'' vollziehen: ,,Im Großraum können deutsche Arbeiter in Zukunft nur für hochwerti-
im ,,europäischen Großraum'' vollziehen: ,,Im Großraum können deutsche Arbeiter in Zukunft nur für hochwerti-
ge und bestbezahlte Arbeit, die den höchsten Lebensstandard ermöglicht, angesetzt werden; Produkte, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, werden wir in immer zunehmendem Maße den Randvölkern zur Produktion überlassen müssen. Wir werden uns für den deutschen Arbeiter bei der industriellen Produktion Europas die Rosinen herauspicken.''

Auf der ganzen Welt schlugen die Fanfaren der nazistischen ,,Neuordnung'' wie eine Bombe ein. Sie waren ernstzunehmen — und auch ernst gemeint, das wurde nirgends bezweifelt. Europa war mit Ausnahme des noch nicht niedergeworfenen Kriegsgegners England und der Sowjetunion militärisch oder ökonomisch in der Hand der Nazis. In London, New York und Moskau richtete man sich zähneknirschend auf eine kontinentaleuropäische Reichsmark- und Clearingzone ein. Verzweiflung und Faszination mischten sich. Man hielt es für möglich, daß die Zerstörer der deutschen Arbeiterbewegung, die Strategen des ,,deutschen New Deal'' mit seiner Kombination von Arbeitsbeschaffung und Hochrüstung, und die Plünderer des Weltmarkts der 30er Jahre nun auch noch fähig seien, ihre seit der Annexion Österreichs im März 1938 anhaltenden Blitz-Raubkriege in eine langfristige Konsolidierungsperspektive überzuleiten. Die neuen Finanz- und Wirtschaftsinstrumente, die Funk aufbot, und Leys Agitation für eine Einkommensrevolution wirkten sensationell und bedrohlich zugleich. Nach den Blitzkriegsmilitärs schien eine noch effizientere Wirtschafts- und Sozialelite aktiv geworden zu sein.

Die Verwirrung war groß. Das englische Informationsministerium forderte John Maynard Keynes auf, öffentlich gegen die ,,Neuordnung'' aufzutreten und auf die segensreichen Wirkungen von Goldstandard und Privateigentum für die britische Nachkriegsperspektive hinzuweisen. Keynes lehnte ab — und ließ die nazistischen Neuordnungspläne in seinem ,,Economic Journal'' genauer untersuchen. Das Ergebnis: ihre neuen finanz- und wirtschaftspolitischen Instrumente waren erstklassig und hocheffizient, aber untrennbar verquickt mit der Perspektive noch größerer Raubkriege. Keynes war alarmiert. Mußte man sich die superneuen Wirtschaftstechniken der Nazis etwa aneignen, um sie in die Perspektiven einer Nachkriegsordnung einzubauen, die einerseits zwar eine Alternative zum nazistischen Weltherschafts-Amok darstellte, zum anderen aber ihrerseits revolutionär-antiimperialistische Lösungen seitens des sich ausbreitenden Massenwiderstands in Europa und mehr und mehr auch in den Kolonien unterlief? Welche Rolle sollte dabei das Wirtschaftspotential des Nazismus nach einem eventuellen Waffenstillstand spielen? Hier war ja bis Casablanca, wo sich die Westalliierten im Januar 1943 zusammen mit der Sowjetunion auf die Fortsetzung des Kriegs bis zur bedingungslosen Kapitulation Nazi-Deutschlands festlegten, noch alles offen.

Im Sommer 1941 machte sich Keynes an die Arbeit. Er legte die ersten Grundsteine zur britischen Nachkriegsplanung für Europa — und zu Bretton Woods. Auch die Wirtschaftsplaner der USA wurden aktiv. Noch bis zum Sommer 1940 — der Überfall der Nazis auf die Sowjetunion und der Japaner auf Pearl Harbor waren noch nicht in Sicht — hatten sie sich auf eine mehr ,,panamerikanisch'' abgestützte zweite Etappe der imperialistischen Binnenkonsolidierung und des Wirtschaftskriegs gegen die Nazis eingerichtet. Eine bemerkenswert starke Gruppierung von erklärten NS-Sympathisanten — Industriemagnaten, Wallstreet-Bosse und Militärs — hatte also begonnen, die ,,kontinentaleuropäische Neuordnung'' für den nord- und südamerikanischen Kontinent zu kopieren. Dieser Machtblock verlor jetzt,unter dem Eindruck des nazistischen Konzepts von ,,gelenkter Entwicklung'' und Massenvernichtung, eine Zeitlang die Initiative an einen global orientierten Planungszusammenhang von keynesianistischen Theoretikern, der im Finanzministerium (Treasury) Morgenthau's über eine solide Basis verfügte.

So zwang die Neuordnungspropaganda der Nazis von 1940/41 zuerst die Engländer und dann die Amerikaner zu einem programmatischen Gegen-
ganda der Nazis von 1940/41 zuerst die Engländer und dann die Amerikaner zu einem programmatischen Gegen-
konzept, das sie nach längeren Auseinandersetzungen ab Mitte 1942 zu einem konfliktreichen Planungspool zusammenführte. Dabei befanden sie sich von Anfang an in einem schweren Dilemma. Die Nazis hatten ohne Zweifel begonnen, aus ihren Raub- und Vernichtungskriegen mit Hilfe modernster keynesianistischer Instrumente eine langfristige und hocheffiziente Herrschaftsperspektive zu zimmern. An den neuen Währungs-, Handels- und Entwicklungstechniken konnten auch die späteren Westalliierten nicht vorbei, das verboten die global verheerenden Folgen der zweiten großen Depression. Als Kompensation blieb nur ihre Internationalisierung übrig: ihre Einbindung in eine Nachkriegsplanung, die den Völkern Vollbeschäftigung, Masseneinkommen und soziale Sicherheit in einem erweiterten kapitalistischen Rekonstruktions- und Entwicklungszyklus anbot, um sozialrevolutionäre Weiterungen im antinazistischen Widerstand zu unterlaufen. Vergessen wir, wenn wir dies sagen, nicht, daß dieses Dilemma — und dieser Sprung nach vorn — den Westalliierten von einem Regime aufgezwungen wurde, das in seiner Kopplung von Massenvernichtung und Effizienz alles bisher Dagewesene weit übertraf.

Halten wir hier einen Augenblick inne und resumieren wir kurz, wie es überhaupt zu der nazistischen Neuordnungsperspektive von 1940/41 hatte kommen können.



Vietnam 1968 (Foto: Don McCullin)

Vietnam 1968 (Foto: Don McCullin)

1.

Im Verlauf des Jahres 1934 waren die Arbeitsbeschaffungs- und Aufrüstungsprogramme der Hitler-Regierung unwiderruflich an ihre Grenzen gestoßen. Die Kombination von Lohnsenkungen, privaten Produktionsanreizen und öffentlicher Kreditmobilisierung zugunsten einer staatlich finanzierten Zusatzprodukion stand wieder zur Disposition. Die zaghafte künstliche Binnenkonjunktur traf auf einen weiter schrumpfenden Weltmarkt, und eine gerade erfolgte Dollarabwertung verteuerte die Importe von Rohstoffen und Lebensmitteln, während die Erlöse für industrielle Exportprodukte weiter fielen. Längst waren die Gold- und Devisenreserven leergefegt.

Als eine katastrophal schlechte Ernte die einzelnen Krisenkomponenten noch zusätzlich verschärfte, war das NS-Regime im Herbst 1934 volkswirtschaftlich gesehen bankrott.

Der de facto-Bankrott machte die Nazis erfinderisch. Binnenwirtschaftlich war nichts mehr zu machen, die Massenverarmung ließ eine weitere Steigerung der Einkommensumverteilung zugunsten des privaten wie des öffentlichen Produktionssektors nicht mehr zu. Hinzu kam jetzt die Verteuerung der Lebensmittel- und Rohstoffimporte, für die wegen der fehlenden Devisen und der geschrumpften Ausfuhr die erforderlichen Transferzahlungen nicht mehr geleistet werden konnten. Genau hier setzten die Nazis an. Hjalmar Schacht, Nazi-Finanzier der entscheidenden Reichstagswahl vom März 1933 und seither wieder Reichsbankpräsident, entwickelte einen ,,Neuen Plan''. Im Kern besagte der, daß der schlingernde künstliche Binnenzyklus durch eine Außenhandelsoffensive stimuliert werden sollte. Devisen sollten nur noch für solche Rohstoffe bereitgestellt werden, die den Rüstungszyklus in Gang hielten. Die Einfuhr von Lebensmitteln und Halbfabrikaten wurde einerseits beschränkt, und was noch hereinkam, andererseits nicht mehr bezahlt. Dadurch wurden die bisherigen Handelspartner zu indirekten Zeichnern von Zwangsanleihen für das ,,Dritte Reich'' gemacht. Gleichzeitig wurde ein Schlußstrich unter die bisherigen Handels- und Devisenschulden gezogen. Am 1. Juli 1934, kurz vor seiner zusätzlichen Ernennung zum Wirtschaftsminister, verkündete Schacht ein dauerhaftes Transfermoratorium.

Was sich hier in den volkswirtschaftlichen Begriffen so nüchtern ausnimmt, war in der Realität ein brutaler Eingriff. Hunderttausende ausländische Gläubiger wurden auf einen Schlag enteignet. Sie liefen bei ihren Regierungen Sturm. Die europäischen Handelspartner Schachts und Hitlers behalfen sich, indem sie zentrale Verrechnungskassen einrichteten, die zum einen — mit entsprechenden Abschlägen — die privaten Gläubiger befriedigten, zum anderen aber die zuständigen Regierungen befähigten, die Zwangsanleihetechnik Schachts zu unterlaufen, indem sie Teile der deutschen Handelsüberschüsse zur Abzahlung konfiszierten. Die europäischen Industrieländer richteten mit anderen Worten Clearingzentralen ein, die sie vor weiteren Raubzügen Schachts sichern sollten.

Natürlich hätte die NS-Regierung auch, den USA folgend, die Reichsmark abwerten können, um den Außenhandel wieder in Gang zu bringen. Das aber wollte sie nicht, weil sie dann wegen der inflationären Rückwirkungen den Lohnstop hätte aufgeben und den weiterlaufenden Einkommenstransfer zugunsten der Rüstung hätte lockern müssen. Das NS-Regime wollte weiter — und beschleunigt — aufrüsten. Während Schacht dafür die außenhandelspolitischen Voraussetzungen zimmerte, nahm die ebenfalls von ihm mit Hilfe der sogenannten Mefo-Wechsel organisierte Staatsverschuldung zugunsten der Kriegsvorbereitung sogar sprunghaft zu.

Sobald die Gegenmaßnahmen der europäischen Regierungen funktionierten, gingen die Handelsbeziehungen zwischen ihnen und dem NS-Regime erheblich zurück. Aber diese katastrophale Entwicklung, die den gesamten Welthandel weiter zerrüttete, kümmerte die Wirtschaftsstrategen des ,,Dritten Reichs'' wenig. Im Gegenteil, sie machten aus der Not eine Tugend. Sie ersetzten die verlorenen Handelsbeziehungen durch andere. Sie wandten sich den halbentwickelten Volkswirtschaften Südosteuropas und Lateinamerikas zu, die wegen ihrer fatalen Krisenlage jeden Strohhalm ergriffen, der eine Steigerung ihres Exportvolumens versprach. Nun hatte aber die plötzliche Zuwendung eines der damaligen Metropolenländer einen gewaltigen Haken: Schacht drehte das gegen seine Zwangsanleihepraxis entwickelte Clearingsystem um und setzte es seinerseits gegen die südosteuropäischen und lateinamerikanischen Schwellenländer ein. Die neuen Handelsströme wurden von den Transferbeziehungen zu Gold und Devisen abgekoppelt, getreu dem Motto, nur noch da einzukaufen, wo deutsche Waren als bargeldlose Kompensationen angenommen wurden. Im Schatten dieses Clearingverfahrens begann eine Ära ruinöser bilateraler Handelsbeziehungen. Es garantierte der NS-Ökonomie Extraprofite auf mehreren Ebenen gleichzeitig. Der stärkere, Industrieprodukte ausführende Handelspartner konnte seine Waren künstlich verteuern, gleichzeitig aber durch eine Reihe bilateraler Währungsmanipulatonen den Warenwert der importierten Rohstoffe und Lebensmittel drücken. Zusätzlich zu den ohnehin schon existenten ungleichen Tauschverhältnissen der Werte kamen also riesige Extraprofite — die Nazis nannten sie ,,Schleusengewinne''. Zum zweiten konnte sich die NS-Wirtschaft gezielt verschulden, indem sie einfach keine Gegenexporte ausführte. Stiegen die ,,Clearingspitzen'' allzusehr an, dann wurde einfach abgewracktes Rüstungsgerät usw. geliefert — alles Produkte, die sich sonst nirgends auf dem Weltmarkt absetzen ließen. Die getarnte Zwangsanleihe und die ,,Schleusengewinne'' gingen im deutschen Zentralclearing eine innige Symbiose ein. Nach einer ernsthaften Schätzung hatte Schacht mit seinem System bis 1938 die Weltwirtschaft — allen voran natürlich die südosteuropäischen Länder und Lateinamerika — um 18 Milliarden Reichsmark enteignet.

2.

Im Sommer 1936 setzte eine neuerliche Rohstoff- und Devisenkrise ein. Ein eilig zusammengetrommelter ,,Rohstoff- und Devisenstab'' suchte vergeblich nach einer adäquaten Antwort. Allerdings hatte es die NS-Ökonomie bis dahin weit gebracht. Unter der Doppelstrategie des ,,Neuen Plans'' war inzwischen eine künstliche Vollbeschäftigung erreicht. KZs und politischer Terror hatten die Einkommensumverteilung über Lohnstop, direte und indirekte Steuererhöhungen und einen ruinös fortgesetzten Sozialabbau aufrechterhalten. Zusätzlich wurden immer größere Teile des Volksvermögens (Spar- und Versicherungseinlagen) stillschweigend zur Kreditierung des staatlichen Rüstungsfonds entzogen. Ein beträchtliches Volumen stammte drittens aus der Ökonomie des rassistisch-innenpolitischen Terrors: Einziehung von jüdischem Vermögen, der Guthaben von Ausgebürgerten usw.

Auf der anderen Seite hatte sich der Wirtschaftskrieg um die Weltmarktanteile verschärft. Die USA waren zu einer globalen Exportoffensive mit multilateralen Beziehungen und Meistbegünstigungsklauseln gestartet. Sie hatten zusätzlich die Goldschätze der Welt zu horten angefangen, und so die NS-Ökonomie insgesamt erheblich unter Druck gesetzt. Der bilaterale Kompensationshandel Deutschlands mit Latei-
Druck gesetzt. Der bilaterale Kompensationshandel Deutschlands mit Latei-
namerika und Südosteuropa wurde aber durch Clearingschulden zunehmend verstopft. Erneut drohte also von der Rohstoff- und Devisenseite ein realer Bankrott. Die NS-Spitze stand letztmals vor der Alternative, sich — jetzt freilich um den Preis einer markanten Rezession mit Massenentlassungen, Rüstungsbeschränkung, Reichsmarkabwertung usw. — wieder an den weltwirtschaftlichen Zyklus anzukoppeln, oder aber sich aus dem forcierten bilateralen Wirtschaftskrieg heraus im Interesse der Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung auf reale Raubzüge vorzubereiten.

Wir wissen, welche Entscheidung gefallen ist. Aus dem ,,Rofstoff- und Devisenstab'' Görings wurde im Herbst 1936 eine Vierjahresplanbehörde gezimmert, deren Kern aus der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG Farben stammte. Deutschland sollte in vier Jahren ,,kriegsfähig'' sein. Schacht trat nach und nach ins zweite Glied zurück. Viele auf dem Weltmarkt nicht mehr erreichbare Rohstoffe — vor allem Mineralöl, Fasern, Naturkautschuk usw. — wuren durch extrem teure synthetische Ersatzstoffe substituiert, die Armee auf mechanisierte Blitzkriegsoperationen umgerüstet, Südosteuropa zur Monokulturproduktion von strategisch wichtigen Futter- Lebensmittelreserven (Ölsaaten, Sojabohnen, Maisanbau) gezwungen. Da der Clearingmechanismus dazu nicht mehr ausreichte, begann zusätzlich eine Periode des gezielten Kapitalexports zu den Rohstoffquellen Südosteuropas (Bauxit, Kupfer, Zink usw.) das schon 1937 von der englischen Appeasement-Ökonomie als ,,deutscher Commonwealth'' bezeichnet und — toleriert wurde.

Das NS-Regime hat also 1936 bewußt und planvoll die letzten Brücken zum Weltmarkt der zweiten großen Depression abgebrochen, und sowohl auf das US-Appeasement des ökonomischen Drucks wie auf das englische Anpassungskonzept mit einer Strategie der nackten Beutefeldzüge geantwortet. Die Außenwirtschaftsgeschichte der ersten Blitzkriegsperiode — Annexion Österreichs im März 1938, Teilbesetzung der Tschechoslowakei September 1938, Okkupation der ,,Rest-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Tschechei" im März 1939, Annexion des Memelgebiets eine Woche später — ist noch nicht geschrieben. Über die „Einsatzgruppen" Heydrichs wurde einiges recherchiert. Aber die „fliegenden Kommandos" der Reichsbank, die erst die Devisenreserven Österreichs und dann den Goldschatz der Tschechoslowakei erbeuteten, und sich auch sonst — den Vorauskommandos der Banken und Industriekonzerne hierin nicht nachstehend — höchst intensiv um liquide Kapitalien kümmerten, sind noch nirgends gewürdigt. Die geplünderten Devisen- und Goldschätze wurden später über die Baseler Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und die Schweizer Nationalbank verschoben. Seit 1942/43 kamen dann weitere Staatsschätze und zuletzt die eingeschmolzenen Zahnplomben aus den Vernichtungslagern hinzu (insgesamt Gold im Gegenwert von 1,64 Mrd. Franken, während die offiziellen Goldreserven der Deutschen Reichsbank 70,8 Millionen Reichsmark = 122 Millionen Franken betrugen). Präsident der BIZ war ein US-Amerikaner, und den Verwaltungsrat teilten scih die Größen der NS-Finanzpolitik mit zwei Vertretern der Bank of England. Eine Wirtschaftsgeschichte der ersten Blitzkriegsperiode würde insgesamt aufzeigen, wie dei blitzartigen Eroberungs- und Beutefeldzüge immer nur wenige Wochen dem nächsten großen Loch in den Reichsbankauszügen vorauseilten; und wie die „Appeasement"-Ökonomen Englands und der USA, die ja die 1930 zur Abwicklung der Versailler Reparationen gegründete „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich" in der Hand hatten, die dafür erforderlichen Gold- und Devisenverschiebungen stillschweigend tolerierten.

Während die von innen und außen eingebrachte Beute die schlimmsten Löcher der Devisenbilanz stopfte, wur-

Während die von innen und außen eingebrachte Beute die schlimmsten Löcher der Devisenbilanz stopfte, wur-
de gleichzeitig die Produktionsmaschinerie des NS auf immer höhere Tourenzahlen gebracht, um die noch stärker zurückgegangenen Zuflüsse aus dem Außenhandel auszugleichen. Am Ende war der „deutsche New Deal" ein sich selbst akkumulierender Punp, der zu immer höheren Kapitalbildungsquoten führte, Kaufkraft und Masseneinkommen abschöpfte, und zusätzlich mit Hilfe staatlich garantierter Kredite weiterlief, ohne daß über die Schuldentilgung gesprochen wurde. Bis zum Überfall auf Polen am 1. September 1939 beliefen sich die Rüstungskosten auf 60 Mrd. Reichsmark, das waren etwas mehr als 60 Prozent der Reichsausgaben überhaupt. 20 Milliarden waren durch Steuern gedeckt, weitere 20 Mrd. durch Kredite, der Rest durch geheime Staatsanleihen, Mefo-Wechsel, Steuergutscheine, Lieferschatzanweisungen usw., deren inflationäre Rückwirkungen gleichzeitig kunstvoll „zurückgestaut" wurden. Die Phantasie des nazistischen deficit spending war grenzenlos. Aber eines Tages mußte jemand mit Arbeitsleistungen oder realen Werten für die 60 Milliarden aufkommen. Der Versuch, die parasitären Ausgaben durch kurzfristige Plünderungsaktionen und dann durch eine kontinental-europäische Ausbeutungsordnung zu decken, ist nur bis zum September 1939 als „Autarkiestreben" getarnt worden. Die Methode selbst entstammt den Gehirnen deutscher Wirtschaftsführer. Die sozialimperialistische und -darwinistische Rechtfertigungsideologie lieferten die NS-Mittelklassen dazu

3.

Nach dem Septemberkrieg 1939 gegen Polen, der Okkupation der skandinavischen Länder im April und der Eroberung Westeuropas im Mai/Juni 1940 schien die Rechnung der NS-Finanzplaner aufgegangen zu sein, die Kosten des bisherigen Pseudo-Aufschwungs auf Europa abzuwälzen. Der Nationalsozialismus triumphierte, allemal nach dem Waffenstillstand mit Frankreich vom 22. Juni, dessen wirtschaftspolitische Klauseln zusammen mit den vor allem in Belgien eroberten Devisen- und Goldbeständen eine echte Atempause ermöglichten. Ab Juni 1940 begann eine hektische Auseinandersetzung zwischen Großkonzernen, den Kartell-Wirtschaftsgruppen, der Reichsgruppe Industrie, dem Reichswirtschaftsministerium, der Deutschen Arbeitsfront, und last but not least den Vierjahresplanbehörden über die Frage, wie nach der Aufteilung der Beute zu einer langfristigen Wirtschaftsstrategie überzugehen sei. Ich will versuchen, die wichtigsten Ergebnisse dieser „Neuordnungsdebatte" nachzuzeichnen.

1. Deutschland ist jetzt mächtig genug, um sich Europas Ressoursen anzueignen. Die europäischen Länder sollen aber nicht schlagartig aufgefressen werden (wie etwa durch eine Zoll- und Währungsunion aus dem Stand), sondern schrittweise.

2. Die Reichsmark wird zur europäischen Leitwährung. Eine Deckung durch Gold- oder Devisenreserven ist überflüssig, ihre Stabilitätsgarantie ist die „deutsche Arbeit" und das aus ihr geschaffene Machtpotential. Nur im außereuropäischen Warenverkehr ist eine allmähliche Angleichung an die internationalen Preisverhältnisse und eine gewisse Golddeckung unvermeidlich. Innerhalb des Reichsmark-Blocks werden feste Wechselkurse zur Reichsmark geschaffen, die auf keinen Fall unter 40 Prozent der tatsächlichen Kaufkraftparität von 1940 liegen werden.

3. So wie innerhalb des „Großwirtschaftsraums" die bisherigen Devisenbehinderungen fallen, so werden auch alle Handelshemmnisse beseitigt. Die bisherigen bilateralen Clearing-Einrichtungen werden in einem Zentralinstitut zusammengefaßt (Deutsche Verrechnungskasse in Berlin). Um die jetzt multilateral gelenkten Handelsströme trotz der schon bis Sommer 1940 aufgelaufenen deutschen Negativsalden in Milliardenhöhe wieder in Gang zu bringen, muß den eroberten Ländern eine massive Kreditausweitung aufgezwungen werden. Die weiter anwachsenden deutschen Schulden sollen teilweise durch langfristige Lieferverträge, vor allem aber dadurch „festgeschrieben" werden, „daß das Reich die Schuld der Deutschen Verrechnunskasse in entsprechender Höhe übernimmt und der ausländischen Notenbank bzw. dem betreffenden Clearinginstitut Reichanleihen aushändigt" (aus einem Memorandum der Deutschen Reichsbank). Es war also beabsichtigt, die gewaltsame Ausweitung der ausländischen Zwangsanleihen in großem Stil voranzutreiben.



Biafra 1969

(Foto: Don McCullin)

4. Innerhalb des „Großwirtschaftsraums" muß Deutschland zum Produktionszentrum mit der höchsten Technologie, Arbeits- und Kapitalintensität aufsteigen. Dem hat sich die Reorganisation der Produktionsstruktur des übrigen Europa unterzuordnen. Langfristige Investitionsplanungen müssen einen Zustand herbeiführen, der die übrigen Ländergruppen nach ihrer Produktionsstruktur staffelt. Die Rangfolge hat folgendermaßen auszusehen; a) Westeuropa, vor allem Frankreich und Belgien als zusätzliche Investitionszentren des NS-Kapitals, b) Skandinavien und das „Protektorat Böhmen und Mähren" mit den Schwerpunkten Energie-, Aluminium- und Kfz-Produktion, c) Südosteuropa mit intensiver Landwirtschaft, rationalisierter Rohstofferzeugung und Teilindustrialisierung für billige Massenkonsumgüter, d) „Generalgouvernement" Polen — und später die Sowjetunion — als de-industrialisierte Länder mit der Funktion der Lieferung von Arbeitssklaven und kolonialen Rohstoffen. Die Rangfolge sieht also Stufen der „gelenkten Entwicklung" bis zur völligen De-Industrialisierung und Vernichtung vor.

5. Den deutschen Industriekonzernen muß, sekundiert durch eine „aktive Kapitalpolitik" der Banken, der rasche Sprung zur „Weltgeltung" und zur sofortigen Konkurrenzfähigkeit mit dem US-Kapital auf den außereuropäischen Märkten ermöglicht werden. Dazu gehören im einzelnen:

a) Kapitaldurchdringung der konkurrierenden Konzerne innerhalb des Reichsmarkblocks mit Bildung deutscher Aktienmehrheiten, deutschen Schlüsselpositionen in den Führungsgremien usw.

b) Sicherung des Patentmonopols, von besonderen Steuervergünstigungen und Standortvorteilen für die deutsche Großindustrie.

c) Monopolstellung über alle zentralen Rohstoffquellen.

d) Sicherung der Monopolstellung in den Kontingent- und Preiskartellen des „Großraums", um von da aus den Kampf um die Führungsposition in den internationalen Kartellen aufnehmen zu können.

6. Eine „aktive Arbeits- und Sozialpolitik" ist in Gang zu bringen, die die deutsche Arbeiterklasse als „Vorarbeiter Europas" in die imperialistische „Neuordnung" einbindet. Dazu gehört im einzelnen:

a) Entwicklung eines „europäischen" Leistungslohnsystems (analytische Arbeitsbewertung),

b) auf dieser Grundlage differenzierte Einkommensentwicklung nach oben, die je nach der Zuordnung zur arbeitsteiligen Produktionszone gestaffelt wird,

c) Ausbau des Soziallohns für die Arbeiterklasse der dutschen Metropole, der dem Leistungsverhalten entsprechend in vier Klassen aufgeteilt wird; Kopplung mit sozialem Wohnungsbau,

d) Entwicklung eines „Gesundheitswerks des deutschen Volkes", mit den beiden Säulen Betriebs- und Sozialmedizin,

e) Entwicklung eines „Versorgungswerks des deutschen Volkes", das für alle Systeme der sozialen Sicherung einen staatlich garantierten Grundsockel und durch „Eigenleistung" zu erbringende Zusatzkomponenten enthält.

f) Versachlichung und Individualisierung der laufenden Vernichtungsprogramme gegenüber Unbrauchbaren und Leistungsunfähigen im „Altreich", Vernichtungsprogramme großen Stils gegen die osteuropäische Massenarmut und die strukturschwachen Bevölkerungsagglomerationen in den „besetzten Ostgebieten".

7. Der „europäische Großraum" ist in seinem Bestand von 1940 noch nicht in der Lage, die Lebensmittel- und Rohstofflücke zu schließen, die langfristige Entfaltung einer „aktiven" Handels- und Kapitalpolitik zu garantieren, und ein ausreichendes Potential von Arbeitssklaven für die Infrastrukturvorhaben der kommenden nazistischen Entwicklungsdekade bereitzustellen. Um langfristig gegen die USA konkurrieren zu können, muß deshalb auch die Sowjetunion zerschlagen, deindustrialisiert und als „kolonialer Ergänzungsraum" einbezogen werden. Aus dem „europäischen Großraum" muß sich ein „kontinentaleuropäischer Großwirtschaftsraum" entwickeln, der schließlich auch auf die Ressourcen des Nahen Ostens und Nordafrikas übergreift, das britische Commonwealth zerstört und dann mit dem japanischen Imperialismus („Ostasiatische Wohlstandssphäre") gegen die USA zusammenarbeitet.

So weit die Schwerpunkte, wie sie sich beim Studium der einschlägigen Aktenbestände und Dokumentenpublikationen aufdrängen. Vielleicht würden wir noch heute innerhalb dieses „großdeutschen" Hegemonialgefängnisses leben, wenn sich nicht nach dem nun auch militärischen Zugriff auf Südosteuropa im April 1941 und in den Wintermonaten 1941/42 nach dem Überfall auf die Sowjetunion die Reichsmark- und Clearingblock-Perspektive im erbitterten Partisanenwiderstand und im Heroismus der Roten Armee allmählich verflüchtigt hätte.

Als sich die Ökonomen von London und New York mit der nazistischen „Neuordnung" auseinandersetzten, war dieser Ausgang freilich noch lange nicht in Sicht. Ich habe in der Einleitung angedeutet, wie furchtbar die diabolische Weiterentwicklung der keynesianistischen Wirtschafts- und Krisenkonzeption durch die NS-Technokraten auf die englischen und amerikanischen Keynesianisten zurückwirkte. Sie begannen rasch, die Herausforderung anzunehmen und sich auf die

nokraten auf die englischen und amerikanischen Keynesianisten zurückwirkte. Sie begannen rasch, die Herausforderung anzunehmen und sich auf die
unbezweifelbare Kopplung von Vernichtung und „Neuordnung" einzulassen, die sich in den nazistischen Plänen ausdrückte. Die einzige Chance, die ihnen der nazistische „Vorlauf" ließ, bestand für sie offensichtlich darin, die neuen währungs-, handels- und kreditpolitischen Instrumente in eine entgegengesetzte Perspektive des globalen Wiederaufbaus einzubauen.

Für die englischen Keynesianisten schien das Problem leicht lösbar zu sein. Zum einen benötigte die reaktionäre „wait and see"-Konzeption Churchill's die mehr oder weniger offenen Kopien des nazistischen Modells für die Wiederherstellung eines Sterling-Blocks, der möglich über das bisherige Präferenzsystem des Commonwealth hinausgehen sollte; zum anderen war sie auf ein zusätzliches internationales finanzpolitisches Instrumentarium angewiesen, das die künftige Nachkriegsexpansion des ökonomisch extrem geschwächten England seitens der USA währungs- und kreditpolitisch absicherte.

Hingegen machten es sich die „New Dealers" in Morgenthau's Finanzministerium nicht ganz so einfach. Wenn auch sie ihrerseits keinen Zweifel daran ließen, daß eine Internationalisierung ihrer antizyklischen Finanz- und Wirtschaftsstrategien vor allem auf eine dauerhafte Nachkriegsprosperität der USA zielte, so waren sie doch gleichzeitig in den bitteren Jahren 1941-1944 von einer tiefen Abscheu gegen den hocheffizienten Vernichtungskurs des NS-Imperialismus und von einem ernsthaften Bedürfnis nach einer weniger diskriminierenden Nachkriegs-Weltwirtschaft bestimmt. Vor allem erkannten die Leute Morgenthau's an, daß der Sowjetunion, die die Hauptlast des Kriegs trug, eine angemessene Beteiligung an den internationalen Nachkriegsinstitutionen zugestanden werden müsse, um ihr beim Wiederaufbau zu helfen; sie teilten den erklärten Antisowjetismus der englischen Keynesianisten nicht, und sie hatten auch keine Angst vor einer linkssozialstaatlichen Antwort Europas auf die nazistischen „Neuordnungs"-Fanfaren.

Das waren gewichtige politische Prämissen, die sich im jeweiligen Ausmaß der westalliierten Angleichungen an die nazistischen Konzepte unmittelbar widerspiegelten. Leider hat das sich deutlich von den englischen Planungen abhebende Dispositiv der amerikanischen Keynesianisten noch nicht einmal den tatsächlichen Sieg der Antihitlerkoalition über den Nationalsozialismus überdauert.

4.

Das größte internationale Aufsehen erregte zunächst die Antwort, die der englische Sozialpolitiker William Beveridge schon im November 1942 dem DAF-Reichsorganisationsleiter Ley und dessen „Arbeitswissenschaftlichem Institut" erteilte. Beveridge hatte seit Juni 1941 ein „Interdepartmental Committee on Social Insurance" geleitet, um der sozialpolitischen Propaganda der Nazis gegen die „englische Plutokratie" Paroli zu bieten. Die Grundaussagen seines Berichts scheinen absichtsvoll in einen Wust von Details eingebaut worden zu sein, und das propagandistische Bedürfnis, die lohnabhängigen Massen Englands nach zehn bitteren Jahren der Verarmung und des Hungers bei der Stange zu halten, ist an manchen Stellen mit den Händen zu greifen.

Beveridge proklamierte als Kern einer sozialen Sicherung der Nachkriegszeit deren Einbindung in eine „umfassende Politik sozialen Fortschritts". An erster Stelle rangierte die Einführung einer verstaatlichten Gesundheitsversorgung, die, in ersten Ansätzen gleich umgesetzt, die demoralisierenden Folgen des nazistischen Bombenkrieges gegen die Bevölkerung der englischen Großstädte erstaunlich kompensierte. Das übrige blieb mehr oder weniger Zukunftsmusik. Eine staatliche „Mindestversorgung" sollte eingeführt werden, die alle Einkommensverluste durch Krankheit und Arbeitslosigkeit ausgleichen und auf ein gleiches Niveau mit den ihrerseits deutlich angehobenen Altersrenten stellen würde. Dieser Grundsockel sollte von den vorher erzielten Einkommen unabhängig sein. Rentenansprüche ergaben sich dabei nach einer Anwartschaftszeit von 20 Jahren. Arbeitslosengeld würde unbefristet gezahlt werden, aber es drohten auch „Umschulungsanstalten" oder „Arbeitslager" nach einer gewissen Übergangszeit. Das alles wurde durch die Ankündigung eines obligatorischen Kindergelds abgerundet, um die familiäre Reproduktion der Lohnabhängigen auch im generativen Bereich wieder attraktiv zu machen. Ein „Ministerium für soziale Sicherheit" würde insgesamt darüber wachen, daß „dieser Schritt vorwärts in der Entwicklung der Staatsversiche-

Bereich wieder attraktiv zu machen. Ein „Ministerium für soziale Sicherheit" würde insgesamt darüber wachen, daß „dieser Schritt vorwärts in der Entwicklung der Staatsversiche-
rung als eines neuen Typs menschlicher Einrichtungen" nicht bald nach dem Kriegsende wieder zur Strecke gebracht würde.

Gerechterweise muß diesem alles in allem doch recht ambivalenten Ausblick auf die soziale Zukunft der englischen Unterklassen bescheinigt werden, daß er sich neben seiner erklärten Abgrenzung von den hinter Leys Utopien lauernden Fallstricken der physischen Existenzvernichtung bei sozialer, „rassischer" oder „eugenischer" Unangepaßtheit in einem Punkt wesentlich unterschied. Das soziale Sicherungssystem Beveridge's sollte antizyklisch angelegt sein. Bei Massenarbeitslosigkeit sollten die Beträge gesenkt werden, die Bezüge aus dem sozialen Transfersystem aber steigen. Diese deutlich einkommensorientierte Anbindung an einen ja keineswegs rosig ausgemalten britischen Nachkriegszyklus war freilich schon damals heftig umstritten. Ihre propagandistische Bedeutung aber war gewaltig. Das zeigt sich allein schon daran, daß der US-amerikanische „National Resources Planning Board" seinerseits nachzog und in einer im November 1942 veröffentlichten „Bill of Rights" nun auch den Unterklassen des neuen Kontinents „Freiheit und Angst vor dem Alter, vor Not, Abhängigkeit, Krankheit, Arbeitslosigkeit und Unfall" versprach. Das war ganz im Sinn der Keynesianisten Morgenthau's. Eine entfaltete Sozialversicherung garantierte mit ihren höheren Beiträgen und Leistungen ja nicht nur ein verbessertes System sozialer Sicherung, sondern eine langfristige Abschöpfung von Massenkaufkraft, was eine zusätzliche Stabilisierung des künftigen Nachkriegszyklus ermöglichen würde.

Verwirklicht wurde diese linkskeynesianistische Hereinnahme der sozialen Subsistenz in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß übrigens bis heute nirgens, wenn auch die erste Nachkriegs-Labourregierung in England diesem Anspruch ein Stück weit nahekam. Diese britische — und teilweise auch westeuropäische — sozialstaatliche „Entgleisung" blieb insgesamt eine Ausnahme. Im internationalen Kontext wurde sie nirgends verhandelt, sie fehlte schon auf der Traktandenliste von Bretton Woods.

Was aber machten die Wirtschaftsplaner, während sich die Sozialpolitiker der Westalliierten damit beschäftigten, die von Ley herausgeforderten innenpolitischen Fronten zu begradigen? Die erste Initiative unternahm, wie schon angedeutet, John Maynard Keynes. Das lag einfach daran, daß die Nachkriegsperspektive Englands seit 1940/41 ohne Einbindung in einen international abgesicherten Rekonstruktionszyklus katastrophal aussah: im Gefolge der Leih-Pacht- und anderer Wirtschaftsabkommen mit den USA würden praktisch die gesamten Gold- und Devisenreserven Englands abfließen, und die Verschuldung Englands

Imperialismus



Nordirland 1970 (Foto: Don McCullin)

Nordirland 1970 (Foto: Don McCullin)

gegenüber den meist kolonialen Partnern des Sterling-Blocks würde außerordentliche Dimensionen erreichen. Keynes ging infolgedessen bei seinen Konstruktionen für einen global angelegten New Deal immer stillschweigend von den Prioritäten eines zu stabilisierenden Sterlingblocks aus. Er hatte zweifellos einen mit Hilfe der Nazi-Methoden modernisierten britischen Imperialismus im Hinterkopf, wenn er seit 1942 seinen US-amerikanischen Verhandlungspartnern drohte, daß im Fall des Scheiterns eines England favorisierenden Nachkriegs-Agreements gerade für die künftigen Sieger mit deutlichen Verlusten an Menschen, Ressourcen und Devisen gegenüber den intakt gebliebenen und prosperierenden USA nur eine verschärfte Politik à la Schacht übrigbleibe.

Im Herbst 1941 legte Keynes ein erstes Papier vor, das mit seinem Vorschlag zu einer internationalen „Clearing Union“ bahnbrechend wirkte. Vereinfacht gesagt schlug Keynes einen riesigen Kreditpool von 25 Milliarden Dollar Überziehungskrediten vor, der es allen Mitgliedern einer zu gründenden überstaatlichen Verrechnungsinstitution ermöglichen sollte, eine in Relation zum Vorkriegsstand gestaffelte Handelsexpansion einzuleiten. Dieses globale Zentralclearing sollte über keine eigenen Guthaben verfügen, Unterschiede in den Zahlungsbilanzen sollten unmittelbar auf den Debit- und Kreditkonten der zentralen Verrechnungsstelle abzulesen sein. Ein neues Weltgeld („Bancor“) sollte diese Kreditexpansion absichern und sowohl die erforderlichen stabilen Wechselkurse garantieren wie auch alle Devisenbeschränkungen ausschalten. Das von Keynes geforderte Wechselspiel von Kreditexpansion und neuem Weltwährungssystem überrascht insbesondere wegen seines Umfangs. Es mußte den New Dealers Morgenthau's wie ein gigantischer, auf die USA als den künftigen zentralen Kreditgeber gezogener Blankoscheck erscheinen. Selbst indirekte Ankopplungen der neuen Welt-

Blankoscheck erscheinen. Selbst indirekte Ankopplungen der neuen Welt-

währung an den Goldstandard fehlten in Keynes' ersten Planungspapieren. Der Blankoscheck „Bancor“ hatte die Funktion, die von allen Gold- und Devisenreserven entblößte Blockwährung Pfund Sterling auf Kosten der USA zu stabilisieren und dem britischen Imperialismus trotz seiner eklatanten Schwächung im Prozeß der Angleichung des gesamten internationalen Währungsvolumens an die Weltnachfrage einen möglichst großen Teil des Kuchens zuzuteilen.

Ohne die ersten Planungskonzepte Keynes' zu kennen, gab US-Finanzminister Morgenthau im Dezember 1941 seinerseits eine Studie über die Währungs- und Kreditaspekte eines internationalen New Deal in Auftrag. Harry Dexter White, der Währungsspezialist des Ministeriums, wartete im Frühjahr 1942 mit einem ersten Memorandum auf, das sich wie bei Keynes die Aufgabe stellte, mit Hilfe neuartiger internationaler Finanz- und Kreditinstitutionen nach dem Sieg über die Nazis und Japan die Weltwirtschaft für eine großangelegte Handelsexpansion fit zu machen und zusätzlich die Rohstoff- und Verbrauchsgüterpreise auf Weltebene antizyklisch zu stabilisieren. Diesem Zweck sollten zwei getrennte überstaatliche Institutionen dienen: ein „International Stabilization Fund“ der Vereinten Nationen und eine „Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“. Mit einem Startkapital von 5 Milliarden Dollar sollte der Stabilisierungsfonds allfällige Ungleichgewichte in den Zahlungsbilanzen der Mitgliedsländer ausgleichen und so zur Stabilisierung des internationalen Währungssystems beitragen. White — und Morgenthau — schwebte also eine überstaatliche Weltwährungsordnung vor, die einen Kompromiß zwischen dem starren Goldstandard des 19. Jahrhunderts und den unsicheren flexiblen Wechselkursen der dreißiger Jahre darstellte. Zweiseitige Währungsabkommen und Devisenkontrollen sollte es im Interesse einer multilateralen Handelsexpansion nicht mehr geben. Mit einem de facto-Vetorecht ausgestattet, würden die USA über die internationale Stabilität der Währungspolitik wachen, aber die Einführung eines Gold-Dollar-Standard und damit des Dollarals Leitwährung der Weltwirtschaft war von White und Morgenthau nicht beabsichtigt.

Auf dieser gesicherten Währungsgrundlage sollte sodann die Internationale Wiederaufbau- und Entwicklungsbank ein großes Kreditvolumen bereitstellen, um die internationale Liquidität zu steigern. Die insgesamt mobilisierten (überwiegend privaten) Mittel sollten das Grundkapital von 10 Milliarden, dessen Anteile die Mitgliedsländer zur Hälfte in Gold und zur Hälfte in konvertibler Währung aufzubringen hatten, um ein Mehrfaches übersteigen. Mit ihrer Hilfe sollten Wiederaufbau und Außenhandel vor allem der kriegsgeschädigten Siegerstaaten finanziell abgesichert, die internationale Kreditpolitik von den New Yorker und Londoner Finanzzentren des privaten Bankkapitals ein Stück weit abgekoppelt, und nicht zuletzt die Lebensmittel- und Rohstoffpreise des Weltmarktes überstaatlich und antizyklisch stabilisiert werden. Den gerade in den Dekolonisierungsprozeß eintretenden Ländern sollte also ebenfalls eine Chance gegeben werden, am globalen Rekonstruktionszyklus teilzunehmen. White verhehlte im übrigen nicht, daß er auch für diese zweite Komponente seines Plans, eine „Zentralbank der Zentralbanken“ mit weitgehenden Eingriffsrechten auch in die binnenwirtschaftliche Währungs- und Kreditpolitik der Mitgliedsländer, eine US-amerikanische Schlüsselstellung anstrebte.

Nun besagen Planungspapiere für sich genommen noch nicht viel. Ihre wahren Intentionen lassen sich am ehesten da erkennen, wo sie, wenn auch noch durch keine internationale Konferenz diskutiert und verabschiedet, schon in die laufende Herrschaftspraxis einfließen. Die Hintergründe des Keynes- und White-Plans erschließen sich von dem Moment an, wo die zunächst auf den Schock der nazistischen „Neuordnung“ nur reagierende Nachkriegsplanung der Westalliierten ihrerseits in konkrete Besatzungspolitik überging. Hier werden die Unterschiede zwischen dem US-amerikanischen Finanzministerium und dem eng mit Churchill's Kriegskabinett liierten Keynes unmittelbar sichtbar.

Die erste Nagelprobe fand im Herbst 1942 statt, als anglo-amerikanische Truppen Algerien und später ganz Nordafrika besetzten. Hier kam es sofort zu einem gemeinsamen Vorgehen der britisch-amerikanischen Geheimdienste und Außenministerien in der sogenannten Darlan-Affäre: ein Militärputsch wurde inszeniert mit dem Ziel, sich mit der bisherigen Okkupa-

tärputsch wurde inszeniert mit dem Ziel, sich mit der bisherigen Okkupa-

tionsverwaltung des Vichy-Regimes zu arrangieren und die gaullistisch-kommunistische Widerstandsbewegung des „freien Frankreich“ kaltzustellen. Die New Dealer Morgenthaus, die an der Finanzpolitik der alliierten Besatzungsplanung beteiligt waren, schwammen vergebens gegen den Strom. Ihr Versuch, mit Hilfe der Einführung eines Besatzungsdollars die britische Option für die faschistischen Generäle Pétains zu unterlaufen und den Nordafrikanern zu einem demokratischen Selbstbestimmungsrecht zu verhelfen, scheiterte. Seit der Algerien-Affäre war allen Beteiligten klar, daß die Briten eine Doppelstrategie verfolgten. Auf der einen Seite versuchte Keynes mit Hilfe von „Clearing Union“ und „Bancor“ den bankrotten britischen Kapitalismus international zu sanieren. Das war aber nur der Resonanzboden für eine weit über den bisherigen Commonwealth hinaus angelegte Strategie der Ausweitung der Sterlingzone auf Kontinentaleuropa und den Mittelmeerraum, wo die Engländer die nazistischen Kollaborateure militärisch, politisch und ökonomisch auf ihre Seite hinüberziehen und unmittelbar die Erbschaft des Reichsmark und des Zentralclearingblocks antreten wollten. Die Algerien-Affäre hat sich im Sommer 1943 in Italien (Einsetzung des faschistisch-monarchistischen Badoglio-Regimes) auf erweiterter Stufenleiter wiederholt und ihren historischen Höhepunkt im Überfall der britischen Expeditionstruppen auf die antinazistische Befreiungsbewegung Griechenlands (Dezember 1944) gefunden. So sollte die erweiterte Sterlingzone den Reichsmark-Block unmittelbar beerben. Die amerikanische Außenpolitik begab sich genauso wie die Militärführung ins Schlepptau dieser britischen Vorgehensweise. In Fragen der Besatzungspolitik saßen die New Dealer Morgenthau's von Anfang an auf verlorenen Posten.

Seit den Veröffentlichungen über die Tagebücher Morgenthau's wissen wir, daß die Keynesianisten des US-Finanzministeriums über diese britische Strategie genau informiert waren. Ohne sich Illusionen über den stillschweigenden Sukkurs seitens der Militärführung, der Außenpolitik und der Hochfinanz der USA zu machen, steuerten sie einen nicht weniger hintergründig angelegten Gegenkurs, der von Präsident Roosevelt bis zu dessen Tod im April 1945 einigermaßen toleriert und natürlich auch im Interesse der Verwirklichung des wichtigsten Kriegsziels, der Niederringung des Nazismus und Japans, ausbalanciert wurde. Morgenthau's Stab war sich immer bewußt, daß die Einheiten der Roten Armee und die ost- und südosteuropäischen Partisanenbewegungen die Hauptlast des antinazistischen Kampfs trugen, und daß Churchill auf eine wechselseitige Auspowerung setzte, um mit möglichst geringem Aufwand von Süd- und Südosteuropa aus zu einem direkten Schilderwechsel mit den europäischen Kollaborateuren des Nazismus zu kommen. Sie fochten deshalb im Gegenzug möglichst großzügige Leih- Pacht- Verträge und -Lieferungen an die Sowjetunion durch, und diese Geste verstanden sie nur als den Auftakt zu einer langfristigen Nachkriegs-Verständigung mit Stalin. In China, dem bis 1944 entscheidenden Hinterland für die Schlußphase des Kriegs gegen Japan, versuchten sie gleichzeitig mit finanzpolitischen Mitteln eine Koalitionsregierung zwischen der als hemmungslos korrupt und insgeheim projapanisch eingeschätzten Kuomintangregierung und der Befreiungsbewegung von Jenan zu erzwingen. Ihre frustrierten Anstrengungen, mit Hilfe eines Besatzungsdollars in den nach und nach befreiten Ländern Europas den faschistischen Schilderwechsel von der Leitwährung Reichsmark zur Leitwährung Pfund Sterling zu unterlaufen, sind schon erwähnt.

Das waren die realpolitischen Hintergründe, als sich Keynes und White seit dem Sommer 1942 zusammensetzten, um über die Angleichung ihrer finanz- und kreditpolitischen Nachkriegsplanungen zu verhandeln. White und Morgenthau haben den monatelangen Schlagabtausch zunächst gewonnen; daran änderten auch die Indiskretionen von Keynes gegenüber den Finanzministern der in London ansässigen europäischen Exilregierungen nichts, die darauf abzielten, die auf höchster englisch-amerikanischer Regierungsebene geführten Geheimverhandlungen zu unterlaufen. Es kam schließlich zu einer Reihe von Vorkonferenzen, die im Juli 1944 in einer ersten „Währungs- und Finanzkonferenz der Vereinten Nationen“ in Bretton Woods mündeten. Die einzige bedeutsame Konzession an Keynes bestand dabei darin, daß jetzt vom Internationalen Stabilisierungsfonds Län-

stand dabei darin, daß jetzt vom Internationalen Stabilisierungsfonds Län-

der mit starken Außenhandelsüberschüssen gezwungen werden konnten, durch die Deklaration ihrer Währungen zu „knappen Währungen“ ihre Überschuß-Salden selbst abzubauen, wenn sie nicht international abgesicherte Sanktionen gewärtigen wollten. Das beinhaltete eine erhebliche Stärkung der künftigen Kreditnehmerländer gegenüber den Gläubigern. Ansonsten waren aber die hintergründigen Ambitionen Englands deutlich an die Leine gelegt, und die Sowjetunion mit hohen Quoten an IMF und Weltbank beteiligt. Abgesehen von den eindeutigen Eigeninteressen der New Dealer der USA hatte die schließlich durchgesetzte Vorrangposition der Vereinigten Staaten in dem vereinbarten „International Monetary Fund“ und der Weltbank unzweifelhaft die Aufgabe, ein tatsächlich überstaatlich agierendes Instrument für eine internationale Wiederaufbau- und Entwicklungsperiode in Gang zu bringen. Hatten es die antinazistischen Ökonomen um Morgenthau tatsächlich geschafft, den nazistischen „Neuordnungs“-Visionen und den sich eng an sie anlehnenden Europaplanungen von Churchill und Keynes im Entwurf eines überstaatlichen linkskeynesianistischen New Deal Paroli zu bieten?

5.

Während sich Keynes und White zu ihren internationalen Nachkriegsplanungen zusammentaten, wüteten die Wehrmacht, die SS und die deutschen Konzerne in der Sowjetunion. Alles, was sie für ihr „Kontinentaleuropa“ projektiert hatten, setzten sie sich mit einer unbarmherzigen und schneidenden Kälte in die Tat um. Einsatzgruppen und Wehrmacht vernichteten nicht nur, was sich ihrem Auftrag der Herrschaftssicherung widersetzte, sondern mordeten bis zum Frühjahr 1942 in den rückwärtigen Heeresgebieten und in den Gefangenenlagern alle unnützen Esser des künftigen Kolonialvolks. Die „Ostgesellschaften“ begannen, unter der Regie einer „Zentralhandelsgesellschaft Ost“ die natürlichen Ressourcen zu plündern. Kohlekonzerne, Stahlindustrie, IG Farben und eine gerade neu gegründete „Kontinentale Öl AG“ stellten die Weichen für die künftigen Rohstoffimporte. Während die Plünderer die fruchtbaren Schwarzerdegebiete des Südens und der Ukraine von der nördlichen Waldzone trennten und dabei auf den Hungertod von „zig Millionen“ Menschen spekulierten, rechnete das Reichssicherheitshauptamt Ende 1941/Anfang 1942 die nächsten Massenmordquoten hoch. Auf die Vernichtung der Juden — der im Herbst 1941 gestartete „Endlösungsplan“ war „nur“ Vorgriff auf einen „Gesamtplan Ost“ — sollte die Vertreibung von 31 Millionen Osteuropäern folgen, sie sollten in Sibirien verhungern. Damit korrespondierte ein „Generalplan Ost“, der die Dimension des Genocids und der permanent gemachten Plünderung mit dem Aufbau eines SS-Wehrhof- und Siedlungssystems in einem menschenleer gemachten Rußland verbinden wollte. Noch nie war in der bisherigen Geschichte ein solch bestialischer Vernichtungsplan mit einer derart kalten Wirtschaftsrationalität verbunden worden. Der letzte Akt zum kontinentaleuropäischen Reichsmark- und Clearingblock, vor allem die Zerstörung und Planierung von Leningrad und Moskau, ist glücklicherweise mißlungen. „Kontinentaleuropa“ wurde vom Osten her aufgerollt, was jetzt selbst Churchill dazu brachte, der von den Sowjets seit dem Sommer 1941 verzweifelt geforderten Eröffnung einer „zweiten Front“ in Westeuropa zuzustimmen. Für alle Zeiten aber liegt die schwerste Hypothek der NS-Wirtschaftsstrategie in Osteuropa begraben: sechs Millionen Juden und fünf Millionen Polen, zwanzig Millionen Bürger der Sowjetunion. Der ungeheuerliche, in Osteuropa innerhalb von nur drei Jahren verwirklichte Vernichtungsaspekt der nazistischen „Neuordnung“ ist bis heute noch nicht voll in unser Bewußtsein gedrungen. Unmittelbar verantwortlich für die Planung des Genocids war eine Abteilung „Volkstumspolitik“ im Inlandsnachrichtendienst (Amtsgruppe III) des Reichssicherheitshauptamts. Chef dieser Amtsgruppe war der Volkswirtschaftler Otto Ohlendorf. Die benachbarte Abteilung IVB4, die nach dem Krieg in das Blickfeld der Weltöffentlichkeit rückte (Adolf Eichmann), war „nur“ eine ausführende Instanz.

6.

Seit dem Sommer 1943 machte Ohlendorf unter dem Eindruck der neu einsetzenden Entwicklung eine denkwürdige Wandlung durch. Im Sommer 1943 kam die letzte Wehrmachtsoffensive in der Sowjetunion zum Stillstand, die Heeresgruppe Mitte verlor die berühmte Panzerschlacht am Kursker Bogen. Im Reichsgebiet selbst hatten die Flächenbombardierungen der Großstädte eingesetzt. Längst war, unter dem Eindruck des voraufgegangenen Untergangs der 6. Armee in Stalingrad zustandegekommen, die Erklärung der Antihitlerkoalition von Casablanca heraus, in der sie sich auf ein klares militärisches Kriegsziel verpflichtete — die bedingungslose Kapitulation. Zusätzlich begann die nach und nach veröffentlichte sozial- und wirtschaftspolitische Nachkriegsplanung der Westalliierten zu wirken. Für die Eingeweihten, für Bourgeoisie wie für die breite Masse der Bevölkerung NS-Deutschlands und Europas war der Traum von „Endsieg“ und Neuordnung aus. Für die Bolschewistenschlächter der Mittel- und Oberschichten begann eine neue Ära der hysterischen Bolschewistenfurcht.

Und seit dem Herbst 1943 begannen die Manager und Funktionäre des deutschen Großkapitals neuerlich den Nachkrieg zu planen. Das heißt nicht, daß sie dem NS-Regime etwa abtrünnig wurden, sich insgeheim auf einen Investitionsstreik verständigten, oder sonstwie Sand ins Getriebe der Kriegsmaschinerie warfen. Im Gegenteil. Am 2. September 1943 kam ein „Erlaß über die Konzentration der Kriegswirtschaft“ heraus, ein denkwürdiges Datum. Von diesem Tag an wurden die Funktionen des NS-Kapitals in zwei arbeitsteilige Sektoren aufgeteilt.

Im ersten Sektor bauten ein ehrgeiziger Wirtschaftstechnokrat und eine ihn umgebende Elite von Führern der Rüstungswirtschaft die Kriegswirtschaft weiter aus. Sie übernahmen unter Albert Speer hoheitliche Funktionen. Der bisherige zivile Sektor wurde ihnen zusätzlich zugeordnet. Eine gigantische Rationalisierungswelle setzte ein, es kam zu einem neuerlichen Boom der Rüstungsproduktion. Das gesamte gesellschaftliche Leben wurde „ausgekämmt“ und dem Vorrang des totalen Kriegs an der Wirtschaftsfront unterworfen. Bis in die letzten Kriegswochen harrten die Unternehmer in ihren Kommandofunktionen und regionalen Stäben aus. Die Vernichtung von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen „durch Arbeit“ erreichte unter ihnen schwindelerregende Dimensionen.

Der zweite Sektor wurde de facto von Otto Ohlendorf, dem Chef des SD Inland, übernommen. Ohlendorf, der SD-Chef blieb, wurde zum Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium ernannt. Ihm wurde eine Hauptabteilung über Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik unterstellt, die eine gegen die jetzt deutlich greifenden sozial- und wirtschaftspolitischen Nachkriegsstrategien der Alliierten gerichtete Kriegspropaganda entwickeln sollte. Weit ist Ohlendorf trotz der Unterstützung seitens des „Werberats der deutschen Wirtschaft“ und der Reichsgruppe Industrie zunächst nicht gekommen. Während der Rest des Reichswirtschaftsministeriums sich um die Versorgung der mehr und mehr ausgebombten Zivilbevölkerung kümmerte, brachte Ohlendorfs Abteilung 1943/44 eine auf eine „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ zurückgestufte Neuauflage der Neuordnungsprogramme von 1940 heraus. Mit ihren Planungsinhalten in der Hinterhand versuchte Reichswirtschaftsminister Funk anläßlich einer am 7. Juli 1944 gehaltenen Rede die gerade in Bretton Woods laufende Konferenz zu spalten, indem er die grundsätzliche Übereinstimmung mit Keynes' Vorschlag einer

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

gelenkten Nachkriegsentwicklung betonte und ihn und damit England zu einer Annäherung an eine von den Deutschen nur noch ,,geführte'' ,,Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft'' aufforderte, bevor der englische Commonwealth von den USA geschluckt würde. Es wurden auch Denkschriften verfaßt, u.a. von dem deutschen Keynesianisten Wilhelm Lautenbach oder von dem IG-Farben-Mann Richard Riedl, in denen die Nachkriegspläne von Keynes exakt auf den ,,kontinentaleuropäischen Wirtschaftsraum'' herunterkopiert wurden (Europäische Clearingstelle, Europabank, Europagulden). Dabei blieb im Grunde alles beim Alten. Das Informationsmaterial dazu war den jetzt den Schafspelz überziehenden und Kreide fressenden Europa-Theoretikern des Reichswirtschaftministeriums von dem Doppel-Technokraten Ohlendorf zugespielt worden.

Vordergründig hatte das nunmehr auf eine ,,Europäische Wirtschaftsgemeinschaft'' zurückgenommene Vernichtungs- und Entwicklungsmodell der Nazi-Ökonomie zweifellos die Funktion, die angesichts des Kriegsverlaufs allmählich verunsicherte europäische Kollaborationsbourgeoisie bei der Stange zu halten. Gewichtiger war der Versuch, sich darüberhinaus ein Stück weit auf die Sterlingblock-Ambitionen Churchill's und Keynes' einzulassen, die inzwischen eine offen zur Schau gestellte antisowjetische Tönung angenommen hatten. Allerdings dürfte den Wirtschaftführern um Funk und Ohlendorf dabei nicht entgangen sein, daß ohne begleitende politische Vorleistungen nichts zu machen war. Diese Vorleistung wurde im Sommer 1944 zu erbringen versucht, als sich eine kleine Gruppe von Generalstäblern, Ministerialbürokraten und Industriellen zum Attentat auf Hitler vorbereitete. Die Gruppe des 20. Juli, die bezeichnenderweise den britischen Geheimdienst in alle Details einweihte und mit ihren Programmen für einen einseitigen Friedensschluß mit den Westalliierten eindeckte, wird heute aus recht doppelbödigen Gründen in Ehren gehalten. Sie wollte unmittelbar nach dem Attentat in Anlehnung an einen gegen ausländische Zwangsarbeiterrevolten gerichteten Aufstandsbekämpfungsplan putschen, einen Separatfrieden erst mit England und dann den USA schließen, und dann umso konsequenter an der ,,Ostfront'' weiterkämpfen, um die osteuropäischen Annexionen aufrechtzuerhalten. Hätte sie Erfolg gehabt, dann hätte das ja inzwischen erheblich zurückgeschraubte Europabank- und Europagulden-Modell plötzlich eine ganz andere Bedeutung bekommen. Eine Notiz in Morgenthau's Tagebuch vom 17. Juni 1944 läßt aufhorchen, wo es heißt: ,,Die deutsche Kriegsmaschine hat schon Pläne, wie sie überleben kann. Wahrscheinlich werden uns die Deutschen Hitler und die ganze Nazi-
ne hat schon Pläne, wie sie überleben kann. Wahrscheinlich werden uns die Deutschen Hitler und die ganze Nazi-
bande anbieten, um bessere Friedensbedingungen herauszuschlagen.'' Ob die lakonische Schlußbemerkung Morgenthau's unter diesem Eintrag: ,,Wir bleiben aber bei bedingungsloser Kapitulation'', im Fall eines erfolgreichen Attentats und Putschs ihre Gültigkeit behalten hätte, ist angesichts der bis dahin gelaufenen Arrangements mit den französischen und italienischen Faschisten zumindest zweifelhaft.

Andererseits stand die Gruppe des 20. Juni nicht nur mit denBriten und wohl auch dem Militärgeheimdienst der USA (Office of Strategic Services — OSS), sondern auch mit der Grundsatzabteilung des Reichswirtschaftsministeriums in Kontakt. Seit ein bis zwei Jahren verstärken sich darüberhinaus die Indizien, daß der mit dem großkapitalistischen Planungszentrum über die Person Ohlendorfs kurzgeschlossene Inlands-Nachrichtendienst der SS ebenfalls von dem Komplott wußte, es stillschweigend deckte, und es erst **nach** dem Scheitern von Attentat und Putschverscuh ,,aufgerollt'' hat. Den Erfolglosen winkte dann keine Gnade. Noch am 4. Juli 1944 hatte Ohlendorf in einer Rede vor der ,,Reichsgruppe Industrie'' geäußert, die wirtschaftspolitische Führung — und natürlich auch der SD-Inland — wisse, ,,welche Anziehungskraft die währungspolitischen Vorstellungen der Alliierten auf die Bevölkerung und nicht zuletzt auf die Industrie ausüben''. Möglicherweise war es den Wirtschaftskapitänen des NS-Regimes schon im Sommer 1944 gelungen, den Bock zum Gärtner zu machen.

Wie dem auch sei. Die Großunternehmer und Funktionäre des Großkapitals, deren arbeitsteilig weiter um Kapitalakkumulation und Rationalisierung der Produktionskapazitäten bemühte Rüstungsfraktion stur weiterproduzierte und Arbeitskräfte en masse vernichtete, nahm nach den noch nicht ganz aufgeklärten Irritationen des 20. Juli den Faden wieder auf und stürzte sich auf immer realistischer werdende Varianten der Nachkriegsplanung. Unter der diskreten Abdeckung durch das sicherheitspolizeiliche Machtzentrum des nun an allen äußeren Fronten in Bedrängnis geratenen Regimes wagten sie sich jetzt weiter vor. Zwischen Ohlendorfs Grundsatz- und Planungsabteilung und einem schon im März 1944 gegründeten Arbeitskreis für Außenhandelsfragen der Reichsgruppe Industrie entstand ein ganzes Geflecht von Querverbindungen. Die gesamte Creme der späteren Westzonen- und BRD-Wirtschaftsmagnaten war hier versammelt. Auch Spitzenmanager der IG Farben waren darunter, die 1941 im Buna- und Treibstoffwerk Auschwitz-Monowitz das erste Großexperiment zur Vernichtung von Sklavenarbeitern unter technologisch höchstentwickelten Verwertungsbedingungen gestartet hatte. Zu allererst hielten sich die NS-Wirtschaftführer natürlich gegenseitig auf dem laufenden, verlegten ihre Konzernzentralen in die künftigen Westzonen und schoben — genauso wie die SS — alle liquide zu machenden Kapitalbestandteile und Blaupausen in die westlichen Reichsgebiete sowie auf gut getarnte Nummerkonten in der Schweiz ab. Die Hoffnung, die Antihitlerkoalition noch vor der bedingungslosen Kapitulation spalten zu können, hatten sie im übrigen keineswegs aufgegeben, wie die seit dem März 1945 vereinbarten Teilkapitulationen mit den westalliierten Armeechefs Alexander und Montgomery (Italien, dann in der ersten Maiwoche Dänemark, Holland und norddeutsche Küstenregionen) beweisen. Aber die Gesamtkapitulation auch vor der Roten Armee war dann doch nicht mehr zu vermeiden.



Nordirland 1973

(Foto: Don McCullin)

Umso intensiver setzten die NS-Nachkriegsplaner auf die Zeit unmit-
Umso intensiver setzten die NS-Nachkriegsplaner auf die Zeit unmit-
telbar nach dem Waffenstillstand, Gleichzeitig hatten ihnen umfangreiche Untersuchungen über den akutellen Zustand der Weltwirtschaft die Augen über die ökonomische Schwäche ihres bisherigen Hauptfavoriten England geöffnet. Ihnen war seit dem Herbst 1944 klar, daß alle privatkapitalistischen Überlebensprobleme des deutschen Wirtschaftspotentials, kurzfristige wie langfristige, nur noch in einer möglichst rasch zu konsolidierenden Allianz mit den USA zu lösen waren. Im November 1944 blühte der seit Jahren entschlafen gewesene Deutsch-Amerikanische Wirtschaftsverband wieder auf. Abs, Albrecht, Blessing, Erhard, Ilgner, Keyser, Reemtsma, Westrick und viele andere entdeckten wie nach einem bösen Traum die wohltuenden Segnungen des freien Welthandels, der Multilateralität, von IMF und Weltbank. Sie haben sich spät, aber gerade und noch rechtzeitig von der britischen Sterling-Reichsmarkblock-Option gelöst und in die Perspektiven von Bretton Woods und zwei Jahre später in die Dollar-Gold-Leitwährung und den Marshall-Plan eingekauft. Sie konnten und können mit Fug darauf verweisen, daß sie die neuen Währungs- und Kreditinstrumente des Nachkriegszyklus als erste entwickelt hatten — freilich in einem etwas begrenzten und allzu offenkundig mit dem Odium der Massenvernichtung ,,belasteten'' Rahmen. Aber wen interessiert das heute noch, wenn er mit den Magnaten des BRD-Kapitals verhandelt?

Waren die langfristigen Weichen endgültig gestellt — der vernichtende Rüstungsmotor lief auch jetzt noch auf Hochtouren —, so begannen nun auch die eher kurzfristig dimensionierten Planungen. Ihre kurzfristigen Überlebensprobleme scheinen die Chefs des NS-Kapitals sogar besonders nachdrücklich in die Arme der USA getrieben zu haben. ,,Die deutsche Demobilisierungskrise, die man nach den Erfahrungen von 1918 allgemein erwartete, vor Augen, erschienen die USA als einziger Rettungsanker, weil sie die Entscheidung über eine Belieferung Deutschlands mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen besaßen'' (Ludolf Herbst).

Manches hatte allerdings auch hier recht früh angefangen. Währungsausschüsse hatten zu tagen begonnen und darüber diskutiert, wie die inzwischen auf etwa 35 Milliarden Reichsmark aufgelaufenen Clearingschulden und die gigantisch angewachsenen Rüstungsdefizite des Staatshaushalts am besten zu tilgen seien. Schon im März 1944 hatte der von der Richsgruppe Industrie in einem Mini-Institut ausgehaltene Ökonom Ludwig Erhard eine erste Studie über ,,Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung'' vorgelegt und vorgeschlagen, die hängige Staatsschuld aus Gründen der Vorbeugung von sozialen Unruhen auf den kommenden staatlichen Rechtsnachfolger des NS-Regimes zu übertragen, so das überakkumulierte Kapital von Industrie und Hochfinanz vor der Volkswut zu retten, gleichzeitig erst einmal in Ruhe zu demobilisieren, und erst nach dem Abflauen der antifaschistischen Empörung den großen Schnitt zugunsten der Sachwerte zu wagen. Da es sich dabei immerhin um eine Gesamtschuldensumme von 680 Milliarden Reichsmark, davon etwa 400 Milliarden direkt greifbare Staatsschuld, handelte, schien dies doch ein wenig gewagt. Es setzte einige Retuschen, bei denen auch der Schlächter und Ökonom Ohlendorf Hand an Erhards Planungspapier legte. Eine entsprechend korrigierte zweite Erhard-Denkschrift vom September 1944 (,,Zur Frage des Ausgleichs des öffentlichen Haushalts nach dem Kriege'') fand dann mehr

Gnade. Die Grundpfeiler der kommenden Währungsreform standen, bevor
Gnade. Die Grundpfeiler der kommenden Währungsreform standen, bevor
US-Truppen die erste westdeutsche Großstadt (Aachen) besetzten; weitestgehende Schonung der Sachwerte, großzügiger Lastenausgleich für alle durch Kriegsfolgen geschädigten Eigentümer von Sachwerten, aber auch großzügige kompensatorische Gesten gegenüber den ,,reichs- und volksdeutschen'' Flüchtlingsströmen, die vom Osten her ins Haus standen. Die kleinen Lohnempfänger und die überlebenden Verfolgten gingen hingegen auf geradezu programmatische Weise leer aus. Warum hatten sie auch Widerstand geleistet, und sich dann auch noch zu überleben erlaubt!

So war gerade die Frage der Schuldentilgung als erstrangiges Problem der Erhaltung aller auf Kosten der Masseneinkommen und -Vermögen akkumulierten Kapitalien für deren Privateigentümer im Vorweg abgehakt: man wollte mit ihnen ja so schnell wie möglich wieder eine Exportoffensive starten und am atlantischen Wiederaufbau teilhaben. Der rasche Übergang zu einer neuen Handelsoffensive galt als die zweite elementare Vorbedingung, um eine ernsthafte Demobilisierungskrise mit ihren für das Kapital so häßlichen Begleiterscheinungen à la 1918/19 hintanzuhalten. Hatte man schon keine Chance mehr, die Antihitlerkoalition noch vor der Einstellung der Feindseligkeiten offen sichtbar zu spalten — die Versuche der Engländer, sich in Flensburg tatsächlich eine offen antisowjetsche ,,geschäftsführende Reichsregierung mit Speer im Vorder- und Ohlendorf im Hintergrund warmzuhalten, mußten im Juni 1945 nach einer Intervention Stalins eingestellt werden —, so setzte man dafür alles daran, sich unentbehrlich zu machen und lautstark vor dem drohenden inneren und äußeren Bolschewismus zu warnen. Um ihre eigene Haut und ihre privatkapitalistische Verfügungsmacht zu retten, und nicht zuletzt, um ihre gigantischen Verbrechen vor allem an den Völkern Ost- und Südosteuropas ungeschehen zu machen, schreckten die nunmehr zur Atlantik- und Welthandelscharta bekehrten Funktionsträger des NS-Kapitals nicht davor zurück, nun auch noch Europa und Deutschland zu spalten. Beim Ausspielen ihrer letzten, der antibolschewistischen, Trumpfkarte gaben die leutseligen und kultivierten Magnaten und Planer, die auch heute noch unsere Geschicke leiten und die politische Klasse dieser Republik aushalten, den effizientesten und blutrünstigsten Schlächtern der Weltgeschichte vom Reichssicherheitshauptamt die Hand.

7.

Zum Schluß stellt sich die dringliche Frage, warum das alles so reibungslos geklappt hat. Natürlich gab es Verwerfungen, Verzögerungen. Die Fassade mußte angesichts einer in ihrem Ausmaß unerwarteten wie fundamentalen Wut und Erschütterung auch der westeuropäischen Volksmassen gewahrt, ein paar Hauptkriegsverbrecher mußten geopfert, ein paar Wirtschaftsführer milde bestraft und dann unauffällig begnadigt werden. Aber es besteht heute kein Zweifel mehr: die große strategische Rechnung des deutschen Kapitals, die schon 1940/41 ihr Ziel nur um Haaresbreite verfehlt hatte, ging in ihrer korrigierten Variante von 1944 auf. Wie war das möglich? Was die Engländer betrifft, so wissen wir schon: es gab seit 1943, seit Großbritannien unter dem Schutz der USA wieder zu einer ehrgeizigen imperialistischen Macht aufgestiegen war, eine strategische Komplizenschaft mit den nazistischen Nachkriegsplanungen. Sie drückte sich in einem Konzept des europäischen Schilderwechsels aus; erst die außen- und finanzpolitische Erhaltung der faschistischen Komprodoren, dann ab 1944 eine verschwiegene Annäherung an den Antibolschewismus der zentralen herrschenden Klasse Europas. Aber die englischen Planungen kamen nicht unumschränkt zum Zug, weil das dahinterstehende Finanz- und Wirtschaftspotential gegen Kriegsende weitgehend erschöpft war. Als innerhalb der Machteliten der neuen Weltmacht USA die strategischen Grundsatzentscheidungen im Hinblick auf Deutschland und Europa noch umkämpft waren, übten Churchill und Keynes gleichwohl eine nicht zu unterschätzende Steigbügelhalterrolle aus. Das bedeutet aber keineswegs, daß damit die letztlich entscheidenden Würfel schon gefallen waren.

Wenn das so ist, dann kann es nur noch eine Antwort geben: die Nachkriegsstrategie des NS-Kapitals paßte seit 1944/45 mehr und mehr in das sich natürlich völlig eingenständig transformierende Nachkriegskonzept der herrschenden Klassen der USA. Wir können uns bei dieser Feststellung auf eine ganze Reihe von US-Historikern berufen, die die zunehmende Entmachtung
schenden Klassen der USA. Wir können uns bei dieser Feststellung auf eine ganze Reihe von US-Historikern berufen, die die zunehmende Entmachtung
der New Dealer um Morgenthau, der einzig entschiedenen antinazistischen Machtgruppe, minuziös rekonstruiert haben. Das von den Leuten um Morgenthau so eifrig wie erfolglos hofierte Exportkapital der USA freundete sich seit 1944 mehr und mehr mit der Möglichkeit an, der ausgebluteten und ökonomisch extrem geschwächten Sowjetunion nicht mehr nur Waren und Investitionsgüter zu verkaufen, sondern ihr im Zusammenhang damit politische Bedingungen zu diktieren, die im Fall der Hinnahme zu einer langfristigen privatkapitalistischen Restauration geführt hätten. Seine Exponenten konnten sich bei diesem Ansinnen an die Militärmaschinerie der USA anlehnen, die nach drei Jahren globaler Kriegsführung über die größte Flotte der Welt und ein die Sowjetunion vom Atlantik wie vom Pazifik einrahmendes Stützpunktsystem verfügte: die Spitzeneliten dieses militärischen Apparats mußten nachgerade auf eine neue antisowjetische Einkreisungsstrategie brennen, um nicht demobilisieren zu müssen. Hinzu kamen die Luftwaffe und das Kriegsministerium selbst, dessen Führung seit dem Herbst 1943 wußte, daß es in absehbarer Zeit über eine einsatzfähige neue Massenvernichtungswaffe verfügen würde — die Atombombe. Sollte man sie nicht etwa in Japan einsetzen, um die Sowjetunion noch im letzten Augenblick aus dem fernöstlichen Kriegstheater herauszuhalten und überhaupt so unter Druck zu setzen, daß sie kampflos dazu bereit war, die globalen Nachkriegsabsprachen der ,,großen Drei'' von Teheran und Jalta als null und nichtig anzuerkennen? Den Dritten im Bunde lieferte das US-Außenministerium. Die gehässigen Berichte und Memoranden seiner Moskauer Botschaft ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die Sowjetunion wurde als innerlich erstarrt, selbstgefällig und völlig unflexibel beschrieben. Warum sollte man einen Koloß, der seine gesamte Nachkriegsplanung am durchlittenen Traume des Nazi-Überfalls festmachte, und nur noch in territorialen Sicherheitsgarantien vor einer Wiederholung dachte, nicht mit kühler Eleganz ausmanövrieren? Angesichts dieser hypostasierten Verwundbarkeit, die ja in Südeuropa ganze bewaffnete Volksbewegungen der peinlich genauen Erfüllung vertraglicher Geheimklauseln opferte, schien es ein Leichtes, den schwer angeschlagenen Koloß in die Verfügungsgewalt einer auftrumpfenden Weltmacht-Hybris hineinschliddern zu lassen.

Aber noch war das letzte Wort nicht gesprochen. Es gab da einen wunden Punkt, den die sich 1944/45 in die — von Churchill und Keynes gegrabenen — Startlöcher begebenden zentralen Machtgruppen der USA noch nicht offen thematisieren konnten — das Macht- und Wirtschaftspotential des NS-Regimes. Seit den Konferenzen von Moskau und Teheran hatten sich die Partner der Antihitlerkoalition darauf geeinigt, NS-Deutschland politisch zu zerschlagen, zu entmilitarisieren und in drei Besatzungszonen aufzuteilen. Im Verlauf des Jahres 1944 hatten dessen ungeachtet mehrere Planungsgruppen der Westalliierten damit begonnen, eine diesen Absprachen eklatant zuwiederlaufende Okkupationspolitik einzuleiten. Davon bekam Morgenthau im Sommer 1944 Wind. Und seit er das wußte, spielte er seine letzte Trumpfkarte, um die strategische Liquidierung des internationalen antinazistischen Bündnisses an ihrer Achillesferse zu vereiteln. Im Sommer/Herbst 1944 konnte noch niemand offen zugeben, daß er darauf sann, ein politisch wie ökonomisch weitgehend intakt belassenes NS-Potential in eine antisowjetische Bollwerkfunkton umzudirigieren. Das war in den Monaten nach der westalliierten Landung in der Normandie unmöglich, auch wenn der IBM-Konzern Embargo-Bestimmungen unterlaufen und die Ausrüstungen für Speers ,,Machinelles Berichtswesen'' geliefert, ITT die Nazi-Luftwaffe mit aufgebaut, General Motors die Blitzkriegsarmee mit motorisiert, der Standard Oil-IG Farben-Trust den Nazis das know how-Monopol über die Buna-Produktion gesichert hatte. Trotz all dieser makabren Konkordanzen, die in der Devisen-Transaktionspolitik der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ihre finanztechnische Entsprechung gefunden hatten, hatte sich das Finanzministerium Motgenthau's seit 1942/43 sehr wohl darauf verstanden, die starken Sympathien der US-Großkonzerne für ein nazifiziertes ,,Kontinentaleuropa'' zu zügeln.

Im September 1944 wartete Morgenthau mit einem von ihm inaugurierten und unter Harry White's Leitung verfaßten Gegenplan zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung des ,,Dritten Reiches'' auf. Sein Memorandum wurde nicht zufällig bis heute als plumper Reagrarisierungsplan lä-
sierung und Entnazifizierung des ,,Dritten Reiches'' auf. Sein Memorandum wurde nicht zufällig bis heute als plumper Reagrarisierungsplan lä-
cherlich gemacht. Es ist dringend an der Zeit, ihm in der historischen Bilanz die ihm gebührende Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Wahr ist, daß White und Morgenthau das gesamte industrielle Potential an Rhein und Ruhr demontieren und anstelle langfristiger Reparationen an die am meisten geschädigten Partner der Antihitlerkoalition abtransportieren lassen wollten. Durch diesen Akt sollte eine gründliche Demilitarisierung eingeleitet werden, die ein für allemal die Ressourcen für eine neuerliche Revanche zerstörte. Aber auch die entschädigungslose Enteignung des agrarischen Grundbesitzes und die Aufhebung der nazistischen Erbhofgesetzgebung wurden gefordert. Hinzu kamen Vorschläge zu einer noch radikaleren Zoneneinteilung, um eine Wiederbelebung von Preußentum, Militarismus und Nazismus für alle Zeiten unmöglich zu machen. Schließlich verbaten sich White und Morgenthau jegliches Ansinnen, das deutsche Produktionspotential in der ersten Nachkriegsperiode an der Rekonstruktions- und Entwicklungsinitiative von Bretton Woods teilhaben zu lassen.

Hier haben wir den letzten verzweifelten Versuch vor uns, den sich 1944/45 schon deutlich abzeichnenden Schilderwechsel, die Umpolung des NS-Potentials in die von ihm gegen Kriegsende selbst mehr und mehr beanspruchte antisowjetische Bollwerkfunktion, fünf Minuten vor Zwölf aufzuhalten. Der Morgenthau-White-Plan schloß die meines Erachtens einzige Alternative, die sozialistische Aneignung und Umgestaltung des überakkumulierten Produktionspotentials, durch eine seitens der Siegermächte entsprechend zu unterstützende antinazistische Massenbewegung, nachdrücklich aus. Das liegt sicher vor allem daran, daß auch für die amerikanischen Linkskeynesianisten die Frage nach



Libanon 1976 (Foto: Don McCullin)

den Eigentumsverhältnissen an den Produktionsmitteln tabu war. Hinzu kam aber auch, daß sie nach der nazistischen Verwüstung der deutschen Gesellschaft die Rekonstruktion einer autonomen Arbeiterbewegung — der elementaren Voraussetzung dafür — als illusionär betrachteten. Steckt in dieser Haltung nicht auch ein Körnchen Wahrheit, wenn wir bedenken, mit welcher Zielstrebigkeit sich die nazistischen Massenorganisationen, insbesondere die „Deutsche Arbeitsfront", dann tatsächlich in die Nachkriegssurrogate von Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung übersetzt und ihrerseits sofort die antisowjetische Karte gespielt haben?

Ob so oder so: aus der Sicht von heute stellen sowohl der internationale Rekonstruktions- wie der Deutschlandplan des US-Finanzministeriums eine überraschend homogene Einheit dar. Sie waren die zwei Seiten einer Medaille, der einzigen, die von den westlichen Partnern der Antihitlerkoalition aus eine ernsthafte Überwindung der nazistischen Vernichtungs- und Entwicklungsutopien angetrebt hat. Weder das originäre Bretton Woods noch der Morgenthauplan waren in der Lage, die sich seit 1944 abzeichnende Konvergenz zwischen den herrschenden Klassen der USA/Englands und NS-Deutschlands aufzuhalten, die fieberhaft nach einem tragfähigen Anlaß suchten, um die Antihitlerkoalition im fliegenden Wechsel in eine gegen die Sowjetunion wie die europäischen und trikontinentalen Befreiungsbewegungen gerichtete atlantische Koalition umzuwandeln. Aber die Intransigenz der New Dealer um Morgenthau hat es

gen gerichtete atlantische Koalition umzuwandeln. Aber die Intransigenz der New Dealer um Morgenthau hat es

immerhin vermocht, in den Prozeß zur imperialistischen „Modernisierung" ein paar Schadstellen einzupflanzen. Es erwies sich als unvermeidlich, den Prozeß der innerdeutschen Kontinuitätsstiftung über das von den atlantisierten Technokraten geplante Maß hinaus zu strecken. Und auch die Wallstreet und London City brauchten immerhin fast zwei Jahre, um der trotz allem überstaatlichen Rekonstruktions- und Entwicklungsgarantie des ursprünglichen Bretton Woods den Garaus zu machen. Die Verhinderung der Ernennung White's zum Direktor der neuen internationalen Institutionen gelang erst nach einem harten Machtkampf, und auch das Votum für den Sitz von IMF und Weltbank in Washington, direkt unter den Augen der US-Regierung, fiel ziemlich knapp aus. Wir wissen, daß diese Entscheidungen alles andere als symbolische Gesten waren. Die Kreditfazilitäten von IMF und Weltbank wurden so lange eingefroren, solange das neoimperialistische Diktat der USA nur mit Hilfe bilateraler Kreditabkommen (Mashall-Plan) durchzusetzen war. Gleichzeitig stieg die US-Währung zur internationalen Gold-Dollar-Leitwährung auf: seit 1946/47 setzte sich genau jenes Alternativkonzept durch, mit dem die Wallstreet seit 1943/44 gegen Morgenthau und White angerannt war. Erst Ende der fünfziger Jahre waren die Abmachungen von Bretton Woods insgesamt so weit „reformiert", daß sie als eine global erweiterte Variante der nazistischen Neuordnungspläne funktionieren konnten.

Elf Tage nach dem Tod Roosevelt's, am 23. April 1945, kündigte der neue US-Präsident Harry S. Truman die Antihitlerkoalition auf, als er den sowjetischen Außenminister Molotov demonstrativ abkanzelte. Die Frage der polnischen Nachkriegsregierung diente als Auslöser zur ersten exemplarischen Machtprobe, nicht Deutschland. Truman's neuer Kurs war ganz auf die kommende Atombombe fixiert, und alle anderen Aspekte der neuen Weltmachtpolitik radikalisierten sich in ihrem Schlepptau. Die Drohung, die russischen Städte in Schutt und Asche legen zu wollen, hatten drei Jahre vorher die Nazis ausgestoßen. Die neue US-Diplomatie drohte indirekt, indem sie wissen ließ, daß die USA dazu jederzeit in der Lage waren. Die europäischen Folgen sind bekannt. Auf die neue Strategie des antisowjetischen Bruchs reagierte die Sowjetunion mit einem taktischen Gegenzug: wenn ihr die sowjetischen Großstäde zerstört, werden wir die westeuropäischen Metropolen überrennen. Damit war Europa — und Deutschland — gespalten. Die strategische Offensive der USA war ohne das intakt übernommene Machtpotential NS-Deutschlands undenkbar. Um die Bedrohung meistern zu können, arrondierte Stalin, der konservativste Außenpolitiker der Zeitgeschichte, im defensiven Gegenzug das ost- und südosteuropäische Glacis der Sowjetunion.

Die Spaltung der Antihitlerkoalition durch die USA fiel mit der Einlösung ihres europäischen Kriegsziels, der bedingungslosen Kapitulation des „Dritten Reichs", zusammen. Daß ihre taktische Durchsetzung auf allen Ebenen dann noch zwei bis drei Jahre brauchte, war im Bereich der zentralen Planungssektoren im wesentlichen das Verdienst von Morgenthau und White. Zwei Jahre waren nötig, um die von ihnen geschaffenen Barrieren gegen die Übernahme der nazistisch „modernisierten" Instrumente im Bereich der Fianaz- und Wirtschaftspolitik und des dazugehörigen Produktionspotentials beiseitezuschaffen. Dann aber war die Übernahme und Weiterentwicklung im Rahmen einer offen radikalisierten Weltherrschaftsperspektive nicht mehr aufzuhalten. Erst kam ein perfektioniertes antisowjetisches „Containment", dann in der Ära Ken-

nicht mehr aufzuhalten. Erst kam ein perfektioniertes antisowjetisches „Containment", dann in der Ära Ken-

nedy eine neue „Entwicklungsdekade". Die dafür zurechtgestutzten Instrumente von IMF und Weltbank lesen sich heute wie eine aktualisierte und auf die Dritte Welt zurechtgeschnittene Edition der nazistischen Neuordnungsplanung. Der US-Imperialismus hat vom Nazismus gelernt, daß er nur noch in der wechselseitigen Verschränkung von Vernichtung und Entwicklung zu überleben vermag.

Die Vergangenheit warnt. Warnt sie uns wirklich noch, wenn wir uns die Apokalypse der heutigen Schuldenkrise der drei Kontinente, Regan's „deutschen New Deal" und die damit zusammenhängende SDI-Offensive vergegenwärtigen? Auf jeden Fall aber lehrt sie uns, Heraklits Satz verdammt ernst zu nehmen, daß „Hybris mehr zu löschen ist als Feuersbrunst". Unsere Kenntnisse über die Hintergründe der Staffetenübergabe von den NS- zu den US-Technokraten sind noch immer lückenhaft. Wir haben gute Gründe, diese Lücken so schnell wie möglich zu schließen. Wir werden gut daran tun, unser Wissen um jene Hintergründe zu vervollständigen, auf denen unser gesellschaftliches Leben seit 40 Jahren versteint ist. Erst wenn uns das gelingt, werden wir auch fähig sein, richtig zu handeln.

Die Fotos stammen aus **Don McCullin, Hearts of Darkness, New York: Alfred A. Knopf, 1981.**
Die originalen Bildlegenden lauten:
Vietnam: „Vietnamese civilian injured by American hand grenades, Huė, 1969"
Biafra: „Crippled and maimed soldiers waiting for food handouts at a Catholic mission, 1969"
Nordirland: „Men of the Snatch Squad with their prisoner, Londonderry, 1970"
Nordirland: „Down-and-out sleeping in the rain and waiting for death (which came), 1973"
Libanon: „Hysterical Palestinians surrendering to Christian gunmen in Karantina, Beirut, 1976"

Zwischen den Weltkriegen

Fortsetzung von Seite 28

wisten wissen es, und mit uns wissen es alle Bolschewisten der ganzen Welt, daß unsere eigentliche Aufgabe erst beginnen wird, sobald die zweite Etappe dieses Krieges zum Abschluß gelangt ist. Dann wird für uns die dritte, die Etappe der Vernichtung des Kapitals, beginnen. Wir müssen diese dritte Etappe bereits sichern und müssen schon jetzt Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, daß das Weltkapital dieses unser Endziel vorzeitig erkennt...Unser einziges Ziel ist und bleibt die Weltrevolution, die Diktatur des Proletariats in der ganzen Welt...Wir haben Bündnisse geschlossen, weil dies nötig war, um zur dritten Etappe zu gelangen. Doch unsere Wege trennen sich dort, wo unsere jetzigen Verbündeten der Erreichung unseres Endziels im Wege stehen werden."(31)

Warum die Nazi-Pläne scheitern mußten

Betrachtet man die Anti-Hitler-Koalition rückblickend, mit dem Wissen, daß sie sofort nach Beendigung des Krieges auseinanderbrach und in die Konfrontation des Kalten Krieges mündete, wobei sich der gemeinsame Weltkriegsgegner Deutschland in der alliierten Koalition wiederfand, dann drängt sich die Frage auf, weshalb die Nazi-Pläne nicht klappten, nicht klappen konnten. Der wesentliche Grund scheint bei eingehender Betrachtung in den unterschiedlichen Interessen der hauptsächlichen imperialistischen Mächte Deutschland, Großbritannien und USA zu liegen.

Das strategische Ziel Deutschlands lag von Anfang an im Osten, die Invasionen im Westen und Norden waren kriegsbedingt. Bei der kolonialen Aufteilung der Welt zu kurz gekommen und beim ersten Anlauf um eine Neuaufteilung der Welt, im 1. Weltkrieg, zurückgeschlagen und auch ohne Chance, mit England in Konkurrenz auf den Weltmeeren zu treten, konzentrierte sich das deutsche Interesse darauf, sich ein Kolonialreich in der Tiefe des europäischen Kontinents zu schaffen. Ausgangspunkt war dabei die Überlegung, daß Großmachtpolitik ohne festes Kolonialreich nicht machbar sei (eine Auffassung, die bis auf die USA alle imperialistischen Staaten teilten). In Widerspruch gerieten diese Pläne unmittelbar mit der zweiten Kontinentalmacht, Frankreich, nicht aber notwendigerweise *direkt* mit

Pläne unmittelbar mit der zweiten Kontinentalmacht, Frankreich, nicht aber notwendigerweise *direkt* mit

Großbritannien. Dessen Interesse lag vor allem im Zusammenhalt des geschaffenen Empire, wobei Deutschland kein ernsthafter Gegner war und werden konnte. In der europäischen Kontinentalpolitik basierte die britische Politik im wesentlichen auf dem Bündnis mit Frankreich, das schon im 1. Weltkrieg der „kontinentale Degen" Englands gewesen war. Die USA wiederum verfolgten Interessen, die im grundsätzlichen Widerspruch zu allen anderen imperialistischen Mächten lagen. Ihnen ging es um die Auflösung der alten Kolonialstrukturen und die Ersetzung durch ein System, das später mit dem Begriff des Neokolonialismus belegt wurde. Die wesentlichen Forderungen der USA waren: freier Kapitalfluß und freier Handel in allen Ländern der Welt. In diesem Sinne gingen schon bald nach Kriegsbeginn von ihr Initiativen für die Vereinten Nationen aus, wurde die Konferenz von Bretton Woods vorbereitet. Und auch die Atlantik-Charta, in der einerseits das Kriegsbündnis mit England begründet wurde, war andererseits die Manifestierung us-amerikanischer Interessen, weil mit der Unterzeichnung England verpflichtet wurde, von der alten Kolonialpolitik Abstand zu nehmen.

Sicherlich war aus der Sicht der gesamten kapitalistischen Welt das Kriegsziel Deutschlands, die Vernichtung der SU, eine reizvolle Perspektive (was auch vielerorts nachlesbar ist), aber die kalkulierbaren Nachteile überwogen denn doch die möglichen Vorteile. Die deutsche Nazipolitik war auf Totalitarismus eingestellt, auf die totale Beherrschung des gesamten europäischen Ostens und des asiatischen Teils des Kontinents. Die Unterwerfung der SU mußte zwangsläufig die Unterwerfung weiterer Länder mit sich bringen, mindestens der direkten Aufmarschgebiete Polen, Ungarn, Rumänien. Im Verein mit den anderen Achsenmächten, Italien und Japan, hätte dieser Block damit einen großen Teil des Erdballs beherrscht, der noch weit über dieses Gebiet hinausgegangen wäre. Schließlich hätte dies geheißen, daß angesichts des totalitären Anspruchs der Nazis diese Teile der Welt dem gesamten anderen imperialistischen Block vollständig entzogen worden wären.

Dies ist der Ausgangspunkt für die Anti-Hitler-Koalition. Die Westalliierten konnten und wollten es sich nicht leisten, Deutschland sich sein Kolonialreich zusammenrauben zu lassen und waren andererseits auf die Koalition mit der UdSSR angewiesen, weil ein Kriegsgewinn gegen die Achsenmächte *allein* nicht sicher war. Daß die Entscheidung für *dieses* Kriegsbündnis schon sehr früh getroffen worden ist, findet seine Bestätigung gerade auch darin, daß unmittelbar nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion die Beistandserklärungen aus Großbritannien und den USA folgten. Ohne Zweifel gab es dabei auch die Überlegung, der Sowjetunion die Hauptlast des Krieges gegen Deutschland aufzulasten, aber Tatsache bleibt, daß sich die Kriegsziele der Westalliierten zu diesem Zeitpunkt in der Hauptsache gegen Deutschland und nicht gegen die Sowjetunion richteten.

Auf diese Weise enstand mit der Anti-Hitler-Koalition ein *Zweckbündnis,* dessen Charakter man wie folgt beschreiben kann: 1. Es war *nur* ein Zweckbündnis mit dem Sieg über die Achsenmächte als tendenziellen Endpunkt. 2. Die Konkurrenz unter den Beteiligten der Koalition wurde während des Kriegsverlaufs untergeordnet.

Die Koalition zerbrach *zwangsläufig* am Ausgangspunkt ihres Entstehens. War zwar einerseits die Niederwerfung Deutschlands ein gemeinsames Ziel, so traten nach der Erreichung dieses Ziels die konkurrierenden Interessen über die *Nachkriegsordnung* in den Vordergrund. Und in dieser Hinsicht waren die Pläne der Nazis über die Zukunft Europas den Plänen der Westalliierten weitaus ähnlicher als den Vorstellungen der Sowjetunion.

Werden heute Betrachtungen über die Europa-Pläne der Nazis angestellt und diese in, berechtigte, Verbindung mit den Plänen der NATO gebracht, so stellt sich zwangsläufig die Frage, weshalb die Westalliierten nicht schon im 2. Weltkrieg die Koalition mit den Nazis eingingen und stattdessen die Koalition mit der SU vorzogen. Darauf gibt es nur eine Antwort: Die Nazis verfolgten eine Politik des totalitären Machtanspruchs, der auch für die anderen imperialistischen Mächte wenig Spielraum geboten hätte.

Dieses Manko ist mit dem Aufbau der vereinigten imperialistischen Macht, der NATO, zumindest tendenziell aufgehoben worden.

Anmerkungen

Anmerkungen

(1) Joachim Fest, FAZ, 20.4. 85
(2) Goebbels am 18.2. 43, kurz nach der deutschen Kapitulation in Stalingrad, in seiner „Wollt-ihr-den-totalen-Krieg"-Rede im Berliner Sportpalast.
(3) ausführlich dazu in AK 250
(4) ausführlich dazu in AK 256
(5) Churchill-Roosevelt-Stalin, Princeton 1957, S.7-8
(6) vgl. dazu AK 255, S.17 und Anm. 68. Die Hilfslieferungen an die Sowjetunion waren vor allem in der Anfangszeit sehr gering und blieben deutlich hinter den Zusagen zurück. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die amerikanische Kriegsproduktion 1941 noch längst nicht auf vollen Touren lief, so daß die Frage der Prioritäten sich scharf stellte.
(7) Die Schätzungen der führenden britischen und amerikanischen Militärs über die Widerstandskraft der Roten Armee lagen anfangs zwischen 3-4 Wochen und 3 Monaten. Mitte Juli 1941 rechnete der britische Generalstab damit, daß die deutschen Truppen Ende August/Anfang September den Kaukasus erreichen würden, und Churchill erklärte noch Anfang November 1941, er sehe keine Chance, die Deutschen an der Einnahme der Erdölfelder von Baku zu hindern.(vgl. auch AK 255, S.18. Anm.25).
(8) 38 Divisionen in Frankreich, 7 in Norwegen, 1 in Dänemark. 7 auf dem Balkan.
(9) Churchill,Bd. 3, S. 342 f. Stalin schrieb dazu : „I fully realise the difficulties involved in the establishment of such a front. I believe however that in spite of the difficulties it should be formed, not only in the interests of our common cause, but also in the interests of Great Britain herself. This is the most propitious moment for the establishment of such a front, because now Hitler's forces are diverted to the East and he has not yet the chance to consolidate the position occupied by him in the East." Stalin konnte sich auch den Hinweis nicht verkneifen, „that the position of the German forces would have been many times more favourable", wenn die Sowjetunion nicht 1939/40 diverse Grenzverschiebungen zu ihren Gunsten herbeigeführt hätte.
(10) Churchill,Bd.3, S.405 f. Stalin mahnte, daß die Lage an der sowjetischen Front sich verschlechtert habe, da die Deutschen 30 - 34 frische Divisionen und riesige Mengen Kriegsmaterial zusätzlich an die Front gebracht hätten. „Germans consider danger in the West a bluff, and are transfering all their forces to the East with impunity, being convinced that no second front exists in the West, and that none will exist. Germans consider it quite possible to smash their enemies singly: first Russia, then the English." Dagegen gebe es nur einen Ausweg : Errichtung einer zweiten Front noch in 1941, sowie beschleunigte, umfangreiche materielle Hilfe an die SU. „Without these two forms of help the Soviet Union will either suffer defeat or be weakened to such an extent that it will loose for a long period any capacity to render assistance to its Allies...".
(11) Churchill, Bd.3, S.407 f.
(12) Der Iran war Ende August 1941 von britischen und sowjetischen Truppen besetzt worden, um die Erdölfelder zu schützen und einen südlichen Verbindungsweg zur Sowjetunion herzustellen. Das iranische Regime hatte bis zum Einmarsch der Alliierten stark mit Nazi-Deutschland sympathisiert und mehrere ultimative Aufforderungen zur Ausweisung der deutschen Agenten ignoriert.
(13) Churchill, Bd.3, S. 411
(14) Nach der französischen Kapitulation im Juni 1940 blieb ein großer Teil Frankreichs von deutschen Truppen besetzt, während in der anderen Landeshälfte eine weitgehend von Deutschland abhängige Regierung gebildet wurde (Vichy). Diese Regierung übte in den französischen Kolonien die Macht aus; deutsche Truppen gab es dort bis zur alliierten Landung in Nordfrankreich nicht.
(15) Churchill und Roosevelt an Stalin, 26.1. 43 : Churchill,Bd.4, S.664 - 666. Churchill an Stalin, 9.2. 43 : Churchill, Bd.4, S.666 f.
(16) Stalin an Churchill, 16.2. 43 : Churchill, Bd.4, S.667 f.
(17) Churchill an Gen. Ismay, 2.4. 43 : Churchill, Bd.4, S.838 - 840
(18) 3.Washington-Konferenz; 12.5. - 25.5. 43
(19) Nach sowjetischen Angaben befanden sich vom 22.6.41 bis Anfang 1943 rund 70% der deutschen Divisionen an der ‚Ostfront' und maximal 2% an anderen Fronten. Anfang 1944 sollen es rund 6% an anderen Fronten (Italien) und 63% an der sowjetischen Front gewesen sein. Am 1.7.44 (nach Beginn der Landung in Frankreich) immer noch 52% im Osten und 29% an anderen Fronten.
(20) Churchill an Außenminister Eden am 8.1. 42. zit. nach Churchill, Bd.3, S.616.
(21) Churchill, Bd.2, S.6.
(22) Der britische Botschafter in Moskau, Cripps, berichtete am 6.12.41 aufgrund eines Gesprächs mit Sikorski an Außenminister Eden : „...When he (Sikorski) first mentioned the question of the withdrawal of Polish forces to some country outside Russia, Stalin interpreted this as a conspiracy between the United States, Poland and ourselves and told the General (Sikorski) that all the world would laugh at him (Stalin) if such things were to happen." (zit. nach „The Great Powers and the Polish Question 1941 - 45, S.95). Bereits am 1.9.41 hatte Sikorski ähnliche Absichten dem Kommandeur der polnischen Streitkräfte in derSU, General Anders, mitgeteilt: „The most appropriate target for the operations of our troops is, in my view, in the direction of the Caucasus and Iran..."(ebenda, S.90). Dort gab es allerdings weit und breit keine Kriegsfront.
(23) Genauer gesagt : die erste befreite Stadt in dem Teil Polens, der 1939 von den Deutschen besetzt worden war. Die Vorkriegsgrenze Polens hatten sowjetische Truppen schon im Januar 1944 erstmals überschritten.
(24) Stalin antwortete am 22.8.44 auf einen gemeinsamen Appell Roosevelts und Churchills vom 20.8.: „Früher oder später wird die Wahrheit über die Verbrecherbande, die das Warschauer Abenteuer anzettelte, um die Macht an sich zu reißen, allen bekannt werden. Diese Leute haben das Vertrauen der Warschauer
anzettelte, um die Macht an sich zu reißen, allen bekannt werden. Diese Leute haben das Vertrauen der Warschauer
ausgenutzt und viele nahezu unbewaffnete Menschen den deutschen Geschützen, Panzern und Flugzeugen ausgeliefert. Es ist eine Lage entstanden, bei der jeder neue Tag nicht den Polen für die Befreiung Warschaus, sondern den Hitlerfaschisten nutzt, die in unmenschlicher Weise die Einwohner Warschaus ausrotten." (zit. nach Churchill, Bd.VI, S.120).
(25) Beispielsweise zitierte der „Völkische Beobachter" am 6.9.44 unter der Überschrift „Klagen und Anklagen zum Todeskampf Warschaus" Stimmen aus der britischen Presse und von polnischen Vertretern sowie die sowjetische Gegenposition. Kommentar des VB: „So klagen sie einander an und beschuldigen sich, während in Warschau das Blut der irregeführten Polen nutzlos fließt und die alte Hauptstadt Polens in Trümmer geht...Es ist das alte Bild: Während sich die Großen streiten, geht Polen vor die Hunde...Die kleinen Völker, die auf die Hilfe und die Versprechungen ihrer ‚Beschützer' vertraut haben, sehen sich in der Stunde der Not verraten und verkauft." Zum Schluß darf der Hinweis wieder nicht fehlen, „daß Churchill und Roosevelt Europa dem Kreml in Teheran überantwortet haben".
(26) Tagespresse, 29.6.41.
(27) ADAP, Serie E, Bd.VI, Nr.236.
(28) ADAP, Serie E, Bd.VII, Nr.85
(29) ADAP, Serie E, Bd.VII, Nr.182.
(30) Aus Goebbels' Tagebüchern : „Die Auffindung von 12.000 von der GPU ermordeten polnischen Offizieren wird nun in größtem Stil in der antibolschewistischen Propaganda eingesetzt...Wir werden davon einige Wochen leben können." (14.4.43) „Die ganze Frage Katyn wird zu einer riesengroßen politischen Angelegenheit, die unter Umständen noch bedeutende Wellen werfen wird. Wir schlachten sie deshalb auch nach allen Regeln der Kunst aus."(17.4.43). Die ganze Welt sei sich einig, „daß der Bruch (zwischen der SU und der polnischen Exilregierung) als ein totaler Erfolg der deutschen Propaganda, insbesondere meiner Person, anzusehen sei...In London ist man über diesen Erfolg der deutschen Propaganda auf das äußerste bestürzt. Man sieht jetzt mit einem Male Risse im alliierten Lager, die man vorher nicht wahrhaben wollte." (28.4. 43) „Der Fall Katyn hat dem Führer außerordentlich imponiert. Er hat auch daran wieder erkannt, welche ungeheuren Möglichkeiten heute noch in der antibolschewistischen Propaganda liegen."(10.5.43) Weniger bekannt als Katyn ist, daß die NS-Propaganda aufgrund des großen Erfolgs Anfang Juli 1943 eine Wiederholung versuchte : diesmal mit Massengräbern an der Stadt Winniza, angeblich mehrere Tausend ukrainische Opfer der GPU aus den Jahren 1938 - 41.
(31) Archiv der Gegenwart, 8.8. 43.

Die Südflanke der NATO Teil II

Portugal: »Der gesicherte Hinterhof«

Während des 2. Weltkrieges hatte sich eine portugisische Fremdenlegion am Rußlandfeldzug beteiligt. Dann wurde Portugal zu einer ‚kollaborierenden Neutralität' mit den Aliierten gezwungen. 1943 mußte Portugal die auf den Azoren gelegenen Stützpunkte Lajes und Santa Maria für die USA öffnen, um den Nachschub mit Kriegsmaterial an die europäische Kriegsfront besser zu gewährleisten. Seither haben die USA die Azorenstützpunkte behalten (1).

Portugal gehörte 1949 zu den Gründungsmitgliedern der NATO. Der Versuch der damaligen Militärdiktatur unter Salazar, auf diesem Wege den Besitzstand der portugiesischen Kolonien zu sichern, schlug allerdings fehl. Sowohl die von Portugal angestrebte Ausweitung der NATO über den Wendekreis des Krebses nach Süden hinaus, als auch die direkte militärische Unterstützung der NATO in den portugiesischen Kolonialkriegen (von 1961 bis 1974) scheiterte ebenso wie ähnliche Versuche der Briten und Franzosen (vor allem bei der Suez-Krise 1956) am Veto der USA, die ihre eigenen Interessen mit Hilfe der ‚Unabhängigkeit' der ehemaligen Kolonien verfolgten. Am 25. April 1974 brach nach dem Militärputsch der ,,Nelkenrevolution'' das alte portugiesische Kolonialreich endgültig zusammen. Auf die revolutionäre ,,Bewegung der Streitkräfte'' reagierte die NATO mit massivem Druck und andererseits mit der Unterstützung der 1973 in Bad Münstereifel gegründeten PS von Mario Soares. Bereits ein Jahr später hatte die Soares- Partei bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung 40% der Stimmen erobert.

te portugiesische Kolonialreich endgültig zusammen. Auf die revolutionäre ,,Bewegung der Streitkräfte'' reagierte die NATO mit massivem Druck und andererseits mit der Unterstützung der 1973 in Bad Münstereifel gegründeten PS von Mario Soares. Bereits ein Jahr später hatte die Soares- Partei bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung 40% der Stimmen erobert.

Bis heute ist die PS stärkste Partei in Portugal geblieben. Inzwischen steht Portugal bei seinen imperialistischen Partnern mit über 14 Mrd. Dollar in der Kreide, das sind immerhin 70% des portugiesischen Bruttosozialproduktes. (2)

Versorgungsbasis der NATO

Zur militärstrategischen Bedeutung schreibt Adelbert Weinstein in der ,,Frankfurter Allgemeinen'': *,,Portugal ist der gesicherte Hinterhof der kontinentalen NATO. Es bietet sich als Versorgungsbasis des ganzen Paktsystems an. Es greift mit der Inselgruppe der Azoren weit in den Atlantik hinein. Damit ist das Land der nächste europäische Nachbar Amerikas. (...) Der den Vereinigten Staaten zur Verfügung gestellte Luftstützpunkt Lajes auf der Azoreninsel Terceira ist für die amerikanische Luftwaffe ein Pfeiler, über den sich eine Luftbrücke nach Europa schlagen läßt. Lajes ist aber auch eine strategische Drehscheibe, die die Regierung Reagan für ihren Aufmarsch im Persischen Golf braucht. Zu den weiter südlich gelegenen Kapverdischen Inseln pflegt Lissabon gute Beziehungen. Es könnte hier vermitteln, wenn Washington seine Stützpunktkette in den südlichen Atlantik ausdehnen wollte.''* (3)

Auf der Azoren-Insel Santa Maria liegt außerdem ein U-Boot-Abwehrzentrum mit Sonarsystem, an dem u.a. auch die BRD beteiligt ist. Die USA haben sowohl Nutzungs- als auch Stationierungsrechte auf den Azoren. Die Bedeutung ist bereits in vergangen Zeiten unter Beweis gestellt worden: *,,Der über Lajes Field Air Base laufenden amerikanischen Luftbrücke verdankte Israel im Yom-Kippur-Krieg 1973 die Fähigkeit, durch offensives Vorgehen eine Wende im Kriegsverlauf zu erzwingen.''* (4)

Im Dezember 1983 konnten die USA das ‚Abkommen über die Benutzung der Azoren' bis 1991 verlängern. Portugal erhielt als ‚Gegenleistung' Finanz- und Militärhilfe von 665 Mio. Dollar für die ersten vier Jahre, davon 400 Mio. als Bezahlung und 255 Mio. Dollar als Kredit, der für den Kauf von Rüstungsgütern in den USA vorgesehen ist. (5) Geplant ist der Ausbau von Lajes mit einer zweiten Piste und der Ausbau des Seehafens für größere Kriegsschiffe. Gleichzeitig suchen die USA nach Alternativflugplätzen und Seehäfen zum Transport und für die Versorgung der schnellen Eingreiftruppe. Frankreich unterhält auf dem südlich gelegenen portugiesischen Madeira-Archipel einen Luftstützpunkt und auf der Azoreninsel Flores zwei Beobachtungsstationen. Hier bemühen sich beide um gemeinsame ‚Abstimmung'. Einen weiteren Alternativflugplatz sehen die USA in dem BRD-Stützpunkt Beja im Alentejo, wo die Bundeswehr Piloten im Tiefflug ausbildet (6). Anfang Februar war hier von der Gruppe FP-25 ein Anschlag verübt, nachdem sie wenige Tage vor-

punkt und auf der Azoreninsel Flores zwei Beobachtungsstationen. Hier bemühen sich beide um gemeinsame ‚Abstimmung'. Einen weiteren Alternativflugplatz sehen die USA in dem BRD-Stützpunkt Beja im Alentejo, wo die Bundeswehr Piloten im Tiefflug ausbildet (6). Anfang Februar war hier von der Gruppe FP-25 ein Anschlag verübt, nachdem sie wenige Tage vor-

her vergeblich NATO-Kriegsschiffe im Hafen von Lissabon zu bombardieren versucht hatte.

Die NATO hat mit hohen Kosten die Flugplätze für Seeaufklärer in Espinho bei Porto und Porto Santo auf Madeira ausgebaut. Auch der Luftstützpunkt Montijo wird für ‚maritime Aufklärungsaufgaben' genutzt. An der Küste von Caprarica hat die NATO große Munitions- und Treibstofflager anlegen lassen; hier liegen auch die Sende- und Empfangsstationen für das IBERLANT-Hauptquartier der NATO (7).

Im März 1982 hat Portugal einen Vertrag über militärische Zusammenarbeit mit Italien abgeschlossen, im November folgte ein ‚rüstungswirtschaftliches Kooperationsabkommen' mit der BRD. Die BRD hat 1984 45 Mio. Mark ‚Verteidigungshilfen' an Portugal gezahlt — 80% sollen für Neumaterial, 20% für ‚Überschußmaterial' der Bundeswehr ausgegeben werden (8)

Anmerkungen:

(1) Alvar des Vasconelos: Die NATO-Mitgliedschaft Spaniens und die Verteidigung Portugals; in: Europa-Archiv, 23/82, S. 705 ff
(2) Thomas Fischer, Portugal — 10 Jahre nach der ‚Nelkenrevolution'; in: Blätter, 3/84, S. 354 ff.
(3) FAZ, 6.4.81
(4) Europäische Wehrkunde, 8/77, S.394
(5) FR, 14.12.83
(6) Welt, 27.7.83
(7) EWk, 8/77
(8) Wehrdienst, 913/83

Land / Jahr	Inlandsprodukt pro Kopf 1979	1984	Wehrausgaben pro Kopf 79	84	Militärpersonal (in 1000) 79	84	Anteil der Streitkräfte in % der Arbeitskräfte 79	84
Türkei	1114	1163	58	55	698	815	4.3	4.5
Griechenland	3919	3889	246	264	187	177	6.4	5.1
Italien	5974	6164	150	172	491	507	2.4	2.4
Portugal	2181	2248	75	75	81	94	2.2	2.3
Frankreich	9774	10151	386	413	578	571	3.1	3.1
BRD (zum Vergleich)	10665	11147	359	381	492	495	2.5	2.4
NATO Europa (ohne Spanien)	7548	7738	274	296	3139	3277	2.8	2.8
USA	13505	14124	738	979	2050	2269	2.8	2.9
NATO total	10093	10495	455	568	5268	5629	2.8	2.8

(aus: Europäische Wehrkunde/WWR 2/85)

Spanien und die NATO: »Ein außerordentlich kühnes Programm«

1953 wurde das Franco-Spanien durch ein Stützpunktabkommen stärker in das westliche Militärsystem integriert. Gegen eine NATO-Mitgliedschaft waren aber die Bedenken der Niederlande, Großbritanniens, Dänemarks und Norwegens zu groß. Das Stützpunktabkommen von 1953 erlaubte den USA die Einrichtung von vier Stützpunkten und die Stationierung von 10.000 GI's. Gleich 1976 wurde ein ‚Freundschafts- und Zusammenarbeitsvertrag' abgeschlossen, der ,,Übergangsbestimmungen zur Vorbereitung einer angemessenen Rolle Spaniens in der NATO'' enthielt (1). Am 30.5.1982 wurde Spanien 16. Mitglied der NATO, allerdings hat Spanien die militärische Integration bis heute nicht vollzogen; nach wie vor ist die Mehrheit in Spanien gegen die NATO. Mit dem EG-Beitritt 1986 will die Gonzales-Regierung die Integration in die NATO weiter vorantreiben. Inzwischen sind auch Verhandlungen mit Großbritannien zur Lösung des Streits um den Besitz Gibraltars aufgenommen worden. Portugal sträubt sich allerdings gegen einen spanischen NATO-Oberbefehlshaber auf der iberischen Halbinsel.

Die „vorgeschobenen Stationen" Gran Canaria, Mallorca und Ibiza

Spanien hat in mehrfacher Hinsicht militärstrategische Bedeutung für die NATO:
1. *,,Für die Sicherung der Südflanke*

Die „vorgeschobenen Stationen" Gran Canaria, Mallorca und Ibiza

Spanien hat in mehrfacher Hinsicht militärstrategische Bedeutung für die NATO:
1. ,,Für die Sicherung der Südflanke

Europas sind die Balearen auf Grund ihrer dominierenden Rolle im westlichen Mittelmeer von ausschlaggebender Bedeutung. Die Balearen bilden einen vom Lande her ständig vorgeschobenen Posten zur Kontrolle des westlichen Mittelmeers sowie des Zugangs zu Gibraltar und Nordafrika. (...) Der Besitz der Balearen ist in einem Krieg besonders wichtig, da (...) diese Inseln auch zentral — für die Kontrolle günstig im westlichen Teil dieses Raumes liegen. Im Kriegsfall müßte die NATO bzw. die 6. US-Flotte ihre Schiffe durch Luftstreitkräfte unterstützen können. Das ist von dieser Inselgruppe mit seinen Flugplätzen auf Ibiza, Menorca und Mallorca möglich, wobei durch diese ‚vorgeschobene Stationierung' Vorteile erreicht werden, die sonst nur durch teure und gefährdete Flugzeugträger und bei geringerer Kapazität erreicht werden: Präsenz, kürzere An- und Abflugswege und längere Zeiten im Seegebiet.'' (2)
2. Die Straße von Gibraltar kontrolliert den westlichen Zugang zum Mittelmeer. Der Konflikt zwischen Spanien und Großbritannien, das den Stützpunkt seit 1704 in Besitz hält, schmälert dessen Rolle gewaltig. Von 1968 bis 1982 war die Grenze zu diesem 5,5 qkm großen Felsen vollständig geschlossen, seither nur für Spanier geöffnet gewesen, inzwischen aber wieder frei passierbar (seit Februar 1985). Die Briten berufen sich (wie bei den Malvinen) auf das ,,Selbstbestimmungsrecht'' der Bevölkerung des Felsens. (3)
3. Auf der anderen Seite, an der afrikanischen Küste liegen die spanischen Brückenköpfe in Marokko, die Enklaven Ceuta und Melilla, die im 15.Jahrhundert von Spanien annektiert worden waren. Während Marokko, das seit 1912 unter ,,spanischer Schutzherrschaft'' stand, 1956 in die ‚Unabhängigkeit' entlassen wurde, wurden Ceuta und Melilla zu spanischen Garnisionsstädten ausgebaut. Nach politischen Spannungen schloß man einen politischen Deal: Spanien rückte von der Forderung nach Selbstbestimmung der Polisario ab, während sich Marokko von weiterem Druck gegenüber Spanien in der Stützpunktfrage zurückhielt. (4) Trotzdem gestehen auch NATO-Kreise ein: *,,Spanien wird auch nach Eintritt in die NATO seinen Hauptfeind nicht im Warschauer Pakt sehen. ... Unmittelbare Gefahr sehen die Spanier nur aus dem Süden.''* (5)
4. Hinsichtlich der Kanarischen Inseln im Atlantik werden vier Punkte hervorgehoben: *,,a. passieren die Hauptverbindungslinien der Rohstoffversorgung für Mittel- und Nordeuropa die Kanarischen Inseln; b. spielen die Kanarischen Inseln eine wichtige Rolle innerhalb der europäischen See- und Luftwege zur Karibik und nach Südamerika; c. verlaufen wichtige Funk- und Nachrichtenverbindungen über die Inseln und d. können sie als Plattform für Luftstreitkräfte dienen, dies insbesondere im Hinblick auf den afrikanischen Kontinent, aber auch für die Kontrolle des Südatlantiks. Sie besitzen zwei militärisch nutzbare Häfen und zwei internationale Flughäfen.''* (6) Weil Spanien aber die Nahost-Politik der USA kritisiert, — Spanien unterhält als einziges NATO-Land keine diplomatischen Beziehungen zu Israel — bleiben diese den USA verschlossen. (7)

Vom NATO-Beitritt erhofft man sich:
— *,,Herstellung einer Landbrücke nach Portugal;*
— *erhöhte Kontrollmöglichkeiten der Seewege im Südatlantik und im Mittelmeer;*
— *verstärkte maritime Präsenz in diesen Meeren und Möglichkeit der Entlastung der US-Flotte;*
— *Umschlagplatz für Verstärkungen aus den USA, logistische Basen;*
— *Stärkung der konventionellen Kampfkraft der NATO.''* (8)

— erhöhte Kontrollmöglichkeiten der Seewege im Südatlantik und im Mittelmeer;
— verstärkte maritime Präsenz in diesen Meeren und Möglichkeit der Entlastung der US-Flotte;
— Umschlagplatz für Verstärkungen aus den USA, logistische Basen;
— Stärkung der konventionellen Kampfkraft der NATO.'' (8)

die US-Basen in Spanien

Neben den vier großen Basen unterhalten die USA 16 weitere bedeutende Einrichtungen in Spanien: Unterstützungsbasen, Raumstationen, Observationsstationen und ein Netz von Alarmdiensten, Kommunikations- und Verbindungsstationen. Der strategisch wichtigste der drei Luftstützpunkte liegt bei Torrejon de Ardoz (20 km östlich von Madrid). Er besitzt die längste Landepiste Europas:
— *,,Auf ihm ist der Stab der 16. US-Air Force stationiert, die für den Einsatz und die Versorgung aller amerikanischen Fliegerverbände im Mittelmeerraum zuständig ist.*
— *Er dient als permanenter Stützpunkt der Staffeln des taktischen Bombergeschwaders 401 mit Flugzeugen vom Typ F-4 (Phantom).*
— *Er unterhält mehrere strategische Tankerflugzeuge vom Typ KC 135, die aus der Luft die Bomber des Strategic Air Command (SAC) versorgen wie auch andere Flugzeuge, insbesondere die Transportflugzeuge vom Typ C-130; letztere leisten logistische Unterstützung für den SACEUR und operieren im Konfliktfall von Torrejon aus.*
— *Der Flugplatz beherbergt ein Material- und Reservedepot für den Kriegsfall, das nukleare Munition einschließt.*
— *Die Einrichtungen des Kommandos des westlichen Mittelmeers befinden sich auf dem Stützpunkt.''* (9)

Der Luftstützpunkt Moron de la Frotera dient als ‚Versorgungsstation' u.a. für die Bomber der 6. US-Flotte. Vor allem als Übungsplatz für taktische Jagdbomber wird der Luftstützpunkt bei Zaragoza genutzt. Hier liegt ebenfalls ein größeres Reservedepot für den Kriegsfall. In der Nähe Zaragozas liegt der ‚Bombenabwurfplatz' ‚Las Bardenas', der einzige der US-Air-Force in Europa, der außerdem gleich von der französischen und bundesdeutschen Luftwaffe mitgenutzt wird.

Der Flottenstützpunkt Rota dient als Operationsbasis für die Seeaufklärung, zur U-Boot-Abwehr und ist mit Aufklärungsflugzeugen großer Reichweite ausgerüstet. Er bietet also vor allem logistische und andere Unterstützungsmöglichkeiten für die Kriegsflotte und die Flugzeugträger. Der Vorteil der Stützpunkte in Spanien liegt einerseits *,,in ihrer Entfernung von den erwarteten Kampfzonen und andererseits in der Tatsache, daß sie zunächst von einem sowjetischen Luft- oder Landangriff kaum bedroht sind. Daher, sowie auf Grund der Notwendigkeit der Amerikaner, die Luftüberlegenheit in der Kampfzone in möglichst kurzer Zeit zu gewinnen, läßt sich vorhersagen, daß die spanische Halbinsel und ihre Inseln zu einer wahren Plattform für Flugzeuge, Transport und Luftunterstützung werden würde.''* (11) Bei Interventionen im Nahen Osten und Nordafrika kommt dem Flottenstützpunkt Rota entscheidende Unterstützungsfunktion zu. Rota gilt ebenfalls als strategischer Punkt für die US-Atomkriegspläne. Im Konfliktfall sollen amerikanische Atomwaffen hierher transportiert werden. Atombomber vom Typ B-57 sollen von Spanien aus atomare Angriffsoperationen starten. (12)

Einen Monat nach dem spanischen NATO-Beitritt wurde der amerikanisch-spanische Vertrag über ,,Verteidigung und Zusammenarbeit'' um fünf Jahre verlängert. Seit 1982 zählt Spanien zu den sieben ,,militärisch besonders zu fördernden Staaten''. Die Militärkredite wurden auf 400 Mio. Dollar jährlich fast verdoppelt; finanziert werden soll damit hauptsächlich die ‚Modernisierung' der spanischen Flotte. In dem verlängerten Vertrag *,,behält Spanien sich das Recht vor, zu entscheiden, ob diese Basen für Zwischenlandungen amerikanischer Truppen im Nahen Osten verwendet werden können.''* (13) Das ist ein in Spanien öffentlichkeitswirksamer Passus, der sich im Ernstfall als Fetzen Papier erweisen dürfte.

Modernisierung der spanischen Truppe

Für die NATO liegt das Hauptinteresse bei der spanischen Flotte, die Erneuerung der Armee weiter voran und steigert den Rüstungsetat um (real) mehr als 4% pro Jahr. Das 'Modernisierungsprogramm' für die Landstreitkräfte (META) und das Nationale Verteidigungsgesetz wurden verabschiedet. Darin sind vorgesehen:
— *,,Reduzierung des Heeresumfangs um 90.000 Mann bis auf 150.000. die 1990 erreicht werden.*
— *Verminderung der Offiziersposten um 25%.*
— *Verkürzung des Wehrdienstes von 18 auf 12 Monate.*

sprogramm' für die Landstreitkräfte (META) und das Nationale Verteidigungsgesetz wurden verabschiedet. Darin sind vorgesehen:
— ,,Reduzierung des Heeresumfangs um 90.000 Mann bis auf 150.000. die 1990 erreicht werden.
— Verminderung der Offiziersposten um 25%.
— Verkürzung des Wehrdienstes von 18 auf 12 Monate.

— *Verringerung der Militärbezirke von 9 auf 6.*
— *Einführung eines flexibleren Beförderungssystems, das Leistung den Vorrang vor Ancienität* (Alter — Anm. AK) *einräumt.''* (14)

Das personalmäßig für den Einsatz nach innen aufgeblähte Franco-Heer soll zugunsten der Modernisierung der Waffen entschlackt werden, der Personalabbau und die Umstruktierung soll die Putschisten schrittweise kaltstellen und NATO-treue Generäle einsetzen. Mit der Heeresreform werden die bislang in jeder Militärregion stationierten *,,Territorialverteidigungseinheiten''* (DOT) verschwinden, *,,deren übers ganze Land gelegte Netzstruktur in gleicher Weise wie die hohe Offizierszahl und Soldatenstärke mehr mit der internen Kontrolle über Staat und Bevölkerung als mit primärer Verteidigung gegen einen äußeren Angriff zu tun hatte,''* so das Urteil der NATO-Militärs (15). *,,Ein außerordentlich kühnes Programm, aber gut ausbalanciert''*, lobt die ‚Europäische Wehrkunde' die Planung der spanischen ‚Sozialisten'. Vorderhand absehbar ist, *,,daß Spanien zu Ende dieses Jahrzehnts ein kleineres aber schlagkräftigeres Heer erhalten soll, das eher seinen operativen Aufgaben (...) gewachsen wäre und weniger den Vergleich mit anderen westeuropäischen Armeen zu scheuen hätte.''* (15) Kein Wunder, wo es doch so viel teurer als die Franco-Armee ist.

Anmerkungen:

(1) Ulrike Borchardt, Spanien und die NATO, Hamburg 1980, S.9
(2) ebenda, S. 13
(3) Heinz Brill, Spanien und die NATO, in: Beiträge zur Konfliktforschung, 2/83, S. 45
(4) ebenda, S. 48
(5) ebenda, S. 50
(6) Borchardt, a. a.O., S.14
(7) Rolf Hallerbach, Scharnier zwischen Atlantik und Mittelmeer, in: Europäische Wehrkunde, 12/84, S.676
(8) Brill, a. a.O., S.60
(9) Borchardt, a. a.O., S.15
(10) ebenda, S.16
(11) ebenda, S.17
(12) taz, 15.1.85
(13) FR, 3.7.82
(14) Hallerbach, a. a.O., S.678
(15) NZZ, 21.4.83

miko, Antimil-Kommission, Göttingen

— SDI und »Krieg der Sterne« —

Fortsetzung von Seite 1

Eine Ankündigung und ihre Folgen

Anläßlich einer Fernseh-Ansprache von US-Präsident Reagan am 23. März 1983 wurde der Öffentlichkeit bekanntgegeben, er habe den Auftrag erteilt, *„die Forschungen zur Entwicklung einer neuen Laser-Abwehrwaffe beschleunigt voranzutreiben" (1).* Mit der aus seinem Munde besonders zynischen Frage, ob es nicht besser sei, „Menschenleben zu retten, als sie zu vernichten", und seinem Aufruf an die „Gemeinschaft der Wissenschaftler, die uns die Kernwaffen gegeben haben, ihre großen Talente der Sache der Menschheit und des Weltfriedens zu widmen; uns die Mittel in die Hand zu geben, um diese Kernwaffen unwirksam und überflüssig zu machen" (2), brachte Reagan Argumente in die Debatte, die heute zur bevorzugten Propaganda der Kalten Krieger und Befürworter von SDI gehören. SDI komme den Wünschen der Friedensbewegung entgegen, die atomare Abschreckung unwirksam zu machen und zu wirklicher Abrüstung zu gelangen. Und sollten die Russen dazu nicht bereit sein oder womöglich gar einen Krieg beginnen, würden sie dennoch — nach Art des Westens — mit milder Nachsicht behandelt werden: *„Erstrebt wird vielmehr eine noch nicht als human erkannte Verteidigungsmöglichkeit der Industriegesellschaft: Material gegen Material kämpfen zu lassen, in einer unblutigen Materialschlacht"* (3).

Neu war an dem, was Reagan ankündigte, nur diese Art der Präsentation; sachlich gehört der Startschuß zu den Forschungen über weltraumstationierte Laser-Waffen in die Vor-Reagan-Ära und zählte das *„Wunderwaffen-Projekt seit dem ersten Tag der Regierung Reagan zu den Zielen mit besonderer Priorität"* (4). Die USA hatten sich schon seit Jahren *„mit zunehmender Intensität und rasch wachsendem Aufwand Forschungs- und Entwicklungsaufgaben zugewandt, die der wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und militärischen Nutzung von Weltraumstationen dienen und auf die Stationierung von Waffensystemen im Weltraum zielen"* (5). Seit 1977 übersteigen die Ausgaben für militärische Weltraumprojekte die Kosten ziviler Programme.

Nach der spektakulären Präsidialshow wurde SDI mit weiteren Maßnahmen vorangetrieben:

— 25.3.1983: Im National Security Decision Document 85 wird die *„Eliminierung der Bedrohung der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten durch ballistische Raketen zu nationalen Aufgabe"* erklärt.

— 18.4.1983: Zwei Studienprojekte wurden veranlaßt, um die Realisierungschancen von SDI zu ermitteln; im Oktober 1983 empfahlen beide trotz einer „Vielzahl ungelöster technischer Probleme" die Fortsetzung der Arbeiten.

— 6.1.1984: Die Presidential Directive 119 veranlaßt, das Programm bis zu dem Punkt voranzubringen, *„an dem die Entscheidung getroffen werden kann, Entwicklung und Produktion einzuleiten, wenn das für notwendig erachtet wird"* (6).

— April 1985: Ein Bericht des US-Kriegsministeriums an den Kongreß behauptet, *„die amerikanischen Wissenschaftler seien mit ihren Forschungsarbeiten schon so weit vorangeschritten, daß die Kosten, die die Sowjetunion aufwenden müßte, um das Abwehrsystem außer Gefecht zu setzen, weit höher lägen als die Entwicklungs- und Baukosten des Systems für die Amerikaner"* (7).

Gigantische Summen

Über die möglichen Gesamtkosten von SDI wird derzeit spekuliert. Die Schätzungen bewegen sich von 200 Milliarden bis zu 500 Milliarden Dollar; Beschaffungs- und Unterhaltskosten irgendwo zwischen 50 und 300 Mrd. Dollar. Zum Vergleich: Der US-Verteidigungshaushalt für 1984 betrug 240 Mrd. Dollar.

Erheblich exakter sind die Finanzvoranschläge für SDI bis ins Jahr 1989 (24 Mrd. Dollar). Zu diesen Kosten müssen die Ausgaben hinzugerechnet werden, die unter anderen Posten für Raketenabwehrprogramme ausgegeben werden; z.B. Ausgaben für Forschungen an weiteren Energie-Strahlenwaffen, für konventionelle ABM-Waffen, für die Zivilverteidigung und für die Flugzeugabwehr. Inklusive SDI sind für diese Programme 43,5 Mrd. Dollar in der Planung veranschlagt (8).

Für die vergleichsweise geringe Summe von je 1 Mio. Dollar sind 10 Gruppen von Rüstungsunternehmen, darunter Lockheed, Bechtel, Martin Marietta, Rockwell und Mc Donnell Douglas, beauftragt worden, Konzeptstudien zu erstellen, ob und zu welchen Kosten neue Technologien für Abwehrsysteme nutzbar sind (9).

Offensive Gesamtstrategie

Entgegen den Behauptungen Reagans und seiner Getreuen meldete eine Vielzahl von Wissenschaftlern ihre Zweifel daran an, daß der Aufbau eines Abwehrsystems möglich sei, welches militärische und zivile Zentren einigermaßen wirksam schützen könne. Wegen dieser technisch begründeten Zweifel und der noch ungelösten Problematik, das US-amerikanische Territorium gegen U-Boot-stationierte sowjetische Marschflugkörper schützen zu können, gesellten sich ins Lager der SDI-Kritiker auch die früheren Kriegsminister Schlesinger und Brown. Dauerhaft konnte die Reagan-Regierung die Behauptung der Möglichkeit eines umfassenden Schutzes der Bevölkerung nicht aufrechterhalten, jedenfalls nicht ohne Einschränkungen. Nach einem Pentagon-Bericht könnte vielleicht in den frühen 90er Jahren ein Teilsystems stationiert werden, das *„einige empfindliche Ziele insbesondere gegen begrenzte Angriffe verteidigen"* könnte, während ein umfassendes Abwehrsystem kaum *„innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte zu erreichen"* sei (10).

Die weitaus häufigste Kritik aus dem bürgerlichen Lager der USA (an die eine Reihe linkssozialdemokratischer und DKP-naher Kritiker anknüpft) geht denn auch von der technischen Unmöglichkeit, ein umfassendes Abwehr-System zu errichten, aus. Im Kern dreht sich die Kritik um eine mit SDI wachsende Wahrscheinlichkeit eines Erstschlages der USA im Krisenfall, da, so der frühere Sicherheitsberater General a.D. Scowcraft, *„ein Verteidigungssystem gegen Raketen viel wirksamer sei, wenn die Angriffskapazität des potentiellen Gegners zuvor durch einen Erstschlag bereits drastisch vermindert worden sei"* (11). Tatsächlich erweitern die USA ihr atomar-strategisches Erstschlagarsenal mit großer Schnelligkeit. Die USA bauen ihr MX-Raketensystem (die MX ist eine bodenstationierte Interkontinentalrakete mit 10 Atomsprengköpfen), rüsten ihre U-Boote mit modernen Trident-2-Raketen aus, wollten in den kommenden Jahren den neuen strategischen Bomber B-1B in Betrieb nehmen und werden 1987 mit dem Bau von 1.500 computergesteuerten Marschflugkörpern der zweiten Generation beginnen. Um die Angriffskraft all dieser Waffen zu erhöhen, wird das Programm für die Erforschung von „Durchdringungshilfen" zur Überwindung sowjetischer Abwehrmaßnahmen forciert. Dieser Waffen-Mix von Angriffs- und Abwehrwaffen soll dann seine höchste Wirksamkeit entfalten können, wenn zunächst mit einem US-Angriffsschlag ein großer Teil sowjetischer Interkontinentalraketen vor deren Start vernichtet werden würde, so daß ein sowjetischer Gegenschlag nur noch mit einer derart geringen Zahl von Raketen durchgeführt werden könnte, daß ein US-Abwehrsystem den größten Teil davon abfangen könnte (12). Ein solches Konzept wäre die Erweiterung der offensiven Strategie durch ein taktisch defensives Element. Schätzt man SDI so ein, dann wäre es logisch und zwangsläufig, daß die SU darauf mit einer Erweiterung ihres Arsenals an Interkontinental-Raketen antwortet.

Angriffswaffen gegen Erdziele

In diesem Abschnitt möchten wir einer These Raum geben, deren Möglichkeit und Konsequenzen bisher selbst in der SDI-kritischen Literatur zu kurz kamen. Laser-Waffen könnten aus dem All offensiv gegen Ziele auf der Erde eingesetzt werden; amerikanische Kriegsplaner wollen „Weltraum-Erde-Waffen" einsetzen (14). Pentagon-Offiziere sehen in der *„Schaffung eines robusten militärischen Arms im Weltraum für die USA die beste Möglichkeit..., die folgenden Missionen auszuführen:*

— ballistische Raketenverteidigung des amerikanischen und des verbündeten Territoriums gegen Angriffe mit (land- und seegestützten) Interkontinental-Raketen, wie sie gegenwärtig von den USA, der UdSSR und China stationiert sind;

— offensive Operationen vom Weltraum auf die Erde gegen jeden Fleck auf der Erde ..." (15). 1981 schrieben die Luftwaffenoffiziere Fox und Lorenzini: *„Wir sollten die Initiative für das Verteidigungsministerium wieder erringen mit dem Ziel, den Weltraum sowohl für eine aktive Verteidigung der Vereinigten Staaten als auch für offensive strategische Aufgaben zu nutzen und hierfür bemannte Weltraumstationen und Strahlenwaffen bereitstellen. Der erste Kandidat für ein solches Programm wäre ein weltraumgestütztes Lasersystem, das völlig im Rahmen unserer Möglichkeiten liegt"* (16). Andere Verantwortliche des Pentagon behaupten, *„daß das ASAT (Anti-Satelliten-System) mit seiner Schnellschlagkraft und die noch sensibleren Laser Erstschlagwaffen"* sind (17). *„Experten in Ost und West glauben, daß aus der Weltraumrüstung, von einem bestimmten Entwicklungsstadium an, auch Angriffswaffen entstehen können. Lichtschnelle Laserattacken gegen sogenannte weiche Ziele - etwa Öltanker, Getreidefelder, Wälder, Fabriken und Städte — würden riesige Feuerstürme zünden und einer Industrienation irreparable Schäden zufügen"* (18).

Gesetzt den Fall, die USA könnten tatsächlich, obwohl es auch dafür ungeheure technische Probleme gibt, ein Angriffs-System auf Laserstrahl-Basis im Weltraum stationieren, dann ließe sich ein Kriegsszenario denken, dem alle Bilder angeblichen „Wahnsinns" und vermeintlicher „Irrationalität" der Imperialisten fehlten. Die USA könnten der SU mit nicht-nuklearen Laserwaffen erheblicher, eben „irreparable Schäden" zufügen. Gekoppelt mit einem konventionellen Einmarsch der NATO-Truppen in DDR, Polen und CSSR stellte so der Imperialismus die SU vor die Wahl: Eskalation oder Kapitulation; wobei die SU auch bei einer Eskalation Siegchancen nicht hätte.

Verlassen wir unsere These und wenden uns den Tageskonsequenzen von SDI zu, denn selbst unterhalb eines weltraumgestützten Laserwaffen-Systems wird SDI durch die Konzentration von Forschern und Finanzen neue Wege zu wirksameren Waffen eröffnen.

— Den USA soll es 1983 gelungen sein, unbemannte Versuchsflugzeuge und mit Überschallgeschwindigkeit fliegende „Sidewinder"-Raketen mit Laserwaffen abzuschießen.

— Im SDI-Programm sollen u.a. „Laserwaffen mit integrierten optischen Systemen in der Bekämpfung fester Erdziele" und „in der Luft-Bekämpfung mit Ausnahme der ICBM-Bekämpfung" erprobt werden (19).

— Die BRD ist bei der Entwicklung eines Kohlendioxidlasers so weit vorangekommen, daß *„eine deutsche Firmengruppe bis 1986 eine taktische Laserwaffe, die ‚militärische Sensoren' bis in 20 km Entfernung zerstören kann"*, plant (20).



Der von den USA mit SDI getriebene Aufwand wird ganz sicher zu Fortschritten in der Computertechnik und Mikroelektronik führen. Diese Vorsprünge werden eine neue Spitzenstellung der USA sowohl im innerimperialistischen Dreikampf wie in der Konkurrenz mit der SU festigen. Um zu vermeiden, daß irgendeiner der unliebsamen Konkurrenten den USA in die Karten schauen kann, werden heute nicht allein der „Export von Know-how in den Osten", sondern auch „High-Tech-Ausfuhren in westlichen Länder, NATO-Staaten inklusive" unterbunden (21).

Der ABM-Vertrag

Im Jahre 1972 schlossen die USA und die SU den Vertrag über die Begrenzung von Systemen zur Abwehr ballistischer Raketen. Die Vertragspartner verpflichteten sich, nicht mehr als ein ABM-System mit 100 Abschußvorrichtungen entweder um ihre Hauptstadt oder zum Schutz von Interkontinental-Raketen landgestützt zu stationieren. Die in letzter Zeit immer häufiger hinausposaunte Behauptung, die SU habe entgegen den vertraglichen Bestimmungen ein weiteres Radarleitsystem für ABM-Waffen aufgebaut, ist bisher unbewiesen; ein sowjetischer Vorschlag, die Radaranlage in Sibirien vor Ort zu begutachten, wurde von den USA abgelehnt.

Andere Artikel des ABM-Vertrages schränken die Möglichkeiten der USA, SDI ohne Vertragsbrüchigkeit zu betreiben, ebenfalls ein; Artikel V verpflichtet die Unterzeichnerstaaten, *„keine Systeme oder Bestandteile zu entwickeln, zu testen oder zu dislozieren, die see-, luft- oder weltraumgestützt sind oder als bewegliches System landgestützt sind"* (22). Die USA gehen gegen diesen Artikel unterschiedlich vor. Mal behaupten sie, SDI befinde sich bisher in der nicht verbotenen Forschungsphase, mal teilt das Pentagon mit, die *„Technologien und Komponenten des Defensivsystems (könnten) im Raum oder auf der Erde getestet werden, ohne die einschlägigen Bestimmungen des ABM-Vertrages ... zu verletzen"*, da eine „präzise Definition dieser Komponenten" fehle und Einzel-Elemente leicht modifiziert werden könnten, so daß *„Prototypen nicht für den künftigen Einsatz im Rahmen der SDI benutzbar wären"* (23).

Auch die angestrebte Umrüstung des in der BRD stationierten Flugabwehrsystems „Patriot" zu einem Raketenabwehr-System verstiesse gegen den Artikel IX des ABM-Vertrages. Darin verpflichteten sich die USA und die SU, *„keine ABM-Systeme oder Bestandteile davon, wie sie durch diesen Vertrag begrenzt werden, nach anderen Staaten zu verbringen und sie nicht außerhalb (ihres) nationalen Territoriums zu dislozieren"*. Die Bundesregierung nimmt ihre für eine Beteiligung an SDI zu erfüllende „Bedingung", wonach geltende Verträge eingehalten werden müßten, selbst nicht ernst.

Neben den verschiedenen Versuchen, den ABM-Vertrag zu umgehen, haben Vertreter der USA auch schon offen erklärt, daß die USA sich den Bruch der Vertragsbestimmungen vorbehalten, um auf „sowjetische Maßnahmen zu reagieren" (24). Daneben bietet sich den USA die vertragskonforme Auflösung der Übereinkunft, die eine Kündigungsfrist von sechs Monaten festlegt, wenn ein Partner *„zu der Entscheidung gelangt, daß außergewöhnliche, mit dem Inhalt dieses Vertrags zusammenhängende Ereignisse seine höchsten Interessen gefährdet haben."*

Sowjetische Reaktionen

Die SU hatte nach dem Stationierungsbeginn von Pershing II in Westeuropa alle bilateralen Verhandlungen mit den USA abgebrochen. Einige Zeit hielt sie ihre Vorbedingung, vor jeder neuen Verhandlungsrunde müßten die bereits stationierten neuen Mittelstreckenraketen wieder abgezogen werden, aufrecht. Parallel dazu hat die SU eine ganze Reihe von Vorschlägen unterbreitet, um das Rüsten im All zu unterbinden:

— Außenminister Gromyko schlug im August 1983 in einem Brief an UN-Generalsekretär de Cuellar eine „radikale Lösung" vor: das Verbot *„der Anwendung und Androhung von Gewalt im Weltraum; Verbot von Tests und der Entwicklung neuer Anti-Satelliten-Systeme; die Abschaffung schon existierender Systeme; das Versprechen, Weltraumstationen nicht als Waffenbasen zu benutzen; die Verpflichtung, das 'normale Funktionieren' der Raumfahrtprojekte anderer Staaten nicht zu stören"* (25).

— Im März 1984 folgte der Vorschlag, das *„Testen und Stationieren aller Weltraumwaffen zu verbieten, die zur Zerstörung von Zielen am Boden, in der Luft und im All gedacht sind"* (26).

— Ende Juni 1984 unterbreiteten die Sowjets das Angebot, *„ausnahmslos alle Kanäle zur Militarisierung des Weltraums (abzuriegeln) ... In praktischer Hinsicht bedeutet dies, daß in den Weltraum Waffen keiner Art ... weder auf bemannten noch auf unbemannten Systemen befördert und dort stationiert werden dürfen ... Die bereits vorhandenen Waffen dieser Art müssen vernichtet werden"*. Ferner sollte *„an dem Tag der Eröffnung der Verhandlungen auf gegenseitiger Grundlage ein Moratorium für die Erprobung und die Stationierung solcher Waffensysteme"* verkündet werden (27).

— Im Oktober 1984 erneuerte die SU ihre Vorschläge (28).

Die USA lehnten alle Vorschläge rundweg ab, da sie nicht „den globalen Interessen der Vereinigten Staaten und ihrer Alliierten" entsprächen (29), und scheuten sich nicht, als einziger unter 150 Staaten der UN-Generalversammlung gegen eine Resolution zu stimmen, die sich gegen die Militarisierung des Weltraums ausspricht (30). Die Verhandlungsposition der USA in den kürzlich wieder aufgenommenen Genfer Verhandlungen ist es geblieben, vor allem über die Verringerung der strategischen und Mittelstrecken-Kernwaffen reden zu wollen. Die Einführung ihres SDI-Programms in die Genfer Verhandlungen auch nur im Sinne des NATO-Doppelbeschlusses — et-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

wa: falls die SU strategische Offensivwaffen abbaut, nehmen die USA vom SDI-Projekt Abstand — wurde strikt abgelehnt. Daß über andere Systeme ebenfalls nur geredet werden soll, unterstrich die Ablehnung von USA und NATO, auf den Gorbatschow-Vorschlag eines zeitlich begrenzten Moratoriums für Mittelstreckenraketen in Europa einzugehen.

Angesichts dieses offen zur Schau gestellten Aufrüstungswillens der USA ist es nur folgerichtig, daß die SU mehrmals angekündigt hat, „*daß (sie) sowohl mit offensiven wie defensiven militärischen Mitteln antworten werde*" (31) und damit begänne, ihre „*strategischen Offensivwaffen zu vervollkommnen*" (32).

Die Haltung der Bundesregierung

Die offizielle Aufforderung zur Mitarbeit an SDI ging den NATO-Staaten sowie Japan, Australien und Israel durch einen Brief von US-Kriegsminister Weinberger am 26.3.1985 zu. Innerhalb von 60 Tagen sollten die angeschriebenen Regierungen erklären, ob und auf welchen speziellen Forschungsgebieten sie sich an SDI beteiligen wollten. Eine amtliche Zusage haben die USA nach Ablauf der Frist von keiner Regierung erhalten. Daraufhin teilte Weinberger der staunenden Öffentlichkeit mit, eine Zustimmung der verbündeten Staaten sei auch gar nicht erforderlich; es komme den USA vor allem auf die Mitarbeit interessierter Firmen und Wissenschaftler an.

Der Diskussionsstand der westdeutschen Bundestagsparteien wurde in der Parlamentsdebatte vom 18.4.85 deutlich (33). Für die Bundesregierung erklärte Kohl, SDI sei „*gerechtfertigt, politisch notwendig und im Sicherheitsinteresse des Westens insgesamt liegend*". Für eine Absage an eine SDI-Beteiligung sei es jedenfalls zu früh; zunächst würden weitere Entscheidungsgrundlagen geschaffen: „*Die Bundesregierung werde mit der deutschen Wirtschaft die Möglichkeiten einer Forschungsbeteiligung erörtern und dabei besonders auch kooperative europäische Ansätze prüfen. Auch werde die Regierung mit interessierten europäischen Verbündeten — besonders mit Frankreich, England und Italien — über eine gemeinsame Stellungnahme und ,gegebenenfalls Beteiligung' beraten. Schließlich werde die Bundesregierung eine Gruppe von Fachleuten nach Washington schicken, um die Bedingungen und Gebiete einer Forschungsbeteiligung zu erkunden.*" Militärstrategisch seien die Ost-West-Stabilität, der Erhalt der NATO-Einheit sowie die fortbestehende Gültigkeit der NATO-Strategie der flexiblen Antwort bedeutsam. Bei Abrüstungsverhandlungen bleibe „eine drastische Verringerung der nuklearen Offensivsysteme" angeblich vorrangiges Ziel der Bundesregierung. Noch auf dem CDU-Parteitag hatte Kohl diesen letzten Aspekt dahingehend ausgeweitet, daß der Abbau atomarer Offensivwaffen SDI überflüssig machen könne. Diese Position entbehrte angesichts der US-amerikanischen Absage an solche Denkspielchen jeder Grundlage. Anders verhält es sich mit der von Kohl und Genscher angestrebten westeuropäischen Zusammenarbeit bei den Zukunftstechnologien, die insbesondere bei der französischen Regierung auf ein interessiertes Echo stößt.

Im Verlauf der Bundestagsdebatte zeigten sich in den Reden von Vertretern der Regierungsparteien durchaus Unterschiede: die CSU war und ist für eine Beteiligung an SDI, in der CDU treten Dregger oder Todenhöfer energischer für eine westdeutsche Beteiligung ein als Kohl und sein Berater Teltschik, seitens der FDP wird besonders stark die Notwendigkeit einer „gemeinsamen europäischen Haltung" betont. Als Kern schält sich heraus: Einig sind sich alle Regierungsparteien in der Zustimmung zum US-Projekt, alle vertreten eine gemeinsame Beteiligung der größten westeuropäischen Staaten sowie möglichst zusätzliche eigenständige Unternehmungen der Westeuropäer.

Die SPD-Opposition

Die SPD lehnt eine westdeutsche Beteiligung an SDI bisher ab. Im Zentrum sozialdemokratischer Befürchtungen stehen die „Zonen ungleicher Sicherheit", die entstehen könnten, wenn die USA Abwehrwaffen für ihr Territorium stationierten, hinter die sie sich zurückziehen könnten, während die Westeuropäer in einer kriegerischen Auseinandersetzung mit dem Warschauer Pakt sich selbst überlassen blieben. Außerdem ist es nach SPD-Meinung gänzlich unwahrscheinlich, daß mit den USA ein gleichberechtigter Technologieaustausch erzielt werden könnte. Statt einer SDI-Beteiligung schlug die SPD in der Bundestagsdebatte „*ein eigenes ziviles Forschungsprogramm der Westeuropäer und dann eine Zusammenarbeit mit Amerika auf erweiterten, aber nicht militärischen Gebieten vor.*" Konkretere Ausführungen der SPD-Bundestagsfraktion zu diesem Vorschlag sahen die Finanzierung der westeuropäischen Raumfähre „Hermes" vor, die beschleunigte Entwicklung des französisch-westdeutschen Aufklärungssatelliten (der militärische Funktionen erfüllen soll) und eine fortbestehende Einhaltung des Vertrages der ESA (Europäische Raumfahrt-Agentur), der eine ausschließlich friedliche Nutzung des Alls vorschreibe (34).

Die Kritik der Westeuropäer

Die in der Bundestagsdebatte formulierten Einwände, Zweifel und Bedingungen an eine SDI-Beteiligung entsprechen zum großen Teil denen, die aus anderen westeuropäischen Ländern verlautbarten. Wir wollen sie deshalb etwas genauer betrachten.

Den nachhaltigsten Eindruck auf bürgerliche Kräfte und Friedensbewegung gleichermaßen macht das Argument, SDI diene ausschließlich dem Schutz der USA und nicht den nationalen Interessen der Westeuropäer. Dies veranlaßte US-Offizielle verschiedentlich zu Erklärungen, der Schutz „sowohl unserer Verbündeten als auch der USA" werde gesucht und die Erforschung von Maßnahmen gegen SS-20 und sowjetische Marschflugkörper gehöre ebenfalls zum SDI-Programm (35).

Tatsächlich ist mit dem US-amerikanischen Flugabwehr-System „Patriot" seit kurzem in der BRD ein Waffen-System stationiert, dessen Ausbau zum Einsatz gegen sowjetische Mittel- und Kurzstreckenraketen betrieben wird: Im Haushalt der USA wurden 1983 10 Mio. Dollar, im Haushalt 1984 34 Mio. Dollar für die Entwicklung eines „Patriot"-Raketenabwehr-Systems veranschlagt. „*Für das Haushaltsjahr 1987 sind für die erste Beschaffung einer* (Raketenabwehr-Version der) *Patriot 27 Mio. Dollar im US-Haushaltsplan vorgesehen*" (36). In der BRD sollen 28 „Patriot"-Systeme mit Flugabwehr-Fähigkeiten aufgestellt werden, doch „auf weitere Sicht werden Modifikationen des Kampfmittels wahrscheinlich", heißt es in der „Europäischen Wehrkunde" 8/84.

Die Befürchtung, spätestens nach einem Nachziehen der SU auf allen Sektoren von ABM-Systemen könnten die französischen und britischen Atomraketen entwertet werden, wird in den kommenden Jahren vor allem eine vorzügliche Begründung für vermehrte konventionelle Aufrüstung liefern. Wenn die atomaren Waffen tatsächlich „entwertet" würden, eine kriegerische Auseinandersetzung unterhalb der nuklearen Schwelle also wahrscheinlicher sei, müßten die Westeuropäer erst recht finanzielle Mittel für konventionelle hochtechnisierte Waffen freimachen, die mit SDI geradezu strategisches Gewicht erhielten (37).

Nicht mehr als friedenspolitische Effekt-Hascherei ist es, wenn aus dem Munde von Westeuropas Imperialisten der Einwand zu hören ist, das Ost-West-Patt könne destabilisiert und die Zukunft der Rüstungskontrolle gefährdet werden. Bei noch keiner Aufrüstungsmaßnahme haben die NATO-Verbündeten sich darum gekümmert, Belange der Sowjetunion mit in Rechnung zu stellen. Die bereits erhobenen Vorwürfe gegen die SU, sie habe die Bestimmungen des ABM-Vertrages verletzt, werden zu gegebenem Zeitpunkt dazu dienen, die Herstellung des

nung zu stellen. Die bereits erhobenen Vorwürfe gegen die SU, sie habe die Bestimmungen des ABM-Vertrages verletzt, werden zu gegebenem Zeitpunkt dazu dienen, die Herstellung des

Ost-West-Gleichgewichts gerade durch SDI zu fordern.

Politischer Überzeugung dürfte allein die Forderung nach einer „Zweibahn-Straße" im Technologietransfer entsprechen.

Tatsächlich kann Westeuropas Imperialisten nichts daran liegen, SDI finanziell mitzutragen und durch die Abstellung von Forschungskapazitäten voranzutreiben, ohne die Gewähr zu haben, an der vollständigen wirtschaftlichen Ausbeutung der Ergebnisse beteiligt zu werden. Jüngste Erfahrungen mit den USA beim Streit um das neu in die NATO einzuführende Freund-Feind-Identifizierungssystem haben gezeigt, daß die USA weiter in großem Umfang versuchen, die „Einbahn-Straße" in der Beschaffung und beim Technologieaustausch zu erhalten. So wenig irgendein Bourgeois deshalb die NATO verlassen will, so wenig wird dies letztendlich ein Argument gegen eine SDI-Beteiligung sein, denn selbst ohne zufriedenstellende Abmachungen wird die berechtigte Hoffnung bleiben, durch eine Teilhabe am SDI-Programm mehr von den technischen Errungenschaften mitzubekommen als ohne Beteiligung.

Westeuropäische Raketen- und Raumfahrtprogramme

Deutlich wie kein anderer hat Franz Josef Strauß ausgesprochen, wohin nach seiner Meinung die westeuropäischen Raumfahrtprogramme führen müßten: Notwenig sei eine „europäische strategische Verteidigungsinitiative", die es sich zur Aufgabe mache, Kampfmittel gegen sowjetische Kurz-

Fortsezung auf Seite 38

Thesen zum Star-War-Programm

80 Mrd. DM — im Endeffekt eher das Dreifache — wollen die USA in den kommenden vier Jahren in die Forschung und Erprobung neuer Weltraumwaffen stecken. In den 90er Jahren soll sich ein Rüstungsprogramm anschließen, für das derzeit 200 bis 500 Mrd. Dollar veranschlagt werden wird. Diesem Programm sollen oder wollen sich die übrigen NATO-Staaten, Japan und Israel anschließen. Mit Reagans Sternenkriegsrede (= Star Wars) wurde 1983 daraus eine „strategische Verteidigungsinitiative" (= SDI) gemacht. Damit sollten nicht nur längst laufende Programme erweitert, sondern auch mit einer überraschend neuen Zielperspektive versehen werden. Das SDI-Programm soll nun die atomare Abschreckung überwinden bzw. die Wirkung der strategischen Atomwaffen (der Sowjetunion) aufheben und diese damit reif für den Müllhaufen der Geschichte machen.

Frühere Regierungsprogramme Reagans und seine Ankündigungen, wie etwa die Vernichtung des „Reiches des Bösen", hatten die Welt in Angst und Schrecken versetzt. Noch nie war es Reagan gelungen, ein strategisches Kriegsrüstungsprogramm derartig günstig zu verkaufen. Kann man aber den Atomwaffen ihre tödliche Vernichtungsdrohung nehmen, so läßt sich viel einfacher über den Krieg nachdenken und dafür rüsten. Alle Welt, bis hinein in die Reihen der Friedensbewerung, beteiligt sich inzwischen kräftig an der damit aufgeworfenden Scheindebatte,

und dafür rüsten. Alle Welt, bis hinein in die Reihen der Friedensbewerung, beteiligt sich inzwischen kräftig an der damit aufgeworfenden Scheindebatte,

ob es möglich sein könnte, mit einem Raketenabwehrschirm einen tatsächlichen oder zumindest begrenzten Schutz gegenüber Atomwaffen aufzubauen.

Tatsächlich würde wohl rund 1% der sowjetischen strategischen Atomwaffen, d.h. nicht eimal 100 über den USA gezündete A-Bomben, ausreichen, um diese in eine atomare Wüste zu verwandeln. Im Unterschied zu Reagan und Weinberger behauptet kein Manager, Wissenschaftler oder Protagonist dieses Programms, daß das entworfene Waffensystem in absehbarer Zeit auch nur annähernd einen solchen 99%igen Schutz bieten könnte. Gegen Marschflugkörper, in der Nähe der USA gezündeter Raketen aus Atom-U-Booten u.a. würde ein solches System sogar nicht den allergeringsten Schutz bieten, sieht man einmal davon ab, daß ein solches Weltraumsystem selbst und zumindest durch im Weltraum gezündete Atomwaffen verwundbar oder ausschaltbar wäre. Das atomare Patt, die bestehende atomare Vernichtungsdrohung, wird nicht nur für die Sowjetunion, für Westeuropa sondern auch für die USA in vollem Umfang bestehen bleiben.

Es gehört vollends in den Bereich des Wunderglaubens, daß die absolute Vernichtungskraft des (sowjetischen) Atompotentials durch technologische Gegenmaßnahmen (einseitig) wieder aus der Welt geschafft werden könnte (solange die Sowjetunion als atomare, technologische und ökonomische Weltmacht überleben kann).

Die Sowjetunion (Andropow) hat in ihrer direkten Antwort auf Reagans SDI erklärt, daß die angeblich „defensive" Weltraumrüstung der USA begleitet sei von einem strategischen Atomrüstungsprogramm der USA, das „mit voller Kraft" und dem Ziel einer „Erstschlagskapazität" weiterbetrieben werde. Diese soll die Sowjetunion gegenüber einer atomaren Bedrohung durch die USA wehrlos machen. Die Sowjetunion hat angekündigt, daß es bei einer Weiterverfolgung von SDI keinerlei atomare Abrüstung bzw. Begrenzungsabkommen in Genf geben werde, daß sie sich im Gegenteil Gegenmaßnahmen und verstärkte atomare Aufrüstung vorbehalte.

Tatsächlich wird die Verfolgung des SDI-Programms und die Ablehnung jeglicher Abkommen auf diesem Gebiet nicht den „Durchbruch" und die Abrüstung der Sowjetunion bewirken, wie es Reagan behauptet, sondern den letzten wesentlichen Vertrag der Rüstungskontrollvereinbarungen, nämlich den ABM-Vertrag zur Beschränkung von Abwehrraketen und Weltraumwaffen, zu einem Fetzen Papier machen. Auch der von den USA nicht ratifizierte, aber stehts eingehaltene SALT II-Vertrag dürfte damit in Zukunft einem noch zügelloserem Wettrüsten weiche.

Die Sowjetunion wird dem behaupteten „Nutzen" des SDI-Programms, nämlich den Durchbruch zu angeblich notwendiger Abrüstung ihrer atomaren Überrüstung, durch strikte Verweigerung einseitiger Zugeständnisse und Abrüstungsmaßnahmen zu begegnen suchen. Bisher ist auch nicht erkenntlich, daß wiederum — wie nach dem

gerung einseitiger Zugeständnisse und Abrüstungsmaßnahmen zu begegnen suchen. Bisher ist auch nicht erkenntlich, daß wiederum — wie nach dem

Versagen der Friedensbewegung gegenüber der „Nachrüstung" mit neuen atomaren Mittelstreckenraketen — aus den Reihen der Friedensbewegung einseitige Abrüstungsvorleistungen von der Sowjetunion verlangt würden. (Willy Brandt hat dies allerdings jüngst in Moskau getan, wir zählen ihn allerdings noch immer nicht zur Friedensbewegung).

Seit 1950 laufen und rüsten die USA der Zeit ihres absoluten Atomwaffenmonopols hinterher. Die verschiedenen Anläufe, ihre immer vorhandene Überlegenheit bei den Atomwaffen in ein absolutes strategisches Übergewicht zu verwandeln, sind allerdings immer wieder gescheitert. Dazu gehört die von Kennedy Anfang der 60er Jahre entdeckte „Raketenlücke", die Einführung der Mehrfachsprengköpfe Anfang der 70er und die neue Rüstungsrunde mit neuen Zielwaffen und Marschflugkörpern, die immer noch nicht abgeschossen ist. Für eine solche strategische Überlegenheit haben die USA unglaubliche Anstrengungen und Kosten aufgewandt. Die derzeit herrschenden Militärstrategie-Schulen haben sogar vorgeschlagen, selbst um den Preis der Vernichtung von 10% der USA einen solchen strategischen Atomkrieg nicht zu scheuen (,victory is possible'). Nicht innere Widersprüche im herrschenden Lager der NATO und erst recht nicht innere Opositions-bzw. die Friedensbewegungen haben diese Pläne durchkreuzen können, sondern dies bewirkte die Aufrechterhaltung des atomaren Patts durch die Sowjetunion; ihre Fähigkeit einer atomaren Vernichtungsdrohung gegenüber der NATO hat solche Atomkriegspläne im Bereich des Wahnsinns verdammt und damit vorläufig kriegsverhindernd gewirkt.

Auch wenn man sowjetische Gegenmaßnahmen gegen die US-Atomrüstung akzeptieren muß, macht es keinen Sinn, wenn jetzt eine Reihe von Kräften, vor allem die DKP, behauptet, gerade der Mix von atomaren Offensivwaffen und einem nun vorbereiteten Abwehrsystem durch SDI setzte die Gefahr einer Erstschlagsfähigkeit durch die USA unmittelbar auf die Tagesordnung. Ein nicht funktionierendes Abwehrsystem kann das nicht leisten.

Dies lenkt ab von der Tatsache, daß die Zuspitzung der Kriegsgefahr aktuell gar nicht darin besteht, daß Reagan quasi über Nacht einen vernichtenden Erstschlag gegenüber der Sowjetunion versuchen könnte, sondern darin, daß die USA und die NATO sich systematisch auf eine Kriegs- und Interventionsfähigkeit unterhalb der atomaren Schwelle vorbereiten, Konflikte die zweifellos im Ernstfalle zu einem allgemeinen Atomkrieg eskalieren könnten und würden.

Bezüglich der SDI-Rüstung lenkt ein Hinterlaufen hinter der Reagan-Propaganda von einem angeblich möglichen Schutz vor dem Atomschlag davon ab, welche Ziele tatsächlich mit dem SDI-Programm verfolgt werden. Es gehört zu den aktuellen Fehlleistungen der Friedensbewegung und anderer Kritiker des SDI-Programms, diese Zielsetzungen auszusparen. Auch mit unseren begrenzten Möglichkeiten lassen sich eine Reihe dieser Ziele klar erkennen.

Schon jetzt sind Waffensysteme zum

unseren begrenzten Möglichkeiten lassen sich eine Reihe dieser Ziele klar erkennen.

Schon jetzt sind Waffensysteme zum

Abschuß anfliegender Projektile aus dem Weltenraum in der Erprobungsphase. Diese Waffensysteme bedeuten ganz zweifellos eine qualitative Verbesserung in der Punktzielgenauigkeit von Raketen, die damit z.B. die USA in die Lage versetzen, sämtliche Satelliten und andere Himmelskörper des Gegners buchstäblich vom Himmel zu holen. Diese Zielgenauigkeit läßt sich aber beliebig auf andere Waffensysteme übertragen.

Bisher haben jahrelange Bemühungen noch keinen technologischen Durchbruch für die Herstellung von Licht- oder Röntgenlaserwaffen erbracht, die bisher „nur" als optische Steuerungssysteme verwandt werden. Jeder Durchbruch auf diesem Gebiet würde schon bei Kilometerreichweiten zur Revolutionierung von Schlachtfeldwaffen führen. Das angepeilte Lasersystem, das über Reflexspiegel oder Weltraumstationierung sogar Raketen unmittelbar nach dem Start vernichten könnte, würde den NATO-Strategen ein nicht-atomares Angriffswaffensystem an die Hand geben, das überall auf der Erde, in der Luft und genauso auf dem Boden punktzielgenau bewegliche Ziele vernichten könnte und verheerende Folgen für den Gegner bedeuten könnte, wie es die SDI-Propagandisten selbst nicht einmal verschweigen. Es ist deshalb absolut verkürzt, das SDI-Programm nur in seiner Bedeutung gegenüber den Atomwaffen zu sehen. Die umfassende Computerminiaturisierung und die elektronische Schlachtfeldüberwachung und -steuerung, die im Rahmen von SDI erforscht und entwickelt werden sollen, sind ebenfalls überall und keineswegs speziell für das Ziel einer Raketenabwehr im Weltenraum einsetzbar.

Es ist ebenso dumm wie unsinnig, den Sinn des SDI-Programms nur im Zusammenhang mit einem Raketenabwehrgürtel zu sehen, zumal die Programme älter sind als Reagans Propaganda-Rede und neue Zielsetzung dazu.

Folgt man der DKP-Presse, so hat Reagan nicht nur in den USA sondern vor allem Kohl in der BRD mit heftigem Widerstand im bürgerlichen Lager zu kämpfen. Kohl drohe schon nachgerade eine gefährliche Isolierung. So soll es es angeblich nur neuer bzw. nicht nachlassender Anstrengungen der Friedensbewegung bedürfen, um einen Durchbruch zu erzielen. Das ist eine absolute Illusionsmacherei.

Es ist im herrschenden Lager völlig unstrittig, daß sich alle entsprechenden Firmen in Europa, Japan und nicht zuletzt Frankreich an diesem Programm beteiligen sollen und werden, sofern die USA dies wünschen bzw. es gegenüber der US-Konkurrenz zulassen.

Die politische Kritik am SDI-Programm bezieht sich nicht auf solche Forschungsvorhaben, sie bezieht sich vor allem auf die Gefahr, daß mit der SDI-Programmatik und der Weigerung, dies zum Gegenstand von Rüstungskontrollvereinbarungen zu machen, die Phase der Rüstungskontrollverhandlungen endgültig den Todesstoß bekommen könnte.

Unumstritten ist unter den Europäern ebenfalls, die SDI-Diskussion dazu zu nutzen, bisherige europäische Weltraumprogramme, bei denen sie durchaus konkurrenzfähig gegenüber den

Unumstritten ist unter den Europäern ebenfalls, die SDI-Diskussion dazu zu nutzen, bisherige europäische Weltraumprogramme, bei denen sie durchaus konkurrenzfähig gegenüber den

USA geworden sind, jetzt durch weitere zusätzliche Programme aufzustocken. Umstritten ist hingegen die Frage, wieweit durch eine staatliche Beteiligung bzw. Übernahme von direkten Kosten für dieses Programm besserer Einfluß auf die Gestaltung, den Anteil und den anschließenden Nutzen der Ergebnisse zu erzielen wären. Es gibt im herrschenden Lager neben dem lauten Debattieren über den Anteil an dem Programm lediglich den Widerstand aus der SPD und seitens Frankreichs gegenüber einer s t a a t l i c h e n Beteiligung an diesem Programm. Die zuweilen ins Spiel gebrachte Behauptung, am Ende könne Europa allein schutzlos dastehen, wird zur Unterstützung der jeweiligen Position gerne mit aufgegriffen, um eigene, verstärkte Anstrengungen bei der europäischen Rüstung zu rechtfertigen.

Natürlich muß und soll die Friedensbewegung ihre Anstrengungen erweitern, um die Absichten des SDI-Programms und die Tatsache eines bevorstehenden noch zügelloseren Kriegsrüstungsprogrammes deutlich zu machen.

Die von Teilen vorgeschlagene Konzentrierung der Kritik auf das SDI-programm, die Verbindung mit allen taktischen Gegnern und Kritikern Reagans im bürgerlichen Lager hingegen könnte nicht nur ein bedeutsamer Meilenstein werden, die Forderung nach tatsächlichen **Abrüstungsmaßnahmen** fallen zu lassen, sondern ist auch deshalb erfolglos, weil die Entwicklung der Programme, wie sie im Rahmen von SDI beschrieben wird, unter den Herrschenden derNATO unumstritten ist.

HH.

Zur militärischen Funktion von Satelliten und Weltraumwaffen

ÜBERWACHUNGSSATELLIT
Frühwarnung nach erfolgtem Raketenstart
IM RAUM STATIONIERTER RELAIS-SPIEGEL
Reflektiert Laserstrahl von Bodenstation
IM RAUM STATIONIERTER SENSOR
Verfolgt Flugbahnen der Raketen und Sprengköpfe; gibt den Kampfstationen und Spiegeln Zielinformationen
IM RAUM STATIONIERTE KAMPFSTATION
Neutronenstrahlen
STUFE II Reisephase
T + 26 Min.
STUFE Ib Verteilungsphase
T + 11 Min.
IM RAUM STATIONIERTE KAMPFSTATION
Chemischer Laser
SPRENGKÖPFE UND -EINDRING-HILFEN- (ATTRAPPEN)
RÖNTGEN-LASER
Von U-Boot aus per Rakete gestartet; kann feindliche Raketen beim Austritt aus der Atmosphäre treffen
T + 29 Min.
STUFE III Endphase
STUFE Ia Startphase
T + 3 Min.
KANADA
ABM
Anti-Raketen-Raketen; ähnlich wie die in den sechziger Jahren entwickelten Typen
ALASKA
SOWJETUNION
START SOWJET. INTERKONTINENTALRAKETEN
(evtl. tausend und mehr Raketen)
AM BODEN STATIONIERTE STRAHLENKANONE
Chemischer Laser; evtl. als Alternative zum im Raum stationierten chem. Laser
VEREINIGTE STAATEN
CHINA
-SMART ROCK-
Kleiner Zerstörkörper: wird von einem Düsenflugzeug aus in der Luft mit Raketenantrieb gestartet
© The Washington Post

Das Schaubild zeigt das Funktionieren eines — noch völlig imaginären — Systems der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) nach amerikanischen Vorstellungen. Die feindlichen Interkontinentalraketen, hier von links nach rechts über eine polare Route fliegend gedacht, sollen in drei Stufen möglichst vollzählig unschädlich gemacht werden.

Die Stationierung von Abwehrsystemen gegen Interkontinentalraketen und von Anti-Satellitenwaffen (ASAT) im Weltraum würde einen erheblichen qualitativen Sprung bei der Militarisierung des Weltraums bedeuten. Andererseits entspricht es den Tatsachen, daß die Militarisierung des Weltraums mit der Raumfahrt selbst begonnen hat und heute schon von zentraler Bedeutung für die moderne Kriegsführung ist. Die Zielgenauigkeit von Raketen und Marschflugkörpern, die genaue Positionsbestimmung von U-Booten und vieles mehr sind unmittelbar von funktionierenden Satellitensystemen abhängig. Bereits vor ,,kleineren'' Aktionen wie der versuchten Befreiung von US-Bürgern aus der Teheraner Botschaft schickten die USA jede Stunde einen Aufklärungssatelliten ins All (1). Insgesamt wurden 2114 Satelliten von 1958 — 1983 mit militärischer Funktion in den Weltraum transportiert.

Verschaffen wir uns also zunächst einen Überblick über die Vielfalt derzeit stationierter Satelliten und ihrer Funktion.

Fotoaufklärungssatelliten: 42 % aller militärischen Satelliten sind Fotoaufklärungssatelliten, mit deren Bildern Objekte von nur 15 cm Größe

Fotoaufklärungssatelliten: 42 % aller militärischen Satelliten sind Fotoaufklärungssatelliten, mit deren Bildern Objekte von nur 15 cm Größe
identifiziert werden können. Bei Spezialeinsätzen werden die Fotoaufklärungssatelliten, die bei hoher Wolkendichte ,,blind'' sind, von Wettersatelliten auf ,,Wolkenfenster'' eingesteuert. — Der technische Vorsprung der USA auf diesem Sektor läßt sich daran ermessen, daß 11 Satelliten von 1977 — 1981 mit zusammen 2740 Tagen Lebensdauer länger eingesetzt werden konnten als 175 sowjetische Satelliten mit zusammen 2650 Tagen Lebensdauer (2).

Funkbildsatelliten: Sie sind mit Infrarotkameras ausgerüstet, die die Registrierung von Wärmestrahlen ermöglichen. Darüber lassen sich Informationen über die Funktionsweise von lokalisierten Objekten erlangen, d.h. sie liefern beispielsweise Hinweise darauf, ob Fabrikgebäude stillgelegt oder in Betrieb sind (3).

Elektronische Aufklärungssatelliten: Sie werden als die ,,Ohren'' im All bezeichnet, die den Funk- und Radarverkehr abhören (1). Der Vorsprung der USA ,,*von ca. fünf Jahren dürfte bis heute erhalten geblieben sein.*'' (4)

Ozeanüberwachungs-Satelliten und ozeanografische Satelliten: Neben der Überwachung von Kriegsschiffen sammeln sie Informationen über Wellenhöhe und Meeresströmungen. ,,*Infrarotsensoren mit hoher Temperatur-Auflösung (angeblich bei 0,01 Grad Celsius) eignen sich zur Lokalisierung getauchter U-Boote aufgrund der Verwirbelung warmer Wasserschichten*'' (2).

Frühwarnsatelliten: Die USA haben zwei Frühwarnsatelliten des Typs Rhyolite im Einsatz, die auf geostrationären Positionen fest über einem Punkt der Erde in 36.000 km Höhe stationiert sind. Zwei weitere Satelliten befinden sich vermutlich als Ersatzpaar ebenfalls im All (3). 90 Sekunden nach dem Start von Interkontinentalraketen können die US-Frühwarnsysteme diese identifizieren und Voraussagen über deren weitere Flugbahnen machen.

Die sowjetischen Frühwarnsatelliten beschreiben eine elliptische Bahn und nähern sich der Erde zeitweilig bis auf 688 km.

Der Höhenunterschied des US- und des sowjetischen Systems ist für Versuche, das Frühwarnsystem des jeweiligen Gegners auszuschalten, bedeutungsvoll, denn die SU ist bis heute nicht in der Lage, Satelliten in 36.000 km Höhe anzugreifen.

Nachrichtensatelliten: Über Satelliten wickeln die USA zwei Drittel ihres grenzüberschreitenden militärischen Funkverkehrs ab. Das alte Defense Satellite Communication System (DSCS II) wird durch DSCS III abgelöst. Diese Satelliten mit einer auf 10 — 12 Jahre verdoppelten Lebensdauer werden von den US-Raumfähren ins All transportiert. Neben diesem System betreiben die USA zusätzlich Nachrichtensysteme der Luftwaffe (AFSATCOM) und der Marine (FLTSATCOM). Letzteres ,,*stellt die Verbindung zwischen den verschiedensten Überwachungssystemen (z.B. Unterwassermikrofonen) mit den Datenverarbeitungszentralen an Land her ... Es wird vermutet, daß*

teres ,,*stellt die Verbindung zwischen den verschiedensten Überwachungssystemen (z.B. Unterwassermikrofonen) mit den Datenverarbeitungszentralen an Land her ... Es wird vermutet, daß*
das U-Boot-Bekämpfungssystem der USA innerhalb der nächsten zehn Jahre eine Perfektion erreicht, die auch die sowjetischen U-Boote nicht mehr als unverwundbar gegenüber einem Erstschlag erscheinen lassen'' (3). Alle US-Kommunikationssysteme ,,*sind in das 'Worldwide Military Command and Control System' (WWMCS) einbezogen, das auch zivile und kommerzielle Einrichtungen enthält (z.B. INTELSAT, Comsat), die im Ernstfall als Reserve herangezogen werden können*'' (2).

Meteorologie- und Geodäsie-Satelliten: Die Zielgenauigkeit von Raketen wird durch atmosphärische Einflüsse (Feuchtigkeitsgehalt, Windgeschwindigkeit) und das Schwerefeld der Erde beeinträchtigt. Größte Exaktheit der Daten hilft deshalb bei der Verbesserung der Zielgenauigkeit. Militärische Wetteraufklärungsprogramme betreiben sowohl die USA wie die SU (4).

Navigationssatelliten: Die USA wollen bis 1988 das neue Navigationssystem NAVSTAR stationieren. NAVSTAR, in der Lage zu einer dreidimensionalen Positionsbestimmung von 15 Metern Genauigkeit und einer Geschwindigkeitsbestimmung auf 4 km/h, erlaubt die Steuerung von Flugzeugen, Marschflugkörpern und Raketen. Unter der Vielfalt der Einsatzmöglichkeiten von NAVSTAR sticht die Möglichkeit der Nachsteuerung U-Boot-gestützter Trident-II-Raketen hervor, die dann ,,*ebenfalls für einen gezielten Angriff auf Raketensilos, Flugplätze und Kommandozentralen genutzt werden können*'' (2). Das gesamte strategische Raketen- und Bombersystem der USA ist dann zum punktziel-genauen Erstschlag in der Lage.

Die Strategische Verteidigungsinitiative

Präsident Reagans ,,Wunderwaffe'', die Strategische Verteidigungs-Initiative (SDI) sieht die Erforschung, Entwicklung und Stationierung von Waffen zur Abwehr von Interkontinentalraketen vor. Die Abwehr interkontinentaler ballistischer Flugkörper (IBFK) ist theoretisch in allen drei Flugphasen der IBFK möglich:

,,*Jeder Abwehrgürtel ist durch spezifische Probleme gekennzeichnet. In der Startphase, die in der Regel bis zu fünf Minuten lang dauert, wird die Aufgabe dadurch vereinfacht, daß nur jeweils ein relativ großes Ziel vorhanden ist, das sich zudem durch seine heiße Abgasschleppe leicht verfolgen läßt. Außerdem wäre das Ziel bereits erreicht, wenn entweder das Starttriebwerk beschädigt oder der Gefechtskopf funktionsunfähig würde. Schließlich läßt sich der IBFK relativ einfach von einem raumgestützten Sensor aus verfolgen ...*

Vor der eigentlichen ballistischen Phase trennen sich die Wiedereintrittskörper vom Trägerfahrzeug. Dieser Vorgang, der gelegentlich als eine eigene, zusätzliche Phase betrachtet wird, dauert in der Regel einige Minuten. Daran schließt sich die ballistische

Vorgang, der gelegentlich als eine eigene, zusätzliche Phase betrachtet wird, dauert in der Regel einige Minuten. Daran schließt sich die ballistische
Phase von etwa 20 Minuten Dauer an, in der die einzelnen Wiedereintrittskörper ihre ballistische Flugbahn im Weltraum verfolgen. Da eine Zielerfassung und -verfolgung mit passiven Infrarotdetektoren außerordentlich schwierig sein wird, dürften in dem entsprechenden Abwehrgürtel aktive Radar- oder Lasersensoren eingesetzt werden.

Die Endanflugphase vom Eintritt der Wiedereintrittskörper in die obere Atmosphäre bis zum Erreichen des Zielgebiets dauert nur wenige Minuten. Innerhalb dieser Zeitspanne müssen die Gefechtsköpfe erfaßt, verfolgt und zerstört werden, und zwar möglichst bevor sie in die Nähe ihres Ziels geraten. Die vielfältigen technischen Probleme werden durch die wahrscheinliche Anwendung von Gegenmaßnahmen und Eindringhilfen noch weiter kompliziert'' (5).

Immerhin haben die nordamerikanischen Kriegsplaner auf einigen Sektoren bereits Erfolge zu verzeichnen. So gelang es ihnen am 10. Juni 1984, die Attrappe eines sowjetischen Atomsprengkopfes, die auf eine Minuteman-Rakete montiert worden war, oberhalb der Atmosphäre mit einem Abfanggeschoß zu zerstören, das auf der Basis eines Infrarot-Suchkopfes arbeitete.

Trotz solcher vereinzelten Fortschritte bei der Entwicklung von SDI-Bestandteilen hat eine Vielzahl von Wissenschaftlern sich eindeutig negativ zu der Frage geäußert, ob es aussichtsreich sei, ein System zu entwickeln, das die USA 100-prozentig gegen feindliche Interkontinentalraketen zu schützen vermag.

Eine Studie der ,,Union of Concerned Scientists'' (Vereinigung besorgter Wissenschaftler), der mit dem Nobelpreisträger Bethe (an der Entwicklung der Wasserstoffbombe beteiligt) und dem Physiker Garwin (früherer Pentagon-Berater und jetziger Leiter eines IBM-Foschungszentrums) beileibe nicht nur ,,Tauben'' angehören, kam zu folgenden Ergebnissen:

,,*— Raumstationen auf einer Erdumlaufbahn sind — mit bekannten Mitteln — leicht zu zerstören.*
— Laser-Waffen oder Waffen mit Teilchen-Strahlen, die Atomraketen noch in einer Entfernung von Hunderten oder gar Tausenden von Kilometern zerstören können, gibt es nicht. Sollte es einen technischen Durchbruch bei ihrer Entwicklung geben, dann bliebe die Stationierung solcher Waffen als weiteres ungelöstes Problem.
— Eine Abwehrkette aus chemischen Laser-Systemen müßte mindestens 1000 Stationen zählen, Kosten: rund 70 Milliarden Dollar, allein um die Stationen auf Umlaufbahnen zu bringen.
— Für ein System boden-stationierter Laser benötigte man über 1000 Spiegel im Weltraum, Spiegel von höchster Feinheit und Verwundbarkeit. Schon der Strom für die Laser-Stationen auf dem Boden würde mindestens 40 Milliarden Dollar kosten.
— Selbst wenn die Raketenabwehr zu 95 Prozent effektiv wäre — eine fast auszuschließende Annahme — würden die verbleibenden fünf Prozent sowjetischer Atomsprengköpfe genügen, um -zig Millionen Amerikaner zu töten.

auszuschließende Annahme — würden die verbleibenden fünf Prozent sowjetischer Atomsprengköpfe genügen, um -zig Millionen Amerikaner zu töten.
Niedrig fliegende, von U-Booten abgefeuerte Marschlugkörper könnten ... im Weltraum überhaupt nicht abgefangen werden'' (6).

Und der Physiker Allan Din kommt in dem bereits zitierten Artikel in der ,,Internationalen Wehrrevue'', die weder als anti-amerikanisch noch als technikfeindlich gelten kann, zu dem Fazit, daß ,,*eine umfassende Bewertung aller Technologien, die für die strategische Verteidigung in Frage kommen, es unwahrscheinlich erscheinen läßt, daß in absehbarer Zukunft ein Wechsel von der gesicherten gegenseitigen Vernichtung zum gesicherten Überleben stattfinden kann. Möglich ist dagegen ein besserer Schutz für eine begrenzte Anzahl strategisch wichtiger Punkte*'' (5).

Soweit nicht gezielte Panikmache gefragt ist, kommen selbst Pentagon-Experten zu dem Ergebnis, daß die USA ,,der Sowjetunion in der allgemeinen Weltraum-Technologie weit voraus'' seien, da der SU noch heute ,,superschnelle Computer und extrem empfindliche Sensoren'' fehlten (7).

Anti-Satelliten-Waffen (ASAT)

Die USA und die SU besitzen Waffen zur Zerstörung von Satelliten. Die SU setzte bei allen Erprobungen Jagdsatelliten ein, die von der Erde aus gestartet werden. Über ,,die grundsätzlichen Nachteile'' des ,,schwerfälligen und unflexiblen Satellitenabwehr-Systems'' der SU schreibt die Zeitschrift ,,Spektrum der Wissenschaft'' (August 1984; siehe Anm. 2):

,,*Erstens kann ein Satellit nur dann angegriffen werden, wenn er die Startrampe der Satellitenabwehr-Waffe in nicht allzu großer seitlicher Distanz überfliegt. Das trifft nur dann zu, wenn seine Umlaufbahn den Breitengrad, auf dem sich die Startanlage befindet, kreuzt. Das geschieht lediglich viermal am Tag. Folglich kann ein bestimmter Satellit durchschnittlich nur alle sechs Stunden bekämpft werden. Zum zweiten braucht man für das hohe Gewicht der eigentlichen Abwehrwaffe eine schwere, schubkräftige Antriebsrakete, die nur von wenigen Anlagen in der UdSSR gestartet werden kann. Weiterhin ist es schwierig, so massive, mit flüssigem Brennstoff angetriebene Raketen in rascher Folge von einer einzigen Startrampe abzufeuern. Und schließlich haben die Sowjets bei ihren Versuchen eine maximale Höhe von etwa 2400 Kilometern erreicht, die weit unter den Bahnen der wichtigen amerikanischen Navigations-, Frühwarn- und Fernmeldesatelliten liegt. Alles in allem lassen diese Faktoren darauf schließen, daß die Sowjets mit ihren Anti-Satelliten-Waffen mindestens eine Woche benötigen, um alle für sie überhaupt erreichbaren Satelliten der USA zu zerstören.*''

Dagegen kann der offizielle ,,Amerika-Dienst'' der US-Botschaft vom 18.7.1984 berichten: ,,*Die Vereinigten Staaten entwickeln ein moderneres System als das, das gegenwärtig von der Sowjetunion eingesetzt wird. Das amerikanische System besteht aus einem 28 Zentimeter langen 'Kleinstendanflugkörper', der auf eine 6 Meter lange Rakete montiert ist, die von einem F-15-Kampfflugzeug abgefeuert wird und ihr Ziel innerhalb von zehn Minuten erreichen kann. Speziell entwickelte Sensoren, die auf die schwache Wärmeabstrahlung eines Satelliten ansprechen, lenken den Endanflugkörper ins Ziel, das beim Auftreffen zerstört wird*'' (4). Wesentlicher Vorteil dieses luftstationierten Systems sei die ständige Einsatzbereitschaft an jedem Punkt der Erde, an dem entsprechend ausgerüstete F-15-Bomber starten und landen können.

Space Shuttle — Der US-amerikanische Raumgleiter

Die wiederverwendbaren bemannten US-Raumfähren — drei wurden bisher gebaut und eine wird 1985 fertiggestellt —, die 1981 mit dem ersten Flug der Columbia in Betrieb genommen wurden, stellen eine erhebliche Erweiterung des militärischen Weltraumpotentials der USA dar. Hauptaufgabe der Raumfähre ist der Transport ziviler und militärischer Satelliten, die im Frachtraum des Gleiters mitgeführt und von dort ins All ausgesetzt werden. Die für höhere Umlaufbahnen vorgesehenen Satelliten werden mit Hilfe eines vom Pentagon entwickelten Mini-Triebwerkes an ihren Bestimmungsort gebracht. Weltweites Aufsehen erregte Anfang des Jahres der Flug der Raumfähre Discovery, die den Spionage-Satelliten ,,Sigint'' ins All brachte, der auf einer geostrationären Position über dem Horn von Afrika stationiert wurde. ,,Sigint'' gilt als per-

Spionage-Satelliten ,,Sigint'' ins All brachte, der auf einer geostrationären Position über dem Horn von Afrika stationiert wurde. ,,Sigint'' gilt als per-
fektester existierender Spionagesatellit; er soll das Gebiet von der DDR bis zum Ural überwachen und umfassend das sowjetische Kommunikationssystem abhören können.

Daneben ist der Raumgleiter ,,*eine geeignete Plattform für die Beobachtung von gegnerischem Territorium. Gegenüber Spionagesatelliten hat das den Vorteil, daß anhand der Beobachtungen minutenschnell Entscheidungen getroffen werden können und die Flugbahn kurzfristig so verändert werden kann, daß interessante Gebiete intensiver beobachtet werden können. Die vorhandenen Aufklärungssatelliten können von der Space Shuttle aus nachgetankt und ihre Filmkapseln ausgewechselt werden, wodurch ihre Lebensdauer wesentlich erhöht würde. Mit Hilfe des Roboterarms im Frachtraum der Space Shuttle, der schon mehrfach beim Ein- und Ausladen von Satelliten erprobt wurde, können aber auch feindliche Satelliten gekapert werden*'' (8).

Ab 1987 sollen mit der Raumfähre Tests zur Erprobung von Ziel- und Steuerungssystemen von Laserwaffen durchgeführt werden. Von den insgesamt 311 bis 1994 geplanten Shuttle-Flügen wird mehr als ein Drittel (37 %) unter der Leitung des Pentagon stehen.

Quellennachweis:
1) Jasani/Lee, Waffen im Weltraum. Reinbek 1985
2) DFG-VK (Hrsg.), Rüstung im Weltraum. Friedenspolitischer Informationsdienst 1/1985
3) Orth (Hrsg.), Krieg der Sterne: Ein amerikanischer Traum für Europa. Frankfurt/M. 1985
4) Wolf/Hoose/Dauses, Die Militarisierung des Weltraums. Koblenz 1983
5) Din, Technik für den Krieg der Sterne. Wunschtraum oder Wirklichkeit? In: ,,Internationale Wehrrevue'' 1/1985
6) ,,Die Zeit'', 18.5.1984
7) ,,Der Spiegel'', 12.11.1984
8) ,,die tageszeitung'', 26.1.1985

fo.

Fortsetzung von Seite 36

und Mittelstreckenraketen zu entwickeln. Assistiert wurde Strauß vom CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dregger, der in eigenständigen Bemühungen der Westeuropäer auch einen Weg sieht, die Abwanderung qualifizierter Forscher in die USA zu verhindern (39).

Der Anstoß für die aktuelle Beschleunigung der Militarisierung des Weltraums durch die Westeuropäer kam im Februar 1984 von Frankreichs Präsident Mitterand: *„Wenn Europa in der Lage ist, eine bemannte Station in den Weltraum zu bringen, die ihm erlaubt, jede mögliche Bedrohung zu beobachten, zu übermitteln und damit zu verhindern, dann wird es einen großen Schritt auf seine eigene Verteidigung hin getan haben. Nicht zu vergessen die Fortschritte bei der elektronischen Datenverarbeitung und dem künstlichen Gedächtnis sowie die bereits bekannte Fähigkeit, Projektile abzufeuern, die sich mit Lichtgeschwindigkeit fortbewegen. Eine europäische Weltraumgemeinschaft wäre meiner Meinung nach die beste Antwort auf die militärischen Realitäten von morgen"* (40). Dieser Gedanke wurde im Oktober vergangenen Jahres von den Außen- und Verteidigungsministern der Westeuropäischen Union (WEU; Mitgliedstaaten: BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien und die Benelux-Länder) aufgegriffen, die sich mit der Europäischen Raumfahrt-Agentur (ESA) verständigen wollen, welchen Beitrag zur Entwicklung militärischer Weltraumtechnik beide Organisationen leisten können. Ein neuer Vorstoß in die gleiche Richtung ist in den vergangenen Wochen von Frankreichs Außenminister Dumas, unterstützt von Genscher, unternommen worden. Als Mittel zur Verstärkung der technologischen, ökonomischen und in deren Gefolge militärischen Kapazitäten aller interessierten westeuropäischen Staaten legte Dumas die Bildung einer „European Research Coordination Agency", einer Agentur zur Koordinierung der westeuropäischen Forschung, nahe (42). Namentlich genannt wurden die Bereiche Hochleistungslaser, Optoelektronik, neue Materialien, Großcomputer, künstliche Intelligenz, Hochgeschwindigkeits- und Miniatur-Mikroelektronik. Den feinsinnigen Unterschied zwischen SDI und „Eureka" unterstrich die „FAZ" mit folgenden Worten: *„Der amerikanischen militärischen Initiative mit zivilen Möglichkeiten stellt Paris Eureka als ein ziviles Programm mit der Möglichkeit militärischer Ausnutzung entgegen"* (43). Auf der WEU-Ministerratssitzung am 22. und 23. April erfuhr die Initiative besonders auf britisches Betreiben nur eine sehr zurückhaltende Unterstützung (44).

Ungeachtet weiterer politischer Entscheidungen über das Projekt „Eureka" spielt sich in der BRD gegenwärtig ein bemerkenswerter Prozeß der Konzentration wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Kapazitäten im wehrtechnischen Bereich ab. Die Daimler Benz ka" spielt sich in der BRD gegenwärtig ein bemerkenswerter Prozeß der Konzentration wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Kapazitäten im wehrtechnischen Bereich ab. Die Daimler Benz AG hat nach der vollen Übernahme der Motoren- und Turbinen Union MTU (45) nun auch die Mehrheitsbeteiligung bei der Dornier AG erhalten. Messerschmitt-Bölkow-Blohm und die Diehl AG sind im Verein mit der bayerischen Landesregierung dabei, sich an Krauss-Maffei zu beteiligen (45a). Besonders die Zentralisations-Offensive der Daimler Benz AG steht nach Experten-Meinung in unmittelbarem Zusammenhang mit SDI, denn sowohl MTU wie Dornier würden als Partner bei SDI-Projekten auch in den USA gern gesehen (46). Andererseits sind die Meinungsäußerungen westdeutscher Spitzenmanager zu SDI bei weitem nicht einhellig positiv gestimmt. Doch rühren die Zweifel vor allem daher, *„daß die Bundesregierung bei den SDI-Verhandlungen für die deutsche Industrie (nicht) genug herausholt"* und *„wir den Amerikanern für SDI nur das Geld rüberschicken sollen"* (47). Der Umkehrschluß: Die westdeutschen Wirtschaftsführer suchen den Weg, auf dem der größtmögliche Vorteil aus einer SDI-Beteiligung herausgeschlagen werden kann.

Die den westeuropäischen eigenen Raumfahrtprojekten zugrundeliegenden Zielsetzungen sind in der Empfehlung der WEU-Parlamentarierversammlung zur militärischen Nutzung des Weltraums (Juni 1984) zusammengefaßt. Die Parlamentarier *„empfehlen, daß der Rat (...) 2. eine größere europäische industrielle Beteiligung fordert sowohl für die NATO-Nachrichten-Satelliten und NATO-Militär-Satelliten-Programme wie bei der dazugehörigen Bodenstation-Infrastruktur (...) 6. klare Ziele und Prioritäten europäischer Weltraumpolitik im Laufe seiner politisch-militärischen Konsultation aufstellt für die Gebiete von Trägern, bemannten Modulen, Weltraumstations-Integration, Nachrichtenübermittlung, Wetter- und Fernerkundungssatelliten und bemannten, wiederverwendbaren Wartungs- und Raumtransportschiffen; 7. ein europäisches Überwachungs- und Aufklärungssatellitenprogramm vorschlägt, (...); 9. die Aufstellung eines westeuropäischen militärischen Wettersatellitenprogramms ... fordert;"* (48). Nicht wenige der angeführten Weltraumfahrzeuge und -plattformen sind bereits gebaut oder sollen in westeuropäischer Hand hergestellt werden: Ariane, Columbus, Hotol, Hermes, Instrumenten-Plattformen und militärische Aufklärungssatelliten.

Die westeuropäischen NATO-Staaten haben ein eigenes Raumfahrtprogramm bereits entwickelt und in Teilen umgesetzt. Dieses unterliegt in keinem Abschnitt ausschließlich zivilen Gesichtspunkten, sondern strebt bewußt neben der ökonomischen und wissenschaftlichen Stärke auch militärische Schlagkraft an.

Wer hier noch glaubt, mit einem Verzicht auf SDI und der Beschränkung aus westeuropäische Kooperationsprojekte sei viel gewonnen, irrt. Neben der Aufmerksamkeit, die wir dem offensiven Charakter einzelner SDI-Komponenten selbst schenken müssen, wird Aufklärungsarbeit über die „Alternativen" der Westeuropäer zur Hauptaufgabe in den kommenden Auseinandersetzungen gehören.

fo, Bremen

Anmerkungen

1) Arbeiterkampf 232, 5.4.83
2) zit. nach Orth (Hrsg.), Krieg der Sterne: Ein amerikanischer Traum für Europa
3) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 25.3.85
4) AK 232
5) Weise, Amerikanische Pläne für ein weltraumgestütztes Raketen-Abwehrsystem, in: Europa-Archiv 13/84
6) ebd.
7) Süddeutsche Zeitung (SZ), 20.4.85
8) DFG/VK (Hrsg.), Friedenspolitischer Informationsdienst 1/85
9) Frankfurter Rundschau (FR), 19.12.85
10) Yost, Die Sorgen der Europäer gegenüber den amerikanischen Plänen für eine Raketenabwehr, in EA 14/84
11) SZ, 2.3.85
12) vgl. Greiner, Zwanzig Argumente gegen den „Krieg der Sterne", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/85; DFU (Hrsg.), Abrüstungsinfo 3/85, Unsere Zeit (UZ), 22.2.85
13) entfällt
14) Österreichische Militärische Zeitschrift, 5/84
15) zit. in: FR, 3.4.85
16) zit. in ebd.
17) Le Monde diplomatique 3/84. In: Deutsche Volkszeitung (DVZ), 20.4.85
18) Der Spiegel, 6.5.85
19) Egon Bahr, Die Bonner Entscheidung zu SDI muß nein heißen, in: Vorwärts, 18.5.85
20) Gölzenleuchter, Laser — Heilmittel und Strahlenwaffe, in: Orth (Hrsg.), Krieg der Sterne
21) Der Spiegel, 6.5.85
22) zit. nach DFU (Hrsg.), Abrüstungsinfo 3/85
23) zit. nach: Neue Züricher Zeitung, 23.4.85
24) ebd.; vgl. SZ 28.2.85
25) FAZ, 23.8.83
26) FAZ, 23.3.84
27) EA 17/84
28) UZ, 19.12.84
3/85
23) zit. nach: Neue Züricher Zeitung, 23.4.85
24) ebd.; vgl. SZ 28.2.85
25) FAZ, 23.8.83
26) FAZ, 23.3.84
27) EA 17/84
28) UZ, 19.12.84
29) FR, 4.4.84
30) UZ, 15.12.84
31) Die Welt, 9.3.85
32) FAZ, 7.3.85
33) vgl. FAZ, 17. und 19.4.85; SZ, 19.4.85; Weser-Kurier (WK), 19.4.85
34) FAZ, 29.3.85. In der Bundestagsdebatte am 14.5.85 stellte die SPD sich vorbehaltlos hinter die Haltung der französischen Regierung, da allein sie die Interessen der Westeuropäer wahre (Le Monde, 16.5.85). Folgerichtig ruft Bahr in seinem bereits zitierten Artikel (Anm. 19) zur Unterstützung von Eureka auf. — Der Bremer Senatsrat und „Linksaußen der Bremer SPD", Horst Isola, kommt zu anderen Schlußfolgerungen: „Und wenn die Bundesrepublik als Frontstaat austritt, dann ist die NATO tot." Diesen Prozeß durch eine Massenbewegung zu forcieren, erscheint Isola als das neue große Ziel der Friedensbewegung (WK, 20.5.85).
35) Weinberger lt. FAZ, 4.4.85; Abrahamson lt. Die Welt, 27.4.85
36) Orth, ‚Star Wars' in Hessen, in: Orth (Hrsg.), Krieg der Sterne
37) vgl. FR, 6.10.82; Weise, in: EA 13/84
38) entfällt
39) FAZ, 24.4.85
40) zit. in EA 7/84
41) entfällt
42) Le Monde, 22.4.85
43) FAZ, 10.5.85
44) Im Kommuniqué erklärte der Ministerrat: „In Anbetracht der wachsenden Bedeutung der Technologie bekräftigen die Minister ferner die Entschlossenheit der Mitgliedstaaten, die notwendigen Maßnahmen im Rahmen der EG zu ergreifen, um Europas eigene technische Kapazität zu stärken und dadurch die Schaffung einer Technologie-Gemeinschaft zu erreichen."
45) Zu den Geschäften der MTU vgl. AK 255
45a) MBB gründete Anfang 1984 mit der französischen Aerospatiale die Firma Spacebus, die zunächst kommerzielle Satelliten für die Eurosatellite GmbH, an der neben westdeutschen und französichen Firmen ein belgischer Konzern beteiligt ist, bauen wird (Interavia 5/85)
46) FAZ, 18.5.85
47) Der Spiegel, 6.5.85; vgl. Der Spiegel, 13.5.85
48) Empfehlung der WEU-Versammlung zur militärischen Nutzung des Weltraums, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/84

Der Kampuchea-Konflikt

Teil 1: Geschichte und Hintergründe

1979 befreiten vietnamesische Truppenverbände Kampuchea vom Pol Pot-Regime. Ein Regime, das wie kein anderes die kommunistische Bewegung in der ganzen Welt diskreditiert hatte. Sechs Jahre sind die vietnamesischen Truppen nun in Kampuchea präsent und liefern sich permanente Gefechte mit den Truppenverbänden der Widerstandskoalition des ‚Demokratischen Kampuchea' (DK). Die Einheiten des DK, die entlang der thailändischen Grenze operieren, wären ohne die massive Ausrüstung mit Waffen und Lebensmitteln durch den US-Imperialismus und die VR China nicht lebensfähig. So ist der Kampuchea-Konflikt einerseits Ausdruck des Hegemonialstrebens der VR China, ist andererseits zentrales Instrument des Imperialismus, um Indochina zu destabilisieren, Vietnam in Südostasien zu isolieren und damit, in seiner Logik, den sowjetischen ‚Expansionismus' einzudämmen. Der vorliegende Artikel versucht die historische Entwicklung Kampucheas zu vermitteln.

Den roten Faden der Darstellung bilden die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen für eine sozialistische Revolution in Kampuchea und Vietnam, sowie die daraus resultierenden strategischen Differenzen und unterschiedlichen Interessen zwischen den kommunistischen Bewegungen beider Länder.

In der kampucheanischen Geschichte lassen sich sechs historische Phasen unterscheiden:

1. die vorkoloniale Zeit
2. die französische Kolonialzeit von 1864-1954 mit dem ersten Indochinakrieg 1946-1954
3. das Königreich von Kambodscha 1954-1970
4. die Khmer Republik 1970-1975 mit dem zweiten Indochinakrieg 1960-1975
5. das Demokratische Kampuchea 1975-1978
6. die Volksrepublik Kampuchea seit 1979 mit dem dritten Indochinakrieg 1978-?

In der vorkolonialen Zeit bis ins 15. Jahrhundert beherrschte das Khmer Reich Angkor fast ganz Indochina. Das Königreich Angkor kontrollierte Laos, Teile von Burma, Südvietnam und Südthailand. Aufgrund interner In der vorkolonialen Zeit bis ins 15. Jahrhundert beherrschte das Khmer Reich Angkor fast ganz Indochina. Das Königreich Angkor kontrollierte Laos, Teile von Burma, Südvietnam und Südthailand. Aufgrund interner Machtkämpfe zersplitterte das Khmer Reich in viele kleinere Reiche. Mit der französischen Kolonisierung wurde Kampuchea als eines von vier Protektoraten in die Indochinesische Föderation eingegliedert. Die Franzosen faßten ganz Indochina unter einer einheitlichen Verwaltungsstruktur zusammen, an deren Spitze ein französischer Generalgouverneur stand. Für die Ausplünderung Indochinas durch die Franzosen spielte Kampuchea bis ca. 1920 nur eine periphere Rolle. Das Schwergewicht der französischen Aktivitäten lag in Südvietnam. So ist es auch nicht verwunderlich, daß die erste kommunistische Bewegung Indochinas Anfang der 30er Jahre unter der Führung von Ho Chi Minh in Vietnam entsteht.

Indochina und die Kommunistische Internationale

Die KOMINTERN drängte die junge vietnamesische kommunistische Bewegung, den antikolonialen Befreiungskampf in einem gesamtindochinesischen Rahmen zu führen, also den Befreiungskampf auch gleichzeitig in Laos und Kampuchea aufzunehmen. Das Endziel sollte sein, die drei indochinesischen Völker nach der Revolution in einer Staatengemeinschaft zusammenzufassen, der ‚Indochinesischen Föderation'. Die damalige KOMINTERN-Linie ging davon aus, daß erfolgreiche Revolutionen in benachbarten Staaten zu einer Föderation dieser Staaten führen sollten. Die Föderationen wiederum sollten sich alsbald in die ‚Union der sowjetischen sozialistischen Weltrepublik' eingliedern. Diese Vorstellungen der KOMINTERN weckten bei den Vietnamesen wenig Begeisterung. Aufgrund der ökonomischen Rückständigkeit in Laos und Kampuchea beurteilten die vietnamesischen Kommunisten die revolutionären Entwicklungsmöglichkeiten beider Ländern sehr skeptisch. So folgten die vietnamesischen Kommunisten zwar theoretisch der KOMINTERN-Linie, taten jedoch praktisch wenig um in Laos und Kampuchea eine kommunistische Bewegung aufzubauen. Der Gründungsname der ersten kommunistischen Partei Indochinas lautete folgerichtig Vietnamesische KP. Er wurde erst auf Intervention der KOMINTERN in Indochinesische KP (IKP) umbenannt. Die IKP übernahm die KOMINTERN-Linie in der folgenden Zeit weniger prinzipiell, als aufgrund strategischer Überlegungen. So heißt es in einer Parteizeitung des Jahrs 1931: *„Falls die vietnamesische Revolution Erfolgt hat, der französische Imperialismus aber nach wie vor in Laos und* Zeit weniger prinzipiell, als aufgrund strategischer Überlegungen. So heißt es in einer Parteizeitung des Jahrs 1931: „Falls die vietnamesische Revolution Erfolgt hat, der französische Imperialismus aber nach wie vor in Laos und *Kampuchea lauert, bleibt die revolutionäre Macht erschütterbar."* (A.1) Die Linie war klar: sollten Laos und Kampuchea nicht aus eigener Kraft revolutionäre Bewegungen auf die Beine bringen, so müßten die Vietnamesen schon aus eigenem Interesse eine solche Bewegung in beiden Ländern aufbauen und führen. Die sozialen Bedingungen waren in diesen beiden Ländern jedoch völlig andere als in Vietnam. So hatten sich unter der französischen Kolonialverwaltung in Laos und Kampuchea die feudalen Gesellschaftstrukturen kaum gewandelt. Die Franzosen hatten fast alle Posten in der Administration mit Vietnamesen besetzt, vietnamesische Ansiedlungen in den Städten gefördert und beschäftigten auch auf den Gummiplantagen von Laos und Kampuchea hauptsächlich Vietnamesen. So gab es nur eine sehr kleine nichtvietnamesische Elite in den Städten, die nur wenig radikalisiert war. Die sozioökonomische Rolle der vietnamesischen Bevölkerungsgruppe unter der französischen Kolonialverwaltung förderte deshalb ethnische Ressentiments der Khmer und der Laoten gegen die Vietnamesen. Die IKP selbst wurde von der Kolonialmacht scharf verfolgt und konnte kaum Kader für den Parteiaufbau in Laos und Kampuchea abstellen, wollte sie den Parteiaufbau im eigenen Land nicht gefährden. Der Aufbau einer Parteibasis in beiden Ländern kam deshalb nur schleppend voran, die Regionale Parteikonferenz für Laos im September 1934 stellte denn auch selbstkritisch fest, daß es in Laos nicht ein laotisches Parteimitglied gab. Neue Parteimitglieder wurden hauptsächlich aus der vietnamesischen Bevölkerungsgruppe rekrutiert, wie sich auch die ganze Parteipropaganda an eben diese Gruppe richtete. Noch 1938 mußte das Zentralkomitee feststellen, daß die IKP in Laos keinerlei und in Kampuchea eine nur sehr schwache Basis hatte.

Die vietnamesischen Vorstellungen über eine ‚Indochinesische Föderation' standen in der Tradition der von Lenin entwickelten Nationalitätenpolitik und damit auch im Widerspruch zu der von Stalin Mitte der 30er Jahre eingeleiteten Politik der ‚Russifizierung'. *„Nach der Vertreibung der französischen Imperialisten aus Indochina"*, heißt es in der Parteitagsresolution von 1935, werden alle Nationen *„das Recht auf Selbstbestimmung einschließlich des Rechtes auf Separation zur Bildung eines unabhängigen Staates mit einem politischen System eigener Wahl haben."* (A.2)

Kampuchea wird unabhängig

Während des zweiten Weltkrieges besetzten die Japaner Kampuchea und

Kampuchea wird unabhängig

Während des zweiten Weltkrieges besetzten die Japaner Kampuchea und

erklärten es für unabhängig. Norodom Sihanouk, der 1941 im Alter von 18 Jahren zum König gewählt worden war, konnte von den Japanern überredet werden alle Verträge Kampucheas mit Frankreich aufzukündigen.

Die Unabhängigkeit Kampucheas von Japans Gnaden sollte nicht von langer Dauer sein. Nachdem Japan, das fast ganz Südostasien besetzt hielt, sich im Zuge des weiteren Kriegsverlaufs auch aus Kampuchea zurückziehen mußte, gelang es Frankreich noch einmal sein koloniales Herrschaftssystem in Kampuchea wieder zu errichten.

Der Pessimismus der vietnamesischen Kommunisten bezüglich einer revolutionären Entwicklung für Kampuchea, blieb auch in den 40er Jahren das bestimmende Element ihrer Bündnispolitik. So bemühten sie sich bis Anfang der 50er Jahre hauptsächlich um die Zusammenarbeit mit antifranzösischen nationalistischen Kräften in Kampuchea und stellten den Aufbau einer landesweiten kommunistischen Khmer-Sektion der IKP weiter zurück. Bereits während des Krieges, 1942, formierte sich die erste antikoloniale und bewaffnete Widerstandsorganisation in Kampuchea, die *Khmer Issarak* (‚unabhängige Khmer'). Die *Khmer Issarak* kooperierten militärisch stark mit der vietnamesischen Befreiungsorganisation, den Viet Minh, in einigen Regionen Kampucheas bildeten sie sogar gemeinsame Kommandostrukturen. Politisch aber blieben die ideologisch recht heterogenen *Khmer Issarak* auf Abstand zur IKP. So zählte die Parteiführung der IKP bis 1951 nur 40 Khmer-Mitglieder in den eigenen Reihen, 1951 markiert je-



Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

doch auch den Wendepunkt der vietnamesischen Führung zugunsten einer eigenständigen kommunistischen Partei in Kampuchea. Denn bereits 1949 schloss Frankreich mit Laos, Kampuchea und Südvietnam Verträge über eine begrenzte Unabhängigkeit ab, wobei die Franzosen gleichzeitig sicherstellten, daß die zentralen Entscheidungen in ihrer Hand blieben.

Die neue formale Unabhängigkeit der drei indochinesischen Kolonien wurde von den Vietnamesen zu recht als ein Ablenkungsmanöver bezeichnet, um das alte Kolonialsystem aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig nahm die vietnamesische Führung die Unabhängigkeitsverträge jedoch zum Anlaß, das Konzept der indochinesischen Parteistruktur aufzugeben und stärker als vorher den Aspekt des nationalen Befreiungskampfes zu betonen. Im Februar 1951 benennt sich die IKP in Partei der Werktätigen Vietnams um, und im September des gleichen Jahres wird die revolutionäre *Volkspartei der Khmer* (VPK) gegründet, sie gilt als die Vorläuferorganisation der KP-Kampucheas.

Erst die Genfer Indochina-Konferenz 1954 entläßt Kampuchea in die vollständige Unabhängigkeit. Die wachsende *Khmer Issarak* Bewegung in Kampuchea, hatte es den Franzosen ratsamer erscheinen lassen, auf die auch vom Königshaus unter Prinz Sihanouk erhobene Unabhängigkeitsforderung einzugehen und damit Sihanouks Führungsanspruch zu stärken. In der Tat war die Genfer Indochina Konferenz ein großer außen- wie innenpolitischer Erfolg für Sihanouk. Er allein vertrat dort die Interessen Kampucheas, während die *Khmer Issarak* von der Teilnahme ausgeschlossen wurden. Der Vertragsentwurf von Genf sah für Kampuchea einen neutralen außenpolitischen Status sowie den Abzug aller fremden Truppen vor (damit waren sowohl die Franzosen, wie auch die Viet Minh-Verbände gemeint, die z.T. von kampucheanischen Boden aus operierten). Mit der Erreichung der Unabhängigkeit verloren die *Khmer Issarak* an Einfluß, versammelten sich entweder hinter dem Königshaus oder gingen in die noch legale Opposition. Der Abzug aller vietnamesischen Truppenverbände entließ die junge VPK in die vollständige organisatorische Unabhängigkeit. Die Lage der VPK war wenig rosig: weder hatte sie Einfluß bei den Massen, noch kontrollierte sie ein größeres Gebiet oder besaß einen bewaffneten Arm. So zogen es ein Drittel der ca. 1800 Mitglieder der VPK vor, sich mit den Viet Minh-Truppen nach Vietnam abzusetzen. Eine kleinere Gruppe von Intellektuellen gründete die *Krom Pracheachon* um sich an den im Genfer Abkommen für 1955 vorgesehenen Wahlen zu beteiligen. Die *Krom Pracheachon* bildete den legalen Arm der VKP, während die kommunistische Partei selbst nicht in der Öffentlichkeit agierte.

Im März 1955 verzichtet Prinz Sihanouk freiwillig auf den Thron, um sich als ‚gewöhnlicher Bürger' ganz der Politik zu widmen. Er gründet eine rechte

Krom Pracheachon bildete den legalen Arm der VKP, während die kommunistische Partei selbst nicht in der Öffentlichkeit agierte.

Im März 1955 verzichtet Prinz Sihanouk freiwillig auf den Thron, um sich als ‚gewöhnlicher Bürger' ganz der Politik zu widmen. Er gründet eine rechte

Sammlungsbewegung ‚aller Khmer', die *Sangkum*. Sie repräsentiert im wesentlichen das gesammte Spektrum der alten Rechts-Parteien. Im Verlaufe des Wahlkampfes setzt Sihanouk alle Mittel seiner Administration ein, um die verbliebene Opposition, die *Demokratische Partei* und die *Krom Pracheachon* zu unterdrücken. Oppositionsblätter werden verboten, und mehere Kandidaten der Linken verbringen die Zeit des Wahlkampfes im Gefängnis. Die Wahl wurde zu einem überwältigenden Erfolg für die *Sangkum* (84% der Stimmen), war aber von zahlreichen Berichten über Unregelmäßigkeiten bis hin zum Wahlbetrug in einigen Provinzen überschattet. Die geschlagene Opposition hatte nach diesen Wahlen nichts mehr zu lachen, Kampuchea entwickelte sich quasi zu einem Einparteien-Staat der *Sangkum* mit Sihanouk an der Spitze. Bis 1960 hatte Sihanouk die kommunistische Linke bis zur Einflußlosigkeit dezimiert. Hanoi intervenierte nicht zugunsten der Kommunisten, sondern nahm eine eher abwartende Haltung ein, denn Sihanouk verfolgte außenpolitisch einen neutralen Kurs. Zwar unterzeichnete er bereits 1955 ein militärisches Hilfsabkommen mit den USA, die damit zum Hauptausrüster der Kampucheanischen Armee wurden, widersetzte sich aber gleichzeitig dem Beitritt zur Southeast Asia Treaty Organization. (Die SEATO war ein von den USA gesponsertes Militärbündnis, dem Großbritannien, Frankreich, die Phillipinen, Pakistan, Australien und Neuseeland beitraten. Es diente der militärischen Einkreisung der SU.) Um die Balance zu den USA bewahren, sowie eine gewisse Unabhängigkeit gegnüber deren Hilfslieferungen zu behalten, nahm Si-



Khmer Rouge

hanouk diplomatische Beziehungen mit der SU und der VR China auf und schloß mit beiden Ländern Handelsverträge ab. Die vietnamesische Führung machte kein Hehl daraus, daß sie Interesse an einer Fortsetzung von Sihanouks Neutralitätspolitik hatte, denn sie verschaffte ihr ein ruhiges Hinterland für den ‚Hauptkriegsschauplatz' Südvietnam. Kampuchea wurde als ‚Nebenkriegsschauplatz' betrachtet und die Aufgabe der Khmer-Kommunisten darin gesehen, den gemeinsamen Feind auf dem ‚Hauptkriegsschauplatz' zu schlagen. So empfahlen die vietnamesischen Kommunisten ihrer Bruderpartei in Kampuchea den neutralistischen Kurs Sihanouks zu unterstützen und sich darauf zu beschränken, Machtpositionen innerhalb der Sihanouk-Administration aufzubauen. Diese politische Linie der Vietnamesen stieß zum ersten Male auf Widerstand innerhalb der verbliebenen Reste der VKP. Eine Gruppe jüngerer Kommunisten angeführt von Saloth Sar (nannte sich später Pol Pot) und Ieng Sary traten auf dem Parteikongreß September 1960 gegen die vietnamesische Linie an. Die Gruppe um Pol Pot und Ieng Sary stand nicht in der Tradition der IKP. Sie rekrutierte sich vielmehr aus dem in Frankreich von Khmer-Studenten gegründeten marxi-

Sar (nannte sich später Pol Pot) und Ieng Sary traten auf dem Parteikongreß September 1960 gegen die vietnamesische Linie an. Die Gruppe um Pol Pot und Ieng Sary stand nicht in der Tradition der IKP. Sie rekrutierte sich vielmehr aus dem in Frankreich von Khmer-Studenten gegründeten marxi-

stischen Zirkel, dessen Mitglieder von 1956-1960 nach Kampuchea zurückkehrten. Die Gruppe um Pol Pot trat auf dem Parteitag dafür ein, Vorbereitungen zu treffen, den bewaffneten Kampf gegen das Sihanouk-Regime aufzunehmen. (A.3) In den folgenden zwei Jahren ist die KPK durch heftige Auseinandersetzungen zwischen der provietnamesischen Linie und der Pol Pot-Gruppe paralysiert. Mitte 1962 ‚verschwindet' unter bis heute nicht geklärten Umständen der provietnamesische Partei-Sekretär Tou Samouth, und acht Monate später gelingt es Pol Pot auf einem außerordentlichen Parteitag zum Parteiführer gewählt zu werden. Mitte 1963 verläßt das gesamte Zentralkommitee Phnom Penh und begibt sich ins unzugängliche Hinterland Kampucheas, um unter der Bauernschaft eine politische Basis für den bewaffneten Kampf gegen Sihanouk aufzubauen.

Während die KPK im Hinterland Kampucheas eine Front gegen Sihanouk aufbaut, wird derselbe ein immer wichtigerer Bündnispartner für Hanoi. Sihanouk hatte es recht geschickt verstanden seine balancierende Politik zwischen dem westlichen und dem sozialistischen Lager fortzusetzen, immer von der Intention geleitet ein Optimum an Hilfslieferungen aus beiden Lagern herauszuschlagen. Nach der Weigerung Sihanouks der SEATO beizutreten, verfolgte die USA gegenüber Kampuchea eine Doppelstrategie. Sie begann verdeckt die rechtsgerichteten *Khmer Serei* (‚freie Khmer') zu unterstützen. Die *Khmer Serei* operierten von Thailand und Südvietnam aus gegen das Khmer-Gebiet und standen in enger Verbindung mit dem reaktionärsten, pro-US-imperialistischen Kern der *Sangkum*, der unter anderem durch Leute wie den späteren Putschisten Lon Nol repräsentiert wurde und auch in der Regierung Sihanouks vertreten war. Die Aktivitäten der *Khmer Serei* ließen die Beziehungen Kampucheas zu seinen mit dem US-Imperialismus verbündeten Nachbarn abkühlen. 1961 brach Sihanouk die diplomatischen Beziehungen zu Thailand ab. 1963 kündigt er alle Hilfsabkommen mit den USA auf, um schließlich 1965 auch diplomatischen Beziehungen zu den USA abzubrechen. Die städtische Elite hatte am meisten von den US-Lieferungen profitiert, versorgte sie sie doch mit den Luxusgegenständen, Autos etc., die Kampuchea aus eigener Kraft nicht produzieren konnte. Das Ausbleiben der US-Lieferungen schwächte die Verankerung Sihanouks in der städtische Elite und stärkte den Einfluß der proimperialistischen Kräfte der *Sangkum* um Lon Nol.

Der amerikanische Kriegseintritt 1965

Der Kriegseintritt der USA steigerte noch einmal das Interesse der Hanoi-Führung die guten Beziehungen zu Si-

Der amerikanische Kriegseintritt 1965

Der Kriegseintritt der USA steigerte noch einmal das Interesse der Hanoi-Führung die guten Beziehungen zu Si-

hanouk auszubauen, da das Khmer-Gebiet an der Grenze zu Südvietnam zunehmende Bedeutung als Rückzugsraum und Nachschubterritorium für die *National Liberation Front* Südvietnams (NLF) und die Viet Minh-Verbände gewann. Die amerikanischen Luft- und Bodenoperationen zwangen immer mehr vietnamesische Truppenverbände sich auf Khmer-Territorium häuslich niederzulassen. Sihanouk tolerierte dies und erlaubte sogar Waffentransporte durch Kampuchea, die im Hafen Sihanoukville angelandet wurden. Als sich Mitte 1965 die neue Führung der KPK erstmals persönlich mit der vietnamesischen Führung traf, war Sihanouk zu einem direkten Verbündeten Hanois geworden. So ist es nicht verwunderlich, daß der vietnamesische Delegationsleiter Le Duan die Khmer-Kommunisten noch einmal nachdrücklich aufforderte auf „*den revolutionären Kampf zu verzichten und den Sieg der Vietnamesen abzuwarten, der automatisch den Sieg in Kambodscha erringen wird.*" (A.4) Tatsächlich nahmen die *Khmer Rouge* (A.5) erst 1967 im begrenzten Umfang Guerillaaktivitäten auf. Das lag weniger an den Ratschlägen Hanois, als vielmehr an den Problemen der Waffenbeschaffung. Bis zum Sturz Sihanouks 1970 weigerte sich die Demokratische Republik Vietnam (DRV) wie auch die NLF, Waffen an die *Khmer Rouge* zu liefern.

1967 spitzt sich die innenpolitische Situation in Kampuchea zu. Das Ökonomische System Kampucheas war auf eine ständige Infusion mit ausländischen Hilfslieferungen angewiesen. Als ab 1963 die amerikanischen Lieferungen ausblieben, versuchte die Sihanouk-Administration dies durch die Erhöhung des ökonomischen Drucks auf die Landbevölkerung auszugleichen. Das geschah hauptsächlich mittels Steuererhöhungen und über den zwangsweisen Ankauf von Reis unter Weltmarktpreis zu Exportzwecken. Die erzielten Profite halfen das Haushaltsdefizit zu stopfen, wenn sie nicht zuvor in den Taschen der korrupten Verwaltung verschwanden. Die Verarmung der Landbevölkerung schuf die materielle Basis für mehrere Bauernaufstände von 1967-69, die in blutiger Weise vom Militär niedergeschlagen wurden. Sie wurden von zahlreichen Massendemonstrationen in den Städten begleitet. Während dieser Bauernaufstände gelang es den *Khmer Rouge* in einigen Provinzen Masseneinfluß auf die Landbevölkerung zu gewinnen und im größeren Umfang Guerillaeinheiten aufzubauen. Jedoch auch Teile der linken, städtischen Intelligenz verließen Phnom Penh und schlossen sich den *Khmer Rouge* an.

Lon Nol puscht

Die Aufnahme des bewaffneten Kampfes belastete das bis dato gute Verhältnis von Sihanouk zur DVR und NLF. Sihanouk glaubte, daß die Vietnamesen die Machtmittel besäßen den Aufstand der *Khmer Rouge* zu stoppen. Als sich dies nicht einstellte, drohte er offen mit einer Annäherung an den US-Imperialismus und ließ kurzzeitig die Transport- und Nachschubwege unterbrechen. Diese Aktionen Sihanouks hatten aber mehr symbolischen Charakter und dienten innenpolitisch der Besänftigung jener Bourgeoisiefraktion, die sich am US-Imperialismus orientierte. Diese Fraktion stellte seit 1966 die Mehrheit in Nationalversammlung und Regierung. Hatte Sihanuok es sich bis 1966 immer vorbehalten die Kandidaten der *Sangkum* von Hand zu verlesen, so ließ er sich 1966 erstmals auf ‚freie' Wahlen ein. Mit dem Erfolg, daß die proamerikanische Rechte einen immer stärkeren Einfluß auf die Regierung bekam. Die vietnamesische Truppenpräsenz auf Khmerboden war der proamerikanischen Rechten ein bohrender Stachel im Fleisch.

In der Tat hatte sich die Anzahl der vietnamesischen Basen bis 1969 vervielfacht. Die Truppenverbände kooperierten zwangsläufig eng mit der ansässigen Zivilbevölkerung, sodaß das früher gegebene Versprechen, sich abseits der Zivilbevölkerung aufzuhalten, nicht mehr eingehalten werden konnte. De facto übten die vietnamesischen Truppen in weiten Teilen der Grenzprovinzen die administrative Kontrolle aus. Die vietnamesische Truppenpräsenz wurde deshalb zum bestimmenden Thema der Innenpolitik Kampucheas. Sihanouk unternahm mehrere propagandistische Versuche seinen Kritikern das Wasser abzugraben, unter anderem stimmte er im Juni 1969 der Wiedereröffnung der US-Botschaft in Phnom Penh zu. Letztendlich blieb es aber bei der Tolerie-

den Thema der Innenpolitik Kampucheas. Sihanouk unternahm mehrere propagandistische Versuche seinen Kritikern das Wasser abzugraben, unter anderem stimmte er im Juni 1969 der Wiedereröffnung der US-Botschaft in Phnom Penh zu. Letztendlich blieb es aber bei der Tolerie-

rung der vietnamesischen Präsenz. So unterzeichnete er im September 1969, anläßlich der Begräbnisfeierlichkeiten für Ho Chi Minh in Hanoi, erneut ein Abkommem, das den Transport des vietnamesischen Nachschubs durch Khmer-Gebiet regelte (auf profitabler Basis für die königliche Regierung, versteht sich).

Das militärische Interesse des US-Imperialismus konzentrierte sich 1970 auf Kampuchea. Das langfristige Ziel der USA, daß eigene Engagement ein Stück weit zurückzunehmen und den Indochinakrieg zu ‚vietnamesieren', machte es erforderlich dem Saigon-Regime nachhaltig den Rücken freizukämpfen und das Aufmarschgebiet der NLF in Kampuchea zu zerstören. Dazu bedurfte es einer mit dem US-Imperialismus eng kooperierenden Regierung in Phnom Penh, die die Ausweitung des Krieges auf das Staatsgebiet Kampucheas auch in den Augen der Weltöffentlichkeit tolerierte.

Am 18. März 1970 nutzten die proamerikanischen Rechten um Lon Nol und Sirik Matak Sihanouks Aufenthalt in Moskau zum Staatsstreich. Der Staatsstreich diente nicht nur amerikanischen Interessen, sondern war gleichzeitig Ausdruck der Auseinandersetzungen innerhalb der Bourgeoisie. Lon Nol und Kumpane waren keineswegs faschistische Widersacher, sondern vielmehr kampferprobte Weggefährten Sihanouks, besonders bei der Kommunistenverfolgung. Mit Lon Nol setzte sich die Gruppe der Kompradoren gegen den Teil der Bourgeoisie durch, der, vertrauend auf die nationalen Ressourcen, einen vom Imperialismus unabhängigeren Entwicklungsweg weiter verfolgen wollte.

Und die vietnamesischen Kommunisten?

Mit dem Sturz Sihanouks, stand für DRV und NLF der Hauptfeind auch in Kampuchea. Eine bewaffnete Widerstandsfront in Kampuchea aufzubauen wurde damit zur tagespolitischen Sofortaufgabe. Insbesondere bot aus vietnamesischer Sicht die Einbeziehung Sihanouks in eine Widerstandsfront ‚hervorragende Möglichkeiten' den bewaffneten Widerstand in der Khmer-Bevölkerung zu verankern und international zu legitimieren. Die neue Lage schaffte an sich die objektiven Voraussetzungen für eine Wiederannäherung zwischen den *Khmer Rouge* und der Hanoi-Führung. Wie die weitere Entwicklung aber zeigen wird, waren Haß und Mißtrauen gegenüber der Hanoi-Führung bei den leitenden Kadern der Pol Pot-Clique so weit entwickelt, daß sie versuchten jedweden direkten politischen Einfluß der Vietnamesen auf den Aufbau der Befreiungsfront abzu-



Pol Pot



Sihanouk



Sihanouk

wehren. Aus ihrer Sicht hatte sich die Revolution in Kampuchea zu lange durch die vietnamesische Bündnispolitik und Militärstrategie gängeln und behindern lassen.

M., Hamburg

Fortsetzung im nächsten AK:
Pol Pot, wer war das eigentlich ?
Zur Politik und Ideologie der Khmer Rouge 1970-1978

Quellen:
Um dem Leser 1001 Anmerkung zu ersparen, sei nur die diesem Artikel zugrunde liegende Literatur genannt.
a) Peasants and Politics in Kampuchea, 1942-1980, Ben Kiernan und Chanthou Boua, 1982
b) Revolution and Its Aftermath in Kampuchea: Eight Essays, David P. Chandler und Ben Kiernan, 1983
c) Der Mythos des Internationalismus, Kursbuch 57, 1979
d) Communist Party Power in Kampuchea (Cambodia), Timothy Carney, 1977
e) Kurze Geschichte der Partei der Werktätigen Vietnams, Verlag Rote Fahne, 1972
d) Indochina von Peking aus gesehen, Norodom Sihanouk, 1972
f) Die sowjetischen Beziehungen zur sozialrevolutionären Bewegung und zur sozialistischen Republik Vietnam, Andreas Buro, in: blätter des iz3w Nr.110, Juni 1983
g) Kampuchea In The Seventies, Report Of A Finish Inquiry Commission, 1982

Zitate und Anmerkungen:
Kampuchea wurde erst 1975 die offizielle Staatsbezeichnung (vorher Kambodscha), wird aber im Text zeitunabhängig verwendet.
A.1 zitiert nach Literaturhinweis b), S. 60
A.2 ebenda S. 63
A.3 Auf dem Parteitag wurde auch der Name der Partei in Kommunistische Partei Kampucheas (KPK) geändert, der auch im folgenden Text verwandt wird.
A.4 zitiert nach Literaturhinweis b), S. 67
A.5 Khmer Rouge ist eine Namensschöpfung von Sihanouk, die sich allgemein durchsetzte und im weiteren Text verwandt wird.

Philippinen

Das Marcos-Regime im Zangengriff seiner Gläubiger

Zum Zusammenhang von ökonomischer und politischer Krise

von Rainer Werning

Die vergangenen zwei Jahre nach der spektakulären Ermordung des Oppositionspolitikers Benigno Aquino auf dem Flughafen von Manila waren gleichzeitig zwei Jahre ununterbrochenen Krisenmanagements.

Unter Führung von Vertretern des amerikanischen Verteidigungs- und Außenministeriums, des Schatzamtes und der CIA sowie internationaler Finanzkreise wurde nach der Möglichkeit eines ,,ordnungsgemäßen'' Nach-Marcos-Szenarios geforscht. Die von den Krisenmanagern dekretierte Austeritätspolitik verschärfte jedoch allein jene Krise, zu deren Lösung sie sich zusammengefunden hatten.

Entwicklungspolitik à la IWF und Weltbank

Die Philippinen traten 1946 als eines der ersten Länder der internationalen Währungsfond-Weltbank-Gruppe (IWF-WB-Gruppe) bei. Beim IWF stand Manila Ende Februar 1982 mit 1,5 Mrd. Dollar in der Kreide.

Von der Weltbank und der ihr angeschlossenen Internationalen Entwicklungsvereinbarung (IDA) erhielt Manila zwischen 1957 und 1971 290,5 Mio. US-Dollar an Krediten; von 1972 bis Juni 1982 wuchs das Kreditvolumen jedoch auf 3,208 Mrd. US-Dollar an. Seit Verhängung des Kriegsrechts — 1972 — waren die Philippinen als eines der Vorzugsgebiete der Weltbank klassifiziert worden; dieser ,,Vorzug'' findet heute seinen Ausdruck darin, daß die Philippinen zum achtgrößten Schuldner der Weltbank aufgestiegen sind.

Zwischen 1976 und 1978 beanspruchten die Phillipinen als erstes asiatisches Land Kredite aus den EFF-Mitteln (Erweiterte Fonds-Fazilitäten). Die EFF sind als Standby-Darlehen an die Einhaltung festumrissener Auflagen gekoppelt und innerhalb von vier bis zehn Jahren hochverzinst zurückzuzahlen. Diese Gelder dienen im Gegensatz zu anderen Darlehen über längere Zeit und in größerem Ausmaß dem Ausgleich von Zahlungsbilanzdefiziten. Das Land, das EFF-Mittel in Anspruch nimmt, muß sich zur Aufstellung eines mindestens dreijährigen Stabilisierungsprogrammes, das der Zustimmung des IWF bedarf, verpflichten. Manila muß künftighin IWF-Expertenteams alle sechs Monate die zur Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung benötigten Eckdaten zur Verfügung stellen

Die der Inanspruchnahme von EFF-Mitteln vorangegangenen Absichtserklärungen der Regierung wurden bald offizielle Eckpfeiler des von der regierungseigenen Nationalen Wirtschafts- und Entwicklungsbehörde (NEDA) entworfenen Vierjahresplans (1974-77) und Zehnjahresplans (1978-87).

Vergleicht man die IWF-WB-Empfehlungen mit der offiziellen Regierungspolitik, wie sie sich in NEDA-Plänen widerspiegelte, so ergaben sich nachgerade verblüffende Übereinstimmungen:

gierungspolitik, wie sie sich in NEDA-Plänen widerspiegelte, so ergaben sich nachgerade verblüffende Übereinstimmungen:



In den Flüchtlingslagern grassieren Cholera, Malaria, Tbc ...

In den Flüchtlingslagern grassieren Cholera, Malaria, Tbc ...



... Privatpolizisten bewachen die Häuser der Reichen

Propagierte die IWF-WB-Gruppe für den industriellen Sektor eine Herabsetzung von Zolltarifen, eine Liberalisierung von Importlizenzen sowie verstärkte Exportförderungsanreize, so beschloß das Marcos-Regime eine vierphasige Verminderung von Einfuhrzöllen, das Floaten des Pesos und eine Schwerpunktverlagerung auf Exportproduktion.

Legte sich die IWF-WB-Gruppe im Finanzbereich für eine begrenztere Spezialisierung von Finanzinstitutionen, für die Entwicklung eines langfristigen Kapitalmarktes und dessen Effizienzsteigerung ins Zeug, so antwortete Manila mit Finanz- und Monetärreformen im Jahre 1980, zu denen u.a. die notwendige Kapitalaufstockung bei Banken von 20 auf 100 Mio. Pesos (5 Mio. US-Dollar) zählte.

Setzte sich schließlich die IWF-WB-Gruppe im Energiesektor für ein verbessertes Management ein, so reagierte Manila seit 1979 mit mehrfachen drastischen Preiserhöhungen für Ölprodukte.

Die SAL sind eng an die Standby-Kredite — derer Manila zwischen 1962 und März 1983 immerhin 17 aufnehmen mußte — und EFF gekoppelt. Ein Bericht des US-Schatzamtes äußerte sich über die Verknüpfung dieser Darlehen wie folgt: ,,.... *SAL werden gewöhnlich nur dann genehmigt, wenn der Schuldner mit dem IWF ein EFF-Abkommen ausgehandelt hat, ein Faktor, der in erhöhtem Maße die Zusammenarbeit von Bank und Fonds fördert. Ohne diese Kooperation ... wären die Einflußmöglichkeiten der (Welt)Bank über makropolitische Richtlinien begrenzt.*''(1)

Wenig Schmeichelhaftes verlor der damalige philippinische Zentralbankgouverneur Gregorio Licaros über die Kreditauflagen des IWF. In einem Interview mit dem ,,Euromoney''-Magazin (London) verglich er sie schlicht mit einer ,,*Zwangsjacke, mit der man zu leben''* habe.(3)

Konkret hieß das: **Senkung der Binnennachfrage durch**
— Drosselung des Geldvolumens und einheimischer Kredite;
— umfassende Zinsreformen und Beseitigung von Preiskontrollen grundlegender Güter des lokalen Gebrauchs;
Erhöhung der Regierungseinnahmen und drastische Einschnitte auf der Ausgabenseite durch
— erhöhte indirekte Steuern (wie Sondersteuern auf Ölprodukte, alkoholische Getränke und Zigaretten);
— Minderung bzw. Eliminierung von Nahrungsmittelsubventionen und
— stufenweise Herabsetzungen der Haushaltsdefizite von 3,9% des Bruttosozialprodukts im Jahre 1982 auf 2% des BSP 1984;
Minderung des Zahlungsbilanzdefizits durch
— Floaten der Landeswährung (was deren faktische Abwertung bedeutet);
— direkte Abwertungen;
— Importliberalisierung, d.h. Beseitigung zusätzlicher Einfuhr- und Devisenkontrollen mit dem Effekt, daß Devisen und Importe ungehindert in den Wirtschaftskreislauf fließen und aus ihm abgezogen werden können;
— Exportproduktionen und
— verstärkte Ermutigung von Auslandsinvestitionen.

Um ein kontinuierliches Überwachen dieses Maßnahmenbündels zu garantieren, schlug seit 1970 ein vom IWF bestallter Experte, der sog. Resident Representative, seine Zelte in Manila auf.

Michael Gould, der Chef der Philippinen-Abteilung der WB, erklärte dazu 1976: ,,*Eine aktive Präsenz der Bank führt letztendlich zur Stärkung der Position eines hochqualifizierten technischen Führungsstabs in der Regierung und zur Unterstützung ihrer politischen Leitlinien, die wir entwerfen.*''(4)

Eine binnenmarktorientierte Entwicklung mit der Perspektive, die Bedürfnisse des Großteils der Bevölkerung zu befriedigen und eine Überwindung der extremen Einkommensunterschiede anzustreben, blieb außen vor. Mit Recht betonte Richard Falk, daß die Aktivitäten der IWF-WB-Gruppe vorrangig darauf abgestellt seien, eine von oben verordnete Entwicklung durch ,,*korrupte Handlanger mit für die Arbeiter und Bauern verheerenden Wirkungen durchzudrücken*''.

Und daß gleichermaßen die Staatsbürokratie, die politisch mit ihr liierten Teile der Großgrundbesitzer, Großkapitalisten und Militärs nicht nur eine forcierte Kapitalakkumulation realisieren, sondern auch durch die Betonung infrastruktureller Großprojekte der Korruption sämtlicher Schleusentore öffneten, mag ein markantes Beispiel verdeutlichen: In Davao wurde eine 32 km lange Straße für 13,5 Mio. Pesos gebaut, die einzig dem Abtransport von Bananen aus einer 6.000 ha großen Plantage eines Marcos-Intimus dient. Mit deren Durchführung hatte man die ,,Construction and Development Corporation of the Philippines'' (CDCP) betraut. Chef dieses Unternehmens war ein enger Marcos-Freund, Rodolfo Cuenca. Mußten für die Bau,,kosten'' für 1 km Straße 1972 100.000 Pesos hingeblättert werden, so waren sie sieben Jahre später bereits auf mindestens 1 Mio. Pesos angeschnellt.(6)

Unter dem von der WB gebräuchlichen Begriff der Entwicklungsfinanzierung verbirgt sich eine Strategie, die derartige Infrastrukturprojekte wie die Bereitstellung mittel- und langfristiger Dollarkredite zur Abdeckung benötigter Kapitalgüter- und Technologieimporte fördert.

Ernest B. Johnston, ein hoher Beamter des US-Außenministeriums, merkte dazu an: ,,.... *Jeder Dollar, den wir (die US-Regierung) in die MDBs (multilaterale Entwicklungsbanken wie die WB) stecken, ermöglicht amerikanischen Firmen Geschäfte im Gegenwert von ungefähr 3 Dollar.*''(7)

Darlehen dieser Art unterschreiten gewöhnlich die von ausländischen Privatbanken erhobenen Zins- und Tilgungsraten, bleiben aber auf Industrien beschränkt, welche die WB als finanzierungswürdig einstuft. Dazu zählen neue oder Expansionsprojekte, deren Hauptkomponente durch Importe gebildet werden. Der Schuldner muß sich u.a. verpflichten, erst nach Absprache mit der WB Dividenden an Aktionäre auszuschütten und einen Vertreter des geldgebenden Finanzinstitutes in den Aufsichtsrat der betreffenden lokalen Bank — z.B. der Philippinischen Entwicklungsbank (DBP) — zu berufen. Zwischen 1972 und 1980 gewährte die WB insgesamt sechs solcher Darlehen in Höhe von 216,5 Mio. US-Dollar, denen 1981 in Verbindung mit SAL 1 150 Mio. US-Dollar in Form des Apex I-Kredites folgten (Unter Apex wird ein Kombinationskredit aus Quellen der WB und privater transnationaler Banken verstanden). Zu den 150 Mio. US-Dollar gesellten sich in diesem Falle weitere 100 Mio. US-Dollar von der in London beheimateten Lloyds Bank. Diese Apex-Fonds sind ausschließlich für exportorientier-

diesem Falle weitere 100 Mio. US-Dollar von der in London beheimateten Lloyds Bank. Diese Apex-Fonds sind ausschließlich für exportorientier-

te Unternehmen vorgesehen, wobei sie die Finanzierung folgender Kosten abpolstern sollten:
— 100% importierter Maschinen;
— 70% eingeführter Güter, die auf dem einheimischen Markt verkauft werden;
— 50% der lokal produzierten Güter und
— 45% der Konstruktionskosten.

Im WB-Bericht aus dem Jahre 1981 wurde Apex' Einbettung in SAL so beschrieben: ,,*Im besonderen Fall der Philippinen basierte der für das Fiskaljahr 1981 gewährte SAL auf einem umfassenden Gerüst industrieller und handelspolitischer Reformen, die seitens der Regierung durchgeführt wurden. In diesem Land hat die Bank auch einen neuen Weg zur Finanzierung der industriellen Entwicklung beschritten, indem ihre Kreditvergabe — in Abstimmung mit den lokalen kofinanzierenden Privatbanken — durch eine einzige Institution, nämlich durch die von der philippinischen Zentralbank in Konsultation mit der WB geschaffenen Apex-Entwicklungsfinanzierungsbehörde (ADFU), abgewickelt wurde. Diese Darlehen sind sodann einheimischen Banken unter Beachtung bestimmter Kriterien für industrielle Zwecke weitergereicht worden.*'' (8)

Im Klartext: Die ADFU hatte demnach als neugeschaffene institutionelle Stütze ausländischer Kreditpolitik zu fungieren. Unter dem neuen Zentralbankgouverneur Jaime Laya wurde das Wirklichkeit. Sein Vorgänger Licaros hatte aus seiner Skepsis keinen Hehl gemacht: ,,*Ich stimmte dem nicht zu, weil die ADFU von der WB bestimmt und von ihr begutachtet wird ... Indem unsere internationalen Kreditaufnahmen generell der Überprüfung durch die ADFU bedürfen, würden sie allesamt den Stempel der WB tragen.*'' (9)

Durch die ADFU nahmen die Zentralbank, die Regierung, Regierungsunternehmen und mit ausländischen Konzernen liierte Privatfirmen verstärkt Kredite von transnationalen Banken auf. Von 1981 bis zum 1. Quartal 1982 lieh sich allein die Zentralbank 1,475 Mrd. US-Dollar von transnationalen Banken, um damit z.B. den Export von Zucker, Kupfer, Kopra sowie Öleinfuhren aus dem mittleren Osten zu finanzieren.

Von regierungseigenen Unternehmen sei hier die zwischen 1981 und September 1982 erfolgte Kreditaufnahme in Höhe von 533,2 Mio. US-Dollar durch die ,,National Power Corporation'' (NPC) hervorgehoben, womit maßgeblich das von der US-Firma Westinghouse in Morong errichtete Kernkraftwerk zur Energieversorgung der nahegelegenen Bataan-Exportproduktionszone finanziert wurde.

,,*Amerikanische Banken*'', so Daniel O'Donohue vom US-Außenministerium, ,,*leisten durch Handelskredite und langfristige Darlehen einen bedeutsamen Beitrag zu unserer Teilnahme an der philippinischen Wirtschaft.*'' (10)

Als kurzschlüssig wertete es allerdings die IWF-WB-Gruppe selbst, nicht die Risse und strukturellen Schwächen in der Wirtschaftspolitik der Inseln wahrnehmen zu wollen. Grundtenor des IWF-Philippinenberichts vom Juli 1980, des WB-Programmpapiers vom August 1980 und des WB-Berichts über Armut war wenig optimistisch; der Beseitigung von Massenarmut wurden auf absehbare Sicht kaum Erfolgsaussichten eingeräumt, die Exportorientierung trudele aufgrund des ,,unsicheren internationalen Wirtschaftsklimas und zunehmender Handelsrestriktionen'' in die Bredouille und die Wirtschaft befände sich aufgrund mangelnder Stromlinienförmigkeit in einem ,,grundlegenden Ungleichgewicht''.

Bemerkenswert waren diese Einschätzungen deshalb, weil die treuen internationalen Advokaten des Regimes nunmehr ins Lager seiner Kritiker auszuscheren drohten. Daß die Formen und Zielsetzungen der von ihnen tatkräftig unterstützten exportorientierten Entwicklungsstrategie implizit immense Umverteilungsprozesse auf Kosten der Bevölkerung, Ausschaltung jedweden Protests, Militarisierung, politische Ausgrenzung bedeutender Teile der Geschäftswelt und ein Auswuchern korrupter Klüngelwirtschaft begünstigten — all das wurde schon aus Gründen eigener Reinwaschung einzig auf innere Faktoren zurückgeführt. Wachsender — auch bewaffneter — Widerstand in Stadt und Land, der mehr und mehr ökonomisch deklassierte Teile der Mittelschichten einschloß, zeigte, daß die Ausschaltung des Politischen sich über die Ökonomie rächen sollte.

Der Aquino-Mord: Zunahme der politischen Polarisierung

Der Aquino-Mord: Zunahme der politischen Polarisierung

Die am 21. August 1983 auf den aus amerikanischem Selbstexil zurückgekehrten Exsenator Benigno Aquino abgefeuerten tödlichen Schüsse waren schließlich nicht Ursache, wohl aber Auslöser einer politischen Polarisierung und Radikalisierung, die fortan nicht nur auf dramatische Weise das gänzliche Scheitern der Entwicklungsstrategie dokumentieren sollten, sondern auch den gewaltsam erzwungenen ideologischen Konsens (Schaffung einer ,,Neuen Gesellschaft'' bzw. seit Mitte 1981 ,,Neuen Republik'' mit ,,menschlichem Antlitz'') wie eine Seifenblase zerplatzen ließen.

Dabei war Aquino keineswegs die Gallionsfigur der Opposition, zu der er von internationalen Medien hochstilisiert wurde. Aquino war ein gewiefter Politiker, der seine Blitzkarriere vor 1972 — gerade Mitte 30, war er bereits Gouverneur der Provinz Tarlac und der Inseln jüngster Senator — einer Kombination aus taktischem Kalkül, glücklicher Protektion zur rechten Zeit und gesegneten Besitzverhältnissen verdankte. Als Sproß einer Großgrundbesitzerfamilie war er gleichzeitig durch seine Ehe mit Corazan Cojuangjo mit einem devoten Marcos-Intimus und einflußreichsten Geschäftsmann liiert. Mit Marcos verband ihn der gleiche Stallgeruch; beide waren bis Mitte der 60er Jahre Weggefährten in der Liberalen Partei, bis Marcos in die mit ihr konkurrierende Nationalistische Partei abdriftete. 1973 hätte Aquino berechtigte Chancen gehabt, des Landes siebter Präsident zu werden. Das Kriegsrecht aber besiegelte das jähe Ende seiner Karriere.



Beniguo Aquino

Fortsetzung von vorheriger Seite

Politisch kaltgestellt, verbrachte er nahezu acht Jahre — wenngleich unter privilegierten Verhältnissen — in Haft, bis Marcos ihn zwecks einer Bypass-Operation in die USA ausreisen ließ. Die drei Jahre im Exil hatten ihn wohl zu Recht in der Annahme bestärkt, daß — wollte er nicht als mickrige Fußnote in den politischen Annalen erscheinen — eine baldige Rückkehr geboten war. Schwerer als das dürfte freilich gewogen haben, daß sich Aquino, dessen Schriften mitunter vom Geist eines missionarisch anmutenden Ritterfeldzuges gegen den kommunistischen Mammon beseelt waren, jenem Ideal verpflichtet fühlte, an das er sich in den letzten Monaten vor seinem Tode mit unbekümmerter Ignoranz der gesellschaftspolitischen Dynamik klammerte — politische Aussöhnung und nationale Versöhnung. Allen Ernstes glaubte er, mehrere Gesprächsrunden mit Marcos, dem Erzbischof von Manila, Kardinal Jaime Sin, und führenden bürgerlichen Oppositionellen vermöchten am grünen Tisch den gordischen Krisenknoten — vor allem das Problem des rasch wachsenden bewaffneten Widerstandes — zu entwirren. Die zentrale Schwachstelle dieses Kalküls bestand in der Verkennung, daß mit der für das Regime unverzichtbaren Stütze, dem Militär, gleichzeitig ein Monster herangewachsen war, das sich nicht einfach mit betörenden Worten und Gesten bezähmen ließ. Überdies wäre es fraglich gewesen, ob Aquino wirklich die zersplitterte bürgerliche Opposition hätte einen können. Aquinos Tod markierte den Beginn der Isolierung des Regimes. Möglich wurde dies durch die Durchdringung facettenreicher Protest- und Widerstandsformen — legal oder illegal, bewaffnet oder unbewaffnet, zentral gesteuert oder sich in spontaner Entrüstung äußernd, ländlich oder städtisch verwurzelt. Es war dies eine Aufbruchstimmung, die buchstäblich auf die Beerdigung Aquinos in Anwesenheit von reichlich zwei Millionen Zeugen ihre Weihen erhielt.

Wer geglaubt hatte, die Philippinos seien hornlose Carabaos (Wasserbüffel), die als willfährige Fleischkolosse die Pflugschar von Terror, Demütigung und Gewalt ziehen — spätestens jetzt wurde er eines besseren belehrt. Vitalität und kämpferisches soziales Engagement waren ungebrochen — Arbeiter pochten trotz Streikverbots trotzig auf ihre Rechte; Bauern und ethnische Minderheiten versachafften sich bei Landvertreibungen durch Petitionen oder Gewehre Gehör; städtische Arme klagten noch auf Müllhalden gegen Planierraupen eine menschenwürdige Existenz ein; Studenten liefen

tionen oder Gewehre Gehör; städtische Arme klagten noch auf Müllhalden gegen Planierraupen eine menschenwürdige Existenz ein; Studenten liefen

Sturm gegen eine Erziehung zur Entfremdung; Intellektuelle, Künstler, Schriftsteller und Journalisten boten der geistig-kulturellen Verödung, gezielten Idiotisierung und sahnigen Jubelpropaganda die Stirn; Kirchenleute und Rechtsanwälte fochten gegen die durch Militarisierung und Zerrüttung des Rechtssystems versteinerten Verhältnisse. (11)

Gewiß: die Errichtung demokratischer Verhältnisse, die Überwindung des dominierenden Auslandseinflusses und die Schaffung einer lebensfähigen Binnenwirtschaft, darauf abgestellt, eine Entwicklung von unten einzuleiten, stehen noch aus. Doch daß deren Formulierung und Perspektive klarer sind und mit ihrem Aufbau bereits im Hinterland begonnen wurde, ist ein Indiz für das Scheitern der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Strategie Marcosschen Zuschnitts.



Nieder mit dem Kriegsrecht! Kämpft für Demokratie!

Alarmiert durch die Ereignisse im Nachfeld des Aquino-Mords und den Legitimationsverlust des Regimes, reagierte das Ausland — vorab amerikanische Politiker, Militärstrategen und Geschäftsleute — mit hektischer Betriebsamkeit. Ein seit nunmehr zwei Jahren währendes Krisenmanagement — zusammengesetzt aus Vertretern internationaler Geschäftskreise, des US-Verteidigungs- und Außenministeriums und Schatzamtes, der CIA und des dem Weißen Hauses unterstellten Nationalen Sicherheitsrates — ist damit beschäftigt, die reproduktiven Bedingungen der Kapitalakkumulation (allein die direkten US-Investitionen werden auf ca. 3 Mrd. US-Dollar geschätzt), die größten außerhalb des nordamerikanischen Kontinents installierten US-Militärbasen und den Schutz des in der Region engsten Verbündeten — sei es auch im Sinne einer „geordneten" Nach-Marcos-Regelung — zu sichern.

Vertiefung der politischen durch die wirtschaftliche Krise

Vertiefung der politischen durch die wirtschaftliche Krise

Die nach dem Aquino-Mord einsetzende Kapitalflucht — Schätzungen schwanken zwischen 1 und 2 Mrd. US-Dollar — führte dazu, daß Manila seit Herbst 1983 den Reigen von Schuldenmoratorien eröffnen mußte. Es sah sich außerstande, die immensen Auslandsschulden zu befriedigen und wurde genötigt, in eine intensive, bis heute währende Phase von Umschuldungsverhandlungen mit den insgesamt 483 Gäubigerbanken zu treten. Reichlich ein Jahr dauerte es, bis Marcos Mitte Oktober 1984 die Absichtserklärung seiner Regierung unterschrieb, in der er sich verpflichtete, den Bedingungen des IWF zu genügen, um die Voraussetzungen für den Erhalt des 18. Standby-Kredits von 630 Mio. US-Dollar zu schaffen. Die Kreditvergabe, so die Vereinbarung, erfolgt in sieben Tranchen und vorbehaltlich einer positiven Bewertung eines IWF-Teams, das das mit den Darlehen gekoppelte Diktat zu überwachen hat. Die gegenwärtigen Auflagen:

— Preiskontrollen wurden aufgehoben und eine „gemäßigte" Lohnpolitik dekretiert;
— die Regierung wurde angehalten, Investitionsprogramme drastisch zu kappen und das interne (direkte wie indirekte) Steueraufkommen um 8 Mrd. Pesos (400 Mio. US-Dollar) zu erhöhen;
— Fortfall sämtlicher Außenhandelsbeschränkungen wie eine Beschneidung der Interventionsmarge der Zentralbank beim Devisenhandel;
— eine bis März 1985 fällige Schuldenrückzahlung von 1,7 Mrd. US-Dollar sowie
— fortgesetztes Floaten des Pesos und die Einstellung aller Nahrungsmittelsubventionen (bis auf Reis).

Der Kredit war Teil eines insgesamt 14. Mrd. US-Dollar betragenden Umschuldungspakets, das Manila in den kommenden Jahren zu bewältigen hat.

Daß der IWF diesen Kredit als Auftakt eines umfassenden „Erholungsprogramms" mit ausdrücklicher Exportorientierung und Pesoabwertungen als Eckpfeiler pries, ist schlicht Zynismus. Nach gut monetaristisch geprägter Ansicht des IWF ist die Malaise der Wirtschaft im chronischen Zahlungsbilanzdefizit angesiedelt, welches Ende 1983 2,1 und Ende 1984 immerhin noch über 1,5 Mrd. US-Dollar ausmachte. Da eine Hauptkomponente der Zahlungsbilanz die Handelsbilanz darstellt, gelte es — so die IWF-Experten —, den Export weiter anzukurbeln, positive Handelsbilanzen einzufahren und dadurch die für die Schuldenbedienung erforderlichen Devisen zu erwirtschaften.

Selbst eine oberflächliche Einschätzung des Ex- und Import-Profils verdeutlicht, daß die Einfuhren wesentlich (über 50%) aus Kapitalgütern und Ölprodukten bestehen. Die Ausfuhren indes sind hochgradig importlastig, d.h., daß über 70% des Gesamtexportwerts aus notwendig zu importierenden Gütern für die Textil-, Elektronik-, extraktiven und Landwirtschaftsbranche bestritten werden müssen. Ungleich den unelastischen Einfuhrpreisen sind diejenigen für Ausfuhren großen Schwankungen unterworfen. Statistiken der Zentralbank weisen aus, daß beispielsweise die Exportpreise für Kokosnußöl (die Inseln sind der Welt größter Kopraproduzent und -exporteur) trotz einer weltweit gestiegenen Nachfrage um 13% wuchsen, besagtes Produkt dennoch nur für durchschnittlich 513 US-Dollar pro Tonne statt des 1979 erzielten Tonnenpreises in Höhe von 719 US-Dollar absetzbar war.

Die Inflationsrate erreichte 1984 mit über 60% regionale Rekordhöhe.

Mit einem 6%igen Rückgang des Bruttosozialproduktes verzeichneten die Inseln eine zusätzlich deprimierende Spitzenstellung. Allein im vergangenen Jahr mußten 1.500 Firmen — größtenteils Klein- und Mittelbetriebe im Großraum Manila — Bankrott anmelden und die Werkstore schließen. Es wird geschätzt, daß dabei über 900.000 Beschäftigte auf die Straße geworfen wurden, womit die Arbeitslosenquote nunmehr bei 50% anzusiedeln wäre. Daß das Regime diese Zahl weitaus niedriger ansetzt, resultiert aus dessen aberwitziger Definition von Beschäftigung; danach gilt jeder als beschäftigt, der innerhalb eines pro Jahr dreimonatigen Zeitraums einen Tag lang arbeitete!

Veranschlagen Regierungsbehörden das zum Leben notwendige Tageseinkommen einer durchschnittlich sechsköpfigen Familie auf mindestens 105 Pesos (5,25 US-Dollar), so beträgt der gesetzlich vorgeschriebene Mindestlohn allenthalben 58 Pesos, der jedoch in den allerwenigsten Fällen gezahlt wird.

Untersuchungen verschiedener UN-Behörden, der in Manila beheimateten Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) wie der University of the Philippines beziffern denn heute die Zahl der unterhalb bzw. an der Schwelle des Existenzminimums lebenden Menschen auf 70-80%. Den durchschnittlichen Kalorienverbrauch geben dieselben Organisationen mit täglich ca. 1.700 pro Kopf an — weit unter dem als notwendig eingestuften Verbrauch von 2.020 pro Tag/Person und bedeutend niedriger als die von der FAO (Welternährungsorganisation mit Sitz in Rom) angesetzte 2.350 Mindestmarke!

Unumkehrbare Isolierung des Regimes

Die fortdauernde politische Ausgrenzung selbst der bürgerlichen Opposition, die stumpf bleibenden Mittel wirtschaftlicher Krisensteuerung, die völlige Diskreditierung des Militärs angesichts seiner Verwicklung in den Aquino-Mord und das aufgrund der Eskalation von Guerillaaktivitäten und Massenstreiks (272 allein 1984) erstmalig laute Nachdenken amerikanischer Militärstrategen und Politiker über Ersatzmöglichkeiten bzw. Verlagerungen der auf den Inseln installierten Militärbasen — all das sind Indizien einer unumkehrbaren Isolierung des Marcos-Regimes.

Als Resumee läßt sich festhalten: Marcos ist augenblicklich nur noch taktisch von Interesse. Strategisch erwünscht ist eine Allianz aus Militärs und bürgerlichen Oppositionellen mit Finanz- und Premierminister Cesar Virata als strategischem Bindeglied zum internationalen Kapital. Ob und wie ein solches Zusammengehen lebensfähig sein kann, hängt weitgehend von der Fähigkeit des revolutionären Oppositionsbündnisses in Gestalt der Nationalen Demokratischen Front (NDF) ab, die Mittelschichten dauerhaft an sich zu binden und über die Gewinnung von Teilen des Offizierskorps eine zumindest partielle Neutralisierung des Militärs zu erwirken.

Bedenkt man, daß die Neue Volksarmee (NPA), die mit Abstand schnellstwachsende Guerillabewegung der Region, in 62 der 73 Landesprovinzen aktiv ist, in etlichen dieser Gebiete bereits eine von der Bevölkerung getragene politische Gegenmacht konsolidiert ist, ihre Propaganda- und Organisationsmaßnahmen als „ausgezeichnet" (so das angesehene Hongkonger Wochenblatt „Far Eastern Economic Review") gelten, so ist der vorläufige Schluß gerechtfertigt, daß dieser dynamische Widerstand den Beginn eines strategischen Patts markiert.

Durschnittliche Lebenshaltungskosten, Philippinen 1984-1985
in Pesos/kg 1984 Jan Nov 1985 Jan %-Steiger. Jan-Nov 84 %-Steiger. Jan84-Jan85

Durschnittliche Lebenshaltungskosten, Philippinen 1984-1985

in Pesos/kg	1984 Jan	Nov	1985 Jan	%-Steiger. Jan-Nov 84	%-Steiger. Jan84-Jan85
Schweinefleisch	27,49	44,62	40,84	62,0	49,0
Beef	28,69	56,61	58,83	97,0	105,0
Huhn	21,37	28,40	30,61	33,0	43,0
Eier	1,03	1,34	1,45	30,0	41,0
Fisch	14,93	18,64	26,70	25,0	79,0
Reis	3,76	5,19	5,88	38,0	56,0
Mais	2,76	3,94	5,45	43,0	97,0
Gemüse - Kohl	7,96	15,47	-	94,0	-
Möhren	8,34	25,0	-	200	-
Kürbis	4,15	8,50	-	105	-

Anmerkung: Preise betreffen Manila
Quelle: IBON: Facts & Figures No. 157/28.2.1985, Manila

Anmerkungen

Anmerkungen
1) entfällt
2) Zit. nach: Walden Bello/ David Kinley/ Elaine Elinson, „Development Debacle: The World Bank in the Philippines", San Francisco: Institute for Food and Development Policy 1982, S. 167
3) Zit. nach: „Bulletin Today" (Manila) vom 5.5.79
4) Zit. nach: „Southeast Asia Chronicle" (Berkeley, Cal.) Nr. 81 vom Dezember 1981, S. 4
4) Richard Falk in: „Development Debacle ..." op.cit., S. XI
6) Rainer Werning, „Philippinen — Aspekte der ländlichen Entwicklung und Weltmarktintegration seit 1972". Münster: WURF Verlag 1984, S. 16/7.
7) Statement of Ernest B. Johnston, Jr., Deputy Assistant Secretary of State, Bureau of Economic and Business Affairs, Department of State, before US Congress, 1978.
8) World Bank, Annual Report, Washington D.C., 1981, S. 46
9) Zit. nach: „Development Debacle ...", op.cit., S. 177/8
10) Daniel O'Donohue, Statement before the US House of Representatives Committee on Foreign Affairs, 18.11.1981
11) S. die soeben erschienen und fundierte Studie: „Die gestutzten Flügel der Freiheit — Menschenrechte und Militarisierung in den Philippinen", hg. von der Aktionsgruppe Philippinen/medico international, Münster: WURF Verlag 1985

Japanischer Imperialismus auf dem Vormarsch

Die schier unaufhaltsam scheinende Expansion des japanischen Imperialismus auf den Weltmärkten hat nicht nur hierzulande das Stichwort der „japanischen Herausforderung" geprägt. Im März dieses Jahres widmete sich das ARD-Fernsehen in einer dreiteiligen Serie der „p a z i f i s c h e n Herausforderung". Klaus Rave, SPD-Landesgeschäftsführer in Schleswig-Holstein, schrieb in einem Aufsatz der SPD-Zeitschrift „Neue Gesellschaft": ***„Es ist kein verblendeter Anti-Amerikanismus, der das Verhältnis Westeuropas zu den Vereinigten Staaten verändert. Es sind nicht westeuropäische Regierungschefs, die mit Ami-go-home-Parolen Spannungen in alte Beziehungen hineintragen. Es sind ökonomische, soziale und militärstrategische Fakten, die auf eine Verschiebung der Gewichte hinweisen: von der atlantischen zur pazifischen Allianz" (1).***

Und der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Phillips, Bossers, sagte ein ***„pazifisches Kraftfeld"*** **mit hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten voraus (2). Jenseits des Atlantik wirbelten US-Außenminister Shultz und der ehemalige Euopa-Beauftragte der USA, Lawrence Eagleburger, einigen Staub auf, als sie eine Abwendung der USA von (West)Europa und Hinwendung in den pazifischen Raum prognostizierten. Diese Äußerungen veranlaßten Bundesaußenminister Genscher zu der Warnung:** ***„Unsere amerikanischen Freunde wären gut beraten, wenn sie sich nicht in Alternativen — und dazu falsche — nach dem Motto: hier Europa, hier Pazifik — verstricken würden".*** **Die** ***„gegenwärtige Epoche werde durch das Entstehen eines neuen weltpolitischen Dreiecks Europa-Amerika-Japan geprägt, das durch eine wachsende gegenseitige Verflechtung gekennzeichnet sei" (3).***

Unter der „pazifischen Herausforderung" wird gemeinhin folgende Zukunftsvision verstanden:

— Die „technologische Revolution" würde sich am schnellsten und nachhaltigsten an der Pazifikküste der USA (Kalifornien), in Japan und einigen südostasiatischen „Schwellenländern" (Südkorea) durchsetzen. Der „Strukturwandel" gerade in diesen Regionen würde zu hohen Wachstumsraten führen und die traditionellen Märkte der amerikanischen Ostküste und Westeuropas abhängen.

— Schon heute würden die USA mehr Waren in den pazifischen Raum exportieren als nach Westeuropa.

— Nicht nur Japan, sondern der gesamte südostasiatische Raum würde seit zehn Jahren wesentlich höhere Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts aufweisen, hier also lägen die Märkte der Zukunft.

Solche — aus der Sicht des westdeutschen Imperialismus — keineswegs schmeichelhaften Prognosen dienen natürlich in erster Linie der eigenen Mobilmachung: die westdeutschen Kapitalisten sollen wachgerüttelt werden, sich dieser „pazifischen Herausforderung" zu stellen, der apokalyptischen Vision vermehrte Waren- und Kapitalexporte in diese Region entgegensetzen. Diese Propaganda hat einen durchaus realen Kern: Der japanische Imperialismus hat mit etwas Verspätung den Hauptkonkurrenten aus den USA und Westeuropa erhebliche Weltmarktanteile abgejagt. Hinsichtlich des Bruttosozialprodukts liegt Japan hinter den USA und vor der BRD auf Platz 2, im Welthandel auf Platz 3 hinter den USA und der BRD.

Der Aufstieg des japanischen Imperialismus

Im Außenhandel konnte Japan beachtliche Exportüberschüsse erzielen, die noch höher liegen als die der BRD. Im letzten Jahr betrugen diese Überschüsse 41 Mrd. US-Dollar, wobei vor allem die EG und die USA im Handel mit Japan erhebliche Handelsbilanzdefizite aufweisen.

Die Anteile Japans an den gesamten Exporten in der Welt sind ebenfalls beträchtlich gestiegen. In Prozenten ausgedrückt, ergibt sich folgendes Bild:

pan erhebliche Handelsbilanzdefizite aufweisen.
Die Anteile Japans an den gesamten Exporten in der Welt sind ebenfalls beträchtlich gestiegen. In Prozenten ausgedrückt, ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	Japan	BRD	USA
1970	6,9	12,1	18,0
1978	8,4	12,1	14,4
1979	6,9	11,5	14,2
1980	7,1	10,5	13,9
1981	8,4	9,8	15,2
1982	8,3	10,6	14,9
1983	9,1	10,5	14,7 (4).

Hinsichtlich der Weltmarktanteile bei den Investitionsgütern ergibt sich ein ähnliches Bild:

Jahr	Japan	BRD	USA
1970	11,2	19,0	18,4
1978	14,9	19,8	15,0
1979	13,1	19,9	15,5
1980	14,2	19,0	16,4
1981	17,2	17,7	18,2
1982	16,6	18,9	17,3
1983	17,8	18,3	16,6 (4).

(Angaben in Prozent).

Diese Daten geben ein annäherndes Bild wieder; real dürfte die japanische Position etwas schlechter aussehen, da der hohe Wechselkurs des Dollar die USA im Vergleich zur BRD und Japan noch recht positiv ausweist. Die Ziffern dieser Statistik sind daher mit gewissen Vorbehalten zu betrachten, wenngleich die darin enthaltenen Tendenzen unbestritten sein dürften.

Die Ursachen dieses japanischen Exportbooms liegen in den wachsenden Verwertungsschwierigkeiten im eigenen Land begründet. Für die japanischen Monopolkonzerne erwies sich der Binnenmarkt als zu eng, der ewige „Stachel des Profits" führte zur verstärkten Expansion auf den Weltmärkten, Die Strategie des japanischen Imperialismus bestand zunächst darin, vor allem in den sechziger Jahren zunehmend moderne Technologien und Investitionsgüter zu importieren, um die eigenen Industrien an das Weltmarktniveau der USA und der BRD heranzuführen. Dabei zeigten die japanischen Konzerne eine erstaunliche Flexibilität und Fähigkeit, technologische Neuerungen sehr schnell in Massenproduktion umzusetzen. Es ist daher kein Zufall, daß die japanischen Konzerne bei der Produktion von Pkw's, der Unterhaltungselektronik, Stahl und Schiffbau in den siebziger Jahren eine Spitzenstellung einnahmen und sich in den achtziger Jahren wiederum als flexibel genug erwiesen, sich bei den modernen Technologien (Computer, Mikroprozessoren usw.) einen scharfen Kampf um Absatzmärkte mit den USA zu liefern.

Wesentliche Faktoren dieser enorm gestiegenen Konkurrenzfähigkeit des japanischen Imperialismus sind u.a. das spezielle japanische „System": die Konzerne sind sehr eng mit dem staatlichen Miti verbunden, einer Art staatlichen Koordinationsstelle des japanischen Monopolkapitals. Diese spezielle Art des japanischen Keynsianismus machte es möglich, Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die Entwicklung neuer Produktionsanlagen usw. zu konzentrieren, zum Teil mit staatlichen Geldern zu subventionieren, um so schneller als die Konkurrenten auf den Weltmärkten präsent zu sein

Ein Beispiel dür das Funktionieren dieses „Systems" lieferte die Stahlkrise in Japan. Die Überproduktionskrise in

zu konzentrieren, zum Teil mit staatlichen Geldern zu subventionieren, um so schneller als die Konkurrenten auf den Weltmärkten präsent zu sein
Ein Beispiel dür das Funktionieren dieses „Systems" lieferte die Stahlkrise in Japan. Die Überproduktionskrise in

der japanischen Stahlindustrie wurde dadurch gelöst, daß das Miti in Zusammenarbeit mit den wichtigen Stahlkonzernen Konzepte zum Kapazitätsabbau und des „Gesundschrumpfens" erarbeiteten. Den Konzernen wurden dabei großzügige Hilfen bei der Umstrukturierung der Konzerne auf neue Waren, der Umschulung der Arbeiter usw. zuteil. 400.000 Arbeitsplätze gingen in den „traditionellen" Industriesektoren wie Stahl, Werften, Textilien usw. schon verloren, konnten aber durch staatliche Eingriffe zur Schaffung neuer Arbeitsplätze kompensiert werden. Während die USA, Großbritannien, später die anderen westeuropäischen Länder zu Beginn der achtziger Jahre dazu übergingen, teilweise „Abschied" von der keynesianischen Wirtschaftspolitik zu nehmen, legte der japanische Imperialismus noch 1981 eine Art Konjunkturprogramm zur Stützung der Klein- und Mittelbetriebe auf.

Neben der planmäßig betriebenen Koordinierung und Expansion im Außenhandel vermittels des Staates spielen auch die Löhne, die Arbeitsproduktivität eine große Rolle. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Löhne in den japanischen Konzernen schon nahe an das Lohnniveau der BRD oder der USA heranreichen. Jedoch gibt es erhebliche Lohnunterschiede; vor allem in den Mittel- und Kleinbetrieben, den Zuliefererfirmen usw. werden erheblich niedrigere Löhne gezahlt.

Aber die japanische Exportoffensive in den siebziger Jahren stieß auf — protektionistische — Hindernisse; vor allem die USA und Westeuropa führten teils höhere Zölle ein, teils zwangen sie die japanische Industrie zu sogenannten „freiwilligen" Beschränkungsabkommen in ihren

in den siebziger Jahren stieß auf — protektionistische — Hindernisse; vor allem die USA und Westeuropa führten teils höhere Zölle ein, teils zwangen sie die japanische Industrie zu sogenannten „freiwilligen" Beschränkungsabkommen in ihren

Ausfuhren.

Der japanische Imperialismus antwortete — nach dem Warenexport — mit einer wesentlichen Ausdehnung seines Kapitalexports und der Errichtung von Produktionsstätten im Ausland, um so den protektionistischen Maßnahmen seiner Konkurrenten auszuweichen. Bei der Errichtung von ausländischen Produktionsstätten bedienten sich die japanischen Konzerne sehr häufig der Kooperationsstrategie, d.h. daß ausländische Firmen japanische Waren in Lizenz produzieren oder aber in Form direkter Kooperation wie etwa der Herstellung eines gemeinsamen PKW von Toyota und General Motors.

Bei den Direktinvestitionen zeigt sich — und das wird sehr häufig bei der Analyse des japanischen Imperialismus übersehen — noch immer eine gewisse Rückständigkeit gegenüber den wichtigsten Konkurrenten. Die gesamten kumulierten Direktinvestitionen ins Ausland betrugen 1980 für die USA 33,6 Mrd. US-Dollar, gefolgt von Großbritannien mit 148,2 Mrd., der BRD mit 74,2 Mrd. und der Schweiz mit 65,1 Mrd. Erst dann folgte Japan mit 31,8 Mrd. US-Dollar (5).

Allerdings hat Japan in den achtziger Jahren seine Direktinvestitionen enorm erhöht: Im Jahre 1982 betrugen sie 7,7 Mrd. US-Dollar, das ist das Dreifache der Direktinvestitionen, die Japan zwischen 1951 und 1969 tätigte (6).

Einige Besonderheiten

Schon anhand der ausländischen Direktinvestitionen läßt sich eine Besonderheit des japanischen Imperialismus feststellen: seine insgesamt noch stark

Einige Besonderheiten
Schon anhand der ausländischen Direktinvestitionen läßt sich eine Besonderheit des japanischen Imperialismus feststellen: seine insgesamt noch stark

zurückgebliebene Verflechtung mit den imperialistischen Konkurrenten aus den USA und Westeuropa. Auffalend ist, daß nur rund 40% aller Direktinvestitionen in diese beiden Regionen flossen, während 60% in Länder der „3. Welt", hier vornehmlich in die „Schwellenländer" sowie die erdölexportierenden Länder gingen. Im Zeitraum 1978-80 flossen 30,8% aller Kapitalexporte in die USA und Kanada und 9,8% nach Westeuropa; nach Asien einschließlich Australiens und Neuseelands gingen 33,4% aller Kapitalexporte, nach Lateinamerika 16,9%, nach Afrika 3,7% und in die OPEC-Länder 5,5% (6).

Wie relativ gering entwickelt der japanische Imperialismus bei der gegenseitigen Druchdringung mit Kapitalexporten im Vergleich zu seinen imperialistischen Konkurrenten tatsächlich ist, wird auch daran ablesbar, daß im Jahre 1978 in Japan nur 2,2 Mrd. US-Dollar ausländische Direktinvestitionen erfolgten, während in Frankreich 14,9 Mrd., der BRD 29,2 Mrd., in Großbritannien 32,5 Mrd. und in den USA 40,8 Mrd. Dollar ausländischer Investitionen bestehen (6).

Das liegt u.a. auch daran, daß sich der japanische Imperialismus vor allzu viel ausländischen Kapitalzufuhren durch eine ganze Reihe staatlicher Kontrollmaßnahmen, Auflagen usw. zu schützen sucht. Nicht von ungefähr ist es eine der Hauptforderungen der USA und der BRD an Japan, es solle seine Märkte für das ausländische Kapital liberalisieren, u.a. auch deswegen, damit Japan seinen Binnenmarkt stärker als bisher für ausländische Konzerne freigibt, um so die chronischen Handelsbilanzungleichgewichte auszugleichen.

Auch die japanische E x p o r t s t r u k t u r unterscheidet sich in hohem Maße von etwa der der BRD. Während die Ex- und Importanteile der BRD mit den USA und den übrigen westeuropäischen Staaten bei rund 72% liegen und die Länder der sogenannten Dritten Welt bei nur rund 24%, ergeben sich für Japan ganz andere Zahlen: es exportierte Waren mit einem Anteil von 28% in die USA, 15% nach Westeuropa, aber 46% in Länder der „3. Welt". Die Import Japans kommen zu 62% aus den Ländern der „3. Welt", darunter allein zu 40% aus der OPEC, während die USA nur einen Anteil von 21%, Westeuropa von 8% besitzen (7).

Aus alledem folgt, daß

— sich der internationale Konkurrenzkampf zwischen Japan und seinen Konkurrenten noch in erheblichem Maße auf den sogenannten „Direktmärkten", also den Ländern der „3. Welt" abspielt — allerdings mit der zunehmenden Tendenz, sich mehr und mehr in die imperialistischen Metropolen zu verlagern;

— die eigentliche Durchdringung und Internationalisierung des Waren- und Kapitalsuatauschs zwischen Japan einerseits und den USA sowie den westeuropäischen Staaten andererseits erst noch bevorsteht.

Der letztgenannte Prozeß wird nicht ohne scharfe Widersprüche verlaufen, die schon gegenwärtig ausgetragen werden. Der japanische Imperialismus stößt auf der einen Seite auf zunehmende Barrieren bei der Exportexpansion in die imperialistischen Konkur-

noch bevorsteht.
Der letztgenannte Prozeß wird nicht ohne scharfe Widersprüche verlaufen, die schon gegenwärtig ausgetragen werden. Der japanische Imperialismus stößt auf der einen Seite auf zunehmende Barrieren bei der Exportexpansion in die imperialistischen Konkur-

renzländer. Diese wiederum machen Zugeständnisse in Bezug auf den Abbau von Handelsbeschränkungen davon abhängig, daß Japan seinen Binnenmarkt sowohl für Waren- als auch für Kapitalexporte freigibt. Diese Widersprüche kommen in dem krassen Mißverhältnis, wie gezeigt, von hohen Exportüberschüssen und Kapitalexporten Japans gegenüber seinen Konkurrenten zum Ausdruck. Die USA und die EG sind jedoch nicht bereit, diese „Einbahnstraße" noch länger hinzunehmen. Dieser scharfe Widerspruch drückt sich auch in den Kontroversen über die Internationalisierung der japanischen Währung, des Yen, sowie der Liberalisierung des japanischen Kapitalmarktes aus. Japans Währung ist nur zu 4% als internationale Reservewährung vertreten (BRD: 12%), was die Stellung Japans in den weltweiten Finanz- und Währungsbeziehungen nur ungenügend wiedergibt. Während die japanischen Banken in erheblichem Maße als Kreditgeber in der Welt aufgetreten sind und hinter den USA an zweiter Stelle liegen, spielt der Yen als i n t e r n a t i o n a l e Währung eine fast unbedeutende Rolle.

Erst nach *„turbulenten Verhandlungen"* (FAZ) Ende letzten Jahres setzten die USA gegenüber dem japanischen Imperialismus in dieser Hinsicht gewisse Liberalisierungen durch. So soll nach den neuen Vereinbarungen Japan

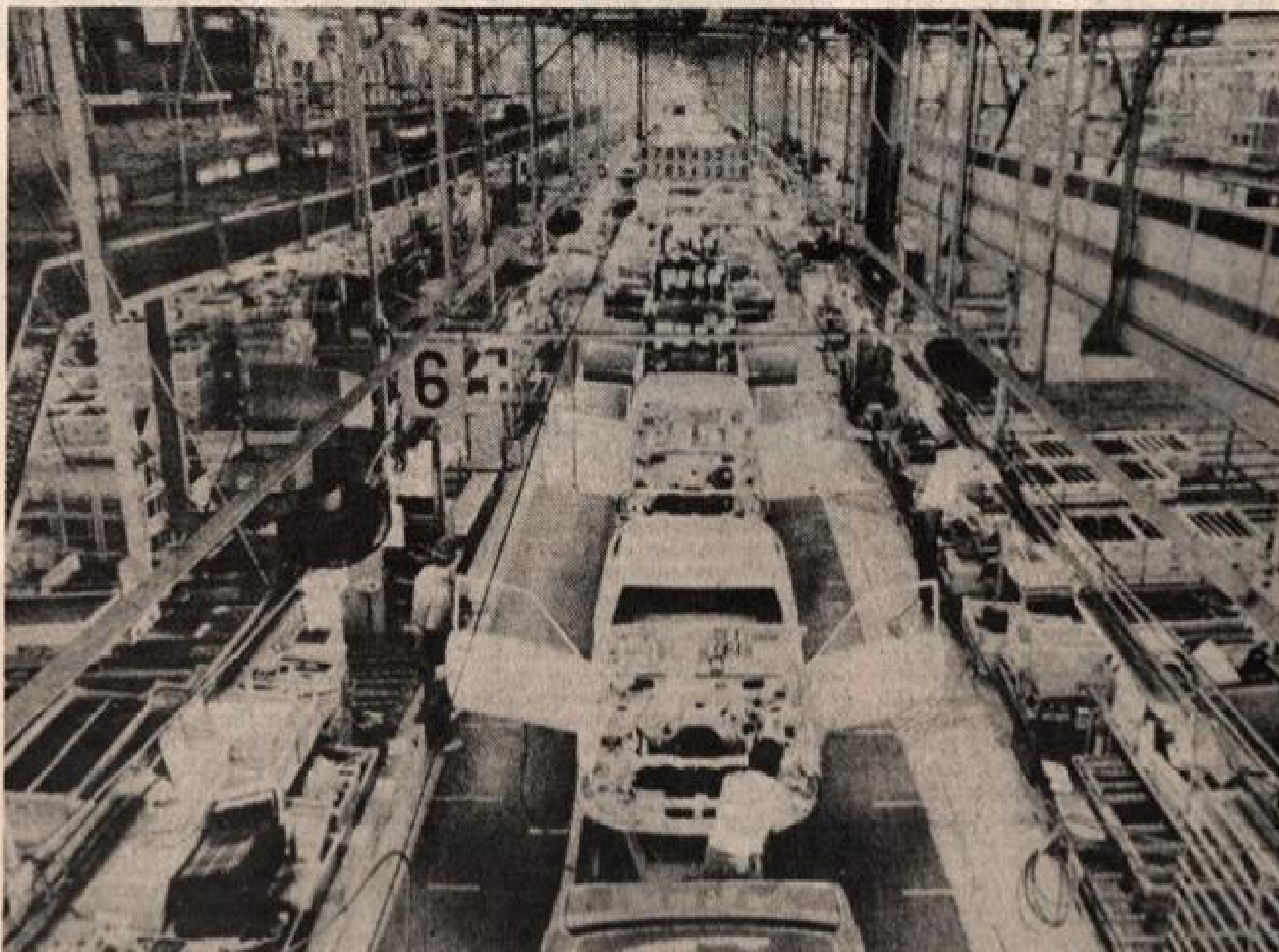
— seine inländischen Kapitalmärkte für ausländische Anleger schrittweise öffnen und Restriktionen abbauen;

— künftig auch ausländischen Banken den Kauf von japanischen Regierungsanleihen ermöglichen;

— seine Wertpapierbörsen für ausländische Banken öffnen und

— die erheblichen Transferbeschränkungen seiner Währung auf den internationalen Kapitalmärkten abbauen. So ist erst seit dem 1.12.84 der sogenannte Euro-Yen-Markt freigegeben worden, d.h. auf den privaten Kapitalmärkten ist neuerdings auch Handel und Spekulation in Yen möglich (8).

Der ehemalige US-Finanzminister Donald Regan, heute Berater von Reagan, kommentierte die Verhandlungsergebnisse mit den Worten: *„Wir haben alles erreicht, was wir erreichen wollten".* Diese Vereinbarung sei *„ein bedeutender Schritt, den Yen zu einer wirklich internationalen Währung zu machen und ihn mit der DM oder dem Dollar gleichzustellen"* (8). Die USA erhofften sich von der weiteren Inter-



Wachstumsbranche ...

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

nationalisierung des Yen eine gewisse Aufwertung der japanischen Währung und damit eine Verteuerung der japanischen Exporte (8).

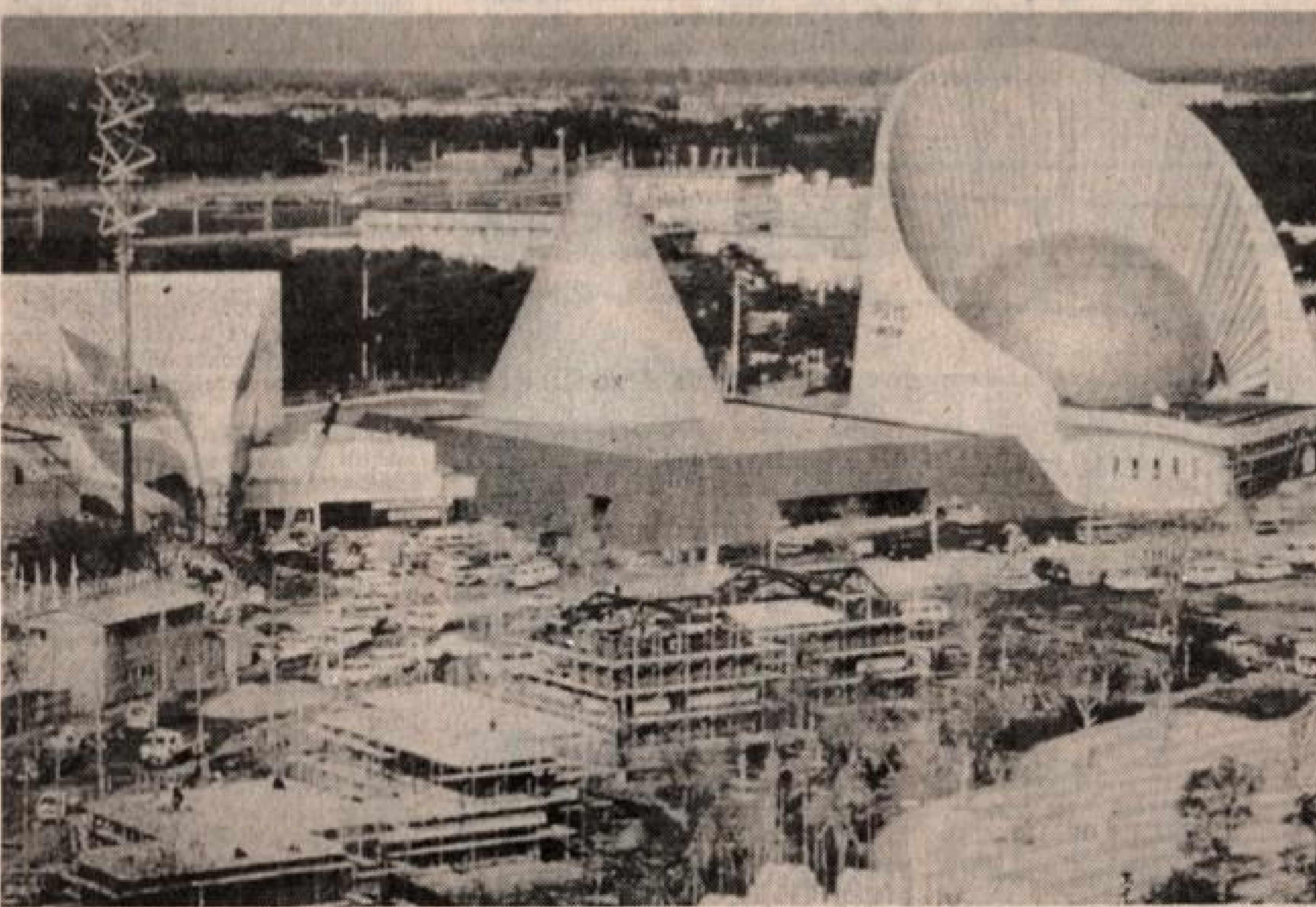
Eine „japanische EG" in Südostasien?

Nun wird gemeinhin nicht — wie eingangs beschrieben — von einer japanischen, sondern einer p a z i f i s c h e n Herausforderung gesprochen. Gemeint ist nicht nur Japan, gemeint sind auch die „Schwellenländer" Südostasiens wie Südkorea, Taiwan, die Philippinen, Singapur, Hongkong, Thailand, Malaysia, Indonesien, Brunei, Neuseeland, Australien usw. Ähnlich wie die BRD, die Westeuropa als großen Binnenmarkt und strategische Ausgangsbasis für die weltweite Expansion ansieht und erhebliche Anstrengungen unternimmt, dieses Ziel gegen erhebliche Widerstände und Widersprüche anderer EG-Länder durchzusetzen, betrachtet der japanische Imperialismus den südostasiatischen Raum als sein „natürliches" strategisches Hinterland. Allerdings setzen die USA den Ambitionen Japans erhebliche Konkurrenz entgegen, da dieser Raum für die USA auch militärstrategisch im Sinneder Einkreisung der Sowjetunion eine zunehmende Rolle spielt. Außerdem sind den Bestrebungen Japans auch durch die Widersprüche der südostasiatischen Länder selbst vorerst enge Grenzen gesetzt. Neben Südkorea und Taiwan spielt die **ASEAN (Association of South-East Asian Nations)** — ein Wirtschaftsverbund aus den Staaten Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Singapur, Thailand und Brunei — eine Schlüsselrolle bei den japanischen Plänen. Immerhin sind in dieser Region heute 25% aller ausländischen Direktinvestitionen in die Länder der „3. Welt" konzentriert (1973 nur 9%), was deutlich macht, daß man in der Tat von einer gewissen Hinwendung der imperialistischen Staaten in die südostasiatische Region sprechen kann. Außerdem wird darauf verwiesen, daß die ASEAN-Länder in den letzten zehn Jahren, mit Ausnahme der Philippinen, überdurchschnittliche Wachstumsraten ihres Sozialproduktes verzeichneten. Die derzeitige Hochkonjunkur dieses Wirtschaftsraumes zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß die ASEAN-Länder keine so hohen Veschuldungen (Ausnahme: die Philippinen) bei westlichen Privatbanken aufweisen wie etwa Lateinamerika; das „Investitionsklima" wird von den Imperialisten also als sehr günstig beschrieben. Zudem handelt es sich bei diesen Ländern gewissermaßen um „Schwellenländer der zweiten Generation", d.h. diese Länder haben sich einem Entwicklungsweg verschrieben, den etwa Brasilien oder Südkorea schon hinter sich gelassen haben: Es ist dies der Weg einer stark exportorientierten Industrialisierung, exportorientiert in Richtung der reichen In-
schon hinter sich gelassen haben. Es ist dies der Weg einer stark exportorientierten Industrialisierung, exportorientiert in Richtung der reichen In-
dustriestaaten, die vor allem mit Hilfe ausländischer Kredite erreicht werden soll. Die Zukunft dieses Weges ist damit abhängig von der Aufnahmefähigkeit der Märkte der westlichen Industrieländer sowie von ausländischen Investitionen und Kapitalexporten. Damit dieses Ziel erfüllt werden kann, müssen die Exporte der Industrie in diesen Ländern überproportional steigen, um mit den Ausfuhrerlösen die Bankkredite wieder abzahlen zu können.

Eine entscheidende Rolle in der ASEAN spielt die **„Asiatische Entwicklungsbank"**, eine Art Bankenzusammenschuß, in dem die USA, Japan und 12 westeuropäische Länder 62% des Kapitals und damit auch des Einflusses halten. Seit 1967 flossen über diese Bank, die sich teils aus Budgetmitteln, teils aus Mitteln von Privatbanken finanziert, 20 Mrd. US-Dollar in die ASEAN-Länder. Zum Selbstverständnis dieser Bank heißt es, daß sie zu einer *„Denkfabrik"* für *„ganz Asien"* werden solle. *„Die Bank will ... auf sehr vorsichtige Weise ... Einfluß auf die nationale Wirtschaftspolitik in den einzelnen asiatischen Staaten nehmen."* Die Asiatische Entwicklungsbank leiht Gelder zu 20% aus der BRD, damit habe die BRD *„einen guten Platz am Fenster zum Pazifik"*, wie die FAZ frohlockend kommentierte (9). Mit dem Instrument dieser Bank sichern sich also alle imperialistischen Staaten einen erheblichen Einfluß auf die gesamte ASEAN und dessen Wirtschaftspolitik.

Japans Ambitionen auf diesen Wirtschaftsraum können vorerst als durchaus gescheitert angesehen werden. 1978 machte der damalige japanische Präsident Ohira einen Vorstoß und forderte einen pazifischen Zusammenschluß mit dem Ziel, die Zölle abzubauen und freien Handel sowie eine gemeinsame Währung einzuführen. Japan konnte sich mit diesen Vorschlägen jedoch nicht durchsetzen, stattdessen stießen die USA nach, die unter dem Präsidentschaftskandidaten und ehemaligem Raumfahrer John Glenn ein „Subkomitee" gründeten. Die Absicht der USA war es, nun selbst stärkeren Einfluß auf die Entwicklung der ASEAN zu nehmen. Aber auch diese Pläne scheiterten am Widerspruch der ASEAN-Staaten, die wohl zurecht eine allzu starke einseitige Abhängigkeit befürchteten. Von daher war es nur logisch, daß die ASEAN im Jahre 1980 mit der EG ein Handelsabkommen schloß, um die Abhängigkeit zu relativieren.

Die ASEAN ist keineswegs ein Wirtschaftsbündnis á la EG. Während die EG-Länder zu nahezu 50% ihren Außenhandel unter sich abwickeln, beträgt der Handelsanteil der ASEAN-Länder untereinander nur 11%. Höhere Anteile weisen allemal Japan (25%), die USA (20%) und selbst noch die EG (14%) auf (10).



Weltraumausstellung

> **„Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen. Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarktes die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet ... Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegendsten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden"** (Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, 1848).

„Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie

Daß sich daran nicht viel ändern wird, hängt damit zusammen, daß die ASEAN-Länder ihre künftige Entwicklung mit dem Handel mit den imperialistischen Ländern verknüpft haben. Untereinander herrscht Protektionismus vor. Selbst die fünf gemeinsam geplanten Industrieprojekte (u.a. gemeinsame Düngemittelfabrik in Indonesien) scheiterten kläglich aufgrund der nationalen Konkurrenz untereinander. Als weiteres sehr starkes Konkurrenzmoment tritt die Abhängigkeit vom Imperialismus in Erscheinung, denn jedes einzelne ASEAN-Land versucht, sich Vorteile im Handel und Kapitalimporten aus den imperialistischen Metropolen zu sichern (11).

Von den damaligen sehr ehrgeizigen Plänen eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes namens ASEAN ist heute so viel geblieben, daß eine wirtschaftliche Zusammenarbeit ohne feste Institutionalisierung besteht, was den Interessen der imperialistischen Staaten insofern entgegenkommt, daß sie ohne weiteres nach dem Prinzip „teile und herrsche" vorgehen können.

Die weitere Zukunft der ASEAN-Staaten kann nur anhand des jeweiligen Entwicklungsstandes der einzelnen Länder beurteilt werden. Vom Entwicklungsniveau her handelt es sich um Länder der „3. Welt", allerdings mit beträchtlichen Unterschieden. Allen sechs ASEAN-Ländern gemein ist der relativ geringe Industrialisierungsgrad und die Rohstoffausfuhr (Indonesien und Brunei exportieren hauptsächlich Erdöl bzw. Erdgas, Malaysia insbesondere Zinn, die Philippinen vor allem Kupfer und Zucker). Während der Grad der Verschuldung der meisten ASEAN-Länder sich in noch erträglichen Grenzen hält, unterliegen die Philippinen aufgrund ihrer Verschuldung von rund 26 Mrd. Dollar bei 400 westlichen Gläubigerbanken schon seit langem den harten Auflagen des Internationalen Währungsfonds. Die Philippinen sind auch das einzige ASEAN-Land mit sinkendem Sozialprodukt; die breite Oppositionsbewegung gegen das korrupte Marcos-Regime bereitet den Imperialisten zusätzliche Kopfschmerzen.

Allen ASEAN-Ländern gemein sind die beträchtlich niedrigen Löhne und ein sehr gering entwickelter Binnenmarkt, was die Aufnahmefähigkeit von Waren aus den imperialistischen Ländern stark begrenzt. **Singapur** unterscheidet sich von den übrigen ASEAN-Staaten vor allem dadurch, daß es bereits als klassisches Schwellenland bezeichnet werden kann. Schwerpunkt bei den Ausfuhren ist die Rohstoffverarbeitung (vor allem Erdöl) und die Orientierung auf Zulieferindustrien bei den sogenannten Waren der modernen Technologien. 50% der neuen Investitionen werden von den USA getätigt; 20% von Japan, dessen Konzerne ihre Produktionsstätten nach Singapur verlagert haben.

Außerhalb des ASEAN-Bereiches spielt **Hongkong** eine ähnliche Rolle wie Singapur. In Hongkong konzentriert sich nicht nur das internationale Finanzkapital; in der ehemaligen britischen Kronkolonie überwiegt der Export von Textilien und Bekleidung, mit denen 40% der Exporterlöse bestritten werden. Zumeist handelt es sich bei den Firmen dieser Branche um ausländische Konzernfilialen, die das niedrige Lohnniveau zur Erzielung von Extraprofiten ausnutzen. Die Abhängigkeit Hongkongs von den USA ist beträchtlich, denn rund 44% der gesamten Ausfuhren gehen dorthin.

Eine große Abhängigkeit von den USA muß auch für **Taiwan** konstatiert werden. Auch dieses Land erweist sich als Investitionsparadies für das ausländische Kapital wegen der dortigen „stabilen" politischen Verhältnisse, den niedrigen Löhnen und vieler großzügiger Steuererleichterungen für ausländische Investoren. Von 1952 bis 1983 flossen 4 Mrd. US-Dollar an Investitionen nach Taiwan, davon allein 1,2 Mrd. Dollar aus den USA (Japan hält einen Anteil von 22%). Die taiwanischen Ausfuhren gingen zu 45% in die USA und zu knapp 10% nach Japan. Taiwan hat mit beträchtlicher Hilfe der USA und Japans eine stark exportorientierte Industriestruktur; 50% des Sozialproduktes werden exportiert und der industrielle Schwerpunkt hat sich von der Leichtindustrie (Textilien) über die Schwerindustrie (Stahl und Schiffbau) zu den modernen Technologien verlagert. Dabei liefert Taiwan zumeist einzelne Bauelemente für die amerikanischen und japanischen Konzerne, ist also als Zulieferindustrie auf Gedeih und Verderb auf die ausländischen Konzerne angewiesen bzw. von diesen abhängig.

Südkorea ist das asiatische Land, das versucht hat, den japanischen Weg zu kopieren. Die zehn großen südkoreanischen Konzerne, die eng miteinander kooperieren und ebenso eng mit den staatlichen Stellen kooperieren, erwirtschaften 64% der industriellen Produktion und sind stark exportorientiert. Die Verschuldung Südkoreas durch die Industrialisierung hat dazu geführt, daß dieses Land mit 45 Mrd. Dollar Auslandsschulden bei privaten Kreditgebern in der Kreide steht, wobei Japan der Hauptgläubiger ist. Diese auf den Weltmarkt abzielende Industrialisierung hat zum Ruin der Landwirtschaft geführt. War Südkorea vor diesem Industrialisierungsprozeß von Agrarimporten weitgehend unabhängig, muß dieses Land heute über 50% der Nahrungsmittel importieren.

Auf der anderen Seite werden 40% des Sozialprodukts durch die Exporte erwirtschaftet, die vor allem in die USA (Anteil: 30%) fließen. Südkorea verfolgt eine typische Imitationsstrategie: Neue Technologien werden importiert und dank niedriger Löhne, enorm langer Arbeitstage und einer gesteigerten Ausbeutung der Arbeitskraft eigene technologische Waren auf den Weltmarkt geworfen. Diese Strategie hatte Südkorea schon bei der Stahlproduktion und dem Schiffbau praktiziert, wo mit Hilfe japanischer Indu-
Weltmarkt geworfen. Diese Strategie hatte Südkorea schon bei der Stahlproduktion und dem Schiffbau praktiziert, wo mit Hilfe japanischer Indu-
strieanlagen und Maschinen billigere Waren auf den Weltmärkten abgesetzt werden konnten. Dies hat bereits zu einer erheblichen Verschärfung des Konkurrenzkampfes zwischen Japan und Südkorea geführt. Die japanische Industrie weigert sich, neue Technologien nach Südkorea zu exportieren, die sich alsbald als Bumerang erweisen, wenn mit Hilfe dieser Technologien die südkoreanischen Konzerne auf dem Weltmarkt den japanischen Anteile entreißen. Beide Länder haben schon erhebliche protektionistische Barrieren errichtet. Die Reaktion Südkoreas ergibt sich daraus, daß der japanische Imperialismus Südkorea quasi als Binnenmarkt betrachtet. 75% des südkoreanischen Handelsbilanzdefizits entfallen allein auf Japan — und das sind immerhin knappe 27 Mrd. US-Dollar.

Japan seinerseits hat kein Interesse, die Imitationsstrategie der südkoreanischen Konzerne noch zu fördern. Aber letztere sind auf die Kooperation mit US-Konzernen ausgewichen: Der Samsung-Konzern arbeitet z.B. sehr eng mit der US-Computerfirma Semiconductor zusammen (12).

Doch trotz dieser recht aggressiven Exportstrategie der südkoreanischen Bourgeoisie weist dieses Land eine negative Handelsbilanz auf; dafür sind nicht nur die hohen Agrar- und Erdölimporte verantwortlich, sondern ebenso die Einfuhren von modernen Produktionsanlagen, Maschinen, neuen Technologien, um diese Exportstrategie gegenüber den viel größeren imperialistischen Konkurrenten durchzuhalten. Aufgrund dieser Entwicklung und der höchsten Auslandsverschuldung Südostasiens ist es nicht unwahrscheinlich, daß Südkorea dem Imperialismus gegenüber in Zukunft in eine ähnliche Position geraten wird wie viele Länder Lateinamerikas. Schon jetzt hat die südkoreanische Bourgeoisie Maßnahmen eingeleitet, die dieser Gefahr begegnen sollen. So sollen ausländische Investoren mit allerlei steuerlichen Verlockungen ins Land geholt werden, die Staatsausgaben sollen schrumpfen und zur Verminderung der negativen Handelsbilanz sollen weniger Kreditaufnahmen aus dem Ausland erfolgen (13).

„Pazifische Herausforderung"?

Als vorläufiges Fazit kann festgehalten werden, daß die sogenannte „pazifische Herausforderung" in den westlichen Medien stark übertrieben worden ist. Und dies auf zweifache Weise:

— Zum einen entspricht das Entwicklungsniveau der südostasiatischen Länder zum großen Teil noch nicht einmal dem der Schwellenländer, nur ein kleiner Teil hat bei der Strategie der über Verschuldung erreichten und stark exportorientierten Industrialisierung recht zweifelhafte „Erfolge" aufzuweisen, die zum großen Teil die Ruinierung bzw. Vernachlässigung der Landwirtschaft und die zurückbleibende Entwicklung des eigenen Binnenmarktes zur Folge hatte. Wenn die imperialistischen Staaten dennoch von einer gewissen Attraktivität dieser Region ausgehen, dann liegt das vor allem daran, daß die südostasiatischen Länder (mit Ausnahme der Philippinen) noch nicht in extremem Maße verschuldet sind, also noch ein gewisser Spielraum für ausländische Investoren vorhanden ist. Die verschärfte innerimperialistische Konkurrenz selbst trägt ebenfalls dazu bei, daß sich diese Auseinandersetzung um neue Investitions- und Absatzmärkte zunehmend in diese Regionen verlagert. Einer etwaigen Expansion aus dieser Region sind von vornherein enge Grenzen gesetzt. Zum einen scheiden die Länder Südostasiens als Absatzmärkte für industrielle Erzeugnisse, vor allem für Konsumwaren, wegen der dortigen Enge des Binnenmarktes (niedrige Löhne, hohe Arbeitslosigkeit und Armut, ruinöse Landwirtschaft) aus, zum anderen hat die exportorientierte Industrialisierung eine immer größer werdende Abhängigkeit von der Nachfrage aus den imperialistischen Metropolen zur Folge. Die Ankoppelung dieser Industrien auf Gedeih und Verderb an den Imperialismus hat sich — siehe Lateinamerika — als verhängnisvoller Weg erwiesen, in allererster Linie für die dort lebenden Völker.

— Zugleich wachsen damit die Bäume des japanischen Imperialismus, seinen eigenen Binnenmarkt auf die südostasiatische Region auszudehnen, nicht in den Himmel. Im Gegenteil, Japan mußte erhebliche Rückschläge einstecken, weil sich die südostasiatischen Länder zunehmend mit protektionistischen Maßnahmen gegen die japanischen Exporte zur Wehr setzen, umgekehrt auch die japanische Industrie ihren Binnenmarkt gegenüber Importen aus Südostasien dicht macht. Thailand drohte gar schon mit dem Boykott ja-
kehrt auch die japanische Industrie ihren Binnenmarkt gegenüber Importen aus Südostasien dicht macht. Thailand drohte gar schon mit dem Boykott ja-
panischer Waren, Malaysia warf Japan „wirtschaftlichen Kolonialismus" vor, Taiwan ließ eine gemeinsame Autoproduktion mit Toyota platzen und Südkorea beklagte sich, daß bereits 1.200 Waren japanischen Importbeschränkungen unterliegen.

Es ist also keinesfalls damit zu rechnen, daß der pazifische Raum zur „großen Herausforderung" wird. Allenfalls wird die Konkurrenz zwischen Japan, den USA und den EG-Ländern um Absatzmärkte und Einfluß in dieser Region zunehmen.

D./ Westberlin

Quellen und Anmerkungen:

(1) „Neue Gesellschaft", November 1984
(2) Wirtschaftswoche 51 - 1984
(3) zitiert nach FAZ, 11.4.84
(4) International Economic Indicators, December 1984, herausgegeben vom United States Department of Commerce, International Trade Administration
(5) „Das Parlament" 33 - 1984
(6) IPW-Berichte 12 - 84
(7) FAZ, 10.7.84
(8) FR und FAZ, jeweils 1.6.84
(9) FAZ, 18. und 24.4.84
(10) „aus politik und zeitgeschichte, beilage zur wochenzeitung das parlament", 18.8.1984
(11) FR, 23.5.84
(12) Gegenstand dieses Artikels ist es nicht, die Abhängigkeit der südkoreanischen Konzerne von imperialistischen Konzernen genauer darzustellen. Die südkoreanischen Werftenindustrie z.B. ist zu 52 % in den Händen Japans. Die südkoreanische Industrie ist zur Tätigung ihrer gewaltigen Investitionen auf ausländisches, vor allem japanisches, Bankenkapital angewiesen. So gilt der koreanische Samsung-Konzern bei den japanischen Kreditgebern als hoch verschuldet. Es ist also nicht immer genau auszumachen, ob ausländische Konzerne bestimmte Strategien unter südkoreanischer Flagge wahrnehmen oder die südkoreanische Bourgeoisie selbst.
(13) Der „Streifzug" durch die südostasiatischen Länder basiert im wesentlichen auf Artikeln der Wirtschaftswoche, FAZ und FR.

Was ist los mit der Faschisierung?

Kritische Überprüfung der These von der »Schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft«

Darstellung von Entstehung, Entwicklung und Veränderung der These von 72 bis heute, einschließlich einer zusammenfassenden Systematisierung der „essentials" der These waren Gegenstand von Teil 1 und Teil 2 dieser Artikelserie im AK 256 und 257. Teil 3 in AK 258 brachte nach einer zusammenfassenden Skizze der Stationen der These und ihrer „essentials" den ersten Teil der Überprüfung aus heutiger Sicht: unter den Stichworten: „Bruch oder Kontinuität", „Baldiger Zusammenbruch", „rasche Verelendung, kommende Kämpfe", „Offensives Gegenprogramm", „präventive Aufrüstung des Staatsapparates".

Mit Teil 4 ist die Serie abgeschlossen. Ring frei also für die Debatte und weitere Analyse der offenen Fragen.

F.



Foto: Oscar van Alphen

Stichwort: Formierung der Rechten

Eine faschistische Massenpartei haben wir heute in der BRD nicht. Ebensowenig relevante Ansätze für eine solche Partei. Auch keine sichtbaren Bemühungen zur Aufpäppelung einer solchen.

Die aus der „roll back"- Dynamik seit 67 entstehenden rechten Sammlungsbewegungen um F.J. Strauß, die NPD und die „Aktion Widerstand", später die aufwendigen Testversuche der CSU zur Bildung einer „4. Partei" nach dem Muster der italienischen MSI blieben stecken, flauten mit der außen- wie innenpolitischen Etablierung des von der SPD/FDP vertretenen neuen Kurses des BRD-Imperialismus und der damit einhergehenden relativen Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD ab. Die Wahlniederlagen der CDU/CSU von 1972, 76 und 81, in deren Verlauf sich das öffentliche Selbstverständnis der CDU/CSU von der Partei der offenen Konfrontation („Ausverkauf Deutschlands" 1972, „Freiheit oder Sozialismus" 1976, „Fortschritt für alle" 1981) zur „Partei der Mitte" wandelte, kennzeichnen diese Entwicklung.

Als Regierungspartei hat sich die CDU/CSU heute außenpolitisch in die neue Tradition der globalen wie besonders der europäischen ‚Stabilitätspolitik' und der ‚Neuen Ostpolitik', innenpolitisch auf den Kurs der integrationistischen Befriedungspolitik der von der SPD/FDP begonnenen Politik gestellt. Sie ist nach allen gegenwärtig sichtbaren Anzeichen z.Zt. im wesentlichen auf Kontinuität dieser Tradition, nicht auf Bruch im Sinn der Rückwendung auf ihre früheren Programme oder auch der Übernahme konservativer Konfrontationsprogramme von der Machart Thatcher's oder Reagan's abonniert. Ideologische Abenteuer im Stile früherer Strauß-Ausfälle leistet sich die CDU/CSU heute als Regierungspartei kaum. Die wenigen provokatorischen Ausfälle Geißlers bestimmen nicht die Grundlinie der Politik.

Der ‚Kurs der Mitte' verpflichtet z.Zt. zu vorsichtigem Taktieren, wie exemplarisch Kohls Verhalten im aktuellen ‚Schlesier-Konflikt' zeigt, der zwar einerseits die Revanchistenverbände nicht vor den Kopf stoßen will und vielleicht auch persönlich von der Notwendigkeit überzeugt sein mag, daß die ‚deutsche Frage offen' gehalten werden müsse, der aber andererseits als Partei- und Regierungschef vor allem mit Blick auf die europäischen Verbündeten der BRD immer wieder die Bindungswirkung von Verträgen betont. Ausgerechnet Strauß machte sich zum Unterhändler für die Vermittlung von Krediten für die DDR u.a.m. Ich lasse es bei diesen Beispielen und verweise zur weiteren Politik der CDU/CSU/FDP-Koalition auf meinen Artikel ‚Bilanz der Wende' in AK 250.

Was die SPD auf ihrem Stabilitätskurs nach links integrierte, das integrierte die CDU/CSU nach rechts. Die NPD, die nach der Krise durch ihren ‚Verrats'-Vorwurf an die Adresse der CDU/CSU bei Eintritt der SPD in die ‚Große Koalition' rasanten Wählerzuspruch aus CDU-Kreisen bekommen hatte, die bei der Bundestagswahl 1969 nur knapp an der 5%-Klausel scheiterte, hatte schon 1972 ihre Wähler wieder an die CDU/CSU verloren. Sie wurde mit 0,6% abgeschlagen. 1976 hinkte sie hinter dem CDU/CSU-Wahlslogan ‚Freiheit statt Sozialismus' hoffnungslos mit ‚Freiheit oder Kommunismus' als eigenem Slogan hinterher. Mit 0,3% sackte sie noch weiter ab.

Damit war die NPD als rechte Wahlpartei zur Bedeutungslosigkeit abgefallen, was sich in entsprechenden Radikalisierungs- und Spaltungstendenzen an ihrer Basis niederschlug, die ihrerseits den antifaschistischen Protest provozierten. Aus eigenen Kräften hätte die NPD sich gegen die zunehmenden antifaschistischen Proteste nicht behaupten können. Sie erhielt aber als Partei, die sich formal zur Anerkennung des Grundgesetzes bekennt, massiven Polizeischutz.

Das Urteil des Landgerichts Mannheim vom April 84, in dem der NPD ihre Verfassungskonformität bestätigt wurde, zeigte — in einer Situation, wo die NPD als Wahlpartei faktisch keine Rolle spielte — das grundsätzliche Interesse von BRD-Staat und -Justiz an der Erhaltung einer faschistischen Wahlpartei als potentielle Alternative der politischen Wirklichkeit der BRD!

Als Symbol dieser legalisierten Möglichkeit einer faschistischen Alternative ist die NPD seitdem, vor allem durch die ‚Rock gegen Rechts'-Aktionen 1978, 1979, 1980 bevorzugtes Objekt des antifaschistischen Protestes geworden und ist es noch immer, obwohl sie z.Zt. nicht nur als Wahlpartei, sondern auch als mögliches Sammelbecken rechts von der CSU keine Chance hat. Das wird auch dadurch nicht anders, daß sie gegenwärtig ein paar Proteststimmen einheimst, in denen sich die aktuelle Enttäuschung über die von der CDU/CSU bisher nicht vollzogene Wende wiederspiegelt.

Der Integrationssog der CDU/CSU gegenüber der NPD und der übrigen ‚legalen Rechten' rechts der CSU führte — beginnend mit der Abspaltung der ‚Aktion Neue Rechte' (ANR) 1972, und fortgesetzt mit der NS-Sammlungsbewegung der Roeder, Schönborn und Co 76/77, über die ‚Wehrsport'-Bewegung bis hin zur neuen ‚NSDAP' unter Kühnen und seiner Bande der ‚Aktion nationaler Sozialisten'/ANS — zur Entstehung eines außerparlamentarischen militanten Neo-Nazismus, der in den Jahren 79 - 81 eine starke, aber relativ kurze Blüte erlebte.

Zögernd und wohl wesentlich mit Blick auf die propagandistische Wirkung im Ausland entschloß sich die SPD/FDP-Regierung lange nach dem Münchner Attentat zu Verboten (Hoffmann, VSBD). Die CDU/CSU/-FDP-Regierung setzte mit dem Verbot der ANS nach.

Wenn die tatsächliche Aufrollung des den Behörden durchaus zu großen Teilen aus langjähriger Observation und nicht zuletzt durch ihre eigenen agents provokateurs bekannten Naziuntergrunds auch unterblieb, wie im Fall des Münchner Attentats sogar sichtlich verschleppt wurde, so führten die Verbote doch zu einer Einengung des Spielraums dieser Kräfte. Die Verbote demonstrierten nicht zuletzt dem militanten faschistischen Untergrund selbst, daß keineswegs grundsätzlich, aber z.Zt. eine Konfrontationspropaganda neo- oder altfaschistischer Machart in der Strategie der ‚Inneren Sicherheit' von den herrschenden Kräften nicht erwünscht ist — ungeachtet begrenzter aktueller oder möglicher zukünftiger Verwendung solcher Konfrontationspotentiale als Spielmaterial gegen die Linke oder gar als potentielle Keime einer militanten faschistischen Massenbewegung. Durch die gegenwärtige Politik allerdings werden diese Kräfte auf absehbare Zeit im Untergrund gehalten.

Bleibt die Frage, ob über die genannten parteimäßigen Versuche des organisierten Konservatismus, bzw. Neo-Nazismus hinaus relevante rechte Formierungsversuche und Anstrengungen zur Schaffung profaschistischen oder wenigstens militant konservativen Massenbewußtseins unternommen wurden und werden und mit welchem Erfolg.

Ein paar wesentliche Beipiele mögen genügen:

— Die Potentiale der Vertriebenenverbände, eine wesentliche Stütze der Politik des „Kalten Krieges" und des Revanchismus der CDU/CSU-Regierung während der Adenauer-Ära, von denen wir 1972 annahmen, daß sie gewaltig auflaufen würden, sind angesichts der durch die „Neue Ostpolitik" geschaffenen politischen Fakten, die ja auch von der CDU/CSU trotz ihres „Ausverkauf"-Geschreis mitgetragen werden, in die Defensive geraten. Die Macht des Faktischen „droht" ihre Forderungen zu unterhöhlen und drückt ihren Vertriebenen-Treffen und Ideologien zunehmend den Stempel des Ewiggestrigen und Folkloristischen auf.

Dem soll von Seiten der Vertriebenen-Funktionäre mit Unterstützung aus der CDU/CSU offenbar durch ideologische Provokationen, wie gegenwärtig im Fall des Schlesier-Treffens, entgegengewirkt werden, wie die CDU/CSU sich auch insgesamt, vor allem in ihrer Kultur-Politik, in stärkerem Maße als die SPD um die „Offenhaltung der deutschen Frage" bemüht. Dies muß zweifellos als Versuch der ideologischen „Wende" ernstgenommen und zurückgekämpft werden. Solange sich allerdings der Charakter der von der CDU/CSU selbst betriebenen „Ostpolitik" nicht ändert, ist die Re-Aktivierung eines a k t i v e n revanchistischen Massenbewußtseins in der westdeutschen Bevölkerung m.E. nicht zu erwarten.

In der Frage des Rassismus ist es, was die Mobilisierung aktiven rassistischen Massenbewußtseins anbetrift, im Prinzip nicht viel anders. Zwar macht die CDU/CSU/FDP-Regierung, wie zuvor von der SPD/FDP-Regierung eingeleitet, eine knallharte Rausschmiß-Politik gegenüber den hier arbeitenden Ausländern ebenso wie gegenüber Asylsuchenden einen knallharten Aufnahmestopp- und Abschiebeterror.

Dies ist nicht nur ausländerfeindlich und produziert Ausländerfeindlichkeit in der Bevölkerung, sondern gibt der spontan aufgrund der ökonomischen Konkurrenz und kulturellen Verschiedenheit entstehenden Ausländerfeindlichkeit staatliche Legitimation, die die Rechte mit rassistischer Propaganda aufgreifen und vertiefen kann.

Andererseits werden Integrationsprogramme angeboten, auch von Seiten der CDU/CSU, ist die offizielle staatliche und gesellschaftliche Sprachregelung die des „ausländischen Mitbürgers", dem „geholfen" werden müsse u.a.m.

Angesichts der real betriebenen Ausländerpolitik der Regierung sind diese Beteuerungen selbstverständlich Demagogie. Nichtsdestoweniger bleibt festzuhalten: Die Politik der Regierung schafft und begünstigt f a k t i s c h durch ihre Ausländerfeindlichkeit den Rassismus, offensiv und massenhaft p r o p a g i e r t jedoch wird er nicht.

Nur mühsam als „Ausländerrückführung" verdeckter Rassismus wie der der NPD oder offener, mit Antisemitismus vermischter militanter Rassismus, wie er vom neo-nazistischen Untergrund praktiziert wird, wird z.Zt. von der herrschenden Ideologie weder bekämpft noch aufgegriffen.

— Schließlich sei noch die Frage des nationalen Chauvinismus betrachtet: Mitte der Siebziger — während der sog. Ölkrise — erwarteten wir die Entfachung einer chauvinistischen Propagandalinie nach dem damals recht gelungenen Experiment, die Bevölkerung mit drohender Energieknappheit in Krisen-Hysterie zu versetzen, volksgemeinschaftliches Handeln zur Überwindung der Energiekrise („autofreie Sonntage" u.a.m.) zu erproben und zur gemeinsamen Aggressions-Abfuhr die „Scheichs" anzubieten.

Obwohl sich die „Energiekrise" bis zum Auseinanderfallen der OPEC 1980 hinzog und bis zur Androhung von militärischen Interventionen seitens der USA in OPEC-Länder steigerte, wurde das Experiment einer solchen chauvinistischen Kampagane in der BRD erstaunlicherweise nicht wiederholt. Woraus sich, da es ja durchaus erfolgreich verlief, nur schließen läßt, daß die verantwortlichen Kräfte eine solche Kampagne z.Zt. nicht für opportun oder notwendig halten, nachdem die alte OPEC-Formation sich aufgelöst und sich die Lage für das imperialistische Lager damit diesbezüglich (und u.a. auch durch die Erdgasleitung der BRD in die UdSSR) stabilisiert hat.

Bei möglichen veränderten zukünftigen ökonomischen oder politischen Bedingungen könnte allerdings sicher am reaktionären Bodensatz, der durch die frühere Kampagne im Bewußtsein einer großen Mehrheit der Bevölkerung zurückgeblieben ist, angesetzt werden. Aufmerksamkeit ist geboten.

Dies läßt sich auch generalisieren: Daß immerhin 44,5% des Wahlvolks trotz massivster Gegenkampagne der SPD, damals auch noch der FDP und der gesamten Linken dieses Landes, 1981 bereit war, einen Kanzler Strauß zu akzeptieren, daß der putschartige Koalitions-Umfaller-Coup, mit dem die CDU/CSU/FDP ihre Regierungsübernahme im Herbst 82 einleitete, im März 83 mit einer satten Wählermehrheit belohnt wurde, daß diese Regierung diese Ausländerpoltik, diese Hofierung der Revanchistenverbände, die „Nachrüstungs"- und übrige NATO-Politik heute nicht nur als „Putschpartei", sondern im Namen der Mehrheit der westdeutschen Wahlbevölkerung betreiben kann, läßt ein großes Potential für reaktionäre Politik der BRD erkennen. Es wird aber heute von der CDU/CSU nicht im Sinne einer aktiven Formierung einer faschistischen Massenpartei oder auch nur -bewegung mobilisiert, sondern als „schweigende Mehrheit" für ihren „Kurs der Mitte" genutzt — wobei Reibungsverluste durch vermeidbare Polarisierungen tunlichst vermieden werden.

Mensch vergleiche diese Situation mit der Propagandalinie der sog. Übergangsregierungen der Weimarer Zeit, ganz zu schweigen von der der Nazis, mit der Adenauers während des ‚Kalten Krieges", auch mit der sendungsbewußten eines Ronald Reagan, einer Thatcher, und mensch muß feststellen, daß in der BRD z.Zt. von einer von oben betriebenen Ideologisierung der Massen für einen neuen Faschismus, ja selbst für einen m i l i t a n t e n Konservatismus nicht die Rede sein kann. Impulse dazu von unten werden, wie schon gezeigt, nicht wirklich bekämpft, aber auch nicht als politische Alternative zu den bestehenden Verhältnissen aufgegriffen.

Die Geschichte der BRD aus der Weimarer Zeit heraus bringt es mit sich und die der Krise 66/67 folgenden Jahre hat es erneut gezeigt, daß es durchaus mobilisierbare faschistische Potentiale in der BRD gibt. Die Existenz des militanten und legalen, organisierten wie unorganisierten Neo-Nazismus, eine breite rechte Subkultur, eine unüberschaubare „Braunzone" zwischen der äußersten Rechten und der CDU/CSU sind auch in Zukunft die Gewähr dafür! Nach dem Scheitern der Formierungsversuche der Rechten Anfang und Mitte der 70er allerdings ist deutlich geworden, daß die innenpolitische Strategie des BRD-Imperialismus z.Zt. nicht auf Polarisierung der gesamtgesellschaftlichen Situation durch eine aktive Mobilisierung dieses Konfliktpotentials setzt.

Gründe dafür liegen zum einen in dem Interesse und der aktuellen Fähigkeit des BRD-Imperialismus, sich durch Aufrechterhaltung des „Modell Deutschland" ein ruhiges Hinterland zu sichern und zum anderen der damit korrespondierenden Bewußtseinslage der Mehrheit der BRD-Bevölkerung, die — nach 2 Weltkriegen, dem „Wiederaufbau" und angesichts einer ungewissen Zukunft — im Wesen konservativ, d.h. b e w a h r e n d und das Erreichte s i c h e r n d denkt, politische Experimente jeglicher Art dagegen als Unsicherheit ablehnt. In den Sog dieses Konservatismus sind linke und rechte Alternativen zu den bestehenden Verhältnissen zunehmend integriert worden.

Es gibt z.Zt. keinen ersichtlichen Grund für die Herrschenden, diesen Zustand von oben aus seinem, zweifellos labilen, Gleichgewicht zu bringen — solange dies nicht durch Veränderung der Weltlage oder im innenpolitischen Bereich von anderer Seite geschieht. Selbst die Veränderung des Parteiengefüges der BRD durch die GRÜNEN lockt die Herrschenden diesbezüglich offenbar kaum aus der Reserve, solange sich dann eher die Vollendung der Integration der ehemaligen außerparlamentarischen Linken als eine Polarisierung zum herrschenden System vollzieht.

Vor diesem ganzen Hintergrund erweist sich die in den „Thesen" ausgesprochene Erwartung einer faschistischen Formierung als durch die damalige Situation zwar verständliche — und für die Mobilisierung gegen den rechten Aufmarsch auch durchaus positive — aber eindeutige Fehleinschätzung, die die aus der Krise 66/67 herrührende Dynamik der rechten „Roll Back"-Versuche überschätzte und in die Zukunft hinein verlängerte.

Fortsetzung nächste Seite

Diskussion

Fortsetzung von vorheriger Seite

Auch die nach der zweimaligen Niederlage der Rechten 1972 und 1976 dann in der „Antifa-Resolution" von 1979 geäußerte Erwartung, nun stehe eine Ideologisierung der Massen von oben „nach Art der NSDAP" bevor, erwies sich als falsch. Das gleiche gilt für die im Vergleich zu den Weimarer Übergangsregierungen Brüning, Papen, Schleicher vorgenommene Einschätzung des CDU/CSU/FDP-Kabinetts vom Herbst 82/Frühjahr 83 als „Übergangsregierung" zu einer baldigen „schnelleren Gangart".

Festzuhalten bleibt stattdessen: Es hat zwar keine Faschisierung im Sinne einer Polarisierung und Formierung einer faschistischen Massenbewegung, dafür aber im Zuge einer konservativen Befriedungsstrategie eine gefährliche E n t p o l i t i s i e r u n g stattgefunden. Wie weit auf dieser Grundlage über den Weg einer angeblichen Bedrohung des „Sicherheitsstaates" von außen oder von innen, die Strategie der präventiven Normierung auf der Basis eines passiven Einverständnisses der „schweigenden Mehrheit" mit Zielen und Methoden eines sich „verteidigenden" „Sicherheitsstaates" zu einer Volksgemeinschaft neuer Art genutzt, vielleicht gar aktiviert werden kann, ist eine offene Frage. Ihre Beantwortung hängt u.a. davon ab, ob ein Imperialismus wie der der BRD unter den heutigen Bedingungen, speziell denen einer evtl. Kriegsführung überhaupt auf a k t i v e Zustimmung „seiner" Bevölkerung angewiesen zu sein glaubt oder u.U. eine poltisch betäubte Mehrheit der Bevölkerung zur Durchsetzung seiner Zwecke für günstiger hält.

Die „Optionen" der imperialistischen Strategen dazu zu untersuchen, halte ich für außerordentlich wichtig. (9)

Stichwort: Abwehrfront

Die von den „Thesen" propagierte ganz große antifaschistisch-demokratische und zugleich antikapitalistische Aktionseinheit unter Führung einer neuen kommunistischen Partei, die den Aufbau einer aktuellen Abwehrfront gegen die Offensive des Imperialismus erfolgreich organisiert und darin zugleich die Kräfte für die notwendige strategische Offensive gegen den Imperialismus heranbildet, kam offensichtlich nicht zustande.

Dies ist allerdings am allerwenigsten den „Thesen". anzulasten. Im Gegenteil: Ein wesentliches Verdienst der „Thesen" war es wohl gerade, daß der KB in der Praxis immer darauf bestan-teil: Ein wesentliches Verdienst der „Thesen" war es wohl gerade, daß der KB in der Praxis immer darauf bestan-den hat, die verschiedensten Erscheinungen unter ihrem vereinheitlichenden Aspekt zu betrachten, also Krisenentwicklung, Polizei-Ausbau, Datencomputerisierung, Todesschüsse, Berufsverbote, Neo-Nazismus, Anti-Terrorismus-Kampagnen, Hetze während der Öl-Krise, Ausländerfeindlichkeit etc. pp. Aus dieser Gesamtschau heraus, den der KB als „allseitige Offensive des Kapitals" charakterisierte, war er in der Praxis immer wieder eine wichtige Gegenkraft gegen staatsversöhnlerische und sozialdemokratische Kräfte von mancherlei Art, die die zusammengehörenden Erscheinungen voneinander zu isolieren suchten. Siehe z.B. die Versuche, das „Russell-Tribunal" auf die Berufsverbote oder ein ähnlich enges Themenspektrum zu reduzieren.

Für die Praxis des KB war dieses Element der „allseitigen" Gesamtschau das entscheidende Ergebnis der „Faschisierungsthese", auch nachdem „schrittweise" und „beschleunigte" Faschisierung bereits vorübergezogen war und p r a k t i s c h bereits neue Einschätzungen zur konkreten gesellschaftlichen Situation im „Arbeiterkampf" wie in der konkreten Bündnispolitik vertreten wurden — auch wenn sie sich nicht in offenen Korrekturen der „These" niederschlugen.

Zu diesem allseitigen Charakter der „Thesen" gehört im übrigen noch, daß der KB von dieser Gesamtschau aus stets eine Verbindungslinie zum NS-Staat zog und darauf bestand, daß die kritisierte Entwicklung eben nicht in einem beliebigen Land und in einem beliebigen Kontext passiert, sondern in diesem sozusagen historisch „gezeichneten".

Dieses sich in den „Thesen" ausdrückende Verständnis von der „allseitigen Offensive der Kapitalisten" schlug sich in dem Bemühen um eine entsprechende allseitige Bündnispolitik der Aktionseinheit nieder, die den KB zur wohl bündnisfähigsten Gruppe der „Neuen Linken" nach allen Seiten des linken Spektrums bis hinein in die linke Sozialdemokratie machte.

Allerdings hat nicht nur die von den „Thesen" beschriebe Lage sich — wie gezeigt — verändert, sondern damit auch die Bedingungen und das Verständnis der Aktions-Einheits-Politik. Auch die konkreten Formen und Möglichkeiten von „Aktionseinheiten" haben sich im Laufe der Jahre erheblich gewandelt. Zusammen mit den theoretischen Fragen muß dies unbedingt unverzichtbarer Bestandteil der Diskussion um die weitere Einschätzung und Perspektive sein.

Hier eine Skizze in fast sträflicher Kürze, die die in diesem Zusammenhang auftauchenden Fragen nur anreißen kann:



Erste Phase
bis ca. Ende 76
(Bundestagswahl, Brokdorf I):

Der Aufbau der Aktions-Einheit unter revolutionärem Anspruch kommt nicht zustande. Die SPD/FDP schafft es, mit ihrem differenzierenden Konflikteindämmungs-Instrumentarium von integrativen Maßnahmen gegenüber der Masse der Arbeiterschaft einerseits, abgestuftem ideologischen Druck bis zu terroristischen Maßnahmen gegenüber der Linken andererseits, die Kämpfe in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen voneinander zu isolieren und die Linke in sich zu spalten. Isolierte Kämpfe mit isolierten Niederlagen bzw. auch kleineren Siegen und extremes linkes Sektierertum sind Ausdruck dieser Situation. Der Parteianspruch geht trotz, bzw. gerade wegen diverser „Parteigründungen" baden.

Zweite Phase
Ende 76 bis Ende 80
(Strauß abgeschlagen):

In der Anti-AKW-Bewegung bildet sich zum erstenmal trotz ideologischer Differenzen faktisch eine Aktionseinheit der Linken links von der SPD, Spaltungsmanöver der DKP und Links-Sozialdemokraten schlagen fehl (Brokdorf/Itzehoe). Das aus der AKW-Bewegung stammende neue Aktions-Einheits-Bewußtsein („Wehrt euch, leistet Widerstand") hat Initiativ-Wirkung auch auf andere gesellschaftliche Bereiche (Anti-Repression, Antifa, Russell-Tribunal, Rock gegen Rechts, schließlich: Anti-Strauß-Wahlkampf). „Wehrt euch, leistet Widerstand" wird zum „Schlachtruf". der Bewegungen dieser Zeit. Linke Aktions-Einheit in Form von „Bürgerinitiativen" und „Basisdemokratie" hat Konjunktur. Die Spaltungslinie der DKP ist zeitweise zurückgedrängt.

Einige Charakteristika dieser Phase dürfen aber nicht übersehen werden:

— der Aktions-Einheits-Anspruch reduzierte sich faktisch auf die radikale Linke und die linksradikalen Ränder von DKP und SPD. Der KB charakterisierte diese Kämpfe später als „Stellvertreterkämpfe" für eine nicht vorhandene demokratische Bewegung, ganz zu schweigen von der Arbeiterbewegung.

— Die Sozialdemokratie entwickelte eine Doppelstrategie zur Re-Integration der Bürger-Initiativ-Bewegungen: Repression über Regierungs- und Parteipolitik einerseits, politische und organisatorische Einflußnahme über die nicht parteigebundene linke Sozialdemokratie wie SB u.a. zum anderen. Ähnliches gilt für die DKP.

Ergebnis davon war die schrittweise Sozialdemokratisierung, d.h. inhaltliche Verflachung, mit zunehmender Verbreiterung der Bewegungen, eine tendenzielle Isolierung der Linksradi-che Verflachung, mit zunehmender Verbreiterung der Bewegungen, eine tendenzielle Isolierung der Linksradi-kalen, auch des KB. Siehe Auseinandersetzungen ums Russell-Tribunal, siehe die Entwicklung von „Rock gegen Rechts" III, 1980.

Die Anti-Strauß-Kampagne der Linken 1980 schließlich sah zwar alle Linken auf der Straße. Die Aktionen standen aber in der Regel wieder unangefochten unter der Führung der Sozialdemokraten. Die DKP konnte ihre sattsam bekannte Spaltungs- und Erpressungslinie wieder installieren.

Dies alles heißt nicht, daß die Verbreiterung der Bewegungen etwa als Fehler einzuordnen wäre! Es zeigt aber, daß und wie die Sozialdemokratie diese Bewegungen trotz deren relativer Stärke aufgrund deren trotz allem isolierten Stellvertreter- und „Einpunkt"charakters verwässern und reintegrieren konnte.

— Eine nicht unerhebliche Rolle dafür spielt der Einschnitt des „deutschen Herbstes" in diese Phase, der der Sozialdemokratie die Möglichkeit gab, ihr Doppelspiel vom „starken Staat" einerseits und Integration, Zersetzung und Spaltung andererseits voll auszureizen!

Dritte Phase
Ende 80 bis heute
(Friedensbewegung, GRÜNE Parteibildung):

Erste sichtbare Spuren dieser Phase reichen schon in den „deutschen Herbst" zurück. Zur praktischen Alternative und Kraft wurden sowohl die Friedensbewegung als auch die GRÜNEN allerdings erst nach der Strauß-Niederlage 1980. Die Bedingungen für Aktions-Einheiten erfahren nun bei in Grundzügen unveränderter Konstellation zwischen der Linken und der übrigen Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterschaft, ihre bisher tiefste Wandlung: In der Friedensbewegung reduziert sich der Konsens nicht nur vollends auf den Aufbau einer „Abwehrfront". Die Abwehrfront selbst unterliegt auch noch dem Zwang zur Legalität und Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols. Eine über die gegenwärtigen Verhältnisse hinausweisende Perspektive ist gefallen, ideologisch ist die Integration ins herrschende Befriedungsprogramm damit zunächst perfekt.

Im Sog der GRÜNEN Parteibildung und Parlamentspolitik vollzog und vollzieht sich die Verwandlung von Aktions-Einheits- und Basis-Bewegungs-Politik in Parteipolitik als Bestandteil des Parlamentarismus. Darin wäre soweit nichts Verwerfliches, wenn den Inhalten der bisherigen Aktionseinheiten und „Bewegungen" damit zu größerer Sprengkraft verholfen würde, indem sie polarisierend in die Parlamente eingebracht würden. Die Hauptlinie dieser Entwicklung ist aber genau umgekehrt: Die parlamentarischen „Sachzwänge" beginnen disziplinierend und integrierend auf die Inhalte der „Bewegungen" zu wirken. Neben den GRÜNEN oder an ihnen plinierend und integrierend auf die Inhalte der „Bewegungen" zu wirken. Neben den GRÜNEN oder an ihnen vorbei ist linke Politik z.Zt. aber kaum möglich.

Überblickt mensch diese Entwicklung seit den 70ern, so muß das Facit lauten: Gewachsenem Bedürfnis nach unmittelbarer Demokratie, verbesserten Bedingungen bzgl. Aktionsmöglichkeiten und Rückhalt in der Bevölkerung steht eine Reduzierung des ehemals systemfeindlichen bis revolutionären Anspruchs, tendeziell seine Unterordnung unter den z.Z. herrschenden imperialistischen Befriedungs-Konsens insgesamt eine weitgehende politische Entwaffnung der Linken gegenüber.

Unter diesen Bedingungen muß bei Überprüfung der Gesamtschau der „Thesen" auch diskutiert werden, welche Konsequenzen aus dem in den „Thesen" formulierten Anspruch einer allseitigen Politik gegen die Angriffe des Kapitals unter den heutigen Bedingungen gezogen werden müssen:

Was bedeutet es angesichts des Stabilitäts- und Befriedungskurses der gegenwärtigen Regierung, eine „Abwehrfront" aufzubauen?

Wie kann darüberhinaus die Reduzierung des ehemaligen sozialistischen Anspruchs einer antifaschistisch-antikapitalitischen Aktionseinheits- und Bündnispolitik auf den bloß integrationistischen Aufbau einer Abwehrfront aufgebrochen werden? D.h. auch, wie und wo muß und kann a n t i f a s c h i s t i s c h - d e m o k r a t i s c h e r Kampf in Zukunft wieder mit antikapitalistischen Perspektiven zur Überwindung der bestehenden Verhältnisse, speziell des gegenwärtigen befriedeten Konservatismus verbunden, wo aber auch klar unterschieden und getrennt werden? (10)

Stichwort: theoretische Ableitung

Es mag albern klingen, aber nach der allgemeinen Begriffs-Verwirrung in Sachen „Faschisierung" muß zunächst unbedingt festgehalten werden: Die Unterscheidung zwischen verschiedenen Formen bürgerlicher Demokratie und Faschismus als zwei unterschiedlichen Methoden bürgerlicher Herrschaft, die zwar ineinanderübergehen können, aber sehr wohl auseinandergehalten werden müssen, war zu Dimitrovs Zeiten richtig und ist es noch heute. Das gilt auch für vergleichbare Aussagen von Lenin, auf die Dimitrov sich stützte, obwohl Lenin noch keine Erfahrung mit dem Faschismus machen konnte, bzw. mußte. Darin sind sich wohl auch alle — marxistischen — Faschismusforscher einig.

Ebenso unbestritten ist und für unbestreitbar halte ich die damit verbundene Feststellung Dimitrovs, daß der Faschismus eine „Partei des akuten Angriffs" ist und die Faschisierung jene Phase bezeichnet, in der eine Reihe von Maßnahmen die „u n m i t t e l b a r e" Machtübernahme durch die Kräfte des Faschismus fördern und vorbereiten — wenn die Unterscheidung zwischen Formen der bürgerlichen Demokratie und Faschismus einen Sinn behalten soll.

In einigen anderen Punkten jedoch sind die Definitionen Dimitrovs und damit der „offiziellen" Faschismusdefinition der III. Internationale, zumindest das Verständnis, das sich in der Übernahme dieser Positionen durch die Linke der BRD, speziell die „Neue Linke" nach 67/68, und darin wiederum besonders den KB trotz verschiedentlicher Klärungsansätze letztenendes durch- und festgesetzt hat, aus heutiger Sicht zu differenzieren und zu erweitern, vielleicht auch zu korrigieren.

Diese Punkte sind: **Die Einschätzung des Faschismus als Endprodukt der Fäulnis des Imperialismus:** Die Niederlage des Nazi-Faschismus und anderer mit ihm verbündeter Faschismen, die unterschiedlichsten Formen der Ablösung von Kriegskabinetten und Notstandsregierungen nach Beendigung des 2. Weltkrieges, die vorübergehende Einengung der Spielräume repräsentativer Demokratie imperialistischer Staaten im Zuge des „Kalten Krieges" (Mc Carthy, Präsidial-Diktatur Adenauers) u.a.m. beweisen klipp und klar:

1. Der „klassische" Faschismus war kein Endstadium, sondern eine Zwischenetappe des Imperialismus.
2. Faschismus, wie in der Zeit zwischen den Weltkriegen und währenddessen war kein „Unfall der Geschichte", sondern eine immer vorhandene latente Entwicklungsmöglichkeit bürgerlicher Herrschaft in der Zeit des Imperialismus. Die konkreten Formen können dabei unterschiedlich sein.

Diese Tatsachen verbieten jegliche Konstruktion von Etappenmodellen im globalen wie im nationalen Rahmen, nach denen etwa „Faschismus als höchste Stufe des Imperialismus" im globalen wie im nationalen Rahmen, nach denen etwa „Faschismus als höchste Stufe des Imperialismus" kommen m u ß.

Die Definition des Faschismus als „Diktatur des Finanzkapitals": Die Analayse der historischen Faschismen wie aktueller Herrschaftsausübung zeigt (was Dimitrov ja selbst an anderer Stelle differenziert):

1. Entscheidungen für die Einführung faschistischer Herrschaftsmethoden kommen trotz relativer Hochorganisiertheit von Kapital und Staat im Kampf der unterschiedlichen Interessen, politischen Strömungen und Kräfte der herrschenden Schicht miteinander zustande.
2. Dabei handelt nicht „das" Finanzkapital als festgefügter Block, der sich des Staates als ebenso festgefügtem Apparat bedient, sondern Staat und die unterschiedlichen Interessen, Teile und Schichten der Herrschenden (nicht nur des Kapitals) gehen die unterschiedlichsten, sich nach strategischen und taktischen Erwägungen richtenden Bündnis-Konstellationen ein.
3. Je nach dem gesellschaftlichen Kräfteverhältnis und Entwicklungsstand des Klassenkampfes werden dabei auch andere Schichten in das Bündnis gezogen.

Ich weiß, Mißverständnisse sind vorprogrammiert, darum zum einen: Dieser ganze Vorgang sichert, ja er i s t die Dominanz „des" Kapitals. Zum zweiten: Unterscheidungen in eine „vernünftige" und eine „aggressive" „Fraktion der Bourgeoisie" entbehren jeder Grundlage. Darauf will ich hier nicht weiter eingehen.

Diese Tatsachen verbieten gefährlich vereinfachende und daher an den realen evt. Bruchlinien des so hergestellten Konsens des Kapitals vorbeigehende Vorstellungen von der Einführung „des" Faschismus durch „das" Kapital.

Die Definition des Faschismus als „offene terroristische Diktatur" (des Finanzkapitals): In dieser Allgemeinheit ist dem sicher zuzustimmen, nur — was heißt „offen" und was heißt „terroristisch" konkret? Seit den Tagen Dimitrovs hat es die unterschiedlichsten offen terroristischen Diktatu-

Fortsetzung nächste Seite


Foto: Abraham Pisarek

Fortsetzung von vorheriger Seite

ren unter unmittelbarer oder mittelbarer Herrschaft des Kapitals, seiner Teile oder seiner Agenturen gegeben — vom langfristigen und systematischen Massenterror des deutschen Faschismus bis hin zu diversen Militärputschen, die sich — in Relation zum erstgenannten — durch kurzfristiges Abschlachten ihrer politischen Gegner und anschließende exemplarische Terroraktionen auszeichnen.

Heißt „offen terroristisch" notwendigerweise ‚erkennbar blutig', und zwar notwendig gegen Massen? Oder ist unter den Bedingungen des Imperialismus heute die mit den Mitteln der Kommunikationstechnik veröffentlichte exemplarische Terrorisierung oder auch Liquidierung „unangepaßter" Minderheiten im globalen oder nationalen Rahmen zum Zweck der Einschüchterung passiver Mehrheiten bereits eine mögliche neue Ebene und Form einer solchen Diktatur? Ist der „Formwechsel" von Faschismus, den der KB in seinen „Thesen" als wahrscheinlich annahm, zu einem solchen Zustand eines sog. „weißen Faschismus" in den Metropolen möglich?

Der innenpolitische Zustand der imperialistischen Gesellschaften, speziell der BRD, erzwingt eine solche Fragestellung, und sei es nur, um die Grenzen der gegenwärtigen Stabilität genauer zu erkennen.

„Besondere Aggressivität des BRD-Imperialismus"

Ebenfalls zu überprüfen sein wird die These der „besonderen Aggressivität" des BRD-Imperialismus. In der Presse des KB wurde und wird sie üblicherweise aus folgenden Punkten hergeleitet:

— der besonderen geografischen Lage Deutschlands im „Herzen Europas";

— der besonderen nationalen Dynamik, die sich aus der kleinstaatlerischen Zersplitterung des deutschen Sprach- und Kulturraums als Folge des 30jährigen Krieges (1618-1648) ergab;

— der Tatsache, daß in Deutschland die bürgerliche Revolution von 1848 nicht bis zur Bildung des bürgerlichen Nationalstaats zuendegeführt, sondern die nationalstaatliche Einigung später mit „Blut und Eisen" durch Bismarck von oben erzwungen wurde;

— aus dem „historischen Zuspätkommen" des deutschen Imperialismus, der für seine explosionsartigen Expansionsbestrebungen nach den sog. Gründerjahren gegen Ende des 19. Jahrhunderts keine „freien Gebiete" mehr vorfand, die er besetzen konnte;

— aus dem der Niederlage im ersten sowie der wiederholten Niederlage im zweiten Weltkrieg entspringenden Revanchismus, der auf Rückgängigmachung der jeweiligen Kriegsfolgen und Neuverteilung der Einflußgebiete drängt;

— aus dem Fehlen einer entwickelten demokratischen Tradition als Folge dieser Entwicklung und der stattdessen entstandenen deutschen Mentalität des preußischen Militarismus und beson-

drängt;

— aus dem Fehlen einer entwickelten demokratischen Tradition als Folge dieser Entwicklung und der stattdessen entstandenen deutschen Mentalität des preußischen Militarismus und beson-ders ausgeprägten Antikommunismus — die z.B. ein Auschwitz erst möglich gemacht hätten;

—schließlich aus der unbewältigten Geschichte und Tradition des deutschen Faschismus.

Dies sind soweit unbestreitbare historische Fakten und Motive zur Entwicklung des deutschen Imperialismus. Ob sich daraus allerdings auch für heute die, wohlgemerkt, besondere Aggressivität im Vergleich zu anderen imperialistischen Ländern wie USA, Japan u.a.m. ableiten läßt, die zudem zwangsläufig zu einer besonders aggressiven Politik führen müsse, wage ich angesichts der heutigen Lage und Politik des BRD-Imperialismus zu bezweifeln, wie überhaupt die Begründbarkeit dieser, zweifellos nützlichen Agitationsthese als schlüssige Theorie zur Entwicklung des (west)deutschen Imperialismus.

Eine gründliche Aufarbeitung der Entstehungsgeschichte und heutigen Relevanz der Aussagen dieser These halte ich für dringend geboten.

Fazit: Präventiver Sicherheitsstaat!

Zuguter — oder schlechterletzt hier nun ein vorläufiges Fazit in Form von ein paar abschließenden Thesen:

1) Die langfristige Perspektive des Imperialismus ist heute entgegen unseren ‚Thesen' viel besser als in den 50er Jahren. Die Wahrscheinlichkeit einer ansteigenden Linie von Klassenkämpfen ist dagegen auf absehbare Zeit geringer, als es uns 1972 erschien.

2) Nach der Krise 66/67 hat eine allseitige Offensive des Kapitals in der BRD stattgefunden. Sie hat aber nicht zu einer ‚schrittweisen Faschisierung' im Sinn der akuten Vorbereitung einer Klassenkonfrontation und des ‚Terrors gegen Massen' geführt, wie der KB es nannte. Das Ergebnis war vielmehr eine schrittweise Stabilisierung der nach der Krise 66/67 vorübergehend destabilisierten innenpolitischen Verhältnisse der BRD, insbesondere die erneute Festigung des sozialstaatlichen Klassenversöhnungs-Konsenses zwischen Kapital, Regierung und DGB. Auch unter der jetzigen CDU/CSU/FDP-Regierung wurde dieser Klassenversöhnungs-Konsens bisher nicht ernsthaft in Frage gestellt, obwohl sich die Angriffe auf die Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung seitdem durchaus verschärft haben.

3) Nach der Krise 66/67 und nach der Einleitung der außen- und innenpolitischen Öffnung durch die SPD/FDP-Regierung hat es einen über mehrere Schübe sich vollziehenden Formierungsversuch der Rechten unter Führung der rechten CDU/CSU-Teile für ein ‚roll back' dieser Entwicklung gegeben. Es war die stärkste rechtsradikale Mobilisierung in der Geschichte der BRD, aber es war keine ernsthafte Alternative zu dem von der SPD eingeschlagenen Weg.

Die Rechte mußte sich der neuen Strategie des BRD-Imperialismus anpassen. Sie tat es spätestens mit dem sichtbaren Stabilisierungserfolg nach der Krise 75/76 und dem darauf folgenden Scheitern des auf Krisenverschärfung setzenden berüchtigten Sonthofener Programms, von F.J. Strauß und der Niederlage der CDU/CSU in der Bundestagswahl 1976.

Heute profiliert sich die CDU/CDU als Partei der Mitte. Die Rechte außerhalb der CDU/CSU spielt z.Z. keine politische Rolle.

4) Die durch die SPD/FDP-Regierung eingeleitete schrittweise Stabilisierung vollzog sich als ein Prozess der konservativen Konsolidierung. Die Stichworte dazu sind: Integration und staatlicher Terror. Nach Abwirtschaften der SPD konnte die CDU/CSU in diesen Prozess bruchlos einsteigen und rung vollzog sich als ein Prozess der konservativen Konsolidierung. Die Stichworte dazu sind: Integration und staatlicher Terror. Nach Abwirtschaften der SPD konnte die CDU/CSU in diesen Prozess bruchlos einsteigen und ihn kontinuierlich fortsetzen. Diese Kontinuität — bei gleichzeitiger allmählicher Verschärfung der sachlichen Angriffe auf die arbeitende Bevölkerung — hält bis heute an. Ein grundsätzlicher Bruch ist bisher nicht absehbar.

5) Dieser Prozess der konservativen Stabilisierung seitens der SPD/FDP-Regierung war begleitet von einer präventiven Aufrüstung und Effektivierung des Herrschaftsapparates, einer allgemeinen Verpolizeilichung und Institutionalisierung des gesamten öffentlichen Lebens. Die Organe repräsentativer Demokratie wurden tendenziell auf Vollzugsorgane der Staatsbürokratie, im Extremfall auch der Polizei, reduziert (Krisenstab Schleyer).



Foto: Michael Ruetz

Dieser Prozess setzt sich zur Zeit fort.

6) Die Versuche der Nach-Apo-Linken zum Aufbau einer Abwehrfront gegen die Offensive der Kapitalisten und Formierung der Rechten, sowie die Versuche der Zusammenführung der radikalen linken Kräfte zu einer neuen kommunistischen Partei scheiterten. Gründe dafür waren: Die mangelnde soziale Basis in der arbeitenden Bevölkerung, Uneinigkeit gegenüber der Politik der SPD, die mangelnden politischen Erfahrungen einer traditionslosen Linken und das durch die Isolierung verursachte heillose Sektierertum.

So war es für die SPD relativ leicht, die Mehrheit dieser Kräfte zu desorientieren, zur opportunistischen Anpassung an sozialdemokratische Politik oder in blinden Radikalismus zu treiben. Sie schaffte es weitgehend, die Linke zu neutralisieren und politisch zu entwaffnen und damit die Entstehung und Organisierung neuen revolutionären Bewußtseins in der BRD vorerst im Keim zu ersticken.

7) Angesichts der repressiven Integrationspolitik der SPD/FDP-Regierung, sowie des mit ihr verkoppelten DGB, und der relativen Ohnmacht der Nach-APO-Linken, einschließlich der DKP, gewannen Formen der unmittelbaren Demokratie (BIs u.ä.) seit Mitte der 70er an Bedeutung. Sie fanden in den Bemühungen um einen ‚sozialistischen Parteibildungsprozeß' ab 1977 und der Friedensbewegung ihre vorläufigen Höhepunkte. Durch Übergabe der Regierungsstaffel von der SPD an die CDU/CSU und Überwechseln der SPD in die Opposition scheint es den Parteien nicht nur zu gelingen, die Friedensbewegung ins Leere laufen zu lassen sondern auch die aus dem ‚sozialistischen Parteibildungsprozeß' schließlich entstandene Partei der GRÜNEN als Erneuerung des verbrauchten Parlamentarismus zu integrieren.

8) Bürgerliche Demokratie in ihrer zunehmend verbürokratisierten, institutionalisierten und durch Kontrolltechniken normierten Form, getragen vom

brauchten Parlamentarismus zu integrieren.

8) Bürgerliche Demokratie in ihrer zunehmend verbürokratisierten, institutionalisierten und durch Kontrolltechniken normierten Form, getragen vom repressiven, inzwischen nicht mehr nur faktisch, sondern auch namentlich konservativen Integrations-Konsens in der BRD ist heute im Bewußtsein der BRD-Bevölkerung legitimierter als je zuvor in der Geschichte der BRD. Das Gewaltmonopol des Staates und seine ‚Sicherheitsapparate', sowie deren ‚Sicherheitsideologie' werden von der großen Mehrheit der Bevölkerung, einschließlich großer Teile der Linken, anerkannt und als gesellschaftlich notwenig empfunden. Weder eine rechte noch eine linke Umsturzpropaganda hat gegenwärtig Aussicht, Gehör zu finden und wird z.Z. auch nur von schwachen Kräften, wenn überhaupt, versucht.

9) Ihre aktuelle relative Stabilität gibt den imperialistischen Ländern, allen voran den USA, der BRD (im Rahmen der EG) und Japan gegenüber den 70er Jahren größeren Handlungsspielraum.

Dies verringert einerseits die Wahrscheinlichkeit aktueller Zuspitzungen innerimperialistischer Widersprüche (enge Märkte, Arbeitslosigkeit u.ä.) und die Zwangsläufigkeit krisenhafter Zuspitzungen im imperialistischen Gesamtsystem (Verschuldung der ‚3. Welt' u.a.).

Andererseits begünstigt gerade die größere Stabilität der imperialistischen Länder ihre Möglichkeiten zu einer offensiven und aggressiven Politik.

Dies und die extreme Hochrüstung, die mit dem Ziel betrieben wird, im Zeitalter der atomaren und anderer Massenvernichtungswaffen Krieg wieder mit Gewinn führbar zu machen, erzeugen eine ständige und tendenziell zunehmende Gefahr globaler Kriege und dementsprechender innenpolitischer Zuspitzungen in den imperialistischen Ländern selbst, aber auch anderswo.

In Jahreszahlen benennbare Prognosen aber lassen sich nicht machen: Wann, wie, welche Destabilisierungsfaktoren zu Brüchen führen, ob Zuspitzungen und wenn, dann unter welchen Bedingungen von führenden imperialistischen Staaten forciert oder umgekehrt aufgefangen werden, ob sie ggflls. überhaupt auffangbar sind — dies alles ist nicht nur für die Bevölkerungen der imperialistischen Staaten, so auch die Linken, sondern auch für die imperialistischen Strategen nicht mit Sicherheit kalkulierbar. Imperialistische Politik, im Fall unserer Betrachtung die der BRD, orientiert daher auch aktuell darauf, sich durch präventive Sicherheitspolitik innerhalb seiner eigenen Grenzen zumindest ein möglichst ruhiges Hinterland zu schaffen, um so größtmögliche Manövrierfähigkeit für globale Auseinandersetzungen zu haben.

10) Der Entwicklungsprozess der BRD seit der Krise 66/67 ist mit dem Begriff der ‚Faschisierung' nicht zu erklären. Nach bisherigem Verständnis bezeichnet der Faschismus eine besondere Herrschaftsform des Kapitalismus, mit der sich die herrschenden Kräfte der Bourgeoisie unter besonderen Umständen oder für besondere Umstände die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft sichern.

Die Faschisierung bezeichnet den Prozess des zwar längerdauernden oder kürzeren, aber doch unmittelbaren Herankommens an diese besondere Situation, bzw. den Versuch dazu, der evtl., wenn die Umstände sich ändern, auch wieder abgebrochen und in weniger repressive Formen bürgerlicher Herrschaft zurück- oder vorangeführt wird.

Nach inzwischen schon nahezu zwanzig Jahren erweist sich der seit Ende der 60er Jahre in der BRD stattfindende Gesamtprozess keineswegs mehr als Heranführung an eine solche besondere politische Krisensituation, sondern im Gegenteil als Tendenz zur Überwindung von Besonderheiten des BRD-Imperialis-findende Gesamtprozess keineswegs mehr als Heranführung an eine solche besondere politische Krisensituation, sondern im Gegenteil als Tendenz zur Überwindung von Besonderheiten des BRD-Imperialis-mus, nämlich den aus der Niederlage des deutschen Faschismus resultierenden Beschränkungen seiner ökonomischen, politischen und staatsrechtlichen Souveränität als ‚vollwertiger' Imperialismus.

Es handelt sich bei der Nach-67er Offensive des BRD-Imperialismus um einen neuen Schub einer bereits seit spätestens 1949 sichtbaren Tendenz eines Schritt für Schritt vollzogenen Prozesses einer Normalisierung des BRD-Imperialismus im Sinne seiner Rehabilitierung von seiner besonderen Verantwortung für den Faschismus und als Verursacher des 2. Weltkriegs, im Sinne seiner Eingliederung ins imperialistische Bündnissystem als Gleicher unter Gleichen und der Angleichung seiner außenpolitischen wie innenpolitischen Strukturen an das Niveau des gewöhnlichen Imperialismus etwa der USA oder der anderen imperialistischen Staaten.

11) In dem inzwischen erreichten Stand der Normalität der BRD als imperialistischer Staat wird eine neue Realität und Struktur des imperialistischen Staates der Gegenwart deutlich, der sich gerade aufgrund der besonderen Dynamik der Entwicklung der BRD besonders ausgebildet hat.

Man kann diesen Staat nicht als demokratisch im Sinn der Prinzipien der repräsentativen Demokratie (Gewaltenteilung etc.) bezeichnen. Sie sind aber auch nicht faschistisch, z.Zt. nicht einmal insgesamt autoritär. Kennzeichen dieses Staatsgebildes ist u.a.: eine erheblich fortschreitende Verfilzung von Ökonomie, Staat, Gesellschaft; eine Verbürokratisierung und Institutionalisierung des Parteienwesens sowie anderer Organe der repräsentativen Demokratie; eine tendenzielle Aufhebung der Gewaltenteilung durch die miteinander verflochtenen Apparate; die tendenzielle Verstaatlichung der Gewerkschaften; die Tendenz zum Erfassungs- und Überwachungsstaat; die Erzeugung von Normierungs- und Anpassungsdruck auf bürokratischem Weg bis hin zur Ausgrenzung von Minderheiten, tendenziell der Möglichkeit ihrer Selektion.

Die Grenzen dieses Verstaatlichungsprozesses sind bisher nicht ausreichend erkannt, auch noch nicht ausreichend untersucht worden. Ob, wann und unter welchen Umständen die Normalität dieses Staates in eine Realität übergeht, die — zwar nicht in den ‚klassischen' Formen — aber dennoch auf die auf eine Niederhaltung einer großen Mehrheit der Bevölkerung hinausläuft, ist offen. Offen ist dabei auch die Funktion und Form von Gewalt.

Ich habe für diesen Zustand von imperialistischem Verstaatlichungsprozess keinen wirklich zutreffenden Begriff.

Alle von mir bis hierhin benutzten Beschreibungen wie konservative Stabilisierung, repressiver Integrationsstaat, präventiver Normierungs- bzw. Befriedungsstaat treffen die Wirklichkeit nur annähernd. Das gilt übrigens auch für die von dem verstorbenen französischen Staatstheoretiker Poulantzas (ebenfalls in Verlegenheit um eine zutreffende Definition) vorgeschlagene Bezeichnung des gegenwärtigen imperialistischen Normalstaates als ‚autoritärer Etatismus'. (13)

Ich ziehe es vor, bis zum Beweis des Gegenteils dieses heutige imperialistische Staatsgebilde als **‚präventiven Sicherheitsstaat'** zu bezeichnen.

12) Eine realistische Betrachtung der heutigen Situation muß von der auch weiterhin absehbaren relativen Stabilität des BRD-Imperialismus und der bereits erreichten und noch erreichbaren Normalität dieses präventiven Sicherheitsstaates ausgehen. Die Spielräume der staatlicher Präventionsstrategien sind noch nicht ausgeschöpft.

Das bedeutet u.a.:

— Nicht die Ausnahmeentwicklung eines möglichen neuen Faschismus, sondern die Gesetze, nach denen der Alltag des präventiven Sicherheitsstaats funktioniert müssen gegenwärtig im Vordergrund unserer analytischen Arbeit und einer entsprechenden antistaatlichen Propaganda stehen. Dies schließt eine gründliche antifaschistische Aufklärung und Mobilisierung gegen die Normalisierungspropaganda dieses Staates ein.

— Auf dieser Grundlage müssen die Bruchlinien erforscht werden, an denen der präventive Sicherheitsstaat in einen ‚Unsicherheitsstaat' übergehen, bzw. überführt werden könnte.

Was immer für die alltägliche Praxis aus der um die gegebene Situation noch zu führenden Diskussion außerdem folgen mag und muß, so scheint mir doch eins sicher: Die Möglichkeiten der politischen Einflußnahme für die Linke durch Zugang zum Parlament seitens der GRÜNEN, durch Entstehung vielfältiger basisdemokra-dem folgen mag und muß, so scheint mir doch eins sicher: Die Möglichkeiten der politischen Einflußnahme für die Linke durch Zugang zum Parlament seitens der GRÜNEN, durch Entstehung vielfältiger basisdemokra-tischer Ansätze, durch Entwicklung kulturpolitischer Alternativen zum herrschenden System sind gewachsen. Ein Wendepunkt diesbezüglich ist z.Zt. nicht sichtbar. Jegliche linke Aktivität muß sich aber daran messen lassen, was sie an Polarisierung gegen den Normierungsdruck dieses präventiven Sicherheitsstaats setzt, und was sie dazu beiträgt, die Unkalkulierbarkeit für diesen Staat zu erhöhen.

Voila!

Anmerkungen:

Ein nochmaliges Aufrollen der Quellen, die ich bereits in Teil 1, 2 und 3, sowie in den drei Folgen von „Strategie des Staates" angegeben habe, erschien mir überflüssig und unpraktikabel. Ich habe mich daher über die Verweise auf diese Arbeiten hinaus diesmal auf wenige besondere Hinweise beschränkt. Sofern andere als KB-Quellen zugrundeliegen, habe ich sie erwähnt.

1. bis 8. entfällt.

9) siehe u.a.
a) zu den Wahlen 72/76/80 — Teil 1 und 2 dieser Serie;
b) zur NPD:„Wie kriminell ist die NPD?", Buntbuch, 1980;

10) Einen besonderen Ausdruck fand die Veränderung der Aktions-Einheits-Bedingungen und des -Verständnisses bei den seit „Rock gegen Rechts" traditionellen Anti-NPD-Aktionen. Siehe dazu die Auseinandersetzung um die Aktion in Fallingbostel im Oktober 83 in AK 239, S. 27 „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft? — für eine antifaschistische Politik". Zur heftigen Reaktion der autonomen „antifa-Szene" siehe die AK 240 ff. Die dort — abgesehen von der Form der Auseinandersetzung — sichtbar gewordenen Fragen sind wie vieles andere nach wie vor offen.

11) Genaueres zu Dimitrov siehe Teil 1 dieser Serie.

12) Nicos Poulantzas, Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie, VSA, 78.



Foto: argus/Dirk Eisermann



KB-Aktivitäten zum 8. Mai

Rund um den 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus hat der KB Anstrengungen unternommen, sich in der Linken stärker mit Kenntnissen um die historische Entwicklung der Niederlage des deutschen Imperialismus, der imperialistischen Nachkriegs-Neuordnung und des Verhältnisses zur Politik der Sowjetunion auszustatten. Dabei gab es Überschneidungen mit den Aktivtäten gegen den Weltwirtschaftsgipfel.
Organisationsintern wurden diese Aktivitäten mit zentralen, regionalen und örtlichen Schulungen begleitet, die zum Teil in Zusammenarbeit mit anderen Linken durchgeführt wurden. Von einigen dieser Aktivitäten sowie von der Beteiligung an Aktionsbündnissen liegen uns Berichte vor, die wir nachstehend kurz dokumentieren.

Nürnberg

Die örtliche Linke führte im Rahmen der Woche vor dem Weltwirtschaftsgipfel drei Veranstaltungen durch. Die Frauengruppe gegen Militarisierung zur Europäisierung der Rüstungspolitik und WEU; das Lateinamerika-Komitee zum Hunger in der 3. Welt und der KB zur Fragestellung ‚Der 8. Mai und seine Bedeutung für die radikale Linke'. Die mit 120 Leuten gut besuchte KB-Veranstaltung hatte die geschichtliche Entwicklung nach dem 8. Mai 1945 zum Thema: Die Ursprünge der deutschen Teilung; die Umorientierung der US-Außenpolitik und die Durchsetzung des Antikommunismus in den deutschen Westzonen; die Ostpolitik der BRD seit ihrer Gründung mit besonderem Blick auf die Ostpolitik der SPD; und im Schlußteil Thesen zur unklaren Haltung vieler bundesdeutscher Linker, Grüner und der SPD zur deutschen Teilung und Berlin-Frage als Ausdruck der Nachgiebigkeit gegenüber großdeutschem Hegemoniestreben der wiedererstarkten BRD.

Stuttgart

Im Rahmen der Aktionswoche ,,Kein Friede mit der NATO'', die von einem ad-hoc-Bündnis aus Einzelpersonen der organisierten und unorganisierten Linken Stuttgarts durchgeführt wurde, kümmerte sich die KB-Ortsgruppe neben drei weiteren Veranstaltungen (Starwar; NATO und ,,3. Welt'', Zivilschutz und innere Kriegsvorbereitung) vor allem um die Veranstaltung: ,,40 Jahre danach — die BRD als Großmacht.'' Brigitte Heinrich von den Europa-Grünen referierte über BRD-Großmachtpolitik in der EG, ein Vertreter des KB zum Thema: ,,BRD-Ostpolitik: zwischen Rendite und Revanchismus''. Mit 70 Teilnehmern und Teilnehmerinnen war diese Veranstaltung ebenso gut besucht wie die übrigen Veranstaltungen der Anti-NATO-Woche.

Trier

In Trier gab es eine von einer großen Anzahl Gruppen getragene Aktionswoche unter dem Titel: ,,Nie wieder Faschismus — Nie wieder Krieg — Kein Friede mit der NATO''. Das Bündnis reichte von den Autonomen über den KB bis zur DKP. Insgesamt waren die 15 Veranstaltungen allerdings mäßig besucht, maximal 20 Besucher/innen. Der KB führte eine Veranstaltung zum Revanchismus in der BRD durch.

Frankfurt

Am Abend des 8. Mai hatten KB, BWK und KG (NHT) zu einer Gesprächsrunde eingeladen, die von 30 Leuten besucht wurde. Zunächst sprach eine KB-Genossin über die Auseinandersetzungen um ein Gesetz gegen die Nazi-Lügen über Auschwitz und wie daraus im Zuge banalisierender Ausgewogenheit ein Gesetz gegen die Beleidigung der Opfer von Gewaltherrschaft schlechthin wurde. Der BWK hielt einen Beitrag zum aktuellen Revanchismus. Die KG stellte in einer historischen Betrachtung dar, daß mit dem 8.5.45 der deutsche Nationalstaat zerbrochen und einer entsprechenden Großmachtpolitik der Boden entzogen worden sei. Diese Position stieß auf heftigen Widerspruch der Anwesenden, weil sie eine Negation der Kriegsgefahr und Verharmlosung des BRD-Imperialismus bedeute.

Göttingen

,,8. Mai 1945 — 8. Mai 1985 — zwischen den Kriegen?'' Unter diesem Titel führten AGIL, Grüne, GAL(Uni) und der KB eine Podiumsveranstaltung mit Helga Grebing (sozialdemokratische Historikerin), Detlef zum Winkel (freier Mitarbeiter der ,,Konkret''), Dieter Esche (Grüne) und Andreas Orth (taz) durch. Mit 400 Besuchern war dies die seit langem bestbesuchte linke Veranstaltung in Göttingen. Frau Grebing sah im 8. Mai 1945 eine ,,Stunde Null'' deutscher Politik, für die es keinerlei Handlungsspielraum mehr gegeben habe. In den Westzonen hätten die Antifaschisten keine Chance gehabt, Einfluß zu gewinnen, da sie für die Alliierten keine Ansprechpartner waren. Zudem habe das abschreckende Beispiel des ,,Stalinismus'' die Bevölkerung in die Arme der Konservativen getrieben. Sie plädierte für einen ,,vernünftigen und mehrheitsfähigen Konsens'' in der BRD, etwa im Sinne der SPD-Entspannungspolitik, wozu der Verzicht auf Gebietsansprüche wie auch auf Wiedervereinigung gehöre.

Esche zeichnete die Remilitarisierung bis zur Raketenstationierung nach, die Lehre 'Nie wieder Krieg' sei angesichts des größten Atomwaffenlagers der Welt nicht befolgt. Doch in der DDR habe es eine vergleichbare Entwicklung gegeben, dort sehe es nicht besser aus. Als Geisel ihrer jeweiligen Supermacht müßten die deutschen Staaten vor allem ein Interesse an der Auflösung der beiden Blocksysteme haben. Zum Winkel konterte, wenn die BRD eine US-Geisel sei, hätte die Bundesregierung den 8. Mai überaus flott, ja frivol begangen. Die Symbolik von Bitburg laufe auf eine Rehabilitierung der Nazi-Vergangenheit hinaus. ,,Ehrenhafte'' und ,,heldenhafte'' 2. Weltkrieger würden umstandslos zu Selbstverständlichkeiten in der BRD-Politik. Proteste in Bitburg würden von ,,jüdischen Störenfrieden'' unternommen, die die deutsch-amerikanische Freundschaft beeinträchtigten. Dies seien Argumentationsmuster, die schon von Goebbels vorgegeben worden seien. Statt dem Stalinismus die Verantwortung für eigene Versäumnisse zuzuschieben, solle doch mal reflektiert werden, daß ohne die Rote Armee heutzutage in Europa möglicherweise immer noch mit ,,Heil Hitler'' gegrüßt werden würde.

Desweiteren brachte die AGIL-Ratsfraktion auf Vorschlag des KB im Göttinger Stadtparlament einen offenen Brief an die Bürger der polnischen Patenstadt Göttingens, Torun, ein. Darin enthalten war u.a. die Aufforderung zur Anerkennung der bestehenden Grenzen, Kritik an der Aufrüstung und an der Revanchismus-Debatte. Der Antrag sollte für entsprechende heftige Auseinandersetzungen rund um das Thema 8. Mai sorgen.

Die restlichen Ratsparteien verstanden es allerdings, dem Antrag seine Brisanz zu nehmen. Er wurde mit der Begründung, der Brief richte sich nur an eine von mehreren Partnerstädten und das ginge so nicht, abgewimmelt, stattdessen nur ein nichtssagender Teil (mit Stimmen von DKP und GLG (rechte Grüne)) verabschiedet, mit dem die beabsichtigte Auseinandersetzung umgangen wurde. Die Erklärung wurde dann im Aufrufflugblatt zur Veranstaltung der AGIL veröffentlicht. Eine parallele Initiative mit dem Ziel einer Erklärung der Studentenschaft an die Partnerstadt Torun wurde schließlich zu einem offenen Brief, herausgegeben vom AStA.

Braunschweig

Nach Durchführung einer Anti-NATO-Veranstaltung, von der ,,Arbeitsgemeinschaft Braunschweiger Friedenstage'' und dem KB getragen, am 3. Mai mit 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und der Fahrt von 40 Leuten zu den Aktivitäten gegen den Welt-Wirtschaftsgipfel in Bonn am 4. Mai, fand am 14. Mai unter dem Thema: ,,8. Mai 1945 — was ist daraus geworden'' die Hauptveranstaltung im linken Braunschweiger Mai statt. Redner der Veranstaltung waren: Karl Schönfeld, AK 'Holocaust' in der ESG/Braunschweig; Kurt Piehl, ehem. ‚Edelweißpirat'/Bergkamen; Gesprächsleitung: Pastor H. Erchinger. Träger der Veranstaltung waren: ,,Arbeitsgemeinschaft Braunschweiger Friedenstage'' (AGBF), AK 'Holocaust' in der ESG; Evangelisches Sinti-Pfarramt Braunschweig; KB.

Mit ungefähr 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern kamen mehr Leute zu der Veranstaltung als in letzter Zeit üblicherweise zu Frie-Ko-Veranstaltungen in Braunschweig. Kurt Piehl sprach packend über den Nazi-Terror und sparte auch mit genüßlichen Darstellungen des Widerstandes der Edelweißpiraten nicht. Viele Fragen gab's zum Charakter der Bewegung, insbesondere auch zur Motivation der Militanz, ohne daß pazifistischer Unmut ausgebrochen wäre. Offenbar war die Motivation und ihre Darstellung durch Piehl so sehr verständlich und zwingend.

Karl Schönfeld hielt einen persönlichen Beitrag über die Entwicklung nach '45. Er ging auf die erneute Einsetzung der alten Nazis ein, prangerte die Behandlung der Nazi-Opfer an, kritisierte die mangelnde demokratische Gesinnung in der BRD. Sein Hinweis auf die Niederlande und England als demokratische Vorbilder provozierte aber kritische Fragen.

Hamburg

Aus Anlaß des 8. Mai veranstaltete der KB am 11. und 12. Mai ein Seminar in Zusammenarbeit mit Genoss/inn/en des BWK. Gut 250 Teilnehmer/innen beteiligten sich an den fünf Arbeitsgruppen und den Plenumsdiskussionen. Etwa die Hälfte der Teilnehmer kam aus dem KB, die übrigen waren zahlreiche Unorganisierte, Mitglieder des BWK, aus der Hamburger GAL, der ISP, der Gruppe Arbeiterpolitik, der Hamburger Friedenskoordination und autonomen Gruppen.

Zur Vorbereitung der Arbeitsgruppen war eine umfangreiche Materialmappe erstellt worden. Absicht der Vorbereiter war es, hiermit und mit der Diskussion in den AG's stärker Grundlagenwissen für die welt- und deutschlandpolitischen Konstellationen nach dem 2. Weltkrieg zu vermitteln, um auf dieser Basis gründlicher die Fragen, die die Linke und Mitglieder der Friedensbewegung berühren, zu diskutieren.

In drei Arbeitsgruppen wurden die Neuordnungsvorstellungen der alliierten Siegermächte auf den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam 1944/45 behandelt, der Übergang der Westalliierten von der gemeinsamen ,,Anti-Hitler-Koalition'' zum Kalten Krieg gegen die SU und ihre Verbündeten, die Neuordnungspläne für ein imperialistisches Europa und die Identitäten/Brüche zu ähnlichen Vorstellungen der Nationalsozialisten. In drei weiteren Arbeitsgruppen wurden innenpolitische Aspekte der BRD-Entwicklung behandelt: Die kurze Phase der Entnazifizierung und die Wiedereinsetzung integrationsbereiter Nazis in das bundesrepublikanische System, die Entwicklung sozialdemokratischer, chauvinistischer Politik eines wiedervereinigten Deutschland und die Rolle der Einheitsgewerkschaft DGB bei der Stabilisierung der entstehenden BRD.



Verschiedene Aspekte der Erarbeitung und Debatte in den AG's fanden sich in der anschließenden vierstündigen Plenumsdebatte wieder. In 40 Diskussionsbeiträgen wurde um die Europapolitik, den deutschen Revanchismus und die Einschätzung der Kriegsgefahr gestritten. Zwei Hauptkontroversen seien hier kurz benannt: Ist die gestiegene innenpolitische Konjunktur des Revanchismus Bestandteil und Ausdruck von direkter Kriegsvorbereitung gen Osten (von BWKlern und anderen vertreten) und damit eine Hauptkomponente bundesdeutscher Politik? Oder sind westdeutsche Revancheansprüche Bestandteil gemeinsamer imperialistischer Europapolitik eingebunden in die Kriegsvorbereitungen des westlichen Bündnisses, insofern das Bemühen der Bundesregierung um die Revanchistenverbände zwar innenpolitisch taugt, das Klima zu verschärfen, gleichzeitig aber auch ihrer Integration in die westlichen Bündnisziele dient (Nicht-Aufgabe von Rechtsansprüchen), verbunden mit an die europäischen Partner gerichteten Beschwichtigungsbemühungen, so Beiträge aus dem KB. Einen längeren Streit gab es in diesem Zusammenhang auch um die Weizsäcker-Rede vom 8. Mai, die von KBlern als integrative Beschwichtigungsrede mit Blick auf die Bündnispartner gewertet wurde, während BWKler sie vor allem als gefährliches ideologisches Gift mit revanchistischer Absicht bewerteten, dessen Wirkung es besonders herauszustellen gelte.

Ein weiterer Streit, mehr innerhalb des KB angesiedelt und in der Organisation als ,,Thesen zur neuen Ostpolitik'' veröffentlicht (mit ähnlicher Tendenz auch in ,,Was ist los mit der Faschisierung?'' Teil 3 , AK 258), stellt die bislang vertretenen Einschätzung konkreter Kriegsvorbereitungen auch der BRD insoweit infrage, als aus der derzeitigen Außen- und Ostpolitik abgeleitet wird, daß die BRD zwar allgemein die von den USA betriebenen Kriegsvorbereitungen gegen die SU unterstützt, aber nicht eine Zuspitzung der Konflikte gen Osten wünscht. Demgegenüber wurde die Einschätzung vertreten, daß es zwar in maßgeblichen Kreisen der BRD eine offene Debatte hierum gebe, aber nicht davon gesprochen werden könne, daß die von den USA betriebene Zuspitzung der Kriegsvorbereitungen auf Widerstand stoße. Eindeutig sei, daß die USA in vorderster Front die Zuspitzung der Widersprüche betreibe, hierfür auch eine Gefährdung der ökonomischen Stabilität in Kauf nehme, der Widerspruch aus der BRD sich jedoch in erster Linie darauf beziehe, nicht unkontrolliert in einen Krieg hineingezogen zu werden, der a l l e i n nach dem Fahrplan der USA verlaufen könnte.

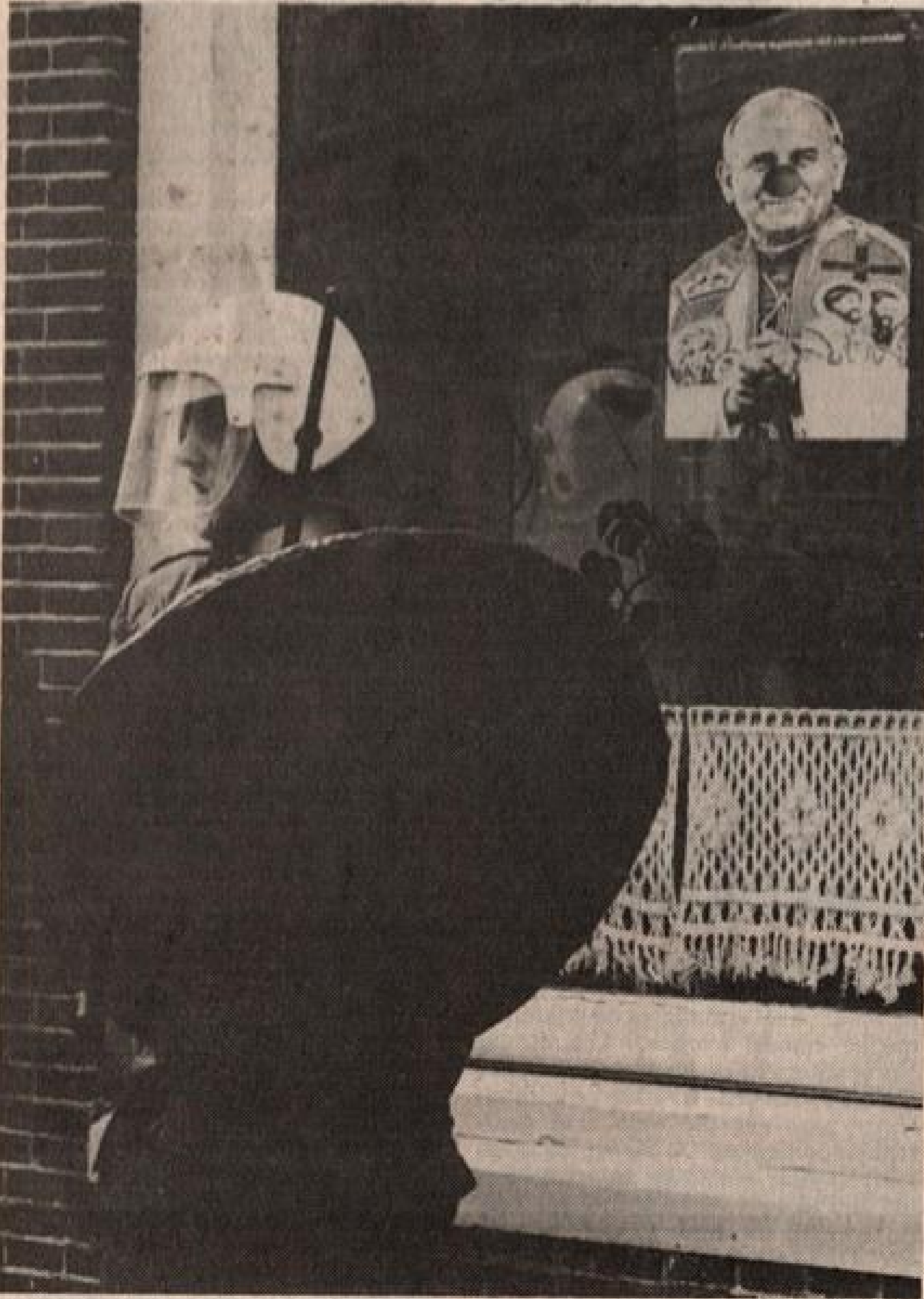
Im abschließenden Plenum am zweiten Tag mit AG-Berichten und politischer Bewertung gab es zusätzlich noch zwei weitere erwähnenswerte Probleme. Zum einen war in mehreren Arbeitsgruppen das Bedürfnis erkennbar, sich umfassender mit den politischen Grundlagen und der Praxis der KPD nach 1945 zu befassen. Insbesondere von BWKlern wurde an verschiedenen Debatten in Arbeitsgruppen und im Plenum bemängelt, daß seitens der KBler eine Unterschätzung und Vernachlässigung der Klassenkampfsituation in den imperialistischen Ländern betrieben würde, da die jeweiligen Kriegseintritte und Pläne jeweils in starker Abhängigkeit vom Klassenkampf im eigenen Land bestimmt gewesen seien. Kritik übten sie auch an der mangelnden Aktualitäts- und Aktionseinheitsorientierung, was wiederum von den Seminarinitiatoren zurückgewiesen wurde, da die Absicht ausdrücklich in einer Kopplung von historischem Seminar mit politischer Diskussion und Streit verschiedener politischer Strömungen bestanden habe.

Vereinbart wurde, den Streit um die Einschätzung des Revanchismus im Konzept des BRD-Imperialismus auf der Basis gründlicher Untersuchungsarbeit in einem ähnlichem Rahmen fortzuführen.

Pinneberg

Zwei größere Veranstaltungen des linken Spektrums gab es in Pinneberg:
— eine Veranstaltung zum Welt-Wirtschaftsgipfel am 1. Mai, an der sich ca. 100 Menschen beteiligten. Träger der Veranstaltung waren: Türkei/Kurdistan-Komitee, BWK, die ,,Kreis-Grünen'', KB, ,,3.Welt'' Gruppe Elmshorn, Wählergemeinschaft Elmshorn. Nach Referaten zum SDI-Programm, zur Verschuldung der ,,3. Welt'' u.a. von D. Schulze-Marmeling, wurde in drei AGs zu den Themen Türkei/Kurdistan, SDI-Programm, Hunger in der ,,3. Welt'' gearbeitet. Die Veranstaltung wird als ein großer Erfolg gesehen.
— Am 6. Mai riefen DKP, GRÜNE, GAL-Pinneberg, VVN, BI gegen Ausländerfeindlichkeit, MASCH, BI gegen Berufsverbote, Wärmer leben und KB zur Durchführung einer ,,Geschichtswerkstatt'' auf. Es wurden in einer Art Theaterworkshop drei Szenen erarbeitet und als Lehrstücke vorgeführt, Themen: Flick-Skandal, Ausländerproblem, Militarisierung. Ungefähr 50 Menschen nahmen an diesem offenbar sehr aufbauenden und anregenden Anschauungsunterricht teil. In der Mobilisierung eines Pinneberger Blocks zum Schlesier-Treffen in Hannover sollen die Aktivitäten fortgesetzt werden.

Pope, Go Rome!



(Foto: Tjabring van Egten)

„Der Besuch von Papst Johannes Paul II," konstatierte ein Leitartikler der „Volkskrant" als Resumée der ersten zwei Tage päpstlichen Aufenhaltes in den Niederlanden, „*hat bisher erbracht, was davon erwartet werden konnte: nichts.*" Richtig und falsch zugleich.

Mit dem Papstbesuch einherging die „*größte Sicherheitsoperation in der Geschichte der niederländischen Polizei*", Maßnahmen, „*die sogar beim Besuch des amerikanischen Präsidenten (...) undenkbar sein würden.*" 12.000 Polizisten waren aufgebracht, die sich jedoch — wo nicht gerade kleinere Scharmützel mit militanten Papstgegnern zu bestehen waren oder auch mal eine mittlere Straßenschlacht — gräßlich langweilten. Denn die Vielen, die da kommen sollten, sie kamen nicht.

Bei der Landung von „Popie Jopie" in Eindhoven sollten hundert- bis hundertfünfzigtausend Gläubige jubeln, es kamen etwas mehr als fünftausend; in Den Bosch, wo ebenfalls runde hundertfünfzigtausend Zuschauer erwartet wurden, waren es immerhin zehntausend; das gleiche Bild in Utrecht, in Den Haag...

Die Katholiken der Niederlande, vor drei Jahrzehnten noch Roms Treueste, lehnen in ihrer Mehrheit heute die römische Kirchenpolitik ab. „*Johannes Paul II geh zur Seite, wir können Jesus nicht sehen*", hieß es auf einem Transparent katholischer Christen. In Amsterdam wie in mehreren weiteren Städten ließen Katholiken, einzeln oder gruppenweise, bei den Einwohnerregistraturen die Kennzeichnung ihrer Religionszugehörigkeit hinter ihren Namen entfernen, da katholische Institutionen entsprechend der Zahl eingeschriebener Katholiken Subventionen erhalten. Der gewerkschaftliche Dachverband FNV, in dem katholische und sozialdemokratische Gewerkschaften zusammengeschlossen sind, kritisiert in einem Offenen Brief an den Papst dessen Haltung gegenüber Frauen und
in einem Offenen Brief an den Papst dessen Haltung gegenüber Frauen und
Homosexuellen. Und „um die Welt ging", daß eine Katholikin bei einer Zusammenkunft mit dem Papst von ihrem (zuvor bischöflich genehmigten) Redetext abwich und klagte: „*Ist das die Verkündigung des Evangeliums, wenn der drohende Finger gepredigt wird — nicht die dargebotene Hand? Wenn es keinen Platz gibt für unverheiratet zusammenwohnende Partner, Geschiedene, Homos, verheiratete Priester und Frauen?*"

Der Leitartikler der — übrigens der katholischen Arbeiterbewegung entstammenden — „Volkskrant" sagte richtig voraus, der päpstliche Besuch werde „*im Zeichen der Angst*" stehen. „*Angst, daß der Papst mit der wirklichen Situation in der niederländischen katholischen Kirchprovinz konfrontiert wird.*"

Was aber eben gerade nicht ausblieb, und die „Corriere della Sera" formulierte noch mit viel Understatement, als sie vom „*kühlsten Empfang*" berichtete, „*der dem Papst jemals in einem Land mit christlicher Tradition von alther bereitet wurde.*"

Dennoch, Hardliner, der dieser „Heilige Marschflugkörper" nun mal ist, bestätigte er noch beim Abschied, daß ihm der Wunsch der niederländischen Katholiken nach mehr Demokratie, Selbstbestimmung, Offenheit und moralischer Toleranz in der Kirche schlicht scheißegal ist: Die Standpunkte der römisch-katholischen Kirche zur Ehe, zur vorehelichen Sexualität, zu Frauen im Priesteramt („*Maria war auch nicht beim Abendmahl*"), zur Homosexualität seien unverrückbar unveränderlich.

Niederlande-Kommission

Zitate aus der „Volkskrant", Ausg. vom 11.-15.5.85

Inhalt

»Für einen neuen Grünen Konsens« ....S. 11